

Franchise Fokus

Geschäftsbericht der Hamburg Commercial Bank 2025



Hamburg
Commercial
Bank



„Die Hamburg Commercial Bank blickt auf ein entscheidendes Geschäftsjahr 2025 zurück, geprägt von der strategischen Fokussierung auf ihre Kerngeschäftsfelder. Das Geschäftsmodell wurde schneller als erwartet angepasst und eine starke operative Leistung erzielt. Das Vorsteuerergebnis verbesserte sich trotz eines hohen negativen Einmaleffekts im Personalaufwand. Dazu trugen eine positive Entwicklung im Neukundengeschäft, konsequente Kostendisziplin sowie einmalige Erträge im Sonstigen betrieblichen Ergebnis bei. Die Kapital- und Liquiditätskennzahlen der Bank blieben auf gutem Niveau und sind Ausdruck einer umsichtigen Geschäftsstrategie sowie eines proaktiven Risikomanagements. Mit ihrem Franchise Fokus ist die HCOB gut aufgestellt, um profitabel und nachhaltig in ihren Kerngeschäftsfeldern zu wachsen.“

Inhalt

Franchise Fokus

- 06 Konzernüberblick**
- 08 Vorwort des Vorstands**
- 12 Milestones 2025**
- 14 Interview Jens Thiele,**
Chief Investment Officer (CIO)
- 17 Interview Stefan Hoenen,**
Head of Commercial Real Estate
- 19 Interview Jan-Philipp Rohr,**
Global Head of Shipping
- 21 Interview Hans Lötzer und Luke Isherwood,**
Head of Project Finance und
Head of Project Finance Special Situations
- 23 ESG**
Kursgeber für eine nachhaltige Zukunft
- 25 Bericht des Aufsichtsrats**
- 32 Corporate Governance**

Zusammengefasster Lagebericht

41	Grundlagen des Konzerns
41	Geschäftstätigkeit
44	Ziele und Strategien
48	Steuerungssystem
50	Wirtschaftsbericht
50	Gesamtwirtschaftliche und branchen- bezogene Rahmenbedingungen
56	Geschäftsverlauf – wesentliche Entwicklungen und Ereignisse im Berichtsjahr 2025
59	Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage
70	Segmentergebnisse
75	Prognose-, Chancen- und Risikobericht
75	Prognosebericht mit Chancen und Risiken
83	Risikobericht
114	Erläuterungen zum Jahresabschluss der Hamburg Commercial Bank AG nach HGB
114	Bericht zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage
121	Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB
122	Nachhaltigkeitserklärung
123	Allgemeine Informationen
150	Umweltinformationen
191	Sozialinformationen
216	Governance-Informationen

Konzernabschluss

270	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
271	Konzern-Gesamtergebnisrechnung
272	Konzern-Bilanz
274	Konzern-Eigenkapitalveränderungs- rechnung
275	Konzern-Kapitalflussrechnung
277	Konzernanhang
277	Allgemeine Angaben
310	Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
320	Erläuterungen zur Konzern-Bilanz
343	Angaben zur Konzern-Kapitalflussrechnung
344	Segmentberichterstattung
347	Angaben zu Finanzinstrumenten
376	Sonstige Angaben
394	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
402	Prüfungsvermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über den Konzern- nachhaltigkeitsbericht
406	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
407	Kontakt und Impressum

Kennzahlen Übersicht 2021-2025

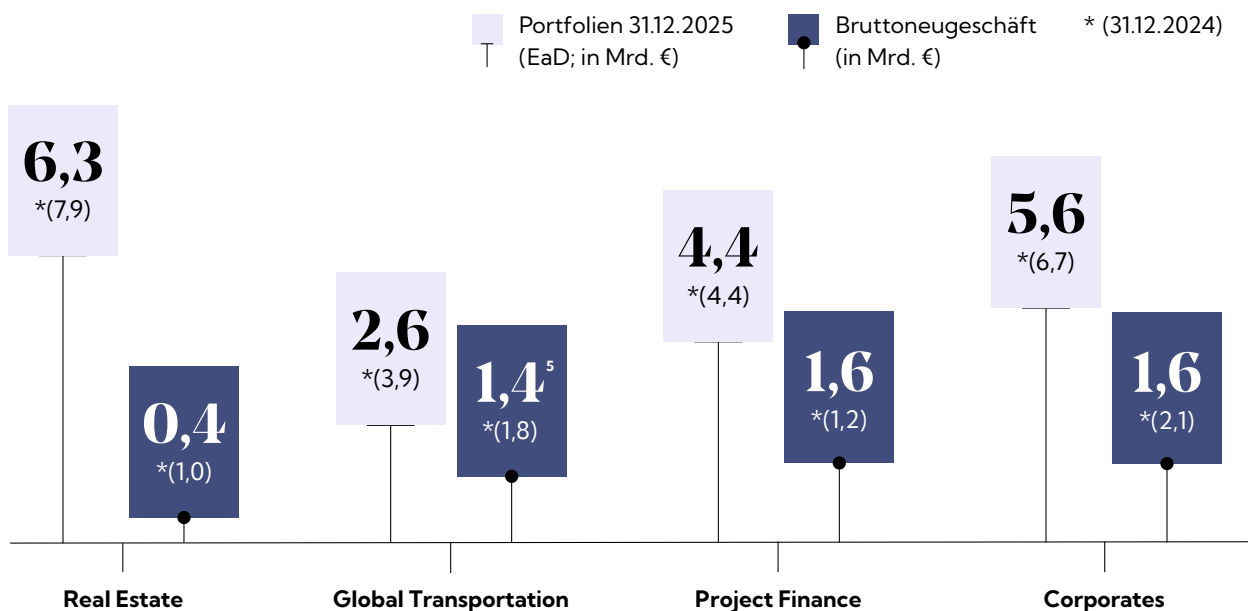
Profitabilität/ Effizienz	2021	2022	2023	2024	2025
Ergebnis vor Steuern (in Mio. €)	299	363	427	248	289
CIR ¹ (in %)	50	44	39	50	48
Nettozinsmarge ² (Basispunkte)	145	168	214	234	217
Kapital	2021	2022	2023	2024	2025
CET1 ³ -Quote (in %)	28,9	20,5	19,5	17,3	16,5
Assetqualität	2021	2022	2023	2024	2025
NPL ⁴ (Mrd. €)	0,5	0,4	0,8	0,7	0,5
Rating	2021	2022	2023	2024	2025
Issuer Rating (Moody's)	Baa1, pos.	Baa1, pos.	A3, sta.	A3, sta.	A3, sta.

¹ Cost-Income-Ratio. ² Zinsüberschuss (bis 2022: operativer Zinsüberschuss) dividiert durch durchschnittliche Bilanzsumme. ³ Common Equity Tier 1.

⁴ Non-Performing Loans.

Neugeschäft/Portfolio 2025

Das Bruttoneugeschäft von insgesamt 5,0 Mrd. € verteilt sich auf folgende Segmente:



Nachhaltigkeitsratings

Agentur	Letztes Rating	Rating/Score
Sustainalytics	09/2025	Risk Score 12,0
ISS	05/2025	C, prime
MSCI	04/2025	A

Eigentümerstruktur⁶

Mehrere Fonds initiiert durch Cerberus Capital Management, L.P.			Ein Fonds beraten durch J.C. Flowers & Co. LLC	Ein Fonds initiiert durch GoldenTree Asset Management LP	Centaurus Capital LP	BAWAG P.S.K. (inkl. P.S.K. Beteiligungsverwaltung GmbH) Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft	HCOB Mitglieder der Organe sowie des Senior Managements der Bank (seit Nov. 2018, aktive und inaktive Mitglieder)
Promontoria Lux Holding 221 S.à r.l. 9,21 %	Promontoria Lux Holding 231 S.à r.l. 12,94 %	Promontoria Lux Holding 233 S.à r.l. 17,46 %	JCV IV Neptun Holdings S.à r.l.	GoldenTree Asset Management Lux S.à r.l.	Chi Centauri LLC		
39,61 %			32,77 %	11,75 %	7,04 %	2,35 %	6,49 %

⁵ Shipping: 1,3 Mrd. €, Aviation: 0,1 Mrd. € ⁶ Stand: 31.12.2025; Prozentzahlen gerundet.

Franchise Fokus

Marc Ziegner
Deputy CEO und
Chief Financial Officer

Jens Thiele
Chief Investment Officer

Luc Popelier
Chief Executive Officer

Reinout van Riel
Chief Risk Officer



S



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir blicken auf ein entscheidendes Geschäftsjahr 2025 für unsere Bank zurück. Ein Jahr, in dem wir uns auf unsere vier Kerngeschäftsfelder und unsere langjährigen Kundenbeziehungen fokussiert haben. Wir haben unser Geschäftsmodell schneller als erwartet angepasst und konnten trotz eines herausfordernden Marktumfelds und der bewussten Reduzierung nicht strategischer Portfolios eine starke operative Performance erzielen. Damit haben wir die Grundlage für nachhaltiges, profitables Wachstum geschaffen.

Das Vorsteuerergebnis verbesserte sich trotz eines hohen negativen Einmaleffekts im Personalaufwand um 17 % auf 289 Mio. Euro. Dazu trugen eine positive Entwicklung im Neukundengeschäft, eine konsequente Kostendisziplin sowie einmalige Erträge im Sonstigen betrieblichen Ergebnis bei. Die Kapital- und Liquiditätskennzahlen blieben auf solidem Niveau und sind Ausdruck einer umsichtigen Geschäftsstrategie und eines proaktiven Risikomanagements.

Strategische Fokussierung erfolgreich umgesetzt

Im ersten Halbjahr haben wir eine klare Entscheidung getroffen: Wir wollen unsere Identität als deutsche Bank mit Fokus auf europäisches Franchise-Geschäft stärken. Dazu haben wir unser Geschäftsmodell auf die vier Kerngeschäftsfelder – Corporates, Project Finance, Real Estate Deutschland sowie Shipping – konzentriert. Gleichzeitig ziehen wir uns aus den Bereichen International Real Estate, Global Aviation sowie Teilen des Structured Portfolio Finance-Geschäfts zurück.

„Mit unserer entschiedenen Fokussierung auf vier Kerngeschäftsfelder im Jahr 2025 haben wir die Grundlage für unseren Erfolg gefestigt. Trotz einmaliger Effekte aus dieser strategischen Geschäftsanpassung haben wir unsere finanziellen und operativen Erwartungen im Jahr 2025 übertroffen und die Stärke unseres Geschäftsmodells deutlich unter Beweis gestellt.

Dank unserer klaren Ausrichtung und unserer langjährigen Kundenbeziehungen sind wir besonders gut für profitables, nachhaltiges Wachstum positioniert.“

— Luc Popelier, CEO

Zum Jahresende haben wir die strategischen Geschäftsanpassungen erfolgreich umgesetzt. Die Kundenentwicklung und die Kreditvergabe erfolgen nun ausschließlich in unseren Kerngeschäftsfeldern. Zudem haben wir das nicht strategische Portfolio um knapp 60 % auf 1,3 Mrd. Euro reduziert. Dazu gehört auch die erfolgreiche Veräußerung des Aviation-Portfolios im Oktober 2025 mit einem Gesamtvolumen von circa 450 Mio. US-Dollar.

Solide Finanzergebnisse

Der Gesamtertrag belief sich auf 743 (783) Mio. Euro und reflektiert das bewusst reduzierte Bilanzvolumen. Der Zinsüberschuss fiel mit 672 (752) Mio. Euro entsprechend geringer aus, wobei die Nettozinsmarge mit 217 (234) Basispunkten ein gutes Niveau erreichte. Der Provisionsüberschuss verbesserte sich auf 28 (26) Mio. Euro. Die Risikovorsorge belief sich auf 109 (95) Mio. Euro und war überwiegend von den weiterhin herausfordernden Bedingungen an den Immobilienmärkten geprägt. Der Verwaltungsaufwand stieg auf 378 (350) Mio. Euro, was auf einmalige Aufwendungen für Abfindungen im Zusammenhang mit der strategischen Fokussierung auf unser Kerngeschäft sowie den Effizienzmaßnahmen zurückzuführen ist. Ohne diesen Einmaleffekt sank der Verwaltungsaufwand um etwa 1 % auf 328 (332) Mio. Euro, ein deutliches Zeichen für unser konsequentes Kostenmanagement.

Trotz anhaltend herausfordernder Bedingungen an den Immobilienmärkten konnten wir das NPL-Volumen durch den konsequenten Abbau leistungsgestörter Engagements um 17 % auf 540 Mio. Euro reduzieren. Bei einem gleichzeitig verringerten Kreditvolumen blieb die NPL-Quote bei 3,3 % stabil.

Die CET1-Quote lag zum Jahresende bei 16,5 % und damit weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen. Die Konzernbilanzsumme reduzierte sich wie erwartet auf 28,6 (33,6) Mrd. Euro. Der Rückgang war bedingt durch das eingestellte Neugeschäft in den nicht strategischen Geschäftsbereichen, den Abbau der entsprechenden Portfolios, die Abwertung des US-Dollars sowie ein hohes Tilgungsniveau.

Stabiles Franchise-Neugeschäft in den Kernbereichen

In einem wettbewerbsintensiven Marktumfeld erzielte die Bank ein Neugeschäftsvolumen von 5,0 Mrd. Euro. Davon entfielen 4,9 Mrd. Euro auf das Franchise-Neugeschäft, das auf stabilem Vorjahresniveau blieb. Im Segment Project Finance sowie im Geschäft mit Unternehmenskunden lagen die Abschlüsse spürbar über dem Vorjahr, während das Neugeschäft im nationalen Real Estate bewusst zurückhaltend gesteuert wurde.



„Unsere strikte Kostendisziplin und solide operative Performance haben es uns ermöglicht, die Erwartungen trotz Einmalbelastungen zu übertreffen. Mit starken Kapitalquoten, einem effizienten Geschäftsmodell und verbesserter Ertragsqualität sind wir finanziell gut aufgestellt für die nächste Entwicklungsphase.“

— Marc Ziegner, Deputy CEO und CFO



„Der deutliche Rückgang des NPL-Volumens unterstreicht die Robustheit unseres Portfolios und demonstriert unseren disziplinierten Ansatz im Risikomanagement.“

— Reinout van Riel, CRO

Neue Plattform für Retailleinlagen stärkt Re-finanzierung

Parallel zur strategischen Fokussierung hat die Bank eine eigene digitale Plattform für Privatkundeneinlagen entwickelt. Die Markteinführung unter dem Namen „Hamburg Direct Bank“ ist im ersten Quartal 2026 erfolgt. Hiermit erschließen wir uns eine zusätzliche stabile Fundingquelle für unser Kreditgeschäft und stärken zugleich die Profitabilität.

Effiziente Organisation und moderne IT-Infrastruktur

Die strategische Fokussierung geht mit einer Verschlinkung der Organisation einher. Im ersten Halbjahr haben wir einen Personalabbau um 190 Vollzeitbeschäftigte (VAK) beschlossen. Rund 80 % des Stellenabbaus wurden bereits zum Jahresende kontrahiert.

Im Berichtsjahr haben wir die Umstellung auf eine moderne, cloudbasierte IT-Plattform erfolgreich abgeschlossen. Zur weiteren Effizienzsteigerung wird die Bank die Nutzung von KI und Automatisierung auf Basis dieser vollständig implementierten State-of-the-Art-Infrastruktur intensivieren.

Gesellschaftliche Verantwortung

Über unser Kerngeschäft hinaus übernehmen wir Verantwortung für die Gesellschaft. Im Jahr 2025 haben wir zehn Organisationen und Projekte mit einem Gesamtvolumen von 500.000 Euro unterstützt und das ehrenamtliche Engagement unserer Mitarbeitenden gefördert. Wir engagieren uns zudem mit der Initiative #HCOBemployeesStand-WithUkraine, die von unseren Mitarbeitenden ins Leben gerufen wurde.

Ausblick

Die Ergebnisse im Jahr 2025 sind Ausdruck der konsequenten Umsetzung der Strategieanpassung und der operativen Stärke der Bank. Im Geschäftsjahr 2026 werden wir uns auf unsere



„Mit dem geschärften Geschäftsmodell und unseren langfristigen Kundenbeziehungen sind wir sehr gut aufgestellt, um in unseren Kerngeschäftsbereichen weiter profitabel zu wachsen.“

— Jens Thiele, CIO

kundenzentrierte, auf profitables Wachstum ausgerichtete Geschäftsstrategie konzentrieren und den Abbau nicht strategischer Portfolios vorantreiben. Aufgrund unserer soliden Ertragsbasis und des klaren Fokus auf Kosteneffizienz erwarten wir ein IFRS-Ergebnis vor Steuern von rund 300 Mio. Euro. Diese Prognose basiert auf der Annahme, dass der Nahostkonflikt nicht weiter eskaliert oder sich über einige Monate hinaus ausdehnt. Mit der klaren Fokussierung auf die Kerngeschäftsfelder, langfristigen Kundenbeziehungen und einer hochmodernen IT-Infrastruktur ist die Bank gut positioniert, um im Geschäftsjahr 2026 profitabel zu wachsen.

Luc Popelier

Marc Ziegner

Jens Thiele

Reinout van Riel

Milestones 2025

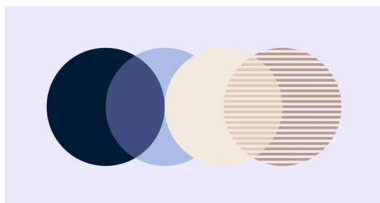
Jan

Paulus de Wilt übernimmt den Vorsitz des Aufsichtsrats und folgt damit dem bisherigen Interimsvorsitzenden Chad Leat, der weiterhin Mitglied des Aufsichtsrats und Vorsitzender des Risikoausschusses bleibt.

Die **Senior Preferred-Anleihe über 500 Mio. Euro** wird erfolgreich am Kapitalmarkt platziert. Die Benchmark-Emission hat eine Laufzeit von fünf Jahren, ist etwa dreifach überzeichnet mit einer Gesamtnachfrage von 1,5 Mrd. Euro und bei Investoren aus Deutschland und anderen europäischen Ländern platziert.

Feb

Beteiligung an der **Akquisitionsfinanzierung der B+T-Gruppe** durch von Igneo Infrastructure Partners verwaltete Fonds.



Mär

Das **Jahresergebnis 2024** zeigt eine gute operative Geschäftsentwicklung. Die vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2024 mit einem IFRS-Jahresüberschuss vor Steuern von 248 Mio. Euro werden bestätigt.

Apr

Die **HOLBORN Europa Raffinerie GmbH** erhält eine Anschlussfinanzierung in Höhe von 100 Mio. Euro für den Bau einer Biokraftstoffanlage.

Strategische Fokussierung als deutsche Bank mit europäischer Ausrichtung, basierend auf drei Zielen: Fokus auf das Kerngeschäft für mehr Kundennutzen, die Vereinfachung von Geschäftsmodell und Prozessen sowie die Erweiterung des Fundings.

Mai

Neuer **Standort in den Niederlanden**: Das Shipping-Team bezieht einen modernen und energieeffizienten Bürokomplex am Flughafen Amsterdam Schiphol.

Die **GLOBUS-Gruppe** wird als neuer Unternehmenskunde mit einer Finanzierung von 50 Mio. Euro gewonnen.

Jun

ESG-Rating verbessert: Mit dem von ISS vergebenen C-Rating erreicht die HCOB einen Spitzenstatus innerhalb der Vergleichsgruppe.

Die Finanzierung des **Ankaufs des „Kaufmannshauses“** in Hamburg erfolgt über ein Akquisitions- und Investitionsdarlehen für den Londoner Vermögensverwalter Attestor Ltd.; die Immobilie umfasst rund 24.000 Quadratmeter auf sechs Etagen, die ein Atrium mit Glasdach umgeben.



Jul

Die Aufstockung der im Januar begebenen **Senior-Preferred-Anleihe** um 250 Mio. Euro erhöht das Volumen erfolgreich auf insgesamt **750 Mio. Euro**.

Kreislaufwirtschaft: Als Mandated Lead Arranger wird der Bau einer Mono-Klärschlammverbrennungsanlage in Hildesheim und einer vorgelagerten Trocknungsanlage in Hameln für KNRN in Niedersachsen finanziert.



Aug

Der **Vorsteuergewinn im ersten Halbjahr 2025** steigt trotz strategischer Umstrukturierungskosten auf **139 Mio. Euro (Vorjahr: 129 Mio. Euro)**, unterstützt durch starke operative Leistung und Kostendisziplin.

Refinanzierung von sechs Methanol-Tankern für nachhaltigen Schiffsfonds LEMSCO: 190 Mio. US-Dollar werden für den „Low Emission Methanol Shipping Company Fund“ (LEMSCO) bereitgestellt, der von Proman AG und Stena Bulk zusammen mit einem Konsortialpartner (50/50 %) aufgelegt wird.

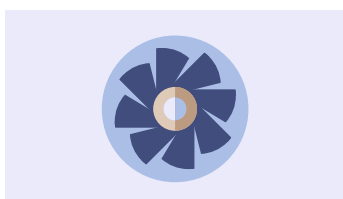


Sep

Neuaufstellung des Vorstands: CRO Ulrik Lackschewitz und CIO Christopher Brody treten Ende 2025 zurück.

Jens Thiele (CIO) und Reinout van Riel (CRO) treten ihre Nachfolge zum 1. Januar 2026 an, um eine stabile Führung während der strategischen Fokussierung zu gewährleisten.

Refinanzierung des Berliner Immobilienkomplexes „**OSRAM-Höfe**“: Die Investmentgesellschaft Esas Holding erhält Mittel zur Repositionierung des Objekts in Berlin als Life-Sciences-Campus.



Okt

Der **Verkauf des Aviation-Portfolios über 450 Mio. US-Dollar** unterstützt die strategische Fokussierung und die Konzentration auf das Kerngeschäft.

Beteiligung an der **Finanzierung der Inland Terminals Group (ITG)**. Als Lead Arranger wird die ITG bei einem Finanzierungspaket in Höhe von **160 Mio. Euro** unterstützt, das gemeinsam mit einem Konsortium internationaler Banken arrangiert wird.

Nov

Finanzierung einer Wohnportfolio-Akquisition. Die Arrow Global Group erhält einen Kredit in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe für den Kauf von 80 Eigentumswohnungen im Stadtquartier „maxfrei“ in Düsseldorf.

Wegweisende Finanzierung für den **Windenergie-Ausbau** in Deutschland. Beteiligung in Höhe von 75 Mio. Euro am Finanzierungspaket von NeXtWind. Die **Konsortialfinanzierung in Höhe von 1,8 Mrd. Euro** ist eine der bislang größten Windenergie-Finanzierungen in Deutschland.

Dez



Spende von **500.000 Euro für wohltätige Zwecke:** 100.000 Euro unterstützen #HCOBEmployeesStandwithUkraine. 400.000 Euro gehen an zehn von Mitarbeitenden nominierte Initiativen für Kinder, Einkommensschwache und Naturschutz.

Finanzierung nachhaltiger Energielösungen: 25 Mio. Pfund werden Vital Energi im Rahmen eines 150 Mio. Pfund schweren Finanzierungspakets von einem Konsortium aus internationalen Banken und institutionellen Investoren zur Verfügung gestellt.

„Fokus auf profitables Wachstum und nachhaltigen Erfolg“

Jens Thiele

Chief Investment Officer (CIO)
Head of Project Finance & Corporates

Wie hat sich das Corporates-Geschäft im Jahr 2025 entwickelt?

Jens Thiele Unser Kerngeschäft mit Firmenkunden hat sich trotz des weiterhin schwachen konjunkturellen Umfelds in Deutschland und Europa positiv entwickelt. Das Neugeschäftsvolumen lag mit etwa 1,6 Mrd. Euro über unseren Erwartungen. Diese gute Performance, zu der sowohl das deutsche als auch das internationale Kundengeschäft beigetragen haben, unterstreicht die Stärke unseres Geschäftsmodells und die konsequente Umsetzung unserer Franchise Fokus-Strategie.

In welchen Ländern war die Bank vor allem aktiv?

JT Wir waren im letzten Jahr neben Deutschland etwa in den Benelux-Ländern, Großbritannien, Skandinavien sowie selektiv in Frankreich tätig. Die Fokussierung auf den deutschen und europäischen Markt sowie die sorgfältige und risikobewusste Auswahl unserer Kundenbeziehungen und Transaktionen stärken unser Franchise-Geschäft und bieten solides Potenzial für die weitere Entwicklung.

Können Sie einige Beispiele für Transaktionen nennen?

JT Wir setzen auf eine breite Diversifizierung und sind in verschiedenen Sektoren vertreten gewesen. Vergangenes Jahr haben wir beispielsweise im Healthcare- und Pharmasegment mehrere Transaktionen gesehen. Hier waren wir unter anderem bei der Finanzierung eines Anbieters von Hautpflegeprodukten dabei. Wir haben aber auch im Dienstleistungsbereich und mit Unternehmen



aus dem Bereich Financial Services Transaktionen abgeschlossen. Im Defence-Segment spüren wir eine erhöhte Nachfrage; hier konnten wir etwa die Finanzierung für die FFG Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft erfolgreich begleiten.

Wie differenzieren Sie sich von den Wettbewerbern?

JT Wir konzentrieren uns auf ausgewählte Märkte mit einer fokussierten Angebotspalette, in denen wir über tiefes Know-how verfügen, um so einen echten Mehrwert für unsere Kund:innen zu schaffen. Diese Spezialisierung ermöglicht uns zum Beispiel, deutlich schneller zu agieren als unsere Wettbewerber.

Wie lief das Firmenkundengeschäft in Deutschland?

JT Das Deutschlandgeschäft entwickelte sich erfreulich. Mit einem Neugeschäftsvolumen von etwa 700 Mio. Euro verzeichneten wir ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr. Das ist ein starkes Signal für unsere Marktposition. Der Anteil am Gesamtgeschäft stieg merklich und wurde neben Norddeutschland auch durch verstärkte Nachfrage aus Süd- und Westdeutschland getragen.

Wie hat sich das Corporates International-Geschäft entwickelt?

JT Seit dem Start im Jahr 2020 ist das Corporates International-Geschäft erfolgreich und kontinuierlich gewachsen. Seitdem haben wir etwa 6 Mrd. Euro Neugeschäft abgeschlossen. Aus unseren Standorten in Hamburg, London und Luxemburg bieten wir besicherte, erstrangige Kredite und Finanzierungslösungen über das gesamte Kreditpektrum an. Wir sind zudem stark in der Akquisitionsfinanzierung und auch für Spezialfinanzierungen im Unternehmenssektor stellen wir maßgeschneiderte Kreditlösungen bereit.

Sie haben im Zahlungsverkehr Ihre Kundenbasis deutlich vergrößert. Welche Vorteile bieten Sie?

JT Für Unternehmen hat eine zügige und verlässliche Zahlungsabwicklung höchste Priorität.

Wir sind sehr nah an unseren Kund:innen und bieten eine persönliche Betreuung sowie Lösungen für individuelle Anforderungen an. Zudem setzen wir moderne und innovative Produkte wie etwa virtuelle Konten oder digitale Avale ein. Entscheidend ist dabei unsere Fähigkeit, Kundenprozesse nahtlos mit unseren Bankprozessen zu verzahnen und optimal aufeinander abzustimmen. Dies zeigt sich besonders bei Know-Your-Customer-Verfahren und Kontoeröffnungsanträgen, bei denen wir durch intelligente Prozessintegration maximale Effizienz erreichen. Diese Kombination führt zu einem kontinuierlichen Kundenwachstum von 5 % bis 9 % jährlich. Unsere Stärke liegt in der intelligenten Verzahnung von Prozessen und einer hohen Umsetzungsgeschwindigkeit.

Wie sind Ihre Perspektiven für das Jahr 2026?

JT Das Jahr 2026 wird wirtschaftlich und geopolitisch weiterhin herausfordernd bleiben. Gleichzeitig blicken wir zuversichtlich nach vorn. Unsere robuste Struktur und die Flexibilität, schnell auf Kundenbedürfnisse und Marktentwicklungen zu reagieren, haben sich erfolgreich bewährt – das stimmt uns optimistisch. Wir sind weiter auf Wachstum ausgerichtet und freuen uns auf Neugeschäft. Dabei streben wir ein Neugeschäftsvolumen auf dem Niveau der Vorjahre an.

Lesen Sie mehr zu den Corporates-Deals auf der Folgeseite.

Deal 1: Finanzierung für FFG – Stärkung einer strategischen Partnerschaft

Deal 2: Refinanzierung für EYSA – Anbieter von intelligenten Mobilitätslösungen

Corporates Germany

Finanzierung für FFG – Stärkung einer strategischen Partnerschaft



Copyright: FFG

Kunde: FFG Flensburger Fahrzeugbau
Gesellschaft mbH (FFG)
Projekt: Konsortialfinanzierung
Rolle: Lead Arranger
Volumen: 550 Mio. Euro (inkl. Erhöhungen),
Anteil HCOB: 95 Mio. Euro

Die HCOB hat im Jahr 2025 als Lead Arranger gemeinsam mit einem Bankenkonsortium die Konsortialfinanzierung der FFG-Gruppe erfolgreich umgesetzt. Mit dieser bedeutenden Transaktion festigt die Bank ihre langjährige, vertrauensvolle Partnerschaft mit FFG und begleitet die Unternehmensgruppe auf ihrem ambitionierten Wachstumspfad.

Die Bank bringt ihre ausgewiesene Branchenexpertise im Verteidigungssektor ein und verfolgt das Ziel, ihre Aktivitäten in diesem strategisch relevanten Marktsegment weiter auszubauen. Die FFG-Gruppe mit Sitz in Flensburg ist ein führendes, international agierendes Unternehmen der Verteidigungsindustrie und ein verlässlicher Partner der deutschen Bundeswehr.

Die Finanzierung erfüllt die strengen ESG-Richtlinien der HCOB: Es werden ausschließlich Hersteller militärischer Ausrüstung unterstützt, deren Produkte an staatliche Institutionen (B2G) geliefert werden, die nicht von der EU, den Vereinten Nationen oder den USA sanktioniert sind. Damit unterstreicht die Bank ihre Verantwortung für nachhaltige und regelkonforme Geschäftsaktivitäten.

Corporates International & Specialty Lending

Refinanzierung für EYSA – Anbieter von intelligenten Mobilitätslösungen



Copyright: iStock.com/Yongyuan Dai

Kunde: EYSA
Projekt: Refinanzierung für einen führenden
Anbieter von intelligenten Mobilitäts-
lösungen
Rolle: Kreditgeber für eine revolvingende
Super-Senior-Kreditfazilität

Die Hamburg Commercial Bank hat sich an der Refinanzierung von EYSA, einem führenden Anbieter von intelligenten Mobilitätslösungen, beteiligt. Damit setzt die Bank, die EYSA bereits zuvor unterstützt hatte, ihre Rolle als alleiniger Kreditgeber einer revolvingenden Super-Senior-Kreditfazilität fort. Die Transaktion unterstreicht unsere Expertise, individuelle Finanzierungslösungen für unsere Kunden zu strukturieren. Die HCOB begleitet EYSA und den neuen Eigentümer Tikehau Capital in dieser bedeutenden Phase des Wachstums und der Innovation und trägt so dazu bei, intelligentere, sauberere und besser vernetzte Mobilitätsinfrastrukturen zu ermöglichen.

EYSA hat sich zu einem wichtigen Akteur im Mobilitätssektor entwickelt und bietet Städten und Gemeinden integrierte Parkplatz-Lösungen, die Technologie, Infrastruktur und Dienstleistungen miteinander verbinden, um den städtischen und interurbanen Verkehr zu verbessern.

„Erfahrung und Kompetenz sind entscheidend in dieser Marktphase“



Stefan Hoenen
Head of Commercial Real Estate

Stefan Hoenen ist seit mehr als 20 Jahren im Immobilienfinanzierungsgeschäft tätig, davon die vergangenen rund 12 Jahre für die Hamburg Commercial Bank. Seit Oktober 2025 leitet er nun den Bereich Commercial Real Estate (CRE) der Bank.

Wie ist der Einstieg in die neue Position gelaufen?
Stefan Hoenen Der Übergang verlief sehr gut – nicht zuletzt, weil ich den Bereich bereits seit Juni als Co-Head gemeinsam mit meinem geschätzten Vorgänger, Peter Axmann, geleitet habe und wir die Zeit für einen intensiven Austausch und eine reibungslose Übergabe genutzt haben. Die Kolleg:innen und Abläufe im Haus waren mir ja bereits bestens vertraut und nun freue ich mich darauf, gemeinsam mit meinem engagierten Team das Immobilienfinanzierungsgeschäft der Bank weiterzuentwickeln.

Verhaltene Konjunkturaussichten und geopolitische Unsicherheiten – keine einfache Phase, in der Sie das Ruder übernommen haben. Was erwarten Sie für das Jahr 2026?

SH Wir sehen erste Erholungstendenzen am Immobilienmarkt, und die Stimmung hellt sich allmählich auf. Großvolumige Transaktionen sind zwar nach wie vor selten, aber es gibt sie wieder, der Markt wird getestet. Insbesondere ausländische Investor:innen waren zuletzt aktiv, während sich deutsche Institutionelle noch zurückhielten. Auch wenn ausreichend frisches internationales Kapital zur Verfügung steht, liegen die Renditeanforderungen im Durchschnitt höher als im vergangenen Zyklus, sodass die Preislücke zwischen Verkäufer- und Käuferseite noch nicht überall geschlossen ist. Wir rechnen daher mit einer moderaten, insgesamt jedoch konstanten Belebung des Transaktionsmarktes und einer in dem Zuge länger anhaltenden Seitwärtsbewegung mit positiven Vorzeichen.

Schauen wir auf die verschiedenen Assetklassen: Wo sehen Sie schnelles Erholungspotenzial, wo wird es vielleicht noch etwas dauern?

SH Die einzelnen Assetklassen und Subsegmente entwickeln sich sehr unterschiedlich. Bei Wohnimmobilien wird sich die positive Entwicklung der vergangenen Quartale fortsetzen und Hotels, Fachmarktzentren sowie der Lebensmitteleinzelhandel zeigten zuletzt gutes Momentum. Auch bei zentralen Büroflächen mittlerer Größe erkennen wir deutliches Potenzial. Logistikimmobilien erfreuen sich hoher Investorennachfrage, die Absorption neu gebauter Flächen ist bei eher verhaltenen konjunkturellen Aussichten jedoch herausfordernd. Schwierig bleibt auch die Situation bei Büroobjekten in Nebenlagen oder bei Gebäuden, bei denen hohe Nachhaltigkeitsinvestitionen auf verhaltene Mieternachfrage und begrenztes Mietanpassungspotenzial stoßen.

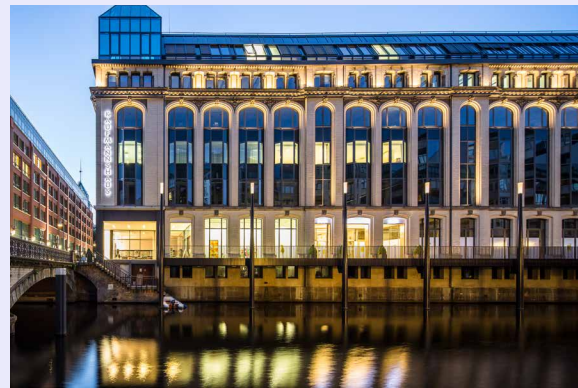
Welche Rolle spielen Nachhaltigkeitsaspekte in der Immobilienfinanzierung?

SH Nachhaltigkeit ist längst kein Selbstzweck mehr, sondern wird von Käufer:innen, Mieter:innen, Banken und Versicherungen aktiv eingefordert. Die Anforderungen an nachhaltige Immobilien sind bereits deutlich gestiegen – und sie werden weiter zunehmen. Das führt gerade in Bestandsportfolios zu teils erheblichen Investitionen. Banken übernehmen hier eine wichtige Rolle als Kapitalgeber, sie finanzieren die Transformation von Immobilien – von „brown to green“ – und unterstützen ihre Kund:innen dabei, Werte zu sichern und zu steigern.

Was steht für den Bereich Commercial Real Estate im Jahr 2026 auf der Agenda?

SH Wir wollen unser Neugeschäft auf rund eine Milliarde Euro ausweiten und mit unserer Kompetenz – insbesondere bei komplexen und individuellen Finanzierungsstrukturen – auch neue Geschäftspartner:innen gewinnen. Neben der Finanzierung von Bestandsimmobilien und Projektentwicklungen in allen gängigen Assetklassen werden wir auch im kommenden Jahr auf den verstärkten Einsatz von Digitalisierung und KI setzen, um noch effizienter und schneller zu werden. Denn unser Anspruch ist es, für unsere Kund:innen weiterhin ein Finanzierungspartner auf Augenhöhe zu sein – mit Expertise, Erfahrung und Schnelligkeit.

Finanzierung für historisches „Kaufmannshaus“ in Hamburg



Copyright: Carsten Bruggmann

Kunde: Attestor Limited | Britischer Vermögensverwalter, gegründet 2012
Finanzierung: Akquisitions- und Investitionsdarlehen
Assetklasse: Büro- und Handelsimmobilie

Mitten im Hamburger Passagenviertel gelegen, zählt das historische „Kaufmannshaus“ zu den prägenden Kontorhaus-Adressen der Innenstadt. Das denkmalgeschützte Gebäude aus dem Jahr 1906 erstreckt sich über rund 24.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche und sechs Etagen, die sich um ein großzügiges, glasüberdachtes Atrium gruppieren. Die markante Ecklage an der Kreuzung Bleichenbrücke / Große Bleichen, die direkte Anbindung an den Bleichenfleet sowie die Nähe zu Neuer Wall, Rathaus und Binnenalster machen das Objekt zu einem architektonischen Blickfang.

Die Immobilie ist als Mixed-Use-Objekt mit hochwertigen Einzelhandelsflächen im Premiumsegment im Erd- und Untergeschoss sowie modernen Büroflächen in den Obergeschossen positioniert. Dank umfangreicher Modernisierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen entstehen attraktive und zukunftsfähige Flächen für Handel und Dienstleistung in bester Innenstadtlage. Die HCOB hat das Akquisitions- und Investitionsdarlehen passgenau für Attestor Ltd. strukturiert und damit die international tätige Unternehmensgruppe als Neukunden gewonnen.

„Schifffahrtsmärkte profitieren von robustem Welthandel“

Jan-Philipp Rohr
Global Head of Shipping

Wie haben sich die Schifffahrtsmärkte im Jahr 2025 entwickelt?

Jan-Philipp Rohr 2025 haben sich die Schifffahrtsmärkte sehr erfreulich entwickelt. Dank disziplinierter Neubaubestellung und eines robusten Welthandels hat sich ein gutes Marktverhältnis eingestellt, vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Im Containerschiffmarkt haben wir einen starken Anstieg der Charraten gesehen und die Transportmenge legte trotz herausfordernder Rahmenbedingungen zu. Bei den Tankern lagen die Erträge deutlich über dem Zehnjahresdurchschnitt, insbesondere bei Rohölkern. Und auch die Bulkermärkte konnten sich nach einem schwächeren Start klar erholen und erreichten zum Jahresende die höchsten Durchschnittsraten seit Jahren.

Wie hat sich diese positive Entwicklung auf den Geschäftsbereich Shipping der HCOB ausgewirkt?

JPR Wir haben mit unseren erfahrenen Teams in Hamburg, Piräus und, seit Mitte vergangenen Jahres auch, Amsterdam Neugeschäft in Höhe von 1,3 Mrd. Euro abgeschlossen. Damit sind wir sehr zufrieden. Denn die Reedereien haben aufgrund der sehr guten Marktlage in den vergangenen Jahren viel Liquidität aufgebaut, was sich natürlich auch auf die Finanzierungsnachfrage auswirkt. Trotzdem gibt es weiterhin ausreichend Aktivität im Markt, und wir konnten bei unseren Kund:innen mit unserer tiefgreifenden Expertise, unserer Zuverlässigkeit und unseren zeitnahen Entscheidungen punkten. Zum Jahresende lag unser Shipping-Portfolio bei rund 2,5 Mrd. Euro und macht damit knapp ein Zehntel der diversifizierten Bilanz der Bank aus.



Welche Auswirkungen haben die US-Hafengebühren auf den globalen Schiffsfinanzierungsmarkt?

JPR Die von den USA angekündigten Hafengebühren betreffen grundsätzlich alle Schiffe, die in amerikanischen Häfen anlegen und in China gebaut oder registriert wurden. China ist im Schiffsbau weltweit nach wie vor die Nummer eins. Auch wenn die neue Gebührenregelung vorerst ausgesetzt wurde, prüfen viele Reeder, die etwa chinesische Leasingstrukturen nutzen, ob klassische Finanzierungen in Europa eine attraktive Alternative sein können. Das hat die Kreditnachfrage auf der Bankenseite belebt und zeigt, welchen Einfluss handelspolitische

Entscheidungen auf die maritime Industrie und ihre Finanzierungspartner haben.

Welche Entwicklungen erwarten Sie für die Schiffahrtsmärkte?

JPR Für die Schiffahrtsmärkte insgesamt rechnen wir für 2026 mit einer Fortsetzung der positiven Entwicklung, bei einem im Vergleich zur robusten Nachfrage weiterhin überschaubaren Flottenwachstum. Neben der Entwicklung von Tonnage, Frachtraten und Flottenkapazität bleibt die Transformation hin zu klimafreundlicheren Antrieben für die gesamte maritime Branche ein zentrales Thema. Reeder konzentrieren sich zunehmend auf moderne, effiziente und emissionsärmere Tonnage, um regulatorische Vorgaben zu erfüllen und ihre Schiffe zukunftsfähig aufzustellen. Gleichzeitig ist noch offen, welche Technologien sich langfristig durchsetzen werden, was langfristige Investitionsentscheidungen anspruchsvoll macht.

Welche Erwartungen haben Sie für den Bereich Shipping im Jahr 2026?

JPR Shipping ist ein Kerngeschäftsfeld der Bank, und vor dem Hintergrund positiver Markterwartungen, bei gleichzeitig hoher Liquidität auf Seiten der Reeder haben wir uns für 2026 ein Neugeschäftsvolumen von rund 1,5 Mrd. Euro vorgenommen. Im Fokus stehen dabei auch künftig Schiffe mittleren Alters – ob im Containersegment, bei Tankern oder Bulkern. Denn aus unserer Sicht kann es durchaus sinnvoll und nachhaltig sein, bestehende Tonnage weiter zu nutzen, gezielt zu modernisieren und so noch über mehrere Jahre effizient im Einsatz zu halten.

Unseren überwiegend international agierenden Kund:innen bieten wir auch künftig strukturierte Asset- und Unternehmensfinanzierungen sowie einen zuverlässigen und schnellen globalen Zahlungsverkehr – ein echter Mehrwert für ihr Geschäft. Genauso wichtig wie Produkte und Prozesse ist uns eine zuverlässige Partnerschaft auf Augenhöhe mit unseren Kund:innen – denn Shipping ist und bleibt ein „people business“.

Refinanzierung für eine umweltfreundlichere Schiffahrt



Copyright: Proman

Kunde: LEMSCO Fund I | Nachhaltiger Schiffsfonds von Proman und Stena Bulk

Umfang: Konsortialkredit über 190 Mio. US-Dollar (HCOB-Anteil: 50 %)

Segment: Sechs moderne Methanol-Dual-Fuel-Tanker

Der „Low Emission Methanol Shipping Company Fund I“ (LEMSCO Fund I) investiert ausschließlich in moderne Methanol-Dual-Fuel-Tanker und leistet damit einen Beitrag zur Dekarbonisierung der Schiffahrt. Gemeinsam mit einem Konsortialpartner stellte die Bank 190 Mio. US-Dollar für die Refinanzierung von sechs IMOIIeMAX-Tankern bereit. Die Schiffe mit einer Kapazität von 50.000 dwt (Tragfähigkeit eines Schiffes) können sowohl mit schwefelarmem Treibstoff (VLSFO) als auch mit Methanol aus fossilen oder erneuerbaren Quellen betrieben werden. Methanol ist vollständig biologisch abbaubar und beim Einsatz von grünem Methanol werden die CO₂-Emissionen über den gesamten Lebenszyklus um mehr als 90 % reduziert.

Der im Jahr 2023 aufgelegte LEMSCO Fund I bietet Investor:innen die Möglichkeit, direkt in die Energiewende des maritimen Sektors zu investieren. Initiiert wurde der Fonds von Proman, einem der weltweit größten Methanolproduzenten, und Stena Bulk, einer international führenden Tankschiffahrtsgesellschaft. Die HCOB begleitet die maritime Wirtschaft seit Jahrzehnten und überzeugte die beiden namhaften Unternehmen mit ihrer Erfahrung und bewährten Kompetenz.

„Starkes Jahr für Projektfinanzierungen“



Hans Lötzer
Head of Project Finance



Luke Isherwood
Head of Project Finance Special Situations

Wie hat sich der Bereich Project Finance im Jahr 2025 entwickelt?

Unser Geschäft mit Projektfinanzierungen für Infrastruktur und erneuerbare Energien verzeichnete 2025 das erfolgreichste der letzten fünf Jahre. Das Neugeschäft lag mit einem Wachstum von gut einem Drittel über dem Vorjahr. Dieses Ergebnis zeigt, dass unsere strategische Ausrichtung greift. Mit Fokus auf Deutschland und Europa haben wir unsere Marktpräsenz ausgebaut, deutlich mehr Primärtransaktionen und strukturierte Finanzierungen umgesetzt sowie zusätzliches Geschäft im Zahlungsverkehr, mit Derivaten und Agency-Rollen generiert. Neben unserem Heimatmarkt Deutschland, auf den ein großer Teil der Projekte entfiel, konnte auch unser Infrastrukturteam in London deutlich zu dem guten Ergebnis beitragen. Grundlage für diesen

Erfolg ist die risikoorientierte Auswahl unserer Kundenbeziehungen und Transaktionen, die unser Franchise-Geschäft nachhaltig stärkt.

Wo lagen die Schwerpunkte der Transaktionen?

Im Jahr 2025 haben wir verschiedene Finanzierungen mit dem Schwerpunkt auf Energieinfrastruktur unterstützt, darunter etwa Übertragungsnetze, Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, Energiegewinnung aus Abfall sowie Batteriespeicher. Der digitale Sektor war mit Finanzierungen von Datencentern, Funktürmen und Glasfasernetzen ebenfalls nennenswert vertreten. Unsere Infrastrukturteams konnten ihre Kundenbeziehungen weiter ausbauen und flexible und maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Neben der klassischen Infrastrukturfinanzierung haben wir u. a. komplexe Akquisitionsfinanzierungen

realisiert. Regional lag der Fokus auf West- und Nordeuropa, insbesondere auf Deutschland, Großbritannien und Skandinavien.

Die Entwicklung der Infrastruktur und der Energieversorgung zählt zu den Schlüsselfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. Wo sehen Sie die größten Chancen?

Wir sehen weiterhin Potenzial in der Finanzierung von nachhaltiger Energieinfrastruktur und digitalen Lösungen. Der wachsende Bedarf an Datenvolumen und -verkehr führt zu Investitionen in Rechenzentren und Glasfasernetze in unseren Kernmärkten. Auch wenn die Marktbedingungen im Glasfasersegment 2025 herausfordernd waren, konnten wir für ausgewählte Kund:innen große, risikoadäquat strukturierte Transaktionen umsetzen und das Franchise für die Bank steigern. Im Bereich Energy Transition bleibt die Dynamik hoch, insbesondere bei Batteriespeichern. Aber auch Themen wie die Kreislaufwirtschaft und die Rohstoffgewinnung aus Abfällen werden für uns ein Schwerpunkt sein. Mit Blick auf die Zukunft wird die Energiewende ein wichtiger Schwerpunkt bleiben, da viele Länder angesichts geopolitischer Unsicherheiten ihre Energieversorgung stärker absichern wollen. Zudem werden die Verpflichtungen zur Erreichung der Netto-Null-Emissionen bis 2050 dafür sorgen, dass dieser Sektor robust bleibt.

Was sind die Erfolgsfaktoren im Segment Project Finance?

Wir pflegen enge, vertrauensvolle Kundenbeziehungen und bieten flexible Finanzierungsmodelle, die auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Unsere agile Organisationsstruktur sowie unsere kompakte Größe ermöglichen es uns, sehr schnell auf Kundenbedürfnisse zu reagieren. Dabei konzentrieren wir uns auf Märkte, in denen wir über fundiertes Know-how verfügen und mit unserer breiten Produktpalette einen echten Mehrwert für unsere Kund:innen schaffen.

Wie sind Ihre Perspektiven für das Jahr 2026?

Wir sind erfolgreich in das neue Jahr gestartet und blicken optimistisch auf das weitere Geschäftsjahr. Wir halten an unserer strategischen Ausrichtung fest und streben ein Neugeschäftsvolumen etwa auf Vorjahresniveau an. Dabei setzen wir auf eine breite Diversifizierung unseres Portfolios und den Ausbau direkter Kundenbeziehungen.

Finanzierung von Batterie- speichern für eine nach- haltige Energiezukunft



Kunde:	Steag Iqony Group
Projekt:	Finanzierung des Batterie-Energiespeicherprojektes „Steady Green Energy“ in Duisburg-Walsum
Rolle:	Sole Lender

Nachhaltigkeit

100 % sustainable gemäß dem Sustainable & Transformational Finance Framework (STFF) der HCOB.

Die Hamburg Commercial Bank stellt dem Energieunternehmen Iqony einen zweistelligen Millionen-Euro-Betrag für den Bau und Betrieb des Batterie-Energiespeicherprojektes „Steady Green Energy“ zur Verfügung. Die Bank verfügt über tiefe Branchenexpertise in diesem Sektor und hat für Iqony ein umfassendes Finanzierungspaket aus einer Hand strukturiert und arrangiert, das auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten ist. Der innovative Groß-Batteriespeicher „Steady Green Energy“ wird am Kraftwerksstandort Duisburg-Walsum der Steag Iqony Group entstehen und startet voraussichtlich im August 2026 den kommerziellen Betrieb. Er verfügt über eine Leistung von rund 50 Megawatt (MW) und eine Kapazität von 200 Megawattstunden. Als Vier-Stunden-Speicher kann die Anlage flexibel auf die Anforderungen des Stromsystems reagieren und erneuerbare Energien optimal und nach Bedarf verfügbar machen. Iqony hat zudem ein Power Storage Agreement mit DB Energie, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn, abgeschlossen, die für fünf Jahre 35 MW des insgesamt 50 MW großen Speichers nutzen wird.

ESG – Kursgeber für eine nachhaltige Zukunft

N

Nachhaltigkeit ist zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor für Unternehmen jeder Größe geworden. Trotz politischer Unsicherheiten und globaler Herausforderungen ist und bleibt die Einhaltung und Weiterentwicklung von ESG-Kriterien für die HCOB von zentraler Bedeutung. Der Weg zu mehr Nachhaltigkeit ist ein kontinuierlicher Prozess und erfordert ständige Anpassungen an sich ändernde Rahmenbedingungen. Die frühzeitige Erkennung von Transformationsbedarfen und die aktive Steuerung potenzieller ESG-Risiken stärken die Resilienz sowohl der Bank als auch ihrer Kund:innen. Die HCOB versteht Nachhaltigkeit nicht nur als eine Verpflichtung, sondern als Chance, den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft zu unterstützen und Kund:innen bei ihrer Transformation zu begleiten.

ESG als strategischer Kompass

Nachhaltiges Handeln ist tief in der Unternehmensstrategie der HCOB verankert und spiegelt sich in täglichen Entscheidungen und Geschäftsaktivitäten wider. Transparenz ist wesentlicher Bestandteil: Die Bank kommuniziert ihre Ziele, gemachte Fortschritte und erreichte Ergebnisse offen.

Globale Rahmenwerke und Verpflichtungen

Dieses Engagement unterstreicht die HCOB durch ihre Selbstverpflichtungen: 2020 unterzeichnete sie die UN Principles for Responsible Banking und bekannte sich damit zum Pariser Klimaabkommen sowie zu den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG). Zusätzlich berichtet die Bank seit 2021 detailliert über finanzierte Emissionen gemäß den Anforderungen des Partnership for Carbon Accounting Financials. Als Mitglied der Initiative Responsible Ship Recycling Standard (seit 2020) zeigt die HCOB zudem Verantwortung in einem für sie wichtigen Geschäftsfeld.

Fokus auf Klimaschutz

Die HCOB hat die Ambition, spätestens 2050 das Netto-Null-Emissionsziel zu erreichen – sowohl auf Corporate-Level für den Bankbetrieb als auch auf Portfolio-Level für das Kredit- und Investmentportfolio. 2025 hat die Bank einen Transitionsplan erstellt, der den Übergang zu Netto-Null weiter konkretisiert und kurz-, mittel- und langfristige Dekarbonisierungsziele für die Portfolien Shipping, Real Estate und Energy (Stromerzeugung) umfasst.

„Die HCOB versteht Nachhaltigkeit als Chance, die Kund:innen bei ihrer Transformation zu unterstützen.“

Seit 2020 werden Kriterien für alle drei ESG-Dimensionen ganzheitlich bei jeder Kreditentscheidung berücksichtigt. Im mehrstufigen Kreditprozess kommen Compliance Assessment und Sector Restrictions Check, ESG-Scoring und das Sustainable & Transformational Finance Framework zum Einsatz.

Im eigenen Bankbetrieb hat die HCOB ihre Energieverbräuche kontinuierlich reduziert. Die verbliebenen Scope 1- und 2-Emissionen sowie Scope 3-Emissionen aus Geschäftsflügen werden seit vielen Jahren durch MoorFutures®-Zertifikate der Ausgleichsagentur Schleswig-Holstein ausgeglichen. 2026 zieht die Bank am Hamburger Hauptsitz in ein besonders energieeffizientes Gebäude um.

Vielfalt und Diversität im Arbeitsumfeld

Die HCOB setzt sich aktiv für Diversität ein, um ein vielfältiges und inspirierendes Arbeitsumfeld zu schaffen. Dies zeigt sich in der Beschäftigung von Mitarbeitenden aus mehr als 40 Nationen und der Verankerung eines bankeigenen Code of Diversity in der Unternehmenskultur. 2025 erlangte die HCOB bei der Pride-Index-Zertifizierung erneut den Gold-Status. Mit jeweils 33 % setzt sich die Bank klare Ziele für den Anteil von Frauen in Führungs- und Seniorpositionen.

Regelmäßige Schulungen und interne Kommunikationsmaßnahmen schärfen das ESG-Bewusstsein der Mitarbeitenden. Die Bank bietet ihnen zudem eine Vielzahl an Benefits, darunter auch 2026 die vollständige Kostenübernahme des Deutschlandtickets für den öffentlichen Nahverkehr.

Gesellschaftliches Engagement

Die HCOB engagiert sich über ihr Kerngeschäft hinaus durch Spenden und die aktive Unterstützung ehrenamtlicher Aktivitäten ihrer Mitarbeitenden. Die Bank arbeitet mit ausgewählten gemeinnützigen Organisationen zusammen und berücksichtigt bei ihrer Spendentätigkeit alle drei ESG-Dimensionen. 2025 unterstützte sie zehn Organisationen mit einem Gesamtvolumen von 500.000 Euro. Ein Teilbetrag von 100.000 Euro floss erneut an die HCOB-Mitarbeitenden-Hilfsinitiative #HCOBEmployeesStandwithUkraine. Die bedachten Organisationen konnten damit hilfsbedürftigen Menschen aller Altersgruppen helfen, Lebensräume mit hoher Biodiversität erhalten, kulturelle Projekte vorantreiben und soziales Engagement fördern.

Spotlight: Loki Schmidt Stiftung



Copyright: Loki Schmidt Stiftung

Die HCOB pflegt eine enge Partnerschaft mit der Loki Schmidt Stiftung. Die Stiftung setzt sich für den Schutz der Natur ein, indem sie Lebensräume erhält, Artenschutzprojekte durchführt, Umweltbildung fördert und durch Öffentlichkeitsarbeit auf die Bedeutung des Naturschutzes aufmerksam macht.

Die Bank unterstützt die Loki Schmidt Stiftung einerseits mit Spenden für den Erwerb von Flächen für den Naturschutz sowie für den Erhalt und die Förderung der Biodiversität. Beispielsweise werden ehemals landwirtschaftlich genutzte Flächen unter Leitung der Stiftung dem Naturschutz und der Stärkung der biologischen Vielfalt gewidmet – zum Erhalt für heutige und künftige Generationen. Andererseits engagieren sich HCOB-Mitarbeitende im Rahmen von Volunteering-Aktivitäten vor Ort, was den Austausch und die gemeinsame Umsetzung von Naturschutzprojekten stärkt. Darüber hinaus findet ein kontinuierlicher Dialog zwischen der Stiftung und der HCOB statt – bei Besuchen lokaler Naturschutzprojekte und Diskussionen zu globalen Biodiversitätsfragen.

Diese Partnerschaft fördert durch gezielte Unterstützung von Naturschutzprojekten die Artenvielfalt. Eine vielfältige Natur sichert nicht nur ökologische Stabilität, sondern trägt auch zu den globalen Nachhaltigkeitszielen bei.

Bericht des Aufsichtsrats





Paulus de Wilt,
Vorsitzender des
Aufsichtsrats der
Hamburg Commercial
Bank seit Jan. 2025

Jahresabschluss und Konzernabschluss 2025 der Hamburg Commercial Bank AG

Bericht des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 2025

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2025 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat insbesondere die Geschäftsführung der Hamburg Commercial Bank AG („HCOB“ oder „die Bank“) überwacht und den Vorstand in Fragen der Unternehmensleitung beraten.

Im Berichtsjahr 2025 hat der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung, die operative Entwicklung und das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über wesentliche Rechtsstreitigkeiten, Compliance-Themen und Geschäfte sowie Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren, unterrichtet.

Im Berichtsjahr hat die Hamburg Commercial Bank ihre strategischen Geschäftsanpassungen umgesetzt und ihre Aktivitäten auf die Kerngeschäftsfelder Corporates, Project Finance, Real Estate Germany und Shipping konzentriert. Die Bank reduzierte die nicht mehr als Kerngeschäft betrachteten Portfolios (International Real Estate, Global Aviation und Teile von Structured Portfolio Finance) um fast 60 % auf 1,3 Mrd. Euro. Dies wurde wertschonend, einschließlich des Verkaufs des Aviation-Portfolios im Oktober 2025 mit einem Gesamtvolumen von ca. 450 Mio. US-Dollar, und vorzeitig erreicht.

Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich trotz eines hohen negativen Einmaleffektes im Personalaufwand. Dazu trugen eine solide operative Performance und ein positives sonstiges betriebliches Ergebnis bei. Der Verwaltungsaufwand stieg aufgrund einmaliger Kosten für Abfindungszahlungen im Zusammenhang mit der strategischen Neuausrichtung auf das Kerngeschäft sowie den Effizienzmaßnahmen der Bank.

Ohne diesen Einmaleffekt ging der Verwaltungsaufwand zurück (um 1 % gegenüber dem Vorjahr), was das konsequente Kostenmanagement der Bank verdeutlicht. Trotz anhaltend herausfordernder Bedingungen auf den Immobilienmärkten, die auch maßgeblich die Risikovorsorge beeinflussten, konnte das Volumen notleidender Kredite (NPL) erfolgreich um 17 % auf 540 Mio. Euro reduziert werden. Bei einem gleichzeitig verringerten Kreditvolumen blieb die NPL-Quote bei 3,3 % stabil. Die CET1-Quote lag zum Jahresende bei 16,5 % und damit weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen. Das Geschäftsmodell wurde durch die Entwicklung einer digitalen Plattform für Privatkundeneinlagen („Hamburg Direct Bank“), organisatorische Verschlinkung, den Abschluss der Migration auf eine cloudbasierte IT-Plattform und den verstärkten Einsatz von KI und Automatisierung weiter vorangetrieben. Mit ihrem Franchise Fokus ist die HCOB gut aufgestellt, um profitabel und nachhaltig in ihren Kerngeschäftsfeldern zu wachsen.

Über den Status wesentlicher Meilensteine hat sich der Aufsichtsrat laufend informieren lassen und – wo erforderlich – entsprechende Beschlüsse gefasst. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die Bank war der Aufsichtsrat eingebunden. Im Bedarfsfall ließ der Aufsichtsrat sich rechtlich beraten.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und die Ausschussvorsitzenden wurden vom Vorstand über wichtige Themen und anstehende Entscheidungen auch zwischen den geplanten Sitzungsterminen unterrichtet. Die Vorsitzenden berieten sich auch gegenseitig über die Tagesordnungen der von ihnen geleiteten Ausschüsse und erörterten Themen von übergreifender Bedeutung für den Aufsichtsrat.

Darüber hinaus erhielt der Vorsitzende des Aufsichtsrats einen Auszug aus dem monatlichen Managementbericht und regelmäßig die aktuellen Tagesordnungen der Vorstandssitzungen.

Soweit Beschlüsse auch zwischen den Sitzungen

erforderlich waren, hat der Aufsichtsrat sie im schriftlichen Verfahren gefasst.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hielt im Geschäftsjahr 2025 sechs Sitzungen ab. Darüber hinaus führte der Aufsichtsrat am 9. Oktober 2025 einen Strategie-Workshop mit dem Vorstand durch. Die Aufsichtsratssitzungen fanden in Präsenzform mit der Möglichkeit zur virtuellen Teilnahme statt (hybrides Sitzungsformat). Im Jahr 2025 wurden drei Aufsichtsratssitzungen als virtuelle Sitzungen einberufen, wobei einige Aufsichtsratsmitglieder persönlich in den Räumlichkeiten der Bank anwesend waren. Dies betraf unter anderem die Erörterung der vorläufigen Ergebnisse 2024 (12. Februar 2025) sowie des Halbjahresergebnisses 2025 (20. August 2025) und die Sitzung am 22. September 2025 zu Angelegenheiten des Vorstands.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig über die Lage der Bank. In diesem Zusammenhang informierte er den Aufsichtsrat auf der Grundlage der jeweils vorliegenden Quartalszahlen insbesondere über: die aktuelle wirtschaftliche Lage, den Geschäftsverlauf insgesamt und in den einzelnen Geschäftsbereichen (auch bezogen auf den aktuellen Geschäftsplan), die Risikosituation, die Kapitalentwicklung sowie die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation. Darüber hinaus wurde dem Aufsichtsrat regelmäßig ein Ausblick auf die folgenden Quartale und das Gesamtjahr gegeben. Zusätzlich waren Informationen zu Personalangelegenheiten sowie zu rechtlichen und regulatorischen Themen, u. a. zum Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) 2025 und zu wichtigen aufsichtlichen Vor-Ort-Prüfungen, ein wichtiger Bestandteil der Berichterstattung zur Lage der Bank. Des Weiteren berichtete der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig über den Stand strategischer Projekte, wie z. B. wichtiger IT-Projekte und -Initiativen.

Der Aufsichtsrat hat die Berichte kritisch hinterfragt und in einigen Fällen zusätzliche Informationen und Unterlagen angefordert, die stets unverzüglich und zu seiner Zufriedenheit bereitgestellt wurden.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit verschiedenen Angelegenheiten, die den Vorstand betrafen.

Am Ende seiner Sitzungen hatte der Aufsichtsrat in Abwesenheit des Vorstands in der Regel Gelegenheit, verschiedene weitere Angelegenheiten zu behandeln, die ausschließlich dem Aufsichtsrat vorbehalten sind.

Der Abschlussprüfer nahm regelmäßig an den Aufsichtsratssitzungen teil und stand dem Aufsichtsrat für zusätzliche Auskünfte zur Verfügung.

Darüber hinaus wird der Aufsichtsrat weiterhin zu Beginn jedes Monats über die vorläufigen wesentlichen Kennzahlen per Vormonatsende informiert.

Des Weiteren wurde der Aufsichtsrat zwischen den Sitzungen schriftlich über wesentliche Angelegenheiten informiert, wie beispielsweise das endgültige Ergebnis des SREP 2025. Außerdem wurden dem Aufsichtsrat aktuelle wichtige interne Mitteilungen sowie Rating- und Presseinformationen zur Verfügung gestellt.

In seinen Sitzungen hatte der Aufsichtsrat überdies die folgenden Themen zum Schwerpunkt:

In der Sitzung am 12. Februar 2025 erörterte der Aufsichtsrat im Rahmen der üblichen Berichterstattung über die Lage der Bank das vorläufige Konzernergebnis für 2024 und den voraussichtlichen Dividendenvorschlag. Die HCOB veröffentlichte am 13. Februar 2025 eine Pressemitteilung zum vorläufigen Konzernergebnis. Darüber hinaus erhielt der Aufsichtsrat Übersichten über die Nebentätigkeiten des Vorstands und über wesentliche Spenden der HCOB (Spendenbeträge > 10.000 Euro) im Jahr 2024. Darüber hinaus führte der Aufsichtsrat gemäß den Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung (IVV) und auf Antrag des Vorstands eine Anhörung zur Besetzung der Nachfolge des stellvertretenden Vergütungsbeauftragten durch.

Gegenstand der Sitzung am 26. März 2025 (Jahresabschluss Sitzung) war in erster Linie die Vorstellung der Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2024 durch den Abschlussprüfer sowie des Berichts des Prüfungsausschusses über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2024. Nach eigener Prüfung durch den Aufsichtsrat und vorheriger Erörterung mit dem Abschlussprüfer und auf der Grundlage der Empfehlung des Prüfungsausschusses erfolgte die Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und die Billigung des Konzernabschlusses 2024, einschließlich des Vorschlags für die Verwendung des Bilanzgewinns mit der Ausschüttung einer Dividende von 214.293.941,63 Euro (0,71 Euro je Stammaktie). Darüber hinaus wurden die üblichen Beschlüsse über die Empfehlungen an die ordentliche Hauptversammlung gefasst.

Im Zusammenhang mit dem Jahres- und Konzernabschluss 2024 wurde auch die zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung („Nachhaltigkeitserklärung“) für 2024 gemäß §§ 315b, 315c in Verbindung mit 289b bis 289e HGB geprüft und gebilligt.

Des Weiteren wurde der Beschluss über die Empfehlungen an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) für das Geschäftsjahr 2025 gefasst.

In der Aufsichtsratssitzung am 26. März 2025 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand vor allem die

beabsichtigte strategische Geschäftsanpassung der Bank mit Fokus auf das Franchise-Geschäft.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 26. März 2025 die Richtlinie zu Geschäften mit nahestehenden Personen und Unternehmen („Related Party Transactions Policy“) der Bank auf Übereinstimmung mit den gültigen Anforderungen überprüft.

In Abwesenheit des Vorstands erörterte der Aufsichtsrat die Zielerreichung für das Geschäftsjahr 2024 sowie die Zielvereinbarungen für das Geschäftsjahr 2025 der Mitglieder des Vorstands und eine Änderung der Richtlinie für die Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat fasste hierzu einen Beschluss entsprechend der Beschlussempfehlung des Vergütungskontrollausschusses. Darüber hinaus nahm der Aufsichtsrat seine regelmäßige Beurteilung der Angemessenheit der Höhe der Vergütung der Mitglieder des Vorstands gemäß §§ 12 Abs. 1 und 10 Abs. 1 IVV vor.

In der Aufsichtsratssitzung am 12. Juni 2025 erörterte der Aufsichtsrat den üblichen Bericht des Vorstands zur Lage der Bank und insbesondere die Geschäftsstrategie 2026 einschließlich der angepassten Geschäftsstrategie 2025 (2025+) sowie der entsprechend aktualisierten funktionalen Strategien für Informationstechnologie (IT), Personalwesen (HR), Outsourcing und Marketing & Kommunikation. Der Aufsichtsrat befasste sich außerdem vorrangig mit der Aktualisierung des Mittelfristplans 2025 mit verlängertem Planungshorizont bis 2025–2028 (MTP25+) und erteilte seine Zustimmung.

In Abwesenheit des Vorstands befasste sich der Aufsichtsrat mit der Nachfolge im Vorstand.

In der Aufsichtsratssitzung am 20. August 2025 befasste sich der Aufsichtsrat mit dem Zwischenabschluss zum 30. Juni 2025 und den aktuellen Entwicklungen im Rahmen der üblichen Berichterstattung des Vorstands zur Lage der Bank. Der Aufsichtsrat wurde außerdem über die Erneuerung der Directors- and-Officers-Versicherung (D&O) informiert.

Am 22. September 2025 befasste sich der Aufsichtsrat in Abwesenheit des Vorstands mit Fragen der Neuorganisation des Vorstands und erörterte gemeinsam mit dem Vorstand weitere Themen von besonderer Relevanz für die Bank.

Am 9. Oktober 2025 hielt der Aufsichtsrat einen Workshop mit dem Vorstand ab, in dem die aktuelle Geschäftsstrategie für 2026 rekapituliert und ein Ausblick auf die mittelfristige Planung für die Jahre 2026 bis 2028 (MTP2026) gewonnen wurde.

Die letzte Aufsichtsratssitzung im Berichtsjahr fand am

4. Dezember 2025 statt. Neben dem üblichen Bericht zur Lage der Bank und einem Update zur Transformation der HCOB auf Grundlage ihrer strategischen Geschäftsanpassung Mitte 2025 stand in dieser Sitzung vor allem die mittelfristige Planung für 2026 bis 2028 (MTP2026) und deren Genehmigung im Vordergrund.

Darüber hinaus erörterte der Aufsichtsrat die endgültige SREP-Entscheidung für 2025 und ist in den Dialog mit den Vertreter:innen der Aufsichtsbehörde getreten, die wie einmal jährlich üblich als Gäste der Sitzung beigewohnt haben.

Des Weiteren stimmte der Aufsichtsrat im Einklang mit den Regularien der Bank der Beendigung eines Gewinnabführungsvertrags zwischen der HCOB AG und der BINNENALSTER – Beteiligungsgesellschaft mbH zu.

Ohne Beteiligung des Vorstands nahm der Aufsichtsrat die Berichte des Vergütungskontrollausschusses und des Nominierungsausschusses zu aktuellen Vorstandsangelegenheiten sowie zu Aufsichtsratsangelegenheiten entgegen, die ebenfalls auf der Tagesordnung dieser Aufsichtsratssitzung standen. Der Aufsichtsrat beschloss, Marc Ziegner mit Wirkung zum 1. Januar 2026 zusätzlich zu seiner Funktion als Chief Financial Officer (CFO) zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden zu ernennen.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat gemäß § 25d Abs. 11 KWG und der CSRD seine jährliche Beurteilung der Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats und des Vorstands jeweils als Organ sowie der Qualifikation der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands und der Organe insgesamt erörtert.

Schließlich hat der Aufsichtsrat gemäß den regulatorischen und internen Anforderungen die Eignung eines neuen Mitglieds für den Aufsichtsrat und für die Übernahme des Vorsitzes im Risikoausschuss ab Januar 2026 geprüft und bestätigt.

Im Berichtsjahr fasste der Aufsichtsrat außerdem drei Beschlüsse im schriftlichen Verfahren, davon einen gemeinsam mit seinem Vergütungskontrollausschuss. Die Beschlüsse betrafen wichtige Transaktionen sowie organisatorische Managementthemen (insbesondere den Verkauf des Aviation-Portfolios und die Neubesetzung der Position des Chief Compliance Officers der HCOB).

Darüber hinaus wurden dem Aufsichtsrat schriftliche Informationen zur Kenntnis gebracht, insbesondere am 26. November 2025 der Vergütungskontrollbericht für 2025 und am 12. November 2025 die endgültige SREP-Entscheidung für 2025.

Im vergangenen Jahr hat sich der Aufsichtsrat erneut intensiv mit verschiedenen aktuellen Themen befasst, die für den Finanzsektor und die Bank relevant sind,

wie beispielsweise der Einsatz und die Entwicklung von KI (künstliche Intelligenz) sowie regulatorische Entwicklungen wie AML/CTF-Compliance (Anti-Geldwäsche/Terrorismusbekämpfung). Darüber hinaus fanden für den Aufsichtsrat sowohl für neue Aufsichtsratsmitglieder als auch zu speziellen Themen Informationsveranstaltungen oder Schulungen statt.

Soweit einzelne Aufsichtsratsmitglieder persönlich oder kraft ihrer Funktion von Beschlüssen des Aufsichtsrats oder seiner Ausschüsse betroffen waren oder sonstige potenzielle Interessenkonflikte auftraten, haben sie an den Beratungen und Beschlüssen des jeweiligen Gremiums nicht teilgenommen. Die Anzahl der weiteren wesentlichen Mandate von Aufsichtsratsmitgliedern ist dem Corporate Governance Bericht in diesem Geschäftsbericht zu entnehmen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen mit nur wenigen Ausnahmen an allen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse, denen sie angehören, teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte vier Ausschüsse gebildet, die ihn bei seiner Arbeit unterstützen. Die jeweiligen Ausschüsse haben gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat Beschlüsse für den Aufsichtsrat vorbereitet.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig in den jeweils folgenden Plenumsitzungen über die Arbeit und die Ergebnisse der Beratungen der Ausschüsse.

Der **Nominierungsausschuss** tagte im vergangenen Jahr viermal, davon zweimal gemeinsam mit dem Vergütungskontrollausschuss. Soweit erforderlich, fasste er eigene Beschlüsse oder unterbreitete dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Zustimmung. In Angelegenheiten, die den Vorstand betrafen, arbeitete der Nominierungsausschuss eng mit dem Vergütungskontrollausschuss zusammen, wo es angebracht war auch im schriftlichen Beschlussverfahren, um die Beschlüsse des Aufsichtsrats vorzubereiten. Im Berichtsjahr fasste der Nominierungsausschuss insgesamt zwei Beschlüsse im schriftlichen Beschlussverfahren zur Genehmigung von Sitzungsprotokollen, davon einen gemeinsam mit dem Vergütungskontrollausschuss.

Darüber hinaus unterstützt der Nominierungsausschuss gemeinsam mit dem Vorstand den Aufsichtsrat auch bei der langfristigen Nachfolgeplanung.

Der **Risikoausschuss** tagte im Geschäftsjahr 2025 insgesamt viermal, davon einmal teilweise in einer

gemeinsamen Sitzung mit dem Vergütungskontrollausschuss. Im Berichtsjahr fasste der Risikoausschuss zudem vier Beschlüsse im schriftlichen Verfahren.

Vertreter des Abschlussprüfers nahmen regelmäßig an den Sitzungen des Risikoausschusses teil.

Der Risikoausschuss befasste sich intensiv mit der Risikosituation und dem Risikomanagement der Bank. In diesem Zusammenhang befasste er sich mit der Aktualisierung des Strategic Risk Framework, das den Risikorahmen für die Geschäftsstrategie und -planung der Bank darstellt.

In allen Sitzungen wurde der Risikoausschuss über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen sowie deren Auswirkungen auf die Risikosituation der Bank informiert, insbesondere vor dem Hintergrund des nach wie vor herausfordernden makroökonomischen und geopolitischen Umfelds. Der Risikoausschuss befasste sich regelmäßig mit dem Stand strategischer Risikothemen der Bank, insbesondere in Bezug auf NPL/NPE sowie Liquidität und Refinanzierung. Darüber hinaus ließ sich der Risikoausschuss über Themen wie das Pensionsmanagement berichten.

Der Risikoausschuss wurde außerdem über aktuelle regulatorische Themen und den Stand von aufsichtlichen Prüfungen informiert. Unter anderem erörterte der Risikoausschuss ausführlich die aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf Basel IV sowie die regulatorischen Anforderungen ICAAP und ILAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process und Internal Liquidity Adequacy Assessment Process).

Der Risikoausschuss erörterte auch einzelne für die Bank bedeutende Engagements und ließ sich über die Fortschritte beim Abbau der notleidenden Kreditportfolios berichten. Alle vorlagepflichtigen Richtlinien für das Kreditgeschäft sowie Geschäftsvorfälle wurden vom Risikoausschuss erörtert und die nach dem Gesetz sowie der HCOB Related Party Transactions Policy zustimmungspflichtigen Geschäftsvorfälle beschlossen.

Darüber hinaus erhielt der Risikoausschuss regelmäßig Berichte über Compliance, Informationssicherheit und die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems. Außerdem wurde der Risikoausschuss regelmäßig von der Internen Revision auf der Grundlage von Auszügen aus ihren Quartalsberichten und von der Rechtsabteilung über wesentliche Rechtsstreitigkeiten informiert.

In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vergütungskontrollausschuss hat der Risikoausschuss des Weiteren die Vergütungssysteme der Bank dahingehend geprüft, ob die durch die Vergütungssysteme gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit der Erträge angemessen berücksichtigen.

Der **Prüfungsausschuss** tagte im vergangenen Geschäftsjahr fünfmal.

Vertreter des Abschlussprüfers nahmen an allen Sitzungen des Prüfungsausschusses teil.

In allen Sitzungen befasste sich der Ausschuss mit Berichten zur aktuellen Lage, wobei der Schwerpunkt jeweils auf den Quartalsergebnissen und dem Ausblick sowie der Refinanzierung und Liquiditätssituation lag. Soweit relevant, wurde der Ausschuss auch über den Stand von Rechtsstreitigkeiten und aufsichtlichen Prüfungen informiert.

In der Sitzung des Prüfungsausschusses am 25. März 2025 erörterten die Mitglieder des Prüfungsausschusses den Jahres- und Konzernabschluss der Bank für das Jahr 2024 sowie die entsprechenden Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer PwC und beschlossen entsprechende Empfehlungen an den Aufsichtsrat zum Jahresabschluss 2024. Der Ausschuss überprüfte außerdem die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers gemäß den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auf der Grundlage der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers und bereitete die Bestellung der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2025 vor. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss die Qualität der Prüfung des Jahresabschlusses gemäß § 107 Abs. 3 AktG beurteilt und als ausreichend bestätigt.

Der Abschlussprüfer berichtete dem Prüfungsausschuss regelmäßig über die neuesten Ergebnisse seiner Prüfung und stellte den aktuellen Stand der Planung für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses vor. Der Ausschuss wurde auch über die Beauftragung des Abschlussprüfers mit Nichtprüfungseleistungen (Independence-Compliance-Prozess) informiert.

Der Prüfungsausschuss hat sich von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems – insbesondere des internen Revisions- und des internen Kontrollsystems – durch Erörterung der entsprechenden Berichte überzeugt. Darüber hinaus befasste sich der Prüfungsausschuss auf der Grundlage von Berichten der Bank eingehend mit dem Stand wichtiger IT-Projekte und -Initiativen sowie mit den Berichten über die noch verbleibende Begleitprüfung der abschließenden IT-Transformation durch den Abschlussprüfer PwC.

Der **Vergütungskontrollausschuss** trat im Berichtsjahr sechsmal zusammen, davon zweimal gemeinsam mit dem Nominierungsausschuss und einmal teilweise in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Risikoausschuss. Im Berichtsjahr fasste der Vergütungskontrollausschuss insgesamt zwei Beschlüsse im schriftlichen Verfahren, davon einen gemeinsam mit dem Aufsichtsrat zu

vorstandsbezogenen Angelegenheiten und einen gemeinsam mit dem Nominierungsausschuss über das Protokoll einer gemeinsamen Sitzung.

Der Vergütungskontrollausschuss befasste sich eingehend mit Fragen der Vergütung des Vorstands. Insbesondere befasste sich der Vergütungskontrollausschuss mit dem Vergütungssystem sowie mit Zielvereinbarungen und Zielerreichungen für Mitglieder des Vorstands. In Angelegenheiten des Vorstands arbeitete der Vergütungskontrollausschuss eng mit dem Nominierungsausschuss zusammen, wo angebracht auch in schriftlichen Verfahren, um die Beschlüsse des Aufsichtsrats vorzubereiten. Der Vergütungskontrollausschuss befasste sich außerdem mit dem Vergütungssystem der Bank für Mitarbeitende und darüber hinaus mit dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle. Darüber hinaus berichtete die Vergütungsbeauftragte dem Vergütungskontrollausschuss über die Ergebnisse ihrer Kontrolltätigkeit und legte dem Ausschuss ihren jährlichen Vergütungskontrollbericht vor. Der Vorsitzende des Vergütungskontrollausschusses tauschte sich auch außerhalb der Sitzungen regelmäßig mit der Vergütungsbeauftragten über relevante Themen aus.

Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2025 und des Konzernabschlusses

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Konzernabschluss einschließlich des zusammengefassten Lageberichts für das Geschäftsjahr 2025 wurden von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft, die von der ordentlichen Hauptversammlung am 29. April 2025 als Abschluss- und Konzernabschlussprüfer bestellt worden war. Die Prüfungen haben jeweils zu einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte mit allen Anlagen wurden vor den Sitzungen an alle Mitglieder des Aufsichtsrats versandt.

Über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung hat der Abschlussprüfer zunächst dem Prüfungsausschuss in dessen Sitzung am 17. März 2026 berichtet. Auf dieser Grundlage und auf der Basis seiner eigenen Prüfung hat der Prüfungsausschuss die Ergebnisse mit dem Abschlussprüfer eingehend erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses informierte den Aufsichtsrat in der Aufsichtsratssitzung am 18. März 2026 über das Ergebnis der Beratungen im Prüfungsausschuss. Der Abschlussprüfer nahm ebenfalls an der Sitzung des Aufsichtsrats teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses hat der Aufsichtsrat schließlich dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsichtnahme in die Berichte des

Abschlussprüfers sowie eingehender Erörterung zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfungen keine Einwendungen zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2025 gebilligt, der damit festgestellt ist, und den Konzernabschluss 2025 gebilligt. Des Weiteren hat er den Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025 verabschiedet.

Personelle Angelegenheiten

Der Aufsichtsrat der HCOB AG besteht wie im Vorjahr gemäß der Satzung der HCOB aus 18 Mitgliedern, nämlich zwölf Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes (AktG) und der Satzung bestellt werden, und sechs Mitgliedern, die von den Arbeitnehmenden gemäß dem Drittelbeteiligungsgesetz gewählt werden.

Wie bereits im Bericht des Aufsichtsrats für das Berichtsjahr 2024 erwähnt, hat Paulus de Wilt wie geplant am 1. Januar 2025 den Vorsitz des Aufsichtsrats übernommen und Stefan Schlatermund wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Mit Ablauf des 31. Dezember 2025 schied das Aufsichtsratsmitglied Chad Leat, der auch Vorsitzender des Risikoausschusses war, aus dem Aufsichtsrat aus. Seine Nachfolge trat am 1. Januar 2026 William Newton an, der auch den Vorsitz des Risikoausschusses übernahm.

Der Vorstand der HCOB AG bestand zum 31. Dezember 2025 vorübergehend aus sechs Mitgliedern (Vorjahr: vier Mitglieder). Seit dem 1. Januar 2026 besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern und setzt sich

wie folgt zusammen: Luc Popelier (CEO), Marc Ziegner (CFO/stellvertretender CEO (seit 1. Januar 2026)), Jens Thiele (CIO) und Reinout van Riel (CRO).

Der bisherige CRO und stellvertretende CEO Ulrik Lackschewitz sowie der bisherige CIO Christopher Brody schieden mit Ablauf des 31. Dezember 2025 aus dem Vorstand aus. Jens Thiele, zuvor Generalbevollmächtigter, wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2025 in den Vorstand berufen und trat nach einer Übergangsphase am 1. Januar 2026 die Nachfolge von Christopher Brody als CIO an. Reinout van Riel ist seit dem 14. November 2025 Mitglied des Vorstands und seit dem 1. Januar 2026 CRO der HCOB AG.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für ihr anhaltend hohes persönliches Engagement und ihre Leistungen.

Hamburg, 18. März 2026

Der Aufsichtsrat
Paulus de Wilt
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hamburg Commercial Bank AG



Corporate Governance

Alle in diesem Corporate Governance Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 11. März 2026 wieder, sofern nichts anderes vermerkt wurde.

Die Hamburg Commercial Bank erkennt den Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) als nicht börsennotiertes Unternehmen seit 2005 freiwillig an. Die Corporate Governance der Hamburg Commercial Bank (HCOB) basiert im Wesentlichen auf den Vorschriften des Aktiengesetzes, des Kreditwesengesetzes und auf internen Regelungswerken wie der Satzung, den Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat sowie dem Code of Conduct der Hamburg Commercial Bank. Mit der Darstellung des Systems zur Leitung und Kontrolle der Bank und der transparenten Berichterstattung über die Einhaltung der Kodex-Regeln soll das Vertrauen der Aktionäre und Anleger:innen, der Kund:innen, der Mitarbeitenden und der Öffentlichkeit in die Hamburg Commercial Bank gestärkt werden.

Erklärung nach § 161 Aktiengesetz

Nach § 161 des Aktiengesetzes haben Vorstand und Aufsichtsrat von börsennotierten Gesellschaften jährlich zu erklären, inwieweit ihr Führungs- und Überwachungssystem den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entspricht oder von ihnen abweicht. Es ist das Ziel der Bank, auch als nicht börsennotiertes Unternehmen dem Kodex möglichst weitgehend zu entsprechen. Vorstand und Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank (HCOB) haben daher im März 2026 freiwillig die nachstehende Entsprechenserklärung zum DCGK abgegeben und Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex erklärt.

Entsprechenserklärung

Die aktuell gültige Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex, die durch Bekanntmachung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers am 27. Juni 2022 in Kraft trat, schränkt die Anwendbarkeit der Empfehlungen des Kodex auf Kreditinstitute dahingehend ein, dass sie für diese nur insoweit gelten, als dem keine gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen. Die letzte Entsprechenserklärung der Hamburg Commercial Bank wurde am 26. März 2025 abgegeben.

Vorstand und Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank erklären, dass die Hamburg Commercial Bank den Empfehlungen des DCGK mit Ausnahme der nachfolgend genannten Punkte entsprochen hat:

Gemäß der Empfehlung B.2 soll der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand für eine langfristige Nachfolgeplanung sorgen; die Vorgehensweise soll in der Erklärung zur Unternehmensführung beschrieben werden.

Der Aufsichtsrat, in dem alle institutionellen Privatinvestoren der HCOB vertreten sowie eine angemessene Anzahl unabhängiger Anteilseignervertreter:innen Mitglied sind, sorgt gemeinsam mit dem Vorstand der HCOB für eine langfristige Nachfolgeplanung; eine Beschreibung der Vorgehensweise in der Erklärung zur Unternehmensführung erfolgt nicht.

Nach Empfehlung B.3 soll die Erstbestellung von Vorstandsmitgliedern für längstens drei Jahre erfolgen.

In 2024 bestellte der Aufsichtsrat Herrn Luc Popelier mit Wirkung zum 1. September 2024 als neues Vorstandsmitglied und CEO. Die vereinbarte Laufzeit des Dienstvertrags des CEO gewährleistet eine ausreichende Staffelung der Dienstzeiten der einzelnen Mitglieder des Vorstands und stärkt damit die Kontinuität innerhalb des Vorstands der HCOB. Dieses Prinzip wurde vom Aufsichtsrat im Jahr 2025 bei der Ernennung der neuen Mitglieder des Vorstands, Herrn Jens Thiele und Herrn Reinout van Riel, weiterhin beachtet.

Nach Empfehlung B.5 soll für Vorstandsmitglieder eine Altersgrenze festgelegt und in der Erklärung zur Unternehmensführung angegeben werden.

Bislang wurde keine Altersgrenze festgelegt und in der Erklärung zur Unternehmensführung werden keine entsprechenden Angaben gemacht. Der Vorstand der HCOB hat derzeit ein Durchschnittsalter von 53 Jahren.

Nach Empfehlung C.1 soll der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele benennen und ein Kompetenzprofil für das Gesamtgremium erarbeiten. Dabei soll der Aufsichtsrat auf Diversität achten. Das Kompetenzprofil des Aufsichtsrats soll auch Expertise zu den für das Unternehmen bedeutsamen Nachhaltigkeitsfragen umfassen. Vorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung sollen diese Ziele berücksichtigen und gleichzeitig die Ausfüllung des Kompetenzprofils für das Gesamtgremium

anstreben. Der Stand der Umsetzung soll in Form einer Qualifikationsmatrix in der Erklärung zur Unternehmensführung offengelegt werden. Diese soll auch über die nach Einschätzung der Anteilseignervertreter:innen im Aufsichtsrat angemessene Anzahl unabhängiger Anteilseignervertreter:innen und die Namen dieser Mitglieder informieren.

Eine Veröffentlichung in der Erklärung zur Unternehmensführung ist nicht erfolgt, aber in der Nachhaltigkeitserklärung im zusammengefassten Lagebericht der HCOB für das Geschäftsjahr 2025 enthalten.

Im Zuge der jährlichen Effizienzprüfung des Aufsichtsrats, die zuletzt im Dezember 2025 durchgeführt wurde, hat sich der Aufsichtsrat mit den im Gremium vorhandenen Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen auch in Bezug auf die für das Unternehmen bedeutsamen Nachhaltigkeitsfragen befasst und das Kompetenzprofil aktualisiert (siehe auch Nachhaltigkeitserklärung 2025). Nach Einschätzung der Anteilseignervertreter:innen im Aufsichtsrat ist die Anzahl unabhängiger Anteilseignervertreter:innen angemessen. Die Namen sind dem Corporate Governance Bericht 2025 zu entnehmen.

Nach Empfehlung C.2 soll für Aufsichtsratsmitglieder eine Altersgrenze festgelegt und in der Erklärung zur Unternehmensführung angegeben werden.

Laut der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat sollen die Mitglieder des Aufsichtsrats bei Beginn der Amtsperiode in der Regel nicht älter als 68 Jahre sein (vergleiche Corporate Governance Bericht 2025). Eine Veröffentlichung der Altersgrenze in der Erklärung zur Unternehmensführung ist nicht erfolgt.

Nach der Empfehlung C.3 soll die Dauer der Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat offengelegt werden.

Den auf der HCOB Website offengelegten Lebensläufen der amtierenden Aufsichtsratsmitglieder kann der Beginn der ersten Amtszeit entnommen werden. Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat bewusst gegen die Festlegung einer Grenze für die Zugehörigkeitsdauer entschieden und erstellt aus diesem Grund derzeit keinen Bericht darüber (vergleiche Corporate Governance Bericht 2025).

Nach Empfehlung D.1 soll sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung geben und diese auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich machen.

Der Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank AG, in dem alle institutionellen Privatinvestoren der HCOB vertreten sind, hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ist Teil der schriftlich fixierten Ordnung der HCOB. Eine Veröffentlichung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat auf der Internetseite der Hamburg Commercial Bank AG ist nicht erfolgt.

Nach Empfehlung D.2 soll der Aufsichtsrat abhängig von den spezifischen Gegebenheiten des Unternehmens und der Anzahl seiner Mitglieder fachlich qualifizierte Ausschüsse bilden. Die jeweiligen Ausschussmitglieder und der Ausschussvorsitzende sollen namentlich in der Erklärung zur Unternehmensführung genannt werden.

Die Ausschüsse des Aufsichtsrats und die jeweiligen Ausschussmitglieder sowie der Ausschussvorsitzende sind namentlich dem Anhang zum Jahresabschluss und dem Anhang zum Konzernabschluss 2025 zu entnehmen. Überdies sind diese Informationen auf der Internetseite der HCOB veröffentlicht. Eine Veröffentlichung in der Erklärung zur Unternehmensführung ist nicht erfolgt.

Nach Empfehlung D.4 soll der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss bilden, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat geeignete Kandidaten für dessen Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern benennt.

Der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats der HCOB ist aktuell mit drei Vertretern der Anteilseigner und einer Vertreterin der Arbeitnehmenden besetzt. Gleichwohl schlagen gemäß Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ausschließlich die Vertreter:innen der Anteilseigner im Nominierungsausschuss dem Aufsichtsrat geeignete Kandidat:innen für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung vor.

Nach Empfehlung D.7 soll im Bericht des Aufsichtsrats angegeben werden, wie viele Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse in Präsenz oder als Video- oder als

Telefonkonferenzen durchgeführt wurden und an wie vielen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse die einzelnen Mitglieder jeweils teilgenommen haben.

Eine Auflistung der Anzahl der Sitzungsteilnahmen für einzelne Aufsichtsratsmitglieder wurde im aktuellen Bericht des Aufsichtsrats nicht vorgenommen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben alle, mit nur sehr geringfügigen und gut begründeten Ausnahmen, an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teilgenommen. Die ordentlichen Sitzungen im Jahr 2025 wurden überwiegend persönlich abgehalten, mit der Möglichkeit, per Videokonferenz teilzunehmen.

Nach Empfehlung D.12 soll der Aufsichtsrat regelmäßig beurteilen, wie wirksam der Aufsichtsrat insgesamt und seine Ausschüsse ihre Aufgaben erfüllen. In der Erklärung zur Unternehmensführung soll der Aufsichtsrat berichten, ob und wie eine Selbstbeurteilung durchgeführt wurde.

Der Aufsichtsrat der HCOB beurteilt regelmäßig die Effizienz seiner Arbeit insgesamt und die seiner Ausschüsse (vgl. Corporate Governance Bericht sowie Bericht des Aufsichtsrats 2025). Ein Bericht in der Erklärung zur Unternehmensführung ist dazu nicht erfolgt.

Nach Empfehlung F.2 sollen der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die verpflichtenden unterjährigen Finanzinformationen binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums öffentlich zugänglich sein.

Die Hamburg Commercial Bank hat den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2024 innerhalb der empfohlenen Frist (27. März 2025) öffentlich zugänglich gemacht. Der Zwischenbericht für das Jahr 2025 war nur knapp nicht innerhalb der empfohlenen Frist (21. August 2025) öffentlich zugänglich.

Die Hamburg Commercial Bank hat den Anregungen des Kodex entsprochen, soweit dies für eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft sinnvoll ist.

Hamburg, 18. März 2026



Für den Vorstand
Luc Popelier



Für den Aufsichtsrat
Paulus de Wilt

Der Aufsichtsrat

Zusammensetzung

Der Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank besteht nach der Satzung derzeit aus 18 Mitgliedern. Im Rahmen der Drittelbeteiligung setzt er sich aus zwölf Anteilseignervertreter:innen und sechs Vertreter:innen der Arbeitnehmenden zusammen.

Der Aufsichtsrat hat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele in seiner Geschäftsordnung benannt. Gemäß dieser sollen Berücksichtigung finden: die internationale Tätigkeit des Unternehmens im Rahmen der unternehmensspezifischen Situation, die Vermeidung potenzieller Interessenkonflikte, die Anzahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder, die Festlegung einer Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder und die Festlegung einer Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer der Anteilseignervertreter:innen zum Aufsichtsrat sowie Vielfalt (Diversity). Das letztgenannte Ziel soll insbesondere eine angemessene Beteiligung von Frauen vorsehen. Angaben zur Frauenquote können der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB im zusammengefassten Lagebericht der HCOB entnommen werden. Weiterführende Angaben zur Diversität sind in dem zusammengefassten Lagebericht, insbesondere in der Nachhaltigkeitserklärung, enthalten.

Eine Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer zum Aufsichtsrat hat der Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank bislang bewusst nicht verabschiedet. Der Aufsichtsrat sieht es als schwierig an, eine optimale Zugehörigkeitsdauer festzulegen und demzufolge eine solche Regelgrenze zu definieren. Diese Einschätzung besteht auch vor dem Hintergrund, dass der Aufsichtsrat es für wichtig erachtet, für die zukünftige Positionierung der HCOB bestehendes Know-how im Aufsichtsrat halten zu können.

Hinsichtlich der Empfehlung C.6 DCGK soll dem Aufsichtsrat auf Anteilseignerseite eine nach deren Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören; dabei soll die Eigentümerstruktur berücksichtigt werden. Ein Aufsichtsratsmitglied ist im Sinne dieser Empfehlung als unabhängig anzusehen, wenn es unabhängig von der Gesellschaft und deren Vorstand und unabhängig von einem kontrollierenden Aktionär ist. Zum 31. Dezember 2025 waren vier der zwölf Anteilseignervertreter:innen im Aufsichtsrat als unabhängig eingestuft: Paulus de Wilt, Klaus Heinemann, Chad Leat und Sylvie Matherat. Herr Chad Leat schied mit Wirkung zum 31. Dezember 2025 aus dem Aufsichtsrat aus. Herr William Newton kam

zum 1. Januar 2026 als neues unabhängiges Mitglied in den Aufsichtsrat. Die Anteilseignervertreter:innen im Aufsichtsrat halten die Anzahl der unabhängigen Anteilseignervertreter:innen für angemessen.

Arbeitsweise

Der Aufsichtsrat hat für sich und seine Ausschüsse eine Geschäftsordnung erlassen. Er hat außerdem eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlassen. Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in grundlegende Entscheidungen der Bank eingebunden. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie sonstige grundsätzliche Fragen in den Sitzungen und darüber hinaus auch mündlich, insbesondere in Gesprächen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

§ 25 d Abs. 11 S. 2 Nr. 3 KWG schreibt vor, dass der Aufsichtsrat regelmäßig, mindestens einmal jährlich, die Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsorgans bewertet. Zu diesem Zweck hat der Aufsichtsrat wie im Vorjahr anhand von Fragebögen nicht nur verschiedene Aspekte seiner eigenen Arbeit beleuchtet, sondern auch eine Evaluation der Vorstandsarbeit vorgenommen. Die Effizienzprüfung Ende 2025 hat ergeben, dass der Aufsichtsrat insgesamt mit der Effizienz seiner Tätigkeit zufrieden ist.

Um sicherzustellen, dass der Aufsichtsrat über aktuelle Fach- und Sachexpertise verfügt, werden sowohl bei Einführung neuer Aufsichtsratsmitglieder als auch zu Spezialthemen für den Aufsichtsrat Fortbildungen durchgeführt. Weitere Informationen zu den Inhalten der Fortbildungen können dem Bericht des Aufsichtsrats entnommen werden.

Andere Mandate

Um seiner Aufsichtstätigkeit angemessen nachkommen zu können, muss der Aufsichtsrat dieser Aufgabe ausreichend Zeit widmen. Das setzt voraus, dass die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder nur begrenzt weitere Aufgaben neben ihrer Aufsichtsrats­tätigkeit für die Bank ausüben. Die Aufsichtsratsmitglieder der Hamburg Commercial Bank üben die folgende Anzahl weiterer Aufsichtsratsmandate in anderen Unternehmen aus:

Aufsichtsratsmitglied	Anzahl der sonstigen Mandate (Stand: 11. März 2026)
Manuel González Cid	2
Frederick Haddad	3
Manuel Lagares Gómez-Abascal	2
Sylvie Matherat	3
Maren Tina Matthies	1
William Newton	2
Sally Rocker	2
Mag. Friedrich Spandl	1
Katrin Waechter	1
Mark Werner	3
Peter Yordán	2

Detaillierte Angaben zur Aufsichtsrats­­tätigkeit im Jahr 2025 können dem Bericht des Aufsichtsrats entnommen werden.

Vergütung

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird im Anhang zum Jahresabschluss sowie im Anhang zum Konzernabschluss individualisiert offengelegt.

Der Vorstand

Zusammensetzung

Der Vorstand der Hamburg Commercial Bank besteht im März 2026 aus vier Mitgliedern und ist in die Ressorts CEO (Chief Executive Officer), CRO (Chief Risk Officer), CFO (Chief Financial Officer) und CIO (Chief Investment Officer) aufgeteilt. Bei der Auswahl neuer Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat an die einschlägigen rechtlichen Vorgaben gebunden. Der Deutsche Corporate Governance Kodex geht insbesondere von einer angemessenen Berücksichtigung von Frauen aus. Das Kreditwesengesetz schreibt die Berücksichtigung der Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Vorstands vor. Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat enthält ebenfalls Vorgaben, die der Aufsichtsrat bzw. der Nominierungsausschuss bei der Ermittlung von Bewerber:innen für die Besetzung einer Stelle im Vorstand zu berücksichtigen hat. Der Aufsichtsrat befasst sich daher im Einzelfall mit der jeweils zu besetzenden Vorstandsposition und wählt Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung der Anforderungen der jeweiligen Stelle sowie der bereits im Vorstand vorhandenen Kompetenzen anhand eines individuellen Stellenprofils aus.

Arbeitsweise

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und arbeitet mit den übrigen Organen der Hamburg Commercial Bank und den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer:innen vertrauensvoll und zum Wohle der Bank zusammen. Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung der Bank und stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab. Der Vorstandsvorsitzende repräsentiert den Vorstand als Kollegialorgan, leitet dessen Sitzungen und koordiniert die Vorstandsarbeit. Der Vorstand hat im Berichtszeitraum überwiegend einmal wöchentlich getagt. Die Mitglieder des Vorstands sind für die Geschäftsleitung gemeinsam verantwortlich. Ihre Aufgaben und Zuständigkeiten sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand niedergelegt, die durch den Geschäftsverteilungsplan ergänzt wird.

Weitere Mandate in Leitungs- oder Aufsichtsfunktion

Ein Vorstandsmitglied übt ein Mandat im Aufsichtsrat einer Tochtergesellschaft der Bank aus. Im Übrigen üben die Vorstandsmitglieder keine Leitungs- oder Aufsichtsfunktionen in anderen Unternehmen aus.

Vergütung

Informationen zum Vergütungssystem und zur Vergütung der Vorstandsmitglieder der Bank können dem Anhang zum Jahresabschluss sowie dem Anhang zum Konzernabschluss entnommen werden.

Aktionäre, Hauptversammlung

Die Aktionäre der Hamburg Commercial Bank üben ihre Rechte in der Hauptversammlung aus. Einmal jährlich findet die ordentliche Hauptversammlung statt, die

der Vorstand unter Angabe der Tagesordnung und Beifügung der erforderlichen Berichte und Unterlagen einberuft.

Die ordentliche Hauptversammlung 2025 wurde am 29. April 2025 abgehalten. Die Hauptversammlung befasste sich mit den gesetzlich vorgeschriebenen Tagesordnungspunkten für eine ordentliche Hauptversammlung.

Nach Grundsatz 24 DCGK soll die Hauptversammlung grundsätzlich mit beratendem Charakter über die

Billigung des vom Aufsichtsrat vorgelegten Vergütungssystems sowie mit empfehlendem Charakter über die Billigung des Vergütungsberichts für das vorausgegangene Geschäftsjahr beschließen. Als nicht börsennotierte Gesellschaft und vor dem Hintergrund, dass die institutionellen Privatinvestoren der HCOB im Aufsichtsrat vertreten sind, sieht die Bank von einer weiteren Befassung der Hauptversammlung mit dem Vergütungsbericht sowie dem vom Aufsichtsrat beschlossenen Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder ab.



Zusammen- gefasster Lagebericht

41 Grundlagen des Konzerns

- 41 Geschäftstätigkeit
- 44 Ziele und Strategien
- 48 Steuerungssystem

50 Wirtschaftsbericht

- 50 Gesamtwirtschaftliche und branchen-
bezogene Rahmenbedingungen
- 56 Geschäftsverlauf — wesentliche
Entwicklungen und Ereignisse im
Berichtsjahr 2025
- 59 Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage
- 70 Segmentergebnisse

75 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

- 75 Prognosebericht mit Chancen und Risiken
- 83 Risikobericht

114 Erläuterungen zum Jahresabschluss der Hamburg Commercial Bank AG nach HGB

- 114 Bericht zur Ertrags-, Vermögens-
und Finanzlage

121 Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB

122 Nachhaltigkeitserklärung

- 123 Allgemeine Informationen
- 150 Umweltinformationen
- 191 Sozialinformationen
- 216 Governance-Informationen

Hinweis zusammengefasster Lagebericht

Der Lagebericht der Hamburg Commercial Bank AG und des Hamburg Commercial Bank Konzerns sind zur Verbesserung der Übersichtlichkeit nach § 315 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst. Der Lagebericht enthält die nichtfinanzielle Erklärung für die Hamburg Commercial Bank AG sowie für den Hamburg Commercial Bank Konzern, die nach § 315b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB ebenfalls zusammengefasst wurden. Der Jahres- und der Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts) werden gemeinsam beim Betreiber des Bundesanzeigers eingereicht und im Unternehmensregister veröffentlicht. Außerdem stehen der Jahres- und der Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank im Internet unter www.hcob-bank.com zur Verfügung. Die folgenden Ausführungen im zusammengefassten Lagebericht beziehen sich grundsätzlich auf den Hamburg Commercial Bank Konzern; bei wesentlichen Abweichungen im Hinblick auf die Hamburg Commercial Bank AG werden gesonderte Erläuterungen gegeben. Durch Rundungen können sich im vorliegenden Bericht geringfügige Differenzen bei Summenbildungen und Prozentangaben ergeben.

Grundlagen des Konzerns

Geschäftstätigkeit

Hauptsitz, Kund:innen und Produkte

Die Hamburg Commercial Bank (HCOB) hat ihren Hauptsitz in Hamburg und ist in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft (AG) organisiert. Als deutsche private Geschäftsbank und Spezialfinanzierer bietet die HCOB maßgeschneiderte Finanzierungslösungen für ihre oft langjährigen Geschäftskunden in ihrem Heimatmarkt Deutschland und in Europa an. Die Bank ist in der gewerblichen Immobilienfinanzierung, der Finanzierung von Schifffahrtskunden, der Projektfinanzierung (mit den Geschäftsfeldern Energy und Infrastructure) sowie im Geschäft mit Unternehmenskunden engagiert. Sie bietet ihren Kund:innen ein breites Produktspektrum an, das neben den individuellen und maßgeschneiderten Finanzierungslösungen auch die passenden Absicherungsinstrumente für deren Zins-, Währungs-, Liquiditäts- und Risikomanagement umfasst.

Darüber hinaus offeriert die Bank digitale Produkte und Dienstleistungen, die eine zuverlässige und zeitnahe Zahlungsabwicklung im In- und Ausland (Payment Services) sowie Handelsfinanzierungen (Trade Finance) ermöglichen. Die HCOB orientiert sich an etablierten ESG-Kriterien und hat Nachhaltigkeitsaspekte fest in ihr Geschäftsmodell integriert. Auf diese Weise unterstützt HCOB ihre Kund:innen beim Übergang in eine nachhaltigere Zukunft.

Segmente und Standorte

Die operativen Geschäftsaktivitäten der HCOB sind auf die vier kreditnahen Segmente Real Estate, Global Transportation, Project Finance und Corporates (zusammenfassend „Lending Units“) sowie auf das Segment Treasury & Group Functions, das die Kapitalmarktaktivitäten sowie die Stabs- und Servicefunktionen umfasst, aufgeteilt. Das Segment Global Transportation inkludiert die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Shipping und Aviation. Das Geschäftsfeld Aviation wurde im Zuge der strategischen Fokussierung 2025 veräußert. Nähere Informationen zu der im ersten Halbjahr 2025 beschlossenen strategischen Fokussierung enthält dieses Kapitel im Abschnitt „Ziele und Strategien“. Der Aufbau der Segmente, eine Beschreibung der in ihnen enthaltenen Geschäftsfelder sowie der in den Segmenten verfolgten Geschäftsstrategien sind in diesem Kapitel im Abschnitt „Strategische Stoßrichtungen der Segmente“ enthalten. Der Abschnitt „Segmentergebnisse“ im Wirtschaftsbericht beinhaltet die Kommentierung der Ergebnisentwicklung in den Segmenten.

Die Bank ist mit Niederlassungen in London, Luxemburg und Piräus sowie mit einer Repräsentanz in Amsterdam im Ausland vertreten. In der Niederlassung in Piräus und der Repräsentanz in Amsterdam betreut die Bank internationale Shipping-Kunden. Der Fokus der Niederlassung in London liegt auf dem Vertrieb in den Bereichen Corporate Lending (international) und Project Finance. Auch der Vertrieb im internationalen Immobiliengeschäft, das im Zuge der strategischen Fokussierung zukünftig nicht mehr fortgeführt werden soll, wird von London betrieben. In der Niederlassung in Luxemburg liegt der Schwerpunkt auf dem Geschäftsmanagement in den Bereichen Corporate Lending (international) und Structured Portfolio Finance. In Luxemburg ist auch die Tochtergesellschaft Klarphos, S.à r.l. ansässig, die Asset-Management-Services erbringt. Das 2025 aufgegebene Geschäftsfeld Aviation wurde in den Niederlassungen in London und Luxemburg betrieben. Im Inland ist die Bank neben Hamburg auch in Berlin, Düsseldorf, Kiel, Frankfurt am Main, München und Stuttgart präsent. Die aufgeführten internationalen Zweigniederlassungen unterstützen wesentlich die strategische Fokussierung der Bank.

Beteiligungen und Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis für den Konzernabschluss umfasste zum Berichtsstichtag neben dem Mutterunternehmen HCOB AG 14 vollkonsolidierte Tochterunternehmen (31. Dezember 2024: 13). Im Berichtszeitraum gab es einen Zugang zum Kreis der vollkonsolidierten Gesellschaften. Abgänge waren nicht zu verzeichnen.

Der Zugang betrifft die im Berichtsjahr neu gegründete Gesellschaft Pemberton Volkspark Unlevered Direct Lending Fund, SCSp (Pemberton) mit Sitz in Luxemburg. Pemberton ist ein Kredit-Spezialfonds (Loan Fund), dessen primärer Geschäftszweck in der Bereitstellung von vorrangig besicherten Darlehen besteht, wobei der Fokus auf Kreditnehmer:innen aus Nord- und Westeuropa liegt.

Weitere Einzelheiten zu der vorgenannten Konsolidierungskreisänderung, aus der im Berichtsjahr keine wesentlichen Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns resultierten, sind der Note 3 „Konsolidierungskreis“ des Konzernanhangs zu entnehmen.

Eigentümerstruktur

Die HCOB AG befindet sich seit dem 28. November 2018 im Besitz renommierter, global agierender, institutioneller Privatinvestoren, die insbesondere über eine hohe Expertise im Bankengeschäft verfügen. Die Eigentümerstruktur stellte sich zum 31. Dezember 2025 wie folgt dar (Prozentangaben gerundet):

Eigentümerstruktur

Mehrere von Cerberus Capital Management, L.P. initiierte Fonds	Promontoria Lux Holding 221 S.à r.l. 9,21 %	39,61 %
	Promontoria Lux Holding 231 S.à r.l. 12,94 %	
	Promontoria Lux Holding 223 S.à r.l. 17,46 %	
Ein von J.C. Flowers & Co. LLC beratener Fonds	JFC IV Neptun Holdings S.à r.l.	32,77 %
Ein von Golden Tree Asset Management LP initiiertes Fonds	Golden Tree Asset Management Lux S.à r.l.	11,75 %
Centaurus Capital LP	Chi Centauri LLC	7,04 %
BAWAG P.S.K. (inkl. P.S.K. Beteiligungsverwaltung GmbH) Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft		2,35 %
HCOB Mitglieder der Organe sowie des Senior Managements der Bank (seit Nov. 2018 aktive und inaktive Mitglieder)		6,49 %

Vorstand der Hamburg Commercial Bank AG

Der Vorstand der HCOB AG bestand zum 31. Dezember 2025 temporär aus sechs Mitgliedern. Seit dem 1. Januar 2026 besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern und setzt sich wie folgt zusammen: Luc Popelier (CEO), Marc Ziegner (CFO), Jens Thiele (CIO) sowie Reinout van Riel (CRO). Marc Ziegner wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2026 zusätzlich zu seiner CFO-Funktion zum Deputy CEO ernannt.

Der bisherige CRO und Deputy CEO Ulrik Lackschewitz und der bisherige CIO Christopher Brody haben im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat ihre Vorstandsmandate mit Ablauf des 31. Dezember 2025 niedergelegt und sind aus dem Vorstand ausgeschieden.

Jens Thiele, vormals Generalbevollmächtigter der HCOB, wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2025 in den Vorstand berufen und hat nach einer Übergangsphase am 1. Januar 2026 die Nachfolge von Christopher Brody als CIO angetreten und verantwortet das Kundengeschäft der Bank. Reinout van Riel ist seit dem 14. November 2025 Mitglied des Vorstands und hat seit dem 1. Januar 2026 die Funktion des CRO inne.

Die vor dem Hintergrund auslaufender Mandate vorzeitig vorgenommenen Neubesetzungen von CRO und CIO sollen eine stabile Führungsstruktur und Kontinuität in einer Phase der strategischen Fokussierung sicherstellen. Weitere Einzelheiten zu den Organmitgliedern enthält Note 57 „Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“.

Einlagensicherung

Seit dem 1. Januar 2022 ist die HCOB AG der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (EdB) zugeordnet. Die EdB ist mit der Aufgabe betraut, die gesetzliche Entschädigungseinrichtung für alle ihr zugeordneten CRR-Kreditinstitute wahrzunehmen. Die EdB schützt grundsätzlich Einlagen bis zu 100.000 € pro Einleger der HCOB AG.

Seit dem 1. Januar 2022 wirkt die HCOB zudem freiwillig am Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. (ESF) mit. Der ESF sichert gemäß seinem Statut – vorbehaltlich der darin vorgesehenen Ausnahmen – Einlagen bestimmter Kund:innen der HCOB ab. Bei den geschützten Einlagen handelt es sich im Wesentlichen um Sicht-, Termin- und Spareinlagen, die bei einer inländischen Haupt- oder Zweigniederlassung bzw. Zweigstelle angenommen worden sind.

Im Einlagensicherungsfonds gelten seit dem 1. Januar 2025 die folgenden Sicherungsgrenzen je Gläubiger:

- Für natürliche Personen und rechtsfähige Stiftungen unabhängig von ihrer Laufzeit: 3 Mio. € (ab 1. Januar 2030: 1 Mio. €)
- Für nichtfinanzielle Unternehmen, gemeinnützige Organisationen, Verbände und Berufsorganisationen ohne Erwerbszweck und andere in § 6 Absatz 3 des Statuts des Einlagensicherungsfonds genannte Gläubiger: 30 Mio. € (ab 1. Januar 2030: 10 Mio. €)
- Die maximale Höhe der Sicherungsgrenze in jedem Fall beträgt 8,75 % der Eigenmittel der Bank entsprechend der Berechnung nach dem ESF-Statut.

Für Einlagen, die bis zum Ablauf des 31. Dezember 2022 gesichert wurden, finden die zu diesem Zeitpunkt geltenden Sicherungsgrenzen grundsätzlich weiterhin Anwendung, bis die Einlage fällig ist, prolongiert wird oder vom Kunden erstmals gekündigt werden kann oder auf eine ausländische Zweigniederlassung oder Zweigstelle übertragen wird. Für Einlagen, die nach dem 31. Dezember 2022 begründet oder prolongiert werden, gelten die jeweils neuen Sicherungsgrenzen ab den oben genannten Stichtagen.

Maßgebend für die Entschädigung ist die Sicherungsgrenze, die der Bank als Ergebnis der Feststellung des Prüfungsverbandes mitgeteilt worden ist und im Internet unter „www.bankenverband.de“ abgerufen werden kann. Die Sicherungsgrenze wird dem Kunden von der Bank auf Verlangen bekannt gegeben. Nicht geschützt werden insbesondere Einlagen von finanziellen Unternehmen, staatlichen Stellen einschließlich kommunaler Gebietskörperschaften, Einlagen, die im Zusammenhang mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung entstanden sind, und Inhaberschuldverschreibungen. Im Fall von nichtfinanziellen Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und Verbänden werden Einlagen mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten sowie Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und vergleichbaren Schultiteln ausländischen Rechts nicht geschützt.

Für Verbindlichkeiten von Banken, die bis zum Ablauf des 31. Dezember 2022 gemäß § 6 der am 18. November 2021 im Vereinsregister eingetragenen Fassung des Statuts des Einlagensicherungsfonds gesichert wurden, besteht die Sicherung nach Maßgabe dieser Vorschrift grundsätzlich fort. Abweichend davon gilt, dass für Verbindlichkeiten der Hamburg Commercial Bank AG, die bereits vor dem 1. Oktober 2017 bestanden haben, kein Bestandsschutz besteht, da die Bank zum damaligen Zeitpunkt noch nicht dem Einlagensicherungsfonds angeschlossen war. Nach dem 31. Dezember 2022 entfällt dieser Bestandsschutz, sobald die betreffende Verbindlichkeit fällig wird, gekündigt oder anderweitig zurückgefordert werden kann, oder wenn die Verbindlichkeit im Wege einer Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge übergeht oder auf eine ausländische Zweigniederlassung oder Zweigstelle übertragen wird.

Externe Einflussfaktoren und Prozesse

Für das Geschäft der HCOB sind insbesondere relevant: die Entwicklung der Geopolitik/Konjunktur und der Finanzmärkte (u. a. Zinsniveau, Inflationsniveau, EUR/USD-Wechselkursänderungen), Entwicklungen in den relevanten Branchen wie unter anderem dem Immobilienmarkt und der Schifffahrt, regulatorische

Anforderungen und Ermessensentscheidungen der Aufsichtsbehörden, Einschätzungen von Ratingagenturen und Kapitalmarktteilnehmer:innen und anderen Stakeholdern, wie zum Beispiel dem Bundesverband deutscher Banken (BdB).

Im Rahmen ihrer Geschäftsorganisation hat die HCOB Prozesse definiert, die eine Basis für die Steuerung, den Betrieb und das interne Kontrollsystem der Bank darstellen. Entlang der Wertschöpfungskette lassen sich diese Prozesse in Steuerungs-, Wertschöpfungs- und Unterstützungsprozesse einteilen. Zentrale Steuerungsprozesse sind der Strategieprozess sowie die Prozesse innerhalb des Risikomanagements und der Gesamtbanksteuerung. Letztere beinhalten unter anderem den integrierten Planungsprozess sowie die Ertrags- und Kostensteuerung der Bank. An die Steuerungsprozesse schließen sich die Wertschöpfungsprozesse an, die im Wesentlichen den Vertriebsprozess, das Kreditgeschäft (u. a. Kreditneugeschäft und -bestandsmanagement) sowie die Kapitalmarktaktivitäten der Bank umfassen. Zu den zentralen Unterstützungsprozessen gehören die Prozesse im Zahlungsverkehr, der IT (einschließlich Informationssicherheit) sowie die Prozesse in Compliance, Human Resources, Recht und Steuern.

Ziele und Strategien

Das übergeordnete strategische Ziel der HCOB ist es, ihr nachhaltig profitables und konsequent kundenzentriertes Geschäftsmodell kontinuierlich weiterzuentwickeln und damit einen echten Mehrwert zu schaffen: für ihre Kund:innen, für die Bank, für ihre Mitarbeitenden, für die Aktionär:innen und die Gesellschaft. Nachhaltig profitabel bedeutet für die HCOB, Transaktionen zu realisieren, die langfristig stabile Renditen erzielen – klar oberhalb der Kapitalkosten und stets in einem angemessenen Verhältnis zum eingegangenen Risiko. Dieser Anspruch ist die Basis für verlässliche Wertschöpfung, hohe Kapitaleffizienz und eine dauerhaft starke Position am Markt. So stellt die HCOB sicher, dass sie heute wie morgen nachhaltig Werte generiert, verantwortungsvoll handelt und als verlässliche Partnerin für ihre Kund:innen agiert. Informationen zu den mittelfristigen finanziellen Zielen der Bank finden sich weiter unten in diesem Abschnitt unter „Finanzielle Ziele“.

Strategische Ansätze und Werte

Mit Blick auf die Anforderungen eines sich dynamisch wandelnden Bankenumfelds konzentriert sich die HCOB weiterhin auf ein nachhaltig tragfähiges und agiles Geschäftsmodell, basierend auf folgenden strategischen Ansätzen und Werten:

- **Kundenzentrierter Ansatz – Franchise Fokus:** Im Zentrum des Geschäftsmodells der HCOB stehen ihre Kund:innen – konsequent, fokussiert und mit einem klaren Leistungsversprechen. Die Bank richtet ihr Angebot gezielt auf Unternehmen mit einer relevanten Präsenz in Deutschland oder Europa aus. Dazu zählen auch europäische Unternehmen mit globalen Projekten sowie nichteuropäische Unternehmen mit Projekten in Europa. Mit ihrem „Franchise Fokus“-Ansatz verfolgt die HCOB das ambitionierte Ziel, erste Ansprechpartnerin und bevorzugte Finanzierungspartnerin ihrer Kund:innen zu sein. Sie setzt darauf, ihren Anteil am Kundengeschäft systematisch auszubauen und maßgeschneiderte Lösungen zu bieten, die Kund:innen insbesondere in komplexen Situationen dabei unterstützen, ihre strategischen Pläne umzusetzen. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Akquise über die Strukturierung bis zur schnellen und verlässlichen Transaktionsabwicklung – agiert die HCOB unternehmerisch, lösungsorientiert und partnerschaftlich. Durch exzellentes Beziehungsmanagement, hohe Reaktionsgeschwindigkeit und tiefes Branchen- und Marktwissen will sie Mehrwert schaffen und ihre Kund:innen bei sich wandelnden Herausforderungen nachhaltig und vorausschauend begleiten. Die HCOB ist in zentralen Zukunftsbranchen aktiv und verfügt dort oft über jahrzehntelange Expertise. Dieses Know-how nutzt sie, um Kund:innen bei ihrer Geschäftsentwicklung optimal zu unterstützen und langfristige, vertrauensvolle Geschäftsbeziehungen aufzubauen. Zu ihren wichtigsten Werttreibern zählen Zuverlässigkeit, Geschwindigkeit, ausgeprägte Strukturierungskompetenz sowie eine kundenorientierte Haltung.
- **Streben nach Effizienz:** Die HCOB treibt die Optimierung ihrer Prozesse, Technologien und Organisationsstrukturen kontinuierlich voran: dies mit dem klaren Ziel, die Kundenzufriedenheit zu steigern und ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern. Dabei setzt die Bank auf datenbasierte Entscheidungen, eine hohe Umsetzungsgeschwindigkeit und ein agiles Zusammenspiel aller

Unternehmensbereiche. Diese Faktoren sind zentrale Differenzierungsmerkmale im Markt und zugleich ein wesentlicher Treiber für exzellente Kundenerlebnisse. Mit einem konsequent technologiegetriebenen Ansatz, einer hohen Skalierbarkeit sowie strikter Kosteneffizienz stärkt die HCOB fortlaufend ihre operative Leistungsfähigkeit. So schafft sie die Grundlage für nachhaltiges Wachstum, schlanke Prozesse und eine verlässliche Performance, heute und in der Zukunft.

- **Resilientes und ausgewogenes Risikoprofil:** Die mit einer CET1-Quote von 16,5 % sowie einer Leverage Ratio von 7,3 % aus Sicht der HCOB starke Kapitalbasis der Bank verschafft ihr die strategische Flexibilität, Chancen entschlossen zu nutzen und gleichzeitig umsichtig zu steuern. Ein aus der Perspektive der Bank ausgewogenes Risikoprofil, ein aktives Management der Portfoliorisiken sowie ein selektives und qualitativ hochwertiges Wachstum in den Kerngeschäftsfeldern bilden das stabile Fundament für diesen Ansatz. Durch eine breite Diversifizierung – über Kund:innen, Sektoren, Regionen und Anlageklassen hinweg – stärkt die HCOB ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Marktveränderungen und schafft die Basis für nachhaltige Performance. Dieses robuste Risikoprofil ist ein zentraler Baustein ihrer Geschäftsstrategie und soll es der Bank ermöglichen, langfristig verlässlich und verantwortungsvoll zu agieren.
- **Aktives Talentmanagement:** Die HCOB lebt eine Kultur der Exzellenz und stellt dafür ihre Mitarbeitenden in den Mittelpunkt. Mit einem gezielten, professionellen Talentmanagement gewinnt die Bank nicht nur erstklassige externe Kandidat:innen, sondern fördert ebenso engagierte interne Talente und eröffnet ihnen individuelle Entwicklungsperspektiven. Ihr Leitbild: eine vielfältige, inklusive und hoch motivierte Belegschaft, die die Gesellschaften und Kulturen widerspiegelt, in denen die HCOB tätig ist. Diese Vielfalt ist für die Bank ein zentraler Erfolgsfaktor – sie fördert Innovation, stärkt die Zusammenarbeit und schafft die Grundlage für nachhaltigen Erfolg.

Chancenmanagement

Die HCOB integriert gezielt neue Wachstumsfelder, die sie im Strategieprozess identifiziert. Basis dafür sind fundierte Analysen des makroökonomischen Umfelds, der Wettbewerbsdynamik und relevanter Trends. So erkennt die Bank frühzeitig Chancen und richtet ihr Geschäftsmodell danach aus.

Strategische Anpassungen 2025

Im ersten Halbjahr 2025 hat der Vorstand eine klare strategische Fokussierung beschlossen. Diese ist das Ergebnis einer umfassenden Neubewertung der langfristigen Positionierung der Bank und steht vollständig im Einklang mit den übergeordneten strategischen Leitlinien. Die zentralen Eckpfeiler dieser Fokussierung sind:

- Ein risikoärmeres, fokussiertes Geschäftsmodell, das sich konsequent auf europäische Franchise-Kund:innen ausrichtet.
- Eine deutlich effizientere Organisation durch Straffung der Strukturen sowie Vereinfachung und Automatisierung von Prozessen.
- Eine breitere und stabilere Refinanzierungsstruktur durch den gezielten Ausbau granularer, einlagengesicherter Privatkundeneinlagen.

Fokussiertes, risikoärmeres Geschäftsmodell („Franchise Fokus“)

Die HCOB wird ihr Geschäftsmodell künftig klar auf ihr Kerngeschäft in Deutschland und Europa ausrichten. Ziel ist es, das nachhaltig profitable Geschäftsmodell zu schärfen, Komplexität zu reduzieren und Ressourcen auf wertschaffende Bereiche zu konzentrieren. Im Mittelpunkt stehen jene Geschäftsfelder, in denen die Bank langfristig Wachstumspotenzial sieht und über eine starke Wettbewerbsposition verfügt, das sogenannte Franchise-Business:

- Commercial Real Estate in Deutschland
- Shipping
- Project Finance (Energy & Infrastructure)
- Geschäft mit deutschen Corporates-Kunden (einschließlich Leasing und Factoring)
- Geschäft mit internationalen Corporates-Kunden innerhalb Europas

Ergänzt wird das Kerngeschäft durch komplementäre, wenig kapitalintensive Bereiche wie Einlagenmanagement, Zahlungsverkehr und Handelsfinanzierung.

Rückzug aus nicht strategischen Geschäftsbereichen

Im Zuge der Fokussierung zieht sich die HCOB aus Geschäftsbereichen zurück, die nicht mehr zum strategischen Kern gehören, darunter International Real Estate, Aviation sowie Teile des Structured Portfolio Finance. Investitionen in Private CLOs (Collateralized Loan Obligations) werden beendet, während Public CLOs (liquide Collateralized Loan Obligations) und Loan Funds (Kredit-Spezialfonds) zur weiteren Diversifikation des Portfolios bestehen bleiben.

Kosten- und Organisationsoptimierung

Die Fokussierung geht mit einer Reduzierung des Geschäftsvolumens und damit auch der Ertragsbasis einher. Entsprechend wird die Bank ihre Kostenstruktur anpassen und die Organisation verschlanken. Ausgehend von der bisherigen Personalplanung soll die Zahl der Vollzeitäquivalente (VAK) bis Ende 2027 (bzw. 1. Januar 2028) um etwa 190 auf rund 730 VAK sinken. Dieses Zielniveau gilt auch für das Jahresende 2028. Parallel wird die HCOB zentrale Prozesse optimieren – durch Vereinfachung, weitergehende Automatisierung und den verstärkten Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI).

Stärkung der Refinanzierungsstruktur

Zur weiteren Stabilisierung und Diversifizierung ihres Fundings plant die HCOB, innerhalb von drei Jahren rund 25 % (ca. 6 Mrd. €) ihres Refinanzierungsbedarfs über gesicherte Privatkundeneinlagen abzudecken. Damit reduziert die Bank Abhängigkeiten vom Kapitalmarkt, erhöht die Granularität der Einlagenstruktur und reagiert proaktiv auf die Änderungen der ESF-Reform. Der Ausbau der Retaileinlagen stärkt insgesamt die Stabilität, Flexibilität und Resilienz der Refinanzierung und senkt zugleich die Fundingkosten.

Finanzielle Ziele

Auf Basis ihres fokussierten und risikoärmeren Geschäftsmodells ist es das mittelfristige Ziel der HCOB, im Jahr 2028 bei einer Kapitalausstattung von 16 % (CET1-Quote) und einem Ergebnis vor Steuern oberhalb von 350 Mio. € eine Eigenkapitalrendite nach Steuern von 10 % bis 12 % zu erzielen. Im Hinblick auf die Kosteneffizienz strebt die Bank für 2028 eine Cost-Income-Ratio (CIR) von ca. 40 % an. Das mittelfristige strategische Ziel für die NPL-Quote, das ebenfalls 2028 erreicht werden soll, beträgt ca. 2,0 %. Zur Definition dieser Kennzahlen verweisen wir auf den Abschnitt „Steuerungssystem“ am Ende dieses Kapitels.

Strategische Stoßrichtungen der Segmente

In den nachfolgend beschriebenen Segmenten/Geschäftsfeldern besteht bei einem erheblichen Teil der Kund:innen eine sehr langfristige Geschäftsbeziehung zur HCOB, die seit mindestens zehn Jahren andauert: In Real Estate betrifft dieses rund 66 % der Kund:innen, im Shipping (trotz des in 2024 von der NIBC angekauften Shipping-Portfolios) rund 41 % und im Project Finance rund 61 %. Im Corporate Lending als Franchise-Bestandteil des Corporates-Segments sind rund 64 % der Kund:innen zehn Jahre oder länger bei der HCOB.

Segment Real Estate

Die HCOB ist ein renommierter deutscher Immobilienfinanzierer mit einer jahrzehntelangen Tradition und einer breiten Markt- und Kundenabdeckung. Sie ist in Deutschland in sämtlichen relevanten Teilsegmenten des gewerblichen Immobilienmarkts aktiv. Der Schwerpunkt liegt auf Finanzierungen in den Nutzungsarten Büro, Handel, Logistik, Hotel und Wohnen (hier insbesondere Mietwohnungsbestände). Die HCOB verfügt im Segment Real Estate über eine breite und diversifizierte Kundenbasis mit häufig langjährigen Geschäftsbeziehungen. So zählen u. a. kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Family Offices, börsennotierte Gesellschaften, institutionelle Investoren, Private-Equity-Gesellschaften, Fonds sowie Projektentwickler zu den Finanzierungspartner:innen der Bank. Neben der Präsenz in Deutschland verfügt die Bank derzeit auch noch über einen Bestand an Immobilienfinanzierungen im Ausland. Dieses internationale Immobiliengeschäft wird im Zuge der im Berichtsjahr erfolgten Strategieweitere Anpassung „Franchise Fokus“ zukünftig nicht mehr fortgeführt und soll wertschonend abgebaut werden.

Das Segment Real Estate umfasst im Wesentlichen die Finanzierung von Bestandsimmobilien, Revitalisierungen sowie – zu einem geringeren Anteil – Projektentwicklungen im gewerblichen Bereich. Geschäftschancen ergeben sich für die HCOB unter anderem durch die Begleitung von Immobilienkunden im Rahmen ihrer ESG-Transformation. Das HCOB-Produktportfolio im Segment Real Estate zeichnet sich durch maßgeschneiderte und passgenaue Angebote aus, mit einem unternehmerischen Blick für Geschäfte und Transaktionen mit Wertsteigerungspotenzial. Die HCOB verfügt über erfahrene Marktspezialist:innen mit fundierten Kenntnissen und hoher Strukturierungskompetenz im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung, was ihr ermöglicht, risikoadäquate Preise zu erzielen.

Segment Global Transportation

Die HCOB ist eines der führenden deutschen Institute mit jahrzehntelanger Erfahrung in der globalen Schiffsfinanzierung. Der Schwerpunkt liegt auf der Finanzierung von Schiffen mittleren Alters, selektiv werden auch Neubauten finanziert. Die Zusammensetzung des Shipping-Kreditportfolios der HCOB, das im Jahr 2024 durch den Ankauf des Shipping-Kreditportfolios der NIBC gestärkt worden war, zeichnet sich durch einen ausgewogenen Mix aus Asset-Backed- und Unternehmensfinanzierungen aus. Im Rahmen der Asset-Backed-Finanzierungen liegt der strategische Fokus der HCOB auf bilateralen Finanzierungsstrukturen, gleichwohl beteiligt sie sich auch an Konsortialfinanzierungen. Das breit diversifizierte Portfolio umfasst im Wesentlichen die Assetklassen Bulker, Containerschiffe und Tanker (hier überwiegend Produktentanker, aber auch Rohöl- und Chemikalienentanker). Darüber hinaus werden weitere Schiffstypen, wie zum Beispiel Car Carrier, zur Diversifizierung des Portfolios finanziert. Die Bank ist im Segment Shipping global aktiv, wobei der Schwerpunkt auf der meist langjährigen Zusammenarbeit mit bonitätsstarken, häufig eigentümergeführten Kund:innen aus Europa liegt. Das Geschäftsmodell im Geschäftsfeld Shipping basiert auf kurzen und mittleren Finanzierungslaufzeiten sowie hohen Besicherungsquoten. Dadurch wird einerseits das Risikoprofil verbessert und andererseits sichergestellt, dass die HCOB zeitnah auf sich verändernde Marktbedingungen reagieren kann. Mit ihren Finanzierungen begleitet die HCOB ihre Kund:innen aus der maritimen Wirtschaft bewusst bei der Transition zu nachhaltigerem Wirtschaften. Ein breites Produktangebot im Einlagenmanagement und internationalen Zahlungsverkehr rundet das Angebot der HCOB im Geschäftsfeld Shipping ab.

Das Geschäftsfeld Aviation wurde im Berichtsjahr im Zusammenhang mit der angepassten Geschäftsstrategie, nach der die Luftfahrtfinanzierung nicht mehr zum Kerngeschäft der HCOB zählt, aufgegeben und das Portfolio im vierten Quartal vollständig veräußert.

Segment Project Finance

Im Segment Project Finance unterstützt die HCOB mit ihren Finanzierungen globale Megatrends wie die Energiewende sowie die fortschreitende Digitalisierung. Auch in diesem Segment verfügt die HCOB über einen breiten und diversifizierten Kundenstamm, mit dem sie nachhaltig tragfähiges Geschäft generiert. So zählen unter anderem Infrastruktur-/Private-Equity-Fonds, Projektentwickler, Hersteller sowie Versorgungsunternehmen und unabhängige Stromerzeuger zu den Kund:innen der HCOB in diesem Segment. In geografischer Hinsicht liegt der Fokus der Finanzierungsaktivitäten der Bank auf dem westeuropäischen Markt einschließlich Skandinavien und UK.

Im Bereich der Infrastrukturfinanzierungen fokussiert die HCOB ihre Aktivitäten neben klassischen Infrastrukturprojekten insbesondere auf zukunftsorientierte Infrastrukturbereiche, die in den kommenden Jahren Wachstumspotenzial aufweisen. Dazu zählen vor allem Rechenzentren, Glasfaser-Netzwerke sowie weitere digitale Infrastrukturen, die durch den global steigenden Datenbedarf und die fortschreitende Digitalisierung stark an Bedeutung gewinnen. Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Segment liegt in der Finanzierung von Energieprojekten, im Wesentlichen für erneuerbare Energien. In diesem Zusammenhang werden auch spezielle und zukunftsgerichtete Projekte finanziert, z.B. Batteriespeichersysteme sowie Anlagen zur Energiegewinnung aus Abfall (Waste-to-energy), Fernwärme und Wasserstoff.

Der strategische Geschäftsansatz innerhalb dieses Segments hat sich in der jüngeren Vergangenheit hin zu margenstärkeren, strukturell anspruchsvolleren, diversifizierten Infrastrukturprojekten fortentwickelt. In diesem Umfeld kann die Bank ihre ausgeprägte Strukturierungskompetenz einbringen und bietet ihren Kund:innen ein breites Spektrum an strukturierten Finanzierungslösungen an. Die Bank agiert dabei sowohl als Alleinflanziererin als auch als Konsortialpartnerin. Die Projektfinanzierungen wirken sich positiv auf die Nachhaltigkeitsziele der Bank aus.

Segment Corporates

Im Segment Corporates wird die Diversifikationsstrategie der HCOB durch Geschäftsbeziehungen zu nationalen und internationalen Unternehmenskunden umgesetzt. Der Geschäftsansatz der Bank ist auf eine hohe Service- und Strukturierungskompetenz ausgerichtet, der Fokus liegt auf Engagements mit einem guten Ertrags-Risiko-Profil. Das Segment umfasst die Bereiche Corporate Lending sowie Structured Portfolio Finance.

Im Corporate Lending verfolgt die Bank einen kundenorientierten (Franchise) Ansatz mit einer hohen sektoralen Diversifizierung und einem breiten Angebot an unterschiedlichen Produkten. In geografischer Hinsicht liegt der Schwerpunkt einerseits im nationalen Umfeld, dort traditionell in der norddeutschen Kernregion. Mit vielen dieser dort ansässigen mittelständischen, oftmals familiengeführten Unternehmenskunden sowie Factoring- und Leasingspezialisten unterhält die HCOB langjährige und etablierte Geschäftsbeziehungen. International konzentriert sich die Bank auf West- und Nordeuropa. Das Produktspektrum umfasst neben diversen Kreditprodukten auch den nationalen und internationalen Zahlungsverkehr, Anlagegeschäft, Trade Finance und die Absicherung von Währungen und Zinsen.

Der Bereich Structured Portfolio Finance enthält strukturierte Finanzierungen, die das klassische Direktgeschäft mit den Kund:innen ergänzen und dadurch zu einer höheren Granularität des Kredit- und Finanzanlageportfolios beitragen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um von der Bank gehaltene Senior-Tranchen in Verbriefungstransaktionen (Collateral Debt Obligations, CDOs) sowie Kredite an extern verwaltete, aber zugunsten der Bank aufgesetzte Kredit-Spezialfonds (Loan Funds), über die eine mittelbare Finanzierung von nordamerikanischen und europäischen Unternehmenskunden bereitgestellt wird. Dies wird komplettiert durch Finanzierungen von Fonds und Konsumentenkredit-Portfolios. Im Zuge der strategischen Geschäftsanpassungen wurde dieser Bereich im Geschäftsjahr 2025 deutlich verkleinert. So wurde der Bestand der nicht öffentlich gehandelten CDOs (Private CDOs), die – nicht mehr zum Kerngeschäft zählend – zukünftig nicht mehr fortgeführt werden sollen, bereits 2025 deutlich reduziert. Die im Vorjahr im Segment Corporates geführten, mit Triple-A-Ratings versehenen, liquiden CDOs (Public CDOs) wurden im Berichtsjahr in das Segment Treasury & Group Functions überführt.

Segment Treasury & Group Functions

Die Aktivitäten im Segment Treasury & Group Functions konzentrieren sich auf die Steuerung strategischer Investments (einschließlich der im Vorjahr im Segment Corporates geführten Public CDOs) sowie auf die Treasury-Funktion einschließlich der zentralen Steuerung der Liquiditäts- und Marktpreisrisiken der Bank, des Derivateportfolios sowie die Bewirtschaftung des Deckungsstocks. In Treasury & Markets sind auch die Vertriebsaktivitäten für kapitalmarktnahe Produkte mit zukunftsgerichtetem Produktspektrum sowie die Kundenbetreuung von Sparkassen, Banken und institutionellen Kunden enthalten.

Steuerungssystem

Zentrale Werttreiber und Kennzahlensystem

Das Steuerungssystem der Bank ist darauf ausgerichtet, die zentralen Werttreiber – Rentabilität/Ertrag, Effizienz/Kosten, Kapital, Liquidität und Risiko – integriert und im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen sowie dem internen Strategic Risk Framework (SRF) zu steuern. Dafür nutzt die Bank ein risikoadjustiertes Kennzahlensystem, das eine einheitliche und effektive Steuerung des Konzerns sicherstellt. Die Steuerung der Bank erfolgt dabei im Wesentlichen auf der Basis von Konzernzahlen nach IFRS bzw. nach einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften und berücksichtigt auch die im SRF definierten Risikolimits.

Für die Steuerung der einzelnen Geschäftsfelder wird eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung genutzt. Weitere Elemente der Banksteuerung sind die Strategie-, Planungs- und Forecastprozesse, Plan-Ist-Vergleiche sowie der Zielvereinbarungs- und Beurteilungsprozess. Weitere Informationen zur Steuerung enthält der Risikobericht unter „Risikosteuerung durch zentrale Komiteestruktur“ und „Risikoberichtswesen und -messsysteme“.

Steuerungsgrößen des IFRS-Konzerns

Das interne Steuerungssystem der Bank basiert auf zentralen Steuerungskennzahlen zu den einzelnen Werttreibern des IFRS-Konzerns. Die Entwicklung dieser Kennzahlen wird in der externen Berichterstattung einerseits im Vergleich zum Vorjahr und zur Vorjahresprognose für das Berichtsjahr betrachtet (Kapitel „Wirtschaftsbericht“). Andererseits wird auch deren erwartete Entwicklung im Jahr 2026 beschrieben (Kapitel „Prognose-, Chancen- und Risikobericht“). Die zentralen Steuerungskennzahlen basieren auf der Geschäftsstrategie des HCOB Konzerns und setzen sich aus dem RoE nach Steuern @equity, der CIR, der CET1-Quote, der NPL-Quote, der LCR sowie dem Rating zusammen. Durch das integrierte Steuerungssystem der Hamburg Commercial Bank wird eine umfassende Betrachtung der zentralen Werttreiber angemessen sichergestellt. Die folgende Tabelle enthält die Definitionen der bedeutsamsten Steuerungskennzahlen:

Definition der bedeutsamsten Steuerungskennzahlen

Finanzielle Steuerungskennzahlen	
RoE nach Steuern @equity	Der RoE nach Steuern @equity ergibt sich aus der Relation des Konzernergebnisses zum bilanziellen Eigenkapital abzüglich der vorgeschlagenen Dividende und zeigt als Steuerungskennzahl für den Werttreiber Rentabilität/Ertrag die jährliche Verzinsung des Eigenkapitals an.
CIR (Cost-Income-Ratio)	Die CIR ist eine Kennzahl der Kosteneffizienz und beschreibt das Verhältnis des Verwaltungsaufwands zum Gesamtertrag zzgl. des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses.
CET1-Quote (Common Equity Tier 1)	Die CET1-Quote ist definiert als Quotient aus hartem regulatorischem Kernkapital und der Summe der risikogewichteten Aktiva, ausgedrückt in Prozent.
NPL-Quote (Non Performing Loans)	Die NPL-Quote richtet sich nach dem aufsichtlichen FINREP-Meldewesen und setzt die Bruttobuchwerte der notleidenden Kredite und Darlehen ins Verhältnis zu den Bruttobuchwerten sämtlicher Kredite und Darlehen.
LCR (Liquidity Coverage Ratio)	Die LCR stellt die Sicherung der Bank im kurzfristigen akuten Liquiditätsstress über 30 Tage durch Vorhalten eines Liquiditätspuffers (kurzfristige Stresstest-Kennziffer) dar. Die LCR ergibt sich aus dem Verhältnis des Bestands an hochliquiden Aktiva zu den Nettoabflüssen in den nächsten 30 Tagen.
Nichtfinanzielle Steuerungskennzahlen	
Rating	Bonitätseinstufungen der Ratingagentur Moody's bezogen auf das Emittentenrating (langfristig).

Der Umfang der für die Gesamtbanksteuerung in der HCOB insgesamt verwendeten Kennzahlen geht weit über die in diesem Kapitel angeführten bedeutsamsten Steuerungskennzahlen hinaus, z.B. ist eine wesentliche interne Steuerungsgröße zur Performancesteuerung und -messung von Investitionen (geschäftspolitischen Entscheidungen) der Shareholder Value Added (SVA). Der SVA ermittelt den Erfolgsbeitrag einer Investition nach Abzug von Ertragsteuern und kalkulatorischen Kapitalkosten. Mittels dieser Kennzahl wird der Beitrag von Bankgeschäften zum Unternehmenswert transparent. Durch die konsequente Ausrichtung am SVA-Ansatz, der den Wandel zu einer leistungsorientierten Unternehmenskultur stützt, soll auf allen Geschäftsebenen eine optimale Ressourcenallokation erreicht werden, die nachhaltig zu einer Steigerung des Unternehmenswerts führt.

Weitere Einzelheiten zu den zentralen Kennzahlen der Risikosteuerung enthält der Risikobericht. Die im Rahmen der internen Steuerung verwendeten ESG-Kennzahlen enthält dieser zusammengefasste Lagebericht im Kapitel „Nachhaltigkeitserklärung“. Die Kennzahlen betreffen den eigenen Geschäftsbetrieb einschließlich der vorgelagerten Wertschöpfungskette (Dimension „Corporate“) und/oder die Geschäftsaktivitäten der Bank im Rahmen ihres Kredit- und Investmentgeschäfts (nachgelagerte Wertschöpfungskette; Dimension „Portfolio“).

Darüber hinaus hat die Hamburg Commercial Bank entsprechend den gesetzlichen Anforderungen die Konzepte zur Sanierung/Abwicklung aktualisiert bzw. weiterentwickelt. Die gemäß SAG (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz) und EBA (European Banking Authority) bzw. MaSanV (Verordnung zu den Mindestanforderungen an Sanierungspläne für Institute) definierten Sanierungs- und Frühwarnindikatoren werden dabei regelmäßig überwacht und bewertet, um bei Bedarf zeitnah zielgerichtete Maßnahmen durchführen zu können.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wesentliche geopolitische und wirtschaftliche Entwicklungen

Die geopolitische Lage blieb im Jahr 2025 angespannt. Der Krieg in der **Ukraine** setzte sich fort und war von russischen Offensiven, die zu Gebietsgewinnen führten, gekennzeichnet. Im Konflikt zwischen Israel und der Hamas konnten sich die Kriegsparteien im Oktober 2025 auf eine, wenn auch fragile, Waffenruhe einigen. Zuvor hatte sich der Konflikt **im Nahen Osten** kurzzeitig auf den Iran ausgeweitet, als die USA mit Luftschlägen die iranischen Atomanlagen angegriffen hatten. Mit der **Zollpolitik** des US-Präsidenten Donald Trump stieg die geopolitische Unsicherheit. Die EU verzichtete auf Gegenzölle und es kam Ende Juli zu einer Vereinbarung mit den USA, deren Ergebnis deutlich höhere US-Importzölle für die meisten EU-Güter sind. Ende Oktober haben die USA und China ein vorläufiges Handelsabkommen abgeschlossen, wodurch der Zollkrieg zwischen diesen beiden Ländern deeskaliert wurde.

Konjunktorentwicklung nach Regionen

Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) dürfte sich das **globale Wachstum** von 3,3 % im Jahr 2024 geringfügig auf 3,2 % im Jahr 2025 verlangsamt haben. Das niedrigere Wachstum wird vor allem auf die geopolitischen Unsicherheiten, die Investitionen und den Konsum beeinträchtigt haben, sowie auf die US-Zölle, die den internationalen Handel behindert haben, zurückgeführt. Auf der Sektorebene war die Industrie insbesondere in der ersten Jahreshälfte stark von der US-Zollpolitik betroffen, während der Dienstleistungssektor davon weniger tangiert war und ein höheres Wachstum aufwies, wie die globalen Einkaufsmanagerindizes (JPMorgan PMIs) zeigen.

Die **US-Wirtschaft** hat nach einem schwachen ersten Quartal (-0,6 % gegenüber dem Vorquartal, annualisiert) im Jahresverlauf an Dynamik gewonnen und wuchs insgesamt um 2,2 % im Vergleich zum Vorjahr. In der ersten Jahreshälfte sorgten die Zölle für erhebliche Schwankungen bei den Importen. Privater und Staatskonsum trugen im Jahresverlauf wesentlich zum Wachstum bei. Der Arbeitsmarkt hat sich zum Jahresende hin abgeschwächt. So stieg die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf von 4,0 % im Januar auf 4,4 % im Dezember 2025. Die Inflation blieb hartnäckig und belief sich auf 2,7 % (Consumer Price Index, Stand Dezember 2025).

Die **Eurozonen**-Konjunktur verzeichnete 2025 ein moderates Wachstum von 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr, wobei der Außenhandel aufgrund von zollbedingten Vorzieheffekten erhebliche Schwankungen aufwies. Die Bruttoanlageinvestitionen und der Staatskonsum trugen im Jahresverlauf positiv zur Expansionsrate bei. Die geopolitischen Unsicherheiten, eine trotz moderater Inflation hohe Sparquote der privaten Haushalte, hohe Realzinsen sowie politische Instabilität in Teilen der Eurozone führten dazu, dass die Wachstumsbeiträge des privaten Konsums niedrig ausfielen. Die HVPI-Inflationsrate (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) lag Stand Dezember 2025 bei 2,0 %, womit das mittelfristige Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) erreicht wurde, die Kernrate bei 2,3 %.

Die Wirtschaftsleistung **Chinas** ist im Jahr 2025 um 5,0 % gestiegen und hat damit das Wachstumsziel der Regierung erreicht. Dem schwachen Konsum und dem anhaltenden Rückgang der Bauinvestitionen standen höhere Exporte gegenüber. Die Inflationsrate bewegte sich im Jahresverlauf um die Nulllinie, zeigte aber zum Jahresende eine Aufwärtstendenz (Jahresrate im Dezember 2025: 0,8 %).

Die **deutsche Wirtschaft** konnte 2025 mit 0,2 % gegenüber dem Vorjahr nur marginal wachsen. Das erste Halbjahr war von Exportvorzieheffekten aufgrund der neuen US-Zölle geprägt. Das Wachstum wurde von höheren Konsumausgaben sowohl der privaten Haushalte als auch des öffentlichen Sektors getragen. Im Gegensatz dazu entwickelten sich die Ausfuhren rückläufig. Die Exportbranche stand weiterhin unter erheblichem Druck, bedingt durch verschärfte Handelsbedingungen in Form höherer US-Zölle, die Aufwertung des Euros sowie eine intensivere Wettbewerbslandschaft gegenüber Anbietern aus China. Parallel dazu blieb die

Investitionstätigkeit verhalten. Sowohl in Ausrüstungsgüter als auch in Bauvorhaben wurde weniger investiert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Geldpolitik

Die US Federal Reserve (Fed) senkte ihren Zielkorridor für die Federal Funds Rate im Jahr 2025 insgesamt um 75 Basispunkte von 4,25 %–4,50 % auf 3,50 %–3,75 %. Während das erste Halbjahr aufgrund des robusten Arbeitsmarkts und der Zoll-Unsicherheit noch durch Abwarten geprägt war, erfolgte eine Lockerung der Geldpolitik im zweiten Halbjahr mit Verweis auf eingetrübte Arbeitsmarktsignale und geringer als erwartet ausgefallene Preisimpulse durch die neuen Importzölle. Die EZB reduzierte ihre **Leitzinssätze** bis Anfang Juni 2025 schrittweise auf 2,00 % (Einlagefazilität) bzw. 2,15 % (Hauptrefinanzierungssatz). Für den Rest des Jahres blieb das Zinsniveau unverändert. In der Kommunikation ergaben sich Unterschiede zwischen den Notenbanken: Die EZB signalisierte ab Juni 2025, dass man sich bei dem erreichten Zinsniveau in einer guten Position sehe, und bewertete die Inflationsrisiken als ausgeglichen; weitere Zinsschritte sollten von Sitzung zu Sitzung geprüft werden. Die Fed hingegen stellte eine weitere Zinssenkung in Aussicht.

Die langfristigen **Anleiherenditen** zeigten im Jahr 2025 eine divergente Entwicklung: Während die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen zum 31. Dezember 2025 bei 2,85 % lag (31. Dezember 2024: 2,36 %), fielen die Renditen der zehnjährigen US-Treasuries auf 4,18 % (nach 4,58 % zum Jahresende 2024). Die Märkte reagierten zwar auf die fiskalpolitischen Pläne der neuen US-Regierung, insbesondere im Hinblick auf steigende Staatsausgaben und mögliche Inflationsimpulse. Immer wieder kam es aber auch zu Rezessionsängsten, die sich dann in den Renditen widerspiegeln. Bei den Forward-Zinssätzen preisen die Märkte für die EZB zum Stichtag bis Ende 2026 keine Leitzinsänderung ein, während für die USA zwei bis drei Zinssenkungen in der Größenordnung von jeweils 25 Basispunkten eingepreist werden.

Die **Aktienmärkte** in Deutschland und den USA verzeichneten 2025 deutliche Zuwächse. Der DAX 40 stieg 2025 um rund 23 %, der S&P 500 um etwa 16 %. Im ersten Quartal belasteten Zollpolitik und regulatorische Ankündigungen den US-Markt deutlich, während der DAX weniger stark reagierte. Im weiteren Jahresverlauf stützten robuste Unternehmensgewinne und eine Entspannung hinsichtlich der Inflationsrisiken die Kurse. In den USA wurde die Entwicklung zudem maßgeblich von großen KI-Technologiewerten getragen, die zeitweise über ein Drittel der Marktkapitalisierung auf sich vereinten.

Der **Euro** bewegte sich im Jahresverlauf in einer Spanne von 1,04 bis 1,18 US-Dollar. In der ersten Jahreshälfte legte er nahezu kontinuierlich und insgesamt deutlich zu. Im weiteren Verlauf dominierte eine Seitwärtsbewegung. Zum Jahresende notierte der Euro nahe dem oberen Bereich dieser Spanne (1,17 USD/EUR).

Entwicklungen in den für die Hamburg Commercial Bank relevanten Märkten/Branchen

Real Estate

Die deutschen **Immobilienmärkte** setzten 2025 ihre im Vorjahr begonnene Konsolidierung fort, bei unterschiedlicher Entwicklung auf den einzelnen Investment- und Vermietungsmärkten. Bei Gewerbeimmobilien blieb das Investmentvolumen insgesamt knapp unter dem Vorjahreswert und somit im langjährigen Vergleich weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Das gilt insbesondere für Büroimmobilien, obwohl hier das Transaktionsvolumen merklich anstieg. Bei Einzelhandelsimmobilien stieg das gehandelte Volumen hingegen kaum, weil die höhere Nachfrage für Fachmarktzentren und Shopping-Center die geringere für Geschäfts- und Kaufhäuser nahezu kompensierte. Für Logistikimmobilien waren moderate Rückgänge in der Investorennachfrage zu verzeichnen.

Charakteristisch war die Zurückhaltung institutioneller Investoren. Deren risikoaverse Haltung resultierte neben der schwachen Konjunktorentwicklung und den geopolitischen Unsicherheiten auch aus anhaltenden Liquiditätsproblemen der offenen Immobilienfonds. Diese traditionell starke Käufergruppe trat deutlich seltener in Erscheinung, während eigenkapitalstarke Privatinvestor:innen zunehmend als Käufer auftraten. Dies spiegelte sich wider in der Zunahme von Transaktionen kleinerer und mittlerer Einzelimmobilien und der abnehmenden Zahl gehandelter großvolumiger Objekte und Portfolios. Auf der Verkäuferseite waren im Zuge ihrer Konsolidierung fortgesetzt viele Projektentwickler anzutreffen. So kam es zwar weiterhin zu Verkäufen von problembehafteten Immobilien aus Insolvenzen sowie Restrukturierungs- und Refinanzierungsmaßnahmen. Aber es waren auch mehr Käufe zu verzeichnen, die ohne diese Zwänge erfolgten. Die Diskrepanz in den Preisvorstellungen der Marktteilnehmer:innen nahm weiter ab, stellte aber nicht selten immer noch ein

Transaktionshemmnis dar. Im Wohnungsportfoliohandel ging das Investmentvolumen nur geringfügig zurück, weil Portfoliobereinigungen größerer Marktteilnehmer ausliefen.

Auf den **deutschen Büroimmobilienmärkten** blieb die Netto-Flächennachfrage im Jahr 2025 sehr schwach, in den Metropolen nahm die vermietete Fläche erneut spürbar ab. Ausschlaggebend blieben weiterhin die Zurückhaltung der Unternehmen bei Neueinstellungen sowie die Berücksichtigung des geringeren Flächenbedarfs aufgrund flexibler Arbeitsformen. Die Fertigstellungen gingen zwar zurück, sie trugen dennoch spürbar dazu bei, dass die Leerstände merklich anzogen, in den Metropolen sogar stärker. Dort erreichten die Vakanzen ein deutlich erhöhtes Niveau, in einigen Städten ein hohes. Da sich die verbliebene Nachfrage hier jedoch auf zentrale Lagen konzentrierte, zogen die Mieten zumeist deutlich, die Marktwerte noch moderat an. In den Rand- und Nebenlagen gaben die Mieten und Preise hingegen spürbar nach.

Auf den meisten **europäischen Büroimmobilienmärkten** blieb die Netto-Flächennachfrage zwar verhalten, konnte den Zubau aber besser als in Deutschland absorbieren. Die Leerstände zogen kaum an, blieben aber oft auf erhöhtem Niveau, was das Mietwachstum in den meisten Metropolen bremste. In einigen legten die Mietpreise jedoch merklich zu, weil sich auch hier die Nachfrage auf bevorzugte Lagen konzentrierte. Die Entwicklung der Spitzenmarktwerte reichte von eher stabilen bis zu stärkeren Zuwächsen.

Die **Einzelhandelsimmobilienmärkte** in Deutschland wurden weiterhin durch die schlechte Konsumstimmung und den wieder zunehmenden Strukturwandel zugunsten des Online-Handels belastet. Denn obwohl der private Konsum moderat anzog, blieben die von Krisen verunsicherten Verbraucher im stationären Einzelhandel im Non-Food-Bereich sehr zurückhaltend. Die Einkäufe im Online-Handel stiegen hingegen stark an. Ladenbasierte Umsätze legten nur dank deutlicher Zuwächse im Lebensmitteleinzelhandel moderat zu. Im Textileinzelhandel, bei Konsumenten-Elektronik sowie in Bau- und Möbelmärkten waren stagnierende bis merklich rückläufige Umsätze zu verzeichnen. Dies belastete in Innenstadt- wie in Stadtteillagen, sodass die Mieten moderat nachgaben, lediglich in Fachmärkten der Nahversorgung stiegen sie leicht an. Entsprechend legten die Marktwerte letzterer merklich zu, während die von Shopping-Centern eher stabil blieben und die von Geschäftshäusern leicht nachgaben.

Auf den deutschen **Wohnungsmärkten** stiegen die Mieten aufgrund des unveränderten Nachfrageüberhangs bei rückläufiger Bautätigkeit. Dank des spürbaren Mietwachstums und der kaum mehr angezogenen langfristigen Zinsen legten die Preise von Mietwohnungen moderat, die von Eigentumswohnungen leicht zu.

Auf den **Logistikimmobilienmärkten** hierzulande zog die Vermietungsnachfrage im Jahr 2025 vom sehr niedrigen Vorjahresniveau an, konnte die nur leicht rückläufigen Fertigstellungen jedoch nicht vollends absorbieren. Die damit verbundene Zunahme der Vakanzen bremste das Mietwachstum, wobei Spitzenmieten in bevorzugten Logistikregionen zumeist noch leicht stiegen, die durchschnittlichen Mieten hingegen marginal sanken. Die Spitzenmarktwerte behaupteten sich, in Nebenlagen gaben die Preise oft moderat nach.

Global Transportation

Die **Schifffahrtsmärkte** wurden 2025 weiterhin massiv von geopolitischen Entwicklungen beeinflusst. Während die anhaltende Verlängerung wichtiger Handelsrouten durch die Auswirkungen des Nahostkonflikts und die Sanktionen gegenüber Russland positiv wirkte, sorgten die von den USA ausgehenden Handelskonflikte für große Schwankungen des Frachtaufkommens. Im Ergebnis konnten die durchschnittlichen Chartersraten von Containerschiffen gegenüber dem hohen Stand vor Jahresfrist nochmals spürbar zulegen, während sich Massengutfrachter und Öltanker nach vorübergehenden Rückschlägen zunächst stabilisierten und zum Jahresende kräftig anzogen.

Trotz der Unsicherheiten infolge der wechselhaften Zollpolitik der US-Regierung blieb der Bedarf der Reedereien an zusätzlichen **Containerschiffen** hoch. Rückgänge im Handel zwischen China und den USA wurden von anderen Absatzregionen kompensiert. Obwohl die Flottenkapazität angesichts zahlreicher Ablieferungen und äußerst geringer Verschrottungsaktivität weiterhin stark wächst, blieben kurzfristig verfügbare Schiffe rar. Der enorme Tonnagebedarf war vor allem das Resultat der großen Umwege im Zuge der Bedrohung durch die Huthi-Rebellen im Roten Meer. Außerdem mussten die Reedereien flexibel auf die Wehen der US-Handelspolitik reagieren.

Nach schwachen ersten Monaten des Jahres konnten sich **Massengutfrachter** stabilisieren. Für Belastung sorgte zunächst vor allem die Entwicklung in China. Das Neujahrsfest bescherte einen vorübergehenden Rückgang der Transportnachfrage. Zudem dämpften trübe Wirtschaftsaussichten die Importe von Eisenerz und Kohle. Robuste Exporte von Stahlerzeugnissen sowie reduzierte Lagerstände sorgten in der Folge aber für anziehenden Rohstoffbedarf, der insbesondere von weit entfernten Produzenten bedient wurde. Ein Übriges

taten gute Getreideernten, das starke Wachstum des Bauxithandels und die anhaltende Disruption im Roten Meer, sodass die Charrerraten vor allem der großen Schiffe zum Jahresende kräftig zulegen konnten. Die Secondhandpreise hielten sich auf deutlich überdurchschnittlichem Niveau.

Öltanker konnten nach einem leichten Rücksetzer zu Jahresbeginn bis einschließlich August ihr Marktniveau behaupten. Dabei unterstützten weiterhin die durch westliche Sanktionen gegenüber Russland verschobenen Handelsmuster und auch die Störung der Passage des Roten Meeres, die jeweils die durchschnittlichen Transportdistanzen spürbar verlängert haben. In den letzten Monaten des Jahres zeigten die Maßnahmen der OPEC+ Wirkung, die ihre Rohölförderung deutlich ausgeweitet hat. Für Gegenwind sorgte hingegen das beschleunigte Flottenwachstum der Produktentanker.

Im Jahr 2025 setzte sich die Erholung der **globalen Luftfahrtbranche** fort. Das Passagieraufkommen stieg weiter an und erreichte neue Rekordwerte, auch wenn geopolitische Spannungen und ein nachlassendes Konsumentenvertrauen dämpfend wirken. Die Marktwerte gebrauchter Flugzeuge blieben stabil oder legten leicht zu.

Project Finance

Das **Projektfinanzierungsvolumen** legte 2025 in Europa (auf US-Dollar-Basis) im Vergleich zum Vorjahr mit einem Anstieg um 29 % kräftig zu, wobei in Deutschland das Niveau des Vorjahres sogar um 36 % übertroffen wurde. Dabei verzeichnete der Energiesektor sowohl die meisten Transaktionen als auch das mit Abstand größte Transaktionsvolumen. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur – insbesondere Glasfasernetze – setzte sich im Berichtsjahr in Deutschland und Europa verstärkt fort: In Deutschland ist der Glasfasernetz-Ausbau zwar messbar vorangekommen, aber die „letzte Meile“ und die Aktivierung der Kund:innen sind nach wie vor kritische Engpässe. Gleichzeitig wuchs der deutsche Datenzentren-Markt deutlich, insbesondere in Ballungsräumen wie Frankfurt stieg die Kapazität um etwa 20 % gegenüber dem Vorjahr. Europaweit beschleunigte die KI-Nachfrage die Auslastung; Leerstände sanken auf unter 10 % und Engpässe bei Stromnetzen sowie steigende Preise prägten den Markt.

Der Ausbau der **erneuerbaren Energien** ist im Jahr 2025 sowohl in Europa insgesamt als auch in Deutschland weiter vorangeschritten, wobei die Wachstumsdynamik bei der Windenergie besonders in Deutschland auffällig war: Bezogen auf die installierte (Brutto-)Leistung lag der Windenergie-Zubau in Deutschland bei 5.232 Megawatt und damit 58 % über dem Niveau des Vorjahres; es war das zweitbeste Zubaujahr der bundesdeutschen Historie und ein Allzeithoch bei der genehmigten Windenergieleistung. Hingegen hat sich der Ausbau im Solarsegment 2025 sowohl in Europa als auch in Deutschland rückläufig entwickelt. So ist die installierte Gesamtleistung in der EU – nach Schätzungen von Solar Power Europe – zum ersten Mal in den letzten zehn Jahren gesunken (um 0,7 %). In Deutschland stieg zwar die Gesamtleistung, aber der Solar-Zubau entwickelte sich mit einem (Netto-)Zubau von rund 16,4 Gigawatt leicht schwächer als im Vorjahr.

Corporates

Die **deutsche Wirtschaft** hatte im Jahr 2025 insbesondere mit der handelspolitischen Unsicherheit (US-Zollpolitik) zu kämpfen und musste sich weiterhin an die sich ändernden strukturellen Rahmenbedingungen anpassen (u. a. hohes Energiekostenniveau, wachsende Konkurrenz, grüne Transformation, Demografie). Das Verarbeitende Gewerbe entwickelte sich 2025 etwas weniger schwach: Das Produktionsvolumen wies (kalender- und saisonbereinigt) einen etwas geringeren Rückgang (-1,3 %) als im Vorjahr auf, in dem das Produktionsvolumen bereits um 3,3 % gefallen war. Die deutsche Industrie profitierte zum Jahresanfang von vorgezogenen Käufen der US-Importeure zur Vermeidung der Belastung aus höheren Zöllen. Ab April gingen die Konjunkturindikatoren jedoch spürbar zurück und zeigten sich in einzelnen Branchen erst in der zweiten Jahreshälfte freundlicher.

In **Europas** Volkswirtschaften zeigte sich im Laufe des Jahres 2025 eine Fortsetzung der allmählichen Erholung und des vorsichtigen Aufwärtstrends (BIP-Zunahme der EU-Staaten insgesamt im dritten Quartal um 1,6 % im Vergleich zum Vorjahresquartal). Der Jahresanfang war vor allem vom Dienstleistungssektor getragen und zudem gestützt durch Vorzieheffekte im Außenhandel im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik. Die Verbesserung der Kreditbedingungen durch die vier Zinssenkungen der EZB in der ersten Jahreshälfte sorgte für eine weitere Aufhellung, zumal der andauernde Impuls durch die EU-Aufbau- und Resilienzfazilität und andere EU-Fonds sowie Rüstungsvorhaben die öffentlichen Investitionen stärkten. Die Unsicherheit durch geopolitische Spannungen und die US-Zollpolitik wirkte diesem positiven Trend entgegen, sodass die konjunkturelle Dynamik

eher verhalten blieb. Allerdings konnte nach einem EU-USA-Gipfel im Juli 2025 ein Abkommen mit niedrigeren US-Zöllen für EU-Ausfuhren erreicht werden, was zu etwas mehr handelspolitischer Berechenbarkeit führte.

Die im Jahr 2025 stark von der US-Zollpolitik geprägte **US-Wirtschaft** hat auf Gesamtjahressicht eine bemerkenswerte wirtschaftliche Resilienz bewiesen. Der Industrieproduktionsindex zeigte eine gemischte Entwicklung mit Phasen der Kontraktion, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe der USA, beeinflusst durch die wirtschaftlichen Unsicherheiten und das neue Zollregime, aber auch durch stärker als erwartete Zuwächse gegen Jahresende. Die Unternehmen des Dienstleistungssektors verzeichneten 2025 trotz der allgemeinen Konjunkturabschwächung ein solides Wachstum, angetrieben durch robuste Konsumausgaben, technologische Innovationen (insbesondere im Bereich der KI) und eine hohe Nachfrage nach spezialisierten Dienstleistungen.

Bankenumfeld

Das Marktumfeld für europäische Banken wies im Geschäftsjahr 2025 für die Institute sowohl positive als auch negative Aspekte auf, wobei erstgenannte im Jahresverlauf überwogen. Belastungsfaktoren waren die anhaltend hohen geopolitischen Unsicherheiten (v. a. Ukraine, Naher Osten) sowie – neu hinzutretend – die Sorge um eine Ausweitung der Handelskonflikte. Letztere erreichte ihren Höhepunkt Anfang April, als es am sogenannten „Liberation Day“ zur Ankündigung signifikanter Zollerhöhungen durch die US-Administration kam und in deren Folge zu einem Vertrauensschock der Marktakteur:innen und kurzfristigen Einbrüchen an den globalen Aktien- und Anleihemärkten. Im weiteren Jahresverlauf hellte sich die Stimmung an den Kapitalmärkten jedoch spürbar auf. Ursächlich für den mit einer breiten Markterholung einhergehenden Stimmungsumschwung war unter anderem, dass die rigide Zollrhetorik eher als kurzfristiger Schock und nicht als dauerhafte Realität interpretiert wurde. So setzte die US-Regierung zeitnah nach dem Liberation Day zur Beruhigung der Märkte die Zölle für 90 Tage aus und es kam zu bilateralen Handelsvereinbarungen zwischen wichtigen Volkswirtschaften/ Wirtschaftszonen. Die im Gesamtjahr 2025 stark gestiegenen Börsennotierungen der europäischen Banken, die auch von einzelnen Übernahmespekulationen, soliden Dividendenzahlungen und Aktienrückkäufen profitierten, spiegelten das insgesamt positive Marktsentiment wider, was sicherlich auch die Resilienz des Bankensektors insgesamt reflektiert.

Mit Blick auf die Entwicklung der Profitabilität von Banken ist grundsätzlich davon auszugehen, dass der Zinsüberschuss von Banken im Jahr 2025 etwas weniger von den äußeren Rahmenbedingungen profitiert hat als im Vorjahr. Grund dafür ist die Ende 2024 von den Notenbanken eingeleitete Phase der Normalisierung des Zinsumfelds. Diese folgte auf den ab Mitte 2022 zur Bekämpfung der Inflation einsetzenden scharfen Zinsanstieg, der den Zinsüberschüssen von Banken Auftrieb verliehen hatte. Mit der Rückkehr zu moderateren, aber stabileren Zinssätzen hat sich dieser Rückenwind wieder abgeschwächt. Gegenläufig, aber in geringerem Umfang, hat sich positiv auf die Zinsmargen und damit den Zinsüberschuss der Banken ausgewirkt, dass sich die Zinsstrukturkurve 2025 wieder steiler entwickelt hat.

Die Risikokosten der meisten Institute stiegen trotz des volatilen makroökonomischen Umfelds nur leicht an, wobei viele Institute weiterhin auch von den in jüngerer Vergangenheit über (Post-) Model Adjustments/ Overlays gebildeten Vorsorgereserven profitierten. In sektoraler Hinsicht resultierte der Druck auf die Risikokosten und die Assetqualität weiterhin schwerpunktmäßig aus dem gewerblichen Immobiliensektor. Die Bonität im Unternehmenskreditgeschäft zeigte sich trotz des wenig dynamischen Wirtschaftswachstums und des in der Breite beobachtbaren Anstiegs der Unternehmensinsolvenzen vergleichsweise robust. Dabei dürfte es – neben dem in der jüngeren Vergangenheit gestärkten Risikomanagement der Institute – eine Rolle gespielt haben, dass die Ausfälle im Corporates-Umfeld auf einige Sektoren konzentriert waren, die bspw. einen Strukturwandel durchlaufen oder besonders unter den hohen Energiekosten leiden.

Ungebrochen zeigt sich der Trend, dass die Banken zur Aufrechterhaltung einer wettbewerbsfähigen Kostenbasis und damit der Sicherung ihrer nachhaltigen Profitabilität weitere Effizienzsteigerungen mittels digitaler Transformation über Skalierung von KI & Analytik, IT-Modernisierung und forcierter Automatisierung von Prozessen vornehmen müssen.

In regulatorischer Hinsicht stellte die Einführung der CRR III (Capital Requirements Regulation III) einen zentralen Schwerpunkt für die Banken in der Eurozone dar. Die CRR III ist die überarbeitete europäische Kapitalanforderungsverordnung, die seit dem 1. Januar 2025 in der EU gilt. Sie setzt die finalen Basel III-Reformen („Basel III final“ bzw. „Basel IV“) in europäisches Recht um und bringt umfassende Änderungen für Banken mit sich, insbesondere bei der Ermittlung der risikogewichteten Aktiva (RWA) und den Eigenmittelanforderungen. Zu den wesentlichen Novellierungen durch die CRR III zählen insbesondere die Überarbeitung des Kreditrisikostandardansatzes (einschließlich neuer Risikogewichte und detaillierterer Vorgaben für

immobilienbesicherte Forderungen sowie die Nutzung externer Ratings für Bankexposures), Änderungen im F-IRB (Foundation Internal Ratings Based Approach) hinsichtlich der Kreditrisikominderung (LGD) sowie die Einführung des Output-Floors als verbindliche, bis 2030 schrittweise ansteigend ausgestaltete Untergrenze für die Ermittlung der risikogewichteten Aktiva.

Einfluss der Rahmenbedingungen auf das Geschäft der Hamburg Commercial Bank

Die in den vorstehenden Abschnitten dargestellten gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen haben sich auch auf den Geschäftsverlauf der Hamburg Commercial Bank im Geschäftsjahr 2025 ausgewirkt.

Die anhaltend eingetrübte Lage im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung hat unter anderem dazu geführt, dass die HCOB in Verbindung mit ihrem risikobewussten Geschäftsansatz im Segment Real Estate im Berichtsjahr nur auf selektiver Basis Neugeschäft abgeschlossen hat. Zudem waren angesichts der Marktbedingungen im Berichtsjahr weiterhin Neuausfälle im Real Estate-Kreditportfolio der HCOB zu verzeichnen. In der Folge waren auch die Nettozuführungen zur Risikovorsorge erneut vom Segment Real Estate geprägt, insbesondere durch Stufe 3-Zuführungen bei ausgefallenen Finanzierungen von Büroimmobilien in Deutschland. Mit Blick auf das NPL-Volumen konnten die Neuausfälle durch den Abbau bestehender NPLs, im Wesentlichen durch Forderungsverkäufe und Rückführungen nach freihändigen Objektveräußerungen, allerdings in Summe deutlich überkompensiert werden.

Die im ersten Halbjahr zu beobachtende deutliche Abwertung des US-Dollars im Vergleich zum Euro führte in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu einem positiven FX-Ergebnis, welches das Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten im Geschäftsjahr 2025 getragen hat. In einem deutlich geringeren Umfang hat sich der schwächere USD negativ auf den Zinsüberschuss ausgewirkt. Ferner trug die Abwertung des Dollars zur Minderung der Konzernbilanzsumme und der RWA bei.

Die am 1. Januar 2025 erfolgte Einführung des CRR III-Regelwerks hat sich bei der HCOB wie erwartet entlastend auf die Höhe der RWA für Kreditrisiken ausgewirkt. Zentrale Treiber dafür waren Credit Conversion Factor (CCF)-Anpassungen bei Off-Balance-Positionen, geringere regulatorische LGD-Werte für Finanzierungen im Bereich Shipping, Commercial Real Estate und Projektfinanzierungen sowie der Wegfall des Skalierungsfaktors von 1,06 für das IRB-Risikogewicht.

Einzelheiten zur Geschäftsentwicklung und zur Lage der Bank werden in den nachfolgenden Kapiteln erläutert.

Geschäftsverlauf – wesentliche Entwicklungen und Ereignisse im Berichtsjahr 2025

Strategische Fokussierung im ersten Halbjahr beschlossen – Strategieanpassungen zum Jahresende implementiert

Das Geschäftsjahr 2025 war maßgeblich durch die im ersten Halbjahr initiierte strategische Fokussierung geprägt. Zu den wesentlichen Eckpfeilern der Strategieanpassung verweisen wir auf die Ausführungen im Abschnitt „Ziele und Strategien“ des vorigen Kapitels „Grundlagen des Konzerns“. Die Strategieanpassungen haben sich im Geschäftsverlauf des Berichtsjahres in vielen Dimensionen niedergeschlagen, unter anderem in der Entwicklung der Neugeschäftsstruktur, im Rückgang der Konzernbilanzsumme, in der Entwicklung der RWA sowie in Form von Einmaleffekten in der Ertragslage.

Die HCOB ist den sich aus den Strategieanpassungen ergebenden Implementierungsbedarf durch die Aufsetzung eines internen Projekts, das die strategischen Veränderungen gesamthaft koordiniert und unterstützt hat, zeitnah und konsequent angegangen. Bereits zum Berichtultimo wurden alle strategischen Initiativen erfolgreich umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht, sodass das Projekt zum Jahresende 2025 abgeschlossen werden konnte und die noch offenen Aufgaben in die Geschäftsorganisation übertragen wurden. Die wesentlichen Erfolge betreffen folgende Aspekte:

- die im Vergleich zur Neugeschäftsplanung von Mitte 2025 über den Erwartungen liegende Entwicklung des Neugeschäfts in den Kerngeschäftsfeldern,
- die erfolgreiche Veräußerung des Aviation-Portfolios,
- den schneller als erwartet voranschreitenden und wertschonenden Abbau in den übrigen nicht mehr zum Kerngeschäft gehörenden Geschäftsfeldern,
- den Umsetzungsstand beim Personalabbau sowie
- die Entwicklung einer eigenen Plattform für Retaileinlagen, deren Go-live für das Ende des ersten Quartals 2026 vorgesehen ist.

Die vorgenannten Aspekte werden in den folgenden Abschnitten, ergänzt um weitere wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr, näher erläutert:

Neugeschäft konzentriert auf die europäischen Franchise-Kund:innen – Margenentwicklung im Rahmen der Erwartungen – Prolongationen unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums

Im Einklang mit der strategischen Fokussierung konzentrierte sich das Neugeschäft auf die europäischen Franchise-Kund:innen in den Kerngeschäftsfeldern der HCOB. In einem wettbewerbsintensiven Marktumfeld konnte die HCOB im Gesamtjahr 2025 ein Brutto-Neugeschäftsvolumen (ohne Prolongationen bestehender Kreditfazilitäten) von insgesamt 5,0 Mrd. € kontrahieren. Durch die bewusst vorgenommene Einstellung des Neugeschäfts in den nicht mehr fortzuführenden Geschäftsbereichen (International Real Estate, Aviation sowie weite Teile des dem Segment Corporates zugeordneten Bereichs Structured Portfolio Finance) lag das Neugeschäftsvolumen insgesamt unter dem Wert von 2024 (6,1 Mrd. €). In Bezug auf die Kerngeschäftsfelder lag das Neugeschäft mit insgesamt 4,9 Mrd. € auf dem Niveau des Vorjahres. Im Project Finance sowie im Geschäft mit nationalen Unternehmenskunden lagen die Abschlüsse spürbar über dem Niveau der Vergleichsperiode, während das Neugeschäft im nationalen Real Estate verhalten ausfiel. Die Neugeschäftsrentabilität, gemessen am RoE nach Steuern, entsprach assetklassenübergreifend den Erwartungen. Das Volumen der Prolongationen lag infolge geringer Prolongationen bei Immobilienkunden unter dem Niveau von 2024. Weitere Informationen zur Neugeschäftsentwicklung in den einzelnen Lending Units sind dem Abschnitt „Segmentergebnisse“ zu entnehmen.

Veräußerung des Aviation-Kreditportfolios

Am Ende eines mehrstufigen Bieterverfahrens, das auf ein breites Marktinteresse stieß, hat die HCOB im Oktober 2025 eine Vereinbarung über den Verkauf ihres Aviation-Kreditportfolios an die Deutsche Bank getroffen. Das Closing der Transaktion fand Ende Oktober 2025 statt. Das veräußerte Portfolio umfasste ausschließlich performende Kredite mit einem Gesamtvolumen von circa 450 Mio. US-Dollar. Die im Zusammenhang mit der eingestellten Luftfahrt-Finanzierung erfolgte Transaktion, die positiv zum Gesamtertrag des Berichtsjahres beitrug, stellte einen wichtigen Meilenstein innerhalb der vorgesehenen Divestment-Aktivitäten dar.

Bilanzsumme um 15 % geringer – Rückgang entfällt auf Kundenforderungen als Folge der strategischen Fokussierung – Refinanzierungsbedarf entsprechend niedriger

Die Konzernbilanzsumme reduzierte sich in den vergangenen zwölf Monaten um rund 15 % von 33,6 Mrd. € auf 28,6 Mrd. € deutlich. Der Rückgang entfällt vor allem auf die Kundenforderungen, die um 17 % von 20,6 Mrd. € auf 17,0 Mrd. € abnahmen. Maßgeblich hierfür waren die Fokussierung des Neugeschäfts auf die Kerngeschäftsfelder, der schneller als erwartet voranschreitende Abbau der Non-Strategic Assets (einschließlich des vorgenannten Verkaufs des Aviation-Portfolios) sowie ein weiterhin vorsichtiger Geschäftsansatz im nationalen Real Estate. Zudem haben sich der schwächere US-Dollar sowie das hohe Tilgungsniveau im Zuge der am Markt teilweise zu beobachtenden Überschussliquidität buchwertmindernd ausgewirkt. Auf der Passivseite schlug sich der niedrigere Refinanzierungsbedarf in einem Rückgang der Kundeneinlagen, die in den letzten Jahren stark gewachsen waren, sowie der Einlagen von Kreditinstituten und der Verbrieften Verbindlichkeiten nieder. Im Einklang mit der Fundingstrategie nahm das Volumen der Retaileinlagen, generiert über die Plattform des Drittanbieters „Raisin“, hingegen zu.

Umsetzung des Personalabbaus

Zur Anpassung der Kostenbasis der Bank an die mit der Franchise-Fokussierung verbundene Reduzierung des Geschäftsvolumens wurde im ersten Halbjahr 2025 ein Personalabbau beschlossen. Dieser beinhaltet – ausgehend von der bisherigen Personalplanung – eine Reduktion der Anzahl der Mitarbeitenden im Konzern bis Ende 2027 um 190 Vollzeitkräfte (VAK) auf die Zielgröße von rund 730 VAK. Wie bereits im Halbjahresfinanzbericht erwähnt, konnte nach konstruktiven Verhandlungen mit den Interessenvertretungen schon im Juni 2025 ein Interessenausgleich und Sozialplan verabschiedet werden.

Auf dieser Basis wurden im zweiten Halbjahr bis zum Berichtstultimo mit Mitarbeitenden vertragliche Vereinbarungen zum Ausscheiden getroffen, die in Summe circa 80 % des beschlossenen Personalabbaus ausmachen. Zum 31. Dezember 2025 waren im Konzern noch 868 VAK (31. Dezember 2024: 934 VAK, Zahlen jeweils inkl. Vorstand) beschäftigt. Die weiteren Personalabgänge erfolgen sukzessive in den Jahren 2026 und 2027, vereinzelt noch im ersten Quartal 2028. Die mit dem Personalabbau voraussichtlich verbundenen Kosten sind vollständig im Konzernabschluss verarbeitet.

Aufbau eigener Retail-Plattform

Im Rahmen ihrer angepassten Fundingstrategie hat die HCOB eine neue Initiative im Privatkundeneinlagengeschäft gestartet. Ziel dieser Initiative war die Entwicklung einer eigenen Online-Plattform, über die Privatkund:innen, zunächst in Deutschland, direkt Einlagenkonten bei der Bank eröffnen können. Mittels dieser Fundingplattform soll das im Jahr 2024 aufgebaute indirekte Einlagengeschäft über die internetbasierte Plattform von „Raisin“ ergänzt werden.

Im zweiten Halbjahr 2025 wurde die Entwicklung dieser Plattform, die in Zusammenarbeit mit einem etablierten Online-Broker erfolgte, weit vorangetrieben, sodass die Markteinführung unter dem Namen „Hamburg Direct Bank“ für das erste Quartal 2026 vorgesehen ist.

Profitabilität: Solide operative Geschäftsentwicklung – Strategische Fokussierung zeigt sich bedingt durch Volumensreduktion im Zinsüberschuss sowie aufgrund von Einmaleffekten im Verwaltungsaufwand und den Ertragsteuern

Die Ertragslage war von einer soliden operativen Geschäftsentwicklung sowie einem, von positiven Einmaleffekten profitierenden, im Vorjahresvergleich verbesserten Sonstigen betrieblichen Ergebnis gekennzeichnet und stand darüber hinaus im Zeichen der strategischen Geschäftsanpassungen.

Der mit der Strategieanpassung zwangsläufig verbundene Rückgang des Bilanzvolumens (siehe oben) hat sich im Zinsüberschuss niedergeschlagen, der bei einer Nettozinsmarge (NIM) im Konzern von 217 Basispunkten (Vorjahr: 234 Basispunkte) 11 % unter dem Vorjahresniveau lag. Infolgedessen ging der Gesamtertrag trotz eines verbesserten FVPL-Ergebnisses um 5 % zurück. Zudem ergaben sich aus den strategischen Geschäftsanpassungen im Geschäftsjahr 2025 zwei weitere wesentliche Belastungen für die Ertragslage in Form von Einmaleffekten: Zum einen haben sich die Kosten des Personalabbaus spürbar negativ auf den Verwaltungsaufwand ausgewirkt. Zum anderen fielen die Ertragsteuern durch die erforderliche Vornahme von Neubewertungen aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge substantiell höher aus als in der Vergleichsperiode. Letzteres führte dazu, dass sich das Konzernergebnis im Geschäftsjahr 2025 – trotz eines infolge eines verbesserten Sonstigen betrieblichen Ergebnisses gestiegenen Vorsteuerergebnisses – auf

165 Mio. € (Vorjahr: 228 Mio. €) reduzierte. Detailliertere Informationen zur Entwicklung der Ertragslage enthält dieser Wirtschaftsbericht in den Abschnitten zur „Konzernentwicklung“ und zur „Ertragslage“.

Normalisierung der Kapitalausstattung: Vorstand und Aufsichtsrat der HCOB AG schlagen der Hauptversammlung vor, den HGB-Bilanzgewinn 2025 in Höhe von 1.256 Mio. € als Dividende auszuschütten

Im Rahmen der angepassten Unternehmensstrategie „Franchise Fokus“ wurde im Juni 2025 auch die Ausschüttungspolitik durch den Vorstand erneut überprüft. Demnach strebt die Bank an, ihre Kapitalpuffer weiter zu normalisieren, zunächst auf das Level einer CET1-Kapitalisierung zum Jahresende 2025 von 16,5 %, bei gleichzeitiger Reduktion des Kredit- und Liquiditätsrisikos durch den Abbau der nicht strategiekonformen Geschäftsaktivitäten wie im aktuellen Unternehmensplan zugrunde gelegt. Die Normalisierung dieser Kapitalpuffer soll im Wege der Ausschüttung des HGB-Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2025 an die Aktionär:innen der HCOB AG im Jahr 2026 erfolgen.

Die HCOB AG weist im Jahresabschluss nach HGB für das Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss in Höhe von 998 Mio. € aus. Zudem haben Vorstand und Aufsichtsrat der HCOB AG einen Betrag in Höhe von 257 Mio. € aus den anderen Gewinnrücklagen entnommen, sodass sich ein HGB-Bilanzgewinn in Höhe von rund 1.256 Mio. € ergab. Wesentlicher Treiber für den im Vergleich zum IFRS-Konzernergebnis sehr hohen HGB-Jahresüberschuss sind die vorgenommenen Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 750 Mio. €. Für detailliertere Informationen zur Ertragslage nach HGB verweisen wir auf das Kapitel „Erläuterungen zum Jahresabschluss der Hamburg Commercial Bank AG nach HGB“ innerhalb dieses zusammengefassten Lageberichts.

Im Einklang mit der im Berichtsjahr verabschiedeten Ausschüttungspolitik schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der für März 2026 avisierten Hauptversammlung vor, den HGB-Bilanzgewinn für Dividendenzahlungen in Höhe von 1.256 Mio. € (entspricht rund 4,16 € je Aktie) zu verwenden.

Risiko: NPL-Volumen trotz Neuausfällen durch stringente Umsetzung des NPL-Abbauplans um 17 % gesunken – NPL-Quote stabil

Die Entwicklung der NPL-Quote war wie Ende 2024 prognostiziert auch im abgelaufenen Geschäftsjahr maßgeblich von den anhaltend herausfordernden Rahmenbedingungen auf dem gewerblichen Immobilienmarkt geprägt. Entsprechend waren im Berichtsjahr weiterhin Neuausfälle im Real Estate-Kreditportfolio der HCOB zu verzeichnen. Das Volumen dieser Neuausfälle konnte aber durch den Abbau bestehender NPLs im Segment Real Estate deutlich überkompensiert werden. Zudem wirkte sich auch der Rückgang des NPL-Volumens im Segment Project Finance positiv aus, sodass das NPL-Volumen auf Konzernebene zum Berichtsstichtag um 17 % auf insgesamt 540 Mio. € sank (31. Dezember 2024: 650 Mio. €). Da der Rückgang des NPL-Bestands proportional zum Rückgang des Forderungsvolumens ausfiel, blieb die NPL-Quote zum 31. Dezember 2025 mit 3,3 % stabil zum Vorjahr (31. Dezember 2024: 3,3 %).

Moderate Emissionstätigkeit am Kapitalmarkt

Der entsprechend der rückläufigen Bilanzentwicklung vergleichsweise moderate Refinanzierungsbedarf hat dazu geführt, dass die Bank ihre Emissionstätigkeit am Kapitalmarkt im Berichtsjahr auf eine Benchmark-Transaktion beschränkt hat. So wurde im Januar 2025 eine Senior Preferred-Anleihe in Höhe von 500 Mio. € erfolgreich am Kapitalmarkt platziert, die im Juli in Ausnutzung eines aus Sicht der Bank sehr günstigen Marktumfelds um 250 Mio. € aufgestockt worden ist. Die Anleihe, die von Moody's mit „A3“ geratet wurde, hat eine Laufzeit von fünf Jahren und wurde mehrheitlich von Investor:innen in Deutschland, Großbritannien/Irland und Frankreich gezeichnet. Die starke Überzeichnung der Anleihe führte zu einem für die Bank attraktiven Pricing und reflektiert erneut das hohe Investorenvertrauen in die Bank. Mit der vorgenannten Anleihe hat die Hamburg Commercial Bank ihr langfristiges Funding weiter gestärkt und insbesondere ihre internationale Investorenbasis verbreitert. Weitere Refinanzierungsmittel wurden über Privatplatzierungen aufgenommen, einschließlich einer variabel verzinslichen Anleihe über 300 Mio. € mit 2-jähriger Laufzeit.

Ende des ersten Halbjahres hat die Bank ein Tender Offer auf eine ausstehende Benchmark-Anleihe im Senior Non-Preferred-Format durchgeführt, das mit einer Rücknahmequote von über 50 % sehr erfolgreich war. Zweck der Transaktion ist unter anderem die Steuerung des Liquiditätsprofils und den Investor:innen die Möglichkeit zu geben, ihre Bestände an den Anleihen zu den aktuellen Marktbedingungen zu veräußern.

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Bedeutsamste Steuerungskennzahlen des Konzerns

(%)	Ist 2024	Prognose für 2025 (aus Lagebericht 2024)	Prognose für 2025 ¹⁾ (zum 30. Juni 2025 aktualisiert)	Ist 2025
RoE nach Steuern @equity ²⁾	6,2	>7 bei einem Ergebnis vor Steuern von >300 Mio. €	~3 bei einem Ergebnis vor Steuern von ~250 Mio. €	4,5
CIR ³⁾	50	<45	<50	48
NPL-Quote	3,3	~3	~3,2	3,3
CET1-Quote	17,3 ⁴⁾	~17	16	16,5 ⁵⁾
LCR	216	>180	>180	204

¹⁾ Für den RoE nach Steuern, die CIR, die NPL-Quote sowie die CET1-Quote wurden die Prognosen zum 30. Juni 2025 angepasst. In der vorstehenden Spalte werden die im Lagebericht 2024 veröffentlichten ursprünglichen Prognosen dargestellt.

²⁾ Der RoE nach Steuern @equity basiert auf dem bilanziellen EK zum Jahresbeginn abzüglich der vorgeschlagenen Dividende.

³⁾ Die um die Einmaleffekte bereinigte CIR beträgt für das Geschäftsjahr 2025 43 % (2024: 42 %).

⁴⁾ Die 2025 erfolgte Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 2024 (214 Mio. €) wurde mindernd im harten Kernkapital vorab berücksichtigt.

⁵⁾ Die für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagene Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € wurde bereits mindernd im harten Kernkapital berücksichtigt; die Dividendenzahlung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung.

Steuerungskennzahlen aufgrund von negativen Einmaleffekten aus der Strategieanpassung 2025 insgesamt unter der Vorjahresprognose – Halbjahresprognose insgesamt übertroffen

Die Entwicklung der bedeutsamsten Steuerungskennzahlen war im Geschäftsjahr 2025 von weiterhin auf sehr gutem Niveau liegenden Liquiditätsmetriken und einer stabilen NPL-Quote gekennzeichnet sowie in hohem Maße durch die im ersten Halbjahr beschlossene Strategieanpassung beeinflusst. So führte die strategische Fokussierung neben volumenbedingten Auswirkungen auf die Ertragsbasis im Geschäftsjahr 2025 zu deutlichen Belastungen durch Einmaleffekte in den Ergebnispositionen Verwaltungsaufwand und den Ertragsteuern, wodurch die Steuerungskennzahlen RoE nach Steuern und CIR merklich beeinträchtigt wurden. Infolgedessen hatte die Bank bereits im Halbjahresfinanzbericht 2025 die Prognosen für den RoE nach Steuern (von >7 % auf ~3 %) und für die CIR (von <45 % auf <50 %) angepasst. Zudem hatte die Bank zum Halbjahr ihre Zielgröße für die Kapitalausstattung von ~17 % auf mindestens 16 % nach unten angepasst, um dem als Folge der Strategieanpassung risikoärmeren Geschäftsmodell Rechnung zu tragen. Zum Jahresende 2025 wurden diese per Halbjahr angepassten Prognosen vollständig übertroffen. Der RoE nach Steuern@equity lag mit 4,5 % oberhalb der angepassten Prognose von ~3 %. Ausschlaggebend hierfür war, dass das Sonstige betriebliche Ergebnis höher und die Verwaltungskosten sowie die Ertragsteuern geringer ausfielen als zur Jahresmitte 2025 angenommen. Während sich im Sonstigen betrieblichen Ergebnis in der zweiten Jahreshälfte insbesondere Einmaleffekte in Form von periodenfremden Erträgen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung niederschlugen, profitierte der Verwaltungsaufwand von geringer als erwarteten Sachaufwendungen (sowohl im laufenden Betrieb als auch bei Projektkosten). Der im Vergleich zur Halbjahresprognose geringer als erwartet ausgefallene Ertragsteueraufwand basiert im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die im Dezember 2025 erfolgte Aktualisierung der Mehrjahresplanung eine umfangsmäßig höhere Nutzbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge als die Halbjahresplanung unterstellt. Die oben genannten Entwicklungen im Sonstigen betrieblichen Ergebnis sowie im Verwaltungsaufwand führten auch dazu, dass die Bank ihre zum Halbjahr aktualisierte Prognose für die CIR (<50 %) mit 48 % leicht übertroffen hat.

Nachstehend wird im Einklang mit DRS 20.57 die Entwicklung der bedeutsamsten Steuerungskennzahlen mit der Vorjahresprognose verglichen. Gemessen an letzterer lagen die Steuerungskennzahlen im Geschäftsjahr 2025 aufgrund der temporären Auswirkungen aus der Strategieanpassung in der Gesamtschau insgesamt unter den Erwartungen. Im Einzelnen sind insbesondere folgende Aspekte hervorzuheben:

- Das Konzernergebnis (Ergebnis nach Steuern) belief sich auf 165 Mio. € (Vorjahr: 228 Mio. €) und führte zu einem **RoE nach Steuern @equity** von 4,5 % (Vorjahr: 6,2 %). Damit lag die Rentabilitätskennziffer deutlich unter der ursprünglichen Prognose, die für das Gesamtjahr 2025 einen RoE von >7 % vorsah. Ursächlich für die Unterschreitung der Vorjahresprognose waren im Wesentlichen die folgenden Aspekte, die primär aus der im Berichtsjahr vorgenommenen Strategieveränderung resultieren: Im Gesamtertrag in Höhe von 743 Mio. € wirkte sich ab der zweiten Jahreshälfte das bewusst verringerte Geschäftsvolumen dämpfend auf den Zinsüberschuss aus, sodass dieser unter der Vorjahresprognose blieb. Der operativ unter den Planwerten liegende Verwaltungsaufwand wurde durch einen Einmaleffekt in Form von Abfindungen im Zuge einvernehmlicher Auflösungen von Arbeitsverhältnissen von insgesamt 50 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €) spürbar belastet, sodass er mit 378 Mio. € höher ausfiel als im Vorjahr prognostiziert. Teilweise kompensierend wirkte das von periodenfremden Erträgen (Einmaleffekte) in Höhe von insgesamt 25 Mio. € profitierende und demzufolge über Plan liegende Sonstige betriebliche Ergebnis. Aufgrund der vorgenannten Faktoren blieb das Ergebnis vor Steuern bei einer soliden operativen Geschäftsentwicklung mit 289 Mio. € unterhalb der ursprünglichen Prognose von >300 Mio. €. Substanziell belastend auf das Konzernergebnis/den RoE nach Steuern wirkte sich ferner aus, dass im Zuge der Aktualisierung der Unternehmensplanung und aufgrund zukünftig geringerer Steuersätze Bewertungsanpassungen bei latenten Steuern vorgenommen werden mussten. In der Folge lagen die Ertragsteuern mit 124 Mio. € deutlich über dem ursprünglichen Prognosewert. Zu den einzelnen weiteren Treibern für die Entwicklung der GuV-Positionen verweisen wir auf die Ausführungen im nächsten Abschnitt dieses Kapitels, dem Abschnitt „Ertragslage“.
- Zum 31. Dezember 2025 betrug die **CIR** 48 % (31. Dezember 2024: 50 %) und lag damit oberhalb der Vorjahresprognose (<45 %). Ausschlaggebend für die Überschreitung der Vorjahresprognose waren der im Zuge der strategischen Geschäftsanpassungen geringere Gesamtertrag sowie der oben genannte negative Einmaleffekt im Verwaltungsaufwand. Bereinigt um den negativen Einmaleffekt (50 Mio. €) sowie positive Einmaleffekte im Sonstigen betrieblichen Ergebnis (25 Mio. €) hätte sich trotz der geringeren Ertragsbasis eine CIR von 43 % ergeben, was die Vorjahresprognose (<45 %) erfüllt hätte.
- Trotz der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen auf den gewerblichen Immobilienmärkten konnte die nach FINREP ermittelte **NPL-Quote** im Berichtszeitraum mit 3,3 % (31. Dezember 2024: 3,3 %) stabil gehalten werden. Diese liegt oberhalb der Vorjahresprognose (3,0 %). Das NPL-Volumen konnte um 110 Mio. € auf 540 Mio. € (31. Dezember 2024: 650 Mio. €) und damit proportional zum Rückgang des relevanten Forderungsbestands reduziert werden. Ausschlaggebend dafür war, dass die HCOB im Berichtszeitraum durch ihren konsequent umgesetzten NPL-Abbauplan – überwiegend durch Verkäufe – in einem höheren Umfang NPLs abbauen konnte, als durch Neuausfälle hinzukamen. Sowohl die Abbauten als auch die Neuausfälle entfielen überwiegend auf das Immobilienkreditportfolio.
- Die **CET1-Quote** hat sich gegenüber dem Vorjahresresultimo (17,3 %) reduziert und belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 16,5 % und liegt damit im Einklang mit der aktualisierten Ausschüttungspolitik unterhalb des ursprünglichen Prognosewerts von ~17 %. Ursächlich für den Rückgang der CET1-Quote war, dass sich das harte Kernkapital im Zuge der vorgeschlagenen und bereits freiwillig in der Quote berücksichtigten Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € von 3,2 Mrd. € auf 2,2 Mrd. € reduziert hat. Gegenläufig verminderten sich im Berichtszeitraum auch die aggregierten RWA deutlich. Diese sanken zum 31. Dezember 2025 insbesondere durch geringere RWA für Kreditrisiken auf 13,1 Mrd. € (31. Dezember 2024: 18,2 Mrd. €). Die wesentlichen Treiber waren hierbei das geringere Geschäftsvolumen in Verbindung mit dem Abbau des nicht strategischen Geschäfts und damit einer veränderten Portfoliostruktur (z. B. Verkauf Aviation, geringere Volumina im internationalen Real Estate) sowie die Erstanwendung des CRR III-Regelwerks (siehe Abschnitt zu den Rahmenbedingungen). Auch die Abwertung des US-Dollars trug moderat zum Rückgang der RWA für Kreditrisiken bei.
- Die Liquiditätsposition wurde im Berichtsjahr angesichts des von globaler Unsicherheit (u.a. US-Zollpolitik) geprägten Marktumfelds konservativ gesteuert. So erreichte die Liquiditätsdeckungsquote **LCR**, mit der die Widerstandskraft des Liquiditätsrisikoprofils eines Instituts in einem Stressszenario gemessen wird, zum 31. Dezember 2025 einen Wert von 204 %. Mit dieser Ratio, die mehr als das Doppelte der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderung von 100 % beträgt, hat die HCOB ihren Prognosewert für diese Steuerungskennzahl (>180 %) spürbar übertroffen. Der leichte Rückgang der Quote gegenüber dem guten Wert des Vorjahresresultimos (216 %) basiert auf der Tatsache, dass sich die gesamten Nettomittelabflüsse leicht unterproportional zum Liquiditätspuffer reduziert haben.

Auf weitere Einzelheiten, die für den Geschäftsverlauf ursächlich waren, wird nachfolgend in den Abschnitten „Ertragslage“ und „Vermögens- und Finanzlage“ eingegangen. Die Ergebnisentwicklung in den Segmenten wird im Abschnitt „Segmentergebnisse“ dargestellt.

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mio. €)	2025	2024	Veränderung in %
Zinserträge aus AC- und FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten	1.430	1.711	-16
Zinserträge aus sonstigen Finanzinstrumenten	82	98	-16
Zinsaufwendungen	-840	-1.057	-21
Zinsüberschuss	672	752	-11
Provisionsüberschuss	28	26	8
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-3	2	>-100
Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten	26	-7	>100
Ergebnis aus Finanzanlagen	7	7	-
Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten	13	3	>100
Gesamtertrag	743	783	-5
Risikovorsorge	-109	-95	15
Gesamtertrag nach Risikovorsorge	634	688	-8
Verwaltungsaufwand	-378	-350	8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	37	-81	>100
Aufwand für Regulatorik, Einlagensicherung und Bankenverbände	-4	-9	-56
Ergebnis vor Steuern	289	248	17
Ertragsteuern	-124	-20	>100
Konzernergebnis	165	228	-28
Den Hamburg Commercial Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	165	228	-28

Gesamtertrag um 5 % gesunken

Die Hamburg Commercial Bank hat im Geschäftsjahr 2025 einen Gesamtertrag in Höhe von 743 Mio. € erzielt. Damit lag die Ergebnisgröße um 40 Mio. € bzw. 5 % unter dem Niveau des Vorjahres (783 Mio. €). Der Rückgang des Gesamtertrags basiert auf der Entwicklung des Zinsüberschusses, der im Zuge des bewusst verringerten Geschäftsvolumens sowie aufgrund eines Rückgangs der NIM um 80 Mio. € bzw. 11 % geringer ausfiel als 2024. Gegenläufig verbesserte sich das FVPL-Ergebnis, hauptsächlich getragen vom Devisenergebnis aus der FX-Margenabsicherung, um 33 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Zudem trugen die übrigen Positionen des Gesamtertrags, darunter unter anderem der gesteigerte Provisionsüberschuss und das positive Abgangsergebnis AC, um insgesamt 7 Mio. € höher als im Jahr 2024 zum Gesamtertrag bei. Nachfolgend werden die Entwicklungen in den einzelnen wesentlichen Positionen des Gesamtertrags sowie deren Ursachen dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2025 betrug der **Zinsüberschuss** 672 Mio. € und lag damit um 80 Mio. € (11 %) unter dem Wert für den gleichen Vorjahreszeitraum (752 Mio. €). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Zinsüberschuss der Vergleichsperiode noch im Umfang von 21 Mio. € von einem im Treasury erzielten Ergebniseffekt aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen profitiert hatte. Unter Vernachlässigung dieses Effekts hätte der Rückgang des Zinsüberschusses auf Konzernebene nur 8 % betragen.

In den vier kreditnahen Segmenten (Lending Units) fiel der Zinsüberschuss in einem für Banken tendenziell etwas ungünstigeren Zinsumfeld mit insgesamt 618 Mio. € (Vorjahr: 666 Mio. €) um 48 Mio. € geringer aus als in der Vergleichsperiode. Treiber für diesen Rückgang waren das geringere durchschnittliche Segmentvermögen

sowie die moderate Verringerung der Nettozinsmarge, die von 345 Basispunkten auf 330 Basispunkte abnahm. Mit Blick auf die Segmente konzentrierte sich der Rückgang auf Real Estate und Global Transportation. Im Segment Real Estate sank das durchschnittliche Segmentvermögen deutlich, nicht zuletzt durch den Abbau des internationalen Geschäfts sowie das bewusst verhaltene Neugeschäft. Im Segment Global Transportation war eine Margenkompression im Shipping (ausgehend von dem hohen Niveau im Geschäftsjahr 2024) für den Rückgang verantwortlich. Dabei wirkte im Shipping die USD-Schwäche tendenziell belastend auf das Zinsergebnis, mit teilweise gegenläufigen positiven Effekten im FVPL-Ergebnis.

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 28 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €). Die Provisionserträge haben sich mit einem Anstieg um 11 % auf 49 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €) sehr erfreulich entwickelt, insbesondere im Bürgschaftsgeschäft. Die Provisionsaufwendungen (21 Mio. €, Vorjahr: 18 Mio. €) entfallen wie im Vorjahr im Wesentlichen auf die Vergütungen von Portfoliomanager:innen der vollkonsolidierten Kredit-Spezialfonds (Loan Funds) sowie, in geringerem Umfang, auf Vermittlungsprovisionen für den Anbieter der externen Plattform für das Retailfunding. Letztere stiegen im Einklang mit den höheren Volumina.

Das im Vorjahr noch negative **Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten** belief sich auf 26 Mio. € (Vorjahr: -7 Mio. €) und trug damit positiv zum Gesamtertrag bei. Treiber für den Anstieg war das von der Abwertung des USD gegenüber dem Euro geprägte Devisenergebnis (im Wesentlichen aus der FX-Margenabsicherung resultierend), das insbesondere im ersten Halbjahr 2025 deutlich positiv ausfiel, während es im Gesamtjahr 2024 noch negativ war. Das Ergebnis aus FVPL-Assets trug ebenfalls positiv zur Ergebnisposition bei, wenngleich in geringerem Umfang als 2024. Im Berichtsjahr enthielt es vor allem Erträge aus Besserungsscheinen im Zusammenhang mit Altkrediten in den Segmenten Real Estate und Shipping. Im Vorjahr hatte insbesondere die Verengung von Credit Spreads, die 2023 stark gestiegen waren, zu positiven Bewertungsergebnissen bei Wertpapieren geführt.

Zum **Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten** in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) trug die Veräußerung des Aviation-Portfolios positiv bei.

Risikoversorge weiterhin durch Real Estate geprägt

Die Risikoversorge (GuV) belief sich auf insgesamt 109 Mio. € (Vorjahr: 95 Mio. €) und war 2025 weiterhin durch das Segment Real Estate geprägt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich neben dem Segment Real Estate auch aus einem Anstieg der Risikoversorge im Segment Corporates.

In der Ergebnisposition waren im Geschäftsjahr 2025 Nettozuführungen in Höhe von 89 Mio. € (Vorjahr: 66 Mio. €) auf Stufe 3 sowie in Höhe von 23 Mio. € (Vorjahr: 41 Mio. €) auf den Stufen 1 und 2 zu verzeichnen. Das Ergebnis aus sonstigen Veränderungen der Kreditrisikoversorge war mit 3 Mio. € leicht positiv, lag aufgrund geringerer Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen aber unter dem Niveau des Vorjahres (12 Mio. €).

Auf der Stufe 3 entfielen die Nettozuführungen erneut überwiegend auf das Segment Real Estate (58 Mio. €), wenngleich diese leicht geringer ausfielen als im Vorjahr (66 Mio. €). Auf Konzernebene wurde dieser Rückgang dadurch überkompensiert, dass in den im Vorjahr mit Stufe 3-Risikoversorge nahezu unbelasteten Segmenten Corporates und Project Finance 2025 Nettozuführungen in Höhe von 24 Mio. € (Corporates) bzw. 7 Mio. € (Project Finance) zu verzeichnen waren. Die Nettozuführungen im Segment Real Estate entfielen auf ausgefallene Finanzierungen von Büroimmobilien in Deutschland (vor allem bei Objekten mit Entwicklungsbedarf), was auf die anhaltend schwache Nachfrage und gesunkene Marktwerte zurückzuführen war. Hingegen konnte bei zwei ausgefallenen Finanzierungen von Büroimmobilien in den USA eine Nettoauflösung nach Realisierung begrenzter Verluste verzeichnet werden. Während eine dieser US-Finanzierungen erfolgreich restrukturiert wurde, ist die andere durch Forderungsverkauf vollständig abgebaut worden. Im Segment Corporates entfielen die Nettozuführungen primär auf Ausfälle bei über die Loan Funds gehaltenen nordamerikanischen Krediten, während sich die Risikosituation im nationalen Bereich in Summe weitgehend stabil zeigte. Im Segment Project Finance war für eine in der Vergangenheit ausgefallene Finanzierung eines Windparks in Schweden eine Erhöhung der Vorsorge erforderlich.

Auch auf den Stufen 1 und 2 des Risikoversorgemodells entfielen die Nettozuführungen von insgesamt 23 Mio. € (inklusive der Veränderung der Model Overlays) im Wesentlichen auf die Segmente Real Estate (18 Mio. €) und Corporates (12 Mio. €); im Segment Global Transportation (Geschäftsbereich Shipping) konnte gegenläufig eine Nettoauflösung von 8 Mio. € verzeichnet werden. Die Nettozuführungen im Segment Real Estate basieren vorwiegend auf veränderten Risikoparametern und der daraus resultierenden originären Risikoversorge. In Summe übertrafen diese die Verringerung der Model Overlays für immobilien-spezifische Teilportfolios. Im Segment Corporates stammen die Nettozuführungen auf den Stufen 1 und 2 vor allem aus

einem Anstieg der Model Overlays, die aufgrund möglicher konjunktureller Folgewirkungen aus den aktuellen geopolitischen Unsicherheiten sowie der Gefahr von Belastungen durch die etwaige Verschärfung von Handels- und Zollkonflikten gebildet wurden.

Für weitere Details, insbesondere zur Zusammensetzung und Entwicklung der Model Overlays, verweisen wir auf Notes 12 und 22 im Konzernanhang.

Verwaltungsaufwand durch Einmaleffekt bei Personalkosten geprägt – Sachaufwand gesunken

Der Verwaltungsaufwand betrug im Berichtszeitraum 378 Mio. € (Vorjahr: 350 Mio. €) und war von nachstehend erläuterten Einmaleffekt im Personalaufwand in Höhe von 50 Mio. € geprägt. Ohne diesen wären die Verwaltungskosten um rund 6 % geringer ausgefallen als geplant, was die Effektivität des stringenten Kostenmanagements der HCOB unterstreicht.

Der Personalaufwand belief sich auf 217 Mio. € (Vorjahr: 184 Mio. €). Die mit einem Anstieg um 33 Mio. € deutliche Erhöhung ist auf einen Einmaleffekt zurückzuführen. So waren für Abfindungen im Zuge einvernehmlicher Auflösungen von Arbeitsverhältnissen im Berichtsjahr Aufwendungen in Höhe von insgesamt 50 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €) zu verzeichnen. Bereinigt um die vorgenannte Sonderbelastung ist der Personalaufwand im Periodenvergleich nahezu konstant geblieben. Dabei haben sich die reduzierenden Effekte aus den Veränderungen im Personalbestand mit den Auswirkungen aus den tariflichen und außertariflichen Gehaltserhöhungen sowie den im Vorjahresvergleich höheren Aufwendungen für variable Vergütungen in etwa ausgeglichen. Die Einsparungen aus dem zum Stichtag bereits zu circa 80 % kontrahierten Personalabbau werden sich erst sukzessive in den Geschäftsjahren 2026 bis 2028 ergeben.

Der Sachaufwand (einschließlich Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen) lag mit 161 Mio. € um 5 Mio. € unter dem Niveau von 2024, als 166 Mio. € anfielen. Die Sachkosten im laufenden Betrieb (sogenannte „Run the Bank“-Kosten) lagen mit 132 Mio. € (Vorjahr: 133 Mio. €) in etwa auf Vorjahresniveau. Dabei konnten die höheren planmäßigen Abschreibungen auf Software sowie leicht höhere Gebäudekosten durch geringere Aufwendungen in anderen Kostenkategorien, wie z. B. IT-Provider- und Rechtsberatungskosten, kompensiert werden. Der Rückgang des Sachaufwands insgesamt ergibt sich im Wesentlichen aus den auf 29 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €) gesunkenen „Change the Bank“-Kosten (Projektkosten). Diese konnten trotz der im Berichtsjahr angefallenen Aufwendungen für die Implementierung der eigenen Retailplattform sowie die Strategieanpassung „Franchise Fokus“ im Vorjahresvergleich aufgrund geringerer Kosten für IT-Projekte reduziert werden.

Sonstiges betriebliches Ergebnis unterstützt durch periodenfremde Erträge über Plan positiv

Das über Plan liegende positive Sonstige betriebliche Ergebnis belief sich auf 37 Mio. € (Vorjahr: -81 Mio. €), da die Sonstigen betrieblichen Erträge (68 Mio. €) die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (31 Mio. €) überstiegen, und war damit maßgeblich für den Anstieg im Ergebnis vor Steuern gegenüber 2024 verantwortlich. Im Berichtsjahr profitierte das Sonstige betriebliche Ergebnis von positiven Einmaleffekten durch periodenfremde Erträge in Höhe von insgesamt 25 Mio. €. Diese betrafen die Auswirkungen aus der finalen kumulativen Abrechnung des freiwilligen Einlagensicherungsfonds (ESF) des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) für die ersten vier Jahre nach der Aufnahme der HCOB in den ESF (18 Mio. €) sowie Umsatzsteuererstattungen für frühere Veranlagungszeiträume (netto 7 Mio. €). Weitere positive Effekte ergaben sich aus der Auflösung von Rückstellungen.

Für den ESF hatte die Bank eine Einmalzahlung sowie Vorauszahlungen auf die Jahresumlagen für die Kalenderjahre 2022 bis 2025 geleistet und darüber hinaus Rückstellungen gebildet. Als Resultat der finalen kumulativen Abrechnung der ersten vier Mitwirkungsjahre im ESF konnte die Bank die gebildeten Rückstellungen auflösen und eine Erstattung vereinnahmen, was sich im Berichtsjahr in Höhe von insgesamt 18 Mio. € positiv im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewirkt hat.

Im Vorjahr wurde das Sonstige betriebliche Ergebnis durch insgesamt negative Einmaleffekte geprägt. Dabei konnten Belastungen durch Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsrisiken (107 Mio. €) nicht durch Erträge aus einer Earn-out-Vereinbarung (17 Mio. €) kompensiert werden.

Regulatorische Aufwendungen gesunken – keine Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung

Der Aufwand für Regulatorik, Einlagensicherung und Bankenverbände betrug insgesamt 4 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) und beinhaltete im Berichtsjahr Aufwendungen für die Bankenaufsicht. Der Rückgang in der Ergebnisposition ergibt sich im Wesentlichen aus der Tatsache, dass für das Geschäftsjahr 2025 keine

Jahresumlage für den ESF des BdB erhoben worden ist. Im Vorjahr hatte die Bank für den Jahresbeitrag 2024 Aufwendungen (Vorauszahlungen und Zuführungen zu Rückstellungen) erfasst, die wie vorstehend erwähnt im Berichtsjahr erstattet wurden bzw. aufgelöst werden konnten. Wie im Vorjahr wurden auch im Geschäftsjahr 2025 keine Beiträge zur Bankenabgabe erhoben, weil die Zielausstattung des Single Resolution Fund (SRF) erreicht ist.

Ergebnis vor Steuern spürbar über Vorjahresniveau – Ertragsteuern wesentlich durch latenten Steueraufwand belastet

Vor dem Hintergrund der oben genannten Entwicklungen in den einzelnen Positionen belief sich das Ergebnis vor Steuern auf 289 Mio. € und lag damit spürbar über dem Vorjahresniveau (248 Mio. €).

Die Ertragsteuern stiegen hingegen signifikant auf 124 Mio. € an (Vorjahr: 20 Mio. €) und waren von einem Aufwand aus latenten Steuern (104 Mio. €) dominiert. Der Aufwand aus laufenden Steuern betrug 20 Mio. €.

Der latente Steueraufwand setzte sich aus einem Aufwand aus der Auflösung aktiver latenter Steuern auf temporäre Differenzen (28 Mio. €) sowie einem Aufwand aus der Minderung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge (76 Mio. €) zusammen. Die Minderung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge resultiert in Höhe von 22 Mio. € aus der im Dezember 2025 erfolgten Aktualisierung der Mehrjahresplanung, nach der eine im Vergleich zur Vorjahresplanung umfangsmäßig geringere Nutzbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge in den kommenden fünf Geschäftsjahren erwartet wird. In Höhe von 19 Mio. € resultiert der latente Steueraufwand aus der mandatorischen Bewertungsanpassung von latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen an die zukünftig reduzierten Körperschaftsteuersätze in Deutschland. Rechtlicher Hintergrund dafür ist das im zweiten Halbjahr beschlossene Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Positives Konzernergebnis durch Einmaleffekte aus strategischen Geschäftsanpassungen beeinträchtigt

Nach Ertragsteuern wies die Hamburg Commercial Bank für das Geschäftsjahr 2025 ein Konzernergebnis von 165 Mio. € (Vorjahr: 228 Mio. €) aus.

Die Entwicklung der Ertragslage reflektiert zum einen den aus Sicht der Bank zufriedenstellenden operativen Geschäftsverlauf. Zum anderen waren im Verwaltungsaufwand sowie in der Ertragsteuerposition negative Einmaleffekte aus den strategischen Geschäftsanpassungen zu verzeichnen.

Der Gesamtertrag nach Risikovorsorge lag trotz verbesserter FVPL- und Abgangsergebnisse um 54 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres, was primär auf den geringeren Zinsüberschuss als Folge des bewusst reduzierten Geschäftsvolumens sowie in Teilen auf die im Vorjahresvergleich leicht höhere Risikovorsorge zurückzuführen ist. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um 28 Mio. € an, was ausschließlich auf die oben genannten Sonderbelastungen aus Abfindungen zurückzuführen ist. Im Periodenvergleich konnten diese Entwicklungen allerdings durch das deutlich verbesserte Sonstige betriebliche Ergebnis überkompensiert werden (Erhöhung um 118 Mio. €, insbesondere durch den Wegfall von im Vorjahr angefallenen negativen Einmaleffekten aus Rechtsrisiken). Entsprechend lag das Ergebnis vor Steuern mit 289 Mio. € spürbar über dem Wert für das vorige Geschäftsjahr (248 Mio. €).

Ausschlaggebend für den Rückgang des Konzernergebnisses um insgesamt 63 Mio. € war die Tatsache, dass sich die Ertragsteuern deutlich überproportional zum Vorsteuerergebnis und signifikant um 104 Mio. € erhöht haben. Wesentlicher Treiber hierfür waren Neubewertungen von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge, die im Zuge der strategischen Fokussierung im Rahmen der Aktualisierung der Mehrjahresplanung sowie aufgrund bewertungsbedingter Anpassungen an die zukünftig niedrigeren Körperschaftsteuersätze in Deutschland erforderlich waren.

Vermögens- und Finanzlage

Wesentliche Bilanzpositionen

Aktiva

(Mio. €)	2025	2024	Veränderung in %
Barreserve	2.461	3.085	-20
Forderungen an Kreditinstitute	544	714	-24
Forderungen an Kunden	17.004	20.553	-17
Risikovorsorge	-275	-347	-21
Handelsaktiva	151	225	-33
Finanzanlagen	7.856	8.523	-8
Latente Steueransprüche	393	540	-27
Übrige Aktiva	474	339	40
Summe Aktiva	28.608	33.632	-15

Passiva

(Mio. €)	2025	2024	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.416	3.718	-35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.483	15.020	-10
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.250	9.128	-21
Handelspassiva	102	309	-67
Rückstellungen	328	374	-12
Nachrangkapital	895	925	-3
Eigenkapital	3.957	3.892	2
Übrige Passiva	177	266	-33
Summe Passiva	28.608	33.632	-15

Konzernbilanzsumme um 15 % gesunken

Die Konzernbilanzsumme belief sich zum Jahresende 2025 auf 28.608 Mio. € und lag damit 15 % (rund 5,0 Mrd. €) unter dem Niveau vom 31. Dezember 2024 (33.632 Mio. €). Auf der Aktivseite entfiel der Bilanzrückgang zum weit überwiegenden Teil auf die Forderungen an Kunden (-3,5 Mrd. €), aber auch die Finanzanlagen (-0,7 Mrd. €) und die Barreserve (-0,6 Mrd. €) nahmen im Vergleich zum Berichtsstichtag des Vorjahres ab. Auf der Passivseite spiegelte sich der entsprechend geringere Refinanzierungsbedarf vor allem im Rückgang der Verbrieften Verbindlichkeiten (-1,9 Mrd. €), der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (-1,5 Mrd. €) sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-1,3 Mrd. €) wider. Im Einzelnen haben sich die folgenden Entwicklungen ergeben:

Das Niveau der Barreserve sowie der Forderungen an Kreditinstitute wurde im Rahmen der Liquiditätssteuerung an das geringere Bilanzvolumen angepasst. Demzufolge dotierten diese Bilanzpositionen zum Berichtsstichtag niedriger als zum 31. Dezember 2024.

Die Entwicklung der Forderungen an Kunden war geprägt von den strategischen Geschäftsanpassungen und der damit verbundenen Fokussierung auf die Franchise-Portfolios sowie den Divestmentaktivitäten für die Non-Strategic Assets. Entsprechend haben sich die Forderungsbestände im internationalen Immobiliengeschäft sowie im Structured Portfolio Finance (Segment Corporates) im Vergleich zum Jahresende 2024 reduziert. Zudem wurden die Aviation-Finanzierungen im Rahmen des Ende Oktober 2025 vollzogenen Portfolioverkaufs vollständig veräußert. Zusätzlich wirkten sich das in Summe hohe Tilgungsniveau sowie die deutliche Abwertung des US-Dollars im Vergleich zum Euro mindernd auf den Buchwert der Kundenforderungen aus. In der Folge

reduzierte sich die Bilanzposition Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2025 deutlich (um 17 %) auf 17.004 Mio. € (31. Dezember 2024: 20.553 Mio. €).

Der Risikovorsorgebestand (für Bilanzposten) reduzierte sich auf -275 Mio. € (31. Dezember 2024: -347 Mio. €). Der Rückgang betrifft im Wesentlichen die Vorsorge auf Stufe 3 des Risikovorsorgemodells. Diese hat sich durch den die Nettozuführungen übersteigenden Verbrauch von Risikovorsorge im Zusammenhang mit dem Abgang von leistungsgestörten Engagements von 212 Mio. € auf 162 Mio. € reduziert. Der Bestand der Risikovorsorge auf den Stufen 1 und 2 hat sich von 135 Mio. € auf 113 Mio. € reduziert. Die hierin enthaltenen Model Overlays (58 Mio. €, 31. Dezember 2024: 71 Mio. €) adressieren neben potenziell adversen Einflüssen aus dem makroökonomischen Umfeld überwiegend die Risiken aus besonders konjunktursensitiven Corporates-Finanzierungen sowie Finanzierungen von Büroimmobilien. Weitere Model Overlays in Höhe von 5 Mio. € (31. Dezember 2024: 6 Mio. €) wurden für außerbilanzielle Posten gebildet.

Die Handelsaktiva sanken im Vergleich zum Berichtsumtite des Vorjahres auf 151 Mio. € (31. Dezember 2024: 225 Mio. €). Der Rückgang entfällt zum einen auf den Abgang der Forderungen aus Syndizierungsgeschäften, die per Vorjahresultimo noch im Bestand waren. Zum anderen haben sich die Buchwerte der positiven Marktwerte aus zins- und währungsbezogenen Derivaten gegenüber dem 31. Dezember 2024 verringert.

Zum 31. Dezember 2025 betrug der Buchwert der Finanzanlagen insgesamt 7.856 Mio. €, was einen Rückgang um 8 % gegenüber dem Vorjahresstichtag (31. Dezember 2024: 8.523 Mio. €) darstellt. Maßgeblich dafür waren im Wesentlichen die im Einklang mit der strategischen Fokussierung bewusst vorgenommene Reduzierung des Exposures bei den liquiden CLOs sowie der Effekt aus der Abwertung des US-Dollars.

Auch die latenten Steueransprüche lagen mit 393 Mio. € unter dem Buchwert vom 31. Dezember 2024 (540 Mio. €). Sie betreffen in Höhe von 247 Mio. € latente Steuern auf Verlustvorträge und mit 146 Mio. € latente Steueransprüche, die für temporäre Differenzen gebildet wurden. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert neben der Minderung latenter Steuern aufgrund des Verbrauchs von Verlustvorträgen bzw. der Umkehr temporärer Differenzen im Wesentlichen aus der Berücksichtigung der Reduktion des künftigen Körperschaftsteuersatzes in Deutschland sowie der Auflösung latenter Steuern auf Verlustvorträge im Zuge der aktualisierten Unternehmensplanung.

Die Übrigen Aktiva lagen mit 474 Mio. € um 135 Mio. € über dem Buchwert per 31. Dezember 2024 (339 Mio. €). In dieser zusammengefassten Position bewegten sich die Immateriellen Vermögenswerte und die Sachanlagen sowie die laufenden Ertragsteueransprüche weitestgehend auf dem Niveau vom Vorjahresende. Ausschlaggebend für den Anstieg der Übrigen Aktiva waren die Klassifizierung einer Immobilienfinanzierung (48 Mio. €) als zur Veräußerung gehalten (IFRS 5) sowie insbesondere die Erhöhung des Aktivüberhangs des Planvermögens. Das Planvermögen überstieg die von ihm abgedeckten Pensionsverbindlichkeiten mit 248 Mio. € deutlicher als zum Vorjahresende (161 Mio. €), der Ausweis des Überhangs erfolgt in der Bilanzposition Sonstige Aktiva.

Auf der Passivseite lagen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 2.416 Mio. € um mehr als ein Drittel (35 %) unter dem Niveau des Vorjahresendes (31. Dezember 2024: 3.718 Mio. €). Innerhalb dieser Position haben sich unter anderem die Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften sowie die Einlagen von Förderbanken reduziert.

Auch in der Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden kommt der analog zum Bilanzvolumen gesunkene Fundingbedarf zum Ausdruck. Entsprechend ging der Buchwert der Bilanzposition zum 31. Dezember 2025 um 10 % auf 13.483 Mio. € zurück (31. Dezember 2024: 15.020 Mio. €). Der Rückgang ergab sich unter anderem aus der bewussten Reduktion des Einlagenbestands von Unternehmenskunden. Der Bestand an Retaileinlagen hat sich hingegen im Einklang mit der Fundingstrategie erhöht.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beliefen sich zum Berichtsstichtag auf 7.250 Mio. € und lagen damit 21 % unter dem Buchwert vom Jahresende 2024 (9.128 Mio. €). Ursächlich für die Entwicklung war, dass auslaufende Anleihen aufgrund des geringeren Refinanzierungsbedarfs nicht in vollem Umfang durch neu begebene Schuldverschreibungen ersetzt wurden.

Die Handelspassiva lagen zum Berichtsstichtag mit 102 Mio. € infolge niedrigerer negativer Marktwerte von zins- und währungsbezogenen derivativen Finanzinstrumenten spürbar unter dem Buchwert des Vorjahresultimos (309 Mio. €).

Auch die Rückstellungen dotierten mit 328 Mio. € (31. Dezember 2024: 374 Mio. €) unter dem Niveau des Vorjahresstichtags. Der Rückgang entfällt auf diverse Rückstellungskategorien, unter anderem auf die Sonstigen Rückstellungen (hier insbesondere auf die Rückstellungen für Beiträge zum ESF, vgl. auch die Ausführungen zum Sonstigen betrieblichen Ergebnis in der Ertragslage). Aber auch die Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten sowie die Pensionsrückstellungen (für Vorruhestandsverpflichtungen und Beihilfen) haben sich im Vorjahresvergleich reduziert. Erhöhend wirkten sich Zuführungen zu Restrukturierungsrückstellungen im

Zusammenhang mit dem im Berichtszeitraum beschlossenen Personalabbau aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Teile der zukünftigen Zahlungsverpflichtungen aufgrund der feststehenden vertraglichen Grundlagen zum Jahresende nicht mehr unter den Rückstellungen, sondern als Verbindlichkeiten unter den Sonstigen Passiva ausgewiesen werden.

Das Nachrangkapital hat sich in der strukturellen Zusammensetzung nicht verändert. Im Wesentlichen aufgrund der Abwertung des US-Dollars lag sein Buchwert zum 31. Dezember 2025 mit 895 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahresresultimos (925 Mio. €).

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich trotz der im zweiten Quartal 2025 ausgezahlten Dividende (214 Mio. €) erhöht und betrug zum 31. Dezember 2025 insgesamt 3.957 Mio. € (31. Dezember 2024: 3.892 Mio. €). Ausschlaggebend dafür waren das positive Konzernergebnis sowie der Anstieg im Other Comprehensive Income (OCI). Letzterer ist auf positive Bewertungseffekte bei den Pensionsverpflichtungen/dem Planvermögen sowie den FVOCI-Assets (überwiegend Finanzanlagen) zurückzuführen.

Geschäftsvolumen deutlich unterproportional zur Konzernbilanzsumme gesunken

Das Geschäftsvolumen (Konzernbilanzsumme zuzüglich außerbilanzielles Geschäft) nahm um 13 % von 38.823 Mio. € (31. Dezember 2024) auf 33.670 Mio. € ab. Der Rückgang des außerbilanziellen Geschäfts verlief mit einer Veränderung von -2 % deutlich unterproportional zur Konzernbilanzsummenreduktion und entfiel auf die unwiderruflichen Kreditzusagen. Diese verminderten sich zum 31. Dezember 2025 um 205 Mio. € auf 4.273 Mio. € (31. Dezember 2024: 4.478 Mio. €). Die Eventualverbindlichkeiten (Bürgschaften und Garantien) hingegen stiegen an und lagen zum Jahresende 2025 mit 790 Mio. € höher als zum Vorjahresende (713 Mio. €).

Struktur der Verbindlichkeiten nach Finanzinstrumenten

(Mio. €)	2025		2024	
	Gesamt	davon >1Jahr	Gesamt	davon >1Jahr
Besichert: Pfandbriefe und Asset-based Funding	5.605	4.035	7.744	6.206
Pfandbriefe	3.507	2.414	4.412	3.751
Sonstiges besichertes Funding	2.098	1.621	3.332	2.456
Unbesicherte Verbindlichkeiten (Senior Preferred)	16.391	4.439	18.256	3.482
Unbesicherte Verbindlichkeiten (Senior Non-Preferred)	1.153	1.114	1.866	1.730
Genussrechte und sonstige Nachträge	895	890	925	918
Gesamt	24.044	10.478	28.791	12.336

Die vorstehende Tabelle gliedert die Verbindlichkeiten der Hamburg Commercial Bank nach Finanzinstrumenten und trägt damit Anforderungen von Kapitalmarktteilnehmer:innen Rechnung. Dabei werden die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr separat gezeigt. Die Finanzinstrumente lassen sich auf die Bilanzpositionen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital überleiten.

Im Rahmen der langfristigen Refinanzierung bilden die besicherten Schuldtitel (Pfandbriefe, Asset-based Funding) einen Schwerpunkt. Hierunter fallen im Wesentlichen die im Rahmen der Pfandbriefprogramme (Hypotheken-, Öffentliche und Schiffspfandbriefprogramme) begebenen Schuldtitel sowie weitere Asset-based-Funding-Emissionen, Repo-Geschäfte sowie Einlagen von Förderbanken. Das Volumen der gesamten ausstehenden besicherten Schuldtitel belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 5.605 Mio. € (31. Dezember 2024: 7.744 Mio. €). Die unbesicherten Verbindlichkeiten, die sich in die Kategorien „Senior Preferred“ und „Senior Non-Preferred“ einstufen lassen, umfassen die im Wesentlichen aus Einlagen von Unternehmens- und Privatkunden bestehenden Tages- und Termingelder sowie sonstige unbesicherte Finanzierungsinstrumente. Sie betragen zum Stichtag in Summe 17.544 Mio. € (31. Dezember 2024: 20.122 Mio. €). Die Tages- und Termingelder werden zusammen mit strukturierten unbesicherten Finanzinstrumenten in der Kategorie „Senior Preferred“ abgebildet und beliefen sich in Summe auf 16.391 Mio. € (31. Dezember 2024: 18.256 Mio. €). Die Kategorie „Senior Non-Preferred“ besteht im Wesentlichen aus Inhaber- und Namensschuldverschreibungen, die keine strukturierten Elemente ausweisen, und beträgt zum 31. Dezember 2025 1.153 Mio. € (31. Dezember 2024: 1.866 Mio. €).

Unter „Genussrechte und sonstige Nachträge“ (895 Mio. €, 31. Dezember 2024: 925 Mio. €) werden die nachrangigen Verbindlichkeiten der HCOB ausgewiesen. Stille Einlagen bzw. Genussrechte bestanden wie zum Berichtsulitmo des Vorjahres nicht.

Kapital und Funding

RWA, anrechenbare Eigenmittel und Kapitalquoten

	2025 ¹⁾	2024 ²⁾
Risikoaktiva (RWA) (Mrd. €)	13,1	18,2
Eigenmittel (Mrd. €)	2,8	4,1
davon: CET1-Kapital (Mrd. €)	2,2	3,2
Gesamtkapitalquote (%)	21,2	22,4
Kernkapitalquote (%)	16,5	17,3
CET1-Kapitalquote (%)	16,5	17,3
Leverage Ratio (%)	7,3	9,0

¹⁾ Die vorgeschlagene Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € in 2026 wurde mindernd im harten Kernkapital berücksichtigt; die Dividendenzahlung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung

²⁾ Die 2025 erfolgte Dividendenzahlung (214 Mio. €) wurde mindernd im harten Kernkapital vorab berücksichtigt

Im Rahmen der Ausschüttungspolitik normalisierte Kapitalquoten weiterhin auf gutem Niveau

Die CET1-Quote ist zum Jahresende 2025 wie erwartet gegenüber dem 31. Dezember 2024 (17,3 %) gesunken, liegt mit 16,5 % aber über dem zum Halbjahresultimo aktualisierten strategischen Zielwert von mindestens 16 %. Der Rückgang resultiert aus der Berücksichtigung der für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagenen Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € im harten Kernkapital der Bank. Infolgedessen sank das CET1-Kapital trotz des positiven Konzernergebnisses und der Zunahme des OCI zum 31. Dezember 2025 auf 2,2 Mrd. € (31. Dezember 2024: 3,2 Mrd. €). Gegenläufig positiv auf die Quote ausgewirkt hat sich der deutliche Rückgang der RWA für Kreditrisiken, als Folge dessen die aggregierten RWA auf Jahresultimobasis von 18,2 Mrd. € auf 13,1 Mrd. € zurückgingen. Treiber hierfür waren das geringere Geschäftsvolumen in Verbindung mit einer veränderten Portfoliostruktur, die Erstanwendung des CRR III-Regelwerks sowie die Abschwächung des US-Dollars. Die Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote haben sich gegenüber dem 31. Dezember 2024 analog zur harten Kernkapitalquote entwickelt.

Die Kapitalquoten übersteigen weiterhin sehr deutlich die aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus dem SREP-Prozess. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zur Darstellung der bankaufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben wird auf den Risikobericht verwiesen.

Die Leverage Ratio ist gegenüber dem 31. Dezember 2024 (9,0 %) aufgrund des geringeren Kernkapitals auf 7,3 % gesunken. Mit diesem Wert liegt die Kennzahl weiterhin komfortabel über dem Durchschnittsniveau der europäischen Banken und sehr deutlich über der regulatorischen Anforderung von 3 %.

Ausschüttungspolitik

Die Ausschüttungspolitik wurde durch den Vorstand im Rahmen der aktualisierten Unternehmensstrategie und -planung überprüft. In ihrer Unternehmensplanung berücksichtigt die Bank dabei spezifische und messbare finanzielle und nichtfinanzielle Ziele, die stets darauf abzielen, die Rentabilität zu verbessern sowie Kapitalpuffer vorzuhalten, damit das Geschäftsmodell auch unter deutlich ungünstigen Umständen eine Fortführung des Unternehmens ermöglicht und einen nachhaltigen Wert für die Aktionär:innen schafft.

Demnach strebt die Bank im Rahmen ihrer Ausschüttungspolitik an, ihre Kapitalpuffer zu normalisieren, unter Berücksichtigung einer CET1-Kapitalisierung von mindestens 16 %, bei gleichzeitiger Reduktion des Kredit- und Liquiditätsrisikos durch den Abbau der nicht strategiekonformen Geschäftsaktivitäten und die Verbesserung der Fundingstruktur wie im aktuellen Unternehmensplan zugrunde gelegt.

Dies impliziert für das Geschäftsjahr 2025 eine Ausschüttungsquote von 100 % des Bilanzgewinns (HCOB AG nach HGB) unter der Bedingung, dass mindestens eine CET1-Quote von 16,0 % auf Gruppenebene beibehalten wird.

Die Ausschüttung von Dividenden ist eine diskretionäre Entscheidung. Dem Vorstand und dem Aufsichtsrat steht es daher frei, Abweichungen von der geplanten Dividende der Hauptversammlung vorzuschlagen.

Refinanzierung im Rahmen der reduzierten Bilanzsumme mit Senior Preferred Benchmark-Emission und gesteigertem Volumen an Privatplatzierungen erfolgreich umgesetzt

Die Refinanzierungssituation war im Berichtszeitraum zunächst von volatilen Kapitalmärkten geprägt, hervorgerufen durch Handelsstreitigkeiten infolge der Ankündigung massiver Zollerhöhungen seitens der USA sowie geopolitische Spannungen im Nahen Osten. Die sich abzeichnende leichte Entspannung im Zollstreit und eine Beruhigung der kriegerischen Auseinandersetzung haben – wie im Abschnitt zum Bankenumfeld ausgeführt – jedoch im weiteren Jahresverlauf zu einer deutlichen Stabilisierung der Finanzmärkte geführt.

Die Fundingeinwerbung lag im Rahmen der Erwartungen. Insgesamt hat die Bank im Geschäftsjahr 2025 rund 2,1 Mrd. € an langfristigen Mitteln aufgenommen. Im Berichtszeitraum hat die Bank eine Senior Preferred Benchmark-Transaktion über 500 Mio. € begeben, die im Juli in Ausnutzung eines aus Sicht der Bank sehr günstigen Marktumfelds um 250 Mio. € aufgestockt worden ist. Weitere Informationen hierzu sind dem Abschnitt zum Geschäftsverlauf zu entnehmen. Die vorgenannte Anleihe stärkt die Fundingbasis der Bank nachhaltig und trägt zu einer weiteren Verbreiterung der Investorenbasis bei. Weitere Refinanzierungsmittel wurden über Privatplatzierungen aufgenommen, einschließlich einer variabel verzinslichen Anleihe über 300 Mio. € mit 2-jähriger Laufzeit. Die Bank plant in den kommenden Jahren weitere Benchmark-Emissionen im unbesicherten Segment sowie von Pfandbriefen.

Im ersten Halbjahr 2025 erfolgte für das Geschäftsjahr 2024 die Auszahlung einer Dividende in Höhe von rund 0,2 Mrd. € und ein Tender Offer auf eine ausstehende Benchmarkanleihe im Senior Non-Preferred-Format, das mit einer Rücknahmequote von über 50 % sehr erfolgreich war.

Neben der langfristigen Refinanzierung haben auch die starke Einlagenposition in Höhe von 10,6 Mrd. € aus dem Kundengeschäft der Bank (Corporate Deposits) und ein um rund 600 Mio. € gesteigertes Volumen an Retaileinlagen zur Umsetzung der Fundingstrategie beigetragen. In Summe beliefen sich die Retaileinlagen zum Berichtsstichtag auf 0,85 Mrd. €.

Wichtige Liquiditäts- und Fundingkennzahlen

	2025	2024
Corporate Deposits (Mrd. €)	10,6	11,3
Retail Deposits (Mrd. €)	0,9	0,3
LCR (%)	204	216
NSFR (%)	119	116

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquiditätskennzahlen wurden in der Berichtsperiode erfüllt. Ergänzende Informationen zur Kapital- und zur Refinanzierungslage der Hamburg Commercial Bank enthält der Risikobericht.

Rating

Ratingübersicht zum 31. Dezember 2025

	Moody's
Emittentenrating (langfristig)	A3, stabil
Kurzfristige Verbindlichkeiten	P-2
Stand-alone-Rating (Finanzkraft)	baa3
Einlagenrating	A3
„Preferred“ Senior Unsecured Debt	A3
„Non-Preferred“ Senior Unsecured Debt	Baa2
Subordinated Debt (Tier 2)	Ba1
Hypothekenspfandbrief	Aaa
Schiffspfandbrief	Aa3

Vorstehende Tabelle enthält eine Übersicht über die Ratings der Hamburg Commercial Bank AG bei Moody's zum 31. Dezember 2025. Die Ratings sind im Einklang mit der Prognose unverändert seit der am 17. Februar 2023 erfolgten Heraufstufung des Emittenten- und Stand-alone-Ratings der HCOB sowie wesentlicher Instrumentenratings. Informationen zu den Nachhaltigkeitsratings für die Hamburg Commercial Bank AG sind in diesem zusammengefassten Lagebericht im Kapitel „Nachhaltigkeitserklärung“ enthalten sowie auf der Homepage der Bank verfügbar.

Segmentergebnisse

Segmentüberblick

(Mio. €/%)		Real Estate	Global Transportation	Project Finance	Corporates	Lending Units	Treasury & Group Functions	Überleitung	Konzern
Gesamtertrag	2025	191	154	125	231	701	44	-2	743
	2024	207	161	107	239	714	66	3	783
Risikovorsorge	2025	-78	10	-7	-35	-110	1	-	-109
	2024	-73	-3	-1	-20	-97	3	-1	-95
Verwaltungsaufwand & regulatorische Kosten	2025	-88	-80	-54	-91	-313	-70	1	-382
	2024	-97	-78	-47	-101	-323	-36	-	-359
Ergebnis nach Steuern	2025	17	59	44	90	210	10	-55	165
	2024	30	64	47	94	235	-38	31	228
RoE nach Steuern (%) ¹⁾	2025	2,8	15,9	12,2	11,6	9,9	9,0	n.a.	4,5
	2024	3,9	16,0	12,4	12,0	10,1	-9,9	n.a.	6,2
Segmentvermögen (Mrd. €)	31.12.2025	5,9	2,5	3,9	4,6	16,9	11,8	-0,1	28,6
	31.12.2024	7,4	3,7	3,9	5,5	20,5	13,1	-	33,6
Neugeschäft (Mrd. €)	2025	0,4	1,4	1,6	1,6	5,0	-	-	5,0
	2024	1,0	1,8	1,2	2,1	6,1	-	-	6,1

¹⁾ Der RoE nach Steuern für die Segmente basiert auf einer normierten Eigenkapitalunterlegung (durchschnittliche Risk Weighted Assets (RWA) und normierte CET1-Quote von 15 %). Für den Konzern wird der RoE nach Steuern auf Basis des bilanziellen Eigenkapitals zum Jahresbeginn abzüglich der vorgeschlagenen Dividende berechnet.

Struktur der Segmentberichterstattung

Die Steuerung des Konzerns umfasst vier kreditnahe Segmente („Real Estate“, „Global Transportation“, „Project Finance“ und „Corporates“), die zusammenfassend zusätzlich als „Lending Units“ dargestellt werden, sowie das Segment „Treasury & Group Functions“. Das Segment Global Transportation fasst für die Berichts- und die Vergleichsperiode die Bereiche Shipping und Aviation zusammen. Die Aktivitäten im Bereich Aviation wurden unterjährig im Berichtsjahr mit Vollzug des Portfolioverkaufs beendet. Mittels der Spalte „Überleitung“ erfolgt die vollständige Transformation der Steuerungsgrößen auf den IFRS-Konzern. Für weitere detailliertere Informationen zur Struktur und Methodik der Segmentberichterstattung siehe Note 44 im Konzernanhang.

Weitere Informationen zu den Segmenten der HCOB und deren strategischer Ausrichtung enthält dieser zusammengefasste Lagebericht im Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ im Abschnitt „Strategische Stoßrichtung der Geschäftsfelder“. Informationen zur im Berichtszeitraum beschlossenen strategischen Fokussierung („Franchise Fokus“) enthalten die Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ (Abschnitt „Strategische Anpassungen 2025“) sowie „Geschäftsverlauf“.

Geschäftsentwicklung der Segmente

Angesichts des auf die Franchise-Portfolios konzentrierten Neugeschäfts (5,0 Mrd. €; Vorjahr: 6,1 Mrd. €) und der bewussten Reduzierung des Non-Strategic-Exposures (u. a. durch den Verkauf des Aviation-Portfolios und die Reduzierung des internationalen Immobilien-Portfolios) hat sich das Segmentvermögen in den Lending Units in den vergangenen zwölf Monaten von 20,5 Mrd. € auf 16,9 Mrd. € deutlich vermindert. Der Rückgang des durchschnittlichen Segmentvermögens von 19,3 Mrd. € auf 18,7 Mrd. € fiel vergleichsweise moderat aus, weil es 2024 (u.a. durch die Akquisition des Shipping-Portfolios) unterjährig angestiegen war und weil der Rückgang 2025 schwerpunktmäßig im zweiten Halbjahr erfolgte. Das Zinsumfeld war im Vergleich zum Vorjahr von sinkenden Leitzinsen geprägt, was durch die steilere Zinsstrukturkurve nicht vollständig kompensiert werden konnte. In diesem Umfeld sank die Nettozinsmarge in den Krediteinheiten insgesamt moderat auf 3,30 %, nach 3,45 % im Geschäftsjahr 2024. Vor dem Hintergrund der konsequent auf Profitabilität ausgerichteten Asset-Allokation sowie eines verbesserten FVPL-Ergebnisses, das im Berichtszeitraum im Wesentlichen positive Effekte aus der FX-Margenabsicherung beinhaltet, fiel der Rückgang im Gesamtertrag über alle Krediteinheiten (Lending Units) hinweg vergleichsweise moderat aus (701 Mio. €, -2 % gegenüber Vorjahr). Angesichts des schwierigen Wirtschaftsumfelds und der vorsichtigen Risikopolitik war die Risikovorsorge wie im Vorjahr von den Segmenten Real Estate (insbesondere) und Corporates gekennzeichnet und stieg in den Lending Units insgesamt moderat an. Die vorgenannten Entwicklungen konnten im Ergebnis nach Steuern nicht vollständig durch den erfreulichen Rückgang der Verwaltungsaufwendungen kompensiert werden. Der Rückgang des Ergebnisses nach Steuern konnte im RoE nicht vollständig durch die RWA-Entlastungseffekte kompensiert werden. Demzufolge lag die Profitabilität der Kreditbereiche insgesamt, gemessen am RoE nach Steuern, mit 9,9 % nur leicht unter dem Wert von 2024 (Vorjahr: 10,1 %).

Das Segment **Real Estate** wies im Geschäftsjahr 2025 ein positives Ergebnis nach Steuern von 17 Mio. € (Vorjahr: 30 Mio. €) auf, auch wenn sich das weiterhin schwierige Marktumfeld in Summe erneut deutlich niederschlug. Das operative Geschäft war auch im Berichtsjahr von einer risikobewussten und ertragsoptimierenden Weiterentwicklung des Portfolios geprägt, wobei der Fokus weniger auf dem Neugeschäft als auf dem Bestandsmanagement lag. So wurden einige leistungsgestörte Engagements zurückgeführt sowie das Exposure in den USA reduziert. Der Zinsüberschuss hat sich vor dem Hintergrund eines deutlich geringeren durchschnittlichen Segmentvermögens (u.a. Abbau des internationalen Immobiliengeschäfts) sowie einer im Vorjahresvergleich geringeren NIM spürbar reduziert. Das von der FX-Margenabsicherung und Erträgen aus einem Besserungsschein profitierende FVPL-Ergebnis konnte dieses nur teilweise kompensieren, sodass der Gesamtertrag zurückging. Die Entwicklung der Risikovorsorge war von Stufe 3-Zuführungen für ausgefallene Büroimmobilien in Deutschland gekennzeichnet und lag insgesamt leicht über dem Vorjahresniveau. Im Vorjahresvergleich konnte der leichte Anstieg in der Risikovorsorge aber durch den stärkeren Rückgang der Verwaltungskosten überkompensiert werden, sodass der Rückgang im Ergebnis nach Steuern geringer ausfiel als im Gesamtertrag. Der infolge der Belastungen aus Risikovorsorge vergleichsweise niedrige RoE des Segments von 2,8 % (Vorjahr: 3,9 %) reflektiert die in Summe weiterhin herausfordernde Situation im Immobilienmarkt. Das auf die deutschen gewerblichen Immobilienkunden konzentrierte Bruttoneugeschäft blieb aufgrund der immer noch geringen Marktnachfrage und des konservativen Geschäftsansatzes mit insgesamt 0,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,0 Mrd. €) sehr verhalten. Dadurch und infolge der

Abbaustrategie im internationalen Bereich sank das Segmentvermögen zum 31. Dezember 2025 deutlich auf 5,9 Mrd. € (Vorjahr: 7,4 Mrd. €).

Im Segment **Global Transportation** betrug das Ergebnis nach Steuern 59 Mio. € (Vorjahr: 64 Mio. €), was bei einem gestiegenen Vorsteuerergebnis ausschließlich auf höhere allokierte Ertragsteuern zurückzuführen war. Der Gesamtertrag hat sich leicht reduziert, da der Zinsüberschuss infolge einer – von hohem Niveau ausgehenden – Margenkompression im Shipping und bedingt durch den unterjährigen Verkauf des Aviation-Kreditportfolios im Vorjahresvergleich geringer ausfiel. Teilkompensierend im Gesamtertrag wirkten die positiven Entwicklungen im FVPL-Ergebnis, das vom Devisenergebnis aus der FX-Margenabsicherung und Erträgen aus einem Besserungsschein profitierte, sowie das positive Veräußerungsergebnis im Rahmen des Verkaufs des Aviation-Portfolios. Bei annähernd stabilen Verwaltungsaufwendungen konnten moderate Nettoauflösungen von Portfoliowertberichtigungen den Rückgang im Gesamtertrag mit Blick auf das Vorsteuerergebnis überkompensieren. Die operative Profitabilität, gemessen am RoE, blieb aufgrund gesunkener RWA mit 15,9 % nahezu auf dem sehr guten Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 16,0 %). Das fokussierte Bruttoneugeschäft im Bereich Shipping mit nationalen und internationalen Reedereien guter Bonität lag mit 1,3 Mrd. € ebenfalls in etwa auf dem Niveau von 2024 (Vorjahr: 1,4 Mrd. € exklusive des angekauften Shipping-Portfolios). Im aufgegebenen Geschäftsfeld Aviation wurden bis zur unterjährigen Einstellung der Neugeschäftsaktivitäten noch Geschäftsabschlüsse im Volumen von 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,4 Mrd. €) kontrahiert. Das Segmentvermögen im Global Transportation belief sich zum Jahresende 2025 auf 2,5 Mrd. € (31. Dezember 2024: 3,7 Mrd. €). Der Rückgang ist neben der erfolgreichen Veräußerung des Aviation-Portfolios auf das hohe Tilgungsniveau im Shipping sowie Effekte aus der USD-Abschwächung zurückzuführen.

Das Segment **Project Finance** erzielte im Berichtsjahr ein leicht unter dem Niveau der Vorperiode liegendes Ergebnis nach Steuern von 44 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €), was bei einem gestiegenen Vorsteuerergebnis ausschließlich auf höhere allokierte Ertragsteuern zurückzuführen war. Das operative Geschäft hat sich weiter gut entwickelt. So erhöhte sich der Gesamtertrag – auch gestützt auf den im Zuge des guten Neugeschäfts und einer Margenausweitung gestiegenen Zinsüberschuss – auf 125 Mio. € (Vorjahr: 107 Mio. €). Der Verwaltungsaufwand fiel leicht höher aus als 2024; allerdings sank die CIR leicht. Die Risikovorsorge stieg aufgrund eines Einzelfalls auf niedrigerem Niveau leicht an. Aufgrund der erfreulichen Entwicklung im Neugeschäft (1,6 Mrd. €), das gegenüber 2024 (1,2 Mrd. €) merklich ausgebaut werden konnte, blieb das Segmentvermögen zum Jahresende 2025 mit insgesamt 3,9 Mrd. € auf dem Niveau zu Periodenbeginn (31.12.2024: 3,9 Mrd. €). Die Profitabilität des Segments lag mit 12,2 % (Vorjahr: 12,4 %) weiterhin auf einem guten Niveau und reflektiert die grundsätzlich positiven Aussichten in diesem Sektor, nicht zuletzt durch den hohen Finanzierungsbedarf für Infrastrukturprojekte im Markt.

Das Segment **Corporates** erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 90 Mio. € (Vorjahr: 94 Mio. €) und trug damit erneut substantziell zum Ergebnis der Lending Units bei. Im Zuge der strategischen Fokussierung verringerte sich das durchschnittliche Segmentvermögen, sodass der operative Gesamtertrag bei einer nahezu unverändert hohen Nettozinsmarge (von annähernd 430 Basispunkten) zurückging. Die von einer Verschiebung von Stufe 1/2 zu Stufe 3 gekennzeichnete Risikovorsorge stieg durch einige wenige Neuausfälle im Structured Portfolio Finance moderat an. Durch eine erfreuliche Kostenentwicklung sanken die Verwaltungskosten, sodass in diesem Segment eine Cost-Income-Ratio von unter 40 % erreicht worden ist. Im Einklang mit der Ausrichtung der Bank auf das Kerngeschäft war auch die Neugeschäftsentwicklung von den deutlich verringerten Aktivitäten im Structured Portfolio Finance gekennzeichnet. Das Neugeschäft im Corporates Lending hingegen stieg um fast 30 % auf 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,1 Mrd. €). In Summe lag das Bruttoneugeschäft mit 1,6 Mrd. € durch die Fokussierung auf das Franchise-Business merklich unterhalb des Werts für 2024 (2,1 Mrd. €). In der Folge verringerte sich auch das Segmentvermögen vergleichsweise deutlich auf 4,6 Mrd. € (31.12.2024: 5,5 Mrd. €). Die operative Profitabilität des Segments, gemessen am RoE, blieb mit 11,6 % auf einem guten Niveau (Vorjahr: 12,0 %). Ohne Berücksichtigung von Structured Portfolio Finance betrug der RoE in Corporates 15,5 % (Vorjahr: 15,6 %).

Im Segment **Treasury & Group Functions** wurde im Berichtsjahr ein positives Ergebnis nach Steuern in Höhe von 10 Mio. € (Vorjahr: -38 Mio. €) ausgewiesen. In einem von geringerer Volatilität als 2024 und einer Abwertung des US-Dollars geprägten Marktumfeld wurde im strategischen Investmentportfolio und im kapitalmarktbezogenen Asset Liability Management ein Gesamtertrag in Höhe von insgesamt 44 Mio. € (Vorjahr: 66 Mio. €) erzielt. Treiber für den Rückgang im Gesamtertrag war der Zinsüberschuss. Hier hatte das Segment im Vorjahr noch von einem positiven Effekt in Höhe von 21 Mio. € aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen profitieren können. Deutlich ergebnisbelastend war der Einmaleffekt durch Abfindungen (50 Mio. €, Vorjahr: 18 Mio. €) im Verwaltungsaufwand. Die deutliche Verbesserung des Nachsteuerergebnisses gegenüber 2024 ist

auf das sowohl in der Berichts- als auch der Vergleichsperiode durch Einmaleffekte dominierte Sonstige betriebliche Ergebnis (37 Mio. €, Vorjahr: -81 Mio. €) zurückzuführen. Während die Ergebnisgröße im Berichtsjahr von positiven Einmaleffekten durch periodenfremde Erträge profitierte, enthielt sie 2024 gegenläufig wesentliche Netto-Belastungen aus Einmaleffekten im Zusammenhang mit Rechtsrisiken.

Unter „**Überleitung**“ wird die Differenz der in den Segmenten auf Basis kalkulatorischer Steuerquoten angesetzten Ertragsteuern zu den tatsächlichen Ertragsteuern im Konzern ausgewiesen. Da im Berichtsjahr die tatsächliche Steuerquote im Konzern, insbesondere aufgrund der Abwertungen von aktiven latenten Steuern, deutlich höher war als die kalkulatorischen, fiel die Differenz mit einem Steueraufwand von 54 Mio. € deutlich negativ aus.

Eine detaillierte Sicht auf Methodik und enthaltene Effekte der Segmentberichterstattung enthält Note 44 des Konzernanhangs.

Abschließende Beurteilung der Lage der Hamburg Commercial Bank

Im Berichtsjahr, das für die HCOB im Zeichen der im ersten Halbjahr eingeleiteten Strategieanpassung stand, war das Wirtschaftsumfeld von multiplen externen Faktoren geprägt, die zu Unsicherheit und Volatilität an den Märkten führten. Insbesondere die geopolitischen Krisenherde sowie die – durch die Handelspolitik der US-Administration verschärften – internationalen Handelskonflikte zwischen wichtigen Volkswirtschaften hatten einen direkten Einfluss auf das Vertrauen der Marktteilnehmer:innen und die Entwicklung der globalen Konjunktur/der Finanzmärkte.

Trotz dieser komplexen und herausfordernden Rahmenbedingungen gelang es der HCOB, ihre strategischen Initiativen erfolgreich umzusetzen. Gleichzeitig haben im Geschäftsjahr 2025 aus der strategischen Fokussierung resultierende Einmaleffekte zu ungeplanten und temporären Belastungen der Ertragslage geführt.

Die HCOB ist bei ihrer Strategieanpassung, die den Fokus im Kreditgeschäft auf profitables Wachstum mit europäischen Franchise-Kund:innen legt, gut vorangekommen. Dazu zählen aus Sicht des Vorstands insbesondere die im Hinblick auf Volumen und Margen im Vergleich zur Neugeschäftsplanung von Mitte 2025 über den Erwartungen liegende Entwicklung des Neugeschäfts in den Kerngeschäftsfeldern sowie der fortgeschrittene Stand bei der Umsetzung des Personalabbaus, dessen voraussichtliche Kosten bereits vollständig bilanziell reflektiert sind. Darüber hinaus ist hervorzuheben, dass die Bank beim Divestment der Non-Strategic Assets schneller vorangekommen ist als ursprünglich erwartet, mit dem erfolgreichen Verkauf des Aviation-Portfolios und einer stärkeren Reduzierung von Teilen des Structured Finance Portfolios.

Die zufriedenstellende **operative Profitabilität** zeigte sich sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Kostenseite. Die operative Performance in den Lending Units, gemessen an der Eigenkapitalrentabilität, war zufriedenstellend. Nahezu alle Krediteinheiten wiesen für das Geschäftsjahr 2025 RoE's (ermittelt auf Basis einer normierten Eigenkapitalunterlegung) oberhalb von 11,5 % aus, lediglich im Segment Real Estate lag die Ratio angesichts der hohen Risikovorsorgebelastungen im niedrigen einstelligen positiven Bereich. Bei der Kostenentwicklung hat die Bank – ohne Berücksichtigung des negativen Einmaleffekts aus dem beschlossenen Personalabbau – ihren Zielwert für den Verwaltungsaufwand des Gesamtjahres unterschreiten können, was die Effektivität des konsequenten Kostenmanagements unterstreicht.

Im Berichtszeitraum ist es der Bank erneut gelungen, trotz des weiterhin herausfordernden Umfelds auf den gewerblichen Immobilienmärkten ihren NPL-Abbauplan konsequent umzusetzen und damit dem Druck auf die **Assetqualität** zu begegnen. So konnten Neuausfälle im Real Estate-Portfolio der Bank durch Abbauten insgesamt überkompensiert werden, was im Ergebnis zu einem Rückgang des NPL-Volumens um 17 % geführt hat.

Neben dem geringeren Geschäftsvolumen und den Veränderungen in der Portfoliozusammensetzung hat sich auch die zu Jahresbeginn erfolgte Einführung des CRR III-Regelwerks deutlich reduzierend auf die Höhe der RWA für Kreditrisiken ausgewirkt. Durch die RWA-Entlastung sind die **Kapitalquoten** unterjährig deutlich angestiegen; die CET1-Quote hätte ohne Berücksichtigung der für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagenen Dividendenzahlung zum Berichtstultimo rund 26 % erreicht. Zugleich hat die Bank im Rahmen der strategischen Geschäftsanpassungen ihre Zielgröße für die CET1-Quote auf mindestens 16 % angepasst, um dem als Folge der Strategieanpassung (u. a. Divestment der Non-Strategic Assets) reduzierten Kredit- und Liquiditätsrisiko Rechnung zu tragen. Die Reduzierung der Kapitalpuffer erfolgt im Rahmen der Ausschüttungspolitik der Bank, die eine vollständige Ausschüttung des HGB-Bilanzgewinns vorsieht. Mit der zum 31. Dezember 2025 ausgewiesenen CET1-Quote von 16,5 %, die den Dividendenvorschlag bereits berücksichtigt und die den strategischen Zielwert von 16 % übertrifft, zählt die Bank aus ihrer Sicht weiterhin zu den gut kapitalisierten

Instituten im europäischen Bankenmarkt. Aus Sicht der HCOB repräsentiert das Kapitalisierungsniveau einen ausreichenden Puffer gegen potenzielle negative Einflüsse aus adversen Marktentwicklungen und der etwaigen Realisierung der verbleibenden Risiken aus den strategischen Geschäftsanpassungen.

Mit den zum Teil sehr deutlich über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen liegenden zentralen **Liquiditätsmetriken** (LCR und NSFR), die auf einer vorsichtigen Liquiditätssteuerung basieren, sieht sich die Bank auch in einem von hoher Unsicherheit geprägten Marktumfeld gut positioniert.

Angesichts der oben dargestellten Entwicklungen und Positionierungen sowie der bereits erreichten Fortschritte bei der strategischen Fokussierung sieht sich die Hamburg Commercial Bank zum Berichtsstichtag insgesamt gut aufgestellt, ihre Ziele zu erreichen. Einzelheiten zur voraussichtlichen Geschäftsentwicklung, den weiter bestehenden Herausforderungen sowie den Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung enthält der „Prognose-, Chancen- und Risikobericht“.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht mit Chancen und Risiken

Der nachfolgende Abschnitt sollte im Zusammenhang mit den anderen Kapiteln in diesem zusammengefassten Lagebericht gelesen werden. Die in diesem Prognosebericht enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen basieren grundsätzlich auf Annahmen, Einschätzungen und Schlussfolgerungen, die in die im Dezember 2025 verabschiedete Unternehmensplanung der HCOB eingeflossen sind. Der nach DRS 20.127 zugrunde gelegte Prognosezeitraum umfasst ein Jahr vom Berichtsstichtag an und endet somit am 31.12.2026. Soweit nachfolgend auf Zeiträume nach dem Ende des Prognosezeitraums eingegangen wird, stellen diese Ausführungen explizit keine Prognosen im Sinne des DRS 20 dar.

Voraussichtliche Rahmenbedingungen

Die Prognosen zum Wirtschaftswachstum und zur Inflation stammen von nationalen und internationalen Institutionen (Deutschland: Bundesbank; Eurozone: EZB; USA: Fed; China: IWF; Welt: IWF). Die Zinsprognosen beruhen auf den entsprechenden Forwardsätzen. Der prognostizierte Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar ergibt sich ebenfalls aus den Terminmärkten. Die Aussagen zu den Rahmenbedingungen für relevante Märkte basieren, soweit nicht gesondert angegeben, auf internen Einschätzungen, auch unter Berücksichtigung von externen Informationsquellen wie am Markt etablierten Research-Unternehmen (Immobilienmärkte: z. B. bulwiengesa und PMA; Schiffsmärkte: z. B. Marsoft und MSI).

Voraussichtliche Geschäftsentwicklung der Hamburg Commercial Bank und Ausblick

	Ist 2025	Prognose 2026
RoE nach Steuern @equity (%) ¹⁾	4,5	~9
CIR (%)	48	~45
CET1-Kapitalquote (%) ²⁾	16,5	16,0
LCR (%)	204	>180
NPL-Quote (%)	3,3	~3,0
Rating	A3, stabil	A3, stabil

¹⁾ Der RoE nach Steuern @equity basiert auf dem bilanziellen EK zum Jahresbeginn abzüglich der vorgeschlagenen Dividende. Der Prognosewert für 2026 basiert auf einem erwarteten Ergebnis vor Steuern von rund 300 Mio. €.

²⁾ Ist 2025: Die für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagene Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € wurde bereits mindernd im harten Kernkapital berücksichtigt; die Dividendenzahlung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung.

Wesentliche Grundlagen der Prognose

Für ihre Prognose, die grundsätzlich auf der Unternehmensplanung der HCOB (für den Planungszeitraum 2026–2028) basiert, geht die Bank mit überwiegender Wahrscheinlichkeit (Base Case) von folgenden Annahmen aus bzw. erwartet folgende Entwicklungen:

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZMÄRKTE

Weltwirtschaft: Das globale Wirtschaftswachstum wird sich unseren Prognosen zufolge 2026 leicht auf 3,1 % abschwächen, nachdem es 2025 3,2 % betrug. Für die Vereinigten Staaten erwarten wir nach einem realen Wachstum von 2,2 % im Berichtsjahr für das Prognosejahr 2026 eine Expansion auf 2,3 %. Diese Entwicklung wird unterstützt durch die Erholung zu Jahresbeginn 2026 nach den temporären Belastungen durch den Regierungsstillstand (Shutdown) im vierten Quartal 2025, durch Impulse aus einer weiterhin unterstützenden Fiskalpolitik sowie durch zunehmende Investitionen in Technologien und künstliche Intelligenz. Auch für China

gehen wir von einer schwächeren Wachstumsdynamik aus und prognostizieren einen Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 4,2 % (2025: 5,0 %). Nach einem Wachstum von 1,5 % im Jahr 2025 zeichnet sich hingegen für die Eurozone 2026 mit 1,2 % eine etwas schwächere Dynamik ab. 2026 erwarten wir ein leichtes Wachstum von 0,6 % für die deutsche Wirtschaft (2025: 0,2 %). Die Haupttreiber dürften die vorgesehenen öffentlichen Investitionen aus den Sondervermögen für Infrastruktur und Verteidigung sowie zusätzliche Entlastungen für Unternehmen und Verbraucher:innen sein.

Geldpolitik: Die Gesamtinflationsrate lag zum Jahresende 2025 bei 2,0 % in der Eurozone und bei 2,7 % in den USA. Damit hat die EZB ihr Inflationsziel erreicht, während die US-Inflation weiterhin über dem Zielwert von 2,0 % liegt. Die geldpolitische Ausrichtung beider Notenbanken war im Jahresverlauf von Zinssenkungen geprägt. Für 2026 erwarten wir die Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung in den USA, während die Eurozone das aktuelle Zinsniveau beibehalten dürfte. Jedoch sollte ein deutlicher Zinsabstand zwischen den USA und der Eurozone bestehen bleiben. Die aktuellen Forward Rates implizieren für Ende 2026 eine Fed Funds Rate von rund 3,125 % und einen EZB-Hauptrefinanzierungssatz auf dem aktuellen Niveau von 2,15 %. Die langfristigen Renditen der deutschen Staatsanleihen (Bundesanleihen) lagen zum Berichtstimo bei 2,85 %, die zehnjährigen US-Treasury Notes (T-Notes) bei 4,18 %. Für 2026 erwarten wir sowohl in den USA (Prognose für 31. Dezember 2026: 4,42 %) als auch in Deutschland (Prognose für 31. Dezember 2026: 3,12 %) eine Erhöhung der langfristigen Renditen, die im Wesentlichen auf höheren staatlichen Emissionsvolumina und steigenden Risikoaufschlägen infolge fiskalischer Entwicklungen beruhen sollten. In den USA könnten zudem politische Angriffe auf die Unabhängigkeit der Fed einen zusätzlichen Treiber für höhere Renditen darstellen. Der EUR/USD-Kurs ist im Berichtsjahr von knapp 1,04 auf 1,17 deutlich angestiegen und könnte zumindest kurzfristig noch weiter ansteigen (Prognose 31. Dezember 2026: EUR/USD 1,19).

MÄRKTE/BRANCHEN

Real Estate: Auf den deutschen Büroimmobilienmärkten dürfte 2026 die Phase der konjunkturell schwächeren Flächennachfrage noch etwas länger anhalten und die Vakanzen leicht erhöhen, bevor sich erste fiskalische Investitionsimpulse positiv bemerkbar machen. Die Büromieten sollten in gefragten zentralen Lagen moderat anziehen, in Rand- und Peripherielagen leicht nachgeben. Während die Marktwerte in bevorzugten Lagen tendenziell stabil bleiben dürften, sind in Nebenlagen weitere moderate Einbußen wahrscheinlich. Die europäischen Büroimmobilienmärkte dürften aufgrund ähnlicher Rahmenbedingungen wie in Deutschland tendenziell einen vergleichbaren Verlauf bei der Entwicklung der Mieten und Marktwerte nehmen. Auf den Einzelhandelsimmobilienmärkten in den Innenstädten und bei Shopping-Centern sollten sich die Mieten nach jahrelangem Rückgang tendenziell stabilisieren, mit Abstrichen in Nebenlagen. Moderate Zuwächse sind hingegen bei den Mieten von Fachmarktzentren zu erwarten, vor allem bei denen mit Ankermietern im Lebensmitteleinzelhandel. Deren Marktwerte dürften auch moderat zulegen, die mit Non-Food-Schwerpunkt eher stagnieren, die von Geschäftshäusern und Shopping-Centern marginal nachgeben. Auf den Wohnungsmärkten der Großstädte sollte der hohe Nachfrageüberhang anhalten, sodass die Mieten und Preise weiter spürbar steigen. Auf den Logistikimmobilienmärkten sollten die Fertigstellungen die Mietflächennachfrage übertreffen, sodass die Mieten stagnieren dürften. Bei den Marktwerten sind marginale Einbußen nicht auszuschließen.

Shipping: Die Ertragslage auf den Schifffahrtsmärkten dürfte sich 2026 deutlich verschlechtern, im historischen Vergleich dennoch überdurchschnittlich gut bleiben. Kaum absehbare geopolitische Einflüsse, wie z. B. der Fortgang der Konflikte im Nahen Osten und der Ukraine oder die Pläne der US-Administration, könnten die erwarteten Impulse aber überlagern. Das dynamische Flottenwachstum der Containerschiffe sollte die Nachfrageentwicklung abhängen und dem Markt zusetzen. Falls das Rote Meer wieder gefahrlos befahrbar sein sollte, könnte der Tonnagebedarf sogar leicht zurückgehen. Für die Raten und Preise der Massengutfrachter wird im Jahresverlauf eine Abschwächung erwartet, bedingt durch erneuten Zuwachs der Tonnage bei nur moderater Steigerung der Transportnachfrage. Auch der Markt für Öltanker sollte sich ausgehend vom Niveau per Ende 2025 abwärts bewegen. Dem sich weiter beschleunigenden Zuwachs an Flottenkapazität dürfte – mit nur moderat zunehmendem globalen Ölverbrauch – ein etwas geringerer Anstieg der Nachfrage gegenüberstehen.

Project Finance: Die Aussichten für die Transport- und Digitalinfrastruktur sind positiv, da der unverändert hohe Instandhaltungs- und Ausbaubedarf (bei der Digitalinfrastruktur insbesondere im Hinblick auf die digitale

Souveränität Europas) Investitionsanreize geben wird. Potenzielle Belastungsfaktoren sind die – angesichts der US-Politik und ihrer internationalen Rückwirkungen – fortbestehende globale Unsicherheit, das womöglich nur sehr begrenzt weiter sinkende US-Zinsniveau sowie das anhaltend hohe Preisniveau bei Baumaterialien und –leistungen. Auch die Aussichten für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die damit verbundene Netz- und Energiespeicherinfrastruktur bleiben für das Jahr 2026 in Europa positiv. Preisvolatilität und Mängel bei der Netzanbindung könnten die Entwicklung belasten. Die Nachhaltigkeitselemente auf EU-Ebene und der Klimaschutzplan der EU-Kommission sollten jedoch mittelfristig unverändert Wachstumsimpulse für erneuerbare Energien in Europa geben.

Corporates: Der Einzelhandel in Deutschland sollte durch die im Vergleich der letzten Jahre niedrige Inflationsrate, überinflationäre Rentenerhöhungen sowie fortgesetzte Lohnerhöhungen gestärkt werden. Allerdings dürfte die Mischung aus den inflationsbedingten Kaufkraftverlusten der jüngeren Vergangenheit, der geopolitischen Lage und der zunehmenden Sorge um den Arbeitsplatz (angesichts der Herausforderungen, denen sich der Produktionsstandort Deutschland und seine Industrie unverändert gegenübersehen) die Stimmung dämpfen und den Konsum weiter belasten. Die Industriekonjunktur wird angesichts der mit den USA und weiteren Ländern geschlossenen Handelsvereinbarungen voraussichtlich weniger belastet werden, auch wenn erhebliche geopolitische Unsicherheiten und damit Abwärtsrisiken fortbestehen. Hohe Produktionskosten dürften unverändert den Absatz im Verarbeitenden Gewerbe belasten, auch wenn sich eine Aufhellung angesichts der Steigerungen bei der öffentlichen Nachfrage abzeichnet. Zinnsensitive Branchen, wie der Bausektor, könnten mit dem voraussichtlich erreichten Boden des aktuellen Zinssenkungszyklus der EZB – und vor dem erneuten Anstieg der Notenbankzinsen in voraussichtlich mittlerer Frist – positive Impulse erhalten. Trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen erscheinen die Wachstumsvoraussetzungen im Jahr 2026 für die deutsche Volkswirtschaft, insbesondere aufgrund der fiskalischen Impulse und stärkeren Reformbestrebungen auf politischer Ebene, so positiv wie lange nicht. Die Versprechen der US-Regierung auf eine noch unternehmensfreundlichere Wirtschaftspolitik könnten aufgrund der anstehenden Zwischenwahlen in den USA sowie der Unsicherheitsfaktoren bezüglich der weiteren Zinsperspektive womöglich weniger leicht eingelöst werden, zumal die jüngsten Ankündigungen des US-Präsidenten zur Reduzierung der Inflation für US-Konsument:innen auch Belastungen für amerikanische Unternehmen zur Folge haben könnten.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

- Die Konzernbilanzsumme sollte Ende 2026 moderat sinken. Auf der Aktivseite sollte der Rückgang primär auf das Treasury Book (Finanzanlagen und Barreserve) entfallen, während die Höhe des Kreditbuchs (Bilanzposition Forderungen an Kunden) tendenziell auf dem Niveau des Berichtsultimos bleiben sollte. Die Entwicklung der Passivseite sollte von einem – dem Rückgang auf der Aktivseite entsprechend – geringeren Refinanzierungsbedarf geprägt sein, was planerisch unter anderem zu geringeren Volumina über das Asset-based Funding führt. Die für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagene Dividendenzahlung, die in den Kapitalquoten zum Jahresende 2025 bereits mindernd vorab berücksichtigt ist, wird bei Zahlung im Geschäftsjahr 2026 auch zu einer Verringerung des bilanziellen Eigenkapitals führen. Hinsichtlich der Refinanzierung über Einlagen sollte sich das Wachstum bei den Retail Deposits weiter fortsetzen, wodurch Teile des Fundings über Corporate Deposits substituiert werden können. Ergänzend sieht die Fundingplanung umfangsmäßig moderate Kapitalmarktaktivitäten vor.
- Wie oben dargestellt sollten sich die Forderungen an Kunden im Prognosejahr 2026 annähernd konstant entwickeln. Für den weiteren Verlauf des Planungszeitraums wird für das Kreditbuch ein Wachstum unterstellt, das für alle Franchise-Portfolios gilt, mit Ausnahme des nationalen Real Estate, für dessen Anteil an der Konzernbilanzsumme im Rahmen der Asset-Allokation mittelfristig ein Zielwert von rund 20 % angestrebt wird. Das Divestment in den nicht mehr fortzuführenden Geschäftsfeldern wie dem internationalen Immobiliengeschäft sowie dem Structured Portfolio Finance (Segment Corporates) wird sich im Rahmen eines Run-downs weiter fortsetzen, sodass der Anteil des Franchise-Portfolios an der Konzernbilanzsumme mittelfristig von rund 50 % (Jahresende 2025) auf über 60 % steigen sollte.
- Hinsichtlich des auf die Franchise-Portfolios konzentrierten Neugeschäfts unterstellt die Unternehmensplanung für 2026 ein Brutto-Neugeschäftsvolumen oberhalb des Niveaus von 2025, als 5,0 Mrd. € kontrahiert wurden. Das Wachstum im Neugeschäft ist gemäß Planung überwiegend auf das Segment Real Estate zurückzuführen, in dem 2025 eine sehr verhaltene Neugeschäftsentwicklung zu verzeichnen war. In Summe wird eine relativ ausgewogene Verteilung des Neugeschäfts auf die vier Lending Units Real Estate, Shipping,

Project Finance und Corporates angestrebt. Im Planungszeitraum strebt die Bank im Neugeschäft eine jährliche Wachstumsrate von rund 11 % an.

- Für den Gesamtertrag 2026 geht die HCOB von einem Rückgang gegenüber dem Berichtsjahr im höheren einstelligen Prozentbereich aus, da sich das geringere Geschäftsvolumen – entsprechend der Entwicklung im zweiten Halbjahr 2025 – im Zinsüberschuss bemerkbar machen wird. Die Profitabilität, gemessen an der Nettozinsmarge NIM, sollte hingegen wieder das Niveau des Berichtsjahres erreichen.
- Die HCOB erwartet, dass die Risikovorsorge (GuV) 2026 spürbar unter dem Niveau des Berichtsjahres liegt. Wesentlicher Treiber dafür ist eine antizipierte allmähliche wirtschaftliche Erholung an den gewerblichen Immobilienmärkten, in deren Zuge der Risikovorsorgebedarf im Segment Real Estate sowohl auf der Stufe 3 als auch auf den Stufen 1 und 2 des Risikovorsorgemodells tendenziell sinken sollte. Bis zum Ende des Planungszeitraums sollten sich die Risikokosten weiter verringern.
- Der Verwaltungsaufwand sollte 2026 um annähernd 20 % geringer ausfallen als im abgelaufenen Geschäftsjahr. Treiber dafür sind der Wegfall der im Berichtsjahr angefallenen Einmalbelastungen, die Einsparungen aus der sukzessiven VAK-Reduktion im Rahmen des vereinbarten Personalabbaus, geringere Projektkosten sowie vertraglich vereinbarte Einsparungen bei IT-Dienstleistungen, die sich erstmals über eine volle Periode auswirken werden. Bis zum Ende des Planungszeitraums strebt die Bank eine Reduktion ihrer Kosten (Basis: um Einmaleffekt bereinigter Verwaltungsaufwand 2025) um nominal rund 15 % auf rund 280 Mio. € an.
- Für das Geschäftsjahr 2026 wird wie 2025 keine Bankenabgabe anfallen, ferner werden auch 2026 keine Beiträge zur Einlagensicherung erhoben.
- Für das laufende Jahr geht die Bank von einem in etwa ausgeglichenen Sonstigen betrieblichen Ergebnis aus, unter der Prämisse, dass anders als 2025 keine relevanten Einmaleffekte anfallen werden.
- Die Entwicklung der Ertragsteuern wird gemäß Unternehmensplanung durch die Mindestbesteuerung in Deutschland (laufende Steuern) sowie Aufwendungen aus dem Verbrauch aktiver latenter Steuern geprägt sein. Die Ertragsteuerquote sollte wesentlich geringer ausfallen als im Geschäftsjahr 2025.

Prognose der Entwicklung der bedeutsamsten Steuerungskennzahlen für 2026

Unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Aspekte geht die Bank in ihrer Prognose davon aus, im Geschäftsjahr 2026 ein Ergebnis vor Steuern von rund 300 Mio. € (Ist 2025: 289 Mio. €) erzielen zu können. Der erwartete Anstieg im Ergebnis vor Steuern basiert im Wesentlichen auf der Annahme, dass ein volumenbedingter Rückgang im Zinsüberschuss sowie der Wegfall der positiven Einmaleffekte im Sonstigen betrieblichen Ergebnis durch geringere Verwaltungsaufwendungen sowie eine niedrigere Risikovorsorge insgesamt überkompensiert werden können. Unter Berücksichtigung von Ertragsteuern, die planungsgemäß wesentlich geringer ausfallen werden als im Berichtsjahr, prognostiziert die Bank für das Geschäftsjahr 2026 einen **RoE nach Steuern @equity** von rund 9 % (Ist 2025: 4,5 %).

Die **CIR** sollte 2026 ~45 % betragen. Der erwartete Rückgang gegenüber dem Berichtsjahr (48 %) basiert auf der Annahme, dass sich die Verwaltungsaufwendungen (insbesondere durch den Wegfall des Einmaleffekts im Personalaufwand) überproportional zur Entwicklung der Ertragsbasis (Gesamtertrag zuzüglich Sonstiges betriebliches Ergebnis) reduzieren werden.

In Bezug auf das harte Kernkapital wird die HCOB im Rahmen ihrer Ausschüttungspolitik für das Geschäftsjahr 2026 berücksichtigen, dass zum 31. Dezember 2026 eine **CET1-Quote** von 16,0 % angestrebt wird (siehe dazu auch die Ausführungen im Kapitel „Wirtschaftsbericht“ im Abschnitt „Ausschüttungspolitik“).

Für die **LCR** geht die Bank davon aus, dass diese zum Jahresende 2026 mit einer Quote >180 % weiterhin komfortabel über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen (100 %) liegen wird.

Im Rahmen der Projektionen für die **NPL-Quote** erwartet die Bank für 2026 ein gegenüber dem Berichtszeitraum insgesamt rückläufiges Neuausfallvolumen, wobei die Neuausfälle insbesondere im Segment Real Estate abnehmen sollten. Hier sollte die Bank davon profitieren, dass das Kreditbuch inzwischen an das aktuelle Zinsniveau angepasst ist. Gleichzeitig erwartet die Bank, dass sie auch 2026 einen NPL-Nettoabbau, getrieben vom Segment Real Estate, realisieren kann, der überproportional zum Rückgang des relevanten Forderungsvolumens ausfällt. Auf dieser Basis prognostiziert die Bank für das Jahresende 2026 eine NPL-Quote von ~3,0 % (31. Dezember 2025: 3,3 %), die in den Folgejahren des Planungszeitraums weiter sinken sollte.

Für das Geschäftsjahr 2026 dürfte das Rating, das zuletzt im Juni 2025 bestätigt worden ist, weiter auf dem erreichten Stand verbleiben, was auch im stabilen Ausblick seinen Ausdruck findet.

Auf wesentliche Chancen und Risiken der Prognosen geht die Bank nachfolgend ein. Chancen sind dabei definiert als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer für die Bank positiven

Prognoseabweichung führen können. Risiken sind demgegenüber im Rahmen des Prognoseberichts definiert als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer negativen Prognoseabweichung führen können. Anschließend werden im Kapitel „Risikobericht“ die bankspezifischen Risikoarten separat erläutert.

Chancen und Risiken

Mit Blick auf die vorstehend dargestellten Prognosen der bedeutsamsten Steuerungskennzahlen ergeben sich die Chancen und Risiken einerseits aus den zukünftigen Entwicklungen des makroökonomischen Umfelds (volkswirtschaftliche Faktoren) und der Markt- und Wettbewerbsbedingungen in den für die HCOB relevanten Branchen (branchenspezifische Faktoren). Diese werden nachfolgend in den Abschnitten A) und B) dargestellt. Weitere Chancen und Risiken für die Prognosen der HCOB ergeben sich aus unternehmensspezifischen Umständen und werden in den Abschnitten C) bis E) erläutert.

A) VOLKSWIRTSCHAFTLICHE FAKTOREN (KONJUNKTUR)

Für das Jahr 2026 bestehen Risiken für die Weltwirtschaft, die das Wachstum schwächer ausfallen lassen und zu Volatilität an den Finanzmärkten führen könnten. Dazu zählen weiterhin die bestehenden geopolitischen Spannungen wie die Fortsetzung des Kriegs in der Ukraine und die fragile Lage im Nahen Osten. Eine Ausweitung des Konflikts, etwa durch Angriffe auf iranische Energieinfrastruktur, könnte Transportwege beeinträchtigen und einen neuen Energiepreisschock mit geldpolitischen Implikationen auslösen. Ebenso bleibt das Risiko einer Eskalation im Indopazifik bestehen: Ein militärisches Vorgehen Chinas gegen Taiwan oder eine Blockade würde die globale Halbleiterindustrie erheblich belasten. Darüber hinaus stellen Extremwetterereignisse weiterhin ein relevantes Risiko dar, mit potenziellen Auswirkungen auf Tourismus, Ernten (und damit Lebensmittelpreise), Energieversorgung, Verkehrswege und Bauaktivitäten. In den großen Wirtschaftsräumen bestehen zusätzliche Risiken: In den USA könnten die Zollpolitik und politische Unsicherheit unter der Trump-Administration Handelskonflikte verschärfen und die Inflation erhöhen. Zudem nimmt der politische Druck auf die Federal Reserve durch die Trump-Regierung zu, was die Wahrscheinlichkeit einer expansiveren Geldpolitik erhöht und zu Unsicherheiten über den geldpolitischen Kurs beiträgt. Für die Eurozone drohen Belastungen durch US-Zölle und Wettbewerbsdruck aus China. Innenpolitische Risiken wie die fragile Regierungslage in Frankreich verstärken die Volatilität. Ein weiterer Risikofaktor ist die beschleunigte Einführung von KI. Sie kann zu disruptiven Effekten an den Finanzmärkten, einer Veränderung der Wettbewerbslandschaft zwischen Unternehmen und einem Anstieg des Energieverbrauchs und damit zu höheren Energiepreisen führen.

Wenn sich die oben genannten Risiken nicht materialisieren und ein schnelleres Ende der geopolitischen Spannungen eintritt, sollte dies hingegen mit einem höheren globalen Wirtschaftswachstum verbunden sein. Darüber hinaus bestehen Chancen durch Strukturreformen für die europäische und deutsche Wirtschaft sowie durch die zunehmende Nutzung von KI, die Produktivität und Innovation fördern könnten.

B) BRANCHENSPEZIFISCHE FAKTOREN (MÄRKTE)

Eine schwächer als erwartete Wirtschaftsentwicklung, insbesondere in China und den USA, hätte ebenso negative Folgen für den Welthandel und damit auch für die Schifffahrtsmärkte wie eine Eskalation der oben genannten geopolitischen Spannungen/Konflikte, da diese tendenziell zu Deglobalisierung bzw. Onshoring führen dürften. Des Weiteren hätte eine Rückkehr zu früheren Handelsrouten durch den Wegfall von Störungen oder Sanktionen geringere Transportdistanzen zur Folge. Auch die notwendige Einschränkung im Verbrauch fossiler Energieträger (wie Kohle, Öl und Gas) dürfte die Nachfrage nach Seetransport bremsen. Sollte die weltweite Wirtschaftsaktivität dynamischer verlaufen als erwartet, würde dieses die Nachfrage nach Transportleistung hingegen positiv beeinflussen.

Sollte anstelle des für 2026 erwarteten nur sehr begrenzten Anstiegs der langfristigen Zinsen eine deutlich drastischere Erhöhung stattfinden, weil das Vertrauen der Finanzmärkte in die Unabhängigkeit der Fed erheblichen Schaden nimmt, und sich dieser Anstieg auch auf das europäische Zinsniveau übertragen, würden dadurch die Immobilienmärkte stärker belastet als in der Planung unterstellt. Ebenfalls verschlechternd würde sich ein deutlich schwächerer Konjunkturverlauf, gar ein Rückfall in eine tiefe Rezession, auswirken. Davon wären Gewerbe- wie Wohnimmobilien betroffen. Umgekehrt würde eine günstigere als angenommene Entwicklung der primären Belastungsfaktoren, eine zügigere und kräftigere Konjunkturerholung sowie die Stabilisierung des langfristigen/Senkung des kurzfristigen Zinsniveaus die Aussichten des Sektors verbessern.

Sollte die Entwicklung der volkswirtschaftlichen sowie der branchenspezifischen Faktoren insgesamt negativer ausfallen als in der Planung unterstellt, würde dieses tendenziell Druck auf die Risikoversorge (Ertragslage), das NPL-Volumen/die NPL-Quote (Assetqualität) sowie die RWA und damit die Kapitalquoten (Kapital) der Bank ausüben. Ferner könnte die Ertragslage im Rahmen des FVPL-Ergebnisses im Falle einer unerwartet starken Ausweitung der Credit Spreads negativ beeinträchtigt werden.

Eine insgesamt günstigere als die in der Planung angenommene Entwicklung der volkswirtschaftlichen und branchenspezifischen Faktoren würde die vorgenannten Ergebnisgrößen und Kennzahlen hingegen tendenziell positiv beeinflussen.

C) KUNDENGESCHÄFT

Auf der Ertragsseite besteht die grundsätzliche Herausforderung darin, die moderaten Wachstumsziele in den Franchise-Geschäftsfeldern sowie die angestrebte Entwicklung bei der operativen Profitabilität unter Wahrung der konservativen Kreditstandards auch in dem aktuellen makroökonomischen Umfeld zu erreichen.

Sollten sich das makroökonomische Umfeld und die Markt- und Wettbewerbsbedingungen in den für die Bank relevanten Märkten/Branchen negativer entwickeln als prognostiziert, besteht neben den in Abschnitt B) beschriebenen potenziellen Auswirkungen das grundsätzliche Risiko, dass die in der Prognose zugrunde gelegten Volumen- und Margenziele nicht erreicht werden können, zum Beispiel durch eine sich abschwächende Kundennachfrage und/oder hohe außerplanmäßige Tilgungen sowie zunehmenden Wettbewerbsdruck auf die Margen, nicht zuletzt durch die wachsende Konkurrenz durch nicht regulierte Finanzmarktteilnehmer.

In allen Kerngeschäftsfeldern der Bank ergeben sich trotz bestehender Herausforderungen auch zahlreiche Chancen für profitables Wachstum. Die wachsende Bedeutung von Nachhaltigkeitsaspekten, die fortschreitende Digitalisierung sowie die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen, aber auch die staatlichen Konjunkturmaßnahmen führen zu neuen Finanzierungsbedarfen. Darüber hinaus beeinflussen Fortschritte bei den Bestrebungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb Europas (einschließlich des Abbaus innereuropäischer Handelsbarrieren) sowie die zunehmende Fokussierung auf die europäische Souveränität die Kapitalnachfrage positiv. Diese kann durch maßgeschneiderte Finanzierungslösungen gezielt befriedigt werden. Im Immobiliensektor eröffnen insbesondere energieeffiziente Projekte und eine sich abzeichnende Trendwende zu positiveren Marktbedingungen neue Geschäftsmöglichkeiten. Gleichzeitig schafft der Wandel in der Schifffahrtsbranche hin zu emissionsärmeren Technologien zusätzlichen Finanzierungsbedarf. Infrastruktur- und Energieprojekte im Bereich der Projektfinanzierung profitieren ebenfalls von den staatlichen Förderprogrammen. Zudem benötigen Unternehmenskunden, vor allem im Mittelstand, zunehmend maßgeschneiderte Finanzierungsmodelle, um strukturelle Veränderungen zu bewältigen. Das Selbstverständnis der HCOB ist es, der bevorzugte Partner ihrer Kund:innen in Europa zu sein und diesen maßgeschneiderte Finanzlösungen anzubieten, die auf Expertise, Zuverlässigkeit und Geschwindigkeit basieren. Gelingt es der HCOB, mit ihrem Anspruch bei den Kund:innen durchzudringen und ihre Marktpositionierung in ihren Kerngeschäftsfeldern zu halten bzw. auszubauen, eröffnen sich Ertrags- und Wachstumschancen, die durch die Exploration von Cross-Selling-Potenzialen verstärkt werden könnten.

D) PERSONALABBAU

Die Ende 2024 und im Berichtsjahr beschlossenen Personalabbaumaßnahmen sind bereits überwiegend vertraglich vereinbart, sodass ein Großteil der geplanten Kosteneinsparungen sicher realisiert werden kann. Die Reduktion des Personalbestands wird einen signifikanten Beitrag zur nachhaltigen Optimierung der Kostenbasis leisten.

In Verbindung mit dem Personalabbau besteht das grundsätzliche Risiko in einem potenziellen ungewollten Verlust von Schlüsselpersonal, was zu Know-how-Engpässen führen und die Stabilität sowie die Qualität kritischer Geschäftsprozesse beeinträchtigen könnte. Zudem besteht das Risiko, dass die im Rahmen der Personalabbaumaßnahmen unterstellten Effizienz- und Produktivitätsgewinne – etwa aus Prozessoptimierungen, Automatisierung und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz – nicht im erwarteten Umfang realisiert werden. In diesem Fall könnte sich zeigen, dass der Personalabbau zu ambitioniert bemessen war, was zu Kapazitätsengpässen und Einschränkungen in der operativen Leistungsfähigkeit führen könnte. Darüber hinaus besteht das Restrisiko, dass die angestrebten Abbauziele nicht vollständig erreicht werden. Dies könnte dazu führen, dass die geplanten Kosteneinsparungen nicht vollständig realisiert werden können und die

angestrebte Effizienzsteigerung insofern hinter den Erwartungen zurückbleibt. Um diesem Risiko zu begegnen, hat die Bank bereits Maßnahmen zur Vereinfachung und weiteren Automatisierung von Prozessen eingeleitet, erfolgreich KI-Anwendungsfälle eingeführt und Schulungen zu neuen Technologien für die Mitarbeitenden angeboten. Darüber hinaus stehen allen Mitarbeitenden zahlreiche Produktivitätstools zur Verfügung, und die weitere Implementierung von KI- und Automatisierungsanwendungen hat weiterhin höchste Priorität, sodass die angestrebten Effizienz- und Produktivitätsgewinne aus Sicht des Vorstands realisiert werden können. Zur Risikominimierung setzt die Bank auch auf gezielte Kommunikationsmaßnahmen – flankiert durch Change-Management-Initiativen, die die Mitarbeitenden durch die Veränderung begleiten – sowie eine systematische Nachfolgeplanung und ein kontinuierliches Monitoring der Umsetzung der definierten Maßnahmen.

Die im Personalabbau bereits antizipierten Effizienzgewinne sollen Kapazitäten schaffen, die perspektivisch eine gezielte Neuausrichtung auf zukunftsorientierte Aufgabenfelder ermöglichen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die zugrunde gelegten Produktivitätssteigerungen tatsächlich im geplanten Umfang realisiert werden.

E) FUNDING

Die HCOB hat sich in ihrer Fundingplanung bei einem insgesamt sinkenden Refinanzierungsbedarf Ziele für das Wachstum der Retaleinlagen gesetzt, um mittelfristig die Anteile des Fundings über den Kapitalmarkt und über Einlagen von Unternehmenskunden zu reduzieren. Zum einen soll der Bestand an Einlagen von Privatkund:innen, die über die Online-Plattform eines Drittanbieters („Raisin“) eingeworben werden, weiter ausgebaut werden. Ein weiterer wichtiger Channel für das angestrebte Wachstum der Retaleinlagen ist die in Zusammenarbeit mit einem etablierten Provider neu entwickelte eigene digitale Plattform „Hamburg Direct Bank“. Über diese werden – ab ihrem für das erste Quartal 2026 geplanten Go-live – deutschen Privatkund:innen Direktanlagen mit unterschiedlichen Laufzeiten angeboten.

Das Erreichen der Wachstumsziele für das Retailfunding hängt maßgeblich von der nachhaltigen Akzeptanz der Produktangebote der HCOB durch die potenziellen Kund:innen ab. Der Markt für Privatkundeneinlagen in Deutschland ist durch eine hohe Wettbewerbsintensität und eine ausgeprägte Preissensitivität gekennzeichnet. Kund:innen reagieren tendenziell stark auf Zinsangebote und zeigen eine vergleichsweise hohe Wechselbereitschaft. In diesem kompetitiven Umfeld, in dem Wettbewerber vergleichbare Fundingstrategien verfolgen, besteht das Risiko, dass die Bank ihre angestrebten Fundingvolumina im Retailfunding nicht oder zu höheren Kosten als geplant erreicht. In einem solchen Fall würde die Bank als risikominimierende Maßnahme den Bestand an Corporate Deposits in einem geringeren Umfang als geplant reduzieren. Umgekehrt könnte ein im Marktvergleich überdurchschnittlich attraktives Angebot der HCOB dazu führen, dass die Wachstumsziele für das Retailfunding früher als geplant erreicht oder sogar übertroffen werden, was die Diversifizierung und Stabilität der Einlagenbasis weiter stärken würde.

F) RECHTLICHES UMFELD

Die Bank hat zum 31. Dezember 2025 im IFRS-Konzernabschluss Rückstellungen für Prozessrisiken und –kosten in Höhe von 132 Mio. € passiviert. Ergebnisrisiken oder –chancen für die Ertragslage ergeben sich aus der Möglichkeit, dass die zukünftige tatsächliche Inanspruchnahme aus den anhängigen Rechtsstreitigkeiten höher oder geringer ausfallen kann als die der Rückstellungsbildung zugrunde liegende erwartete Inanspruchnahme.

In der Vergangenheit hat die Bank aufgrund von staatlichen Eingriffen in einem EU-Mitgliedsstaat Verluste bei Finanzierungen erlitten. Gegen diese Eingriffe hatte die Bank bereits in den Vorjahren rechtliche Schritte unternommen. Sollten zukünftige Urteile die Rechtsauffassung der Bank bestätigen, sind Mittelzuflüsse bis zu einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag (Euro) für die Bank zu erwarten. Risiken für die Ertragslage bestehen aus diesem Sachverhalt hingegen nicht, da die Bank die Ausfallrisiken bereits in der Vergangenheit vollständig bilanziell abgedeckt hat.

Gesamtaussagen und Ergebnisprognose

2026 wird sich die HCOB mit voller Kraft auf die operative Umsetzung ihrer Strategie „Franchise Fokus“ konzentrieren, die vollständig auf Kundenzentrierung und profitables Wachstum in ihren Kerngeschäftsfeldern ausgerichtet ist. Entsprechend sieht die Neugeschäftsplanung ein Wachstum gegenüber dem Berichtsjahr vor. Darüber hinaus wird die operative Umsetzung der im Berichtsjahr angeschobenen Initiativen, wie der Aufbau der eigenen Plattform für Retaleinlagen sowie die Fortsetzung des Run-downs der Non-Strategic Assets, im

Fokus der Bank stehen. Zudem wird die HCOB 2026 eine neue Wachstumsinitiative unter dem Namen „Managed Accounts“ an den Markt bringen. Bei diesem Produkt handelt es sich um die Aufsetzung eines Kredit-Spezialfonds zugunsten externer Investor:innen, für die der HCOB Konzern Asset-Management-Services erbringt und seine Kredit-Sourcing-Expertise einbringt. Dieses Produkt, das grundsätzlich skalierbar ist, wird die Provisionserträge der Bank weiter stärken. Außerdem wird die Bank ihre vollständig implementierte Cloud-Infrastruktur nutzen, um im Rahmen ihres Anspruchs einer kontinuierlichen Verbesserung zusätzliche Prozessoptimierungen voranzutreiben. Dabei sollen KI und Automatisierung verstärkt eingesetzt werden, was aus Sicht der HCOB ein zentraler Treiber ist, um die operative Effizienz weiter zu erhöhen und so die nachhaltige Profitabilität sicherzustellen.

Die Ergebnisprognose für das laufende Geschäftsjahr 2026 ist von der Annahme geprägt, dass der Gesamtertrag bei einer stabilen Entwicklung der Nettozinsmarge zurückgeht, was auf das planmäßig geringere Bilanzvolumen zurückzuführen ist. Der Rückgang der Ertragsbasis sollte aber durch niedrigere Risikokosten sowie geringere Verwaltungsaufwendungen, letzteres auch gestützt auf den Wegfall des 2025 angefallenen Einmaleffekts, überkompensiert werden können. Auf Basis der heutigen Erkenntnisse geht die Bank davon aus, für das Geschäftsjahr 2026 ein IFRS-Ergebnis vor Steuern von rund 300 Mio. € erreichen zu können.

Diese Ergebnisprognose steht – nach dem Ende Februar 2026 erfolgten Ausbruch des Kriegs im Iran – unter dem Vorbehalt einer weiteren und nachhaltigen Eskalation der bestehenden geopolitischen Konflikte/Krisen (insbesondere Naher Osten und Ukraine) sowie Spannungen (Handelskonflikte), sofern diese mit – im Vergleich zu den der Prognose zugrundeliegenden Annahmen – deutlich adversen Entwicklungen auf den Finanz-, Immobilien- und Schifffahrtsmärkten verbunden sein sollten. Selbiges gilt für das potenzielle Auftreten anderer, derzeit nicht absehbarer Krisenereignisse. Umgekehrt könnten eine stärkere Fokussierung auf die europäische Souveränität und eine verstärkte europäische Zusammenarbeit große Wachstumschancen bieten.

Für die Ergebnisprognose sowie die zukünftige Entwicklung der Hamburg Commercial Bank ergeben sich insgesamt Herausforderungen und Chancen, die detailliert im Prognose- sowie Risikobericht beschrieben wurden.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Grundsätze des Risikomanagements

Das aktive Risikomanagement ist eine wesentliche Komponente der Gesamtbanksteuerung der Hamburg Commercial Bank. Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems erfolgt im Einklang mit der Geschäftsstrategie und den Risikopositionen der Bank. Den regulatorischen Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems bilden insbesondere die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie die einschlägigen Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA).

Unter Risiko versteht die Hamburg Commercial Bank ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- oder Finanzlage der Bank auswirken können.

Die Hamburg Commercial Bank führt jährlich bzw. anlassbezogen eine Risikoinventur zur Identifizierung der wesentlichen Risiken durch. Hierbei wird zwischen „Financial Risks“ und „Non-Financial Risks“ (NFR) unterschieden. Die wesentlichen Risikoarten der Hamburg Commercial Bank sind innerhalb der Financial Risks das Ausfallrisiko, das Marktrisiko sowie das Liquiditätsrisiko und bei den NFR das operationelle Risiko, das auch Rechts- und Compliance-Risiken beinhaltet, das Reputationsrisiko sowie das geschäftsstrategische Risiko, das sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Komponenten umfasst.

In Übereinstimmung mit den regulatorischen Rahmenwerken betrachtet die Hamburg Commercial Bank Nachhaltigkeitsrisiken nicht als eigene Risikoart, sondern als Risikotreiber in den Financial Risks und Non-Financial Risks und ergreift Maßnahmen zu deren aktiver Steuerung, unter anderem auf Basis von Nachhaltigkeitscores für das Kreditgeschäft sowie der Integration in die Szenariorechnungen. Weitere Informationen zum Umgang mit dem Thema Nachhaltigkeit und den entsprechenden Risiken enthält der Abschnitt „Nachhaltigkeitserklärung“ als Teil dieses zusammengefassten Lageberichts.

Festlegung Risikoappetit und Risikolimitsystem

Das Strategic Risk Framework (SRF) als gesamtbankbezogene strategische Richtlinie bildet das Fundament der Risikokultur, beschreibt die Ausrichtung des Risikomanagements der Bank und definiert die Ziele der Risikosteuerung sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Es ist umfassend in die Bankprozesse integriert, beispielsweise durch Verankerung in den Bankzielen, der Definition von Vorgaben für den Strategie- und Planungsprozess, im Risikoreporting und im Code of Conduct.

Durch die mit der Geschäftsstrategie konsistenten Vorgaben unterstützt das SRF die Umsetzung der geschäftsstrategischen Ziele und stellt die Einhaltung regulatorischer Vorgaben sicher. Im Vordergrund stehen dabei die Sicherstellung und Verteilung der begrenzten Ressourcen Kapital und Liquidität unter Berücksichtigung des Risikoappetits. Die Operationalisierung des Risikoappetits wird über die Risikostrategie sowie die Ableitung adäquater Risikolimits sichergestellt. Das Limitsystem dient dazu, adverse Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, mit geeigneten Gegenmaßnahmen abzuwenden und die risikostrategischen Ziele zu erreichen.

Bei der Festlegung der Strategien und des daraus abgeleiteten Risikoappetits sind Annahmen über die zukünftige Entwicklung relevanter Einflussfaktoren zu treffen. Durch wesentliche Veränderungen z. B. im geopolitischen und makroökonomischen Umfeld, aufsichtliche Entwicklungen oder die strategische Ausrichtung der Bank kann eine Anpassung erforderlich sein. Das SRF wird daher mindestens jährlich überprüft und vom Vorstand beschlossen. Im Einklang mit der im ersten Halbjahr 2025 durch den Vorstand beschlossenen strategischen Fokussierung der Hamburg Commercial Bank ist eine unterjährige Anpassung des SRF erfolgt.

Organisation des Risikomanagements

Die Organisation des Risikomanagements der Hamburg Commercial Bank orientiert sich in erster Linie an den Erfordernissen des Geschäftsmodells und trägt zudem den regulatorischen Anforderungen Rechnung.

Die Verantwortung für das Risikomanagement der Hamburg Commercial Bank einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung und -überwachung liegt beim Gesamtvorstand.

Der Risikoausschuss des Aufsichtsrats ist insbesondere verantwortlich für die Prüfung der aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Hamburg Commercial Bank. Zudem berät er den Aufsichtsrat hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und unterstützt

ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch den Vorstand. Der Risikoausschuss wird vom Vorstand regelmäßig in Sitzungen über die Risikolage und das Risikomanagement der Bank informiert.

Der Chief Risk Officer (CRO) ist als Mitglied des Vorstands für das Risikocontrolling der Hamburg Commercial Bank einschließlich der Risikoüberwachung sowie für die Marktfolge verantwortlich. Der CRO entscheidet unabhängig von den für die Marktbereiche und den Handel zuständigen Vorstandsmitgliedern. Auf diese Weise wird der aufsichtsrechtlich geforderten Funktionstrennung zwischen den Markt- und Handelsbereichen einerseits und dem Risikocontrolling, der Kontrolle von Handelsgeschäften sowie der Marktfolge andererseits auf allen Ebenen aufbauorganisatorisch Rechnung getragen.

Im Einzelnen umfasst die Zuständigkeit des CRO die Risikocontrollingeinheiten Strategic & Credit Risk Control, Asset & Liability Risk Control sowie die Unternehmensbereiche Credit Risk Center und Compliance.

Die Risikocontrollingeinheiten Strategic & Credit Risk Control und Asset & Liability Risk Control sind für die risikostrategische Ausrichtung, die regulatorisch erforderliche Risikocontrolling-Funktion sowie die methodischen Vorgaben und Modelle zur Berechnung aller risikorelevanten Komponenten verantwortlich. Sie entwickeln die Methoden und Instrumente zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung der Risiken und legen die Risikolimits für die Portfoliosteuerung – für das Ausfallrisiko zusammen mit dem Unternehmensbereich Credit Risk Center – fest. Im Unternehmensbereich Strategic & Credit Risk Control erfolgt zudem die Sicherheitenbewertung für das Kreditgeschäft sowie die Ermittlung der Risikovorsorgebeträge nach IFRS 9.

Der Unternehmensbereich Asset & Liability Risk Control führt die Risikoüberwachung von Handelsgeschäften durch, während die Abwicklung in der vom Chief Executive Officer verantworteten Abteilung Capital Markets Operations erfolgt.

Im Unternehmensbereich Credit Risk Center erfolgen unter anderem die Festsetzung von Ratings sowie die unabhängige Beurteilung und Erstellung eines Zweitvotums bei votierungsrelevanten Normal- und Intensivengagements, die Aufstellung und Entwicklung von Kreditstandards und – in enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmensbereich Strategic & Credit Risk Control – die Festlegung von Risikolimits zur Portfoliosteuerung und Überprüfung von deren Einhaltung. Sanierungs- bzw. abwicklungsspezifische Aktivitäten liegen hauptverantwortlich in der spezialisierten Abteilung Restructuring & Work-Out. Des Weiteren trägt diese – gemeinsam mit dem Unternehmensbereich Strategic & Credit Risk Control – die Verantwortung für die Ermittlung der Risikovorsorgebeträge der Stufe 3 (IFRS 9).

Der Unternehmensbereich Compliance ist verantwortlich für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung von Rechts- und Regelwerke mit Blick auf den Code of Conduct sowie Regelungen zur Kapitalmarkt-Compliance, der Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und strafbarer Handlungen gemäß § 25h KWG und die Einhaltung von Vorgaben zu Finanzsanktionen und Embargos. Zusätzlich nimmt der Unternehmensbereich die Compliance-Funktion gemäß AT 4.4.2 MaRisk wahr und wirkt in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Hamburg Commercial Bank implementiert und eingehalten werden.

Die Aufbauorganisation der Hamburg Commercial Bank orientiert sich an dem Modell der drei Verteidigungslinien (Three Lines-of-Defence – 3 LoD). Die Risiken der Bank sind dezentral zu steuern (1st LoD), unabhängig zu überwachen (2nd LoD) und in die prozessunabhängige Prüfung einzubeziehen (3rd LoD). In der Hamburg Commercial Bank sind die Verteidigungslinien klar definiert, die Aufgaben und Verantwortlichkeiten abgegrenzt und zeichnen sich durch folgende Eigenschaften aus:

Die erste Verteidigungslinie bilden alle Unternehmensbereiche der Bank, die durch ihre operativen (Geschäfts-)Tätigkeiten Risiken eingehen. Als Risikoeigentümer ist sie insbesondere für die Steuerung der kunden- und geschäftsspezifischen Risiken und die Ausgestaltung von Kontrollen unter Beachtung der Methodenvorgaben durch die zweite Verteidigungslinie verantwortlich.

Für alle wesentlichen Risikoarten ist eine zweite Verteidigungslinie zur unabhängigen Überwachung und Kontrolle sowie Festlegung von Verfahren zur Begrenzung der jeweiligen Risiken etabliert. Sie definiert sich durch die rechtlich geforderten Beauftragten-Funktionen, aber auch durch analoge Überwachungsaufgaben in anderen Bereichen der Bank. Hauptaufgabe ist eine holistische Gesamtbetrachtung aller Risiken auf Einzelfallbasis sowie auf Portfolioebene. Die Risikocontrollingeinheiten fungieren dabei als spezialisierte zweite Verteidigungslinie.

Die Interne Revision ist ein Instrument des Vorstands und bildet die dritte Verteidigungslinie der Bank. Sie erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des

Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und hilft, diese zu verbessern. Die Interne Revision informiert den Gesamtvorstand sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats regelmäßig und anlassbezogen über die Ergebnisse ihrer Prüfungen sowie über die fristgerechte Beseitigung von Mängeln insgesamt.

Mithilfe eines Global-Head-Konzepts wird ein konzernweit aufeinander abgestimmtes Risikomanagement gewährleistet. Als jeweiliger Global Head ist die Leitung der einzelnen Unternehmensbereiche konzernweit für die Strategie der ihr zugeordneten Geschäftsfelder und die disziplinarische Führung der in ihrem Geschäftsfeld tätigen Mitarbeitenden verantwortlich. Bei der Umsetzung in den ausländischen Niederlassungen werden die Global Heads durch die Leitung der jeweiligen Niederlassung (General Manager) unter Wahrung der Funktionstrennung gemäß MaRisk unterstützt.

Die Hamburg Commercial Bank hat gemäß den MaRisk-Vorgaben Regelungen festgelegt, nach denen vor der Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten formalisierte Prüfprozesse (NPNM-Prozesse) durchlaufen werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass die risikogerechte Abbildung der Produkte in den relevanten Systemen sowie ihre Berücksichtigung in den relevanten Prozessen gewährleistet sind und Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten nur mit Zustimmung auf entsprechender Kompetenzebene abgeschlossen werden. Es besteht außerdem ein NPNM-Review-Prozess, mit dem die sachgerechte Abbildung bestehender Produkte oder Produktfreigaben regelmäßig überprüft wird.

Für die konzernweite Risikosteuerung berücksichtigt die Hamburg Commercial Bank diejenigen Unternehmen, die aufgrund wesentlicher Risiken auf Konzernebene in besonderem Maße zu überwachen sind. Ergänzende Informationen zur Organisation des Risikomanagements werden in den folgenden Abschnitten je Risikoart beschrieben.

Risikosteuerung durch zentrale Komiteestruktur

Der Vorstand hat Komitees mit jeweils eigenen Zuständigkeiten etabliert, die ihn bei der Überwachung und Steuerung aller wesentlichen Risiken unterstützen. Neben Mitgliedern des Vorstands sind die Komitees auch mit Führungskräften aus den Risiko- und weiteren Fachbereichen besetzt, womit ein regelmäßiger Informationsaustausch zu Risikoaspekten sichergestellt ist. Soweit interne oder externe Regularien keine Delegation von Entscheidungen auf die Komitees zulassen, sind diese für die Vorbereitung entsprechender Beschlussfassungen im Gesamtvorstand zuständig.

Das Asset Liability Committee (ALCO) ist das Gremium, das für die Steuerung und Allokation der finanziellen Ressourcen im Rahmen der Risikolimits und Planvorgaben verantwortlich ist. Wesentliche Ziele des ALCO sind das Monitoring und die Steuerung der knappen Ressource Liquidität und Funding, die Steuerung von Marktrisiken des Bankbuches zuzüglich Overlay-Steuerung sowie die Vermögens- und Kapitalallokation. Bei Überschreitung von Risikolimits wird die Notwendigkeit potenzieller Gegenmaßnahmen für die vom ALCO verantworteten Themen diskutiert und vorbereitet, bevor entsprechende Beschlüsse durch den Vorstand gefasst und umgesetzt werden.

Das Franchise Committee ist verantwortlich für die frühzeitige Bewertung wesentlicher Transaktionen und Geschäfte, bevor diese in den weiteren Kreditentscheidungsprozess übergehen. Die Steuerung der Einzelgeschäfte erfolgt dabei unter Berücksichtigung von Profitabilität, Struktur und Risikogesichtspunkten sowie Nachhaltigkeitskriterien.

Das Credit Committee hat die Aufgabe, Kreditentscheidungen für wesentliche Engagements zu treffen. Für Kreditanträge in der Kompetenzstufe des Gesamtvorstands wird vom Credit Committee vorab eine Entscheidungsempfehlung ausgesprochen. Weitere Aufgaben sind die Befassung mit Grundsatzfragen des Kreditgeschäfts und die Impulsgebung für regelmäßige Anpassungen der Kreditstandards der Hamburg Commercial Bank.

Das Project Steering Committee (PSC) ist das zentrale Steuerungsgremium unterhalb des Gesamtvorstands für das gesamte Projektportfolio der Hamburg Commercial Bank. Damit ist das PSC Planungs-, Entscheidungs- und Eskalationsinstanz für Inhalt bzw. Umfang der Projekte sowie deren zeitliche Planung. Weiterhin steuert das PSC die Priorisierung von Projekten sowie Ressourcen und entscheidet über wesentliche Fragen der IT-Architektur.

Das Sustainability Committee ist unter anderem verantwortlich für die Entwicklung und Steuerung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bank. Es stellt die Einhaltung der ESG-Ziele der Bank und der Anforderungen ESG-bezogener gesetzlicher, regulatorischer und anderer externer Rahmenwerke, zu denen sich die Hamburg Commercial Bank freiwillig verpflichtet hat, sicher.

Risikoberichtswesen und -messsysteme

Zur Analyse, Überwachung und zum Reporting von Risiken verfügt die Hamburg Commercial Bank über zentralisierte Datenhaltungssysteme und Risikomessverfahren, welche die internen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigen. Das Risikoreporting erfolgt generell durch Steuerungs- und Reportingsysteme in den Risikocontrollingeinheiten. Die eingerichteten Risikomanagementsysteme stellen eine effektive Risikosteuerung sicher und sind dem Profil und der Strategie der Hamburg Commercial Bank angemessen.

Das zentrale Element des Risikoberichtswesens stellt der monatliche Management Report dar. Dieser Vorstandsreport informiert als holistischer Finanz- und Risikoreport über die Gesamtsituation der Hamburg Commercial Bank im Hinblick auf die zentralen Werttreiber und Leistungskennzahlen, insbesondere über Erträge, Kosten, Risiko, Nachhaltigkeit, Liquidität, Kapital, sowie die Entwicklung der Sanierungsplanindikatoren und umfasst das Datenqualitäts-Reporting der Bank. Die Einhaltung der relevanten Risikolimits wird mithilfe des Management Reports überwacht.

Der Risikoausschuss wird regelmäßig über die Entwicklung von relevanten Risikogrößen der Hamburg Commercial Bank informiert und erhält die relevanten Auszüge des Management Reports.

Zu den weiteren Gesamtrisikoberichten gehören der Offenlegungsbericht gemäß Teil 8 der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie dieser Risikobericht als Teil des zusammengefassten Lageberichts.

Neben dem risikoartenübergreifenden Reporting bestehen risikoartenbezogene Reportinginstrumente. So wird der Gesamtvorstand durch einen täglichen Markt- sowie Liquiditätsrisikobericht über die Risiko- und Ergebnisentwicklung sowie die Limitauslastungen unterrichtet.

Internes Kontrollsystem**BANKWEITES INTERNES KONTROLLSYSTEM**

Der Vorstand der Hamburg Commercial Bank trägt die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des Hamburg Commercial Bank Konzerns einschließlich eines angemessenen und wirksamen internen Kontrollsystems (IKS).

Das IKS der Hamburg Commercial Bank basiert auf einer bankweiten Haupt- und Teilprozessstruktur (Prozesslandkarte), die auch die in- und ausländischen Niederlassungen einschließt. Für alle Hauptprozesse ist eine prozessverantwortliche Person benannt.

Oberste Ziele der IKS-Betrachtung sind die strukturierte und systematische Auseinandersetzung mit potenziellen und/oder bereits bekannten Prozessrisiken sowie die Definition und Entscheidung über angemessene Maßnahmen zu deren Mitigation. Darüber hinaus trägt das IKS durch bankeinheitliche Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit der Prozesse bei.

Die zentrale IKS-Stelle ist eine unabhängige Funktion im Unternehmensbereich Operations und berichtet regelmäßig als Teil des vierteljährlichen Non-Financial Risk-Reportings an den Vorstand. Sie trägt die Verantwortung für methodische Vorgaben sowie deren kontinuierliche Weiterentwicklung und überprüft in Stichproben auf Basis einer risikoorientierten Prozessbewertung die Angemessenheit und Wirksamkeit der bankweiten Prozesskontrollen. Ein implementierter Regelkreis stellt die Überprüfung des IKS hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit, Funktionsfähigkeit sowie Angemessenheit und Wirksamkeit sicher. Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung im Rahmen des IKS-Regelkreises sind entsprechende Verantwortlichkeiten und Rollen etabliert.

INTERNES KONTROLLSYSTEM IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die Verantwortung für den Prozess zur Erstellung des Konzern- und Jahresabschlusses der Hamburg Commercial Bank und für die Ordnungsmäßigkeit der (Konzern-)Rechnungslegung liegt beim Unternehmensbereich Finance & Bank Steering. Das rechnungslegungsbezogene IKS dient der Sicherstellung der Einhaltung von Vorschriften und Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Hierdurch wird ein Qualitätsstandard gesichert, der eine zuverlässige und korrekte Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gewährleistet. Wesentliche Grundlage des IKS ist die schriftlich fixierte Ordnung, die sämtliche interne Anweisungen und Regelungen umfasst.

Die Rechnungslegungsprozesse werden regelmäßig von den zuständigen prozessverantwortlichen Personen überprüft und an die aktuellen Rahmenbedingungen und Erfordernisse angepasst. Zusätzlich erfolgen prozessunabhängige Prüfungen durch die Interne Revision.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Die Hamburg Commercial Bank ermittelt die Höhe der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für Ausfall-, Markt- und operationelle Risiken sowie für die Risiken kreditinduzierter Bewertungsanpassungen von OTC-Derivaten (Credit Valuation Adjustments, CVA) gemäß den Vorgaben der CRR. Hierbei wird für Ausfallrisiken für den überwiegenden Teil des Portfolios der sogenannte IRB Approach verwendet, für den die Aufsicht der Bank die entsprechende Zulassung erteilt hat. Für das weitere Portfolio wird auf den Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) zurückgegriffen. Für die Ermittlung der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen, die Berücksichtigung operationeller Risiken und für CVA verwendet die Hamburg Commercial Bank Standardverfahren.

Entsprechend den Anforderungen von Teil 8 der CRR i. V. m. § 26a Abs. 1 Satz 1 KWG veröffentlicht die Hamburg Commercial Bank in einem separaten Offenlegungsbericht wesentliche qualitative und quantitative Informationen über das Eigenkapital und eingegangene Risiken. Inhaltlich geht das Dokument über die Offenlegung auf Basis der angewandten Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen dieses Geschäftsberichts hinaus, indem es einen umfassenden Einblick in die regulatorischen Rahmenbedingungen und die aktuelle Risikosituation der Bank auf Basis aufsichtsrechtlicher Zahlen gibt. Der Offenlegungsbericht per 31. Dezember 2025 ist vier Wochen nach Veröffentlichung dieses Geschäftsberichts auf unserer Internetseite www.hcob-bank.com verfügbar. Der Offenlegungsbericht ist nicht Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts. Mit der Veröffentlichung setzt die Hamburg Commercial Bank die Anforderungen der dritten Baseler Säule (Marktdisziplin) um. Die Anforderungen an die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik gemäß Artikel 435 Abs. 1 CRR und die Beschreibung des Informationsflusses an das Leitungsorgan bei Fragen des Risiko gemäß Artikel 435 Abs. 2 Buchstabe e CRR sind in diesem Risikobericht umgesetzt. Ebenfalls in diesem Risikobericht umgesetzt ist die gemäß Artikel 438 Buchstabe a CRR geforderte Beschreibung des Ansatzes, nach dem das Institut die Angemessenheit seines internen Kapitals zur Unterlegung der aktuellen und zukünftigen Aktivitäten beurteilt (Kapitaladäquanzprozess). Gleiches gilt für die Beschreibung der bei der Bestimmung von spezifischen und allgemeinen Kreditrisikoanpassungen angewandten Ansätze und Methoden gemäß Artikel 442 Buchstabe b CRR.

ANFORDERUNGEN AUS DEM AUFSICHTSRECHTLICHEN ÜBERPRÜFUNGS- UND BEWERTUNGSPROZESS

Im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) werden das Geschäftsmodell, die Governance, die Risikosituation sowie die Kapital- und Liquiditätsausstattung der Bank überprüft. Auf Basis der Analysen kann die Aufsicht über die bestehenden aufsichtlichen Mindestvorgaben hinausgehende Anforderungen an die Kapital- bzw. Liquiditätsausstattung erlassen. Die von der EZB der Bank zugewiesenen und im Rahmen des SREP jährlich überprüften individuellen Kapitalanforderungen wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten.

Einen Überblick über die für die Hamburg Commercial Bank geltenden Kapitalanforderungen bietet die folgende Tabelle. Zusätzlich besteht eine Säule 2-Empfehlung für das harte Kernkapital (P2G).

Kapitalanforderungen¹⁾

(%)	31.12.2025	31.12.2024
Säule 1		
Mindestkapitalanforderung	8,0	8,0
davon: zu unterlegen mit hartem Kernkapital	4,5	4,5
davon: zu unterlegen mit zusätzlichem Kernkapital	1,5	1,5
davon: zu unterlegen mit Ergänzungskapital	2,0	2,0
Kombinierter Kapitalpuffer – zu unterlegen mit hartem Kernkapital	3,3	3,3
Säule 2		
Säule 2–Anforderungen (P2R)	2,1	1,8
davon: zu unterlegen mit hartem Kernkapital	1,2	1,0
davon: zu unterlegen mit zusätzlichem Kernkapital	0,4	0,3
davon: zu unterlegen mit Ergänzungskapital	0,5	0,5
Gesamtkapitalanforderungen		
Hartes Kernkapital	9,0	8,8
Kernkapital	10,9	10,6
Gesamtkapital	13,4	13,1

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Im Rahmen des SREP-Beschlusses 2025 wurden die Säule 2–Anforderungen der Hamburg Commercial Bank für das Jahr 2026 auf 2,29 % festgelegt. Für das Jahr 2026 gelten Kapitalanforderungen von circa 9,1 % hartem Kernkapital, 11,1 % Kernkapital und 13,6 % Gesamtkapital.

Die Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen über die normative Perspektive im ICAAP wird über einen mehrjährigen Zeithorizont im Base–Szenario und in Stress–Szenarien geprüft.

Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten¹⁾

(%)	31.12.2025 ²⁾	31.12.2024 ³⁾
Gesamtkapitalquote	21,2	22,4
Kernkapitalquote	16,5	17,3
CET1–Kapitalquote	16,5	17,3

¹⁾ Aufsichtsrechtliche Gruppe nach CRR.

²⁾ Die vorgeschlagene Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € in 2026 wurde mindernd im harten Kernkapital berücksichtigt; die Dividendenzahlung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung.

³⁾ Die 2025 erfolgte Dividendenzahlung wurde mindernd im harten Kernkapital vorab berücksichtigt.

Eigenmittel^{1), 2)}

(Mrd. €)	31.12.2025 ²⁾	31.12.2024 ³⁾
Eigenmittel	2,8	4,1
davon: Kernkapital	2,2	3,2
davon: CET1–Kapital	2,2	3,2
davon: Zusätzliches Kernkapital	–	–
davon: Ergänzungskapital	0,6	0,9

¹⁾ Aufsichtsrechtliche Gruppe nach CRR.

²⁾ Die vorgeschlagene Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € in 2026 wurde mindernd im harten Kernkapital berücksichtigt; die Dividendenzahlung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung.

³⁾ Die 2025 erfolgte Dividendenzahlung wurde mindernd im harten Kernkapital vorab berücksichtigt.

Risikogewichtete Aktiva (RWA)^{1), 2)}

(Mrd. €)	31.12.2025	31.12.2024
Kreditrisiken	11,6	16,5
Marktrisiken	0,2	-
Operationelle Risiken	1,3	1,4
Sonstige RWA	-	0,3
RWA gesamt	13,1	18,2

¹⁾ Aufsichtsrechtliche Gruppe nach CRR.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die CET1-Quote ist zum 31. Dezember 2025 gegenüber dem Vorjahresresultimo (17,3 %) planmäßig gesunken, liegt mit 16,5 % aber über dem zum Halbjahresresultimo aktualisierten strategischen Zielwert von 16,0 %. Der Rückgang resultiert aus der Berücksichtigung der für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagenen Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € im harten Kernkapital der Bank. Infolgedessen sank das harte Kernkapital trotz des positiven Konzernergebnisses und der Zunahme des OCI zum 31. Dezember 2025 auf 2,2 Mrd. € (31. Dezember 2024: 3,2 Mrd. €). Gegenläufig positiv auf die Quote ausgewirkt hat sich der deutliche Rückgang der RWA für Kreditrisiken, als Folge dessen die aggregierten RWA zum 31. Dezember 2025 auf 13,1 Mrd. € (31. Dezember 2024: 18,2 Mrd. €) zurückgingen. Treiber hierfür waren das geringere Geschäftsvolumen in Verbindung mit einer geänderten Portfoliostruktur, die Erstanwendung des CRR III-Regelwerkes sowie eine Abschwächung des US-Dollars.

Die aufsichtsrechtliche CET1-Quote für das Einzelinstitut nach den HGB-Rechnungslegungsstandards belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 16,3 % (31. Dezember 2024: 17,1 %). Die entsprechende Kernkapitalquote erreichte einen Wert von 16,3 % (31. Dezember 2024: 17,1 %), die entsprechende Gesamtkapitalquote betrug 21,0 % (31. Dezember 2024: 22,2 %). Die Kapitalquoten per 31. Dezember 2025 werden für das Einzelinstitut ebenfalls unter Berücksichtigung der für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagenen Dividendenzahlung ausgewiesen. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Einzelinstituts (HGB) wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten.

Die BRRD (Bank Recovery and Resolution Directive der EU) fordert, dass Banken in EU-Mitgliedsstaaten eine hinreichende Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität in Form von aufsichtsrechtlichem Eigenkapital und definierten Verbindlichkeiten vorhalten (MREL- Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities). Die Bank hat die Anforderungen im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zum 31. Dezember 2025 belief sich die MREL-Quote auf 63,4 % des Gesamtrisikobetrags (TREA) und die Verschuldungsquote auf 28,0 % (Leverage Ratio Exposure Measure, LRE). Für die Hamburg Commercial Bank bestehen für 2025 keine über die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen hinausgehenden MREL-Anforderungen.

Die Entwicklung der Kapitalquoten kann durch makroökonomische und branchenspezifische Entwicklungen negativ beeinflusst werden. Zudem können sich Risiken aus dem regulatorischen Umfeld, etwa aus aufsichtsrechtlichen Auslegungsentscheidungen oder Prüfungen, ergeben.

So wäre es möglich, dass sich aus dem turnusmäßigen SREP-Prozess in der Bankenunion zusätzliche individuelle und erhöhte Kapitalanforderungen ergeben. Zusätzliche Ermessensentscheidungen der Aufsicht und branchenweite Kapitalanforderungen (Kapitalpuffer für systemische und zyklische Risiken) können damit zu höheren Kapitalanforderungen führen. Ermessensentscheidungen der Aufsicht in Bezug auf Modellrisiken bzw. -validierungen können bei den zukünftigen PD-Schätzungen in den internen Modellen zu RWA-Erhöhungen und damit Belastungen der Kapitalquoten führen. Aus dem mit Basel IV neu eingeführten Output-Floor erwartet die Bank bis zu dessen vollständigem Inkrafttreten im Jahr 2030 auf Basis ihrer Mittelfristplanung hingegen keine zusätzlichen Belastungen.

ICAAP/Risikotragfähigkeit

Die Hamburg Commercial Bank beurteilt gemäß EZB-Leitfaden zum Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) die Kapitaladäquanz in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive. Unter Kapitaladäquanz versteht die Bank die kontinuierliche Sicherstellung der finanziellen Solidität in dem Sinne, dass die Risiken hinreichend durch Kapital abgedeckt sind, um die Umsetzung der Ziele des Geschäftsmodells

sicherzustellen. Durch die regelmäßige Ermittlung wird die Kapitaladäquanz im Rahmen des internen Reportings festgestellt, eng gesteuert und an die Aufsicht der Bank gemeldet.

Die ökonomische Perspektive dient dazu, zeitpunktbezogen zu überprüfen, ob alle wesentlichen Risiken durch internes Kapital unterlegt sind. Gegenüber der regulatorischen Sicht (CRR) basiert der Kapitalbegriff hier auf einer internen Definition. Das sogenannte Risikodeckungspotenzial basiert auf dem Eigenkapital nach IFRS, das unter Berücksichtigung der Vorgaben des ICAAP-Leitfadens ökonomisch angepasst wird, wie beispielsweise durch den Abzug latenter Steueransprüche.

Die Messung von Risiken basiert auf bankinternen, ökonomischen Methoden und Verfahren. Im Rahmen der Überwachung der Risikotragfähigkeit stellt die Hamburg Commercial Bank regelmäßig die Summe des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für alle wesentlichen Risikoarten (Gesamtrisiko) dem verfügbaren ökonomischen Risikodeckungspotenzial gegenüber.

Die umfassende Analyse der Risikotragfähigkeit erfolgt in der Hamburg Commercial Bank vierteljährlich sowie im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses.

Das Gesamtrisiko berücksichtigt das Ausfallrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko sowie das Liquiditätsfristentransformationsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos. Der ökonomische Eigenkapitalbedarf als Ausdruck der unerwarteten Verluste wird für Ausfall-, Liquiditäts-, Markt- und operationelle Risiken methodisch konsistent mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Risikohorizont von einem Jahr ermittelt.

Die ökonomischen Eigenkapitalbedarfe der einzelnen Risikoarten werden zum ökonomischen Gesamtrisiko aggregiert. Hierbei werden keine risikomindernden Korrelationen zwischen den Risikoarten angesetzt.

Der ökonomische Eigenkapitalbedarf für Ausfallrisiken wird auf Basis der internen Ratingverfahren, LGD- und CCF-Modelle ermittelt, unter Berücksichtigung ökonomischer Anpassungen, insbesondere für Risikokonzentrationen.

Das Marktrisiko (Value at Risk, VaR) wird auf Basis des von der Bank gewählten Konfidenzniveaus und einer Haltedauer von einem Tag zu einem ökonomischen Eigenkapitalbedarf für Marktrisikopositionen zur Steuerung der Risikotragfähigkeit mit einem Risikohorizont von einem Jahr hochskaliert.

Zur Quantifizierung des Liquiditätsfristentransformationsrisikos verwendet die Hamburg Commercial Bank ebenfalls einen VaR-Ansatz. Dieses strukturelle Liquiditätsrisiko ist Ausdruck der Gefahr einer Erhöhung der Refinanzierungskosten für die spätere Schließung offener Liquiditätspositionen. Das für die Steuerung des Liquiditätsrisikos grundsätzlich bedeutendere Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird hingegen mit einem Puffer an liquiden Mitteln unterlegt. Angaben zum Management des Zahlungsunfähigkeitsrisikos enthält der Abschnitt „Liquiditätsrisiko“.

Die operationellen Risiken werden anhand der relevantesten Szenarien aus dem Risk Scenario Assessment in einer Monte-Carlo-Simulation ermittelt.

Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials liegt mit 60 % auf dem Niveau des Vorjahresresultimos (31. Dezember 2024: 60 %). Die Minderung des Risikodeckungspotenzials infolge der Berücksichtigung der vorgeschlagenen Dividendenzahlung in 2026 wird durch den geringeren ökonomischen Eigenkapitalbedarf für das infolge der strategischen Fokussierung gesunkene Ausfallrisiko sowie für das Marktrisiko kompensiert. Der Rückgang des Marktrisikos resultiert in erster Linie aus einem neuen, hinsichtlich der Modellierung von Diversifikations- und Risikokonzentrationseffekten in extremen Marktsituationen differenzierteren VaR-Ansatz für das Vermögen des Contractual Trust Agreements (CTA). Für detaillierte Informationen verweisen wir auf das Kapitel „Marktrisikomessung und -limitierung“ innerhalb dieses zusammengefassten Lageberichts.

Die Risikotragfähigkeit war im Berichtszeitraum jederzeit sichergestellt.

ICAAP/Risikotragfähigkeit des Konzerns¹⁾

(Mrd. €)	31.12.2025	31.12.2024
Ökonomisches Risikodeckungspotenzial	2,3	3,2
Ökonomisches Gesamtrisiko	1,4	1,9
davon: Ausfallrisiken	0,8	1,1
davon: Marktrisiken	0,5	0,7
davon: Liquiditätsrisiken	0,01	0,02
davon: operationelle Risiken	0,1	0,1
Auslastung des Risikodeckungspotenzials (%)	60	60

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Neben der oben beschriebenen ökonomischen Perspektive wird zudem die Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen über einen mittelfristigen Horizont (mindestens 3-Jahres-Perspektive im Base und Stress Case) innerhalb der normativen internen Perspektive gemäß dem ICAAP-Leitfaden beurteilt. Der normative Ansatz beschränkt sich nicht auf die in den regulatorischen Kapitalanforderungen erfassten Säule 1-Risiken, sondern berücksichtigt über wechselseitige Beziehungen auch ökonomische Effekte auf die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen.

Durch die vierteljährliche Ermittlung der regulatorischen Kapitalquoten zum Stichtag und über einen mehrjährigen Szenariohorizont wird die Einhaltung der aufsichtlichen Kapitalanforderungen inklusive interner Managementpuffer geprüft. Diese Anforderungen beziehen sich explizit auf die Kapitalplanung sowie auf dynamische Szenariorechnungen im Basis- und adversen Szenario (Base- und Downside-Planung).

Szenariorechnungen

Wesentliche makroökonomische Risiken für die Kapitalkennzahlen und die risikogewichteten Aktiva (RWA) resultieren aus einer potenziellen Verschlechterung der Markt- und Risikoparameter in den Kernmärkten der Bank einschließlich des Zinsumfeldes und eines stärkeren US-Dollars. Insbesondere aufgrund der durch die Verschärfung der geopolitischen Spannungen und die weitere Verschlechterung des makroökonomischen Umfelds ausgelösten wirtschaftlichen Beeinträchtigungen kann es zu einer deutlichen Verschlechterung der Risikoparameter kommen. So könnte sich beispielsweise eine potenzielle Ausweitung globaler Handelskonflikte nachteilig auf die Schifffahrt auswirken, während ein inflationsinduzierter deutlicher Anstieg des Zinsniveaus das zinsensitive Segment Real Estate spürbar beeinträchtigen könnte.

Es werden daher die Auswirkungen von makroökonomischen Szenarien, wie zum Beispiel eines schweren konjunkturellen Abschwungs, geschäftsfeldspezifischer Krisen, auf die Kapitalquoten der Säule 1 und Säule 2 sowie auf die Verschuldungsquote berechnet. Um die Auswirkungen von potenziellen Belastungen auf wesentliche Steuerungsgrößen wie die Auslastung der Säule 2-Risikotragfähigkeit, regulatorische Kapitalquoten und Liquidität und damit auf die Gesamtrisikolage der Hamburg Commercial Bank besser einschätzen zu können, führt die Bank regelmäßig risikoartenspezifische und risikoartenübergreifende Stresstests durch. Zur Durchführung dynamischer Stresstests werden regelmäßig auf Basis beobachteter Marktentwicklungen makroökonomische Szenarien entwickelt, die sich an den Base- und Stressprognosen der EZB, der Bundesbank, des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der OECD und anderer Institute orientieren. Aufbauend darauf werden zusätzlich branchenspezifische Stressszenarien (wie etwa eine Shipping-Krise) sowie Szenarien, die mögliche mit dem Klimawandel verbundene Transitions-, Reputations- und physische Risiken abbilden, ergänzt. Zudem gibt es Szenarien, die zusätzlich zu den kapitalbelastenden makroökonomischen Effekten von einer signifikant erschwerten Liquiditätssituation ausgehen. In diesen sogenannten ICLAAP-Szenarien werden Kapital und Liquidität gleichzeitig und konsistent gestresst. Darüber hinaus werden die Effekte aus möglichen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen regelmäßig ermittelt. Diese Erwartungs- und Stressprognosen fließen in Simulationsszenarien für die ökonomische und normative ICAAP-Perspektive ein, werden vierteljährlich dem ALCO und dem Gesamtvorstand vorgestellt und vom Vorstand regelmäßig im Sinne eines maßnahmenorientierten Steuerungsdialogs analysiert.

Bei einer Verschlechterung wesentlicher Kapitaladäquanz- bzw. SRF-Kenngrößen würden Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalquoten erforderlich werden, um die bankintern erforderlichen Vorgaben und die regulatorischen Anforderungen auf der Ebene des Hamburg Commercial Bank Konzerns einzuhalten. Sofern es

in einem entsprechenden Szenario trotz umgesetzter Maßnahmen zur Nichteinhaltung von Kapitalpufferanforderungen kommen sollte, wäre ein Kapitalerhaltungsplan gemäß § 10i Abs. 3 KWG aufzustellen. Für die Gesamtkapitalquote wird sowohl im Base-Szenario als auch im Downside-Szenario für das Folgejahr von einem Wert deutlich oberhalb der regulatorischen Anforderungen ausgegangen.

Für Zwecke der ökonomischen Perspektive werden ergänzend sogenannte Ad-hoc-Stressbetrachtungen durchgeführt, das heißt, es werden die Auswirkungen von Risikoparameterveränderungen ausgehend vom aktuellen Portfolio für einen einjährigen Risikohorizont untersucht (Sensitivität).

Daneben stellt der Sanierungsplan der Hamburg Commercial Bank gemäß Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) ein wichtiges Instrument dar. Dieser dient sowohl der Früherkennung etwaiger Ressourcenengpässe anhand geeigneter Indikatoren als auch deren Behebung mittels vordefinierter Handlungsoptionen in Krisensituationen. Die Wirksamkeit der identifizierten Handlungsoptionen, der gewählten Sanierungsplanindikatoren sowie der zugehörigen Prozesse wird jährlich im Sanierungsplan anhand konkreter Belastungsszenarien überprüft und nachgewiesen.

Die im Sanierungsplan zur Anwendung gelangenden Indikatoren und Handlungsoptionen werden eng mit den Vorgaben des SRF abgestimmt. Die angeführten Prozesse dienen insbesondere dem Ziel, die Fähigkeit des Instituts zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Mindestanforderungen und interner Vorgaben auch unter Stressbedingungen zu gewährleisten. Zusätzlich führt die Hamburg Commercial Bank mindestens einmal jährlich inverse Stresstests durch. Hierbei werden Szenarien identifiziert, welche die Bank in ihrem Fortbestand gefährden könnten. Auch diese Informationen dienen dem Vorstand der Hamburg Commercial Bank als Orientierung bei der Erörterung und dem Beschluss etwaiger Handlungsbedarfe bei existenzgefährdenden Entwicklungen.

Zusätzlich zu den risikoartenübergreifenden Stresstests hat die Hamburg Commercial Bank Verfahren für die frühzeitige Erkennung von Fehlentwicklungen auf Ebene der einzelnen Risikoarten eingerichtet, die in den nachfolgenden Kapiteln erläutert werden.

Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko ist das Risiko von Verlusten aus dem Ausfall von Geschäftspartnern. Die Hamburg Commercial Bank differenziert das Ausfallrisiko nach Kredit-, Besicherungs-, NPE-Strategie-, Erfüllungs-, Länder-/Transfer- und Beteiligungsrisiko.

Organisation des Ausfallrisikomanagements

Die Analyseeinheiten in den Markt-Unternehmensbereichen sind für das Management des Kreditrisikos über die gesamte Laufzeit des Kredits verantwortlich. Sofern erforderlich erfolgt eine Einbindung bzw. Übergabe des Engagements an die Abteilung Restructuring & Work-Out. Der Unternehmensbereich Credit Risk Center verantwortet die Gewährleistung einer unabhängigen angemessenen Kontrolle des Kreditrisikos.

Die einzelnen Analyseeinheiten verantworten die Kreditrisikoanalyse einschließlich der Erstellung von Ratings und Kreditentscheidungsvorlagen sowie Vertrags- und Sicherheitendokumentationen. Hierzu gehört auch die laufende Überwachung der Kreditengagements einschließlich der Erkennung von Warnsignalen und der Einstufung in die Intensivbetreuung.

Im Unternehmensbereich Credit Risk Center liegt unter anderem die Festsetzung von Ratings sowie die Erstellung eines Zweitvotums bei votierungsrelevanten Normal- und Intensivengagements. Die Votierung von Kreditgeschäften ist grundsätzlich Voraussetzung für die Kreditentscheidung. Dabei kann durch den Unternehmensbereich Credit Risk Center ein Vetorecht ausgeübt oder verbindliche Auflagen erteilt werden.

Für die Kreditentscheidung sind gestaffelte Kompetenzstufen festgelegt, die abhängig von Rating und Höhe eines Engagements sind. Für wesentliche Kreditentscheidungen ist die Ebene des Kreditkomitees bzw. des Gesamtvorstands vorgesehen.

Für Kreditgeschäfte in bestimmten Geschäftsarten und unterhalb bestimmter Größenordnungen in der Normal- und Intensivbetreuung, die unter Risikogesichtspunkten als nicht wesentlich eingestuft werden, macht die Hamburg Commercial Bank im Sinne der MaRisk von der Möglichkeit Gebrauch, von der Einbindung des Unternehmensbereichs Credit Risk Center abzusehen.

Für Sanierungsfälle gilt grundsätzlich eine gemeinsame Betreuung durch die Analyseeinheit des jeweiligen Markt-Unternehmensbereichs und der im Unternehmensbereich Credit Risk Center angesiedelten spezialisierten Abteilung Restructuring & Work-Out. Abwicklungsfälle werden in Gänze aus der Abteilung Restructuring & Work-Out betreut.

Zu den sanierungs- und abwicklungsspezifischen Tätigkeiten gehören im Wesentlichen die Entwicklung von Sanierungs- oder Abwicklungskonzepten, deren maßgebliche Durchführung, die Erfolgsüberwachung, die Prüfung, ob im Rahmen der Raterstellung ein Ausfall festzustellen ist, die Klassifizierung als gestundete oder notleidende Risikopositionen, die Ermittlung von Risikovorsorgebeträgen (IFRS 9 Stufe 3) zusammen mit dem Unternehmensbereich Strategic & Credit Risk Control sowie letztendlich die Beendigung des Sanierungs- oder Abwicklungsprozesses.

In der Abteilung Credit Risk Governance werden in Zusammenarbeit mit UB Strategic & Credit Risk Control sowie der Markt-Unternehmensbereiche systematische Ausfallrisiken anhand von Markt- und Portfoliorisiko-Indikatoren sowie Teilportfolioanalysen untersucht. Zudem werden Auswirkungen von geopolitischen Risikoszenarien auf die Teilportfolios eingeschätzt. Es werden Risikolimits zur Portfoliosteuerung festgelegt und überwacht. Im monatlich stattfindenden Risk Office Circle werden unter Vorstandseinbindung notwendige Änderungen von Kreditstandards und Portfoliorisikolimits sowie makroökonomische und geopolitische Einstufungs-Trigger für die Intensivbetreuung diskutiert. Außerdem verantwortet die Abteilung Credit Risk Governance die Richtlinien im Kreditgeschäft und die Ausgestaltung der Kreditprozesse der Hamburg Commercial Bank.

Die Überwachung der Handelslinien für Kontrahenten- und Emittentenrisiken erfolgt im Unternehmensbereich Asset & Liability Risk Control. Im Rahmen der Handelslinienüberwachung wird das sogenannte Potential Future Exposure von Derivaten auf Basis eines 95 %-Quantils für jede:n Kund:in täglich neu berechnet und dem jeweiligen Handelslimit gegenübergestellt.

Der Unternehmensbereich Strategic & Credit Risk Control ist unter anderem verantwortlich für die unabhängige Analyse und Überwachung der Risiken auf Portfolioebene inklusive der Methodik zur Risikomessung, das unabhängige Berichtswesen und die Steuerung der Länder-/Transferrisiken sowie die Ermittlung von Risikovorsorgebeträgen nach IFRS 9. Dies umfasst auch die Sicherstellung der Portfoliotransparenz und die unabhängige Geschäftsfeldanalyse (einschließlich Szenariosimulationen) sowie den Betrieb eines automatisierten Frühwarnsystems.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind neben den Prozessbeschreibungen insbesondere die im Kredithandbuch der Hamburg Commercial Bank enthaltenen Grundsätze und Regelungen, insbesondere zu Votierungs- und Kreditkompetenzen (Festlegung von Votierungs- bzw. Entscheidungskompetenzen für Kreditentscheidungen der Bank sowie hinsichtlich Eingehen, Verändern und Beenden von Beteiligungen) und deren Reporting, zur Kreditwürdigkeitsprüfung und Ratermittlung, zur Behandlung und Bewertung von Sicherheiten, zur laufenden Engagementüberwachung sowie zur Bearbeitung von Problemkrediten einschließlich der Klassifizierung als gestundete Risikopositionen, notleidende, ausgefallene oder wertgeminderte Kredite.

Danach werden Kreditrisiken, die nach dem Kreditbegriff des Artikels 389 CRR erfasst werden, in Abhängigkeit von Besicherung, Kreditart, Ratingklasse sowie Ausprägung des Kreditrisikos differenziert betrachtet und behandelt. Zugrunde gelegt wird das Gesamtengagement, das der Hamburg Commercial Bank Konzern mit der Gruppe verbundener Kunden (GvK) nach Artikel 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR unterhält. Für die Unterscheidung von besicherten und unbesicherten Krediten hat die Hamburg Commercial Bank die für sie werthaltigen Sicherheiten festgelegt. Dabei wird auf die Erfüllung der Anforderungen aus der CRR (zum Beispiel Vorhandensein eines Marktwerts, Verwertungsmöglichkeiten, fehlende Korrelation zum besicherten Kredit, rechtliche Durchsetzbarkeit, Laufzeitkongruenz) abgestellt. Der Kreis der anerkannten Sicherheiten kann nach Prüfung durch ein vom Vertrieb unabhängiges Team aus Spezialist:innen der Unternehmensbereiche Credit Risk Center und Strategic & Credit Risk Control sowie der Abteilung Credit Law erweitert werden.

Das einzelrisikobezogene Kreditrisikomanagement wird insbesondere ergänzt durch Regelungen zur Engagementüberwachung und Früherkennung von Risiken sowie die im SRF verabschiedete ausfallrisikobezogene Limitüberwachung für bestimmte Teilportfolios (u. a. Immobilien, Shipping, Leveraged Transactions).

Management des Ausfallrisikos

Korrespondierend zur geschäftsstrategischen Ausrichtung der Hamburg Commercial Bank als Geschäftsbank und Spezialfinanzierer ist das Ausfallrisiko ein bedeutendes Risiko. Zu dessen Messung und Steuerung wendet das Risikomanagement Verfahren und Methoden an, die kontinuierlich auf Angemessenheit überprüft und weiterentwickelt werden.

Wesentliche Messgrößen für das Ausfallrisiko sind der erwartete und der unerwartete Verlust. Der erwartete Verlust entspricht dem Betrag, der bei gegebener Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD),

Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) und Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EaD) für eine:n Kreditnehmer:in innerhalb eines Jahres erwartet wird. Das EaD ist der erwartete Forderungsbetrag unter Berücksichtigung einer potenziellen (Teil-)Ziehung von Zusagen und Eventualverbindlichkeiten, der die Risikotragfähigkeit bei Ausfall belasten wird. Der maximale Betrag, um den ein tatsächlicher Verlust den erwarteten Verlust mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (99,9 %) innerhalb eines bestimmten Zeitraums (ein Jahr) übersteigen kann, wird als unerwarteter Verlust bezeichnet. Relevante Risikoparameter sind hierbei ebenfalls PD, LGD und EaD. Ausgehend von den Vorgaben zur Berechnung der Eigenkapitalunterlegung gemäß CRR für IRB-Modelle, erfolgt die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für die interne Steuerung unter Berücksichtigung ökonomisch begründeter Anpassungen. Bei der Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für Ausfallrisiken werden zusätzlich institutsspezifische Asset-Korrelationen sowie Granularitätsanpassungen zur Abdeckung bestehender Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Neben der als bedeutsamsten Steuerungskennzahl definierten Non-Performing-Loans-Quote (NPL-Quote) ist die Non-Performing-Exposure-Quote (NPE-Quote) eine weitere wesentliche Größe zur Steuerung des ausgefallenen Exposures der Bank. Beide Quoten sind mit einem Risikolimit versehen. Die NPL-Quote ergibt sich nach dem aufsichtlichen FINREP-Meldewesen als das Verhältnis zwischen den Bruttobuchwerten notleidender Kredite und Darlehen und dem Gesamtbetrag der Bruttobuchwerte der gesamten Kredite und Darlehen. Die NPE-Quote stellt das Verhältnis zwischen dem EaD der Risikopositionen ausgefallener Kredite und dem gesamten EaD aller Risikopositionen der Bank dar. Zudem wird die NPE Coverage Ratio AC (Quotient aus der Summe der Risikovorsorge auf das Non-Performing Exposure zur Summe des Non-Performing Exposure AC) auf Gesamtbankebene überwacht.

Die Syndizierung von Kreditgeschäften sowie der Abschluss von Kreditversicherungen tragen dazu bei, die Portfoliozusammensetzung aktiv zu gestalten und die Einzelfinanzierungsrisiken (sog. Final Takes) auf die Bilanzrelationen auszurichten. Die Bank unterzieht alle Neugeschäfte sowie ausgewählte Bestandsgeschäfte, die unmittelbar für eine Syndizierung vorgesehen sind oder im späteren Zeitablauf potenziell für eine Syndizierung infrage kommen könnten, einer Marktkonformitätsprüfung bzw. einem Syndication-Assessment durch die entsprechenden Marktabteilungen. Das Credit Committee entscheidet zusammen mit den Syndizierern und dem Vertrieb im sogenannten Dealteam, ob eine Syndizierung im Rahmen des Neugeschäfts- bzw. Underwritingprozesses vorzusehen ist. Das Volumen des Underwritingbuchs sowie die maximale Haltedauer eines zum Verkauf vorgesehenen Kredits werden durch entsprechende Risikolimiten begrenzt.

RATINGVERFAHREN, LGD UND CCF

In der Hamburg Commercial Bank werden Ratingmodule für Banken, Corporates, internationale Gebietskörperschaften, Länder- und Transferrisiken, Versicherungen, Leveraged Finance, Sparkassen-StandardRating und Leasing sowie im Bereich der Spezialfinanzierungen für Schiffe, Immobilien und Projekte eingesetzt.

Neben quantitativen Informationen sind auch diverse qualitative Merkmale Teil eines jeden Ratingmoduls. Im Ergebnis ergibt sich für jede:n Kreditnehmer:in eine Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und damit die Zuordnung zu einer konkreten Bonitätsklasse. Die Bank verwendet für alle Module eine identische Rating-Masterskala, die nicht nur unterschiedliche Portfoliosegmente vergleichbar macht, sondern auch ein Mapping mit externen Ratings ermöglicht.

Um für Eventualverbindlichkeiten und Zusagen die bei einem möglichen Ausfall zu erwartende Inanspruchnahme zu ermitteln, werden sogenannte Kreditumrechnungsfaktoren (Credit Conversion Factors, CCF) empirisch ermittelt und angewendet. Der mit einem CCF gewichtete ausstehende Kreditbetrag wird als EaD bezeichnet.

Zur Prognose der Verlustquoten bei Ausfall verwendet die Hamburg Commercial Bank eine differenzierte LGD-Methodik. Dabei werden auf Basis historischer Verlustinformationen sicherheitenspezifische Verwertungserlösquoten und kreditnehmerspezifische Verlustquoten geschätzt. Mittels EaD, PD und LGD wird der ökonomisch erwartete Ausfallbetrag berechnet.

Im Rahmen des jährlichen Validierungsprozesses werden für jedes Berichtsjahr auf Basis von anonymisierten, gebündelten Daten die Vorhersagekraft der Ratingmodule hinsichtlich der prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeiten überprüft sowie in vergleichbarer Form auch die LGD- und CCF-Verfahren unabhängig validiert und fortlaufend weiterentwickelt.

RISIKOKONZENTRATIONEN

Im Rahmen regelmäßiger Geschäftsfeldanalysen werden potenzielle Ausfallrisikokonzentrationen zum Beispiel bezüglich Gruppen verbundener Kunden (GvK), Regionen oder Branchen im weiteren Sinne identifiziert und deren Entwicklung überwacht. Die wesentliche Risikokonzentration der Hamburg Commercial Bank im Kreditrisiko lag Ende 2025 im Immobilienportfolio mit einem Anteil von 21 % am Gesamtportfolio und damit leicht unter dem Niveau des Vorjahres (31. Dezember 2024: 22 %).

Für die Überwachung der Großkreditobergrenzen gemäß Art. 395 CRR besteht ein interner Prozess, der die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben sicherstellt. Ergänzend hierzu werden die wesentlichen Adresskonzentrationen des Bestands identifiziert. Zur Vermeidung künftiger Adresskonzentrationen definieren die Kreditstandards der Bank Obergrenzen je Einzelkreditnehmer:in sowie je Gruppe verbundener Kunden.

Im Rahmen des Managements von Risikokonzentrationen stellt die Transferrisikolimitierung eine zusätzliche Steuerungsdimension dar. Die Transferrisikokonzentrationen werden auf Ebene der Hamburg Commercial Bank Gruppe durch absolute sowie laufzeitabhängige Länderobergrenzen beschränkt. Die Auslastung der entsprechenden Risikolimiten wird laufend überwacht.

Über die Entwicklung der Risikokonzentrationen wird der Vorstand regelmäßig informiert und quartalsweise an den Risikoausschuss berichtet.

BETEILIGUNGSRISIKO

Das Beteiligungsportfolio der Hamburg Commercial Bank ist insgesamt für den Geschäftsbetrieb unwesentlich. Der Abbau von Beteiligungen wird weiterhin vorangetrieben. Das Eingehen neuer Beteiligungen erfolgt ausschließlich im Einklang mit den strategischen Zielen der Hamburg Commercial Bank. Chancen und Risiken eines möglichen Beteiligungsengagements werden vor Geschäftsabschluss ausführlich analysiert.

Ein wesentliches Instrument zur Überwachung und Steuerung des Beteiligungsrisikos stellt die regelmäßige Unternehmensbewertung dar. Mindestens einmal jährlich wird die Werthaltigkeit aller Beteiligungen der Hamburg Commercial Bank überprüft. Dabei werden bedeutende Beteiligungen einer detaillierteren Analyse unterzogen.

Darüber hinaus wird durch die Gestaltung der Gesellschaftsverträge und Geschäftsordnungen sichergestellt, dass eine möglichst intensive Steuerung im Interesse der Hamburg Commercial Bank erfolgen kann.

Für zwei Gesellschaften des Beteiligungsportfolios hat die Hamburg Commercial Bank harte Patronatserklärungen ausgegeben und steht somit für die Verbindlichkeiten dieser Gesellschaften ein. Bisher ist aus diesen Erklärungen keine Verpflichtung für die Hamburg Commercial Bank entstanden. Mit einer weiteren Beteiligung hat die Hamburg Commercial Bank einen Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

STEUERUNG DES AUSFALLRISIKOS IN DER VOR- UND NACHKALKULATION

In der Hamburg Commercial Bank wird ein einheitliches Verfahren zur Vorkalkulation von Kreditgeschäften mit einer barwertigen Berechnung des erwarteten Verlusts sowie des regulatorischen Eigenkapitalbedarfs zur Deckung der unerwarteten Verluste aus Ausfallrisikopositionen verwendet. In die Vorkalkulation gehen dabei neben Liquiditätskosten und Vollkosten die intern ermittelten geschäftsindividuellen Risikoparameter Rating, LGD und EaD über die Standardrisikokosten sowie die regulatorische Eigenkapitalunterlegung, die je nach Geschäft im KSA oder F-IRB-Ansatz berechnet wird, ein.

Analog findet monatlich eine Nachkalkulation (Profit-Center-Rechnung) der Geschäfte unter Berücksichtigung der oben genannten Kostenkomponenten statt. Auf Basis der aktuellen Risikoparameter der einzelnen Geschäfte werden die Standardrisikokosten kalkuliert und fließen in die Deckungsbeitragskalkulation ein. Zur Steuerung des Ausfallrisikos werden außerdem regelmäßig die Auslastungen der im Rahmen der jährlichen Bankplanung festgelegten regulatorischen Eigenkapitalbindung auf Ebene der Unternehmensbereiche ermittelt.

AUSFALLRISIKOSTRUKTUR

Die Hamburg Commercial Bank überwacht laufend und systematisch potenzielle Auswirkungen des makroökonomischen und geopolitischen Umfelds auf Ebene von Teilportfolios und Einzelkund:innen.

Der Berichtszeitraum war gekennzeichnet sowohl durch geopolitische als auch makroökonomische Unsicherheiten und Volatilität. Kund:innen, die durch direkte sowie indirekte Folgewirkungen der Kriege, US-amerikanischer Zollpolitik, Deglobalisierung, niedrigen Wirtschaftswachstums sowie der Entwicklung des Zinsumfeldes und der Energie- und Rohstoffversorgung eine Beeinträchtigung in ihrem Geschäftsmodell zu

erwarten haben, werden im Wesentlichen im Rahmen des Credit-Watchlist-Prozesses überwacht und der Bedarf für Maßnahmen zur Steuerung des Kreditrisikos laufend überprüft. Im Risk Office Circle wurden regelmäßig geopolitische Risikoszenarien erörtert sowie regelmäßige und anlassbezogene Risikoanalysen auf Teilportfolioebene durchgeführt, um systematische Kreditrisiken im Portfolio zu identifizieren. Sofern notwendig wurde in Form von Anpassungen der Kreditstandards, Portfoliorisikolimits sowie makroökonomischen und geopolitischen Einstufungs-Trigger für die Credit Watchlist/Intensivbetreuung reagiert.

Das EaD des Gesamtexposure belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 30.791 Mio. € (31. Dezember 2024: 36.692 Mio. €).

In der nachfolgenden Tabelle ist das EaD aufgegliedert nach den bankinternen Ratingklassen dargestellt. Der Anteil des EaD mit Investment-Grade-Rating (Ratingklasse 1 bis 5) auf Konzernebene ist mit 70 % des Gesamtengagements unverändert hoch (31. Dezember 2024: 69 %).

Im Berichtsjahr waren weiterhin Neuausfälle im Wesentlichen im Real Estate-Portfolio zu verzeichnen, die durch die konsequente Abwicklung leistungsgestörter Engagements erfolgreich überkompensiert wurden. Das NPE-Portfolio hat sich entsprechend auf 615 Mio. € reduziert (31. Dezember 2024: 686 Mio. €). Bei einem gleichzeitigen Rückgang des Gesamtexposures lagen die NPL-Quote mit 3,3 % sowie die NPE-Quote mit 2,0 % zum 31. Dezember 2025 auf dem Niveau des Vorjahresresultimos (NPL: 3,3 %/NPE: 1,9 %).

Ausfallrisikostruktur nach Ratingklassen^{1), 3)}

	31.12.2025		31.12.2024	
	EaD (Mio. €)	relativer Anteil (%)	EaD (Mio. €)	relativer Anteil (%)
1 (AAAA) bis 1 (AA+)	5.747	18,7	5.764	15,7
1 (AA) bis 1 (A-)	8.465	27,5	11.237	30,6
2 bis 5	7.257	23,6	8.320	22,7
6 bis 9	6.590	21,4	8.705	23,7
10 bis 12	1.644	5,3	1.140	3,1
13 bis 15	355	1,2	746	2,0
16 bis 18 (Ausfallklassen)	615	2,0	686	1,9
Sonstige ²⁾	117	0,4	94	0,3
Gesamt	30.791	100	36.692	100

¹⁾ Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeiten (%): 1 (AAAA) bis 1 (AA+): 0,00–0,02; 1 (AA) bis 1 (A-): 0,03–0,09; 2 bis 5: 0,12–0,39; 6 bis 9: 0,59–1,98; 10 bis 12: 2,96–6,67; 13 bis 15: 10,00–20,00; 16 bis 18: 100,00.

²⁾ In der Position Sonstige werden Geschäfte berücksichtigt, für die keine interne oder externe Ratingeinstufung vorliegt, wie zum Beispiel Forderungen konsolidierter Beteiligungen der Bank gegenüber Dritten und Sachkonten.

³⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die folgende Tabelle gliedert das EaD nach den für die Hamburg Commercial Bank wesentlichen Branchen:

Ausfallrisikostruktur nach Branchen^{1), 2)}

	31.12.2025		31.12.2024	
	EaD (Mio. €)	relativer Anteil (%)	EaD (Mio. €)	relativer Anteil (%)
Öffentlicher Sektor	6.530	21,2	6.446	17,6
Grundstücke und Gebäude	4.602	14,9	6.085	16,6
Kreditinstitute	4.644	15,1	6.046	16,5
Sonstige Finanzinstitute	3.387	11,0	5.846	15,9
Sonstige Dienstleistungen	4.985	16,2	4.592	12,5
Schifffahrt	2.237	7,3	3.058	8,3
Industrie	2.655	8,6	2.753	7,5
Handel und Transport	1.690	5,5	1.763	4,8
Private Haushalte	61	0,2	103	0,3
Gesamt	30.791	100	36.692	100

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Die per 31. Dezember 2024 separat ausgewiesene Position „Luftfahrt“ ist per 31. Dezember 2025 in der Position „Handel und Transport“ inkludiert.

Die folgende Tabelle stellt das EaD nach Restlaufzeiten dar:

Ausfallrisikostruktur nach Restlaufzeiten¹⁾

	31.12.2025		31.12.2024	
	EaD (Mio. €)	relativer Anteil (%)	EaD (Mio. €)	relativer Anteil (%)
<3 Monate	3.975	12,9	4.736	12,9
3 Monate bis <6 Monate	1.206	3,9	1.273	3,5
6 Monate bis <1 Jahr	2.281	7,4	1.979	5,4
1 Jahr bis <5 Jahre	13.059	42,4	16.940	46,2
5 Jahre bis ≤10 Jahre	6.620	21,5	6.969	19,0
>10 Jahre	3.651	11,9	4.795	13,1
Gesamt	30.791	100	36.692	100

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Einen Überblick über die Aufteilung des EaD nach Regionen gibt nachfolgende Tabelle:

Ausfallrisikostruktur nach Regionen¹⁾

	31.12.2025		31.12.2024	
	EaD (Mio. €)	relativer Anteil (%)	EaD (Mio. €)	relativer Anteil (%)
Eurozone	20.312	66,0	23.316	63,5
davon: Deutschland	10.688	34,7	11.885	32,4
davon: Frankreich	1.739	5,6	2.124	5,8
davon: Griechenland	-	-	-	-
davon: Italien	255	0,8	227	0,6
davon: Portugal	69	0,2	104	0,3
davon: Spanien	430	1,4	661	1,8
Westeuropa	4.184	13,6	4.521	12,3
davon: Skandinavien	1.372	4,5	1.578	4,3
davon: Vereinigtes Königreich ²⁾	2.648	8,6	2.762	7,5
Osteuropa ³⁾	48	0,2	47	0,1
Afrikanische Länder ⁴⁾	465	1,5	487	1,3
Nordamerika	4.109	13,3	6.108	16,6
Lateinamerika	571	1,9	777	2,1
Mittlerer Osten	-	-	-	-
Asien-Pazifik-Raum ⁵⁾	830	2,7	1.255	3,4
Internationale Organisationen	271	0,9	181	0,5
Gesamt	30.790	100	36.692	100

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Die Position enthält auch die Exposure der eng mit dem Vereinigten Königreich verbundenen Kanalinseln (Guernsey, Jersey) sowie der Isle of Man.

³⁾ Die Hamburg Commercial Bank hat ein Brutto-Exposure in den folgenden osteuropäischen Ländern, die zum Berichtsstichtag kein Mitglied der Eurozone waren: Polen, Rumänien, Tschechische Republik, Türkei und Ungarn.

⁴⁾ Das Exposure in afrikanischen Ländern besteht im Wesentlichen gegenüber dem als Registerland für das Shipping-Geschäft relevanten Liberia sowie aus einem sehr geringen Exposure gegenüber Südafrika; bei den zugrunde liegenden Engagements (Schiffsfinanzierung) besteht kein inhärentes Länderrisiko.

⁵⁾ Das Exposure im Asien-Pazifik-Raum besteht im Wesentlichen gegenüber den als Registerland für das Shipping-Geschäft relevanten Marshallinseln; bei den zugrunde liegenden Engagements (Schiffsfinanzierung) besteht kein inhärentes Länderrisiko.

Grundlage für die Zuordnung der Geschäfte zu den Regionen und für die Darstellung ausgewählter Länder ist das Brutto-Exposure auf Basis des juristischen Sitzlands. Der Ausweis erfolgt ohne weitere Sicherheitenallokation.

Im Zuge der strategischen Fokussierung der Hamburg Commercial Bank erfolgte im Jahr 2025 eine stärkere Ausrichtung auf Geschäft in Deutschland und Europa.

Die Hamburg Commercial Bank verfügt über kein Brutto-Exposure in Russland, Belarus oder der Ukraine. Das Neugeschäft mit Kreditnehmer:innen in Russland, Belarus und der Ukraine bleibt weiterhin untersagt. In der internen Risikosicht, die das dem Transferrisiko unterliegende Netto-Exposure (nach länderrisikorelevanten Sicherheiten) berücksichtigt, besteht lediglich ein einzelnes Engagement gegenüber Russland. Nach Berücksichtigung der Absicherung durch eine Export Credit Agency liegt das verbleibende Transferrisiko inzwischen deutlich unter einer halben Million Euro.

In den vom inzwischen durch ein in Umsetzung befindliches Friedensabkommen deutlich beruhigten Nahostkonflikt betroffenen Ländern weist die Hamburg Commercial Bank bei der potenziellen direkten Betroffenheit kein Brutto-Exposure mehr aus. Die indirekte Betroffenheit zeigte insbesondere im Shipping-Portfolio bisher unverändert eher positive Effekte. Durch die Gefährdung der Handelsschifffahrt im Roten Meer und deswegen geänderte Schifffahrtsrouten stieg der Kapazitätsbedarf und infolgedessen die Charraten. Ein enges Monitoring der Entwicklung der Lage erfolgt weiterhin, um mögliche Auswirkungen von Ansteckungseffekten im Rahmen einer potenziellen erneuten regionalen Eskalation zu identifizieren. Zudem hat

die Bank in Vorbereitung auf eine mögliche Rückkehr der Handelsschiffahrt in das Rote Meer ihr Containerschiff-Portfolio deutlich reduziert.

Das Neugeschäft mit der Türkei bleibt im gegenwärtigen wirtschaftlichen und innen- sowie geopolitischen Umfeld weiterhin ausgesetzt.

RISIKOVORSORGE

Im Rahmen des Risikomanagements richtet die Hamburg Commercial Bank größte Aufmerksamkeit auf Ausfallrisiken. Eintretene Wertminderungen eines Kreditengagements werden durch Risikovorsorge der Lifetime Expected Loss (LECL) Stufe 3 nach konzernerheitlichen Maßstäben bei Forderungen und Rückstellungen bei außerbilanziellem Geschäft in Höhe des potenziellen Ausfalls bevorsorgt. Darüber hinaus bildet die Hamburg Commercial Bank Risikovorsorge der Stufe 1 (12-Monats-ECL) und Stufe 2 (LECL Stufe 2) zur Abdeckung zukünftiger Risiken.

Alle Sanierungs- und Abwicklungsengagements sowie Intensivbetreuungsengagements mit einer Ratingeinstufung größer/gleich 13 durchlaufen jedes Quartal einen umfangreichen zweistufigen Prüfprozess. Im ersten Schritt wird dabei anhand objektiver Kriterien (sog. Trigger-Events) geprüft, ob eine Wertminderung der Forderung vorliegen könnte (Impairment Identification). Ist dies der Fall, findet im zweiten Schritt die Untersuchung der identifizierten Kredite auf das tatsächliche Vorliegen eines Risikovorsorgebedarfs und dessen Höhe statt (Impairment Measurement). Die Risikovorsorge wird gemäß IFRS 9 für AC- und FVOCI-kategorisierte Geschäfte gebildet.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft²⁾

(Mio. €)	Januar - Dezember 2025			Gesamt
	Risikovorsorge Stufe 3 inkl. POCI	Risikovorsorge Stufe 1 und 2	Sonstige ¹⁾	
Corporates	-24	-12	1	-35
Project Finance	-7	-1	1	-7
Real Estate	-58	-18	-2	-78
Global Transportation	-	8	2	10
Treasury & Group Functions	-	-	1	1
Überleitung	-	-	-	-
Konzern	-89	-23	3	-109

¹⁾ Die Position Sonstige umfasst das Ergebnis aus sonstigen Veränderungen der Risikovorsorge (direkte Abschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Ergebnis aus nicht substanziellen Modifikationen)

²⁾ Differenzen zu den Detailangaben der Note 12. Risikovorsorge sind Rundungsdifferenzen

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft²⁾

(Mio. €)	Januar - Dezember 2024			Gesamt
	Risikovorsorge Stufe 3 inkl. POCI	Risikovorsorge Stufe 1 und 2	Sonstige ¹⁾	
Corporates	-1	-22	3	-20
Project Finance	1	-2	-	-1
Real Estate	-66	-9	2	-73
Global Transportation	-	-8	5	-3
Treasury & Group Functions	1	-	2	3
Überleitung	-1	-	-	-1
Konzern	-66	-41	12	-95

¹⁾ Die Position Sonstige umfasst das Ergebnis aus sonstigen Veränderungen der Risikovorsorge (direkte Abschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Ergebnis aus nicht substanziellen Modifikationen)

²⁾ Differenzen zu den Detailangaben der Note 12. Risikovorsorge sind Rundungsdifferenzen

Die Veränderung der Kreditrisikovorsorge belief sich zum Berichtsstichtag auf eine Nettozuführung von 109 Mio. € (31. Dezember 2024: Nettozuführung 95 Mio. €) und war 2025 weiterhin durch das Segment Real Estate geprägt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich neben dem Segment Real Estate auch aus einem Anstieg der Risikovorsorge im Segment Corporates.

Auf Stufe 3 waren 2025 Nettozuführungen in Höhe von 89 Mio. €, auf den Stufen 1 und 2 in Höhe von 23 Mio. € zu verzeichnen. Das Ergebnis aus sonstigen Veränderungen der Kreditrisikovorsorge war mit 3 Mio. € leicht positiv, lag aufgrund geringerer Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen aber unter dem Niveau des Vorjahres (12 Mio. €).

Die Nettozuführungen auf der Stufe 3 entfielen erneut überwiegend auf das Segment Real Estate (58 Mio. €), wengleich diese leicht geringer ausfielen als im Vorjahr (66 Mio. €). Auf Konzernebene wurde dieser Rückgang dadurch überkompensiert, dass in den im Vorjahr mit Stufe 3-Risikovorsorge nahezu unbelasteten Segmenten Corporates und Project Finance 2025 Nettozuführungen in Höhe von 24 Mio. € (Corporates) bzw. 7 Mio. € (Project Finance) zu verzeichnen waren. Die Nettozuführungen im Segment Real Estate entfielen auf ausgefallene Finanzierungen von Büroimmobilien in Deutschland (vor allem bei Objekten mit Entwicklungsbedarf), was auf die anhaltend schwache Nachfrage und gesunkene Marktwerte zurückzuführen war. Hingegen konnte bei zwei ausgefallenen Finanzierungen von Büroimmobilien in den USA eine Nettoauflösung nach Realisierung begrenzter Verluste verzeichnet werden. Während eine dieser ausgefallenen US-Finanzierungen erfolgreich restrukturiert wurde, ist die andere durch Forderungsverkauf vollständig abgebaut worden. Im Segment Corporates entfielen die Nettozuführungen primär auf Ausfälle bei nordamerikanischen Krediten, während sich die Risikosituation im nationalen Bereich in Summe weitgehend stabil zeigte. Im Segment Project Finance war für eine in der Vergangenheit ausgefallene Finanzierung eines Windparks in Schweden eine Erhöhung der Vorsorge erforderlich.

Auch auf den Stufen 1 und 2 des Risikovorsorgemodells entfielen die Nettozuführungen von insgesamt 23 Mio. € (inklusive der Veränderung der Model Overlays) im Wesentlichen auf die Segmente Real Estate (18 Mio. €) und Corporates (12 Mio. €); im Segment Global Transportation (Geschäftsbereich Shipping) konnte gegenläufig eine Nettoauflösung von 8 Mio. € verzeichnet werden. Die Nettozuführungen im Segment Real Estate basieren vorwiegend auf veränderten Risikoparametern und der daraus resultierenden originären Risikovorsorge. In Summe übertrafen diese die Verringerung der Model Overlays für immobilien spezifische Teilportfolios. Im Segment Corporates stammen die Nettozuführungen auf den Stufen 1 und 2 vor allem aus einem Anstieg der Model Overlays, die aufgrund möglicher konjunktureller Folgewirkungen aus den aktuellen geopolitischen Unsicherheiten sowie der Gefahr von Belastungen durch die etwaige Verschärfung von Handels- und Zollkonflikten gebildet wurden.

Für weitere Details, insbesondere zur Zusammensetzung und Entwicklung der Model Overlays, verweisen wir auf die Notes 12 und 22 im Konzernanhang.

Risikovorsorgebestand

(Mio. €)	31.12.2025	31.12.2024
Forderungsvolumen AC (Bruttobuchwerte)	17.062	20.730
davon: wertberichtigtes Forderungsvolumen (Stufe 3) ¹⁾	581	670
davon: Stufe 2	2.169	2.696
davon: Stufe 1	14.312	17.364
Risikovorsorgebestand für Bilanzposten	-275	-347
davon: Stufe 3 ¹⁾	-162	-212
davon: Stufe 2	-77	-93
davon: Stufe 1	-36	-42
Abdeckungsquote Forderungsvolumen AC	1,6 %	1,7 %
davon: Stufe 3 ¹⁾	27,9 %	31,6 %
davon: Stufe 2	3,6 %	3,5 %
davon: Stufe 1	0,3 %	0,2 %

¹⁾ Stufe 3 inklusive POCI.

Das wertberichtigte Forderungsvolumen beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 581 Mio. € (31. Dezember 2024: 670 Mio. €). Dem steht per 31. Dezember 2025 insgesamt ein Risikovorsorgebestand für Bilanzposten von 275 Mio. € (31. Dezember 2024: 347 Mio. €) gegenüber. Darüber hinaus bestanden zum Berichtsstichtag Rückstellungen für außerbilanzielle Posten in Höhe von 25 Mio. € (31. Dezember 2024: 28 Mio. €).

Die Abdeckungsquote des Gesamtforderungsvolumens AC lag mit 1,6 % per 31. Dezember 2025 leicht unter dem Niveau des Vorjahresresultimos (1,7 %). Im Segment Real Estate belief sich die Abdeckungsquote im Berichtszeitraum auf 2,4 % (31. Dezember 2024: 2,7 %). Der Bestand an Risikovorsorge der Stufen 1 und 2 dient zur Abfederung der Auswirkungen potenzieller zukünftiger negativer Einflüsse.

Details zum Bestand der Risikovorsorge im Kreditgeschäft werden in den Notes 12 und 22 des Konzernanhangs dargestellt.

Marktrisiko

Marktrisiken beschreiben potenzielle Verluste, die im Handels- und Anlagebuch aus nachteiligen Veränderungen von Marktwerten (Zinssätze, Credit Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse, Indizes und Fondspreise, jeweils einschließlich ihrer Volatilitäten) entstehen können. Diese Definition umfasst auch das versicherungsmathematische Pensionsrisiko.

Organisation des Marktrisikomanagements

Der Vorstand legt die Methoden und Prozesse zur Marktrisikomessung, -limitierung und -steuerung fest und budgetiert aus dem risikoartenübergreifenden Gesamtlimit für den ökonomischen Eigenkapitalbedarf des Konzerns den maximalen ökonomischen Eigenkapitalbedarf für Marktrisiken. Im Rahmen dieser Verlustobergrenze werden die Risiken aller marktrisikotragenden Geschäfte durch ein System von Verlust- und Risikolimiten begrenzt.

Der Unternehmensbereich Finance & Bank Steering nimmt die zentrale Steuerungsfunktion für Zins- und Währungsrisiken im Bankbuch wahr. Für ausgewählte strategische Positionen mit Marktrisiken ist der Gesamtvorstand verantwortlich, unterstützt durch das Asset Liability Committee (ALCO). Die aktive Umsetzung der Steuerung der Marktrisiken erfolgt im Unternehmensbereich Treasury & Markets.

Eine im Sinne der MaRisk aufbauorganisatorische Trennung von Marktrisikocontrolling sowie Abwicklung und Kontrolle auf der einen und den positionsverantwortlichen Handelsbereichen auf der anderen Seite ist auf allen Ebenen gewährleistet. Alle wesentlichen methodischen und operativen Aufgaben zur Risikomessung und -überwachung sind im Unternehmensbereich Asset & Liability Risk Control gebündelt.

Management des Marktrisikos

MARKTRISIKOMESSUNG UND -LIMITIERUNG

Grundlage des Systems zur Messung und Steuerung von Marktrisiken sind das ökonomische (barwertige) Tagesergebnis und ein Value-at-Risk-Ansatz. Der Value at Risk (VaR) stellt den Wertverlust (in Euro) dar, der bis zur Sicherung oder Liquidierung einer Position innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Zur taggleichen Messung und Steuerung von Marktrisiken nutzt die Hamburg Commercial Bank ein VaR-Modell nach der Methode der historischen Simulation. Die Berechnung basiert auf einem Konfidenzniveau von 99,0 % und einer Haltedauer von einem Tag bei einem historischen Beobachtungszeitraum von gleichgewichteten 250 Handelstagen.

Zur diversifizierten Vermögensunterlegung und Absicherung der langfristigen Pensionsverpflichtungen der Bank wurde 2020 ein Contractual Trust Agreement (CTA) implementiert. Das Vermögen besteht überwiegend aus langfristigen Investments in liquide Exchange Traded Funds und Alternative Investment Funds. Das hieraus entstehende Aktien-/Fondsrisiko ist Bestandteil des Marktrisikos der Hamburg Commercial Bank. Aufgrund der vom Rest des Konzerns stark abweichenden Portfoliostruktur wird der VaR für das CTA zum Berichtsstichtag durch eine Monte-Carlo-Simulation auf Basis hierarchischen Clusterings sowie einer Student-Copula-Struktur für eine Haltedauer von einem Jahr und mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % ermittelt. Dem langfristigen Investmenthorizont entsprechend, greift die Rechnung auf eine Marktdatenhistorie bis 2008 zurück, die auch den Zeitraum der Finanzkrise einschließt. Der Wert geht mit entsprechender Skalierung als Add-on in den Konzern-VaR ein.

Bei der Ermittlung des VaR wird das Basisrisiko berücksichtigt. Das Basisrisiko bezeichnet den potenziellen Verlust oder Gewinn, der sich aus Veränderungen im Preis- bzw. Zinsverhältnis ähnlicher Finanzprodukte innerhalb eines Portfolios ergibt.

Die Hamburg Commercial Bank steuert die Marktrisiken aus dem Kreditgeschäft und den Passiva im Rahmen eines aktiven Portfoliomanagements und sichert sie über externe Geschäfte ab. Zur Erreichung ihrer Ertragsziele akzeptiert die Bank Marktrisiken im Rahmen des vom Vorstand definierten Risikoappetits.

Der durch den Vorstand formulierte Marktrisikoappetit wird in Limite überführt, die durch das ALCO weiter aufgliedert werden. Die Überwachung der Limiteinhaltung auf täglicher Basis erfolgt durch ein VaR-Limit für das Gesamt-Marktrisiko der Hamburg Commercial Bank, durch VaR-Limite für spezifische Risikoarten und Portfolios sowie Sensitivitäts-Limite für die einzelnen Risikoarten. Auf monatlicher Basis wird der auf das Jahr hochgerechnete ökonomische Eigenkapitalbedarf für Marktrisiken ermittelt und dem vom Vorstand auf Marktrisiken allokierten ökonomischen Eigenkapital gegenübergestellt.

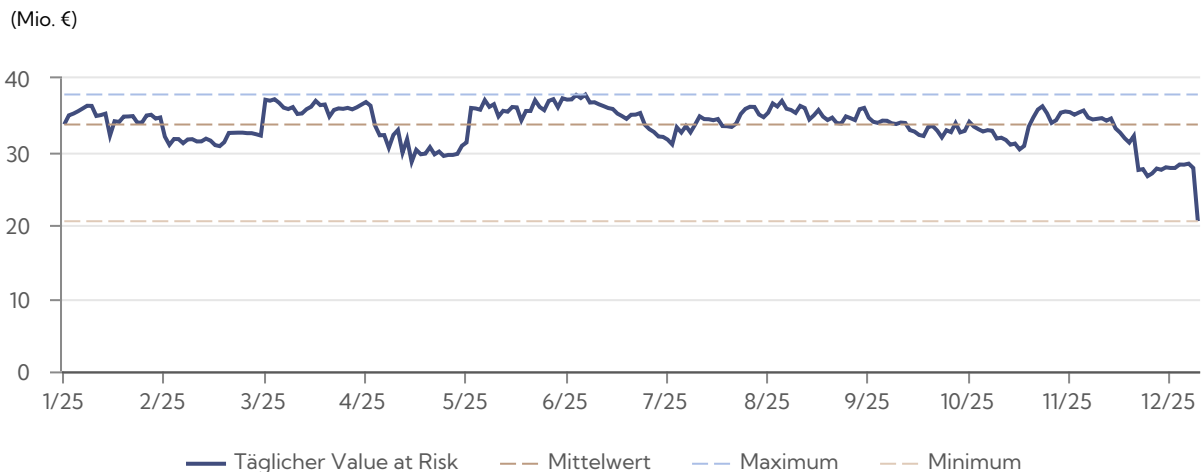
Im Rahmen des Stresstestings werden die potenziellen barwertigen Verluste limitiert, die sich aus den in der EBA-Leitlinie EBA/GL/2022/14 spezifizierten sechs Zinsschockszenarien ergeben würden. Erweitert wird die Perspektive durch risikoartenübergreifende monatliche Stresstestrechnungen, in denen die barwertigen Auswirkungen diverser historischer und hypothetischer Stressszenarien analysiert werden. Die Limitierung des Nettozinsertragsrisikos („Nil Risiko“) erfolgt gemäß EBA-Standard EBA/RTS/2022/10 (Supervisory Outlier Test für das Nettozinsertragsrisiko). Analog wird das kombinierte barwertige und ertragsseitige Risiko („Earnings“) aus Zinsänderungen für relevante Szenarien ermittelt und limitiert.

Für Limitanpassungen und -überschreitungen bestehen im SRF klar definierte Prozesse. Im Berichtszeitraum wurden die vom Vorstand beschlossenen Konzernlimite zu jedem Zeitpunkt eingehalten.

Zur Steuerung bzw. Reduzierung der Marktrisiken geht die Hamburg Commercial Bank bei Bedarf Sicherungsgeschäfte ein, um den Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf die eigenen Positionen entgegenzuwirken. Als Sicherungsinstrumente dienen insbesondere derivative Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Zins- und Zinswährungsswaps. Die Auswirkungen der eingegangenen Sicherungsgeschäfte sind in dem ausgewiesenen VaR enthalten. Weitere Informationen hierzu und zu Art und Kategorien der von der Hamburg Commercial Bank eingegangenen Sicherungsgeschäfte und Sicherungsbeziehungen sowie zur Art der jeweils gesicherten Risiken werden im Konzernanhang dargestellt. Insbesondere wird auf den Abschnitt I. F) der Note 5 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“, Note 8 „Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen“, Note 23 „Hedge Accounting“ und Note 54 „Bericht über das Derivategeschäft“ verwiesen.

Der VaR der Hamburg Commercial Bank deckt sowohl das Handelsbuch als auch das Anlagebuch ab. Die Zuordnung der Positionen zum Anlage- und Handelsbuch erfolgt anhand klar definierter Vorgaben, insbesondere hinsichtlich der im Handelsbuch zulässigen Haltedauern. Die Zugehörigkeit einzelner Positionen zum jeweiligen Buch ist in den Marktrisikosystemen eindeutig erkennbar. Zur Erfüllung der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Führung des Handelsbuchs wurden verschiedene Prozesse und Kontrollen etabliert, die regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft werden.

Die folgende Abbildung zeigt den Verlauf des täglichen VaR für die Gesamtheit der Handels- und Anlagebuchpositionen der Hamburg Commercial Bank im Jahresverlauf 2025.

Täglicher Value at Risk im Jahresverlauf 2025


Zum 31. Dezember 2025 belief sich das tägliche Marktrisiko der Handelsbuchpositionen auf 3,1 Mio. € (31. Dezember 2024: 3,5 Mio. €), das der Anlagebuchpositionen auf 19,8 Mio. € (31. Dezember 2024: 32,5 Mio. €). Das aggregierte Marktrisiko, das sich aufgrund von risikoreduzierenden Korrelationseffekten nicht additiv aus dem VaR der Handels- und Anlagebuchpositionen ergibt, betrug 20,5 Mio. € (31. Dezember 2024: 32,4 Mio. €). Im Anlagebuch belief sich das tägliche Zinsrisiko (IRRBB) auf 9,7 Mio. € (31. Dezember 2024: 21,2 Mio. €), das Fonds-/Aktienrisiko auf 7,2 Mio. € (31. Dezember 2024: 13,2 Mio. €), das Credit-Spread-Risiko auf 5,2 Mio. € (31. Dezember 2024: 6,0 Mio. €) und das Währungsrisiko auf 8,1 Mio. € (31. Dezember 2024: 6,5 Mio. €).

Die nachfolgende Tabelle beschreibt die Entwicklung des VaR im Anlage- und Handelsbuch für die einzelnen Marktrisikokarten sowie des Gesamt-VaR. Maximum und Minimum kennzeichnen die Grenzen, in denen sich der jeweilige Risikowert im Laufe des Berichtsjahres bewegte.

Täglicher Value at Risk des Konzerns

(Mio. €)	Zinsrisiko ¹⁾		Credit-Spread-Risiko ¹⁾		Währungsrisiko		Aktien-/Fondsrisiko		Gesamt ²⁾	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Durchschnitt	17,1	24,7	6,0	5,8	1,8	3,5	13,5	12,7	33,7	36,3
Maximum	25,8	30,3	6,8	9,0	5,6	9,1	14,3	14,8	37,8	39,9
Minimum	8,9	14,9	5,0	3,9	0,1	0,2	7,2	10,9	20,5	30,2
Periodenendwert	9,9	21,5	5,2	6,0	3,2	1,7	7,2	13,2	20,5	32,4

¹⁾ Zinsrisiko ohne Credit-Spread-Risiko

²⁾ Aufgrund von Korrelationen ergibt sich der VaR nicht additiv

Das Marktrisiko der Hamburg Commercial Bank wird geprägt durch das Zins- und Währungsrisiko aus dem Kreditgeschäft und der Refinanzierung sowie dem Handelsbuch. Letzteres beinhaltet im Wesentlichen Positionen des Währungsrisikomanagements, des Zins- und Währungsderivatehandels mit Kund:innen sowie des Rentenhandels. Ferner erfasst das Marktrisiko das Credit-Spread-Risiko aus den Wertpapierpositionen in den durch gute Bonitäten geprägten Liquiditätspuffer-, Deckungsstock- und Investment-Management-Portfolios.

Auf den für diese Risiken systemgestützt ermittelten VaR wird ein Add-on für die Fondsrisiken im CTA aufgeschlagen. Gegenüber dem Vorjahresresultimo ergibt sich ein reduziertes Add-on in Höhe von 7,2 Mio. € (31. Dezember 2024: 13,2 Mio. €) aufgrund eines neuen, hinsichtlich der Modellierung von Diversifikations- und Risikokonzentrationseffekten in extremen Marktsituationen differenzierteren VaR-Ansatzes.

Zum 31. Dezember 2025 lag der Gesamt-VaR mit 20,5 Mio. € auf einem deutlich niedrigeren Niveau als zum Vorjahresresultimo (32,4 Mio. €). Ursächlich ist neben dem reduzierten CTA-VaR-Add-on vor allem die gesunkene Volatilität an den Zinsmärkten.

BACKTESTING

Zur Überprüfung der Angemessenheit ihrer VaR-Prognosen führt die Hamburg Commercial Bank tägliche Backtests durch. Dabei werden unter der Annahme unveränderter Positionen die aufgrund der beobachteten Marktentwicklung des Folgetags theoretisch erzielten Tagesergebnisse den jeweils mittels historischer Simulation prognostizierten VaR-Werten des Vortags gegenübergestellt. Unter Annahme des in der Hamburg Commercial Bank verwendeten Konfidenzniveaus von 99,0 % weisen bis zu drei Ausreißer auf eine ausreichende Prognosegüte für die Marktrisiken hin. Um auf Ebene des Hamburg Commercial Bank Konzerns eine ausreichende Prognosegüte zu gewährleisten, wird der auf Grundlage der historischen Simulation errechnete VaR mit einem Aufschlag (Add-on) korrigiert, wenn mehr als drei Ausreißer festgestellt werden. Zum Berichtsstichtag ist ein derartiger Aufschlag nicht erforderlich.

STRESSTESTS

Zusätzlich zur Steuerung des täglichen VaR werden neben den von der EBA spezifizierten Zinsschockszenarien zusätzliche Stresstests durchgeführt, die die Auswirkungen außergewöhnlicher Marktschwankungen auf den Barwert der Positionen der Bank untersuchen.

Die Hamburg Commercial Bank unterscheidet im Marktrisiko zwischen standardisierten, historischen und hypothetischen Stressszenarien. Während standardisierte Szenarien risikoartenspezifisch definiert sind (zum Beispiel Verschiebung oder Drehung der Zinskurve), wirken historische und hypothetische Stresstests auf mehrere Marktrisikofaktoren gleichzeitig. Dabei bilden historische Szenarien tatsächlich in der Vergangenheit aufgetretene Korrelationen zwischen den verschiedenen Risikofaktoren ab, während hypothetische Szenarien fiktive Veränderungen von Risikofaktoren unterstellen. Die hypothetischen Szenarien werden zudem unterschieden nach volkswirtschaftlichen Szenarien, die einen konjunkturellen Abschwung des makroökonomischen Umfelds simulieren, und portfoliospezifischen Szenarien, die eine Bedrohung für den Wert der wesentlichen Teilportfolien der Hamburg Commercial Bank darstellen können. In die Kategorie der hypothetischen Szenarien fällt auch ein ESG-Marktrisiko-Stresstest. Die hypothetischen Szenarien werden je nach Änderung des Marktumfelds regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

INSTRUMENTE ZUR STEUERUNG DES MARKTRISIKOS IM RAHMEN DER BILANZIERUNG VON SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Der Unternehmensbereich Treasury & Markets setzt zur Steuerung der Marktrisiken aus Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Wertpapieren auch derivative Finanzinstrumente ein. Insbesondere Zinsswaps und sonstige Zins- bzw. Zins-Währungsderivate kommen zur Absicherung der Zins- und Währungsrisiken aus den Grundgeschäften zum Einsatz. Hierbei kann die Absicherung der Marktrisiken auf Mikro-, Portfolio- und Makroebene erfolgen.

Dabei werden Wertänderungen von Derivaten aufgrund der FVPL-Klassifizierung stets erfolgswirksam erfasst. Werden Grundgeschäfte der Klassifizierung AC oder FVOCI durch Derivate abgesichert, entsteht eine Verwerfung in der GuV, die nicht dem ökonomischen Sachverhalt entspricht. Eine Möglichkeit zur Vermeidung dieser Verwerfungen ist die Nutzung von Fair-Value-Hedge-Accounting. Durch Fair-Value-Hedge-Accounting werden auch die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen der Grundgeschäfte erfolgswirksam berücksichtigt. Dabei berücksichtigt die Bank ausschließlich Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts gegen Zinsrisiken. Als Grundgeschäfte (Sicherungsgegenstand) werden festverzinsliche Kredite, Emissionen und Wertpapierpositionen, als Sicherungsinstrumente ausschließlich konzernexterne Zins- und Zinswährungsswaps designiert. Entsprechende Absicherungen von Grundgeschäften durch konzernexterne Derivate bildet die Hamburg Commercial Bank im Rahmen des Portfolio-Fair-Value-Hedge-Accounting sowie in Einzelfällen durch Micro-Hedge-Accounting ab, soweit die Anforderungen des IFRS 9 erfüllt sind. Gleiches gilt auch für die Darstellung von Grund- und Sicherungsgeschäften in Bewertungseinheiten nach HGB, um eine Verwerfung in der GuV zu vermeiden. Diese Verwerfungen in der GuV entstehen insbesondere bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve.

Liquiditätsrisiko

Die Hamburg Commercial Bank beurteilt gemäß EZB-Leitfaden zum Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) die Liquiditätsadäquanz in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive.

Die normative Perspektive erstreckt sich über einen mehrjährigen Betrachtungshorizont und fokussiert hierbei auf die Fähigkeit, alle regulatorischen, aufsichtlichen und teilweise internen Liquiditätsanforderungen und -vorgaben jederzeit zu erfüllen. Ziel ist die zukunftsgerichtete Beurteilung der Liquiditätsadäquanz. Dabei werden für die Prognose der Messgrößen neben einem Basisszenario auch adverse Szenarien berücksichtigt.

Die ökonomische Perspektive stellt hingegen sicher, dass alle wesentlichen Risiken, die sich negativ auf die Zahlungsfähigkeit auswirken können, mit eigenen Methoden identifiziert, quantifiziert und durch interne Liquiditätspotenziale abgesichert sind, sodass die Geschäftsstrategie fortwährend verfolgt werden kann und so der Fortbestand des Unternehmens laufend gesichert ist. Ziel der ökonomischen Perspektive ist es, die wirtschaftlichen Risiken zu steuern und zusätzlich durch Stresstestprogramme die Liquiditätsadäquanz sicherzustellen. Für die ökonomische Liquiditätssteuerung werden interne Messgrößen (Säule 2-Kennzahlen) betrachtet, die auf Basis der aktuellen Bankbestände berechnet werden.

Für das Liquiditätsrisiko wird zwischen dem Risiko, gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht in vollem Umfang erfüllen zu können (Zahlungsunfähigkeitsrisiko), dem Risiko, dass sich aus den abweichenden Konditionsbindungsfristen der Aktiva und Passiva und der Änderung des eigenen Refinanzierungsaufschlags ein schwebender Verlust ergibt (Liquiditätsfristentransformationsrisiko), sowie dem Risiko, dass Geschäfte aufgrund geringer Marktliquidität oder Markttiefe nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten abgeschlossen werden können (Marktliquiditätsrisiko), unterschieden.

Organisation des Liquiditätsrisikomanagements

Die strategische Liquiditätssteuerung erfolgt durch den Unternehmensbereich Finance & Bank Steering. Ziel der Liquiditätssteuerung ist es, die Zahlungsfähigkeit der Hamburg Commercial Bank jederzeit, an allen Standorten und in allen Währungen sicherzustellen, die regulatorischen Liquiditätskennzahlen einzuhalten, die Konzentrationsrisiken in der Refinanzierungsstruktur aktiv im Rahmen des Risikoappetits der Bank sowie die Verwertbarkeit der liquiden Aktiva des Liquiditätspuffers zu steuern. Die operative Umsetzung der Mittelaufnahme und die Marktpflege obliegt dem Unternehmensbereich Treasury & Markets.

Der Unternehmensbereich Asset & Liability Risk Control verantwortet die Methoden zur Messung und Limitierung der Liquiditätsrisiken im Konzern, führt die Risikomessung, die Limitüberwachung und das dazugehörige Reporting durch. Die Ergebnisse der Risikomessung unterstützen den Unternehmensbereich Finance & Bank Steering bei der Disposition der Liquidität aller Laufzeitbereiche und versetzen ihn in die Lage, möglichen Risiken frühzeitig entgegenzutreten.

Die Hamburg Commercial Bank verfügt über einen Liquiditätsnotfallplan, der regelte Verfahren und Verantwortlichkeiten für den Fall einer Liquiditätskrise enthält. Darüber hinaus werden im Rahmen der Notfallprozesse auch institutsspezifische, risikoorientierte und kapitalmarktorientierte Frühwarnindikatoren zur Abwendung eines Liquiditätsnotfalls berücksichtigt. Der Liquiditätsnotfallplan ist eng mit dem Sanierungsplan gemäß SAG verknüpft.

Management des Liquiditätsrisikos

LIQUIDITÄTSRISIKOMESSUNG UND -LIMITIERUNG

Die Liquiditätsrisikomessung gliedert sich in das untertägige Zahlungsunfähigkeitsrisiko aus Zahlungsverkehrsoperationen, das kurzfristige Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie das langfristige bzw. strukturelle Liquiditätsfristentransformationsrisiko. Für das untertägige Liquiditätsrisiko wird ein separater Liquiditätspuffer vorgehalten. Die Einhaltung des untertägigen Risikolimits wird täglich überwacht.

Zur Messung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos bzw. des Refinanzierungsbedarfs werden die liquiditätswirksamen Geschäfte im Konzern in Zahlungsströmen und mit ihren Ein- bzw. Auszahlungen nach Laufzeitbändern geordnet dargestellt (Liquiditätsablaufbilanzen). Die Differenz zwischen Zahlungsein- und -ausgängen zeigt den Liquiditätsüberschuss oder -bedarf (Gap) in den jeweiligen Laufzeitbändern an. Werden diese kumuliert, erhält man die Nettoliquiditätsposition. In den Laufzeitbändern bis zum dritten Monat wird die minimale Nettoliquiditätsposition durch ein Risikolimit vorgegeben. Die Auslastung dieser Limite wird täglich überwacht. Die Inanspruchnahme dieser Limite stellt somit das Maß für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko dar.

Neben dem gesamten bilanziellen Geschäft fließen in die Liquiditätsablaufbilanz auch bereits erteilte Kreditzusagen, Bürgschaften, vorvalutierte und sonstige außerbilanzielle Geschäfte ein.

Zur besseren Abbildung der wirtschaftlichen Fälligkeiten werden für einige Positionen Ablaufszenarien verwendet. Dabei werden zum Beispiel mögliche Bodensätze aus Einlagen sowie Liquidierungsfristen und -

beträge von Aktiva grundsätzlich konservativ modelliert. Unter diesen Aktiva sind vor allem das Wertpapierportfolio, das zur Krisenvorsorge gehalten wird (Liquiditätspufferportfolio), sowie weitere Wertpapiere entsprechend ihrer Liquidierbarkeit und notenbankfähige Wirtschaftskredite zu nennen. Der überwiegende Teil des Portfolios aus Wertpapieren ist an liquiden Märkten investiert und kann über die Refinanzierungskanäle Notenbanken, Eurex-Repomarkt, bilateraler Repomarkt oder Kassamarkt liquidiert werden.

Die Komponenten des Liquiditätspotenzials – unter anderem der gemäß MaRisk vorzuhaltende Liquiditätspuffer – werden gemäß internen und externen Mindestanforderungen laufend überprüft und validiert.

Die Hamburg Commercial Bank misst das Liquiditätsfristentransformationsrisiko mittels eines Value-at-Risk-Ansatzes, dem Liquidity Value at Risk (LVaR). Die Berechnung des LVaR erfolgt quartärllich über eine historische Simulation (Konfidenzniveau von 99,9 %, Risikohorizont von einem Jahr) der Liquiditätsspreads und deren barwertigem Effekt auf die Geschäfte, die theoretisch notwendig wären, um die aktuelle Fristentransformationsposition sofort für den relevanten Betrachtungshorizont von einem Jahr schließen zu können. Die Limitierung des LVaR erfolgt auf Konzernebene und ist Bestandteil des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Im Liquiditätsrisiko werden Marktliquiditätsrisiken durch spezifische Haircuts in der Liquiditätsablaufbilanz sowie durch Additional Valuation Adjustments berücksichtigt. Darüber hinaus werden Marktliquiditätsrisiken im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten über den Prudent Valuation Simplified Approach berücksichtigt. Weitere Informationen zur Levelkategorisierung der Finanzinstrumente werden in der Note 47 „Angaben zum Fair Value nach IFRS 7 und nach IFRS 13“ dargestellt.

LIQUIDITÄTSSTEUERUNG

Die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsausstattung und der regulatorischen Liquiditätskennziffern findet anhand von Steuerungszielen statt, die der Unternehmensbereich Finance & Bank Steering vorgibt, und wird operativ durch den Unternehmensbereich Treasury & Markets wahrgenommen. Neben den regulatorischen Vorgaben ist unter anderem die Liquiditätsablaufbilanz für das Festlegen der Steuerungsziele relevant. Die Festlegung oder Veränderung einzelner Parameter bzw. der Vorgaben wird vom ALCO bzw. vom Vorstand beschlossen. Die Hamburg Commercial Bank ist somit in der Lage, flexibel auf die Entwicklung der Märkte zu reagieren.

Bei der Steuerung der mittelfristigen Liquiditätsausstattung orientiert sich die Hamburg Commercial Bank an der sogenannten Expected-Case-Liquiditätsablaufbilanz sowie dem Stress Case Forecast, die erwartete planerische bzw. gestresste Cashflows enthalten und für den überjährigen Bereich erstellt werden. Mit dem Stress Case Forecast wird prognostiziert, wie sich das schlechteste Stressszenario bzw. die Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz im Zeitverlauf entwickeln wird.

Das überjährige Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird mittels der Liquiditätsablaufbilanz für ein ablaufendes Portfolio ohne Neugeschäftsannahmen gesteuert. Sie stellt den reinen Bestandsablauf im Base-Case-Szenario dar.

Die Sicherheitenstellung der Hamburg Commercial Bank aus Guthaben, Wertpapieren und EZB-fähigen Kreditforderungen (Collateral Pool) wird vom Unternehmensbereich Finance & Bank Steering koordiniert, um das Potenzial an besicherten Refinanzierungen optimal zu nutzen.

Bei Überschreiten der relevanten Limite gemäß SRF würden Maßnahmen zur Stärkung der Liquiditätsposition erforderlich werden, um die bankintern erforderlichen Kennzahlen und die regulatorischen Anforderungen auf Ebene des Hamburg Commercial Bank Konzerns einzuhalten.

STRESSTESTS

Die Auswahl der Stresstests ist das Ergebnis einer Analyse historischer Ereignisse und hypothetischer Situationen. Die Auswahl wird mindestens jährlich geprüft und gegebenenfalls an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko werden im Rahmen der unterschiedlichen Stressmodellierungen täglich vier Stressszenarien berechnet, zum Beispiel Rating-Downgrade der Hamburg Commercial Bank AG oder eine Liquiditätskrise inklusive gestresstem US-Dollar-Wechselkurs.

Im Rahmen eines Stresstests für das Liquiditätsfristentransformationsrisiko wird untersucht, wie sich der LVaR bei ansteigenden Liquiditätsspreads sowie gestressten Liquiditätsgaps verhält. Darüber hinaus wurde im

Berichtsjahr bei der turnusmäßigen Durchführung inverser Stresstests untersucht, ob es Ergebnisse gibt, die sich kritisch auf die Zahlungsfähigkeit der Hamburg Commercial Bank auswirken könnten.

RISIKOKONZENTRATIONEN

Risikokonzentrationen sind die Gefahr einer unausgewogenen Refinanzierungsstruktur z. B. nach Laufzeiten, Einleger:innen oder Währungen.

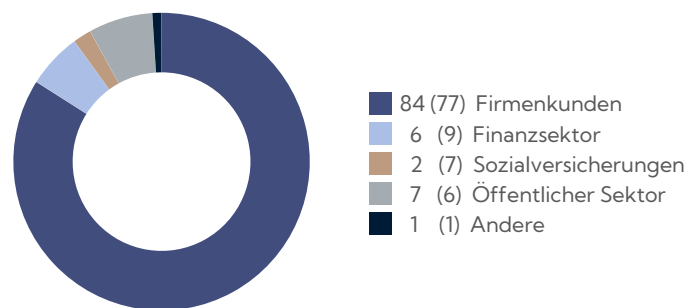
Die Hamburg Commercial Bank hat ein Überwachungssystem zur Steuerung der Konzentrationen sowohl von Aktiv- als auch von Passivinstrumenten etabliert. Im besonderen Fokus stehen dabei die Einlagen, die hinsichtlich Einlegerstruktur (Einleger:innen, Sektoren) und Laufzeiten (Ursprungs- und Restlaufzeiten) analysiert und berichtet werden.

Die Adresskonzentrationen im kurzfristigen Einlagenportfolio liegen im Jahresvergleich auf vergleichbarem Niveau. Die zehn größten Einleger:innen umfassen rund 17 % der Gesamteinlagen (31. Dezember 2024: 18 %). Bezogen auf die Laufzeitstruktur ist der Anteil der täglich fälligen Einlagen mit 38 % gesunken (31. Dezember 2024: 42 %).

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der kurzfristigen Einlagen nach Sektoren:

Struktur kurzfristiger Einlagen per 31. Dezember 2025

(%, Vorjahreswerte in Klammern)



Neben der Analyse der Einlegerstruktur hinsichtlich bestehender Einlegerkonzentrationen werden auch Risikokonzentrationen bezüglich der US-Dollar-Aktiv-/Passiv-Position untersucht. Zur Analyse der Abhängigkeit vom US-Dollar werden zudem regelmäßig eine US-Dollar-Liquiditätsablaufbilanz erstellt sowie Sensitivitätsanalysen und US-Dollar-Stresstests durchgeführt.

QUANTIFIZIERUNG DES LIQUIDITÄTSRISIKOS

Der Risikoappetit der Hamburg Commercial Bank im Hinblick auf die Liquiditätsrisiken spiegelt sich unter anderem in der Definition einer Survival Period im Sinne einer Mindestüberlebensdauer wider, die beschreibt, wie lange im Stress Case des Zahlungsunfähigkeitsrisikos eine Auslastung des Liquiditätspotenzials unter 100 % erreicht werden soll.

In der Normal-Case-Betrachtung, die einen Geschäftsverlauf in einem gewöhnlichen Marktumfeld unterstellt, liegt die Nettoliquiditätsposition in allen Laufzeitbändern deutlich über dem Liquiditätspuffer, somit werden alle Limite innerhalb des betrachteten 12-Monats-Zeitraums eingehalten. Die Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz weist im steuerungsrelevanten Szenario keine Unterschreitung der in den MaRisk definierten Mindest-Survival-Period von einem Monat auf. Diese Mindestanforderung wird mit einer Survival Period Ende 2025 von mehr als 11 Monaten deutlich erfüllt. Im Vergleich zu Ende 2024 hat sich die Survival Period erhöht und die Nettoliquiditätsposition sich verbessert. Kritische Limitauslastungen waren im Laufe des Berichtszeitraums weder in der Normal-Case- noch in der Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz zu verzeichnen.

AUFSICHTSRECHTLICHE LIQUIDITÄTSKENNZAHLEN

Für die aufsichtlichen Liquiditätskennzahlen Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR) gilt jeweils eine regulatorische Mindestquote von 100 %, die im Berichtszeitraum stets eingehalten wurden. Die LCR als aufsichtsrechtliche Steuerungsgröße für kurzfristige Liquiditätsrisiken soll die Liquidität in

einer akuten Stressphase von 30 Tagen gewährleisten. Bei der Berechnung der LCR wird der Bestand an hochliquiden Aktiva ins Verhältnis zu den Nettoabflüssen in den nächsten 30 Tagen gesetzt. Zum 31. Dezember 2025 betrug der Wert 204 % (31. Dezember 2024: 216 %).

Die Net Stable Funding Ratio (NSFR) ergibt sich aus der Relation der verfügbaren stabilen Refinanzierungsmittel über alle Laufzeiten zu den erforderlichen stabilen Refinanzierungsmitteln. Zum 31. Dezember 2025 betrug die NSFR der Bank gemäß CRR 119 % (31. Dezember 2024: 116 %).

Refinanzierungslage

Die Hamburg Commercial Bank hat ihre Fundingstrategie 2025 erfolgreich umgesetzt. Die Refinanzierungssituation war im Berichtszeitraum zunächst von volatilen Kapitalmärkten geprägt, hervorgerufen durch Handelsstreitigkeiten infolge der Ankündigung massiver Zollerhöhungen seitens der USA sowie geopolitische Spannungen im Mittleren Osten. Die sich abzeichnende leichte Entspannung im Zollstreit und eine Beruhigung der kriegerischen Auseinandersetzung haben im weiteren Jahresverlauf allerdings zu einer deutlichen Stabilisierung der Finanzmärkte geführt.

Die Fundingeinwerbung liegt im Rahmen der Erwartungen. Insgesamt hat die Bank 2025 2,1 Mrd. € an langfristigen Mitteln aufgenommen. Im Berichtszeitraum hat die Bank eine Senior Preferred Benchmark-Transaktion über 500 Mio. € begeben, die im Juli in Ausnutzung eines aus Sicht der Bank sehr günstigen Marktumfelds um 250 Mio. € aufgestockt worden ist. Die vorgenannte Anleihe stärkt die Fundingbasis der Bank nachhaltig und trägt zu einer weiteren Verbreiterung der Investorenbasis bei. Weitere Refinanzierungsmittel wurden über Privatplatzierungen aufgenommen, einschließlich einer variabel verzinslichen Anleihe über 300 Mio. € mit 2-jähriger Laufzeit. Die Bank plant in den kommenden Jahren weitere Benchmark-Emissionen im unbesicherten Segment sowie von Pfandbriefen.

Im ersten Halbjahr 2025 erfolgte die Auszahlung einer Dividende in Höhe von rund 214 Mio. € und ein Tender Offer auf eine ausstehende Benchmarkanleihe im Senior Non-Preferred-Format, das mit einer Rücknahmequote von über 50 % sehr erfolgreich war.

Neben der langfristigen Refinanzierung haben auch die starke Einlagenposition in Höhe von 10,6 Mrd. € aus dem Kundengeschäft der Bank (Corporate Deposits) und ein um rund 600 Mio. € gesteigertes Volumen an Retaileinlagen zur Umsetzung der Fundingstrategie beigetragen. In Summe belaufen sich die Retaileinlagen auf 0,85 Mrd. €.

Eine Verschärfung der derzeitigen geopolitischen Spannungen und eine Verschlechterung des makroökonomischen Umfelds könnten Fundingmaßnahmen am Markt erschweren. Auch könnte eine restriktiver als erwartete Geldpolitik der Notenbanken die Refinanzierungsmöglichkeiten einschränken und die Fundingkosten weiter erhöhen.

Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) hat ab 2023 eine Reform des Schutzes des Einlagensicherungsfonds für alle Mitglieder des ESF umgesetzt. Vor dem Hintergrund des im Jahr 2025 sich weiter reduzierenden Schutzzumfangs des Einlagensicherungssystems besteht grundsätzlich das Risiko erhöhter Liquiditätsabflüsse. Zum 31. Dezember 2025 sind 70 % (31. Dezember 2024: 72 %) der entschädigungsfähigen Einlagen über die freiwillige und gesetzliche Einlagensicherung abgesichert.

Die Liquiditäts- und Fundingplanung der Hamburg Commercial Bank basiert für kurzfristige Einlagen auf Verhaltensannahmen der Kund:innen auf Basis von Bodensätzen und Verweildauern. Daher besteht in kritischen marktweiten oder insbesondere idiosynkratischen Sondersituationen das Risiko, dass selbst entsprechend konservativ gewählte Verhaltensannahmen für die Simulation von Stressszenarien nicht wie angenommen eintreten, sondern es im wesentlichen Umfang zu ungeplanten Liquiditätsabflüssen kommen könnte. Dies würde ohne bewusste Steuerungsmaßnahmen zu einer Verschlechterung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie der ökonomischen Überlebensdauer führen.

Ein Teil der Refinanzierung von Fremdwährungsaktiva erfolgt über Derivate (z. B. durch EUR/USD-Basiswaps). Somit hat die Entwicklung der Wechselkurse einen Einfluss auf den Fundingbedarf der Hamburg Commercial Bank.

Im Rahmen des turnusmäßigen SREP-Prozesses in der Bankenunion ist es möglich, dass sich im Rahmen von Ermessensentscheidungen der Bankenaufsicht zusätzliche Anforderungen in verschiedenen bankaufsichtlichen Regelungsbereichen, wie zum Beispiel Liquidität, ergeben.

Non-Financial Risk

Neben dem operationellen Risiko zählen das geschäftsstrategische Risiko und das Reputationsrisiko zu den Non-Financial Risks (NFR) der Hamburg Commercial Bank.

Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Definition bezieht dabei Gefahren von Schäden aus Rechtsrisiken mit ein. Die Definition des operationellen Risikos umfasst somit Geschäftsprozessrisiken, Rechtsrisiken, Compliance-Risiken inklusive Conduct- sowie Fraud-Risiken, Informationsrisiken, Personalrisiken, Modellrisiken, Datenqualitätsrisiken, Sourcing-Risiken und Projektrisiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr, aufgrund einer negativen Wahrnehmung der Bank durch eine relevante Anspruchsgruppe einen finanziellen Schaden, z. B. in Form eines verminderten Ertrags oder eines Verlusts sowie eines Abflusses von Einlagen, zu erleiden.

Das geschäftsstrategische Risiko umfasst sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Komponenten. Es bezeichnet die Gefahr negativer Abweichungen von den qualitativen und quantitativen strategischen Zielen, die sich aus nichtzutreffenden Planannahmen, unerwarteten Änderungen der externen Rahmenbedingungen sowie aus strategischen Entscheidungen ergeben können.

Organisation des Managements von Non-Financial Risk

Die Hamburg Commercial Bank hat ein Non-Financial Risk Framework verabschiedet, das die Vielfältigkeit der verschiedenen Unterrisikoarten des Non-Financial Risk berücksichtigt. Es definiert den Rahmen des Non-Financial Risk Managements und beschreibt die Rollen und Verantwortlichkeiten, die dem Modell der drei Verteidigungslinien folgen.

Die Verantwortung für die Identifikation und das Management der von ihnen eingegangenen Risiken sowie die Festlegung von angemessenen Kontrollen liegt dezentral bei den einzelnen Organisationseinheiten der Bank (erste Verteidigungslinie). Die zweite Verteidigungslinie legt durch Vorgabe von einheitlichen Regeln und Methoden den Rahmen für das Management der Non-Financial Risks fest und überwacht deren Umsetzung. Die Rolle der übergreifenden NFR-Funktion liegt in der Hamburg Commercial Bank im Unternehmensbereich Strategic & Credit Risk Control. Des Weiteren umfasst die zweite Verteidigungslinie spezialisierte Non-Financial Risk-Funktionen, die entsprechend der jeweiligen Risikoart durch die Unternehmensbereiche Compliance, Human Resources, Corporate Legal & Board Affairs, Finance & Bank Steering, Asset & Liability Risk Control, Operations und IT sowie die Abteilungen Credit Law und Corporate Development verantwortet werden. Die dritte Verteidigungslinie der prozessunabhängigen Überprüfung bildet die Interne Revision.

Management des Non-Financial Risk

Die Identifikation, Analyse, Bewertung und Überwachung der Non-Financial Risks sind ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Hamburg Commercial Bank. Dabei kommen verschiedene Methoden und Verfahren zum Einsatz.

So werden die Schadenfälle aus operationellen Risiken für die Hamburg Commercial Bank und die relevanten Tochtergesellschaften oberhalb definierter Schwellenwerte gesammelt. Die Erfassung erfolgt einheitlich, nach Risikoarten und -ursachen kategorisiert, in einer zentralen Schadenfalldatenbank.

Im Rahmen des jährlichen konzernweiten Risk Scenario Assessments werden auf Basis der historischen Schadenfalldaten und definierter zukunftsgerichteter Szenarien detaillierte Informationen über die Risikosituation der Bank erhoben. Jeder Unternehmensbereich bewertet seine Risikosituation anhand definierter Szenarien, um notwendige Maßnahmen zur Risikominderung zu identifizieren. Die relevantesten Szenarien werden dann zum Gesamtrisiko aggregiert.

Durch die regelmäßige Erhebung und Beurteilung von Risikoindikatoren sollen zudem Risiken frühzeitig erkannt und ihren Ursachen vorgebeugt werden.

Die Ergebnisse aus den Schadenfalldaten, dem Risk Scenario Assessment und den Risikoindikatoren dienen der präventiven Steuerung und Überwachung der Non-Financial Risks. Sie werden analysiert, um künftige Risikoereignisse mittels geeigneter Maßnahmen so weit wie möglich zu vermeiden.

Non-Financial Risks sind dem Geschäftsbetrieb inhärent und können daher nicht vollständig verhindert oder durch ein Limit begrenzt werden. Vor diesem Hintergrund werden Non-Financial Risks durch Richtlinien und Organisationsstandards, Kontrollprozesse, Notfallpläne und Sicherheitsstandards gesteuert, um ihre

Auswirkungen zu minimieren. Ausgewählte Risiken werden, soweit wirtschaftlich sinnvoll, durch Versicherungen abgedeckt.

Für potenzielle Verluste aus operationellen Risiken hält die Bank ökonomisches Kapital vor und hat ein entsprechendes Risikolimit etabliert, das einer regelmäßigen Prüfung unterliegt.

Zur Quantifizierung der operationellen Risiken für die Risikotragfähigkeitsrechnung werden die erwarteten und unerwarteten Verluste der relevanten Szenarien aus dem Risk Scenario Assessment in einer Monte-Carlo-Simulation errechnet und aggregiert. Der derart kalkulierte Operational Value at Risk (OpVaR) wird für die ökonomische Perspektive verwendet.

Für die nachfolgend aufgeführten Elemente des Non-Financial Risk bestehen zusätzlich zu den oben genannten Methoden spezifische Verfahren und Verantwortlichkeiten innerhalb der Hamburg Commercial Bank.

Business Continuity Management

Die Hamburg Commercial Bank ist Risiken aus unvorhergesehenen Ereignissen ausgesetzt, die zu einer Unterbrechung des Geschäftsbetriebs führen können. Das Business Continuity Management hat mit Einbindung der jeweiligen Unternehmensbereiche Prozesse etabliert, um die Risiken aus IT-, Dienstleister-, Infrastruktur- oder Personalausfällen zu begrenzen. Ziel der etablierten und regelmäßig zu überprüfenden Business-Continuity-Pläne ist es, die Funktionsfähigkeit kritischer Geschäftsabläufe und Aktivitäten auch im Notfall sowie eine definierte Rückkehr zum Normalbetrieb sicherzustellen.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Eine mögliche Ursache von Schadenfällen aus operationellen Risiken liegt in fehlenden oder unzureichenden Kontrollen. Ein funktionsfähiges IKS trägt dazu bei, Geschäftsprozessrisiken zu identifizieren und angemessene Maßnahmen zur Vermeidung und/oder Reduzierung aufzusetzen. Das zentrale IKS ist damit ein wesentlicher Bestandteil des Managements von Non-Financial Risk. Ausführliche Informationen zum IKS enthält das Kapitel „Risikomanagementsystem“.

Management von Personalrisiken

Personalrisiken wird durch ein aktives Personalmanagement begegnet. Um ein ungeplantes Ausscheiden von Leistungsträger:innen zu vermeiden, wird eine Vielzahl von personalwirtschaftlichen Instrumenten zur Mitarbeitendenbindung eingesetzt. Darüber hinaus wird für relevante Positionen eine Nachfolge geplant und regelmäßig geprüft.

Management von Informationsrisiken

Entscheidend für die Geschäftsprozesse der Bank ist die Sicherstellung der Schutzziele Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit von Informationen. Um Informationsrisiken frühzeitig zu erkennen und insbesondere schwerwiegende Schäden zu verhindern bzw. zu mindern, hat die Hamburg Commercial Bank entsprechende Verfahren und Instrumente implementiert. Zudem hat die Hamburg Commercial Bank die Funktion eines Informationssicherheitsbeauftragten eingerichtet.

Im Rahmen der IT-Strategie wurde als primäres Ziel des Informationsrisikomanagements festgelegt, Informationsrisiken frühzeitig zu erkennen und auf Basis des Schutzbedarfs zu bewerten, um auf Grundlage klarer Verantwortlichkeiten insbesondere schwerwiegende Schäden zu verhindern bzw. zu mindern. Es sind spezifische Risikoinstrumente im Einsatz, mit denen die Risiken in Projekten, in der Linie und bei den Outsourcing-Partner:innen aktiv gesteuert und durch eine überwachte Maßnahmenumsetzung reduziert werden.

Das Management von Informationsrisiken umfasst auch die Umsetzung und Überwachung der Einhaltung von Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung. Außerdem ist die Beratung in Fragen des Datenschutzes von Bedeutung. Diese Aufgabe obliegt dem Datenschutzbeauftragten. Diese wichtige Funktion hat die Bank an externe Spezialist:innen ausgelagert. Die Mitarbeitenden der Bank werden regelmäßig in den relevanten Themengebieten der Informationssicherheit und des Datenschutzes separat geschult mit dem Ziel, alle Mitarbeitenden zu sensibilisieren und Handlungsoptionen zu verdeutlichen.

Management von Rechtsrisiken

Verantwortlich für die Überwachung und Steuerung dieser Risiken sind der Unternehmensbereich Corporate Legal & Board Affairs sowie die Abteilung Credit Law. Für Steuerrisiken als Bestandteil der Rechtsrisiken liegt die Überwachung und Steuerung in der Abteilung Tax. Zur Minderung, Begrenzung oder Vermeidung von Rechtsrisiken erfolgt eine intensive juristische Beratung aller Unternehmensbereiche durch Jurist:innen, ggf. unter Hinzuziehung externer Berater:innen.

Management von Datenqualitätsrisiken

Für fundierte Entscheidungen sind ein adäquates Risikoreporting und die Einhaltung regulatorischer Vorgaben unerlässlich. Zur Sicherstellung der geeigneten Möglichkeiten zur Aggregation von Risikodaten sowie interner Risikoreporting-Prozesse hat die Bank geeignete Verfahren und Instrumente implementiert sowie eine entsprechende Datenmanagement-Organisation etabliert.

Die Gesamtverantwortung für das Datenmanagement innerhalb der Hamburg Commercial Bank hat der Vorstand. Dabei wird er operativ vom Chief Data Officer unterstützt, der dem zentralen Datenmanagement der Hamburg Commercial Bank vorsteht. Das zentrale Datenmanagement entwickelt das bankweite Datenmanagement-Rahmenwerk sowie die darauf aufbauende Policy. Es ist für die Steuerung und Koordination aller datenmanagementrelevanten Themen (insbesondere der Datenqualität) zuständig. Durch klar definierte Data Ownership wird auf Basis dieser Regelungen dezentral in den betroffenen Einheiten eine hohe Datenqualität sichergestellt und entsprechende Messungen durchgeführt.

Management von Sourcing-Risiken

Outsourcings erfolgen nur, sofern die Einbindung in alle relevanten Bankprozesse sichergestellt ist und die einbezogenen Dienstleister:innen ein angemessenes Risikocontrolling, Informationssicherheitsmanagement, internes Kontrollsystem sowie angemessene Verfahren zum Schutz personenbezogener Daten besitzen. Für wesentliche ausgelagerte Tätigkeiten und Prozesse müssen in den Verträgen für die Hamburg Commercial Bank Weisungs- und Prüfrechte vereinbart werden.

Insourcings werden zentral gesteuert. Insourcings bestehen nur in einem sehr geringen Umfang, da sie nicht Gegenstand des Geschäftsmodells der Hamburg Commercial Bank sind.

Management von Compliance-Risiken

Das aktive Management und die Steuerung der Compliance-Risiken umfassen insbesondere die Themengebiete Kapitalmarkt-Compliance, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Finanzsanktionen und Embargos, Fehlverhalten und strafbare Handlungen gemäß § 25h KWG.

Eine feste Verankerung von Compliance in der Unternehmenskultur ist unerlässlich, um die Rechts- und Regeltreue in der Hamburg Commercial Bank zu festigen. Der Code of Conduct als verbindlicher Verhaltenskodex für alle Mitarbeitenden dient hierfür als zentraler Orientierungsrahmen. Die Mitarbeitenden der Bank werden regelmäßig in den Compliance-relevanten Themengebieten geschult. Ziel der Trainings ist es, relevante Normen und deren Änderungen zu vermitteln sowie neue Mitarbeitende schnell mit der Unternehmenspraxis vertraut zu machen und damit die Einhaltung der rechtlichen Anforderungen sicherzustellen.

Wesentliche Grundlage für die risikoorientierte Planung der Überwachungs-, Kontroll-, Steuerungs- bzw. Präventionstätigkeiten des Unternehmensbereichs Compliance bilden regelmäßige Risikoanalysen.

Über interne Meldewege und die sogenannte Whistleblowing-Stelle erhält die Bank Kenntnis von Verdachtsfällen regelwidrigen Verhaltens und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter. Die Whistleblowing-Stelle ermöglicht die Abgabe auch anonymer Hinweise sowohl von Beschäftigten der Bank als auch von externen Dritten über eine unabhängige Ombudsperson.

Management von Modellrisiken

Modelle sind von großer Bedeutung für die Steuerung der Bank. Der Einsatz von Modellen ist naturgemäß mit Unsicherheiten verbunden. Das Modellrisikomanagement der Bank umfasst eine sorgfältige Modellentwicklung, eine unabhängige Modellvalidierung sowie eine übergreifende Modell-Governance, welche den Rahmen für den Umgang mit Modellen sowie Modellrisiken setzt und überwacht.

Management von Reputationsrisiken

Reputationsrisiken können in allen Bereichen der Bank entstehen und werden daher im laufenden Betrieb stets beachtet. Die Hamburg Commercial Bank steuert Reputationsrisiken insbesondere mittels präventiver Maßnahmen, zum einen über transaktionsspezifische Prüfungen, zum anderen durch prozessuale Regelungen, um den Eintritt von Reputationsschäden möglichst zu verhindern. In Ergänzung zu den bestehenden Regelungen und Anweisungen, wie z. B. dem Code of Conduct, sind im SRF die bankweiten Grundsätze zur Steuerung von Reputationsrisiken definiert.

Management von geschäftsstrategischen Risiken

Die Steuerung geschäftsstrategischer Risiken erfolgt über die jährliche Prüfung und Aktualisierung der Geschäftsstrategie und den damit eng verbundenen, in der Bank etablierten Gesamtbankplanungsprozess. Die Verantwortung für die Strategie der Hamburg Commercial Bank obliegt dem Gesamtvorstand, wobei die Prozessverantwortung für die Erstellung der Geschäftsstrategie durch die Abteilung Corporate Development wahrgenommen wird. Das quantitative Strategiecontrolling erfolgt durch den Unternehmensbereich Finance & Bank Steering. Die Überwachung des nicht-finanziellen geschäftsstrategischen Risikos obliegt der Abteilung Corporate Development.

Non-Financial Risk im Berichtsjahr

Die verschärfte Sanktionslage hält infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine sowie der aktuellen Entwicklungen des Nahostkonflikts unverändert an. Die Hamburg Commercial Bank setzt sämtliche Sanktionen vollumfänglich um und führt die verstärkte Überwachung der laufenden Entwicklungen fort.

Die Gefahr durch Cybercrime bewegt sich weiterhin auf einem hohen Niveau, wobei Ransomware die am meisten verbreitete Bedrohung darstellt. Angriffe finden hochprofessionell und zunehmend automatisiert statt. Dabei steht die Bankenindustrie insgesamt im Fokus der Angriffe, wobei nach Einschätzung der Bank aktuell keine erhöhte Bedrohungslage gegen die Hamburg Commercial Bank zu verzeichnen ist. Die Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz und die damit verbundenen neuen Möglichkeiten manipulativer Handlungen stellen die Cybersicherheit insgesamt vor große Herausforderungen. Die Bank verfolgt die Entwicklungen in Bezug auf Cybercrime regelmäßig und arbeitet kontinuierlich mit ihren Partner:innen daran, die bestehenden Instrumente und Verfahren zu verbessern und Cyberrisiken entgegenzuwirken. Dazu trägt auch der im Abschluss befindliche Umbau der IT zu einer modernen, kosteneffizienten und cloudbasierten IT-Architektur bei. Die operationellen Risiken, die sich im Verlauf der IT-Transformation ergeben oder verändern könnten, werden durch eine entsprechende Governance, Prozesse, langjährige Zusammenarbeit mit IT-Providern und eine unabhängige Qualitätssicherung wirksam gesteuert.

Für die Kategorie Rechtsrisiken, als Bestandteil der operationellen Risiken, hat die Hamburg Commercial Bank insbesondere für Prozessrisiken und -kosten zum Berichtsstichtag Rückstellungen in Höhe von 132 Mio. € (31. Dezember 2024: 151 Mio. €) gebildet. Zusätzlich bestehen Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsstreitigkeiten.

Die Staatsanwaltschaft Köln führt seit April 2018 ein Ermittlungsverfahren gegen zwei ehemalige leitende Mitarbeitende der HSH Nordbank wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung bzw. der Beteiligung daran im Zusammenhang mit Aktiengeschäften rund um den Dividendenstichtag (sogenannter Cum-Ex-Geschäfte). Die Bank wurde im Rahmen dieses Verfahrens als mögliche Nebenbeteiligte angehört. Im Juli 2021 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln die Räumlichkeiten der Bank. Seitdem wurde der Vorwurf auf weitere (größtenteils ehemalige) Mitarbeitende erstreckt. Die HSH Nordbank, als Vorgängerinstitut der Hamburg Commercial Bank, hatte die relevanten Sachverhalte bereits lange vor Einleitung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Köln aufgeklärt. Die Erkenntnisse aus der damaligen Aufklärung der Cum-Ex-Geschäfte hat die Bank proaktiv gegenüber dem zuständigen Finanzamt für Großunternehmen Hamburg und der Staatsanwaltschaft Hamburg offengelegt, im Jahresabschluss 2013 Rückstellungen in Höhe von 127 Mio. € gebildet und im Januar 2014 Steuern in Höhe von insgesamt rund 112 Mio. € zuzüglich Zinsen zurückbezahlt. Auch die weiteren mittlerweile zum Verfahrensgegenstand gemachten Geschäfte rund um den Dividendenstichtag hat die Bank mithilfe externer Berater aufgeklärt und gegenüber den zuständigen Behörden offengelegt. Die Hamburg Commercial Bank kooperiert mit der Staatsanwaltschaft Köln. Das Verfahren kann für die Bank gegebenenfalls mit einem Bußgeld enden. Aufgrund des aktuellen Ermittlungsstandes sehen wir derzeit keine überwiegende Wahrscheinlichkeit für die Verhängung einer Unternehmensgeldbuße.

Steuerrisiken als Bestandteil der Rechtsrisiken resultieren vor allem daraus, dass sich die verbindliche Auslegung interpretierbarer steuerlicher Vorschriften teils erst nach mehreren Jahren herausstellen kann.

Derzeit sind die Veranlagungszeiträume ab 2012 verfahrensrechtlich noch änderbar. Im Zusammenhang mit den derzeit laufenden Betriebsprüfungen, neuen bzw. geänderten Veröffentlichungen der Finanzverwaltung sowie zwischenzeitlich ergangener Rechtsprechung zu steuerlichen Themen wird erforderlichenfalls bilanzielle Vorsorge für daraus resultierende steuerliche Risiken getroffen.

Zusammenfassende Risikobewertung

Neben der im ersten Halbjahr eingeleiteten strategischen Fokussierung der Bank war das Geschäftsjahr 2025 von geopolitischen Spannungen und politischen und makroökonomischen Unsicherheiten geprägt. Den anhaltenden herausfordernden externen Rahmenbedingungen und den damit verbundenen Auswirkungen auf ihr Kreditportfolio ist die Hamburg Commercial Bank durch die konsequente Abwicklung bestehender Non-Performing Exposure wirksam begegnet.

Durch die Risikopolitik der Hamburg Commercial Bank war die adäquate Kapital- und Liquiditätsposition der Bank jederzeit sichergestellt. Die Bank hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um den bestehenden Risiken angemessen Rechnung zu tragen.

Für die zukünftige Entwicklung der Hamburg Commercial Bank ergeben sich wesentliche Herausforderungen, die detailliert im „Prognose-, Chancen- und Risikobericht“ beschrieben wurden.

Die von uns dargestellten Risiko- und Banksteuerungssysteme sind darauf ausgerichtet, Risiken systematisch zu berücksichtigen. Dies gilt auch für unsere Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Markt- und Geschäftsentwicklung. Nach unserer Überzeugung haben wir das Gesamtrisikoprofil des Hamburg Commercial Bank Konzerns sowie die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung unserer Geschäftsaktivitäten im „Prognosebericht mit Chancen und Risiken“ und in diesem Risikobericht angemessen und umfassend vermittelt.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der Hamburg Commercial Bank AG nach HGB

Bericht zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Die Hamburg Commercial Bank AG wies für das Geschäftsjahr 2025 ein – auch im Vergleich zum IFRS-Konzernergebnis – sehr hohes positives Jahresergebnis nach HGB in Höhe von 998 Mio. € aus (Vorjahr: 214 Mio. €). Der Jahresüberschuss war bei einer zufriedenstellenden operativen Geschäftsentwicklung in hohem Maße durch Erträge aus Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken geprägt.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung fiel mit 426 Mio. € um 154 Mio. € höher aus als im Vorjahr (272 Mio. €). Maßgeblich dafür war neben einem höheren Zinsüberschuss insbesondere der Anstieg des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses, das in der Vergleichsperiode durch negative Einmaleffekte im Zusammenhang mit Rechtsrisiken wesentlich belastet war. Die Verwaltungskosten stiegen trotz gesunkener Sachaufwendungen infolge der einmaleffektbedingten Belastungen aus dem im Berichtsjahr beschlossenen Personalabbau. Der Provisionsüberschuss zeigte sich stabil. Das Handelsergebnis, getragen vom positiven Devisenergebnis, verbesserte sich im Vergleich zu 2024.

Primär ausschlaggebend für den sehr hohen Jahresüberschuss war das Ergebnis aus Risikovorsorge/Bewertung. Dieses belief sich auf 725 Mio. €, nachdem es im Vorjahr mit –71 Mio. € noch negativ ausgefallen war. Substanziell maßgeblich für das Ergebnis aus Risikovorsorge/Bewertung waren die vorgenommenen Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 750 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). In Verbindung mit einem höheren Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sowie einer leicht niedrigeren Risikovorsorge stieg das Ergebnis vor Steuern um 950 Mio. € auf 1.151 Mio. € (Vorjahr: 201 Mio. €) sehr deutlich an.

Dämpfend auf den Jahresüberschuss wirkte sich hingegen aus, dass im Zuge der Aktualisierung der Unternehmensplanung und aufgrund zukünftig geringerer Steuersätze Bewertungsanpassungen bei latenten Steuern vorgenommen werden mussten. Demzufolge lagen die Ertragsteuern mit 153 Mio. € spürbar über dem Wert für die Vergleichsperiode, in der die Ertragsteuern leicht positiv ausfielen.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung im Vorjahresvergleich kann der folgenden Übersicht entnommen werden. Im Anschluss daran werden die für die Ertragslage maßgeblichen Entwicklungen in den einzelnen Ertragspositionen aufgeführt:

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mio. €)	2025	2024	Veränderung in %
Zinsüberschuss (inkl. Laufender Erträge)	624	579	8
Provisionsüberschuss	36	35	3
Nettoergebnis des Handelsbestands	46	31	48
Verwaltungsaufwand (inkl. Abschreibungen)	-375	-359	4
davon: Personalaufwand	-212	-183	16
davon: Sachaufwand	-163	-176	-7
Sonstiges betriebliches Ergebnis (inkl. Sonstiger Steuern)	95	-14	>100
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	426	272	57
Risikovorsorge/Bewertung	725	-71	>-100
davon: Erträge aus Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	750	-	>100
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung	1.151	201	>100
Ertragsteuern	-153	13	>-100
Jahresergebnis	998	214	>100

Der **Zinsüberschuss** (inklusive der laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen) belief sich auf 624 Mio. €. Er lag abweichend zur Entwicklung im IFRS-Konzernabschluss mit einer Erhöhung von rund 8 % spürbar oberhalb des Vorjahresniveaus (579 Mio. €). Im Rahmen dieser Entwicklung sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: Der Zinsüberschuss aus dem operativen Geschäft lag bei einem geringeren durchschnittlichen Bilanzvolumen unterhalb des Niveaus von 2024. Grund hierfür war, dass die Summe der Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft, aus festverzinslichen Wertpapieren sowie den aufgesetzten Spezialfonds in einem höheren Umfang zurückging als die operativen Zinsaufwendungen aus der Refinanzierung über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbrieften und Nachrangigen Verbindlichkeiten. Die Zinserträge aus Forderungsverkäufen sowie erhaltene oder gezahlte Vorfälligkeitsentschädigungen haben sich wie in der Vergleichsperiode nicht wesentlich auf den Zinsüberschuss ausgewirkt.

Deutlich überkompensiert wurde der Rückgang im Zinsüberschuss aus dem operativen Geschäft durch den geringeren negativen Ergebnisbeitrag aus Zinsderivaten.

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 36 Mio. € (Vorjahr: 35 Mio. €). Dabei haben sich die Provisionserträge mit einem Anstieg um 10 % auf 45 Mio. € (Vorjahr: 41 Mio. €) sehr erfreulich entwickelt, insbesondere im Bürgschaftsgeschäft. Der Anstieg der Provisionsaufwendungen von 6 Mio. € auf 9 Mio. € resultiert unter anderem aus höheren Vermittlungsprovisionen für den Anbieter der externen Plattform für das Retailfunding. Diese stiegen im Einklang mit den höheren Volumina.

Das **Nettoergebnis des Handelsbestands** belief sich im Berichtsjahr auf 46 Mio. €, nach 31 Mio. € im Geschäftsjahr 2024. Das Resultat wurde getragen von einem positiven Devisenergebnis als Folge der unterjährigen Abwertung des US-Dollars im Vergleich zum Euro. Im Berichtsjahr erfolgten keine Zuführungen/Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB. Im Vorjahr wurden Teilauflösungen in Höhe von 30 Mio. € vorgenommen, die maßgeblich zum Ergebnisausweis in dieser Gesamtposition geführt hatten.

Der **Verwaltungsaufwand** betrug im Berichtszeitraum 375 Mio. € (Vorjahr: 359 Mio. €) und war von nachstehend erläuterten Einmaleffekt im Personalaufwand in Höhe von 50 Mio. € geprägt. Ohne diesen wären die Verwaltungskosten geringer ausgefallen als geplant, was die Effektivität des stringenten Kostenmanagements der HCOB unterstreicht.

Der Personalaufwand belief sich auf 212 Mio. € (Vorjahr: 183 Mio. €). Die mit einem Anstieg um 29 Mio. € deutliche Erhöhung ist auf einen Einmaleffekt zurückzuführen. So waren für Abfindungen im Zuge einvernehmlicher Auflösungen von Arbeitsverhältnissen im Berichtsjahr Aufwendungen in Höhe von insgesamt 50 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €) zu verzeichnen. Im Übrigen war die Entwicklung des Personalaufwands im Vorjahresvergleich von reduzierenden Effekten (Veränderungen im Personalbestand) sowie erhöhenden (Gehaltserhöhungen und höheren Aufwendungen für variable Vergütungen) geprägt. Die Einsparungen aus

dem zum Stichtag bereits zu circa 80 % kontrahierten Personalabbau werden sich erst sukzessive in den Geschäftsjahren 2026 bis 2028 ergeben. Die Anzahl der Mitarbeitenden hat sich auf Jahresultimobasis um 65 VAK auf 857 VAK verringert.

Der Sachaufwand (inkl. Abschreibungen) konnte im Vorjahresvergleich trotz höherer planmäßiger Abschreibungen auf Software um rund 7 % reduziert werden und belief sich auf 163 Mio. € (Vorjahr: 176 Mio. €). Während sich die planmäßigen Abschreibungen auf Software wie erwartet erhöht haben, ergaben sich in anderen Kostenkategorien Einsparungen, die den Anstieg der Abschreibungen überkompensiert haben. Primär hervorzuheben sind dabei die IT-Kosten sowie die regulatorischen Aufwendungen. Maßgeblich für den Rückgang der IT-Kosten waren geringere Projektaufwendungen sowie geringere Providerkosten. Der Rückgang der regulatorischen Aufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Tatsache, dass für das Geschäftsjahr 2025 keine Jahresumlage für den ESF des BdB erhoben worden ist. Im Vorjahr hatte die Bank für den Jahresbeitrag 2024 Aufwendungen (Vorauszahlungen und Zuführungen zu Rückstellungen) erfasst, die im Berichtsjahr erstattet wurden bzw. aufgelöst werden konnten. Wie im Vorjahr wurden auch im Geschäftsjahr 2025 keine Beiträge zur Bankenabgabe erhoben, weil die Zielausstattung des Single Resolution Fund (SRF) erreicht ist.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** (einschließlich Sonstiger Steuern), das im Vorjahr aufgrund von negativen Einmaleffekten mit -14 Mio. € noch negativ ausfiel, trug im Geschäftsjahr 2025 mit 95 Mio. € spürbar positiv zum Jahresüberschuss bei. Ausschlaggebend für den deutlichen Anstieg um 109 Mio. € war die Tatsache, dass in der Vergleichsperiode signifikante Sonderbelastungen aus Prozessrisiken und damit verbundenen Rechtsberatungskosten zu verzeichnen waren (insgesamt 107 Mio.€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 163 Mio. € über dem Niveau 2024 (122 Mio. €), obwohl sie im Vorjahr in Höhe von 39 Mio. € von Erträgen aus Earn-out-Vereinbarungen profitierten. Im Geschäftsjahr 2025 betrafen sie im Wesentlichen die Nettoerträge aus nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu verrechnenden Aufwendungen und Erträgen aus Pensionsrückstellungen und Deckungsvermögen (59 Mio. €, Vorjahr: 31 Mio. €), Erträge aus der Auflösung von diversen Rückstellungen (34 Mio. €, Vorjahr: 12 Mio. €) sowie Einmaleffekte in Form von Umsatzsteuererstattungen aus früheren Veranlagungszeiträumen (8 Mio. €; 1 Mio. € Aufwand gegenläufig in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen). Die Erträge aus der Auflösung von diversen Rückstellungen betrafen zu einem wesentlichen Teil die Auswirkungen aus der finalen kumulativen Abrechnung des freiwilligen Einlagensicherungsfonds (ESF) des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) für die ersten vier Jahre nach der Aufnahme der HCOB in den ESF (13 Mio. €). Für den ESF hatte die Bank eine Einmalzahlung sowie Vorauszahlungen auf die Jahresumlagen für die Kalenderjahre 2022 bis 2025 geleistet und darüber hinaus Rückstellungen gebildet. Als Resultat der finalen kumulativen Abrechnung der ersten vier Mitwirkungsjahre im ESF konnte die Bank die gebildeten Rückstellungen auflösen und eine Erstattung vereinnahmen, was sich im Berichtsjahr in Höhe von insgesamt 18 Mio. € positiv im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewirkt hat. Zudem fielen Erträge aus Derivaten (22 Mio. €, Vorjahr: 0 Mio. €) sowie aus Devisen (19 Mio. €, Vorjahr: 0 Mio. €) an, denen allerdings jeweils in leicht geringerem Umfang sonstige betriebliche Aufwendungen aus Derivaten bzw. Devisen gegenüberstanden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich sehr deutlich um 68 Mio. € auf 68 Mio. € (Vorjahr: 136 Mio. €) reduziert. Maßgeblicher Faktor hierfür war der Wegfall der oben genannten Sonderbelastungen im Zusammenhang mit Prozessrisiken und Rechtsberatungskosten. Gegenläufig wirkten die vorgenannten Aufwendungen aus Derivaten bzw. Devisen.

Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung lag mit 426 Mio. € um 154 Mio. € über dem Niveau der Vorperiode (272 Mio. €). Ursächlich dafür waren die oben erläuterten Veränderungen im Zinsüberschuss (Erhöhung um 45 Mio. €) sowie das vom Wegfall negativer Einmaleffekte profitierende Sonstige betriebliche Ergebnis (Erhöhung um 109 Mio. €).

Durch Erträge aus Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gekennzeichnetes Ergebnis aus Risikovorsorge/Bewertung primär ausschlaggebend für den sehr hohen Jahresüberschuss

Das durch einen positiven Einmaleffekt gekennzeichnete Ergebnis aus Risikovorsorge/Bewertung betrug 725 Mio. € und war damit primär ausschlaggebend für den sehr hohen Jahresüberschuss, nachdem es im Vorjahr mit insgesamt -71 Mio. € noch negativ ausgefallen war. Substanziell maßgeblich dafür waren die vorgenommenen Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken.

Die Risikovorsorge (GuV) im Kreditgeschäft lag mit 71 Mio. € leicht unter dem Niveau des Vorjahres (77 Mio. €). Sie war wie 2024 geprägt von Einzelwertberichtigungen für ausgefallene Finanzierungen im Segment Real Estate. Diese betrafen im Berichtsjahr überwiegend Büroimmobilien in Deutschland (vor allem bei Objekten mit Entwicklungsbedarf), was auf die anhaltend schwache Nachfrage und gesunkene Marktwerte zurückzuführen war. Der Rückgang in der Gesamtposition gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus geringeren Portfoliowertberichtigungen.

Das Ergebnis im Wertpapiergeschäft fiel mit 46 Mio. € deutlich positiv aus (Vorjahr: 6 Mio. €). Treiber dafür waren insbesondere Netto-Realisierungsgewinne aus Wertpapierverkäufen, zudem haben per saldo Wertaufholungen bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve positiv zum Ergebnis beigetragen.

Das Bewertungsergebnis aus Beteiligungen war im Berichtsjahr wie im Vorjahr mit 0 Mio. € ausgeglichen.

In Höhe von 750 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) wurden Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken vorgenommen. Die Auflösung erfolgte auf Grundlage einer diskretionären Entscheidung des Vorstands, der unter Berücksichtigung der aktuellen Gesamtsituation des Instituts im gegenwärtigen Bankenumfeld zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die Auflösung in der genannten Höhe geboten und angemessen ist.

Ertragsteuern

Vor dem Hintergrund der oben genannten Entwicklungen in den einzelnen Positionen belief sich das Ergebnis vor Ertragsteuern auf 1.151 Mio. € und lag damit sehr deutlich über dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 201 Mio. €).

Die Ertragsteuern stiegen hingegen signifikant auf 153 Mio. € (Aufwand) an (Vorjahr: 13 Mio. € Ertrag) und waren von einem Aufwand aus latenten Steuern (133 Mio. €) dominiert. Der Aufwand aus laufenden Steuern betrug 20 Mio. €. Die niedrige Ertragsteuerquote (Verhältnis der Ertragsteuern zum Ergebnis vor Ertragsteuern) ergibt sich vor allem vor dem Hintergrund, dass die substanziiell zum Ergebnis vor Steuern beitragenden Erträge durch die Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken keine steuerlichen Auswirkungen haben.

Der latente Steueraufwand setzte sich aus einem Aufwand aus der Auflösung aktiver latenter Steuern auf temporäre Differenzen (57 Mio. €) sowie einem Aufwand aus der Minderung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge (76 Mio. €) zusammen. Die Minderung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge resultiert in Höhe von 22 Mio. € aus der im Dezember 2025 erfolgten Aktualisierung der Mehrjahresplanung, nach der eine im Vergleich zur Vorjahresplanung umfangsmäßig geringere Nutzbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge in den kommenden fünf Geschäftsjahren erwartet wird. In Höhe von 17 Mio. € resultiert der Aufwand aus latenten Steuern aus der mandatorischen Bewertungsanpassung von latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen an die zukünftig reduzierten Körperschaftsteuersätze in Deutschland. Rechtlicher Hintergrund dafür ist das im zweiten Halbjahr beschlossene Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Sehr hohes positives Jahresergebnis aufgrund von Einmaleffekt im Bewertungsergebnis sehr deutlich über den Erwartungen

Nach Berücksichtigung von Ertragsteuern wies die Hamburg Commercial Bank für das Geschäftsjahr 2025 ein sehr hohes positives Jahresergebnis von 998 Mio. € (Vorjahr: 214 Mio. €) aus. Das HGB-Jahresergebnis entsprach in operativer Hinsicht insgesamt den Erwartungen der Bank. Durch den oben beschriebenen positiven Effekt im Ergebnis aus Risikovorsorge/Bewertung überstieg das HGB-Ergebnis bei einem operativ zufriedenstellenden Geschäftsverlauf die Erwartungen sehr deutlich.

Wesentliche Bilanzpositionen

(Mio. €)	2025	2024	Veränderung in %
Aktiva			
Barreserve und Schatzwechsel	168	144	17
Forderungen an Kreditinstitute	2.781	3.451	-19
Forderungen an Kunden	16.010	19.546	-18
Wertpapiere	9.240	10.162	-9
Handelsbestand	150	239	-37
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	9	10	-10
Aktive latente Steuern	463	597	-22
Restliche Aktiva	497	760	-35
Bilanzsumme	29.320	34.909	-16
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.523	3.911	-35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.499	15.014	-10
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.791	10.058	-23
Handelsbestand	26	47	-45
Nachrangige Verbindlichkeiten	892	919	-3
Fonds für allgemeine Bankrisiken	27	777	-97
Eigenkapital	3.769	2.981	26
Restliche Passiva	793	1.202	-34
Bilanzsumme	29.320	34.909	-16
Eventualverbindlichkeiten	791	712	11
Andere Verpflichtungen	4.443	4.849	-8
Summe außerbilanzielles Geschäft	5.234	5.561	-6
Geschäftsvolumen	34.554	40.470	-15

Bilanzsumme um 16 % gesunken

Die Bilanzsumme belief sich zum Berichtsstichtag 2025 auf 29.320 Mio. € und lag damit 16 % (rund 5,6 Mrd. €) unter dem Niveau vom 31. Dezember 2024 (34.909 Mio. €). Auf der Aktivseite entfiel der Bilanzrückgang zum weit überwiegenden Teil auf die Forderungen an Kunden (-3,5 Mrd. €), aber auch die Wertpapiere (-0,9 Mrd. €) und die Forderungen an Kreditinstitute (-0,7 Mrd. €) nahmen im Vergleich zum Berichtsstichtag des Vorjahres ab. Auf der Passivseite spiegelte sich der entsprechend geringere Refinanzierungsbedarf vor allem im Rückgang der Verbrieften Verbindlichkeiten (-2,3 Mrd. €), der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (-1,5 Mrd. €) sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-1,4 Mrd. €) wider. Ferner war die Passivseite der Bilanz von substantiellen Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken geprägt, die sich über den Jahresüberschuss entsprechend erhöhend im Eigenkapital niederschlugen. Im Einzelnen haben sich die folgenden Entwicklungen ergeben:

Die Forderungen an Kreditinstitute betreffen zum Berichtsstichtag im Wesentlichen die Übernachtguthaben im Rahmen der Einlagenfazilität bei der Deutschen Bundesbank, die nach HGB abweichend zur Darstellung nach IFRS nicht unter der Barreserve, sondern unter den Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen werden. Diese lagen mit 2.781 Mio. € um 19 % unter dem Wert von Ende 2024 (3.451 Mio. €).

Die Entwicklung der Forderungen an Kunden war geprägt von den strategischen Geschäftsanpassungen und der damit verbundenen Fokussierung auf die Franchise-Portfolios sowie den Divestmentaktivitäten für die Non-Strategic Assets. Entsprechend haben sich die Forderungsbestände im internationalen Immobiliengeschäft sowie im Structured Portfolio Finance (Segment Corporates) im Vergleich zum Jahresende 2024 reduziert. Zudem

wurden die Aviation-Finanzierungen durch den Ende Oktober 2025 vollzogenen Portfolioverkauf vollständig veräußert. Zusätzlich wirkten sich das in Summe hohe Tilgungsniveau sowie die deutliche Abwertung des US-Dollars im Vergleich zum Euro mindernd auf den Buchwert der Kundenforderungen aus. In der Folge reduzierte sich die Bilanzposition Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2025 deutlich (um 18 %) auf 16.010 Mio. € (31. Dezember 2024: 19.546 Mio. €).

Zum 31. Dezember 2025 betrug der Buchwert der Wertpapiere insgesamt 9.240 Mio. €, was einen Rückgang um 9 % gegenüber dem Vorjahresstichtag (31. Dezember 2024: 10.162 Mio. €) darstellt. Maßgeblich dafür waren im Wesentlichen die im Einklang mit der strategischen Fokussierung bewusst vorgenommene Reduzierung des Exposures bei den liquiden CLOs sowie der Effekt aus der Abwertung des US-Dollars.

Auch die Aktiven latenten Steuern lagen mit 463 Mio. € unter dem Buchwert vom 31. Dezember 2024 (597 Mio. €). Sie betreffen in Höhe von 247 Mio. € latente Steuern auf Verlustvorträge und mit 216 Mio. € latente Steueransprüche, die für temporäre Differenzen gebildet wurden. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert neben der Minderung latenter Steuern aufgrund des Verbrauchs von Verlustvorträgen bzw. der Umkehr temporärer Differenzen im Wesentlichen aus der Berücksichtigung der Reduktion des künftigen Körperschaftsteuersatzes in Deutschland sowie der Auflösung latenter Steuern auf Verlustvorträge im Zuge der aktualisierten Unternehmensplanung.

Die Restlichen Aktiva, in deren Zusammenfassung die Sonstigen Vermögenswerte die wesentliche Bilanzposition darstellen, lagen mit insgesamt 497 Mio. € um 263 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (31. Dezember 2024: 760 Mio. €). Grund hierfür war der Rückgang der Sonstigen Vermögensgegenstände um 307 Mio. € auf 249 Mio. € (Vorjahr: 556 Mio. €). Ursächlich dafür war primär, dass die Ansprüche aus Initial und Variation Margins aus OTC-Derivaten wesentlich geringer dotierten als zum Vorjahresresultimo. Gegenläufig, aber in geringerem Umfang hat sich innerhalb der Restlichen Aktiva ausgewirkt, dass der beizulegende Zeitwert des über ein Contractual Trust Agreement (CTA) gehaltenen Deckungsvermögens den Erfüllungsbetrag der durch das Deckungsvermögen abgesicherten Pensionsrückstellungen überstieg, was zum 31. Dezember 2025 zu einem Aktivischen Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung (85 Mio. €, Vorjahr: Passivüberhang in Höhe von 11 Mio. €) geführt hat.

Auf der Passivseite lagen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 2.523 Mio. € um mehr als ein Drittel (35 %) unter dem Niveau des Vorjahresendes (31. Dezember 2024: 3.911 Mio. €). Innerhalb dieser Position haben sich unter anderem die Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften sowie die Einlagen von Förderbanken reduziert.

Auch in der Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden kommt der analog zum Bilanzvolumen gesunkene Fundingbedarf zum Ausdruck. Entsprechend ging der Buchwert der Bilanzposition zum 31. Dezember 2025 um 10 % auf 13.499 Mio. € zurück (31. Dezember 2024: 15.014 Mio. €). Der Rückgang ergab sich unter anderem aus der bewussten Reduktion des Einlagenbestands von Unternehmenskunden. Der Bestand an Retaileinlagen hat sich hingegen im Einklang mit der Fundingstrategie erhöht.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beliefen sich zum Berichtsstichtag auf 7.791 Mio. € und lagen damit 23 % unter dem Buchwert vom Jahresende 2024 (10.058 Mio. €). Ursächlich für die Entwicklung war, dass auslaufende Anleihen auch aufgrund des geringeren Refinanzierungsbedarfs nicht in vollem Umfang durch neu begebene Schuldverschreibungen ersetzt wurden.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten haben sich in der strukturellen Zusammensetzung nicht verändert. Im Wesentlichen aufgrund der Abwertung des US-Dollars lag ihr Buchwert zum 31. Dezember 2025 mit 892 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahresresultimos (919 Mio. €).

Aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken wurden Auflösungen in Höhe von 750 Mio. € vorgenommen. Nach Auflösungen verbleibt zum 31. Dezember 2025 ein Restbetrag in Höhe von 27 Mio. € (31. Dezember 2024: 777 Mio. €), der vollständig dem Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB zuzuordnen ist.

Aufgrund des sehr hohen Jahresüberschusses, der substantiell von den vorgenannten Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken beeinflusst worden ist, hat sich das bilanzielle Eigenkapital trotz der im Berichtsjahr ausgezahlten Dividende gegenüber dem Vorjahresresultimo signifikant erhöht und belief sich zum 31. Dezember 2025 auf insgesamt 3.769 Mio. € (31. Dezember 2024: 2.981 Mio. €). Für die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten für das Einzelinstitut nach den HGB-Rechnungslegungsnormen wird auf den Risikobericht in diesem zusammengefassten Lagebericht verwiesen. Die für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagene Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. € wurde im CET1-Kapital und damit im Rahmen der Ermittlung der Kapitalquoten bereits zum Jahresresultimo 2025 vorab berücksichtigt. Bilanziell hingegen dürfen die Auswirkungen erst zum Zeitpunkt des rechtlichen Entstehens der Dividendenverbindlichkeit erfasst werden, was einen entsprechenden Beschluss durch die Hauptversammlung 2026 voraussetzt. Die vorgeschlagene

Dividendenzahlung entspricht dem für das Geschäftsjahr 2025 ausgewiesenen HGB-Bilanzgewinn, der aus dem HGB-Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2025 (998 Mio. €) sowie der Entnahme aus den anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 257 Mio. € resultiert.

Die Restlichen Passiva haben sich von 1.202 Mio. € auf 793 Mio. € reduziert. Die Reduktion um 409 Mio. € ergab sich im Wesentlichen aus den Sonstigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen. Erstere dotierten mit einem Buchwert von insgesamt 302 Mio. € um 198 Mio. € unter dem Wert zum Vorjahresresultimo (500 Mio. €). Ausschlaggebend dafür waren primär der deutlich geringere (passivische) Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung sowie die – analog zur Entwicklung auf der Aktivseite – im Vorjahresvergleich gesunkenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Variation Margin aus OTC-Derivaten. Der Rückgang der Rückstellungen (370 Mio. €, 31. Dezember 2024: 524 Mio. €) entfällt sowohl auf die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen als auch auf die Steuerrückstellungen und die Sonstigen Rückstellungen.

Geschäftsvolumen deutlich unterproportional zur Bilanzsumme gesunken

Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich außerbilanziellem Geschäft) nahm um 15 % auf 34.554 Mio. € (31. Dezember 2024: 40.470 Mio. €) ab. Der Rückgang des außerbilanziellen Geschäfts verlief mit einer Veränderung von -6 % deutlich unterproportional zur Bilanzsumme und entfiel auf die Anderen Verpflichtungen, deren wesentlicher Bestandteil die unwiderruflichen Kreditzusagen sind. Diese verminderten sich zum 31. Dezember 2025 um 406 Mio. € auf 4.443 Mio. € (31. Dezember 2024: 4.849 Mio. €). Die Eventualverbindlichkeiten (im Wesentlichen Bürgschaften und Garantien) hingegen stiegen an und lagen zum Bilanzstichtag mit 791 Mio. € um 79 Mio. € höher als zum Vorjahresende (712 Mio. €).

Refinanzierung

Die Hamburg Commercial Bank AG hat ihre Fundingstrategie im Rahmen der Nutzung verschiedener Refinanzierungsquellen im Berichtsjahr erfolgreich umgesetzt. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquiditätskennzahlen wurden in der Berichtsperiode durchgängig übertroffen. Weitere Details können dem zusammengefassten Lagebericht der Hamburg Commercial Bank entnommen werden.

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Gemäß § 111 Absatz 5 Aktiengesetz (AktG) hat der Aufsichtsrat auch von nicht börsennotierten Gesellschaften, sofern diese der Mitbestimmung unterliegen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand Zielgrößen festzulegen. Der Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank hat im Juni 2022 für den Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts (aktuell Frauen) im Vorstand sowie im Aufsichtsrat die folgenden Zielgrößen beschlossen bzw. bestätigt. Die Zielgrößen beschreiben den angestrebten Frauenanteil am jeweiligen Gesamtgremium in seiner aktuellen Größe, wobei die prozentualen Angaben vollen Personenzahlen entsprechen:

- Für den Vorstand der Hamburg Commercial Bank ist eine Zielquote von 25 % (ausgehend von vier Mitgliedern) bestätigt worden.
- Für den Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank ist eine Zielquote von 33 % (sechs von derzeit 18 Mitgliedern) beschlossen worden (zuvor: 30 %).

Die Zielgrößen sollen möglichst bis spätestens zum 30. Juni 2027 erreicht werden. Im Vorstand der Hamburg Commercial Bank ist derzeit keine Frau vertreten. Im Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank sind nach der Neubesetzung dieses Gremiums zum 30. Mai 2024 sechs von 18 Mitgliedern Frauen (derzeit unterrepräsentiertes Geschlecht) und somit ist der Frauenanteil im Aufsichtsrat derzeit 33 % (31. Dezember 2024: 33 %). Damit ist die oben genannte Zielquote für den Aufsichtsrat bereits jetzt erreicht.

Nachhaltigkeits- erklärung,

die gleichzeitig die Anforderungen an die nach §§ 289b ff. und 315b bis 315c HGB aufgestellte zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung erfüllt.

Allgemeine Informationen

Zum 31. Dezember 2025 veröffentlicht die Hamburg Commercial Bank (HCOB) erneut ihre Nachhaltigkeitserklärung gemäß den European Sustainability Reporting Standards (ESRS). Damit ergänzt sie den Konzernabschluss um nichtfinanzielle Informationen gemäß der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und erfüllt dabei die Anforderungen an die nach §§ 289b ff. und 315b bis 315c HGB aufgestellte zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung.

Die doppelte Wesentlichkeitsanalyse (DWA) erfolgte gemäß ESRS und definiert die wesentlichen Berichtsthemen 2025, die sich nach den ESRS wie folgt strukturieren:

Allgemeine Angaben:

Grundlegende Informationen zur Nachhaltigkeitsstrategie und -governance der HCOB.

Umweltangaben:

Maßnahmen und Initiativen zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks, einschließlich Fortschritten in den Bereichen Energieeffizienz, Emissionsreduktion und Ressourcenschonung.

Sozialangaben:

Soziale Aspekte wie Vielfalt, Mitarbeitendenentwicklung und Gemeinschaftsengagement.

Governance-Angaben:

Strukturen und Prozesse zur Sicherstellung einer verantwortungsvollen Unternehmensführung.

Der ESRS-Index am Ende dieser Nachhaltigkeitserklärung bietet eine Übersicht über die abgedeckten Angaben. Die DWA und die nichtfinanzielle Erklärung wurden von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einer Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit unterzogen.

ESRS 2 Allgemeine Angaben

Grundlagen für die Erstellung

BP-1 Allgemeine Grundlagen für die Erstellung der Nachhaltigkeitserklärung

Konsolidierungskreis

Die Nachhaltigkeitserklärung für das Geschäftsjahr 2025 basiert auf dem Konsolidierungskreis des Konzernabschlusses (siehe Note 59 „Liste des Anteilsbesitzes“ im Konzernanhang).

Kein in den Konzernabschluss einbezogenes Tochterunternehmen ist eigenständig zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet. Daher liegen auch keine Befreiungstatbestände auf Einzelgesellschafts- oder Teilkonzernebene vor.

Wertschöpfungskette und Darstellung im Bericht

Die Nachhaltigkeitserklärung umfasst den eigenen Geschäftsbetrieb sowie die vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette. Eine detaillierte Darstellung dieser findet sich in Abschnitt [„SBM-1 Strategie, Geschäftsmodell und Wertschöpfungskette“](#).

Für eine klare und differenzierte Darstellung wird der Bericht in die Dimensionen Corporate und Portfolio gegliedert. Die Dimension Corporate umfasst den eigenen Betrieb sowie die vorgelagerte Wertschöpfungskette, einschließlich Lieferant:innen und Dienstleister:innen der Bank. Die Dimension Portfolio bezieht sich auf die nachgelagerte Wertschöpfungskette und umfasst die Geschäftsaktivitäten im Kredit- und Investmentgeschäft. Abschnitte, die ausschließlich eine Dimension betreffen, sind entsprechend gekennzeichnet.

Von der Möglichkeit, Informationen zu geistigem Eigentum, Know-how oder Innovationsergebnissen von der Offenlegung auszuschließen, wurde kein Gebrauch gemacht. Ebenso wenig wurden grundsätzliche Ausnahmeregelungen für Angaben zu bevorstehenden Entwicklungen oder laufenden Verhandlungsphasen genutzt.

Auslegungsunsicherheiten

Die dieser Nachhaltigkeitserklärung zugrunde liegenden deutschen gesetzlichen und weiteren europäischen Vorschriften können Formulierungen und Begriffe enthalten, die Auslegungsunsicherheiten unterliegen und für die noch keine maßgebenden umfassenden Interpretationen veröffentlicht wurden. Wo dies zutrifft, wird jeweils an der entsprechenden Stelle im Bericht in den spezifischen Kapiteln die vorgenommene Auslegung angegeben.

Zusätzliche Validierung

Die in dieser Nachhaltigkeitserklärung veröffentlichten Metriken wurden nicht von einer zusätzlichen externen Stelle validiert, sind aber durch die gesamthafte Prüfung mit begrenzter Sicherheit der Nachhaltigkeitserklärung durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft abgedeckt.

BP-2 Angaben im Zusammenhang mit konkreten Umständen

Zeithorizonte

Die Zeithorizonte für die Berichterstattung richten sich nach den Vorgaben der ESRS:

- kurzfristig: ein Jahr
- mittelfristig: ein bis fünf Jahre
- langfristig: mehr als fünf Jahre

Schätzungen zur Wertschöpfungskette

Bei der Ermittlung von Daten für die Wertschöpfungskette, konkret zur Berechnung der Scope 3-Emissionen für Rechenzentren sowie für finanzierte Emissionen, wurde teilweise auf Schätzungen zurückgegriffen. Die hierbei verwendeten Methodiken, Annahmen und, sofern anwendbar, Maßnahmen zur Verbesserung der Datenqualität sind im Abschnitt [„E1-6 – THG-Bruttoemissionen der Kategorien Scope 1, 2 und 3 sowie THG-Gesamtemissionen“](#) im Detail beschrieben.

Quellen für Schätzungen und Ergebnisunsicherheit

Einige Parameter und Geldbeträge in der Nachhaltigkeitserklärung beruhen auf Schätzungen und Annahmen über künftige Ereignisse, die naturgemäß mit Unsicherheit verbunden sind. Besonders betroffen sind dabei die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) (siehe Abschnitt [„E1-6 – THG-Bruttoemissionen der Kategorien Scope 1, 2 und 3 sowie THG-Gesamtemissionen“](#)). Außerdem wurden Schätzungen im Rahmen der Hochrechnungen der Umweltkennzahlen auf Ebene des eigenen Geschäftsbetriebs für alle Standorte vorgenommen, die jeweils im E1, E3 und E5 genannt werden.

Die zugrunde gelegten Annahmen, Methoden und Schätzungen werden, sofern einschlägig, bei den jeweiligen Positionen erläutert.

Änderungen bei der Erstellung und Darstellung von Nachhaltigkeitsinformationen

Diese Nachhaltigkeitserklärung wurde erneut nach den Vorgaben der ESRS erstellt. Gegenüber dem Vorjahr haben sich methodologische Änderungen im Rahmen der Emissionsberechnung von Gebäuden ergeben. Für weitere Details sei an dieser Stelle auf die Ausführungen unter [„E1-6 – THG-Bruttoemissionen der Kategorien Scope 1, 2 und 3 sowie THG-Gesamtemissionen“](#) verwiesen.

Fehler bei der Berichterstattung in früheren Berichtszeiträumen

Im Rahmen der Erstellung des Nachhaltigkeitsberichts 2025 wurde festgestellt, dass die im Bericht 2024 veröffentlichte Fluktuationsquote nicht vollständig den Anforderungen des ESRS S1-6 Tz. 50 c entsprach. Bei der damaligen Berechnung wurden Austritte von Mitarbeitenden mit unbefristeten Arbeitsverträgen berücksichtigt, während Austritte befristeter Mitarbeitender sowie Mitarbeitender der Konzerngesellschaft Klarphos unberücksichtigt geblieben waren. Dies führte zu einer unvollständigen Darstellung der tatsächlichen Personalabgänge und stellt einen Fehler in der Berichterstattung dar.

Der Vorjahreswert wurde daher rückwirkend neu berechnet und im Nachhaltigkeitsbericht 2024 entsprechend angepasst. Die Überleitung sowie die Begründung der Korrektur sind im Abschnitt [„S1-6 Merkmale der Arbeitnehmer des Unternehmens“](#) dargestellt und umfassen die aktualisierten Vorjahreskennzahlen. Die Neuberechnung führt zu einer Erhöhung der ausgewiesenen Austritte und einer entsprechenden Anpassung der Fluktuationsrate für das Jahr 2024. Die rückwirkende Berichtigung war ohne Einschränkungen möglich.

Angaben aufgrund anderer Rechtsvorschriften oder allgemein anerkannter Verlautbarungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung

Diese Nachhaltigkeitserklärung basiert auf den Vorgaben der ESRS. Sie enthält keine Angaben aufgrund allgemein anerkannter Verlautbarungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung wie z.B. den GRI oder den IFRS Sustainability Disclosure Standards (IFRS SDS).

Angaben im Zusammenhang mit den Regelungen zur nichtfinanziellen Berichterstattung des HGB

Diese Nachhaltigkeitserklärung nach den ESRS erfüllt gleichzeitig die Anforderungen an die nach §§ 289b ff. HGB und 315b bis 315c HGB aufgestellte nichtfinanzielle Konzernklärung und stellt somit die zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung für den HCOB Konzern und die HCOB AG dar.

Zur Erfüllung unserer handelsrechtlichen Berichtspflichten erklären wir Folgendes:

- Die erneute vollständige Nutzung der European Sustainability Reporting Standards (ESRS) als Rahmenwerk gem. §§ 315c Abs. 3 i.V.m. 289d HGB erfolgt aufgrund der Bedeutung der ESRS als durch die Europäische Kommission angenommenen Berichtsstandards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung.

- Für unsere nichtfinanzielle Erklärung in Bezug auf die HCOB AG nach § 289b HGB haben wir kein anerkanntes Rahmenwerk verwendet, da für unsere Stakeholder:innen eine ESRS-Nachhaltigkeitserklärung für den Konzern von Relevanz ist.
- Dieser Nachhaltigkeitsbericht umfasst die zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung für den HCOB Konzern und die HCOB AG. Sofern nicht anders dargestellt, betreffen alle Informationen sowohl den Konzern wie auch die HCOB AG.
- Als Teil der Umweltinformationen in dieser Nachhaltigkeitserklärung sind die Angaben gemäß Artikel 8 der Verordnung 2020/852 (EU-Taxonomie-Verordnung) für den HCOB Konzern im Anhang unter [„Angaben nach Art. 8 der Verordnung \(EU\) 2020/852 \(Taxonomie-Verordnung\)“](#) enthalten.
- Unser bedeutsamster nichtfinanzieller Leistungsindikator („Rating“) ist im Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ im Abschnitt „Steuerungssystem“ in der Tabelle „Definition der bedeutsamsten Steuerungskennzahlen“ sowie im Kapitel „Prognose-, Chancen- und Risikobericht“ im Abschnitt „Prognosebericht mit Chancen und Risiken“ in der Tabelle „Voraussichtliche Geschäftsentwicklung der Hamburg Commercial Bank“ dargestellt.
- Wesentliche Risiken aus unserer eigenen Geschäftstätigkeit sowie aus Geschäftsbeziehungen, Produkten und Dienstleistungen, die sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die nichtfinanziellen Aspekte nach § 289c HGB haben, liegen nicht vor.

Aufnahme von Informationen mittels Verweis

Die Bank hat keine Informationen mittels Verweis gemäß ESRS 1 Abschnitt 9.1 aufgenommen. Sämtliche Verweise in der Nachhaltigkeitserklärung, wenn nicht gesondert gekennzeichnet, sind nicht Teil der Nachhaltigkeitserklärung selbst.

Anwendung der Bestimmungen für stufenweise Angabepflichten gemäß ESRS 1 Anlage C

Da der HCOB Konzern eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl von mehr als 750 Mitarbeitenden aufweist, sind die Angaben zu den Phase-in-Regelungen gemäß ESRS 2.17 (a)–(e) nicht relevant.

Governance

GOV-1 Die Rolle der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane

Das Leitungsorgan der HCOB AG ist in einem dualistischen System (2-Tier-System) organisiert, wie es das deutsche Gesellschaftsrecht vorschreibt. Das Leitungsorgan in seiner Leitungsfunktion (der Vorstand) und das Leitungsorgan in seiner Aufsichtsfunktion (der Aufsichtsrat) sind zwei getrennte Gremien und keine Person kann gleichzeitig Mitglied in beiden Gremien sein.

Zum 31. Dezember 2025 bestand der Vorstand der HCOB AG temporär aus sechs Mitgliedern (Vorjahr: vier Mitglieder). Seit dem 1. Januar 2026 besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern und setzt sich wie folgt zusammen: Luc Popelier (CEO), Marc Ziegner (CFO/Deputy CEO (seit 1. Januar 2026)), Jens Thiele (CIO) sowie Reinout van Riel (CRO).

Der bisherige CRO und Deputy CEO Ulrik Lackschewitz und der bisherige CIO Christopher Brody schieden mit Ablauf des 31. Dezember 2025 aus dem Vorstand aus. Jens Thiele, vormals Generalbevollmächtigter, wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2025 in den Vorstand berufen und hat nach einer Übergangsphase am 1. Januar 2026 die Nachfolge von Christopher Brody als CIO angetreten. Reinout van Riel ist seit dem 14. November 2025 Mitglied des Vorstands und ist seit 1. Januar 2026 CRO der HCOB AG.

Der Aufsichtsrat der HCOB AG besteht wie im Vorjahr satzungsgemäß aus 18 Mitgliedern, und zwar aus zwölf Mitgliedern, die von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und der Satzung bestimmt wurden, und aus sechs Mitgliedern, die von den Arbeitnehmenden nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes gewählt wurden.

Eine Übersicht über die derzeitigen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats kann den Qualifikationsmatrizen entnommen werden. Diese enthalten zudem Angaben zu den Erfahrungen der Mitglieder des Leitungsorgans, die für die Sektoren, Produkte und geografischen Standorte der HCOB in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte relevant sind.

Zusätzliche Informationen zu den Lebensläufen der Organmitglieder sind auf der Website der HCOB zu finden.

Qualifikationsmatrix des Aufsichtsrats

Vertretungsgruppe	von den Aktionär:innen gewählt												von den Mitarbeitenden gewählt					
	De Wilt (Chair)	González Cid	Haddad	Heinemann	Lagares Gómez- Abascal	Leat	Matherat	Rocker	Dr. Rosetti	Spandl	Werner	Yordán	Behm	Matthies	Ramberg	Sahm	Schlater- mund (Deputy Chair)	Waechter
31.12.2025																		
Allgemeine Bankkenntnisse	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Spezifische Bankkenntnisse																		
Corporates	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+						+
Commercial Real Estate	+	+	+	+	+	+			+	+	+	+				+		+
Global Transportation	+	+	+	+	+	+			+	+	+	+						+
Project Finance	+	+		+	+	+			+	+	+	+						+
International Banking - Germany	+	+	+	+	+	+	+		+	+	+	+						+
International Banking - Europe	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+						+
International Banking - USA/Americas		+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+						+
International Banking - Asia/APAC		+	+		+	+	+		+		+	+						
Capital Markets	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+						+
Liquidity & Funding	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+						+
Accounting	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+					+
Auditing	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+					+
Governance & control of a financial institution	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+					+
Legal requirement and regulatory framework	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+					+
Strategy	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+				+
Risk Management	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+		+		+
Human Resources	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+		+		+
IT / Digital Transformation	+	+	+		+	+		+	+		+		+		+			+
Nachhaltigkeit (Environmental, Social, Governance)	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+

Anmerkung:
Mit „+“ sind die Hauptqualifikationen gekennzeichnet, die in der Selbsteinschätzung des Aufsichtsrats 2025 als vertieftes Fachwissen eingestuft wurden.

Qualifikationsmatrix des Vorstands

31.12.2025	Luc Popelier (CEO)	Ulrik Lack- schewitz (CRO)	Chris Brody (CIO)	Marc Ziegner (CFO)	Reinout van Riel	Jens Thiele
Allgemeine Bankkenntnisse						
	+	+	+	+	+	+
Spezifische Bankkenntnisse						
Corporates	+	+	+	+	+	+
Commercial Real Estate	+	+	+	+	+	+
Global Transportation		+	+	+	+	+
Project Finance	+	+	+	+	+	+
International Banking - Germany	+	+	+	+	+	+
International Banking - Europe	+	+	+		+	+
International Banking - USA/Americas	+	+	+		+	+
International Banking - Asia/APAC	+	+	+		+	+
Capital Markets	+	+	+	+	+	+
Liquidity & Funding	+	+	+	+	+	+
Accounting	+	+	+	+	+	+
Auditing	+	+	+	+	+	+
Governance & control of a financial institution	+	+	+	+	+	+
Legal requirement and regulatory framework	+	+	+	+	+	+
Strategy	+	+	+	+	+	+
Risk Management	+	+	+	+	+	+
Human Resources	+	+	+	+	+	+
IT/Digital Transformation	+	+	+	+	+	+
Nachhaltigkeit (Environmental, Social, Governance)						
	+	+	+	+	+	+

Anmerkung:

Mit „+“ sind die Hauptqualifikationen gekennzeichnet, die in der Selbsteinschätzung des Vorstands 2025 als vertieftes Fachwissen eingestuft wurden.

Der Aufsichtsrat hat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele in seiner Geschäftsordnung benannt. So legt der Aufsichtsrat für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand Zielgrößen im Einklang mit § 111 Abs. 5 AktG fest. Der prozentuale Anteil nach Geschlecht und anderen Aspekten der Vielfalt, die die HCOB berücksichtigt, sind im Folgenden dargelegt. Angaben zur Frauenquote können außerdem der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB im zusammengefassten Lagebericht der HCOB entnommen werden.

Geschlechterverteilung

31.12.2025	Anzahl			Quote	
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Vorstand	-	6	6	- %	100,0 %
Aufsichtsrat	6	12	18	33,3 %	66,7 %
Gesamt	6	18	24	25,0 %	75,0 %

Geschlechterverteilung

31.12.2024	Anzahl			Quote	
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Vorstand	-	4	4	- %	100,0 %
Aufsichtsrat	6	12	18	33,3 %	66,7 %
Gesamt	6	16	22	27,3 %	72,7 %

Altersverteilung

Alter in Jahren	≤45		46 bis 59		≥60	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Vorstand	16,7 %	- %	66,7 %	75,0 %	16,7 %	25,0 %
Aufsichtsrat	11,1 %	11,1 %	33,3 %	38,9 %	55,6 %	50,0 %
Gesamt	12,5 %	9,1 %	41,7 %	45,5 %	45,8 %	45,5 %

Länderverteilung

31.12.2025								
Nationalität	Deutschland	Belgien	Schweden	USA	Niederlande	Spanien	Österreich	Frankreich
Vorstand	33,3 %	16,7 %	16,7 %	16,7 %	16,7 %	- %	- %	- %
Aufsichtsrat	44,4 %	- %	- %	27,8 %	5,6 %	11,1 %	5,6 %	5,6 %
Gesamt	41,7 %	4,2 %	4,2 %	25,0 %	8,3 %	8,3 %	4,2 %	4,2 %

Länderverteilung

31.12.2024								
Nationalität	Deutschland	Belgien	Schweden	USA	Niederlande	Spanien	Österreich	Frankreich
Vorstand	25,0 %	25,0 %	25,0 %	25,0 %	- %	- %	- %	- %
Aufsichtsrat	44,4 %	- %	- %	27,8 %	5,6 %	11,1 %	5,6 %	5,6 %
Gesamt	40,9 %	4,6 %	4,6 %	27,3 %	4,6 %	9,1 %	4,6 %	4,6 %

Im Hinblick auf die Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern sind von den Mitgliedern des Aufsichtsrats, die von den Aktionär:innen ausgewählt wurden, derzeit 33 % (vier von zwölf) unabhängig (Vorjahr: 33 %).

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft in gemeinschaftlicher Verantwortung aller seiner Mitglieder, dies schließt die Überwachung der Auswirkungen, Risiken und Chancen in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte ein.

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es insbesondere, den Vorstand in Fragen der Geschäftsführung einschließlich Nachhaltigkeitsaspekten zu überwachen und zu beraten. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte derzeit die folgenden Ausschüsse gebildet, die jeweils spezielle ESG (Environmental, Social, Governance)-Themen für den Aufsichtsrat überwachen und an ihn berichten: Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss und Vergütungskontrollausschuss (siehe ergänzend Note 61. „Namen und Mandate der Organmitglieder“ im Konzernanhang).

Der Vorstand hat gemäß Gesetz, der Satzung der HCOB AG, der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung sowie weiteren Grundsätzen und Verfahren für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen und wirkt auf deren Beachtung durch die Unternehmen des Konzerns hin. Dazu gehört ein angemessenes und wirksames Risikomanagementsystem. Die Mitglieder des Vorstands sind zu vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den übrigen Organen der Gesellschaft, insbesondere dem Aufsichtsrat und seinen Ausschüssen, sowie der Vertretung der Belegschaft, der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung zum Wohle des Unternehmens verpflichtet.

Jedem Mitglied des Vorstands obliegt weiterhin die verantwortliche Führung des ihm durch den Geschäftsverteilungsplan zugewiesenen Geschäftsbereichs (Ressortverantwortung). Die Ressortzuständigkeit und die Vertretung der Vorstandsmitglieder untereinander regelt der Geschäftsverteilungsplan des Vorstands.

Der Aufsichtsrat hat alle Aufgaben und Rechte, die ihm durch Gesetz, die Satzung der HCOB AG oder in sonstiger Weise zugewiesen werden. Zusätzlich zu der Überwachung und Beratung des Vorstands in Fragen der Geschäftsführung bedürfen bestimmte Maßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat legt außerdem die Anzahl der Vorstandsmitglieder fest, bestellt die Mitglieder und benennt den/die Vorsitzende:n des Vorstands.

Bei der Ausübung seiner Pflichten muss jedes Mitglied eines der beiden Organe die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns walten lassen.

In Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte haben der Vorstand und der Aufsichtsrat entsprechende Verantwortlichkeiten, Aufgaben und Strukturen in der HCOB installiert. Kontrollen und Verfahren für das Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen sind über verschiedene Berichtsformate und Gremien abgedeckt und werden regelmäßig überprüft. Einzelheiten hierzu befinden sich in den Kapiteln der jeweiligen thematischen Standards.

Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Ausgestaltung des Nachhaltigkeitsmanagements obliegt dem Gesamtvorstand. Darüber hinaus verantworten die jeweiligen Ressortvorstände die in ihrem Aufgabenbereich liegenden Nachhaltigkeitsthemen. Die Abteilung „Sales Management & ESG“, die dem Ressort des Chief Investment Officers (CIO), seit 01.10.2025 dem des Chief Commercial Officers (CCO) zugeordnet ist, steuert und koordiniert im Auftrag des Vorstands die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsaktivitäten für die Gesamtbank. Der Vorstand ist über das Sustainability Committee (SC) der HCOB AG in alle strategischen Fragen im Zusammenhang mit ESG eingebunden. Weitere Informationen hierzu finden sich im Abschnitt [„GOV-2 Informationen und Nachhaltigkeitsaspekte, mit denen sich die Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane des Unternehmens befassen“](#).

Der Aufsichtsrat befasst sich in seinen Sitzungen regelmäßig mit dem Thema ESG. Insbesondere erörtert der Aufsichtsrat die ESG-Strategie der HCOB und verabschiedet die vom Vorstand vorgelegte Mittelfristplanung einschließlich Nachhaltigkeitsaspekten (wie dem Sustainable and Transformational Finance Framework). Des Weiteren ist das Thema ESG fester Bestandteil des Jahresabschlusses. Der Vorstand legt die Nachhaltigkeitserklärung dem Prüfungsausschuss und Aufsichtsrat vor. Die Nachhaltigkeitserklärung ist Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts und wird vom Aufsichtsrat festgestellt und gebilligt.

Zudem werden anlassbezogen nachhaltigkeitsbezogene Fragestellungen in den Ausschüssen des Aufsichtsrats erörtert und für den Aufsichtsrat aufbereitet. Der Aufsichtsrat wird in seinen Sitzungen in den Berichten aus den Ausschüssen über wichtige Fortschritte und Überlegungen im Zusammenhang mit ESG informiert. So beschäftigt sich beispielsweise der Risikoausschuss mit risikobezogenen Aspekten der Nachhaltigkeit, wie insbesondere dem Sustainable and Transformational Finance Framework (STFF); der Nominierungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Auswahl der Vorstandsmitglieder und der Eignungsbewertung („Fit & Proper“) von Vorstand sowie Aufsichtsrat und der Vergütungskontrollausschuss bei der Bemessung der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung nachhaltigkeitsbezogener Aspekte. Der Prüfungsausschuss überwacht die Umsetzung der CSRD und ihm obliegt zudem die Vorprüfung des Nachhaltigkeitsberichts.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat und seinen Ausschüssen gemäß Gesetz, Satzung, der vom Aufsichtsrat für ihn erlassenen Geschäftsordnung sowie ggf. weiteren Regularien regelmäßig, insbesondere in seinen Jahresabschluss- und Planungssitzungen, über für das Unternehmen bedeutsame Fragen einschließlich ESG-relevanter Themen wie insbesondere der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance. Der Vorstand geht dabei insbesondere auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Die Geschäftsstrategie einschließlich der ESG-Strategie der Bank wird nach Erörterung mit dem Aufsichtsrat vom Vorstand festgelegt. Die Geschäftsstrategie ist die Grundlage des Mittelfristplans der HCOB, der einschließlich der dort berücksichtigten Nachhaltigkeitsaspekte von Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedet wird.

Der Vorstand legt Gesamtbankziele fest, die ebenso Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen, und sorgt für das Hinwirken der einzelnen Geschäftsbereiche auf die Erreichung der Gesamtziele und Pläne des Unternehmens und stellt die Ausführung der Unternehmenspolitik sicher.

Der Vorstand legt dem Aufsichtsrat den Geschäftsplan einschließlich der relevanten Nachhaltigkeitsaspekte für das folgende Geschäftsjahr sowie unterjährige wesentliche Anpassungen des Geschäftsplans zur

Genehmigung vor. Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse überwachen anhand der regelmäßigen sowie ggf. anlassbezogenen Berichterstattung durch den Vorstand je nach ESG-Thema die Festlegung von Zielen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und die Fortschritte bei der Erreichung dieser Ziele.

Um festzustellen, ob angemessene Fähigkeiten und Fachkenntnisse zur Überwachung von Nachhaltigkeitsfragen im Aufsichtsrat sowie Vorstand vorhanden sind oder entwickelt werden, haben der Aufsichtsrat und der Vorstand jeweils eine Qualifikationsmatrix auf Basis der Selbsteinschätzung ihrer einzelnen Mitglieder aufgestellt. Die Qualifikationsmatrix leitet sich aus dem Geschäftsmodell der HCOB und den spezifischen Gesetzen, Vorschriften und weiteren Kriterien, die für die Bank gelten, ab.

Der Aufsichtsrat bewertet im Einklang mit Gesetz, seiner Geschäftsordnung und weiteren für die Bank geltenden Regularien mindestens einmal jährlich die Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung der Organe Vorstand und Aufsichtsrat. Um zu gewährleisten, dass das Leitungsorgan über aktuelle Fach- und Sachexpertise verfügt, werden bei Bedarf sowohl bei Einführung neuer Mitglieder als auch zu Spezialthemen Fortbildungen durchgeführt.

Die Qualifikationsmatrizen zeigen die speziellen Fachkenntnisse für jedes Mitglied des Aufsichtsrats bzw. des Vorstands, ausgehend davon, dass alle Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands über grundlegende Kenntnisse in den Themenbereichen verfügen.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat verfügen jeweils in ihrer Gesamtheit über die Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen, um ihre Aufgaben gemäß Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung sowie weiteren relevanten Regularien ordnungsgemäß zu erfüllen.

Sowohl im Hinblick auf die geschäftsstrategische als auch im Hinblick auf die risikobezogene Komponente der Nachhaltigkeit ist das notwendige Fachwissen im Vorstand und im Aufsichtsrat vorhanden.

Bei Bedarf ziehen der Vorstand sowie der Aufsichtsrat zu ESG-Themen mit Relevanz für den Finanzsektor oder die Bank im Speziellen das Fachwissen von unternehmensinternen oder externen Spezialist:innen heran.

GOV-2 Informationen und Nachhaltigkeitsaspekte, mit denen sich die Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane des Unternehmens befassen

Die Gesamtverantwortung für Nachhaltigkeitsthemen liegt beim Vorstand der HCOB AG. Zur Unterstützung dieser Verantwortung ist eine strukturierte Sustainability-Governance etabliert, die eine enge Verzahnung von Unternehmensführung und Nachhaltigkeitsmanagement sicherstellt. Ziel ist es, nachhaltiges Handeln als integralen Bestandteil der Unternehmensstrategie zu verankern. Zur Sicherstellung der Umsetzung sowie zur Erreichung der definierten Nachhaltigkeitsziele hat die Bank ein Sustainability Committee (SC) eingerichtet. Dieses Gremium ist mit dem gesamten Vorstand besetzt und dient als strategisches Entscheidungsgremium. Es wird unter dem gemeinsamen Vorsitz des Chief Risk Officers (CRO) und Chief Investment Officers (CIO) geleitet und tagt vierteljährlich oder bei Bedarf häufiger. Für den Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 2025 hat der Chief Commercial Officer (CCO) die Rolle des Co-Vorsitzes vom CIO übernommen.

Das SC ist für die strategische Steuerung sowie die Überwachung aller relevanten Nachhaltigkeitsaktivitäten, inklusive regulatorischer Anforderungen und definierter Ziele, verantwortlich und übernimmt in diesem Zusammenhang folgende Aufgaben:

- Entwicklung und Steuerung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bank im Hinblick auf ESG-Kriterien und die Festlegung von Zielen
- Überwachung der Umsetzung des Nachhaltigkeitsplans der Bank
- Einleitung geeigneter Gegen- oder Ausgleichsmaßnahmen bei erheblichen Planabweichungen
- Beschlüsse hinsichtlich der ESG Decision Matrix ausschließlich in Fällen, für die ein positives Votum des SC erforderlich ist
- Förderung und Umsetzung des Green Bond Framework der HCOB gemäß der International Capital Market Association (ICMA) und den Green Bond Principles in Übereinstimmung mit den Geschäfts- und Finanzierungszielen der Bank

Im Berichtsjahr wurden vom SC im Kontext der Anforderungen der ESRS die wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen (Impacts, Risks and Opportunities, kurz: IRO) sowie Umsetzungsstrategien, Maßnahmen und Ziele diskutiert. Diese umfassen u.a. die Befassung mit der übergreifenden ESG-Strategie, die Implementierung der EBA Guideline zu ESG-Risiken und in dem Zusammenhang die Verabschiedung von kurz-,

mittel- und langfristigen Dekarbonisierungszielen im Rahmen des Transitionsplans für das Portfolio der HCOB, zusätzlich die Ermittlung der durch Geschäftsbetrieb und Finanzierungsaktivitäten verursachten THG-Emissionen, die Nachhaltigkeitsberichterstattung insbesondere im Kontext der regulatorischen Anforderungen, wie EU-Taxonomie und CSRD-/ESRS-Anforderungen, Ermittlung des mit dem STFF konformen Kreditneugeschäftes, Ergebnisse der EBA Klimarisiko-Szenarioanalyse, die Integration von physischen Risiken in den Kreditprozess und die Weiterentwicklung des ESG-Datenhaushalts. Die formale Kenntnisnahme der IRO, die in SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen beschrieben sind, erfolgte im Vorstand im Rahmen der Befassung mit dem Lagebericht. Zusätzlich dazu wurde im Rahmen des Validierungs- und Bestätigungsprozesses das Vorgehen sowie die resultierenden Ergebnisse im SC vorgestellt.

Den Mitgliedern des SC wurde entsprechend der Zugang zu allen relevanten Informationen im Rahmen der Zustellung der Unterlagen zur Sitzungsvorbereitung durch die Leitung der Abteilung „Sales Management & ESG“ sichergestellt.

Der Aufsichtsrat ist ein weiterer Bestandteil der Sustainability-Governance und behandelt Nachhaltigkeitsthemen nach Bedarf in seinen Sitzungen und Ausschüssen. Daher ist der Aufsichtsrat über wichtige Fortschritte und Überlegungen im Zusammenhang mit ESG durch den Vorstand informiert. Einzelheiten sind dem Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden im Geschäftsbericht zu entnehmen.

Zusätzlich gibt es die zentrale Abteilung „Sales Management & ESG“, die strategische Entscheidungen des SC vorbereitet, operationalisiert und in der Bank implementiert. Der Austausch zwischen Vorstand und „Sales Management & ESG“ erfolgt nicht nur im SC, sondern auch durch ein vierteljährliches Management Reporting und bilaterale Gespräche. Nachhaltigkeitsthemen werden zudem in den jeweils zuständigen Fachbereichen verantwortet, wodurch ESG vollständig in der Organisation verankert ist.

GOV-3 Einbeziehung der nachhaltigkeitsbezogenen Leistung in Anreizsysteme

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine fixe Vergütung, insofern findet keine Zielvorgabe zu nachhaltigkeitsbezogenen Aspekten statt.

Das Vergütungssystem für die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex und wurde im Rahmen einer Hauptversammlung der HCOB AG am 30. Mai 2024 verabschiedet.

Vergütung des Vorstands

Die HCOB AG richtet sich bei der Vergütung des Vorstands nach der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV). Die fixe Vergütung des Vorstands beinhaltet neben dem Jahresfestgehalt einen Beitrag zur Altersversorgung in Höhe von bis zu 20 % des Jahresfestgehalts (Vorjahr: 20 %), sonstige Nebenleistungen sowie Sachbezüge. Zusätzlich erhalten Vorstandsmitglieder eine erfolgsabhängige variable Vergütung. Weitere Informationen zu den Grundzügen der Vorstandsvergütung können der Note 57 „Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“ Abschnitt VI. Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen im Konzernanhang entnommen werden.

Die variable Vergütung des Vorstands basiert unter anderem auf quantitativen Konzernzielen. Ein Anteil von 7 % der variablen Vergütung (Vorjahr: 10 %) hängt von nachhaltigkeitsbezogenen Zielen ab (STFF-Neugeschäft, siehe [„E1-4 Ziele im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel“](#) und Unterrepräsentiertes Geschlecht auf Ebene Bereichsleitungsebene/Managementfunktionen/Senior Expert:innen, siehe [„S1-5 Ziele im Zusammenhang mit der Bewältigung wesentlicher negativer Auswirkungen, der Förderung positiver Auswirkungen und dem Umgang mit wesentlichen Risiken und Chancen“](#)). Weitere ESG-bezogene quantitative und qualitative Key Performance Indicators (KPIs) finden sich in individuellen Zielvorgaben einzelner Vorstandsmitglieder. Klimabezogene Aspekte werden durch die Zielvorgabe der Kennzahl Sustainable and Transformational Assets (4 % der variablen Vergütung (Vorjahr: 5 %)) berücksichtigt, wie im STFF der HCOB definiert. Die variable Vergütung ist nicht an die THG-Emissionsreduktionsziele geknüpft, sondern nur an weitere Klimaziele zum STFF-Neugeschäft. Für eine detaillierte Erläuterung des STFF wird auf die Abschnitte [„E1-2 Konzepte im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel“](#) und [„E1-3 Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit den Klimakzepten“](#) verwiesen.

Dem Aufsichtsrat obliegt die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder, die Ermittlung der Zielerreichung der Jahresziele, die Entscheidung über die Ausgestaltung des Vergütungssystems des Vorstands und eine regelmäßige, mindestens jedoch jährliche Überprüfung der Angemessenheit desselben.

GOV-4 Erklärung zur Sorgfaltspflicht

Die folgende Tabelle zeigt, wo in der Nachhaltigkeitserklärung Sorgfaltspflichten in Bezug auf Nachhaltigkeit sowie die Prozesse zur Identifikation von Auswirkungen, Risiken und Chancen sowie Maßnahmen zur Vermeidung negativer Auswirkungen beschrieben sind.

Kernelemente der Sorgfaltspflicht

Element	Absätze in der Nachhaltigkeitserklärung
Einbindung der Sorgfaltspflicht in Governance, Strategie und Geschäftsmodell	ESRS 2 GOV-1, ESRS 2 GOV-2, ESRS 2 GOV-3, ESRS 2 SBM-1
Einbindung betroffener Interessenträger:innen in alle wichtigen Schritte der Sorgfaltspflicht	ESRS 2 SBM-2
Ermittlung und Bewertung negativer Auswirkungen	ESRS 2 IRO-1
Maßnahmen gegen diese negativen Auswirkungen	E1-3, E1-4, E2-2, E3-2, E4-3, E5-2, S1-3, S1-4, S1-5, S2-4
Nachverfolgung der Wirksamkeit dieser Bemühungen und Kommunikation	E1-4, E1-6, S1-5

GOV-5 Risikomanagement und interne Kontrollen der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die HCOB hat ein Risikomanagementsystem implementiert, um Risiken in den eigenen Geschäftsabläufen systematisch zu identifizieren, zu bewerten und zu mindern. Die definierten Kontrollmechanismen im Rahmen des internen Kontrollsystems (IKS) ermöglichen der Bank, die Wirksamkeit der risikomitigierenden Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

Zur Identifizierung wesentlicher Risiken in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung hat die HCOB eine Risikoanalyse durchgeführt, bei der die Risiken anhand der Kriterien Risikoausprägung, Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenspotenzial beurteilt wurden. Dabei wurden sowohl externe als auch interne Risiken, welche die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Berichterstattung beeinflussen können, identifiziert, bewertet und priorisiert. Anschließend wurden verschiedene Strategien zur Reduzierung und Beseitigung dieser Risiken definiert und implementiert.

Für die Erstellung der Nachhaltigkeitsberichterstattung als Teil des zusammengefassten Lageberichts wurden die folgenden Risiken als wesentlich identifiziert:

Geschäftsprozessrisiko

Infolge von Prozessunterbrechungen bei der Datenzulieferung oder Berichterstellung, von fehlerhaften Ausführungen oder einer fehlerhaften Gestaltung von Prozessen kann es zu einer verzögerten, unvollständigen oder fehlerhaften Veröffentlichung der Nachhaltigkeitserklärung kommen. Um das Risiko einer unzureichenden Planung oder Fehlern in der Koordination zu minimieren, hat die HCOB den Teilprozess der Erstellung der Nachhaltigkeitserklärung in den bestehenden Prozess der Gesamtfinanzberichterstellung integriert und um spezifische, zeitlich terminierte Standardkontrollen und Prüfroutinen ergänzt. Unterstützend wirkt dabei das eigens für die Nachhaltigkeitserklärung implementierte Reporting-Tool Workiva, das Arbeitsabläufe automatisiert, die Transparenz erhöht sowie die Koordination und Kollaboration zwischen allen involvierten Unternehmensbereichen fördert.

Compliance-Risiko

Zu den weiteren Risiken zählt die Nichtbeachtung der regulatorischen Compliance, welche rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Dieses Risiko wird von der HCOB durch die frühzeitige Durchführung der doppelten Wesentlichkeitsanalyse mitigiert. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle für die HCOB

wesentlichen Themen identifiziert und im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung adressiert werden. Die Abdeckung sämtlicher rechtlicher Anforderungen im Bericht wird nach dem Vieraugenprinzip geprüft und dokumentiert.

Reputationsrisiko

Fehlerhafte oder unvollständige Angaben können zu falschen Schlussfolgerungen bei den Stakeholder:innen führen. Zudem würden Verzögerungen bei der Erstellung der Nachhaltigkeitserklärung zu einer verspäteten Veröffentlichung des gesamten Finanzberichts führen. Die Reputation und das ESG-Rating der Bank könnten somit beeinträchtigt werden.

Zur Sicherstellung der Datenintegrität und -genauigkeit hat die HCOB, wie oben beschrieben, Prozesse und Arbeitsanweisungen definiert und intern veröffentlicht. Insbesondere die zeitlich terminierten Prüfschleifen durch die Fachbereichsleitungen sorgen dabei für mehrdimensionale Kontrollen hinsichtlich der zugelieferten Daten und getroffenen Aussagen.

Die Verantwortung für den Prozess zur Erstellung des Konzern- und Jahresabschlusses sowie des zusammengefassten Lageberichts (mit integrierter Nachhaltigkeitsberichterstattung) liegt beim Unternehmensbereich Finance & Bank Steering. Das rechnungslegungs- und nachhaltigkeitsbezogene IKS soll die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen sicherstellen. Hierdurch soll ein ausreichender Qualitätsstandard erreicht werden, um eine zuverlässige und korrekte Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu gewährleisten.

Wesentliche Grundlage des IKS ist die schriftlich fixierte Ordnung (sfO), die sämtliche internen Anweisungen und Regelungen umfasst. Die Prozesse werden jährlich von den zuständigen Prozessverantwortlichen überprüft und an die aktuellen Rahmenbedingungen und Erfordernisse angepasst. Zusätzlich erfolgen prozessunabhängige Prüfungen durch die Interne Revision.

Die zentrale IKS-Stelle der Bank ist eine unabhängige Funktion im Unternehmensbereich Operations und berichtet quartalsweise an das für Non-Financial Risk zuständige Gremium, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Sie trägt die Verantwortung für methodische Vorgaben sowie deren kontinuierliche Weiterentwicklung und überprüft in Stichproben auf Basis einer risikoorientierten Prozessbewertung die Angemessenheit und Wirksamkeit der bankweiten Prozesskontrollen. Ein implementierter Regelkreis stellt die Überprüfung des IKS hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit, Funktionsfähigkeit sowie Angemessenheit und Wirksamkeit sicher. Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung im Rahmen des IKS-Regelkreises sind entsprechende Verantwortlichkeiten und Rollen eingeführt.

Strategie

SBM-1 Strategie, Geschäftsmodell und Wertschöpfungskette

Die HCOB ist eine private Geschäftsbank und Spezialfinanziererin mit Hauptsitz in Hamburg. Neben Hamburg unterhält die Bank weitere Standorte in Berlin, Düsseldorf, Kiel, Frankfurt am Main, München und Stuttgart. International ist sie in Athen (Piräus), London und Luxemburg vertreten sowie durch eine Repräsentanz in Amsterdam. Zum Stichtag am 31. Dezember 2025 beschäftigte die HCOB 862,4 Vollzeitbeschäftigte (VAK) (Vorjahr: 930,4 VAK).

Anzahl Mitarbeitende in VAK

Vollzeitarbeitskräfte (VAK)	2025	2024
Gesamt	862,4	930,4
Deutschland	792,4	849,6
Hamburg	666,3	714,6
Kiel	104,9	111,8
Berlin	6,0	6,0
Düsseldorf	5,0	5,0
Frankfurt	7,0	8,0
München	2,2	3,2
Stuttgart	1,0	1,0
Internationale Standorte	70,0	80,8
Luxemburg, inkl. Klarphos S.à.r.l.	32,4	37,0
Piräus	11,0	12,0
London	20,8	25,8
Amsterdam	5,8	6,0

Weitere Informationen zur Zusammensetzung der eigenen Belegschaft sind den Angaben im Abschnitt [„S1-6 Merkmale der Arbeitnehmenden des Unternehmens“](#) zu entnehmen.

Die HCOB bietet individuelle Finanzierungslösungen in den marktnahen Segmenten Real Estate, Global Transportation (mit den Geschäftsfeldern Shipping und – letztmalig 2025 – Aviation), Project Finance (inklusive erneuerbarer Energien und digitaler Infrastruktur) sowie Corporates (nationale und internationale Unternehmenskunden). Die vorgenannten Segmente und die darin verfolgten Geschäftsstrategien werden in diesem zusammengefassten Lagebericht im Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ im Abschnitt „Strategische Stoßrichtungen der Geschäftsfelder“ dargestellt. Das Geschäftsfeld Aviation wurde im Geschäftsjahr 2025 im Rahmen der strategischen Geschäftsanpassungen eingestellt. Das von der Bank in diesem Geschäftsfeld gehaltene Kreditportfolio wurde im Oktober 2025 (Closing) vollständig veräußert. Weitere Details hierzu sind dem Kapitel „Wirtschaftsbericht“ im Abschnitt „Geschäftsverlauf“ zu entnehmen.

Nachhaltigkeit als Teil der Geschäftsstrategie

Neben der wirtschaftlichen Rentabilität der Geschäftsfelder der HCOB ist die Einhaltung und Weiterentwicklung von ESG-Kriterien ein zentraler Erfolgsfaktor. Die Bank führt hierzu einen strategischen Dialog mit Kund:innen und unterstützt diese bei ESG-relevanten Themen und möglichen Verbesserungen auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und der Transformation ihrer Geschäftsmodelle. Seit 2020 integriert die HCOB ESG-Aspekte über alle drei Dimensionen hinweg in ihren Kreditvergabeprozess. Ergänzend dazu hat sich die Bank externen Initiativen angeschlossen und ist Selbstverpflichtungen eingegangen, darunter die Principles for Responsible Banking (PRB, 2020), die Partnership for Carbon Accounting Financials (PCAF, 2021) sowie der Responsible Ship Recycling Standard (RSRS, 2020).

Die HCOB hat eine Governancestruktur zur Steuerung von Nachhaltigkeit umgesetzt. Neben dem SC als höchstem Entscheidungsgremium (mehr unter [„GOV-2 Informationen und Nachhaltigkeitsaspekte, mit denen sich die Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane des Unternehmens befassen“](#)) ist die Abteilung „Sales Management & ESG“ für die operative Steuerung verantwortlich. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Markt- und Risikobereichen sowie weiteren Abteilungen. So stellt die Bank sicher, dass alle regulatorischen Anforderungen vollständig erfüllt werden und rechtskonform gehandelt wird.

Das ESG-Risikomanagement – inklusive Szenarioanalysen und Klimastresstests – ergänzt die ESG-Steuerung. Zudem hat die Bank ein ESG-Datenmanagementsystem implementiert sowie ESG-bezogene Richtlinien und Prozesse.

Zur Schärfung des ESG-Bewusstseins der Mitarbeitenden werden regelmäßig Schulungsangebote und interne Kommunikationsmaßnahmen durchgeführt. Zusätzlich erfolgt ein Austausch mit externen Stakeholder:innen auf verschiedenen Ebenen (Details unter [„SBM-2 Interessen und Standpunkte der Interessenträger“](#)).

Im Rahmen der strategischen Positionierung im Kontext von ESG hat die HCOB für ihre Geschäftssegmente jeweils ESG-Ansätze entwickelt, die die Risiko- und Auswirkungsdimensionen berücksichtigen. Diese reduzieren das Risiko von „Stranded Assets“ (Vermögenswerte, deren Ertragskraft oder Marktwert aufgrund von Umwelt- oder Klimafaktoren unerwartet drastisch sinkt, bis hin zu ihrer weitgehenden oder vollständigen Wertlosigkeit), steuern Reputationsrisiken und stellen eine effiziente Erfüllung regulatorischer Anforderungen sicher:

Segment Real Estate

Die HCOB begleitet Immobilienkunden aktiv bei ihrer ESG-Transformation. Besonders bei der Finanzierung von gewerblichen Bestandsimmobilien, Revitalisierungen und Projektentwicklungen im gewerblichen Bereich bringt die Bank ihre Expertise ein. Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt unter anderem eine individuelle Einwertung mit dem CRREM (Carbon Risk Real Estate Monitor)-Tool, um Risiken durch „Stranded Assets“ zu bewerten. Zusätzlich spielen ESG-Aspekte eine entscheidende Rolle bei der Immobilienbewertung selbst, wobei Investitionen zur Energieeffizienzsteigerung ebenfalls berücksichtigt werden.

Segment Global Transportation

Im Bereich Schifffahrt unterstützt die HCOB ihre Kund:innen bei der Transformation hin zu nachhaltigerem Wirtschaften. Die Finanzierung mittelalter Schiffe mit mittlerer Kreditlaufzeit bietet durch die hohe Umschlaghäufigkeit des Portfolios Flexibilität, um auf neue kohlenstofffreie Technologien reagieren zu können. Der kurzfristige Fokus liegt jedoch auf Effizienzsteigerungen bei Schiffen, die bereits im Betrieb sind. Risiken durch „Stranded Assets“ werden minimiert, indem die Energieeffizienz überwacht und entsprechend danach gesteuert wird.

Segment Project Finance

Die Finanzierungsaktivitäten im Segment Project Finance stärken das Nachhaltigkeitsengagement der Bank, indem sie gezielt auf die Themen Energy Transition und die Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie auf digitale Infrastruktur setzen. Diese Bereiche zeichnen sich durch einen hohen positiven ESG-Fußabdruck und entsprechend niedrige absolute finanzierte Emissionen aus.

Segment Corporates

Im strategischen Dialog mit Bestandskund:innen unterstützt die HCOB deren Transformation zu nachhaltigeren Produktionsprozessen und Geschäftsmodellen. Insbesondere bei Unternehmen in Europa, die technische Lösungen im Rahmen der Energiewende produzieren oder betreiben, durch die Bereitstellung entsprechender Finanzierungslösungen. Kohlenstoffintensive Industrien machen nur einen kleinen Teil des HCOB-Portfolios aus.

Zur Messung des Fortschritts und Verbesserung der ESG-Performance hat sich die HCOB strategische Ziele gesetzt, darunter zur Dekarbonisierung des Portfolios für kurz-, mittel- und langfristige Zeithorizonte, Ziele für STFF-konformes Kreditneugeschäft sowie zur Stärkung von Diversität. Zur Erreichung der Dekarbonisierungsziele und Steuerung der transitorischen Risiken hat die Bank für ihre Geschäftssegmente im Rahmen ihres Sustainability Frameworks einen Transitionsplan mit jeweils Assetklassen-spezifischen ESG-Ansätzen entwickelt.

Mit der Unterzeichnung der PRBs am 22. September 2020 hat sich die HCOB den Zielen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet. Die Bank strebt bis 2050 Netto-Null-Emissionen auf Corporate-Ebene für den Bankbetrieb wie auch auf Portfolio-Ebene für das Kredit- und Investmentportfolio an. Für die Portfolios Shipping, Real Estate und Energy (Stromerzeugung) hat die Bank im Berichtsjahr Netto-Null-Ziele definiert.

Im Kontext der Nachhaltigkeitsziele hat die HCOB ihre Kredit- und Investmentaktivitäten in den jeweils relevanten Märkten und Kundengruppen als die derzeit wichtigsten Produkte und Dienstleistungen identifiziert. Die Bank vertreibt jedoch keine explizit als „grün“ gekennzeichneten Produkte – weder auf der Aktiv- noch auf der Passivseite der Bilanz, sondern achtet auf die Einhaltung der für den Kredit- und Investmentprozess definierten Mindeststandards.

Die Leitprinzipien für Nachhaltigkeit dienen der HCOB als Orientierungsrahmen. Sie umfassen vier zentrale Leitsätze:

01. ESG als Leitprinzip

Wir haben Nachhaltigkeit fest in unserer Strategie und Governance verankert. Unser Vorstand übernimmt Verantwortung und stellt sicher, dass ESG ein integraler Bestandteil unserer Geschäftsentscheidungen ist. Das bedeutet, Risiken angemessen zu managen und ESG gleichzeitig als Chance zu verstehen.

02. Nachhaltige Entwicklung aktiv fördern

Wir erkennen die Notwendigkeit, unsere Kund:innen aktiv bei der Umstellung auf nachhaltigere Geschäftsmodelle zu begleiten. Dabei bieten wir umfassende Expertise, maßgeschneiderte Finanzierungslösungen sowie langfristige Partnerschaften – mit dem Ziel, positiven Einfluss zu erzielen, die Resilienz zu stärken und gemeinsamen Erfolg zu fördern.

03. Starkes Engagement für den Klimaschutz

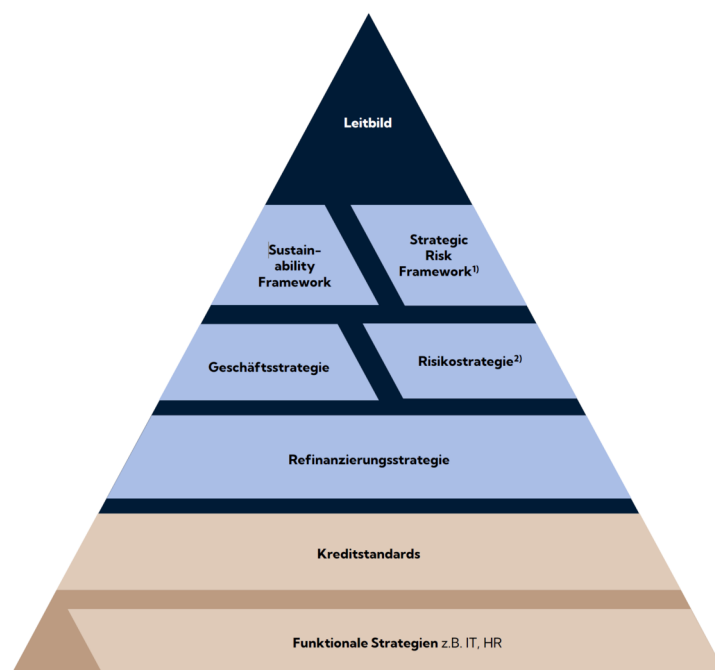
Als Unterzeichnerin der UN Principles for Responsible Banking haben wir uns auf das Pariser Klimaabkommen verpflichtet und streben damit die Erreichung von Netto-Null-Emissionen bis 2050 sowohl für unser Portfolio als auch für unseren betrieblichen CO₂-Fußabdruck an.

04. Mitarbeitende stärken und zur Gesellschaft beitragen

Unsere Mitarbeitenden sind entscheidend für die Erreichung unserer Nachhaltigkeitsziele. Wir fördern eine vielfältige und inklusive Arbeitskultur. Durch aktives Engagement in lokalen Gemeinschaften übernehmen wir Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

ESG-Aspekte sind integraler Bestandteil aller Aktivitäten, Prozesse und Entscheidungen der Bank. Das zentrale Dokument zur Nachhaltigkeitsstrategie ist das Sustainability Framework, das auf höchster Ebene in die Strategiearchitektur integriert ist, gleichrangig mit dem Strategic Risk Framework. Es deckt ab, wie ESG-Faktoren in Geschäftsaktivitäten, Prozesse und Entscheidungen der HCOB einfließen, und bildet damit die strategische Klammer. Darüber hinaus enthält es den HCOB-Transitionsplan mit jeweils spezifischen ESG-Ansätzen für jedes Segment.

Strategiearchitektur



¹⁾ Inklusive Non-Financial Risk Framework.

²⁾ Inklusive aller Teilrisikostrategien gemäß Strategic Risk Framework.

Ein Kernelement der HCOB in Bezug auf ESG ist der ESG-bezogene Kredit- und Investmentprozess, der ESG-Risiken und Auswirkungen in den Geschäftsaktivitäten steuert. Hierbei werden nicht nur ökologische Aspekte, sondern auch Sozial- und Governance-Aspekte einbezogen und bewertet. Zu diesem Zweck hat die HCOB ein umfassendes Bewertungssystem entwickelt, den „ESG linked Screening & Classification Process“, der sich auf die folgenden Elemente stützt: den Compliance Assessment & Sector Restrictions Check, das ESG-Scoring-Tool und die Sustainable and Transformational Finance Framework (STFF)-Klassifizierung. Details sind in den themenspezifischen Standards sowie den Dokumenten „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ und „Sustainable and Transformational Finance Framework“ auf der Website der Bank beschrieben.

Beitrag des HCOB-Portfolios und -Geschäftsbetriebs zu den SDG:

Im Rahmen ihres Commitments zu den UN PRB hat sich die HCOB neben den Zielen des Pariser Klimaabkommens auch den Sustainable Development Goals (SDG) verpflichtet. Diese 17 globalen Ziele der UN sollen bis 2030 erreicht werden, rufen weltweit zum Handeln auf und fördern nachhaltige Entwicklung ganzheitlich.

Im Berichtsjahr 2025 analysierte die Bank erneut ihren positiven Beitrag zu den SDG auf Portfolio- und Corporate-Level. Auf Corporate-Level fokussierte sich die Bank auf die folgenden sechs SDG: SDG 1 Keine Armut, SDG 4 Hochwertige Bildung, SDG 5 Geschlechtergleichheit, SDG 7 Bezahlbare und saubere Energie, SDG 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, SDG 13 Maßnahmen zum Klimaschutz. Weiterführende Informationen zu den in diesem Rahmen implementierten Konzepten und ergriffenen Maßnahmen sind in den themenspezifischen Standards zu finden.

Auf Portfolio-Level analysierte die Bank ihren positiven Beitrag zu den SDG, während eine Analyse der negativen Auswirkungen aktuell noch nicht erfolgt. Das Kreditneugeschäft der HCOB trägt zu vier SDG positiv bei: SDG 7 Bezahlbare und saubere Energie, SDG 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur, SDG 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden, SDG 13 Maßnahmen zum Klimaschutz. Detaillierte Informationen zum Beitrag des Kreditneugeschäfts zu den SDG finden sich unter [„E1-3 Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit den Klimakonzepten“](#).

ESG im Kapitalmarkt- und Treasury-Geschäft

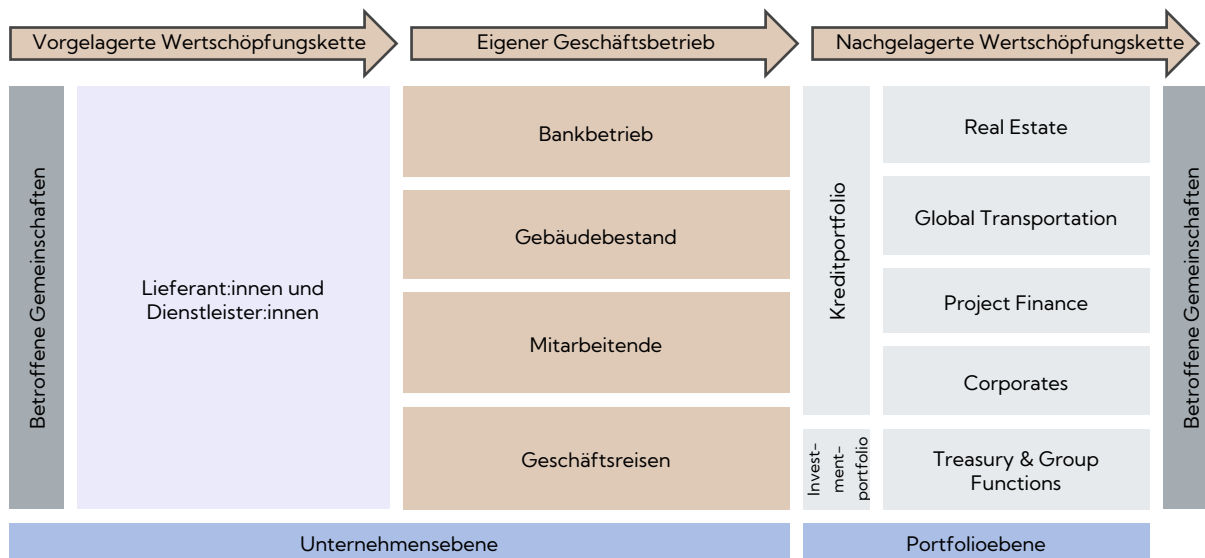
Über ihr Kreditgeschäft hinaus ist die HCOB auch als aktive Investorin auf den Kapitalmärkten tätig. Die Entscheidungsprozesse basieren auf der Investment Policy der Bank und sind mit den Standards im Kreditgeschäft (vgl. hierzu die obenstehenden Ausführungen) und Nachhaltigkeitsrichtlinien abgestimmt. Die Bank unterscheidet im Anlagegeschäft zwischen aktiven, passiven und semi-passiven Investments, die je nach Eigenschaften unterschiedlich bewertet werden. Details hierzu finden sich im Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ auf der Website der Bank.

Ressourcenmanagement für den eigenen Bankbetrieb

Neben der Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in ihre Finanzierungsaktivitäten verfolgt die HCOB auch eine ESG-bezogene Strategie für den eigenen Bankbetrieb mit dem Fokus, den Ressourcenverbrauch kontinuierlich zu reduzieren.

Da die HCOB kein produzierendes Unternehmen ist, erfolgt der Großteil des direkten Ressourcenverbrauchs vor allem durch Energie- und Wasserverbrauch sowie Abfallproduktion. Der schonende Umgang mit Ressourcen ist fest in die Arbeitsabläufe der Bank integriert. Mitarbeitende werden für Umweltauswirkungen sensibilisiert, um Emissionen und Ressourcenverbrauch weiter zu reduzieren. Die Einhaltung von geltenden Umweltstandards ist für die HCOB Grundvoraussetzung für eine nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftstätigkeit. Eine detaillierte Analyse des Ressourcenverbrauchs und der THG-Emissionen findet sich in den thematischen Standards [„ESRS E1 Klimawandel“](#), [„ESRS E3 Wasser- und Meeresressourcen“](#) und [„ESRS E5 Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft“](#).

Die Wertschöpfungskette der HCOB umfasst vor- und nachgelagerte Aktivitäten sowie den eigenen Geschäftsbetrieb. Zu den vorgelagerten Aktivitäten zählen die Lieferant:innen und Dienstleister:innen, die Unternehmens-, IT-, Gebäude- und Beratungsdienstleistungen sowie Bürobedarf bereitstellen. Der Geschäftsbetrieb umfasst den Betrieb der Bankstandorte und den Umgang mit Mitarbeitenden. Für die nachgelagerte Wertschöpfungskette, mit Fokus auf das Kredit- und Investmentportfolio, wurden die wesentlichen Auswirkungen identifiziert. Betroffene Gemeinschaften werden sowohl in den vor- als auch den nachgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette betrachtet, als Teil der Stakeholder:innen-Gruppen Öffentlichkeit und NGOs.



SBM-2 Interessen und Standpunkte der Interessenträger

Die HCOB betrachtet den Dialog mit ihren Stakeholder:innen als zentrales Element für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Unternehmensführung mit dem Ziel, deren Interessen und Standpunkte zu verstehen und entsprechend bei der Nachhaltigkeitsarbeit zu berücksichtigen. Die Stakeholder:innen werden dabei in interne und externe Gruppen unterteilt. Zu den internen Stakeholder:innen gehören der Vorstand und Mitarbeitende, zu denen Vertreter:innen aus Marktbereichen, ESG- und Risikoteams gehören.

Externe Stakeholder:innen umfassen Kund:innen, Investor:innen, Eigentümer:innen, Aufsichtsbehörden, die Öffentlichkeit, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Medienvertreter:innen, Ratingagenturen, Verbände, Lieferant:innen und die Natur als „silent stakeholder“.

Der Austausch mit ihren Stakeholder:innen erfolgt durch bilaterale Gespräche, strategische Dialoge mit Kund:innen, Investor:innengespräche und Gremiensitzungen. Unterschiedliche Interessengruppen werden durch spezifische Dialogformate adressiert. Diese Ergebnisse dienen der Validierung der Materialitätsanalyse und der Weiterentwicklung der ESG-Strategie, wobei Stakeholder:innen-Interessen mit einem großen finanziellen Einfluss auf die Bank höher gewichtet werden. Der Vorstand ist über die mindestens vierteljährlich stattfindenden Sitzungen des SC kontinuierlich eingebunden und informiert. Der Aufsichtsrat wird bedarfsweise im Rahmen der Sitzungen und Ausschüsse informiert.

Übersicht der Stakeholder:innen



Die folgende Übersicht zeigt die verschiedenen Formate und Methoden, über die HCOB den Dialog mit ihren Stakeholder:innen gestaltet. Sie stellt dar, wie die einzelnen Gruppen eingebunden werden, welche Kommunikationswege genutzt werden und welche Ergebnisse aus dem Austausch abgeleitet werden.

Stakeholder:innen

Wer sind unsere Stakeholder:innen?	Was sind die Erwartungen?	Wie erfolgt die Einbindung?	Was ist das Ergebnis?
Management Board	<ul style="list-style-type: none"> - Strategische Ausrichtung der Nachhaltigkeit an den Unternehmenszielen - Transparente Entscheidungsfindung und Integration von Risiken 	<ul style="list-style-type: none"> - Regelmäßiger Dialog mit dem Vorstand zu ESG-Themen, z.B. über das Sustainability Committee - Zusammenarbeit zwischen „Sales Management & ESG“, Risiko- und Markteinheiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Beschluss der ESG-Strategie und Ausrichtung

Stakeholder:innen

Wer sind unsere Stakeholder:innen?	Was sind die Erwartungen?	Wie erfolgt die Einbindung?	Was ist das Ergebnis?
Mitarbeitende	<ul style="list-style-type: none"> – Vertretung der Interessen, Schutz der Arbeitsrechte und Entwicklungsmöglichkeiten – Hohe Zufriedenheit, Motivation und Identifikation mit der HCOB 	<ul style="list-style-type: none"> – Betriebsrät:innen, SBV, JAV und Arbeitnehmervertreter:innen im Aufsichtsrat – Durchführung von Mitarbeitendenbefragungen – ESG-Schulungen und interne Kommunikation zur Förderung einer Nachhaltigkeitskultur 	<ul style="list-style-type: none"> – Gestärkte Mitbestimmung und demokratische Kontrolle – Verbesserte Wahrnehmung und Integration von ESG-Prinzipien
	<p>Sales Management & ESG:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zentrale Steuerung der Nachhaltigkeitsstrategie – Ausrichtung der ESG-Ziele an den Unternehmenszielen 	<p>Sales Management & ESG:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Koordination von Nachhaltigkeitsinitiativen über Abteilungen hinweg – Regelmäßiger Dialog mit dem Vorstand zu ESG-Themen 	<p>Sales Management & ESG:</p> <ul style="list-style-type: none"> – ESG in strategischen Entscheidungen verankert – Klare Governance für Nachhaltigkeitsmaßnahmen
	<p>Strategic Risk Control:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Integration von ESG-Risiken ins Risikomanagement – Einhaltung regulatorischer und nachhaltigkeitsbezogener Standards 	<p>Strategic Risk Control:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit Sales Management & ESG – Bewertung ESG-bezogener Risiken in den Markteinheiten 	<p>Strategic Risk Control:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verbessertes Risikorahmen unter Berücksichtigung von ESG-Faktoren – Höhere Resilienz und Compliance
Kund:innen	<ul style="list-style-type: none"> – Vertrauen & Transparenz über Dienstleistungen und Stabilität – Hochwertige Finanzlösungen, die den Kund:innenbedürfnissen entsprechen 	<ul style="list-style-type: none"> – Regelmäßiger Dialog über digitale und persönliche Kanäle – Kund:innenbefragungen alle zwei Jahre zur Messung der Zufriedenheit 	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserte Produkte basierend auf Feedback – Stärkere langfristige Beziehungen und Vertrauen
Investor:innen	<ul style="list-style-type: none"> – Klare Einblicke in die finanzielle Lage und Strategie – Chancen für langfristige Wertschöpfung 	<ul style="list-style-type: none"> – Regelmäßige Kapitalmarkttransaktionen und direkter Dialog – ESG-Themen werden mit institutionellen Investoren besprochen 	<ul style="list-style-type: none"> – Stabile Investor:innenbasis und bessere Marktwahrnehmung – Verständnis der Bankstrategie und ESG-Integration
Eigentümer:innen	<ul style="list-style-type: none"> – Als Aktiengesellschaft ist die HCOB gegenüber ihren Aktionär:innen verpflichtet – Abstimmung über strategische Ausrichtung und Kapitalpläne – Transparenz bei Dividendenpolitik und Governance 	<ul style="list-style-type: none"> – Dialog hauptsächlich auf Hauptversammlungen – Kontinuierliche Updates zu strategischen Initiativen 	<ul style="list-style-type: none"> – Zeitgerechte Genehmigung von Kapitalmaßnahmen – Gestärkte Governance und Kontrolle
Aufsichtsbehörden	<ul style="list-style-type: none"> – Einhaltung von Vorschriften und ESG-Prioritäten – Transparente Berichterstattung und Risikomanagement 	<ul style="list-style-type: none"> – Enge Kontakte zu nationalen und internationalen Regulatoren – Koordinierter Dialog durch Board Affairs (Regulatory-Affairs-Schnittstelle) 	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserte regulatorische Compliance – Stärkere ESG-Integration in die Governance
Öffentlichkeit & Medien	<ul style="list-style-type: none"> – Die Bank möchte dies positiv im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gestalten – Transparente Kommunikation und positive regionale Präsenz – Nachweis sozialer und ökologischer Verantwortung 	<ul style="list-style-type: none"> – Presseabteilung steuert Medienarbeit und Öffentlichkeitsarbeit – Partnerschaften mit gemeinnützigen Organisationen und Klima-Initiativen 	<ul style="list-style-type: none"> – Breites Netzwerk von Journalist:innen und sonstigen Medienvertreter:innen – Sichtbarkeit auf Social-Media-Kanälen – 500.000 € geleistete Spenden an 11 Organisationen
Ratingagenturen	<ul style="list-style-type: none"> – Transparente ESG-Leistung und kontinuierliche Verbesserung – Ausrichtung an Best Practices für Nachhaltigkeitsmanagement 	<ul style="list-style-type: none"> – Regelmäßiger Dialog mit Moody's und anderen Nachhaltigkeitsratingagenturen – Bereitstellung von Daten für ESG-Bewertungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Konsolidierte und gestärkte ESG-Ratings – Externe Vergleichbarkeit und Glaubwürdigkeit der Nachhaltigkeitsbemühungen

Stakeholder:innen

Wer sind unsere Stakeholder:innen?	Was sind die Erwartungen?	Wie erfolgt die Einbindung?	Was ist das Ergebnis?
NGOs & Verbände	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperative Herangehensweise an ESG-Herausforderungen - Förderung von Vielfalt, Gleichberechtigung und Nachhaltigkeitsstandards 	<ul style="list-style-type: none"> - Langfristige Zusammenarbeit und regelmäßiger Dialog mit ausgewählten gemeinnützigen Organisationen - Gemeinsame Projekte mit NGOs zu Biodiversität und Gleichstellung - Aktive Teilnahme an ESG-Arbeitsgruppen und Branchennetzwerken 	<ul style="list-style-type: none"> - CO₂-Ausgleich durch Moorrenaturierung in Schleswig-Holstein - Verbesserte Nachhaltigkeitsstrategie durch Expert:inneninput - Mitgestaltung von Branchenstandards durch Quartalstreffen
Dienstleister:innen	<ul style="list-style-type: none"> - Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Umweltstandards - Ethische und nachhaltige Beschaffungspraktiken 	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung des Lieferant:innenkodex und der Einkaufsgrundsätze - Überwachung der Einhaltung der Standards 	<ul style="list-style-type: none"> - Reduziertes Risiko negativer Auswirkungen in der Wertschöpfungskette - Klare Rahmenbedingungen für verantwortungsvolle Beschaffung
Natur	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz der Biodiversität und Anpassung an den Klimawandel - Integration ökologischer Bedürfnisse in die Unternehmensstrategie 	<ul style="list-style-type: none"> - Doppel-Materialitätsanalyse zur Identifizierung von Auswirkungen - Zusammenarbeit mit NGOs wie der Loki Schmidt Stiftung 	<ul style="list-style-type: none"> - Definierte Maßnahmen zur Klimaanpassung und Biodiversitätserhaltung - Jährliche Überprüfung und Anpassung der Maßnahmen

Neben dem Austausch mit der Kreditratingagentur Moody's pflegt die Bank den Austausch mit verschiedenen Nachhaltigkeitsratingagenturen. Diese Bewertungen ermöglichen externe Vergleichbarkeit der ESG-Performance der HCOB und dienen als unabhängige Orientierungshilfe zur Umsetzung von Best Practices bei der Steuerung von Nachhaltigkeitsaspekten. Im Geschäftsjahr konnte die Bank ihre Positionierung bei den Nachhaltigkeitsratings festigen oder sogar weiter stärken, insbesondere bei ISS von C- („not prime“) auf C („prime“). Die nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht der aktuellen und für die HCOB relevanten ESG-Ratingbewertungen.

Nachhaltigkeitsratings

	letztes Rating zum	Bewertung/Punktzahl
Sustainalytics	09.2025	12,0 (Low ESG Risk)
MSCI	04.2025	A
ISS	05.2025	C, prime

SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Die mithilfe der doppelten Wesentlichkeitsanalyse identifizierten wesentlichen Auswirkungen und Risiken sind in der Tabelle „Ergebnisse der Wesentlichkeitsanalyse“ dargestellt. Dabei wird zwischen den Dimensionen Portfolio (nachgelagerte Wertschöpfungskette) und Corporate (vorgelagerte Wertschöpfungskette und eigener Geschäftsbetrieb) unterschieden sowie zwischen der Wesentlichkeit der Auswirkungen und finanzieller Wesentlichkeit gemäß den definierten IRO (Impacts, Risks and Opportunities)-Treibern (Real Estate; Shipping; Renewable Energy; Media, IT & Telecommunications; eigener Geschäftsbetrieb; Einkauf externer Produkte und Dienstleistungen). Es wurden keine Chancen identifiziert.

Die Analyse ergab überwiegend tatsächlich negative Auswirkungen sowie potenzielle finanzielle Risiken für die IRO-Treiber Real Estate und Shipping aufgrund ihrer Klimasensibilität. Weitere Details zur Methodik sind unter [„IRO-1 Beschreibung des Verfahrens zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen“](#) zu finden.

Die vollständigen Ergebnisse der durchgeführten Wesentlichkeitsanalyse stellen sich wie folgt dar:

Ergebnisse der Wesentlichkeitsanalyse

ESRS- Unterthema	Auswirkung (positiv/ negativ), Risiko	Zeit- horizont	IRO-Treiber (Dimension)	IRO	IRO-Beschreibung
E1 - Klimawandel					
Anpassung an den Klima- wandel	tatsächlich negative Auswirkung	langfristig	Shipping, Real Estate (Portfolio)	Aktuelle Finanzierungsaktivi- täten reflektieren den Transformationsbedarf nicht ausreichend	Durch die notwendige Anpassung an Folgen des Klimawandels im Bereich Shipping und Real Estate mit den damit verbundenen Klimagefahren, z.B. Zunahme von Extremwetterereignissen, steigende Temperaturen und veränderte Verfügbarkeit von Energieträgern, besteht ein Bedarf, die Finanzierungs- und Investmenttätigkeiten zu evaluieren
Anpassung an den Klima- wandel	tatsächlich positive Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Erneuerbare Energien (Portfolio)	Finanzierung von erneuerbaren Energien fördert die Anpassung an den Klimawandel	Die Finanzierung von Projekten im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien hat positive Auswirkungen auf die Reduktion von THG-Emissionen, was in der Folge zu geringeren Anpassungserfordernissen an die Folgen des Klimawandels und entsprechend zu geringeren Investitionsausgaben führt
Klimaschutz	tatsächlich negative Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	CO ₂ -Emissionen durch den Bankbetrieb	Durch die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem eigenen Bankbetrieb entstehen CO ₂ -Emissionen, vor allem im Zusammenhang mit Wärmeerzeugung und Stromverbrauch
Klimaschutz	tatsächlich negative Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Shipping, Real Estate, Media, Telecommunications & IT (Portfolio)	CO ₂ -Emissionen beim Betrieb der von der Bank finanzierten Objekte	Durch den Betrieb der von der Bank finanzierten Objekte in Schiffen, Immobilien, Datenzentren, Glasfasernetzen und Funkmasten werden im Rahmen der Verbrennung von fossilen Brennstoffen CO ₂ - Emissionen verursacht
Klimaschutz	potenzielles Risiko	langfristig	Shipping, Real Estate (Portfolio)	Kreditausfall wegen physischer und transitorischer Klimarisiken bei Immobilien und Schiffen	Durch verschiedene physische und transitorische Klimarisiken wie Extremwetterereignisse oder steigende CO ₂ -Preise insbesondere bei Immobilien und Schiffen kann es zu Kreditausfällen und damit verbunden zu finanziellen Risiken im Portfolio kommen
Klimaschutz	tatsächlich positive Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Erneuerbare Energien (Portfolio)	Finanzierung von erneuerbaren Energien führt zur Reduktion von THG- Emissionen	Die Finanzierung von Projekten im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien hat positive Auswirkungen auf die Reduktion von THG-Emissionen, da es durch den Einsatz von erneuerbaren Energien zu einer Verdrängung von fossilen Brennstoffen kommt
Energie	tatsächlich negative Auswirkung	kurzfristig	Geschäftsbetrieb, Einkauf (Corporate)	Energieverbrauch durch den Bankbetrieb und Datenzentren	Durch die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem eigenen Bankbetrieb sowie die Nutzung von externen Rechenzentren kommt es zu Energieverbräuchen

Ergebnisse der Wesentlichkeitsanalyse

ESRS- Unterthema	Auswirkung (positiv/ negativ), Risiko	Zeit- horizont	IRO-Treiber (Dimension)	IRO	IRO-Beschreibung
Energie	tatsächlich negative Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Shipping, Real Estate, Media, Telecommunications & IT (Portfolio)	Energieverbrauch in der Betriebsphase von finanzierten Objekten	Die von der Bank finanzierten Objekte in Shipping, Real Estate, Media, Telecommunications & IT verursachen Energieverbräuche in der Betriebsphase
Energie	tatsächlich positive Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Erneuerbare Energien (Portfolio)	Finanzierung von erneuerbaren Energien führt zur Reduktion von THG- Emissionen	Die Finanzierung von Projekten im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien hat positive Auswirkungen auf die Reduktion von THG-Emissionen, da es durch den Einsatz von erneuerbaren Energien zu einer Verdrängung von fossilen Brennstoffen kommt
E2 - Umweltverschmutzung					
Luftver- schmutzung	tatsächlich negative Auswirkung	kurz- und langfristig	Shipping (Portfolio)	Ausstoß von Schadstoffen durch die Verbrennung von Treibstoffen	Durch den Betrieb der von der Bank finanzierten Schiffe werden im Rahmen der Verbrennung von fossilen Treibstoffen verschiedene Schadstoffe ausgestoßen, sowohl gasförmige als auch Rußpartikel und Feinstaub
Wasserver- schmutzung	tatsächlich negative Auswirkung	kurz- und langfristig	Shipping (Portfolio)	Austritt von Ölen und Chemikalien	Durch den Betrieb der von der Bank finanzierten Schiffe kommt es zum Austritt von Ölen, Chemikalien oder anderen Schadstoffen in die Meeresumgebung
E3 - Wasser- und Meeresressourcen					
Wasser	tatsächlich negative Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Wasserverbrauch durch den Bankbetrieb	Durch die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem eigenen Bankbetrieb wird an den Bürostandorten Wasser für die Sanitäreinrichtungen verbraucht
E4 - Biologische Vielfalt und Ökosysteme					
Direkte Ursachen des Biodiversitäts- verlusts	tatsächlich negative Auswirkung	langfristig	Shipping (Portfolio)	Belastung von Meeresökosystemen insbesondere durch invasive Arten	Durch den Betrieb der von der Bank finanzierten Schiffe werden die Meeresökosysteme belastet, unter anderem durch die Einfuhr von invasiven Arten, den Ausstoß von THG- Emissionen, schädliche Lacke sowie Lärmverschmutzung
E5 - Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft					
Abfälle	tatsächlich negative Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Abfallerzeugung durch den Bankbetrieb	Durch die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem eigenen Bankbetrieb fallen verschiedene Arten von Abfällen an
S1 - Eigene Belegschaft					
Arbeitsbedin- gungen	tatsächlich negative Auswirkung	kurz- und mittelfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Hohe Arbeitsbelastung	Herausfordernde Arbeitsbedingungen führen zu negativen Auswirkungen bei der eigenen Belegschaft; hierzu gehören u.a. Stress, lange Arbeitszeiten, Unsicherheit durch Umstrukturierungen, mangelnde Vereinbarkeit des Berufs- mit dem Privatleben und fehlende Mitbestimmung

Ergebnisse der Wesentlichkeitsanalyse

ESRS- Unterthema	Auswirkung (positiv/ negativ), Risiko	Zeit- horizont	IRO-Treiber (Dimension)	IRO	IRO-Beschreibung
Gleichbehand- lung und Chancen- gleichheit für alle	tatsächlich negative Auswirkung	kurz- und mittelfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Zu geringe Berücksichtigung von Chancengleichheit	Ein betriebliches Umfeld, das Gleichbehandlung und Chancengleichheit nicht gewährleistet und fördert, führt zu Diskriminierung oder mangelnder Inklusion in der eigenen Belegschaft
Sonstige arbeitsbezo- gene Rechte	tatsächlich negative Auswirkung	kurz- und mittelfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Verstöße gegen Arbeitnehmenden- rechte	Verstöße gegen Arbeitnehmendenrechte führen zu negativen Auswirkungen auf die berufliche und private Situation der eigenen Belegschaft
S2 - Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette					
Arbeitsbedin- gungen	potenziell negative Auswirkung	kurzfristig	Shipping (Portfolio)	Kritische Arbeitsbedingungen auf Schiffen	Kritische Arbeitsbedingungen auf den von der Bank finanzierten Schiffen, wie z.B. lange Arbeitszeiten und Abwesenheiten, begleitet von starker physischer und psychischer Belastung können negative Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette haben
Arbeitsbedin- gungen	potenziell negative Auswirkung	kurzfristig	Einkauf (Corporate)	Kritische Arbeitsbedingungen sowie Verletzung von Menschenrechten und Umweltstandards	Arbeitsbedingungen, die nicht im Einklang mit allgemein anerkannten Sozialstandards stehen, sowie Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards bei Dienstleister:innen und Lieferant:innen können negative Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette haben
G1 - Unternehmensführung					
Unterneh- menskultur	tatsächlich negative Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Verletzung des Code of Conduct	Verletzung des Code of Conduct hat negative Auswirkungen auf die eigene Belegschaft, Kund:innen und Gesellschaft
Schutz von Hinweisge- ber:innen (Whistle- blowers)	tatsächlich negative Auswirkung	kurzfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Gefährdung von Whistleblowern	Gefährdung von Whistleblowern durch unzureichenden Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen, die die persönliche Integrität untergraben und den Arbeitsplatz gefährden
Politisches Engagement und Lobbytätig- keiten	tatsächlich negative Auswirkung	kurzfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Einflussnahme auf politische Entscheidungen	Übermäßige Einflussnahme auf politische Entscheidungen könnte dem Gemeinwohl schaden

Ergebnisse der Wesentlichkeitsanalyse

ESRS- Unterthema	Auswirkung (positiv/ negativ), Risiko	Zeit- horizont	IRO-Treiber (Dimension)	IRO	IRO-Beschreibung
Management der Beziehungen zu Lieferant:innen, einschließlich Zahlungspraktiken	tatsächlich negative Auswirkung	kurzfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Unfaire Behandlung von Dienstleister:innen	Es besteht die Möglichkeit, dass die Bank Dienstleister:innen im Ausschreibungs- und Vergabeprozess nicht gleichberechtigt behandelt
Korruption und Bestechung	tatsächlich negative Auswirkung	kurz-, mittel- und langfristig	Geschäftsbetrieb (Corporate)	Korruptionsanfälligkeit des Bankbetriebs	Zahlungstransaktionen im täglichen Bankbetrieb sind anfällig für Korruption und Bestechung

Der Einfluss der Auswirkungen und Risiken auf die Strategie und das Geschäftsmodell wird in [„SBM-1 Strategie, Geschäftsmodell und Wertschöpfungskette“](#) ausgeführt sowie in den tabellarischen Übersichten zu den wesentlichen Auswirkungen auf die für die HCOB identifizierten relevanten Nachhaltigkeitsaspekte zu Beginn der themenbezogenen Standards. Zusätzlich werden die einzelnen Maßnahmen ebenfalls in den Kapiteln der themenbezogenen Standards erläutert. Im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse wurden keine aktuellen finanziellen Auswirkungen identifiziert.

Die Resilienz des Geschäftsmodells und der Strategie insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel wird im [„E1 ESRS2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#) ausgeführt.

Es gibt keine Änderungen zum vorherigen Berichtsjahr. Die Auswirkungen und Risiken, die durch die ESRS abgedeckt werden, können der oben stehenden Tabelle entnommen werden, da die IRO einem ESRS-Thema und -Unterthema zugeordnet sind. Zum Berichtsstichtag macht die HCOB keine zusätzlichen unternehmensspezifischen Angaben.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

IRO-1 Beschreibung des Verfahrens zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen

Die HCOB hat im Geschäftsjahr eine doppelte Wesentlichkeitsanalyse durchgeführt, die auf der initialen Wesentlichkeitsanalyse aus dem Jahr 2024 aufbaut. Nach der initialen Durchführung gemäß den Vorgaben der ESRS im ersten Berichtsjahr ist der Prozess der doppelten Wesentlichkeitsanalyse nun in den laufenden Regelbetrieb übergegangen, in Form eines jährlichen Validierungs- und Bestätigungsprozesses.

Hierbei werden nach dem Prinzip der doppelten Wesentlichkeit die zentralen Nachhaltigkeitsthemen identifiziert, bei denen die HCOB wesentliche Auswirkungen auf Natur oder Gesellschaft hat oder die für sie finanziell wesentlich sind.

Die identifizierten Themen bilden die Grundlage für die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie der HCOB, einschließlich der Formulierung konkreter Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen. So ermöglicht der Prozess eine systematische Bewertung und strategische Integration von ESG-Faktoren in die Bankprozesse.

Bei der Durchführung der initialen Wesentlichkeitsanalyse ist die Bank in mehreren Schritten vorgegangen. Zuerst wurde eine Longlist mit potenziell wesentlichen Nachhaltigkeitsthemen erstellt. Anschließend wurden die Ergebnisse der zuletzt durchgeführten Wesentlichkeitsanalyse geprüft und Anpassungsbedarf identifiziert.

Da die Einbringung verschiedener Sichtweisen essenziell für die Bewertung der Wesentlichkeit ist, wurde ein Stakeholder:innen-Mapping durchgeführt, um relevante Stakeholder:innen zu identifizieren. Dabei wurden verschiedene Dimensionen berücksichtigt, wie die Form der Einbindung erfolgen sollte. Die Bank hat im Laufe der Jahre relevante Stakeholder:innen-Gruppen identifiziert und entsprechende Kommunikationsformate etabliert, die in [„SBM-2 Interessen und Standpunkte der Interessenträger“](#) erläutert und auch im jährlich durchgeführten Stakeholder:innen-Mapping validiert und ergänzt werden. Für die Einbindung wurde gemäß

dem AA1000 Stakeholder Engagement Standard für jede Stakeholder:innen-Gruppe eine geeignete Einbindungsebene festgelegt und dokumentiert. Um externe Perspektiven zu erfassen, wurden zudem interne Unternehmensbereiche einbezogen, die enge Beziehungen zu externen Stakeholder:innen unterhalten. Interne Stakeholder:innen konnten somit nicht nur ihre eigene Sicht einbringen, sondern auch externe Ansichten spiegeln (indirekte Befragung). Die Ergebnisse der Wesentlichkeitsanalyse wurden schließlich durch verschiedene relevante Stakeholder:innen validiert.

Als nächster Schritt wurden interne und externe Datenquellen identifiziert, die die qualitative Einwertung der Nachhaltigkeitsthemen unterstützt haben. Es wurden Daten von externen Datenquellen verwendet: ENCORE für Umweltthemen (zur Analyse der Wesentlichkeit der Auswirkungen und finanziellen Wesentlichkeit) sowie UNEP FI für Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (zur Analyse der Wesentlichkeit der Auswirkungen). Zudem wurden die HCOB-Risikoinventur und das HCOB-ESG-Scoring für die Bewertung der finanziellen Wesentlichkeit verwendet. Die HCOB-Risikoinventur wird jährlich durchgeführt, um das gesamte Risikoprofil der Bank zu bestimmen, wesentliche Risiken zu bewerten und Risikokonzentrationen zu ermitteln, auch in Bezug auf ESG-Faktoren. Eine detaillierte Beschreibung ist unter [„E1 ESRS 2 IRO-1 Beschreibung der Verfahren zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen klimabezogenen Auswirkungen, Risiken und Chancen“](#) zu finden. Das HCOB-ESG-Scoring-Tool bewertet ESG-Kriterien im Kredit- und Investmentprozess. Es ist für Unternehmen aller Branchen sowie für Projekt- und Assetfinanzierungen anwendbar. Das Scoring-Tool basiert auf den Leitlinien der European Banking Authority (EBA) und der BaFin zur Integration von ESG-Faktoren in den Kreditvergabeprozess. Ein Mapping verbindet die Fragen des ESG-Scoring-Tools mit den ESRS-Unterthemen, um eine enge Verknüpfung zwischen den Themen sicherzustellen.

Im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse werden alle Geschäftsbereiche und Aktivitäten entlang der gesamten Wertschöpfungskette einbezogen. Diese umfasst die in [„SBM-1 Strategie, Geschäftsmodell und Wertschöpfungskette“](#) dargestellten Bereiche.

Clustering des Portfolios zur Bildung der IRO-Treiber

Zur Identifikation der HCOB-relevanten IRO (Auswirkungen, Risiken, Chancen)-Treiber wurden die Assetklassen für das Kreditportfolio und das Investmentportfolio ausgewertet und Gruppierungen gebildet, die sich an den Geschäftssegmenten der HCOB orientieren. Hierzu wurde die NACE-Klassifizierung (nach Finanzierungszweck) verwendet, gruppiert nach EaD. Um die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken, wurden neben den direkten Geschäftspartner:innen sowohl Dienstleister:innen und Lieferant:innen als auch der eigene Geschäftsbetrieb der Bank berücksichtigt.

Sowohl das Kreditportfolio als auch das Investmentportfolio wurden analysiert, wobei im Rahmen der Bewertung für Portfolioanteile, die gemessen am EaD weniger als 5 % des Gesamtportfolios ausmachten, ein verschlankter Prozess Anwendung fand.

Die erste Einschätzung erfolgte qualitativ anhand externer Datenquellen wie ENCORE (für E-Themen) und UNEP FI (für E, S und G-Themen). Anschließend wurden die IRO-Treiber von den identifizierten Stakeholder:innen im Rahmen der quantitativen Analyse anhand der in den ESRS vorgegebenen Bewertungskriterien bewertet. Diese umfassen den Schweregrad (bestehend aus Umfang, Ausmaß und Unabänderlichkeit) sowie Eintrittswahrscheinlichkeit bei potenziellen Auswirkungen für jeweils kurz-, mittel- und langfristige Zeithorizonte. Anschließend wurden die Ergebnisse von weiteren Stakeholder:innen validiert.

IRO-Treiber mit einem Anteil von weniger als 5 % EaD des Gesamtportfolios wurden nur dann auf Basis der detaillierten Bewertungskriterien bewertet (quantitative Analyse), wenn die qualitative Analyse (ENCORE oder UNEP FI) mindestens eine hohe Wesentlichkeit ergab.

Die Konsolidierung der Scores der einzelnen Bewertungskriterien führte auf beiden Seiten der doppelten Wesentlichkeit zu einer finalen Skala von 0 bis 5. Basierend auf dieser Skala wurde ein Schwellenwert (>3) festgelegt, ab dem eine Auswirkung als wesentlich gilt. Um sicherzustellen, dass auch Scores angemessen berücksichtigt werden, die keine glatten Zahlen darstellen, wurden auf Basis der Scores fünf gleich große Klassen definiert, welche die entsprechenden Zahlenräume beschreiben.

Die Klassen 4 und 5 gelten hierbei als wesentlich, was alle IRO-Treiber mit einem Score über 3.0 inkludiert. Qualitativ bedeutet dies, dass alle IRO-Treiber mit einem Score höher als „mittel/moderat“ bereits als wesentlich klassifiziert werden.

Einwertung der Wesentlichkeit der Auswirkungen

Die HCOB trägt als Kreditinstitut das größte Risiko negativer Auswirkungen in der nachgelagerten Wertschöpfungskette (Kredit- und Investmentportfolio). Daher wurden in der Analyse primär negative Auswirkungen auf Portfolio-Level abgeleitet. Neben den Geschäftsaktivitäten des Mutterunternehmens wurden auch konsolidierte und nicht konsolidierte Tochterunternehmen betrachtet.

Die identifizierten IRO-Treiber in Anteilen des Gesamtportfolios mit mehr als 5 % EaD sind vergleichsweise homogen und verteilen sich über nur wenige Branchen (Real Estate; Shipping; Financial Services; Renewable Energy; Media, Telecommunications & IT). Angesichts der Diversität in den Anteilen des Gesamtportfolios mit weniger als 5 % EaD wurden die bereits genannten externen Datenquellen herangezogen, um diejenigen Branchen zu identifizieren, in denen die potenziellen und tatsächlichen negativen Auswirkungen am größten sind. Diese Informationen dienen als Grundlage für die quantitative Einwertung.

Der eigene Geschäftsbetrieb der HCOB, einschließlich der vorgelagerten Wertschöpfungskette, welche Dienstleister:innen und Lieferant:innen umfasst, wurde separat vom Portfolio analysiert.

Einwertung der finanziellen Wesentlichkeit

Analog zur Bewertung der Auswirkungen wurden Risiken und Chancen zunächst qualitativ anhand interner und externer Quellen analysiert. Neben dem internen Scoring-Tool und der Risikoinventur wurden ENCORE-Daten genutzt, um Abhängigkeiten und Auswirkungen in die finanzielle Wesentlichkeitsanalyse einzubeziehen.

Anschließend erfolgte die quantitative Bewertung für Risiko- und Chancen-Treiber mit mehr als 5 % EaD anhand der ESRS-Kriterien (Ausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit) für kurz-, mittel- und langfristige Zeithorizonte. Für die kleineren Portfolioanteile unter 5 % EaD wurde die Risikoperspektive nicht analysiert, da sich aus diesen Engagements kein wesentliches finanzielles Risiko ergeben kann. Im Gegensatz zur Wesentlichkeit der Auswirkungen führt die Exposure-Größe (<5 % EaD) dazu, dass keine finanzielle Materialität entstehen kann. Im Rahmen der Einwertung der finanziellen Wesentlichkeit wurden neben den Risiken auch die Chancen betrachtet. Zum jetzigen Zeitpunkt wurden keine wesentlichen Chancen identifiziert.

Die angewandte Skala und die Wesentlichkeitsschwellenwerte entsprechen denen der Bewertung der Auswirkungen. Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken im Risikomanagementprozess sind die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten ESG-Faktoren, mittels derer sich die finanzielle Materialität bestimmt.

Spezifische Informationen zur Methodik zur Einwertung der finanziellen Wesentlichkeit, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung und Bewertung der klimabedingten physischen und transitorischen Risiken, enthalten die Ausführungen im [„E1 ESRS2 IRO-1 Beschreibung der Verfahren zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen klimabezogenen Auswirkungen, Risiken und Chancen“](#).

Validierungs- und Bestätigungsprozess

Wie bereits vorstehend bemerkt, wurde im Geschäftsjahr 2025 ein Validierungs- und Bestätigungsprozess zur Ermittlung der wesentlichen Themen durchlaufen, welcher auf der im Geschäftsjahr 2024 initial durchgeführten doppelten Wesentlichkeitsanalyse aufbaut. Im Rahmen des Validierungsprozesses wurde analysiert, ob es Verschiebungen in der Portfoliokomposition gab, insbesondere im Hinblick auf die definierte 5 %-Grenze. Zusätzlich wurden Änderungen im Geschäftsmodell und der Konzernstruktur analysiert und ob diese zu wesentlichen Änderungen bei den initial identifizierten IRO führen. Ebenso wurde untersucht, ob es im Vergleich zum Vorjahr wesentliche Änderungen in der Risikoinventur gab oder relevantes Stakeholderfeedback, welches Auswirkungen auf die identifizierten IRO haben könnte. Die Analyse im Rahmen des Validierungs- und Bestätigungsprozesses hat keine wesentlichen Änderungen identifiziert, welche einen Einfluss auf die IRO und damit die wesentlichen Themen haben könnten. Somit konnte für die Ergebnisse der doppelten Wesentlichkeitsanalyse ermittelt werden, dass die initial identifizierten IRO und wesentlichen Themen weiterhin wesentlich sind und keine neuen IRO hinzugekommen sind. Die formale Freigabe der finalen wesentlichen Themen erfolgt jeweils durch den Vorstand im Rahmen der Befassung mit der Nachhaltigkeitserklärung als Teil des Zusammengefassten Lageberichts. Zusätzlich dazu wurde im Rahmen des Validierungs- und Bestätigungsprozesses das Vorgehen sowie die resultierenden Ergebnisse im SC vorgestellt.

Für die Identifikation der Auswirkungen, Risiken und Chancen im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse in Bezug auf Klimawandel, Umweltverschmutzung, Wasser- und Meeresressourcen, Biologische Vielfalt und Ökosysteme, Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft sowie Unternehmensführung wurde die oben beschriebene Methodik angewandt. Ein weitergehender Austausch mit betroffenen Gemeinschaften erfolgte nicht über den in [„SBM-2 Interessen und Standpunkte der Interessenträger“](#) beschriebenen Stakeholder:innen-Dialog hinaus.

IRO-2 In ESRS enthaltene von der Nachhaltigkeitserklärung des Unternehmens abgedeckte Angabepflichten

Wie im Abschnitt [„IRO-1 Beschreibung des Verfahrens zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen“](#) beschrieben, hat die HCOB wesentliche Themen durch eine Wesentlichkeitsanalyse und anhand festgelegter Einwertungskalen ermittelt. Die Ergebnisse dieser Analyse wurden in das CSRD-Compliance-Cockpit übertragen, ein bankinternes Tool basierend auf der Implementierungsleitlinie 3 der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG). Dieses Tool übersetzt die Anforderungen der ESRS-Standards und zugehörige Anwendungsanforderungen in ein Excel-Format.

Durch die Ableitungsmethodiken des CSRD-Compliance-Cockpits und die Zuordnung der Datenpunkte zu den in den ESRS definierten Nachhaltigkeitsaspekten konnte die HCOB eine Liste berichtspflichtiger Datenpunkte erstellen. Diese Liste bildet die Grundlage für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß CSRD.

Eine Übersicht der wesentlichen Themen findet sich im Abschnitt [„SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#).

Es wurden keine wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte unter ESRS S3 und ESRS S4 identifiziert. [„Anlage 1 In der Nachhaltigkeitserklärung enthaltene Angabepflichten und Aufnahmen mittels Verweis“](#) enthält eine Übersicht der durch diese Nachhaltigkeitserklärung abgedeckten Angabepflichten. [„Anlage 2 Datenpunkte, die sich aus anderen EU-Rechtsvorschriften ergeben“](#) führt alle Datenpunkte aus anderen Rechtsvorschriften auf, zeigt ihre Zuordnung im Bericht und kennzeichnet zudem „nicht wesentliche“ Punkte.

Umweltinformationen

Angaben nach Art. 8 der Verordnung (EU) 2020/852 (Taxonomie-Verordnung)

Die EU-Taxonomie-Offenlegungsverordnung ist ein integraler Bestandteil der Nachhaltigkeitsregulierungen der EU, da sie klare Transparenzanforderungen für Finanzmarktteilnehmer festlegt. Durch die Integration der Taxonomie in den Sustainable Finance Plan der EU wird sichergestellt, dass Finanzströme in nachhaltige und klimafreundliche Projekte gelenkt werden, was zur Erreichung der Klimaziele beiträgt. Die EU-Taxonomie-Verordnung (Verordnung (EU) 2020/852) definiert ein Klassifizierungssystem für wirtschaftliche Tätigkeiten auf Basis ihrer ökologischen Nachhaltigkeit.

Das Klassifizierungssystem dient primär Offenlegungspflichten, um Investor:innen und Unternehmen fundierte Entscheidungen über nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten zu ermöglichen. Die Taxonomie umfasst sechs Umweltziele: Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen, Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme. Neben der Verordnung werden ergänzende Bekanntmachungen der EU-Kommission zur Berichterstattung berücksichtigt. Eine dieser Bekanntmachungen hebt hervor, dass auch Geschäftspartner:innen in das Reporting einzubeziehen sind, die selbst nicht der CSRD unterliegen, aber Teil einer berichtspflichtigen Obergesellschaft sind.

Tätigkeiten sind taxonomiefähig, wenn sie von den Rechtsakten der EU zur Taxonomie (Verordnung (EU) 2020/852, Delegierte Verordnung (EU) 2021/2139, Delegierte Verordnung (EU) 2022/1214, Delegierte Verordnung (EU) 2023/2485, Delegierte Verordnung (EU) 2023/2486, Delegierte Verordnung (EU) 2021/2178) erfasst werden und somit zu einem der sechs Umweltziele wesentlich beitragen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass der/die Geschäftspartner:in den Transparenzvorgaben gemäß Richtlinie 2013/34/EU unterliegen muss oder ein Finanzprodukt betroffen ist, welches den Offenlegungspflichten für Finanzprodukte, die als ökologisch nachhaltig beworben werden, unterliegt.

Da die Delegierte Verordnung zur Änderung der Taxonomie-Offenlegungsverordnung (EU) 2026/73 erst kurz vor Abschluss dieses Berichts final veröffentlicht wurde, wendet die HCOB für die Angaben zum Berichtsjahr 2025 weiterhin die bisherige Darstellungsweise gemäß Artikel 4 der Verordnung an. Die neuen Berichtstemplates sowie die damit verbundenen neuen Ansätze zur Ermittlung der Green Asset Ratio (GAR) werden erstmals im folgenden Berichtsjahr angewendet. Berücksichtigt wurde zudem die im Dezember 2025 veröffentlichte „Draft Commission Notice (fourth notice)“ zur Auslegung und Umsetzung ausgewählter Rechtsvorschriften der neuen Delegierten Verordnung zur Taxonomie-Verordnung. Von der darin beschriebenen Möglichkeit, die erstmals zu berichtenden Meldebögen 6 „Gebühren & Provisionen“ sowie 7 „Handelsbuch“ im Berichtsjahr auszunehmen, macht die Bank Gebrauch.

Damit eine wirtschaftliche Tätigkeit als taxonomiekonform gilt, müssen vier zentrale Kriterien erfüllt sein:

01. WESENTLICHER BEITRAG

Eine Tätigkeit muss wesentlich zur Erreichung eines der sechs Umweltziele beitragen. Konkret muss die Wirtschaftstätigkeit gemäß den EU-Taxonomie Artikeln 10 bis 16 einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung eines oder mehrerer der in EU-Taxonomie Artikel 9 genannten Umweltziele leisten.

02. DO NO SIGNIFICANT HARM (DNSH)

Neben dem wesentlichen Beitrag darf eine Tätigkeit keine erheblichen Beeinträchtigungen anderer Umweltziele verursachen. Konkret darf die wirtschaftliche Tätigkeit nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines oder mehrerer der in EU-Taxonomie Artikel 9 genannten Umweltziele führen, wie in EU-Taxonomie Artikel 17 definiert.

03. MINDESTSCHUTZ

Nachhaltigkeit umfasst auch soziale Aspekte. Daher müssen taxonomiekonforme Tätigkeiten internationalen Mindestschutzstandards entsprechen, wie beispielsweise den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen oder den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Konkret soll die wirtschaftliche Tätigkeit unter Einhaltung der in EU-Taxonomie Artikel 18 festgelegten sozialen Mindestschutzstandards durchgeführt werden.

04. TECHNISCHE PRÜFKRITERIEN

Diese Kriterien legen fest, unter welchen Bedingungen eine wirtschaftliche Tätigkeit als ökologisch nachhaltig eingestuft wird. Sie definieren spezifische Anforderungen, die erfüllt werden müssen, um einen wesentlichen Beitrag zu leisten und gleichzeitig keine erheblichen Beeinträchtigungen zu verursachen. Konkret muss die Wirtschaftstätigkeit die von der Kommission gemäß EU-Taxonomie Artikel 10 Absatz 3, Artikel 11 Absatz 3, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 2, Artikel 14 Absatz 2 und Artikel 15 Absatz 2 aufgestellten technischen Bewertungskriterien erfüllen.

Die EU-Taxonomie bildet auch den Kern des bankeigenen Sustainable and Transformational Finance Framework (STFF) der HCOB. Das STFF ist auch ein Klassifizierungssystem für Finanzierungsaktivitäten mit praktikablen Kriterien, die auf den Kriterien für nachhaltiges Wirtschaften aus der Taxonomie-Verordnung basieren und für alle Kund:innen der Bank, unabhängig von ihrer Größe und ihrem Sitzland, anwendbar sind. Auf diese Weise bietet das STFF eine größere Abdeckung und Anwendbarkeit in Bezug auf die Geschäftsaktivitäten der Bank und findet neben der verpflichtenden EU-Taxonomie Anwendung.

Offenlegungspflichten

Im Zusammenhang mit der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen sind Banken gemäß Artikel 8 der EU-Taxonomie-Verordnung verpflichtet, darüber zu berichten, wie und in welchem Umfang ihre Tätigkeiten mit Wirtschaftstätigkeiten im Sinne der Taxonomie verbunden sind. Die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2021/2178 ergänzt Artikel 8 der Taxonomie-Verordnung und präzisiert den Inhalt und die Darstellung der Informationen, die von Unternehmen verlangt werden, die der Pflicht zur Veröffentlichung nichtfinanzieller Angaben nach Artikel 19a oder Artikel 29a der Richtlinie (EU) 2013/34 unterliegen.

Insbesondere legen Finanzinstitute die folgenden Blätter des Meldebogens für Kreditinstitute aus Anhang VI der Delegierten Verordnung (EU) 2021/2178 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2021/2178 (C(2023) 3851 final) offen:

- 0. ÜBERBLICK ÜBER DIE KPI**
- 1. VERMÖGENSWERTE FÜR DIE BERECHNUNG DER GAR**
- 2. GAR-SEKTORINFORMATIONEN**
- 3. GAR KPI-BESTAND**
- 4. GAR KPI-ZUFLÜSSE**
- 5. KPI AUSSERBILANZIELLE RISIKOPOSITIONEN**

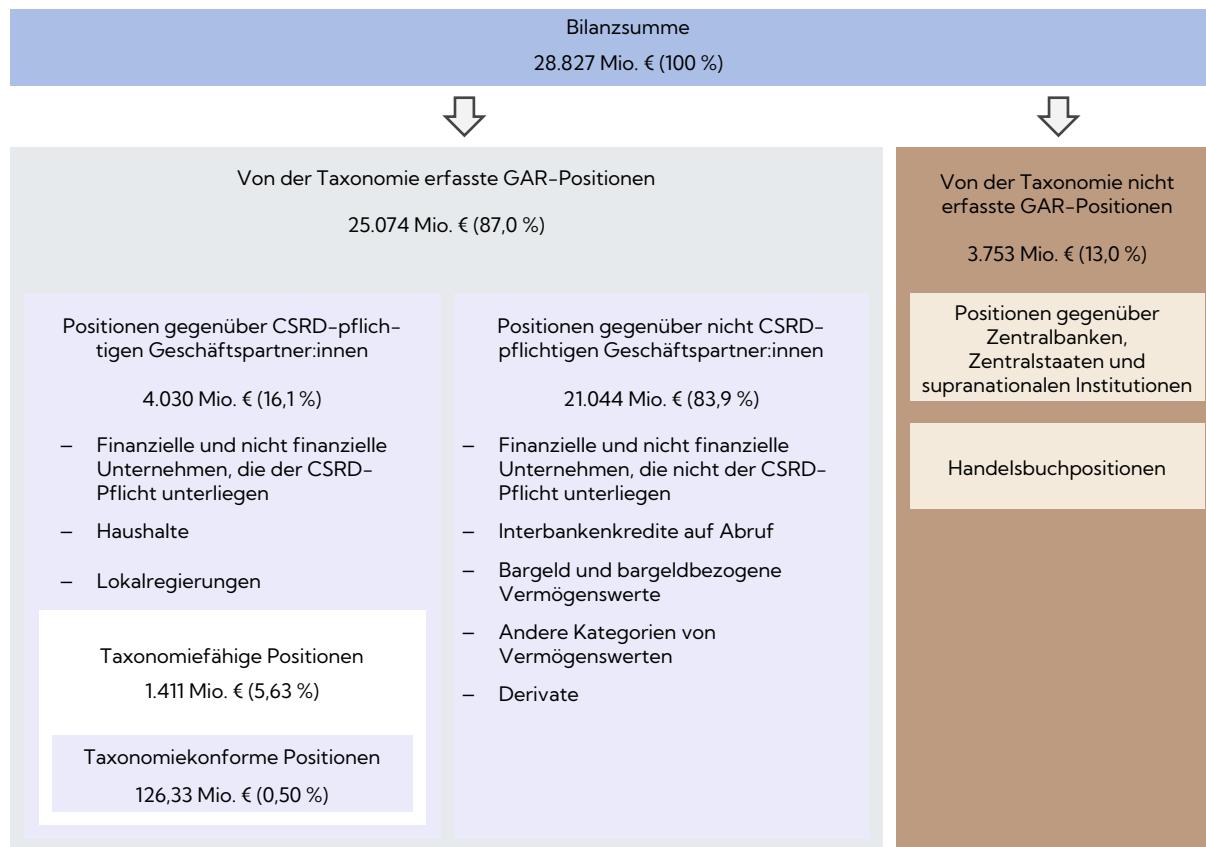
Die Templates 1, 3 und 4 werden in doppelter Ausführung für Umsatz und CapEx aufgeführt.

Darüber hinaus wurde die Tabelle in Anhang XII der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1214 zu Tätigkeiten im Zusammenhang mit Kernenergie und fossilem Gas aufgenommen. Berücksichtigt wurden ebenso alle final veröffentlichten Bekanntmachungen der Kommission zur Taxonomieoffenlegung.

Berichtspflichten

Die Taxonomie-KPIs und Daten der HCOB zum 31. Dezember 2025 sind in den Templates im Anhang der Nachhaltigkeitserklärung aufgeführt. Die taxonomiekonformen Assets belaufen sich auf 126,3 Mio. € (2024: 172,2 Mio. €), woraus sich eine GAR von 0,50 % (2024: 0,58 %) für die HCOB ergibt.

Taxonomierelevante Aktiva



Das weiterhin geringe Volumen taxonomiekonformer Engagements resultiert aus der begrenzten Einbeziehungsfähigkeit von Geschäftspartner:innen und deren Finanzierungsvolumina gemäß der Taxonomie-Verordnung. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nur ein kleiner Teil der Geschäftspartner:innen und ihrer etwaigen Ober- und Muttergesellschaften der CSRD-Pflicht unterliegt. Zudem bestehen keine nennenswerten Engagements gegenüber privaten Haushalten. Zum 31. Dezember 2025 qualifizieren sich daher nur 16,1 % (4.030 Mio. €) (2024: 15,4 % (4.598 Mio. €)) der Total GAR-Assets der HCOB für die Einbeziehung in den Zähler der GAR.

Die Total GAR-Assets betragen 25,1 Mrd. € (2024: 29,9 Mrd. €), wobei Engagements gegenüber Zentralbanken, überstaatlichen Emittenten und Zentralregierungen, die einen Anteil von 13,0 % (2024: 11,9 %) an den Total Assets ausmachten, nicht berücksichtigt wurden.

Die taxonomiefähigen Engagements belaufen sich auf 1.411 Mio. € (2024: 1.894 Mio. €) und bestehen vorwiegend aus Anleihen von Finanzinstituten, einschließlich grüner Anleihen. Ein geringer Anteil entfällt auf Unternehmenskredite und durch Wohnimmobilien besicherte Kredite an private Haushalte. Die Bewertung der Taxonomiefähigkeit bzw. -konformität von privaten Haushalten war nur eingeschränkt möglich, da dieser Geschäftsbereich sich in Auflösung befindet und daher nur begrenzte Finanzierungsdaten vorliegen. Dennoch konnten Finanzierungstätigkeiten, die sich explizit auf wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb der Taxonomie beziehen, als taxonomiefähig ausgewiesen werden.

Die geringfügige Verringerung der GAR resultiert aus der Rückführung taxonomiekonformer Finanzierungen, insbesondere im Bereich von Wind- und Solarparks.

Grundsätze der Berichterstattung

Die Erstellung des verpflichtenden Taxonomiereportings basiert auf dem FINREP-Reporting und der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung für die HCOB AG gemäß der aufsichtsrechtlichen Meldung von Instituten nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Durchführungsverordnung (EU) 2021/451 der Kommission (FINREP).

Methodische Hinweise und Einschränkungen durch die Datenlage

Alle ausgewiesenen Daten und Kennzahlen basieren auf den im Buchhaltungs- und Steuerungssystem der HCOB erfassten Ist-Daten. Wesentliche Grundlage ist das FINREP-Reporting auf Einzelgeschäftsebene, das um nachhaltigkeitsrelevante Informationen ergänzt wird. Dazu gehören die zentral bewertete CSRD-Verpflichtung der Geschäftspartner:innen, die Erfassung der Taxonomiequoten sowie Finanzierungsinformationen zur Bestimmung der Einbezugsfähigkeit, Taxomiefähigkeit und -konformität einer Transaktion.

Für die Anerkennung von taxomiefähigen oder -konformen Positionen in der Taxonomieoffenlegung hat die HCOB einen Ansatz gewählt, der sich auf die CSRD-Verpflichtung der Geschäftspartner:innen sowie deren Konzernmütter konzentriert. Die Identifikation erfolgt durch Angaben der Unternehmen (z. B. Jahresabschlüsse), Börsendaten, Finanzdatenanbieter (z. B. Bloomberg) oder öffentlich zugängliche Quellen. Dabei berücksichtigt die HCOB sowohl die unmittelbaren Geschäftspartner:innen als auch ihre Mutterkonzerne oder Obergesellschaften (im Sinne der Bekanntmachung der Kommission C/2024/6691). Da ein erheblicher Teil der Geschäftspartner:innen sowie etwaige Obergesellschaften der HCOB nicht den CSRD-Berichtspflichten unterliegen, fließt nur ein kleiner Teil der Geschäftstätigkeit der HCOB in den Zähler der Green Asset Ratio ein.

Liegen relevante Geschäfte mit CSRD-pflichtigen Partner:innen vor, prüft die Bank, ob eine Spezial- oder allgemeine Unternehmensfinanzierung vorliegt. Bei allgemeinen Finanzierungen werden die veröffentlichten Taxonomieangaben der Geschäftspartner:innen oder des Konzerns herangezogen. Bei Spezialfinanzierungen erfolgt eine Prüfung der ökonomischen Finanzierungsaktivität auf Taxomiefähigkeit und -konformität durch die HCOB. Spezialfinanzierungen sind zweckgebundene Finanzierungen, bei denen der Mittelfluss sich einer ökonomischen Aktivität, einem Vermögenswert oder einem Projekt zuweisen lässt. Falls Informationen zur Validierung der Taxomiekonformität fehlten, wurden diese bei dem:der jeweiligen Geschäftspartner:in angefragt. Falls aus den vorliegenden Informationen und Dokumenten keine abschließende, vollständige Taxomiekonformität abgeleitet werden konnte, wurde das Engagement als nicht taxomiekonform klassifiziert. Im Falle der privaten Haushalte (Finanzierung von Wohnimmobilien) wurde von einer Kontaktaufnahme abgesehen, da es sich um ein kleines Abbauportfolio (ausstehendes Darlehensvolumen weniger als 3 Mio. €) handelt. Die Bank plant hier kein weiteres Neugeschäft.

Schuldverschreibungen mit spezifischer Mittelverwendung, wie beispielsweise Green Bonds und Project Bonds, wurden auf ihre Finanzierungszwecke und Besicherung geprüft. In den jeweiligen Green Bond Frameworks, Anleiheprospekten und Impact Reports wurden zwar Verweise auf die Taxonomie gefunden, es gab jedoch keine spezifische Berichterstattung über die Taxomiekonformität, sodass diese Instrumente als nicht taxomiekonform qualifiziert werden konnten. Es wird erwartet, dass die weitere Etablierung des EU Green Bond Labels die Qualifizierung der Instrumente verbessern wird. Schuldverschreibungen ohne spezifische Mittelverwendung werden analog zu allgemeinen Unternehmensfinanzierungen behandelt.

Für das Reporting nutzt die HCOB die aktuellsten Werte aus dem nichtfinanziellen Reporting ihrer Geschäftspartner:innen. Es besteht die Möglichkeit, dass es nach Veröffentlichung des CSRD-Berichtes der HCOB auch noch Veröffentlichungen von den Geschäftspartner:innen zu dem Stichtag geben kann.

In Template 2 wurde in der Spalte „Of which environmentally sustainable...“ das taxomiekonforme Volumen gegenüber Geschäftspartner:innen mit primärer Tätigkeit im jeweiligen NACE-Code und Umweltziel ausgewiesen. Die Spalte „Mio. €“ zeigt das dazu taxomiefähige Volumen.

Die Flow-Größen in Template 4 beziehen sich auf das Neugeschäft, welches mit den FINREP-Bruttobuchwerten in die Berechnung eingeht. Für Positionen ohne echtes Neugeschäft, Interbankenkredite, Bargeld und bargeldbezogene Vermögenswerte und Sonstige Kategorien von Vermögenswerten wurde eine Nettobetrachtung durchgeführt. Ergab die Nettobetrachtung negative Werte, so wurde der Neugeschäftswert mit 0 angesetzt. Für alle anderen Positionen wurde das Neugeschäft per Bestandsabgleich ermittelt und eine Bruttobetrachtung vorgenommen. Analog zu Template 3 basieren die Zahlen auf den Total GAR-Assets im Nenner.

Die Bank betreibt kein Vermögensverwaltungsgeschäft und weist daher in Template 5 keine Werte für „assets under management“ aus. Zudem stellt sie aktuell keine Finanzgarantien, die unter die EU-Taxonomie-Verordnung fallen oder für CSRD-pflichtige Geschäftspartner:innen relevant sind. Für die Finanzgarantien wird auf den Einzelgeschäftsbestand für die Meldezeile „Financial guarantees given“ aus FinRep F18.00 abgestellt. Der Einzelgeschäftsbestand wird im Folgenden auf CSRD-pflichtige Geschäftspartner:innen und, sofern reportingpflichtige Geschäftspartner:innen vorhanden sind, auf Taxonomiefähigkeit und -konformität geprüft.

Für die Darstellung der Nuklear- und Gas-Templates wurden die Spezialfinanzierungen mit CSRD-pflichtigen Geschäftspartner:innen auf mögliche Überschneidungen mit den in der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1214 genannten wirtschaftlichen Tätigkeiten geprüft. Derzeit bestehen keine Überschneidungen. Darüber hinaus wurde auch geprüft, ob allgemeine Unternehmensfinanzierungen mit CSRD-pflichtigen Geschäftspartner:innen bestehen, die im Nuklear- und Gassektor tätig sind. Auch hier bestanden keine Offenlegungen der Geschäftspartner:innen.

0. Überblick über die von Kreditinstituten nach Artikel 8 der Taxonomie-Verordnung offenzulegenden KPI

Haupt-KPI	Bestand Grüne Aktiva-Quote (GAR)	Gesamte ökologisch nachhaltige Vermögenswerte (Mio. €)		KPI ³⁾		KPI ⁴⁾		% Erfassung (an den Gesamtaktiva) ⁵⁾	% der Vermögenswerte, die nicht in den Zähler der GAR einbezogen werden (Artikel 7 Absätze 2 und 3 sowie Anhang V Abschnitt 1.1.2)	% der Vermögenswerte, die nicht in den Zähler der GAR einbezogen werden (Artikel 7 Absatz 1 sowie Anhang V Abschnitt 1.2.4)
		126,33	0,50 %	0,52 %	86,98 %	73,00 %	13,02 %			
Zusätzliche KPI	GAR (Zuflüsse)	Gesamte ökologisch nachhaltige Tätigkeiten	KPI	KPI	% Erfassung (an den Gesamtaktiva)	% der Vermögenswerte, die nicht in den Zähler der GAR einbezogen werden (Artikel 7 Absätze 2 und 3 sowie Anhang V Abschnitt 1.1.2)	% der Vermögenswerte, die nicht in den Zähler der GAR einbezogen werden (Artikel 7 Absatz 1 sowie Anhang V Abschnitt 1.2.4)			
	Handelsbuch ¹⁾									
	Finanzgarantien	0,00	0,00 %	0,00 %						
	Verwaltete Vermögenswerte (Assets under management)	0,00	0,00 %	0,00 %						
	Gebühren und Provisionserträge ²⁾									

¹⁾ Für Kreditinstitute, die die Bedingungen von Artikel 94 Absatz 1 oder Artikel 325a Absatz 1 der Kapitaladäquanzverordnung nicht erfüllen.

²⁾ Gebühren- und Provisionserträge aus anderen Dienstleistungen als Kreditvergabe und AuM
Die Institute legen für diese KPI zukunftsgerichtete Informationen offen, einschließlich Informationen in Form von Zielen, zusammen mit relevanten Erläuterungen zur angewandten Methodik.

³⁾ Basierend auf dem Umsatz-KPI der Gegenpartei.

⁴⁾ Basiert auf dem CapEx-KPI der Gegenpartei, außer für das Kreditgeschäft; für das allgemeine Kreditgeschäft wird der Umsatz-KPI verwendet.

⁵⁾ % der für den KPI erfassten Vermögenswerte im Verhältnis zu den Gesamtaktiva der Banken.

Anmerkung 1:
Für alle Meldebögen gilt: Graue Felder müssen nicht ausgefüllt werden.

Anmerkung 2:
Die KPI ‚Gebühren- und Provisionserträge‘ (Bogen 6) und ‚Handelsbuchbestand‘ (Bogen 7) gelten erst ab 2026. KMU werden erst nach positivem Ergebnis einer entsprechenden Folgenabschätzung in diese KPI einbezogen.

ESRS E1 Klimawandel

Strategie

E1-1 Übergangsplan für den Klimaschutz

Corporate: Die HCOB fokussiert sich im Bankbetrieb auf Energieeffizienz und den Bezug von erneuerbaren Energien. Sie hat bereits verschiedene Maßnahmen zur Senkung von Strom- und Wärmeverbrauch umgesetzt. Dazu zählen an den Standorten Hamburg und Kiel die Installation von Bewegungsmeldern, die LED-Umrüstung sowie Konzepte zur bedarfsgerechten Beheizung (siehe [„E1-3 Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit den Klimakonzepten“](#)). Die CO₂-Reduktionsmöglichkeiten an den aktuellen Standorten Hamburg und Kiel sind weitgehend ausgeschöpft. Die HCOB wird Ende 2026 in Hamburg in eine neue Konzernzentrale umziehen, die WELL- und LEED-Platin-Zertifizierungen anstrebt. Dieses energieeffiziente Gebäude wird damit höchste Nachhaltigkeitsstandards erfüllen und ermöglicht durch die Beheizung mittels Wärmepumpe eine weitere Reduktion des durch den Bankbetrieb verursachten CO₂-Fußabdrucks. Entsprechend strebt die Bank bis 2050 Netto-Null-Emissionen für ihren Bankbetrieb an.

Da die Bank mit ihren finanzierten Emissionen des Portfolios eine sehr viel größere Auswirkung auf den Klimawandel hat als mit ihren Corporate-Aktivitäten, hat sie sich für das Portfolio einen konkreten Übergangsplan gesetzt.

Portfolio: Der Finanzsektor spielt eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung der Transformation hin zu mehr Klimaschutz. Die HCOB übernimmt aktiv Verantwortung und berücksichtigt entsprechend Klimafaktoren in ihren Kredit- und Investmententscheidungen. Außerdem hat sich die Bank im Berichtsjahr erstmalig einen Transitionsplan (Übergangsplan) gesetzt, welcher den Übergang der HCOB zu Netto-Null beschreibt.

Mit der Unterzeichnung der PRBs am 22. September 2020 hat sich die HCOB den Zielen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet. Entsprechend strebt die Bank bis 2050 Netto-Null-Emissionen für ihr gesamtes Kredit- und Investmentportfolio an. Darüber hinaus hat sich die Bank bereit heute kurz- und mittelfristige Dekarbonisierungsziele und ein langfristiges Netto-Null-Ziel für die Portfolios Shipping, Real Estate und Energy (Stromerzeugung) gesetzt. Diese bilden zusammen mehr als zwei Drittel der finanzierten Emissionen ab und sind Teil der sogenannten CO₂-intensiven Sektoren der Industrie. Ansonsten ist die HCOB kaum in CO₂-intensiven Sektoren der Industrie aktiv, und es gelten Sector Restrictions unter anderem für die Finanzierung von Kohle-, Öl- und Gasaktivitäten.

Die gesetzten Ziele für die Zeitpunkte 2030 und 2050 orientieren sich an den Vorgaben von wissenschaftsbasierten Dekarbonisierungspfaden, die Netto-Null-Emissionen für das Jahr 2050 definieren. Die Portfolios nähern sich schrittweise dem jeweiligen Referenzreduktionspfad, im Einklang mit den Fortschritten des entsprechenden Sektors, jeweils in Abhängigkeit von Fortschritt und technischen Möglichkeiten.

Die HCOB führt kontinuierlich einen strategischen Dialog mit ihren Kund:innen und unterstützt diese bei ESG-relevanten Themen und möglichen Verbesserungen auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und zur Transformation ihrer Geschäftsmodelle. Zusätzlich hat die Bank verschiedene marktbezogene Dekarbonisierungshebel für die jeweiligen Portfolios identifiziert – Maßnahmen, mit denen sie ihre Kund:innen bei der Transformation unterstützen kann. Darunter fallen unter anderem für Real Estate die Finanzierung von Sanierungen und neuen, energieeffizienten Gebäuden, für Shipping die Finanzierung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz von bestehenden Schiffen, und für Energy (Stromerzeugung) die Finanzierung von CO₂-neutralen Energieprojekten.

Durch weitestgehend kurze Kreditlaufzeiten, insbesondere des Shipping-Portfolios, das das CO₂-intensivste der HCOB ist, kann die HCOB die langfristige Bindung von Treibhausgasemissionen vermeiden.

Die HCOB ist nicht von den Paris-abgestimmten EU-Referenzwerten ausgenommen.

Die Dekarbonisierungsziele sind Teil der Mittelfristplanung sowie des Sustainability Frameworks.

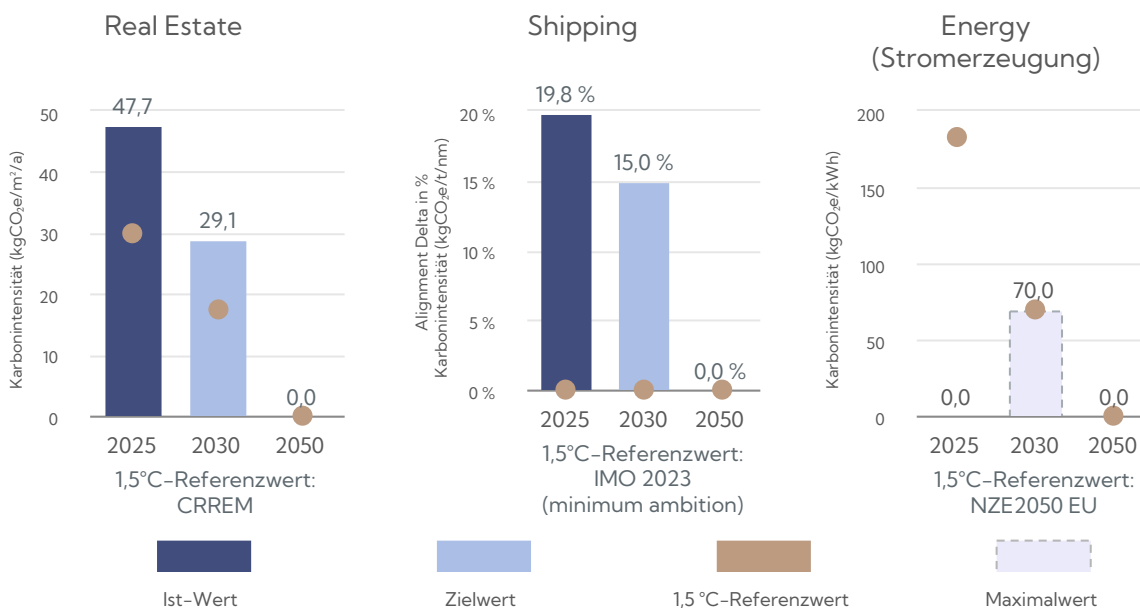
Der Transitionsplan wurde mit der Kenntnisnahme des Sustainability Frameworks genehmigt. Die Dekarbonisierungsziele wurden zusätzlich im Sustainability Committee beschlossen und als Teil der Mittelfristplanung vom Vorstand verabschiedet.

Da die HCOB den Transitionsplan in diesem Bericht erstmalig veröffentlicht, gibt es keinen Fortschrittsbericht. Der Transitionsplan und die Ziele werden jedoch jährlich im Rahmen des Nachhaltigkeitsstrategieprozesses überprüft und bei entsprechendem Änderungsbedarf angepasst.

Die Referenzpfade für Shipping und Real Estate wurden entsprechend der Portfoliokomposition zum Berichtsstichtag erstellt und können sich bei Verschiebungen entsprechend verändern. Demnach kann es zukünftig zu Verschiebungen und Änderungen der Ziele kommen, wenn sich die Portfoliozusammensetzung wesentlich ändert.

Als Akteur im Finanzsektor macht die Bank keinerlei Angaben zu den Investitionen und Finanzmitteln des Unternehmens zur Unterstützung der Umsetzung des Transitionsplans sowie zu signifikanten CapEx-Beträgen, die im Berichtsjahr im Zusammenhang mit Wirtschaftstätigkeiten in den Bereichen Kohle, Öl und Gas investiert wurden. Außerdem hat die Bank keine wirtschaftlichen Tätigkeiten, die unter die Delegierten Verordnungen zur Anpassung an den Klimawandel oder zur Eindämmung des Klimawandels gemäß der Taxonomie-Verordnung fallen.

Dekarbonisierungsziele



Anmerkung: Die Netto-Null-Emissionen im Jahr 2050 können durch potentielle Kompensation der restlichen 5 - 10 % der Emissionen erreicht werden.

ESRS2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Corporate: Die Bank hat in ihrem eigenen Geschäftsbetrieb keine wesentlichen klimabezogenen physischen und Transitionsrisiken identifiziert. Entsprechend liegt der Fokus der Resilienzanalyse, wie in den nachstehenden Ausführungen für die Dimension Portfolio dargelegt, auf den Geschäftsfeldern Real Estate, Shipping, Project Finance und Corporates.

Portfolio: Bezüglich der identifizierten klimabedingten Risiken verweisen wir auf unsere Ausführungen in [„IRO-1 Beschreibung der Verfahren zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen klimabezogenen Auswirkungen, Risiken und Chancen“](#).

Zur Sicherstellung der Resilienz des Geschäftsmodells bedient sich die HCOB eines Sets Exposure-basierter, Portfolio-basierter und Szenario-basierter Instrumente und Geschäftsansätze. Beispielhaft genannt seien hier das kundenindividuelle ESG-Scoring, Analysen zu Portfolioentwicklungen entlang sektorspezifischer „Net Zero“-Pfade oder interne Stresstests. Diese Instrumente und Geschäftsansätze dienen dazu, aktuelle Chancen und Risiken auf Kunden- und Portfolioebene zu identifizieren sowie künftige Entwicklungen frühzeitig zu antizipieren und in der Planung zu berücksichtigen.

Zur Beurteilung unerwarteter Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel nutzt die Bank ein 1,5 °C-Stressszenario, das quartalsweise berechnet und dem Management berichtet wird. Der Fokus liegt im Einklang mit den Ergebnissen der Wesentlichkeitsanalyse auf transitorischen Klimarisiken mit einer Resilienzanalyse sowohl für die Gesamtbank als auch schwerpunktmäßig für die Geschäftsfelder Real Estate, Shipping, Project Finance sowie Corporates.

Die Methodik der Resilienzanalyse basiert auf dem 1,5 °C-Stressszenario und umfasst folgende Annahmen:

- Das Szenario basiert auf den Network for Greening the Financial System (NGFS)-Szenarien und wurde mit HCOB-spezifischen Elementen kombiniert.
- Es beschreibt eine abrupte und unvorhergesehene politische Wende und eine daraufhin stark sinkende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen basierend auf einer Kombination mehrerer unabhängiger Ereignisse, insbesondere dem Eintreten physischer Risiken durch den Klimawandel (eine schwere Naturkatastrophe, z. B. eine schwere Dürre, zusammen mit Unterbrechungen der Versorgung mit fossilen Energieträgern aufgrund weltweiter Konflikte).
- Die Regierungen erhöhen abrupt die CO₂-Kosten (modelliert als Kombination aus CO₂-Steuern und Preiserhöhungen im Emissionshandelssystem (ETS)), um die Energiewende voranzutreiben.
- Diese unvorhergesehene Änderung der Klimaschutzpolitik, die im Einklang mit dem 1,5 °C-Ziel steht, löst Schockwellen in der Weltwirtschaft und im Finanzsystem aus, verringert die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen und führt zu einer abrupten Abwertung von Unternehmen in CO₂-intensiven Sektoren sowie zu einer allgemeinen Verschärfung der finanziellen Bedingungen.

Bei dem 1,5 °C-Stressszenario wird, wie bei allen anderen Klima- und Geschäftsszenarien, im Rahmen der Mittelfristplanung ein Zeithorizont von drei Jahren angesetzt. Hierbei werden auch Ereignisse des langfristigen Szenarios „NGFS Delayed Transition“ in den Zeithorizont der Mittelfristplanung vorgezogen und somit berücksichtigt. Dieses Szenario dient somit dazu, Transitionsrisiken zu identifizieren. Folgende Auswirkungen auf die einzelnen Sektoren werden in dem Szenario modelliert:

Real Estate: Insbesondere sind ältere Gebäude mit niedriger Energieeffizienz beeinträchtigt. Die Portfolioanalyse auf Basis der verfügbaren EPC-Daten hat gezeigt, dass das HCOB-Portfolio mäßig betroffen ist.

Shipping: Insbesondere werden Tanker und Massengutfrachter durch den Rückgang der Nachfrage nach fossilen Brennstoffen beeinträchtigt.

Project Finance mit Fokus auf erneuerbare Energien: Der Sektor wird durch die steigende Nachfrage nach Wind- und Solarparks positiv beeinflusst.

Corporates: Unternehmen sind grundsätzlich von der wirtschaftlichen Abschwächung und den steigenden Kosten für die CO₂-Emissionen betroffen.

Das Geschäftsmodell der Bank zeigt sich in dem 1,5 °C-Stressszenario widerstandsfähig, wobei rückläufige, aber insgesamt weiterhin positive Erträge durch höhere Refinanzierungskosten und einen Rückgang des Neugeschäfts zu verzeichnen wären. Die Bilanzsumme würde sich aufgrund des Rückgangs im Neugeschäft verringern bei einer unmittelbar auf den Schock folgenden geringfügigen Reduzierung der CET1-Quote mit schneller Erholung.

Die Ergebnisse der Resilienzanalyse je Geschäftsbereich zeigen die bei Eintritt des 1,5 °C-Stressszenarios notwendigen Maßnahmen (z.B. die angepasste Neugeschäftszusammensetzung) und liegen im Einklang mit den bereits heute verankerten ESG-Geschäftsansätzen, die zur Begrenzung von physischen und transitorischen Risiken und der Nutzung von Marktchancen dienen:

Real Estate

Die CO₂-Intensität wird sich durch die Dekarbonisierung der Energieversorgung und Fernwärme weiter verringern, auch ohne zusätzliche energetische Maßnahmen am Bestand.

Energetische Sanierungen bestehender Gebäude sind ein weiterer zentraler Hebel zur Dekarbonisierung, der erhebliche Investitionen erfordert. Die HCOB sieht darin eine Chance und bringt ihre Expertise in der Finanzierung von Immobiliensanierung und -entwicklung ein.

Einzelfallprüfungen bei der Kreditvergabe helfen, Risiken zu vermeiden bzw. zu managen, und das gesetzte Dekarbonisierungsziel der HCOB steuert transitorische Risiken. Ausschlusskriterien für ESG-Scores von 5 und 6 sowie der Sector Restrictions unterstützen diesen Ansatz.

Shipping

Die Schifffahrtsbranche befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel durch die angestrebte Dekarbonisierung, erfordert daher Investitionen in alternative Kraftstoffe und energieeffiziente Technologien. Als effizienteste Art des Warentransports bleibt die Unterstützung der Kund:innen bei der Dekarbonisierung essenziell.

Die HCOB minimiert transitorische Risiken durch kurze Kreditlaufzeiten, um „Lock-in“-Effekte zu vermeiden und flexibel auf technologische Entwicklungen zu reagieren. Zudem bevorzugt sie Schiffe mit CII-Ratings (Carbon Intensity Indicator) von D oder besser, um die physische CO₂-Intensität im Marktdurchschnitt zu halten. Ein Dekarbonisierungsziel für das Schiffsportfolio, abgeleitet vom aktuellen International Maritime Organization (IMO)-Dekarbonisierungspfad, wird u.a. durch Ausschlusskriterien (ESG-Scores 5 & 6) und Neugeschäftsziele unter dem STFF gestützt.

Project Finance

Der wachsende Markt für erneuerbare Energien bietet neben dem traditionellen Geschäft mit Wind- und Solarenergie Chancen in den Bereichen grüner Wasserstoff, Batteriespeicherung und anderen neuen Technologien zur Transformation des Energiesektors. Besonders in Europa wird mittelfristig Wachstum in diesen neuen Bereichen erwartet.

Bei der Finanzierung erneuerbarer Energien kann die HCOB auf über 25 Jahre Erfahrung zurückgreifen, um Marktchancen zu erschließen und Risiken zu bewerten. In den Bereichen grüner Wasserstoff und Batteriespeicherung setzt die Bank auf kontinuierliche Wissensentwicklung und Marktbeobachtung zur Identifikation attraktiver Finanzierungsmöglichkeiten.

Corporates

Firmenkunden, insbesondere in CO₂-intensiven Branchen, stehen vor großen Herausforderungen, da hohe Investitionen zur Reduzierung ihres CO₂-Fußabdrucks benötigt werden. Diese machen jedoch nur einen kleinen Teil des HCOB-Firmenkundenportfolios aus. Insgesamt sorgt eine breite Sektorendiversifizierung des HCOB-Portfolios für stabile Cashflows.

Die Bank nutzt zunehmend den ESG-Dialog mit ihren Kund:innen, um die Dekarbonisierung ihrer Geschäftsmodelle und Produktionsprozesse mit entsprechenden Finanzierungen zu unterstützen. Insbesondere CO₂-intensive Branchen unterliegen einer detaillierten Analyse transitorischer und technologischer Risiken vor Kreditentscheidungen zur Minimierung möglicher Risiken. Eine weitere Risikosteuerung erfolgt durch Ausschlusskriterien für ESG-Scores von 5 und 6 sowie durch das Compliance Assessment und den Sector Restrictions Check.

Die Resilienzanalyse untermauert die Einschätzung der Geschäftsführung, wonach das Geschäftsmodell der HCOB Auswirkungen aus dem Klimawandel und der daraus resultierenden Transformation der Wirtschaft hin zu CO₂-Neutralität verkraften kann.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

ESRS 2 IRO-1 Beschreibung der Verfahren zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen klimabezogenen Auswirkungen, Risiken und Chancen

Corporate: Im Rahmen der jährlich stattfindenden Risikoinventur wurde der Einfluss von Transitionsrisiken auf die HCOB untersucht sowie anhand von Versicherungsdaten ermittelt, inwieweit die Standorte der Bank physischen Klimarisiken ausgesetzt sind. Auswirkungen wurden entsprechend dem unter [„ESRS 2 IRO-1 Beschreibung des Verfahrens zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen“](#) im Portfolioabschnitt beschriebenen Prozess zur Wesentlichkeitsanalyse ermittelt.

Portfolio: Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit im Risikomanagementprozess sind die im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich identifizierten ESG-Risiken. Die HCOB betrachtet ESG-Risiken nicht als eigene Risikoart, sondern als Treiber für die jeweiligen Risikoarten, welche bei Veränderungen relevanter Einflussfaktoren negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage bzw. die Reputation der Bank hervorrufen können. Im Einklang mit dem Geschäftsmodell der Bank konzentriert sich die Analyse im Risikoinventurprozess insbesondere auf klimabezogene Risiken (physische Risiken und Transitionsrisiken) und bezieht daneben auch Biodiversitätsrisiken und soziale Risiken mit ein. Die Risikoinventur findet mindestens einmal im Jahr statt.

ESG-Risiken können über viele Kanäle in traditionelle finanzielle Risikoarten einfließen. Bei der Beurteilung der Wesentlichkeit von ESG-Risiken liegt der Schwerpunkt daher auf der Beurteilung der Treiber, die ESG-bezogene Entwicklungen in der Wirtschaft und dem eigenen Geschäftsmodell beeinflussen. Betrachtet werden kurze (0-1 Jahr), mittlere (1-5 Jahre) und langfristige (5-30 Jahre) Zeithorizonte. In der folgenden Tabelle werden die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Risikotreiber näher beschrieben:

ESG-Risiken nach Risikokategorie

Risikokategorie	ESG-Risiko
Physische Risiken	Akute physische Risiken Akute physische Risiken beziehen sich auf die finanziellen Auswirkungen des Klimawandels durch häufigere extreme Wetterereignisse (z.B. Stürme oder Überflutungen).
	Chronische physische Risiken Chronische physische Risiken beziehen sich auf die finanziellen Auswirkungen des Klimawandels durch allmähliche Klimaveränderungen (z.B. Dürren).
Transitorische Risiken	CO₂-Preis Die Bepreisung von Treibhausgasen entfaltet einen Anreiz zur „grünen“ CO ₂ -neutralen Transformation der Wirtschaft.
	Grüne Regulierung Regierungsinitiativen wie der Green Deal der EU zielen auf die Reduzierung von Treibhausgasemissionen ab. Maßnahmen sind z.B. Verbot von CO ₂ -emittierenden Technologien oder Vorschriften zur Senkung des Energieverbrauchs bei Gebäuden.
	Grüne Technologie Im Zuge der Transformation der Wirtschaft können alte CO ₂ -intensive Technologien, wie z. B. Verbrennungsmotoren, wirtschaftlich unrentabel werden.
	Marktstimmung Die Präferenzen der Verbraucher:innen und die Erwartungen der Investor:innen begünstigen zunehmend grüne Produkte. Unternehmen, die sich nicht an diese sich verändernden Präferenzen anpassen, könnten einen Wettbewerbsnachteil erleiden.
	ESG-Reputation der Kund:innen Kund:innen, die für schlechte ESG-Praktiken bekannt sind, können den Ruf der Bank schädigen, was zu einem Reputationsverlust bei Stakeholder:innen führen kann.
Biodiversitätsrisiken	Schutz der Ökosysteme Biodiversitätsrisiken können durch den Verlust von Arten oder die Umsetzung von Umweltschutzvorschriften die Rentabilität beeinträchtigen.
Soziale Risiken	Menschenrechte/Arbeitsnormen Ereignisse, Entwicklungen oder Verhaltensweisen im Zusammenhang mit sozialen Aspekten (z.B. Verstöße gegen Menschenrechte/Arbeitsnormen) können zu negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens führen, z. B. durch Geschäftsunterbrechungen/Bußgelder aufgrund von Verstößen gegen Arbeitsrecht, Sicherheit und Gesundheitsschutz oder Minderheitenrechte.

Hinsichtlich Governance-Risiken verfügt die Bank über Compliance-Verfahren und betrachtet daher diese Risiken als wirksam begrenzt.

Die Auswirkungen der ESG-Risiken werden auf Ebene der Risikoarten und für Zeithorizonte spezifiziert, was eine angemessene Beschreibung der verschiedenen Auswirkungen, der bewerteten Relevanz und Wesentlichkeit ermöglichen soll. Um eine angemessene Kapital- und Liquiditätsausstattung zu gewährleisten, werden bei der Bewertung die aktuelle Risikosituation sowie erwartete und unerwartete Entwicklungen

berücksichtigt. Die Bank stützt sich bei der Beurteilung auf qualitative Einschätzungen sowie quantitative Auswertungen. Letztere berücksichtigen sowohl extern erhobene Daten (wie Versicherungsdaten für physische Risiken, Energieausweise und Shipping-Daten von Scope) als auch intern generierte Daten (z. B. ESG-Scores und Stresstestergebnisse).

Im Ergebnis zeigt die Risikoinventur den Einfluss identifizierter ESG-Risikotreiber auf relevante Risikoarten. Am Ende dieses Prozesses werden die Ergebnisse vom Vorstand genehmigt.

Ergebnis der Risikoinventur

Risikoart	Ausfall	Markt	Liquidität	Operati- nell	Reputation	Geschäfts- strategie	Sonstige
Physische Risiken	Akut						
	Chronisch						
Transitorische Risiken	CO ₂ - Preis						
	Grüne Regulierung						
	Grüne Technologie						
	Marktstimmung						
Biodiversitäts- risiken	ESG-Reputation Kund:innen						
	Schutz der Ökosysteme						
Soziale Risiken	Menschenrechte/ Arbeitsnormen						

Wesentlichkeit niedrig geringfügig moderat hoch

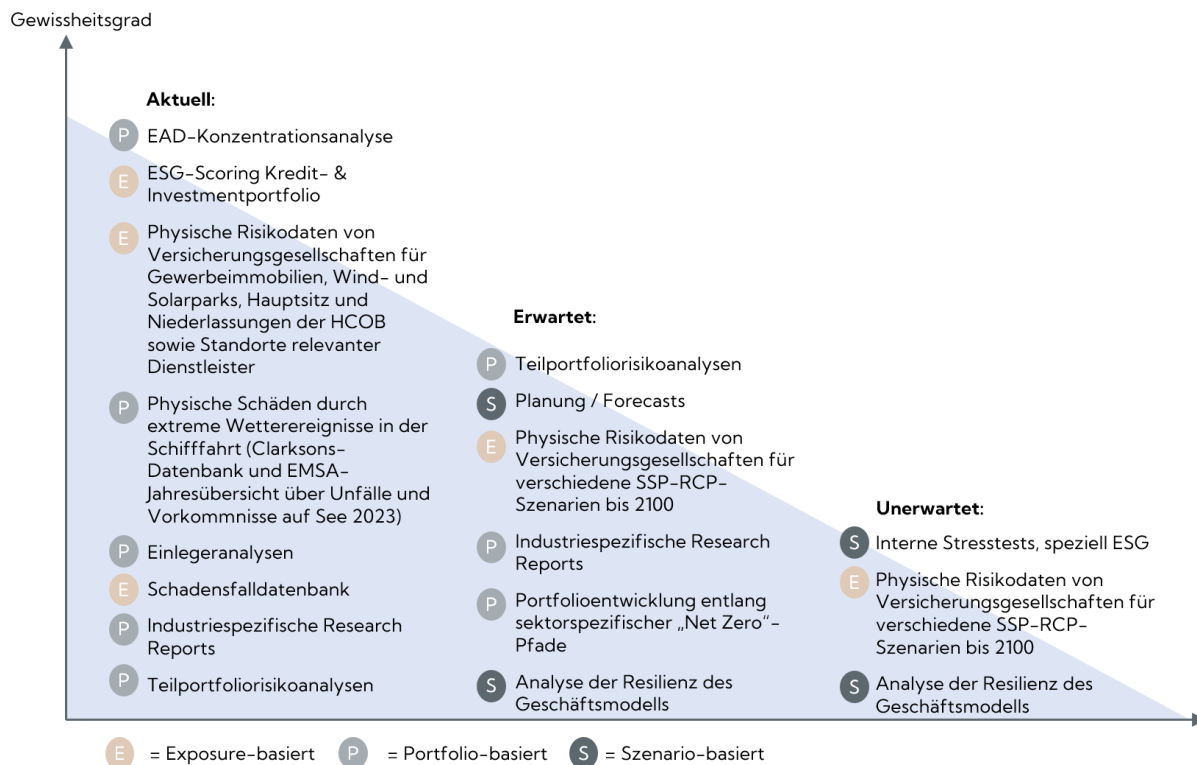
Von allen Risikoarten wird das Ausfallrisiko aufgrund des Geschäftsmodells der Bank als am stärksten betroffen erachtet. Hier wird die Analyse auf der Ebene der Assetklassen durchgeführt, da die einzelnen Assetklassen in unterschiedlicher Weise physischen und transitorischen Risiken ausgesetzt sind (z.B. unterscheidet sich das Risikoprofil von Wind- und Solarparks von dem der Schifffahrt).

Im Ergebnis der Risikoinventur wurden „CO₂-Preis“, „grüne Regulierung“, „grüne Technologie“ und die „Marktstimmung“ als die relevantesten Treiber identifiziert, insbesondere im Hinblick auf die Geschäftsaktivitäten im Bereich Shipping und Commercial Real Estate.

Die HCOB hat gemäß einer internen Analyse keine wesentlichen Kreditsicherheiten, die einem hohen physischen Risiko ausgesetzt sind. Auf eine regionale Aufschlüsselung wird daher verzichtet.

Management von ESG-Risiken

Zur Identifikation und Begrenzung von ESG-Risiken setzt die HCOB verschiedene Instrumente ein. So werden ESG-Risiken beispielsweise in die Risikostrategien, die Anlagepolitik und die Kreditstandards, Stresstests und Szenarioanalysen sowie in die Managementberichterstattung und Offenlegung integriert. Das folgende Schaubild zeigt, welche Instrumente verwendet wurden und welchem Zweck sie dienen:



ESG-Risiken im Kreditgeschäft

Die HCOB möchte den nachhaltigen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft durch ihre Geschäftstätigkeit unterstützen. Dabei achtet die Bank nicht nur auf ökologische Aspekte, sondern bezieht auch bewusst Sozial- und Governance-Aspekte mit ein. In diesem Zusammenhang werden Menschenrechte und Arbeitsbedingungen ebenfalls berücksichtigt. Um dieser Anforderung gerecht zu werden, hat die HCOB ein Bewertungssystem zur Identifikation von Vermögenswerten und Geschäftstätigkeiten entwickelt, die nicht mit dem Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft vereinbar sind. Das Bewertungssystem stützt sich auf folgende Elemente: den Compliance Assessment & Sector Restrictions Check, das ESG-Scoring und das Sustainable and Transformational Finance Framework (STFF). Nähere Details und Ergebnisse zu diesen Kernelementen finden sich unter „[SBM-1 Strategie, Geschäftsmodell und Wertschöpfungskette](#)“. ESG-Risiken im Kreditgeschäft sind vollständig in die „Three Lines-of-Defence“ eingebettet. Insbesondere ist der ESG-Beurteilungsprozess auf den Ratingprozess abgestimmt, indem die zweite Verteidigungslinie die ESG-Scores genehmigt.

Stresstesting und Szenarioanalysen

Generell betrachtet die Bank Stresstests und Szenarioanalysen als wichtige Bestandteile des Risikomanagements.

Die Bank führt quartärllich oder anlassbezogen neben risikoartenspezifischen auch risikoartenübergreifende Stresstests durch, um die Auswirkungen von potenziellen adversen Szenarien auf wesentliche Steuerungsgrößen wie die Auslastung der Risikotragfähigkeit, regulatorische Kapitalquoten, Gewinn und die Liquidität und damit auf die Gesamtrisikolage der HCOB besser einschätzen zu können. Auf der Basis beobachteter Marktentwicklungen und makroökonomischer Prognosen der Zentralbanken verabschiedet der Szenariosteuerungskreis makroökonomische und segmentspezifische Prognosen zur Durchführung dynamischer Stresstests. Diese Erwartungs- und Stressprognosen fließen in unterschiedliche Simulationsszenarien ein, wie beispielsweise das eines schweren konjunkturellen Abschwungs oder geschäftsfeldspezifischer Krisen, sowie in Szenarien, die mögliche mit dem Klimawandel und anderen Umweltrisiken verbundene Transitions-, Reputations- und physische Risiken abbilden. Die Ergebnisse werden vierteljährlich dem ALCO (Asset Liability Committee) und dem Gesamtvorstand vorgestellt. Darüber hinaus bilden die Stresstests und Szenarioanalysen der HCOB die Grundlage für die Ableitung des Risikoappetits und des konsistenten Limitrahmens. Durch diesen Ansatz wird eine angemessene Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisikotreibern im ICAAP sichergestellt.

Speziell – aber nicht ausschließlich – für die Bewertung von Transitionsrisiken, die sich langfristig materialisieren, hat die HCOB ein „Climate-Stressszenario“ entworfen. Beschleunigt durch klimabedingte Naturkatastrophen leitet die Politik zur Erreichung von CO₂-Neutralität (1,5 °C) im Jahr 2050 hierin eine abrupte und unerwartete Transition der Wirtschaft ein, begleitet von einem generell sehr schwachen Konsumklima, das durch die Angst vor weiterer Verschärfung der Klimakrise geprägt ist. Das HCOB-spezifische Szenario lehnt sich an die langfristigen Szenarien des Network for Greening the Financial System (NGFS) an, zieht jedoch die Effekte in den Planungshorizont der Bank vor. Im ersten Halbjahr 2025 hat das NGFS Kurzfristszenarien veröffentlicht. Diese erforderten keine weiteren Anpassungen, da die bankeigenen Szenarien strikter sind. Die HCOB wird die Entwicklung der NGFS-Szenarien weiter beobachten und erforderlichenfalls ihr Szenario-Set anpassen.

Zur Abschätzung des physischen Risikos für Immobilien, Wind- und Solarparks sowie für die eigenen Standorte (Hauptsitz und Niederlassungen) verwendet die HCOB Versicherungsdaten als Quelle für die Analyse potenzieller finanzieller Risiken. Das bereitgestellte Szenario-Set besteht aus den folgenden IPCC-Szenarien:

- Sustainable pathway: SSP1-2.6
- Middle of the road: SSP2-4.5
- Fossil fuel development: SSP5-8.5

Das physische Risiko für den Schifffahrtssektor wird anhand von Clarksons „World Fleet Register“ und der von der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) bereitgestellten Informationen über Verluste durch Naturgefahren beurteilt. Ansonsten nutzt die HCOB die mittels des ESG-Scorings gewonnenen kundenspezifischen Erkenntnisse zu akuten und chronischen physischen Risiken, welche zu einer Gesamteinstufung des physischen Risikos verdichtet werden.

E1-2 Konzepte im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel

Die folgende Tabelle greift die wesentlichen Auswirkungen der für die HCOB im Kapitel „[ESRS E1 Klimawandel](#)“ identifizierten relevanten Nachhaltigkeitsaspekte als Ergebnis der Wesentlichkeitsanalyse (siehe hierzu „[SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell](#)“) auf und stellt die mitigierenden Konzepte dar:

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Anpassung an den Klimawandel			
Negative Auswirkung: Aktuelle Finanzierungsaktivitäten reflektieren den Transformationsbedarf nicht ausreichend (Dimension: Portfolio)	<ul style="list-style-type: none"> – „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das Compliance Assessment und den Sector Restrictions Check – „Kredithandbuch“ – „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring 	<ul style="list-style-type: none"> – Vollumfängliche Anwendung der Sector Restrictions und des ESG-Scorings für neue Transaktionen – Ausschluss von Neugeschäften mit Note 5 oder 6 	Erreichung eines STFF-konformen Neugeschäfts von mindestens 20 % im Jahr 2026 bezogen auf das gesamte Nettoneugeschäft
Positive Auswirkung: Finanzierung von erneuerbaren Energien fördert die Anpassung an den Klimawandel (Dimension: Portfolio)	<ul style="list-style-type: none"> – Sustainable and Transformational Finance Framework für die STFF-Klassifizierung 	<ul style="list-style-type: none"> – Einwertung von Neugeschäft gemäß SDG-Beitrag – Klassifizierung des Netto-neugeschäfts gemäß STFF 	

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Klimaschutz			
Negative Auswirkung: CO ₂ -Emissionen durch den Bankbetrieb (Dimension: Corporate)	– Umweltrichtlinie	– Energiesparmaßnahmen – Nutzung erneuerbarer Energien – Beheizung durch Kraft-Wärme-Kopplung – Mobilitätsmaßnahmen – Erwerb von MoorFutures®-Zertifikaten	keine Ziele definiert
Negative Auswirkung: CO ₂ -Emissionen beim Betrieb der von der Bank finanzierten Objekte (Dimension: Portfolio)	– „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das Compliance Assessment und den Sector Restrictions Check – „Kredithandbuch“	– Vollumfängliche Anwendung der Sector Restrictions und des ESG-Scorings für neue Transaktionen – Ausschluss von Neugeschäften mit Note 5 oder 6	– Reduktion der CO ₂ -Intensität für das Real Estate-Portfolio auf 29,1 kg CO ₂ /m ² /a im Jahr 2030 – Reduktion des Alignment Deltas für das Shipping-Portfolio auf 15,0 % im Jahr 2030
Positive Auswirkung: Finanzierung von erneuerbaren Energien führt zur Reduktion von THG-Emissionen (Dimension: Portfolio)	– „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring – Sustainable and Transformational Finance Framework für die STFF-Klassifizierung	– Einwertung von Neugeschäft gemäß SDG-Beitrag – Klassifizierung des Nettoneugeschäfts gemäß STFF	– Obergrenze der CO ₂ -Intensität für das Energy-Portfolio von <70 g CO ₂ /kWh im Jahr 2030 – Erreichung eines STFF-konformen Neugeschäfts von mindestens 20 % im Jahr 2026 bezogen auf das gesamte Nettoneugeschäft
Risiko: Kreditausfall wegen physischer und transitorischer Klimarisiken bei Immobilien und Schiffen (Dimension: Portfolio)	– „Kredithandbuch“	– Einwertung von physischen Risiken	keine Ziele definiert
Energie			
Negative Auswirkung: Energieverbrauch durch den Bankbetrieb und Datenzentren (Dimension: Corporate)	– Umweltrichtlinie	– Energiesparmaßnahmen – Nutzung erneuerbarer Energien	keine Ziele definiert
Negative Auswirkung: Energieverbrauch in der Betriebsphase von finanzierten Objekten (Dimension: Portfolio)	– „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das Compliance Assessment und den Sector Restrictions Check – „Kredithandbuch“	– Vollumfängliche Anwendung der Sector Restrictions und des ESG-Scorings für neue Transaktionen – Ausschluss von Neugeschäften mit Note 5 oder 6	– Erreichung eines STFF-konformen Neugeschäfts von mindestens 20 % im Jahr 2026 bezogen auf das gesamte Nettoneugeschäft
Positive Auswirkung: Finanzierung von erneuerbaren Energien führt zur Reduktion von THG-Emissionen (Dimension: Portfolio)	– „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring – Sustainable and Transformational Finance Framework für die STFF-Klassifizierung	– Einwertung von Neugeschäft gemäß SDG-Beitrag – Klassifizierung des Netto-neugeschäfts gemäß STFF	

Corporate: Die HCOB steuert das Thema Ressourcen- und Klimaschutz sowohl im Kredit- und Investmentportfolio als auch in ihrem Geschäftsbetrieb. Als nicht-produzierendes Unternehmen entstehen die größten Umweltauswirkungen auf Corporate-Level durch Energie- und Wasserverbrauch sowie Abfallproduktion. Die identifizierte Auswirkung „CO₂-Emissionen und Energieverbrauch durch den Bankbetrieb“ wird durch die interne Umweltrichtlinie geregelt, die alle relevanten Themen zum Ressourcenverbrauch und CO₂-Fußabdruck umfasst. Diese adressiert den Umgang mit Energie, Strom, Wärme

und Kraftstoff sowie die Umrechnung in CO₂-Äquivalente (CO₂e)-Emissionen. Zudem beschreibt sie den Prozess zur Datenerhebung, Validierung und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten.

Zur Erfassung der Umweltindikatoren des Bankbetriebs sowie der Scope 1-, Scope 2- und signifikanten Scope 3 (außer Kategorie 15)-Emissionen nutzt die HCOB seit 2021 das VfU-Berechnungstool („VfU Kennzahlen 2025, Version 1.2“). Dieses Standardinstrument für die Bilanzierung von betrieblichen Umweltindikatoren von Finanzinstituten ermöglicht eine transparente Bilanzierung von Umweltindikatoren und unterstützt die Reduktion des Ressourcenverbrauchs.

Die Verantwortung für das Thema Umweltschutz auf Unternehmensebene hat das Facility-Management, welches auch für das Energiemanagement, die Arbeits- und Betriebssicherheit und die Erhebung sowie Überwachung der Energie- und Umweltindikatoren zuständig ist.

Die Umweltrichtlinie ist für den gesamten Geschäftsbetrieb der HCOB AG anzuwenden.

Portfolio: Die HCOB verfügt über Konzepte und Richtlinien zur Steuerung wesentlicher Auswirkungen und Risiken im Zusammenhang mit Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Ziel dieser ist die Darstellung des Prozesses zur Identifizierung, Beurteilung, dem Management oder der Behebung der wesentlichen Auswirkungen und Risiken. Themenfelder sind hier Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien.

Diese Konzepte und Richtlinien im Kredit- und Investmentprozess (eine detaillierte Beschreibung dieser ist in [„SBM-1 Strategie, Geschäftsmodell und Wertschöpfungskette“](#) zu finden) umfassen hierbei insbesondere das Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das Compliance Assessment und den Sector Restrictions Check, das „Kredithandbuch“ und das Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring und das Sustainable and Transformational Finance Framework für die STFF-Klassifizierung. Der Anwendungsbereich dieser Konzepte und Richtlinien ist die gesamte HCOB AG. Die höchsten Ebenen der Verantwortung sind neben dem Vorstand die Abteilungsleitung der Abteilung „Sales Management & ESG“ für die methodische Konzeption der Konzepte und Richtlinien, während die Bereichsleitung „Credit Risk Center“ für die Umsetzung dieser im operativen Tagesgeschäft verantwortlich ist.

Das Compliance Assessment als Teil des Dokuments „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ überprüft neue Geschäftsbeziehungen hinsichtlich erhöhter Risiken von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder Verstößen gegen Sanktionen und Embargos. Dazu gehören auch Verbindungen zu Hochrisikoländern und sanktionierten oder politisch exponierten Personen. Die HCOB hat aus ESG-Sicht sensible und kritische Sektoren identifiziert und entsprechende sektorspezifische Ausschlüsse definiert, die in den Sector Restrictions festgelegt sind, welche dabei Finanzierungen in vielen CO₂-intensiven Branchen deutlich einschränken bzw. sie zum Teil sogar ausschließen. Dies wird zusätzlich durch die ESG Decision Matrix ergänzt, welche eine effiziente Vorauswahl neuer Geschäftsmöglichkeiten auch für bislang nicht nachhaltige Unternehmen ermöglicht.

Das „Kredithandbuch“ regelt die Anwendung des ESG-Scorings im Kreditprozess, während dem Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ weitergehende Informationen hierzu entnommen werden können. Das ESG-Scoring würdigt dabei in seiner mit 50 % gewichteten E-Note das Thema Klima mit vier dezidierten Fragen zum Klimarisikopotenzial und fünf dezidierten Fragen zu CO₂-Emissionen und Energie. Insgesamt werden für jede Finanzierung 18 Fragen zu Klima- und Umweltaspekten beantwortet sowie sieben Fragen zu sozialen Aspekten und neun Fragen zu Governance-Themen.

Der ESG-Scoring-Ansatz der HCOB basiert auf dem Aktionsplan für nachhaltige Finanzierung der EBA und dem Ende 2019 veröffentlichten Merkblatt zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken der BaFin. Er umfasst eine Analyse der Klima-, Umwelt-, Sozial- und Governance-Risikofaktoren für jede Finanzierung. Für eine positive Kreditentscheidung ist mindestens die Gesamtnote „4“ erforderlich.

Das Sustainable and Transformational Finance Framework (STFF) orientiert sich an den Anforderungen des EU-Taxonomie-Umweltziels ‚Klimaschutz‘ sowie an den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens. Das STFF bestimmt, welche Finanzierungsaktivitäten der HCOB als nachhaltig oder transformational gelten, zusätzlich zu den EU-Taxonomie-Kriterien. Für das Neugeschäft besteht ein Gesamtbankziel, das unter [„E1-4 Ziele im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel“](#) beschrieben wird.

Das Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ und das Sustainable and Transformational Finance Framework können auf der Homepage der HCOB abgerufen werden.

E1-3 Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit den Klimakzepten

Corporate: Die unter [„E1-2 Konzepte im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel“](#) genannten Konzepte und Richtlinien werden durch nachfolgend beschriebene Klimaschutzmaßnahmen, Energiesparmaßnahmen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Berichtsjahr weiter operationalisiert und implementiert.

Die Bank hat sich mit der Unterzeichnung der PRB die Ambition gesetzt, ein Netto-Null-Emissionsziel für das Jahr 2050 auf Corporate-Level für den Bankbetrieb anzustreben. Dies steht im Einklang mit den Bemühungen, den Energieverbrauch weiter zu senken und wird auch nach den bereits umgesetzten Energiesparmaßnahmen, unter anderem Installation von Bewegungsmeldern und Umrüstung auf LED-Beleuchtung sowie Reduktion der Raumtemperatur und bedarfsgerechte Beheizung, fortgesetzt. Die HCOB wird weiterhin prüfen, welche Maßnahmen einen Beitrag zur weiteren Reduktion leisten können.

Der direkte auf den Bankbetrieb zurückzuführende Ressourcenverbrauch in Form von Energie- und Wasserverbrauch sowie Abfallproduktion erfolgte im Einklang mit den entsprechenden Anforderungen, welche in der internen Umweltrichtlinie geregelt werden. Diese fordert einen schonenden Umgang mit Ressourcen im Geschäftsbetrieb, um Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich zu halten. Der mit dem Ressourcenverbrauch verbundene CO₂-Fußabdruck für den eigenen Geschäftsbetrieb wurde mit dem Berechnungstool des Vereins für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e.V. (VfU) zur Ermittlung der Emissionen und des Ressourcenverbrauchs berechnet.

Der Strombedarf für die Standorte Hamburg und Kiel konnte auch im Berichtsjahr wieder vollständig aus erneuerbarer Energie gedeckt werden. Die Beheizung dieser Standorte erfolgte durch Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplung.

Zusätzlich hat die Bank auch mobilitätsbezogene Maßnahmen ergriffen, um den Ressourcenverbrauch zu verringern. So bietet die HCOB ihren Mitarbeitenden ein vollständig subventioniertes Deutschlandticket an, welches 2025 von 749 (2024: 783) Mitarbeitenden genutzt wurde. Zugunsten von Poolfahrzeugen hat die Bank persönliche Firmenwagen weitestgehend abgeschafft. Zum 31. Dezember 2025 umfasst die Fahrzeugflotte der HCOB neun Fahrzeuge (31.12.2024: zehn).

Zusätzliche Maßnahmen auf Corporate-Level für die Standorte Hamburg und Kiel umfassen den Bezug von Strom aus 100 % erneuerbaren Energien im Berichtsjahr wie auch im Vorjahr.

Eine weitere Maßnahme, die die Bank vornimmt, ist der jährliche Erwerb von MoorFutures®-Zertifikaten der Ausgleichsagentur Schleswig-Holstein GmbH in der Höhe der eigenen Scope 1- und 2- sowie Scope 3-Emissionen durch Geschäftsflüge. Die finanzierten Zertifikate zahlen auf die deutschen Klimaschutzziele ein. Obwohl die HCOB mit diesen Zertifikaten nicht ihre eigenen verbleibenden Emissionen reduzieren kann, trägt sie mit diesen Gutschriften gesamthaft zu Klimaschutzmaßnahmen des Landes Deutschland bei (mehr unter [„E1-7 Entnahme von Treibhausgasen und Projekte zur Verringerung von Treibhausgasen, finanziert über CO₂-Zertifikate“](#)).

Eine Quantifizierung der erzielten Reduktion der Treibhausgasemissionen auf Ebene der einzelnen Maßnahmen kann nicht vorgenommen werden, jedoch sind die aggregierten Effekte aus der Veränderung der ausgewiesenen Emissionen ersichtlich (siehe [„E1-6 THG-Bruttoemissionen der Kategorien Scope 1, 2 und 3 sowie THG-Gesamtemissionen“](#)).

Der Fokus der beschriebenen Maßnahmen und Mittel in Zusammenhang mit den Klimakzepten liegt vor allem aufgrund der großen Signifikanz auf den Standorten Hamburg und Kiel, für die anderen Standorte gibt es derzeit noch keine Maßnahmen. Sämtliche Maßnahmen werden von der Abteilung „Sales Management & ESG“ koordiniert.

Der Zeithorizont der beschriebenen Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit den Klimakzepten bezieht sich grundsätzlich auf das Berichtsjahr, soweit nicht anders angegeben.

Zusätzlich zu den beschriebenen Maßnahmen aus dem Berichtsjahr plant die Bank, kurz- und mittelfristig weitere Maßnahmen umzusetzen, um ihren Energieverbrauch und den CO₂-Fußabdruck zu verringern. Darunter fällt insbesondere der Umzug am Standort Hamburg im Jahr 2026 in ein energieeffizientes, zertifiziertes Gebäude.

Für die als wesentlich identifizierte Auswirkung Energieverbrauch durch externe Datenzentren hat die HCOB zum jetzigen Zeitpunkt über die Quantifizierung der Auswirkungen hinaus keine Maßnahmen definiert.

Portfolio: Die unter [„E1-2 Konzepte im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel“](#) genannten Konzepte und Richtlinien werden durch nachfolgend beschriebene

Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Berichtsjahr weiter operationalisiert und implementiert. Entsprechend den oben erläuterten Konzepten durchläuft jeder Kredit ein Compliance Assessment und einen Sector Restrictions Check, den ESG-Scoring-Prozess, eine STFF-Klassifizierung und SDG-Einwertung. Die beschriebenen Maßnahmen aus dem Berichtsjahr plant die Bank auch zukünftig weiter umzusetzen.

Der Sector Restrictions Check, der im Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ verankert ist, wurde im Rahmen des Kredit- und Investmententscheidungsprozesses bei der Prüfung neuer Transaktionen vollumfänglich angewandt und entsprechend nur konforme Geschäfte abgeschlossen.

Das ESG-Scoring, dessen Anwendung im „Kredithandbuch“ geregelt ist, wurde im Rahmen des Kredit- und Investmententscheidungsprozesses bei der Prüfung neuer Transaktionen entsprechend vollumfänglich angewandt und nur Geschäfte abgeschlossen, die mindestens die Gesamtnote 4 erreicht haben, entsprechend sind Kredite mit einem Score von 5 oder 6 ausgeschlossen.

Die STFF-Klassifizierung wurde ebenfalls im Rahmen des Kredit- und Investmententscheidungsprozesses bei der Prüfung neuer Transaktionen vollumfänglich angewandt und Finanzierungsaktivitäten der HCOB identifiziert, die als nachhaltig oder transformational gelten.

Die Einwertung physischer Risiken wird im „Kredithandbuch“ geregelt und jährlich durchgeführt. Die Einwertung physischer Risiken erfolgt für finanzierte Gebäude, Wind- und Solarparks mittels Versicherungsdaten nebst Identifikation wesentlicher Verschlechterungen zum Vorjahr (ebenfalls PRB-Ziel für Anpassung an den Klimawandel).

Zusätzlich zu den zuvor beschriebenen ESG-Instrumenten im Kreditprozess wertet die Bank entsprechend den Anforderungen des Sustainability Frameworks ihr gesamtes Neugeschäft anhand des Beitrags zu den SDG ein, um die Auswirkungen der Geschäftstätigkeiten auf die Erreichung der SDG zu messen.

Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, Transparenz über die getroffenen Kredit- und Investmententscheidungen herzustellen, entsprechende Fortschritte zu messen und Steuerungsfähigkeit herzustellen.

Die STFF-Klassifizierung, basierend auf dem Sustainable and Transformational Finance Framework (STFF), wird sowohl bei jeder neuen Finanzierung als auch im Rahmen der jährlichen Engagementüberwachung durchgeführt. Ziel dieser Maßnahme ist es, Transparenz über Kredit- und Investitionsentscheidungen zu schaffen, Fortschritte messbar zu machen und eine wirksame Steuerungsfähigkeit sicherzustellen. Jede Finanzierung wird eindeutig einer von drei Klassifizierungen zugeordnet.

01. Sustainable Finance

Wirtschaftliche Aktivitäten, die aus heutiger Sicht über die Laufzeit des Kredits dem Pariser Klimaabkommen entsprechen. Die Pariser Klimaziele zielen darauf ab, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, den Anstieg auf 1,5 °C zu begrenzen. Finanzierungen im Bereich Sustainable Finance stehen im Einklang mit diesem Ziel oder tragen dazu bei, dieses Ziel zu erreichen (bspw. Finanzierung von erneuerbaren Energien oder von Projekten zur Reduzierung von CO₂-Emissionen). Des Weiteren werden auch Finanzierungsaktivitäten berücksichtigt, die den wesentlichen Beitrag der EU-Taxonomie-Kriterien erfüllen und dabei nicht als „transitional“ gelten.

02. Transformational Finance

Wirtschaftliche Aktivitäten, bei denen eine Anpassung an das Pariser Klimaabkommen entweder noch nicht marktgängig oder technologisch möglich ist und/oder die den Übergang zur ökologischen Nachhaltigkeit in jedem Sektor unterstützen. Transformational Finance bezieht sich somit auf die Finanzierung von Aktivitäten und Technologien, die derzeit noch nicht als grün gelten, aber für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft unerlässlich sind. Diese Art der Finanzierung unterscheidet sich von der nachhaltigen Finanzierung, die Aktivitäten unterstützt, die bereits als grün oder im Übergang befindlich gelten. Des Weiteren werden auch Finanzierungsaktivitäten berücksichtigt, die den wesentlichen Beitrag der EU-Taxonomie-Kriterien erfüllen und als „transitional“ gelten.

03. Sonstige

Alle anderen Finanzierungen, die weder als sustainable noch als transformational eingestuft werden können. Dies umfasst Finanzierungen, die eine wirtschaftliche Aktivität verfolgen, die zwar vom STFF erfasst wird, aber die Prüfkriterien nicht erfüllt. Ebenso umfasst es Finanzierungen, die eine wirtschaftliche Aktivität verfolgen, die

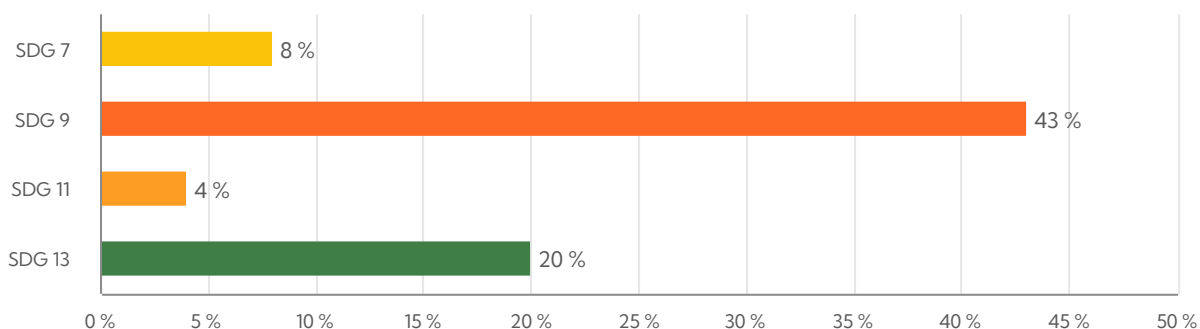
nicht vom Framework erfasst wird, sowie Finanzierungen, bei denen der Mittelfluss nicht näher untersucht werden kann, da es sich um allgemeine Unternehmensfinanzierungen oder Portfolioinvestments handelt, die eine Vielzahl von Unternehmen finanzieren. Darüber hinaus gehören dazu Finanzierungen gegenüber staatlichen oder überstaatlichen Gegenparteien sowie außerbilanzielle Geschäfte, die nicht in den Anwendungsbereich des STFF fallen.

Der Anwendungsbereich der beschriebenen Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit den Klimakonzepten ist die gesamte HCOB AG.

Die beschriebenen Maßnahmen und Mittel wirken direkt (u.a. STFF) und indirekt (u.a. ESG-Scoring, Sector Restrictions Check, SDG-Mapping) als Dekarbonisierungshebel auf Portfolioebene. Eine Quantifizierung der erzielten Reduktion der Treibhausgasemissionen auf Ebene der einzelnen Maßnahmen kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgenommen werden, jedoch sind die aggregierten Effekte aus der Veränderung der ausgewiesenen Emissionen ersichtlich (siehe [„E1-6 THG-Bruttoemissionen der Kategorien Scope 1, 2 und 3 sowie THG-Gesamtemissionen“](#)).

Zusätzlich zum Kreditprozess bewertet die Bank ihr gesamtes Neugeschäft gemäß den Anforderungen des Sustainability Frameworks nach dem Beitrag zu den SDG. Ziel ist es, die Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die Erreichung der SDG transparent zu machen. Diese Maßnahme schafft einen Überblick über Aktivitäten der HCOB, die positiv zu den SDG beitragen, und bildet die Grundlage für zukünftige Schritte zur aktiven Portfoliosteuerung. Hierbei bewertet die HCOB ihr gesamtes Neugeschäft, ob dieses einen positiven Beitrag zur Erreichung der SDG leistet. Die nachfolgende Grafik zeigt eine Übersicht zum positiven Beitrag des Kreditneugeschäfts im Geschäftsjahr 2025. Das Kreditneugeschäft der HCOB trägt zu vier SDG positiv bei: SDG 7 Bezahlbare und saubere Energie (2025: 8 %; 2024: 4 %), SDG 9 Industrie, Innovation und Infrastruktur (2025: 43 %; 2024: 34 %), SDG 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden (2025: 4 %; 2024: 5 %), SDG 13 Maßnahmen zum Klimaschutz (2025: 20 %; 2024: 15 %), wobei eine Finanzierung zur Erreichung mehrerer SDG gleichzeitig beitragen kann. Eine Analyse der negativen Auswirkungen erfolgte bislang nicht. Die HCOB weist zusätzlich darauf hin, dass Zielkonflikte zwischen SDG bestehen können, die sich nicht immer vollständig vermeiden lassen.

Positiver SDG-Beitrag des gesamten Kreditneugeschäfts (2025)



Der Zeithorizont der beschriebenen Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit den Klimakonzepten bezieht sich grundsätzlich auf das Berichtsjahr, soweit nicht anders angegeben. Die beschriebenen Maßnahmen aus dem Berichtsjahr plant die Bank auch zukünftig weiter umzusetzen.

Kennzahlen und Ziele

E1-4 Ziele im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel

Corporate: Die HCOB hat derzeit kein spezifisches Ziel im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel auf betrieblicher Ebene festgelegt, da die Bank im Rahmen des Möglichen wie

oben beschrieben bereits verschiedene Maßnahmen umgesetzt hat, um wesentliche negative Auswirkungen zu adressieren.

Portfolio: Im Kontext von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel hat sich die HCOB auf Portfolio-Level eine Reihe von Zielen gesetzt, die dazu dienen, die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Bewältigung wesentlicher Auswirkungen, Risiken und Chancen in diesem Zusammenhang zu adressieren.

Mit der Unterzeichnung der Principles of Responsible Banking (PRB) am 22. September 2020 hat sich die HCOB zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet. Entsprechend besteht für die Bank die Ambition, im Jahr 2050 Netto-Null-Emissionen auf Portfolio-Level für das Kredit- und Investmentportfolio zu erreichen. Für die Teilportfolios Real Estate, Shipping und Energy (Stromerzeugung) besteht darüber hinaus für das Jahr 2050 ein Netto-Null-Emissionsziel.

Im Berichtsjahr 2025 hat sich HCOB im Rahmen des Transitionsplans folgende Dekarbonisierungsziele gesetzt:

Dekarbonisierungsziele

Assetklasse	Metrik	Einheit	Methode	Basisjahr	31.12.2025	2030	2050 ¹⁾
Real Estate	Physical Intensity	kgCO ₂ e/m ² /a	CRREM	2025	47,7	29,1	0,0
Shipping	Alignment Delta	%	IMO 2023 (minimum ambition)	2025	19,8 %	15,0 %	0,0 %
Energy (power generation)	Physical Intensity	gCO ₂ e/kWh	NZE 2050 EU	2025	0,0	70,0	0,0

¹⁾ Die Netto-Null-Emissionen im Jahr 2050 können durch potentielle Kompensation der restlichen 5–10 % der Emissionen erreicht werden.

Die in der Tabelle aufgeführten Ziele sind wissenschaftsbasiert. Außerdem stehen die Dekarbonisierungsziele unter dem Vorbehalt, dass keine wesentlichen Änderungen in der jeweiligen Portfoliozusammensetzung erfolgen. Für das Basisjahr 2025 wurden die jüngsten verfügbaren Emissionsdaten der finanzierten Assets bzw. Kunden, die zum Stichtag 31.12.2025 im Portfolio waren, zur Berechnung der Intensitäten verwendet. Hierbei handelt es sich um nachlaufende Daten, die typischerweise die Emissionswerte des Vorjahres widerspiegeln. Wenn neuere Emissionsdaten verfügbar sind und als entscheidungsrelevant erachtet werden, wird die Notwendigkeit eines Re-Statements der Vorjahreswerte geprüft.

Des Weiteren hat die Bank sich folgendes klimabezogenes Ziel gesetzt: Klassifizierung des Neugeschäftes im Rahmen des Kreditvergabeprozesses nach dem Sustainable and Transformational Finance Framework (STFF) und dabei Erreichung eines STFF-konformen Neugeschäftsvolumens von mindestens 20 % im Jahr 2026 bezogen auf das gesamte Nettoneugeschäft (ebenfalls PRB-Ziel für Klimaschutz; nicht wissenschaftsbasiert). Das Ziel für das Jahr 2026 wurde gegenüber dem ursprünglich definierten Wert von 18 % auf >=20 % erhöht, um die gesteigerte Ambition der Bank im Bereich nachhaltiger Finanzierung zu verdeutlichen. Es erfolgte hierbei lediglich eine Erhöhung des Ambitionsniveaus, nicht aber eine methodische Anpassung der Klassifizierungslogik.

Bei der Erstellung aller Ziele wurden die Interessen von internen Stakeholder:innen aus den Marktbereichen der Bank berücksichtigt. Außerdem sind alle oben genannten Ziele in der Mittelfristplanung der Bank verankert.

Zur Steuerung der oben stehend gesetzten Ziele im Kontext des STFF misst die HCOB fortwährend Status und Fortschritt hinsichtlich der gesetzten Ziele; für das Jahr 2025 mit folgenden Ergebnissen:

Ergebnisse der STFF-Klassifizierung

(Mio. €)	2025	2024
Neugeschäftsvolumen gesamt	5.026	6.069
davon Neugeschäftsvolumen „sustainable“ oder „transformational“	1.439	1.542
davon Anteil des Neugeschäfts „sustainable“ oder „transformational“ in %	29 %	25 %
davon Neugeschäftsvolumen „sustainable“	1.001	748
davon Neugeschäftsvolumen „transformational“	438	794
davon Neugeschäftsvolumen „Sonstige“	3.588	4.527

Im Geschäftsjahr 2025 qualifizieren sich 1.439 Mio. € des Neugeschäfts als konform mit den Vorgaben des STFF. Dies entspricht 29 % des Neugeschäfts der Bank. Von dem sonstigen Neugeschäft ist die Mehrheit der Vorhaben unter dem STFF nicht zu klassifizieren, da diese Finanzierungsaktivitäten außerhalb des STFF betreffen, die aufgrund ihrer Komplexität nicht bewertet werden können oder außerhalb des Anwendungsbereichs liegen. Einen wesentlich geringeren Anteil machen die Vorhaben aus, die zwar im Rahmen des STFF geprüft wurden, aber die Kriterien nicht erfüllen.

E1-5 Energieverbrauch und Energiemix

Corporate: Der Energieverbrauch der HCOB wird vom Facility-Management gemessen und gesteuert. Im Jahr 2025 betrug der Gesamtenergieverbrauch 7.847 MWh. Der Energieverbrauch wird an den Standorten Hamburg und Kiel durch Rechnungen und Zählerstandablesungen erhoben. An den übrigen Standorten ist die genaue Erhebung wegen des Mietverhältnisses nicht möglich. Daher wird für diese Standorte der Energieverbrauch über den Verbrauch pro VAK auf Basis der erhobenen Daten für Hamburg und Kiel hochgerechnet.

Der Verbrauch setzt sich aus Strom-, Wärme- und Kraftstoffverbrauch zusammen, teils aus erneuerbaren, teils aus fossilen Quellen. Der Strom stammt zu 100 % aus erneuerbaren Energien und macht 46 % des Gesamtenergieverbrauchs der Bank aus. Die restlichen 54 % sind Wärme zuzuordnen, welche die Bank aus dem lokalen Fernwärmenetz in Hamburg und Kiel bezieht, sowie Kraftstoffverbrauch, welcher für wenige Poolfahrzeuge sowie für Diesel für Notstromerzeugung anfällt.

Erneuerbare Energien, gefördert nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), sind in die Berechnung des Anteils erneuerbarer Energien einbezogen. Dieser Anteil ist gesetzlich festgelegt und wird an alle Stromverbraucher:innen weitergegeben.

Energieverbrauch und Energiemix

(MWh/%)	Vergleich 2024	2025		
	Gesamt	Hamburg/ Kiel	Übrige Standorte	Gesamt
1. Gesamtverbrauch fossiler Energie (in MWh)	4.413	3.764	445	4.209
2. Anteil fossiler Quellen am Gesamtenergieverbrauch (in %)	55 %	54 %	54 %	54 %
3. Verbrauch aus nuklearen Quellen (in MWh)	-	-	-	-
4. Anteil des Verbrauchs aus nuklearen Quellen am Gesamtenergieverbrauch (in %)	- %	- %	- %	- %
5. Brennstoffverbrauch für erneuerbare Quellen, einschließlich Biomasse (in MWh)	-	-	-	-
6. Verbrauch aus erworbener oder erhaltener Elektrizität, Wärme, Dampf und Kühlung und aus erneuerbaren Quellen (in MWh)	3.557	3.253	385	3.638
7. Verbrauch selbst erzeugter erneuerbarer Energie, bei der es sich nicht um Brennstoffe handelt (in MWh)	-	-	-	-
8. Gesamtverbrauch erneuerbarer Energie (in MWh) (Summe der Zeilen 5. bis .7)	3.557	3.253	385	3.638
9. Anteil erneuerbarer Quellen am Gesamtenergieverbrauch (in %)	45 %	46 %	46 %	46 %
10. Gesamtenergieverbrauch (in MWh) (Summe der Zeilen 1., 3. und 8.)	7.970	7.017	830	7.847

Die Bank ist keinem klimaintensiven Sektor zuzuordnen.

E1-6 THG-Bruttoemissionen der Kategorien Scope 1, 2 und 3 sowie THG-Gesamtemissionen

Corporate: Die HCOB erfasst ihre CO₂-Emissionen mithilfe des VfU-Tools nach dem Greenhouse Gas Protocol (GHG Protocol) in Scope 1 (direkte Emissionen) und Scope 2 (indirekte Emissionen). Bei den Scope 3-Emissionen, die aus Aktivitäten von Anlagen resultieren, die sich nicht im Besitz oder unter der Kontrolle der berichtenden Organisation befinden, erfasst die HCOB auf Unternehmensebene nur die als signifikant identifizierten Emissionen. Die Signifikanz der Scope 3-Emissionen wurde gemäß den 7 Kriterien nach GHG-Protokoll ermittelt. Darunter sind für die HCOB die folgenden vier Scope 3-Kategorien mit den entsprechenden Emissionsquellen signifikant: Waren- und Dienstleistungen (Papier, Wasser, Rechenzentrumsdienste), Energie-Vorstufen (Strom, Heizung), Abfälle (Abfälle) und Geschäftsreisen (Bahnfahrten, Flugreisen). Für die Berechnung der Scope 3-Emissionen aus Flugreisen wurde 2025 erstmalig ein Radiative Forcing Index (RFI) von 1,7 angesetzt, der im VfU-Tool empfohlen ist. Dieser Wert folgt der Empfehlung des Öko-Instituts und den DEFRA-Leitlinien, um die zusätzlichen Klimawirkungen des Flugverkehrs in großen Höhen (Nicht-CO₂-Effekte wie Wasserdampf und Stickoxide) angemessen zu berücksichtigen. Im Berichtsjahr 2024 wurde ein RFI von 1,0 genutzt, was die Vergleichbarkeit der Werte nur bedingt möglich macht. Die Scope 3-Emissionen für Rechenzentrumsdienste wurden für den Berichtszeitraum erneut mit dem sogenannte ausgabenbasierten Ansatz („spend based approach“) ermittelt, bei dem ein Emissionsfaktor für die Ausgaben im Rahmen von bezogener Rechenzentrumsleistung angesetzt wurde. Hierfür wurde auf den öffentlich zugänglichen Emissionsfaktor von Climatiq zurückgegriffen. Für die Berechnung der anderen Treibhausgasemissionen wurden die im VfU-Tool hinterlegten Emissionsfaktoren aus der Ecoinvent-Datenbank (Version 3.11) verwendet, die vom Öko-Institut geprüft wurden. Zusätzlich zu den im VfU-Tool berechneten Emissionen berichtet die HCOB die Scope 3-Kategorie 15 Emissionen (Investitionen), da diese den mit Abstand größten Teil der Scope 3-Emissionen darstellen. Für die Berechnung der Scope 3-Emissionen Kategorie 1 bis 14 liegen bis auf die durch Rechenzentren verursachten Emissionen Primärdaten vor. Da diese allerdings einen Großteil der Scope 3-Emissionen Kategorie 1 bis 14 abbilden, erreicht die HCOB hier gesamthaft nur eine Primärdatenquote von 27,9 % basierend auf der Höhe der Emissionen. Ohne Rechenzentren würde sich eine Primärdatenquote von 99,4 % ergeben.

Die genauen Messungen basieren größtenteils auf den Standorten Hamburg und Kiel und wurden für die übrigen Standorte, wo notwendig, über die Vollzeitbeschäftigten hochgerechnet. Für die Poolwagen (sieben Fahrzeuge) erhebt die HCOB die effektiven Verbrauchsdaten, während für zwei Fahrzeuge die effektiven Verbrauchsdaten nicht vorliegen. Die Bank schätzt diese Werte basierend auf dem durchschnittlichen Verbrauch je Fahrzeugklasse sowie der durchschnittlich gefahrenen Strecke der Poolwagen. Da der Begriff „Nettoerlös“ für Kreditinstitute nicht definiert ist, werden für die Berechnung der Intensität die Zins- sowie die Provisionserträge herangezogen.

THG-Gesamtemissionen nach Scope 1-, Scope 2- und signifikanten Scope 3-Emissionen

	Rückblickend				Etappenziele und Zieljahre			
	Basisjahr	Vergleich 2024	2025	Delta in % 2025/2024	2025	2030	2050	Jährlich % des Ziels/ Basisjahr
Scope 1-Treibhausgasemissionen								
Scope 1-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) gesamt	-	33	25	-24 %	-	-	-	- %
Scope 1-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) Hamburg/Kiel	-	33	25	-24 %	-	-	-	- %
Scope 1-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) übrige Standorte	-	-	-	- %	-	-	-	- %
Prozentsatz der Scope 1-Treibhausgasemissionen aus regulierten Emissionssystemen (in %)	-	-	-	- %	-	-	-	- %

THG-Gesamtemissionen nach Scope 1-, Scope 2- und signifikanten Scope 3-Emissionen

	Rückblickend				Etappenziele und Zieljahre			
	Basisjahr	Vergleich 2024	2025	Delta in % 2025/2024	2025	2030	2050	Jährlich % des Ziels/ Basisjahr
Scope 2-Treibhausgasemissionen								
Standortbezogene Scope 2-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) gesamt	-	1.814	1.713	-6 %	-	-	-	- %
Standortbezogene Scope 2-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) Hamburg/Kiel	-	1.611	1.532	-5 %	-	-	-	- %
Standortbezogene Scope 2-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) übrige Standorte	-	203	181	-11 %	-	-	-	- %
Marktbezogene Scope 2-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) gesamt	-	500	374	-25 %	-	-	-	- %
Marktbezogene Scope 2-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) Hamburg/Kiel	-	444	334	-25 %	-	-	-	- %
Marktbezogene Scope 2-THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e) übrige Standorte	-	56	40	-29 %	-	-	-	- %
Signifikante Scope 3-Treibhausgasemissionen								
Gesamte indirekte (Scope 3-) THG-Bruttoemissionen (t CO ₂ e)	-	5.646.066	4.806.447	-15 %	-	-	-	- %
1. Erworbene Waren und Dienstleistungen	-	1.944	2.119	9 %	-	-	-	- %
Davon: Cloud-Computing und Rechenzentrumsdienste	-	1.935	2.112	9 %	-	-	-	- %
2. Investitionsgüter	-	-	-	- %	-	-	-	- %
3. Tätigkeiten im Zusammenhang mit Brennstoffen und Energie (nicht in Scope 1 oder Scope 2 enthalten)	-	504	491	-3 %	-	-	-	- %
davon Hamburg/Kiel	-	448	439	-2 %	-	-	-	- %
davon übrige Standorte	-	56	52	-7 %	-	-	-	- %
4. Vorgelagerter Transport und Vertrieb	-	-	-	- %	-	-	-	- %
5. Abfallaufkommen in Betrieben	-	15	17	12 %	-	-	-	- %
davon Hamburg/Kiel	-	13	15	15 %	-	-	-	- %
davon übrige Standorte	-	2	2	-10 %	-	-	-	- %
6. Geschäftsreisen	-	201	364	81 %	-	-	-	- %
7. Pendelnde Arbeitnehmer:innen	-	-	-	- %	-	-	-	- %
8. Vorgelagerte geleaste Wirtschaftsgüter	-	-	-	- %	-	-	-	- %
9. Nachgelagerter Transport	-	-	-	- %	-	-	-	- %
10. Verarbeitung verkaufter Produkte	-	-	-	- %	-	-	-	- %

THG-Gesamtemissionen nach Scope 1-, Scope 2- und signifikanten Scope 3-Emissionen

	Rückblickend				Etappenziele und Zieljahre			
	Basisjahr	Vergleich 2024	2025	Delta in % 2025/2024	2025	2030	2050	Jährlich % des Ziels/ Basisjahr
11. Verwendung verkaufter Produkte	-	-	-	- %	-	-	-	- %
12. Behandlung von Produkten am Ende der Lebensdauer	-	-	-	- %	-	-	-	- %
13. Nachgelagerte geleaste Wirtschaftsgüter	-	-	-	- %	-	-	-	- %
14. Franchise	-	-	-	- %	-	-	-	- %
15. Investitionen ¹⁾	-	5.643.402	4.803.456	-15 %	-	-	-	- %
THG-Emissionen insgesamt (standortbezogen) (t CO ₂ e)	-	5.647.913	4.808.185	-15 %	-	-	-	- %
THG-Emissionen insgesamt (marktbezogen) (t CO ₂ e)	-	5.646.599	4.806.845	-15 %	-	-	-	- %

¹⁾ Informationen zu den Dekarbonisierungszielen sowie dem Basisjahr sind in E1-4 Ziele im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel zu finden.

THG-Intensität pro Nettoerlös

	Vergleich 2024	2025	Delta in % 2025/2024
THG-Emissionen insgesamt (standortbezogen) pro Nettoerlös (t CO ₂ e/ mn €)	3.048,0	3.080,2	1 %
THG-Emissionen insgesamt (marktbezogen) pro Nettoerlös (t CO ₂ e/ mn €)	3.047,3	3.079,3	1 %

Portfolio: Für die Dimension Portfolio gelten die folgenden Angaben:

Berechnung der finanzierten Emissionen des Portfolios nach PCAF-Standard

Finanzierte Emissionen nach Geschäftssegment

2025 Geschäftssegment	Abgedeckter Kreditbetrag, Mio. €	Finanzierte Emissionen, t CO ₂ e		Durchschnitt- licher Scope 1 & 2-Daten- qualitätsscore	Durchschnitt- licher Scope 3- Daten- qualitätsscore	Finanzielle Emissions- intensität Scope 1 & 2, t CO ₂ e/Mio. €
		Scope 1 & 2	Scope 3			
Real Estate	5.875	126.042	23	3,2	4,1	21
Global Transportation	2.457	1.569.352	56.105	3,1	4,9	642
Project Finance	3.769	189.477	330.693	3,8	3,8	50
Corporates	3.793	302.560	2.201.463	3,8	3,9	79
Treasury	111	405	27.337	2,9	2,8	3
Gesamt	16.005	2.187.835	2.615.621	3,5	3,9	135
Darunter emissionsintensive Industrien:						
Öl und Gas	256	84.688	278.774	2,9	3,8	331
Zement	-	-	-	-	-	-
Stahl, Aluminium und andere Metalle	-	-	-	-	-	-
Automobile	16	245	3.818	4,3	4,3	15
Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung	1.635	101.265	75.700	4,0	4,0	62

Finanzierte Emissionen nach Geschäftssegment

2024 Geschäftssegment	Abgedeckter Kreditbetrag, Mio. €	Finanzierte Emissionen, t CO ₂ e		Durchschnitt- licher Scope 1 & 2-Daten- qualitätsscore	Durchschnitt- licher Scope 3- Daten- qualitätsscore	Finanzielle Emissions- intensität Scope 1 & 2, t CO ₂ e/Mio. €
		Scope 1 & 2	Scope 3			
Real Estate	7.557	133.265	93	3,3	-	18
Global Transportation	3.605	2.442.454	92.725	3,3	-	678
Project Finance	3.854	352.509	290.823	3,9	3,9	92
Corporates	3.841	440.447	1.890.964	3,8	3,8	115
Treasury	106	61	61	2,3	2,2	1
Gesamt	18.963	3.368.736	2.274.666	3,5	4,0	178
Darunter emissionsintensive Industrien:						
Öl und Gas	120	96.831	55.603	4,2	5,0	807
Zement	-	-	-	-	-	-
Stahl, Aluminium und andere Metalle	-	-	-	-	-	-
Automobile	142	1.016	6.965	4,1	4,1	7
Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung	1.688	172.345	30.308	4,0	4,1	102

Finanzierte Emissionen nach PCAF-Assetklasse

2025	Abgedeckter Kreditbetrag, Mio. €	Finanzierte Emissionen, t CO ₂ e		Durchschnitt- licher Scope 1 & 2-Daten- qualitätsscore	Durchschnitt- licher Scope 3- Daten- qualitätsscore	Finanzielle Emissions- intensität Scope 1 & 2, t CO ₂ e/Mio. €
PCAF-Assetklasse		Scope 1 & 2	Scope 3			
Commercial Real Estate	6.045	131.238	-	3,3	-	21
Project Finance	3.312	154.550	241.754	3,8	3,8	39
Business Loans & Unlisted Equity	4.014	364.616	2.311.871	3,9	4,0	88
Listed Equity & Corporate Bonds	364	14.167	61.997	2,3	2,4	40
Ship Finance ¹⁾	2.271	1.523.264	-	3,0	-	674
Gesamt	16.005	2.187.835	2.615.621	3,5	3,9	133

Finanzierte Emissionen nach PCAF-Assetklasse

2024	Abgedeckter Kreditbetrag, Mio. €	Finanzierte Emissionen, t CO ₂ e		Durchschnitt- licher Scope 1 & 2-Daten- qualitätsscore	Durchschnitt- licher Scope 3- Daten- qualitätsscore	Finanzielle Emissions- intensität Scope 1 & 2, t CO ₂ e/Mio. €
PCAF-Assetklasse		Scope 1 & 2	Scope 3			
Commercial Real Estate	7.733	140.163	-	3,4	-	18
Project Finance	3.678	320.137	271.309	3,9	4,0	87
Business Loans & Unlisted Equity	3.972	502.648	1.973.297	4,1	4,2	127
Listed Equity & Corporate Bonds	546	8.352	30.060	1,8	2,3	15
Ship Finance ¹⁾	3.034	2.397.436	-	3,0	-	790
Gesamt	18.963	3.368.736	2.274.666	3,5	4,0	178

¹⁾ „Ship Finance“ ist keine offizielle PCAF-Assetklasse, sondern wurde von der HCOB entwickelt. Vgl. Erläuterungen hierzu unter „Portfolioabdeckung“.

Messung der finanzierten Emissionen

Im Jahr 2021 verpflichtete sich die HCOB zur Messung und Offenlegung ihrer Treibhausgasemissionen gemäß dem PCAF-Standard, um Transparenz über die Klimaauswirkungen der Bank zu erhöhen. Diese Initiative steht methodisch im Einklang mit der Scope 3-Kategorie 15 des GHG-Protokolls („Investitionen“) und fokussiert auf finanzierte Emissionen. Ziel ist eine möglichst vollständige Abdeckung des Kreditgeschäfts. Die Messung der finanzierten Emissionen erfolgte zum Berichtsstichtag nach dem PCAF-Standard in der 2. Version.

Mehr als 99,9 % des CO₂-Fußabdrucks der Bank entfallen auf finanzierte Emissionen. Shipping als der Finanzierungsbereich mit den höchsten Emissionen der Bank und das Segment Real Estate mit dem größten Kreditvolumen sind dabei von besonderer Bedeutung. Zur Datenerfassung nutzt die HCOB unter anderem Gebäude-Energieausweise, externe Datenanbieter und veröffentlichte Nachhaltigkeitsberichte ihrer Kund:innen. Falls berichtete oder aktivitätsbasierte physische Emissionsdaten nicht verfügbar sind, werden PCAF-Emissionsfaktoren für Schätzungen verwendet. Mit dem Rückgriff auf wissenschaftlich abgeleitete finanzielle Emissionsintensitäten aus der PCAF-Emissionsfaktorendatenbank stellt die HCOB sicher, dass Emissions-schätzungen auf den unteren Datenqualitätsstufen 4 und 5 standardkonform und branchenüblich erfolgen.

Die finanzierten Emissionen werden als Summe der Scope 1- und Scope 2-Emissionen auf Geschäftsebene dargestellt. Darüber hinaus werden Scope 3-Emissionen angegeben, ergänzt um einen detaillierten Ausweis für die sogenannten energieintensiven Industrien, die die folgenden NACE-Sektoren umfassen: – Öl- und Gasindustrie (NACE 06.10, 06.20, 09.10, 19.20, 35.21) – Zement (NACE 23.51, 23.52, 23.61, 23.62, 23.63, 26.64, 26.65, 23.69) – Stahl, Aluminium und andere Metalle (NACE 24.10, 24.20, 24.41, 24.42, 24.43, 24.44, 24.45) – Kraftfahrzeuge (NACE 29.10, 29.20, 29.31, 29.32) – Energie- und Versorgungswirtschaft (NACE 35.11, 35.12, 35.13, 35.14, 35.22, 35.23, 35.30).

Für den Ausweis der finanzierten Emissionen wurden die jüngsten verfügbaren Emissionsdaten der finanzierten Assets bzw. Kund:innen, die zum Stichtag 31.12.2025 im Portfolio waren, zur Berechnung verwendet. Hierbei handelt es sich um nachlaufende Daten, die typischerweise die Emissionswerte des Vorjahres widerspiegeln. Wenn neuere Emissionsdaten verfügbar sind und als entscheidungsrelevant erachtet werden, wird die Notwendigkeit eines Re-Statements der Vorjahreswerte geprüft.

Zweck und Umfang

Die Messung und Offenlegung der finanzierten Treibhausgasemissionen erhöht die Transparenz über die indirekten Klimaauswirkungen der HCOB aus ihrer Finanzierungstätigkeit. Die ermittelten Scope 1- und Scope 2-Emissionen der finanzierten Vermögensobjekte und Projekte dienen als Basis für die Berechnung von sektorspezifischen physischen Emissionsintensitäten und das Setzen von Dekarbonisierungszielen im Kreditportfolio. Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit der Ambition der Bank, im Rahmen des PRB-Commitments bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen.

Portfolioabdeckung

Mit dieser Berichterstattung über die finanzierten Emissionen erreicht die HCOB zum 31. Dezember 2025 eine Abdeckung von 56 % (2024: 56 %) der Gesamtaktiva, wobei im Rahmen der Liquiditätssteuerung gehaltene Anlagepositionen, Zentralbankforderungen und Verbriefungen ausgenommen sind. Im Kreditportfolio liegt die Abdeckung bei 95 % (2024: 87 %), mit Quoten von 100 % (2024: 100 %) in den Segmenten Global Transportation, Real Estate und Project Finance. Im Segment Corporates wurden hingegen etwa 18 % (2024: 42%) des Kreditvolumens ausgeschlossen, da der PCAF-Standard bestimmte Produkt- und Kundentypen nicht einbezieht oder die Bank Ausschlüsse aus Wesentlichkeitsgründen vorgenommen hat. Der Rückgang des Anteils von nicht abdeckbarem Kreditvolumen im Segment Corporates resultiert wesentlich aus der Überführung der im Vorjahr hier abgebildeten Anlagen in liquiden CLOs in das Segment Treasury. Nicht einbezogen in die Berechnung der finanzierten Emissionen sind im Kreditportfolio in erster Linie:

- Engagements gegenüber Privatkund:innen, hierunter vornehmlich Hypothekendarlehen für Wohnimmobilien (dieses Geschäft wurde 2019 eingestellt)
- Kreditvergabe an bzw. Investments in strukturierten Anlagevehikeln (wie z.B. Verbriefungsstrukturen), die diversifizierte Unternehmenskreditportfolios halten
- Engagements aus dem Kommunalkreditgeschäft gegenüber Regional- und Lokalregierungen und kommunalen Wirtschaftsbetrieben
- Liquide Anleihen von bonitätsstarken Emittenten (Staaten und Banken) und kurzfristige Anlagen im Interbankenmarkt, die im Rahmen der Liquiditätssteuerung gehalten werden

Zum 31. Dezember 2025 hat die HCOB die PCAF-Assetklassen „Commercial Real Estate“, „Project Finance“, „Business Loans and Unlisted Equity“ sowie „Listed Equity and Corporate Bonds“ angewendet. Für Schiffsfinanzierungen im Bereich Global Transportation nutzt die Bank eine HCOB-eigene PCAF-Assetklasse „Ship Finance“, die sich methodisch an der PCAF-Assetklasse „Commercial Real Estate“ orientiert, da die „Project Finance“-Methodik hierfür nicht geeignet ist. Für die PCAF-Assetklassen „Sovereign Debt“, „Mortgages“, „Motor Vehicle Loans“ und „Facilitated Emissions“ besteht aktuell kein Anwendungsbedarf. Die Einbeziehung vermiedener Emissionen aus der Finanzierung von Wind- und Solarparks wurde bislang nicht umgesetzt.

Ergebnis der Berechnung der finanzierten Emissionen

Die finanzierten Emissionen der HCOB (aggregiert für Scope 1 & Scope 2) belaufen sich auf insgesamt 2.188 (2024: 3.369) Tausend Tonnen CO₂e. Treiber dieses Rückgangs war in erster Linie das deutlich niedrigere Schiffsfinanzierungsvolumen. Von den finanzierten Emissionen entfallen 72 % auf Global Transportation (2024: 73 %), 6 % auf Real Estate (2024: 4 %), 9 % auf Project Finance (2024: 10 %) und 14 % auf Corporates (2024: 13 %). Die zusätzlich separat ausgewiesenen energieintensiven Sektoren trugen dabei mit 9 % (2024: 8 %) zu den gesamten von der HCOB finanzierten Emissionen bei. Der durchschnittliche Datenqualitätsscore reicht von 2,9 in Treasury bis 3,8 in Project Finance und lag im Geschäftsjahr 2025 mit einem Durchschnittswert von 3,5 (2024: 3,5) auf dem Vorjahreswert.

Bei den separat auszuweisenden finanzierten Scope 3-Emissionen ergab sich bei einem Wert von insgesamt 2.616 (2024: 2.275) Tausend Tonnen CO₂e ein Anstieg, gepaart mit einem Datenqualitätsscore von 3,9 (2024: 4,0).

Setzt man die berechneten finanzierten Emissionen eines Geschäftssegments ins Verhältnis zum Kreditbetrag, lassen sich finanzielle Emissionsintensitäten berechnen, ausgedrückt in t CO₂e pro Million Euro Kreditbetrag. Finanzielle Emissionsintensitäten sind als Vergleichsmaßstab über verschiedene Geschäftssegmente hinweg allerdings nur sinnvoll auf Ebene von Scope 1- und Scope 2-Emissionen. Die nachfolgenden Angaben beziehen sich entsprechend auf diese Abgrenzung.

Insgesamt verringerte sich die finanzielle Emissionsintensität auf durchschnittlich 135 t CO₂e/Mio. € (2024: 178 t CO₂e/Mio. €). Treiber hierfür waren primär Verbesserungen in den Segmenten Corporates, Project Finance und Global Transportation.

Der Geschäftsbereich Real Estate weist mit 21 t CO₂e/Mio. € (2024: 18 t CO₂e/Mio. €) unverändert die niedrigste finanzierte THG-Emissionsintensität aller Geschäftsbereiche der Bank auf. Der leichte Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert wesentlich aus einer Verfeinerung der Berechnungsmethode für Gebäudeemissionen.

Im Geschäftsfeld Project Finance ist ein deutlicher Rückgang der finanzierten Emissionen sowie der finanziellen Emissionsintensität auf 50 t CO₂e/Mio. € (2024: 92 t CO₂e/Mio. €) zu verzeichnen. Während ein bedeutender Teil der finanzierten Projekte unverändert aus emissionsarmen Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien und von Glasfasernetzen besteht, trugen im Jahr 2025 zunehmend neue Projekte im Bereich der Stromnetzinfrastuktur sowie die Ablösung von Finanzierungen in der Gas-Infrastruktur zur Verbesserung bei.

Der Bereich Corporates liegt mit 79 t CO₂e/Mio. € (2024: 115 t CO₂e/Mio. €) deutlich unter dem Vorjahreswert. Grund hierfür ist vor allem die Verschiebung im Branchenmix hin zu einem höheren Anteil des Dienstleistungssektors.

Die finanzielle Emissionsintensität im Bereich Treasury liegt mit 3 t CO₂e/Mio. € (2024: 1 t CO₂e/Mio. €) leicht über dem Vorjahreswert.

Die finanzielle Emissionsintensität sagt allerdings nicht viel über die tatsächliche, physische Energie- und CO₂-Intensität einer Anlage oder Branche aus. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Seeverkehr. Obwohl dieser hohe absolute Treibhausgasemissionen pro Schiff verursacht und eine sehr hohe finanzielle Emissionsintensität aufweist, sind Frachtschiffe unter allen Verkehrsträgern die THG-effizienteste Art des Warentransports.

Vor diesem Hintergrund ist das Segment Global Transportation mit einem Anteil von 72 % (2024: 73 %) an den finanzierten Scope 1- und 2-Emissionen, einem Anteil von lediglich 15 % (2024: 19 %) am gesamten einbezogenen Kreditvolumen und einer hohen finanziellen Emissionsintensität von 642 t CO₂e/Mio. € (2024: 678 t CO₂e/Mio. €) ein Ausreißer im Portfolio. Der Rückgang in der finanziellen Emissionsintensität im Segment Global Transportation ist das Ergebnis mehrerer zum Teil gegenläufiger Entwicklungen. So hat die gute konjunkturelle Lage in der globalen Seeschifffahrt zu geringeren Beleihungsquoten und damit einer niedrigeren THG-Zurechnung geführt. Ein höherer Portfolioanteil an Neubaufinanzierungen – diese verursachen erst nach Fertigstellung THG-Emissionen – wirkte sich ebenfalls positiv aus. Belastend hingegen war eine Verschiebung im Portfoliomix hin zu im Durchschnitt kleineren Schiffen, die weniger THG-effizient sind. Negativ wirkte sich im Jahr 2025 schließlich auch die Einstellung und der vollständige Verkauf des Flugzeugfinanzierungsgeschäfts aus, dessen deutlich niedrigere finanzielle Emissionsintensität den Durchschnittswert des Segments im Vorjahr noch gesenkt hatte.

Der Seeverkehr gilt als schwer dekarbonisierbarer Sektor, da technologische Einschränkungen eine rasche Umstellung auf emissionsfreie Antriebe erschweren. 2023 verabschiedete die IMO eine Dekarbonisierungsstrategie mit Netto-Null-Emissionen bis 2050 sowie Zwischenzielen von mindestens 20 % Reduktion bis 2030 und 70 % bis 2040 (gegenüber 2008), davor bestand eine Ambition, Netto-Null bis 2100 zu erreichen. Diese aktualisierte Strategie ist noch in eine Emissionsregulierung umzusetzen, die die derzeitige CII-Regulierung ablösen soll. Durch den Fokus auf kurze Kreditlaufzeiten kann die Bank flexibel auf technologische Fortschritte und neue regulatorische Anforderungen in der Schifffahrt reagieren. Ihre derzeit überaus hohe Emissionsintensität im Schiffsfinanzierungsgeschäft ist somit nur über eine vergleichsweise kurze Frist festgeschrieben.

Verwendung von Schätzgrößen bei den Emissionswerten

Aufgrund der Finanzierungsschwerpunkte der Bank liegt der Abdeckungsgrad durch gemessene und von Kund:innen berichtete CO₂e-Emissionen bei lediglich 12 % (2024: 9 %). Reportete Werte betreffen die Segmente Project Finance und Corporates, während in der Assetfinanzierung bislang wesentlich Schätzwerte auf Basis aktivitätsbasierter, physischer Emissionsintensitäten genutzt werden. Bei Schiffsfinanzierungen ist dies zu 100 % der Fall, bei Immobilienfinanzierungen werden etwa 76 % (2024: 65 %) des Kreditvolumens auf Basis von Energieausweisdaten („EPCs“) einbezogen und 24 % (2024: 34 %) der Objekte auf Basis statistischer Gebäudemerkmale (Land, Nutzungsart, Baujahr und Nutzfläche). Sofern Emissionen weder auf berichteter noch aktivitätsbasiert geschätzter Basis ermittelt werden können, wird zur Schätzung auf Emissionsfaktoren aus der PCAF-Datenbank zurückgegriffen.

Berechnungsmethodik für finanzierte Emissionen

Zur Schätzung der finanzierten Emissionen wurden interne CO₂e-Emissionsmodelle sowie externe Daten genutzt. Diese Modelle orientieren sich am PCAF-Standard und wurden um spezifische Anforderungen der HCOB ergänzt. Ein Beispiel ist die Methode „Ship Finance“, die auf der PCAF-Assetklasse „Commercial Real Estate“ basiert, jedoch die Besonderheiten von Schiffsfinanzierungen berücksichtigt. Unterschiede betreffen die Schätzung der THG-Emissionen und die Datenqualitätsscores. Die Modelle unterliegen einer jährlichen Überprüfung.

Schiffsbezogene THG-Emissionen basieren auf satellitengestützt verfolgten Schiffsaktivitäten (AIS). Dabei werden Strecken, Routen und Geschwindigkeiten mit technischen Schiffsdaten wie dem Kraftstoffverbrauch kombiniert. Die abgeleiteten CO₂-Emissionswerte werden von einem externen Datenlieferanten bezogen. Diese unterliegen einer zusätzlichen modellseitigen Adjustierung zwecks Berücksichtigung von nicht-CO₂-bedingten THG-Emissionen, um zu CO₂e-Emissionswerten zu gelangen. Hierbei wird insbesondere der sogenannte „Methan-Slip“ von LNG-angetriebenen Schiffen berücksichtigt, da Methanemissionen signifikant zum CO₂e-Fußabdruck beitragen.

Für die Emissionsberechnung von Gebäuden nutzt die Bank Energieausweise (EPC) sowie Angaben zu Land, Nutzungsart, Baujahr und Größe. Diese Daten werden mit statistischen Energieverbrauchsdaten und energieträgerspezifischen Emissionsfaktoren kombiniert. Die Emissionsfaktoren für Elektrizität und Fernwärme werden jährlich (Elektrizität) beziehungsweise bei Verfügbarkeit neuer Daten (Fernwärme) aktualisiert. Ein relevanter Bestandteil der Gebäude-Treibhausgasemissionen entfällt auf die wirtschaftliche Aktivität der Gebäudenutzer:innen, also den Energieverbrauch, der über den reinen Gebäudebetrieb hinausgeht (sogenannter „Mietstromverbrauch“). In Bürogebäuden ist das beispielsweise der Stromverbrauch für IT- und Telekommunikationszwecke, in Krankenhäusern der Betrieb der Medizintechnik und in Supermärkten der Betrieb von (Tief-)Kühltruhen und -räumen. Mieterstromverbräuche und die hierauf entfallenden THG-Emissionen sind nicht von EPCs abgedeckt und daher in geeigneter Form zu berücksichtigen, um Gebäudeemissionen konform zum PCAF-Standard nach dem sogenannten „Whole Building Approach“ einzubeziehen. Da der Bank hierüber von ihren Kreditnehmer:innen weder Messdaten noch gutachterliche Werte vorliegen, werden THG-Emissionen auf Basis von Mieterstromanteilen am Gesamtgebäudeenergieverbrauch geschätzt. Bei den zur Berechnung verwendeten Mieterstromanteilen hat die Bank im Berichtsjahr eine Parameteraktualisierung von zuvor einem einheitlichen auf nutzungsartspezifische Anteile vorgenommen, um die je nach Gebäudenutzungsart deutlich unterschiedliche Energieverbrauchsintensität realitätsnäher abzubilden. Hierfür wurden insbesondere statistische Daten von Fraunhofer ISI verwendet.

Falls eine modellbasierte Treibhausgasberechnung aufgrund fehlender Kund:innen- oder Objektdaten nicht möglich ist, verwendet die Bank Emissionsfaktoren, die vom PCAF-Sekretariat bereitgestellt werden (PCAF-Emissionsfaktordatenbank). Zur Anwendung kommen hierbei insbesondere EXIOBASE-Emissionsfaktoren, welche mit einer Mappingtabelle den NACE-Codes der finanzierten Wirtschaftsaktivitäten der Kund:innen zugeordnet werden. Der Verwendung von EXIOBASE-Emissionsfaktoren auf Sub-Sektorebene vorgeschaltet ist ein eigener Plausibilitätscheck der zu Verfügung gestellten Werte. Entsprechend der Empfehlung des PCAF-Sekretariats werden dabei unplausible EXIOBASE-Emissionsfaktorwerte auf Teilspektorebene identifiziert und durch die robusteren Emissionsfaktoren auf Sektorebene ersetzt. Eine besondere Behandlung erfahren dabei die Emissionsfaktoren für Wind- und Solarparks. Für diese werden abweichend Emissionsfaktoren von null angesetzt, da solche Projekte für erneuerbare Energien nur Strom ohne THG-Emissionen erzeugen. Für Immobilienprojekte und Schiffsneubauten werden die THG-Emissionen während der Bauphase mit null angesetzt.

Die HCOB hat ein Regelwerk aufgestellt, anhand dessen über die Notwendigkeit einer Neuberechnung von Vorjahresvergleichszahlen zu entscheiden ist. Hierfür kann es folgende Auslöser geben:

- Methodische Änderungen im PCAF-Standard
- Änderungen bei der Anwendung des PCAF-Standards durch die Bank, wie etwa die erstmalige Verwendung einer PCAF-Assetklasse und eine hieraus resultierende Umgliederung von Krediten und Investments, die zuvor einer anderen PCAF-Assetklasse zugeordnet waren
- Methodische Änderungen bei den angewandten Verfahren für die Schätzung von Treibhausgasemissionen für bestimmte Arten von Vermögenswerten
- Methodische Änderungen bei der Anwendung von Emissionsfaktoren-Sets wie z.B. wesentliche methodische Änderungen bei den verwendeten Emissionsfaktoren, die aus der PCAF-Datenbank bezogen werden; Inflations- und Wechselkursadjustierungen sind hierbei ausgenommen, diese stellen generell keinen Auslöser für Neuberechnungen dar

Als Schwellenwert für eine Neuberechnung von Vorjahresvergleichszahlen hat die HCOB für jeden der vorgenannten möglichen Auslöser einen Wert von 10 % der davon betroffenen finanzierten Emissionen, mindestens aber 20 Tsd. Tonnen CO₂e gesetzt.

Die für die Berechnung der finanzierten Emissionen bei Gebäuden zum Berichtsstichtag vorgenommenen Parameteraktualisierungen stellten keinen Grund für eine Neuberechnung von Vorjahresvergleichszahlen dar.

Strategie zur Verbesserung der Datenqualität

Die HCOB strebt eine schrittweise Verbesserung der Datenqualität an, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Geschäftsbereiche. Bei der Emissionsdatenqualität im Bereich Shipping stützt sich die HCOB derzeit auf schiffsindividuelle CO₂-Berechnungen eines externen Datenanbieters. Zusätzlich nutzt die Bank technische Schiffsdaten, um Emissionen der übrigen Treibhausgase zu berücksichtigen wie insbesondere den sog. „Methan-Slip“ bei Schiffen, die mit LNG betrieben werden. Die Bank beabsichtigt, zertifizierte Treibstoffverbrauchsmeldungen von Kreditnehmer:innen zu erheben, um Schätzwerte schrittweise durch tatsächliche Emissionsdaten zu ersetzen, sodass hier auf längere Sicht ein durchschnittlicher Datenqualitätsscore von 1 erreichbar wird. Regulierungsseitig wird von der IMO perspektivisch eine Ausweitung der Berichtspflicht für Schiffsemissionen um nicht-CO₂-bedingte THG-Emissionen erwartet, wodurch eigene modellseitige CO₂e-Adjustierungen entfallen könnten.

Im Bereich Real Estate wird die Erfassung von EPCs seit etwa fünf Jahren systematisch durchgeführt und weist bereits einen hohen Abdeckungsgrad auf. Die Herausforderung bei der Verwendung zur CO₂e-Emissionsschätzung liegt in der Sicherstellung von Homogenität, internationaler Vergleichbarkeit und Datenqualität von EPCs. Hier kann die neue EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie langfristig für mehr Einheitlichkeit und Transparenz sorgen. Ein Grundproblem mit EPCs besteht jedoch darin, dass diese gesetzlich nur gebäudespezifische THG-Emissionen erfassen, nicht aber mieterspezifische Verbräuche. Um dem „Whole Building Approach“ des PCAF-Standards zu entsprechen, werden THG-Emissionen auf Basis von nutzungsartspezifischen Mieterstromanteilen am Gesamtgebäudeenergieverbrauch geschätzt. Die Datenqualitätsverbesserungsstrategie zielt in diesem Kontext daher längerfristig auf die Erhebung tatsächlicher Gebäudegesamtenergieverbräuche von ihren Kreditnehmer:innen ab.

In Project Finance und Corporates sind Emissionsdaten direkt von Kund:innen und Projektponsor:innen zu erheben, sofern keine externe Berichtspflicht besteht. In der EU wird die CSRD – trotz der jüngsten Wiedereinschränkung des Kreises der verpflichteten Unternehmen – sukzessive mehr Geschäftspartner:innen zur Offenlegung von CO₂-Emissionen verpflichtet und so die Datenverfügbarkeit und den durchschnittlichen Datenqualitätsscore verbessern. Hinsichtlich der Güte der Schätzfaktoren, die den PCAF-Anwender:innen für die Schätzung von Emissionen von hierüber nicht berichtenden Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, beabsichtigt die HCOB, im Jahr 2026 von EXIOBASE auf CEDA umzustellen. Hiervon erwartet die Bank eine Verbesserung der Schätzgüte.

E1-7 Entnahme von Treibhausgasen und Projekte zur Verringerung von Treibhausgasen, finanziert über CO₂-Zertifikate

Corporate: Als Teil ihres Engagements für Klima- und Naturschutz hat die HCOB weitere Maßnahmen ergriffen. Diese umfassen den jährlichen Erwerb von MoorFutures®-Zertifikaten der Ausgleichsagentur Schleswig-Holstein GmbH, einer Tochtergesellschaft der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein. Jedes MoorFutures®-Zertifikat steht für die Vermeidung von einer Tonne CO₂ durch die Wiedervernässung von Hochmoorgrünland in Schleswig-Holstein. Die MoorFutures®-Zertifikate dienen nicht zur Reduzierung der bankeigenen verbleibenden Emissionen, sondern tragen gesamthaft zu den Klimaschutzmaßnahmen des Landes Deutschland bei im Rahmen der formalen Anforderung.

Die Bank hat Moore als wichtigen Faktor für die Reduzierung von Emissionen und die Förderung der biologischen Vielfalt identifiziert. Obwohl Moore nur 3 % der Erdoberfläche bedecken, speichern sie doppelt so viel Kohlenstoff wie alle Wälder weltweit. In Schleswig-Holstein sind trockengelegte Moore für rund 18 % der Emissionen des Bundeslandes verantwortlich. Die Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein renaturiert Hochmoore, die im 20. Jahrhundert durch Entwässerung degradiert wurden, um als CO₂-Speicher und zur Förderung der Biodiversität zu dienen.

Jedes verkaufte MoorFutures®-Zertifikat wird dokumentiert – die durch das Moor gespeicherten Treibhausgasemissionen werden für einen Zeitraum von 50 Jahren garantiert – und in das Stilllegungsregister eingetragen, das beim Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur (MEKUN) des Landes Schleswig-Holstein hinterlegt wird. Die Aktualisierung erfolgt jeweils zum Quartalsende. Im Berichtsjahr hat die HCOB MoorFutures®-Zertifikate in der Höhe der eigenen Scope 1- und 2- sowie Scope 3-Emissionen durch Geschäftsflüge erworben.

E1-8 Interne CO₂-Bepreisung

Die HCOB wendet kein internes CO₂-Bepreisungssystem an.

E1-9 Erwartete finanzielle Auswirkungen wesentlicher physischer Risiken und Übergangsrisiken sowie potenzielle klimabezogene Chancen

Die HCOB verzichtet im Berichtsjahr 2025 auf die Angabe von Informationen über erwartete finanzielle Auswirkungen wesentlicher physischer Risiken und Übergangsrisiken sowie potenzielle klimabezogene Chancen aufgrund der Phase-in-Regelung (ESRS 1, Anlage C).

ESRS E2 Umweltverschmutzung

ESRS 2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Die folgende Tabelle greift die wesentlichen Auswirkungen auf, die als die für die HCOB relevanten Nachhaltigkeitsaspekte als Ergebnis der Wesentlichkeitsanalyse identifiziert wurden (siehe hierzu Kapitel [„ESRS 2 Allgemeine Angaben“](#), insbesondere Abschnitt [„ESRS2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#)), und stellt die mitigierenden Konzepte dar.

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Luftverschmutzung			
Negative Auswirkung: Ausstoß von Schadstoffen durch die Verbrennung von Treibstoffen (Dimension: Portfolio)	<ul style="list-style-type: none"> – „Kredithandbuch“ – „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring 	<ul style="list-style-type: none"> – Vollumfängliche Anwendung des ESG-Scorings für neue Transaktionen – Ausschluss von Neugeschäften mit Note 5 oder 6 	keine Ziele definiert
Wasserverschmutzung			
Negative Auswirkung: Austritt von Ölen und Chemikalien (Dimension: Portfolio)	<ul style="list-style-type: none"> – „Kredithandbuch“ – „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring 	<ul style="list-style-type: none"> – Vollumfängliche Anwendung des ESG-Scorings für neue Transaktionen – Ausschluss von Neugeschäften mit Note 5 oder 6 	keine Ziele definiert

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

E2-1 Konzepte im Zusammenhang mit Umweltverschmutzung

Portfolio: Auf Portfolioebene wurden die IROs „Ausstoß von Schadstoffen durch Treibstoffverbrennung“ und „Austritt von Ölen und Chemikalien“ im Bereich „Shipping“ identifiziert. Die durch den Betrieb der von der Bank finanzierten Schiffe verursachten Emissionen umfassen sowohl gasförmige Schadstoffe wie CO₂ und Schwefeldioxid als auch Rußpartikel und Feinstaub. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Öle, Chemikalien oder andere Schadstoffe in die Meeresumgebung gelangen und diese belasten. Um diese wesentlichen negativen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Verschmutzung von Luft und Wasser zu adressieren, hat die HCOB eigene Konzepte entwickelt und orientiert sich hierbei an externen Richtlinien.

Bei der Festlegung ihrer Konzepte baut die HCOB auf den globalen Richtlinien der IMO auf, die Vorschriften zur Reduktion von Luft- und Meeresverschmutzung durch Schiffe vorgibt. Diese wurden im Juni 2025 durch das Hongkong-Übereinkommen (The Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships) weiter verschärft. Dieses zielt darauf ab, sicherzustellen, dass Schiffe beim Recycling nach dem Ende ihrer Betriebsdauer keine unnötigen Risiken für die menschliche Gesundheit und Sicherheit oder für die Umwelt darstellen. Entsprechend sind Kund:innen der Bank dazu verpflichtet, über die Einhaltung dieser Standards zu informieren, was die HCOB durch ihre Kreditvergabeprozesse, insbesondere das ESG-Scoring, sicherstellt. Zusätzlich hat sich die Bank 2020 der Initiative RSRS angeschlossen, um umweltfreundliche und sichere Schiffsabwrackprozesse zu fördern. Im Rahmen der Initiative verpflichtet sich die HCOB, dass während

der Kreditlaufzeit die von ihr finanzierten Schiffe nur im Rahmen anerkannter Standards zum Umweltschutz und Sicherheit der hierbei beteiligten Arbeitskräfte verschrottet werden.

Die HCOB-eigenen Konzepte und Richtlinien, verankert im Kredit- und Investmentprozess (Details siehe [„SBM-1 Strategie, Geschäftsmodell und Wertschöpfungskette“](#) und [„E1-2 Konzepte im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel“](#)), umfassen insbesondere das „Kredithandbuch“ sowie das Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring.

Für Details zum „Kredithandbuch“ und zur Anwendung des ESG-Scorings im Kreditprozess siehe Kapitel [„E1 Klimawandel“](#). Die dort mit 50 % gewichtete E-Note (Umweltaspekte) berücksichtigt dabei explizit Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung sowohl im laufenden Betrieb als auch bei besonderen Vorfällen. Bei jeder Finanzierung wird geprüft, ob eine negative Beeinflussung der Umwelt vorliegt, dies geschieht mit dezidierten Fragen, z.B. zu Verschmutzung von Luft, Wasser und Sedimenten sowie zur möglichen Lärmverschmutzung. Außerdem werden mögliche Vorkommnisse im Zusammenhang mit Umweltverschmutzung berücksichtigt.

Die höchsten Ebenen der Verantwortung sind neben dem Vorstand die Abteilungsleitung von „ESG & Business Development“ für die methodische Konzeption der Konzepte und Richtlinien, während die Bereichsleitungen „Shipping“ und „Credit Risk Center“ für die operative Umsetzung verantwortlich sind.

E2-2 Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit Umweltverschmutzung

Portfolio: Die unter [„E2-1 Konzepte im Zusammenhang mit Umweltverschmutzung“](#) genannten Konzepte und Richtlinien wurden durch Maßnahmen zur Verhinderung und Reduktion von Luft- und Wasserverschmutzung im Berichtsjahr weiter operationalisiert und implementiert. Entsprechend den oben erläuterten Konzepten durchläuft jeder Kredit den ESG-Scoring-Prozess, wobei spezifische Fragen in Bezug auf Umweltverschmutzung zu beantworten sind, um die Einhaltung gewisser Umweltstandards einzuwerten.

Im Berichtsjahr wurde das ESG-Scoring, geregelt im „Kredithandbuch“, im Kredit- und Investmentprozess vollständig angewandt. Nur Geschäfte mit einer Gesamtnote von mindestens 4 wurden abgeschlossen, während Kredite mit den Noten 5 und 6 ausgeschlossen blieben. Dieses Vorgehen ist auch für das Jahr 2026 angestrebt. Für Details zur Anwendung des ESG-Scorings siehe Kapitel [„E1 Klimawandel“](#).

Kennzahlen und Ziele

E2-3 Ziele im Zusammenhang mit Umweltverschmutzung

Portfolio: Die HCOB hat derzeit kein spezifisches Ziel zur Reduktion von Luft- und Wasserverschmutzung festgelegt, da Banken dieses Thema nur indirekt über ihre Finanzierungsaktivitäten beeinflussen können. Dennoch wurden im Rahmen des Möglichen mit den oben genannten Elementen Konzepte und Maßnahmen umgesetzt, um wesentliche negative Auswirkungen zu adressieren.

ESRS E3 Wasser- und Meeresressourcen

ESRS 2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Die folgende Tabelle greift die wesentlichen Auswirkungen auf, die als die für die HCOB relevanten Nachhaltigkeitsaspekte als Ergebnis der Wesentlichkeitsanalyse identifiziert wurden (siehe hierzu Kapitel [„ESRS 2 Allgemeine Angaben“](#), insbesondere Abschnitt [„ESRS2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#)), und stellt die mitigierenden Konzepte dar.

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Wasser/Wasserverbrauch			
Negative Auswirkung: Wasserverbrauch durch den Bankbetrieb (Dimension: Corporate)	Umweltrichtlinie	Transparenzschaffung durch monatliches Ablesen der Zählerstände	keine Ziele definiert

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

E3-1 Konzepte im Zusammenhang mit Wasser- und Meeresressourcen

Corporate: Wasserverbrauch, -nutzung und -beschaffung der HCOB ist über die Umweltrichtlinie geregelt. Die Bank bezieht Trinkwasser ausschließlich über das öffentliche Wassernetz und bereitet kein Wasser selbst auf oder verwendet es wieder. Sie verbraucht nur die für den Bürobetrieb notwendige Wassermenge. Fünf Standorte befinden sich in Gebieten mit hohem Wasserstress – Piräus (12 Mitarbeitende), London (21), Berlin (7), Frankfurt (7) und Stuttgart (1) –, deren Einfluss auf die regionale Wasserverfügbarkeit jedoch als gering eingeschätzt wird. Daher besteht aktuell kein gesondertes Konzept zum Wasserverbrauch in diesen Regionen.

Da Meeresressourcen nicht als wesentlich identifiziert wurden, verfolgt die HCOB hierzu keine spezifischen Konzepte. Die methodische Konzeption der Umweltmaßnahmen liegt in der Verantwortung der Abteilung „Sales Management & ESG“, während das Facility-Management für die operative Umsetzung zuständig ist.

Für mehr Details hinsichtlich Verantwortlichkeit für die Richtlinie und Anwendungsrahmen siehe Kapitel [„E1 Klimawandel“](#).

E3-2 Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit Wasser- und Meeresressourcen

Corporate: Die HCOB erfasst ihren Wasserverbrauch seit vielen Jahren durch monatliche Ablesungen der Wasserzähler an den Standorten Hamburg und Kiel. Diese Maßnahme dient in erster Linie nicht der Reduktion, sondern der Transparenz, um den weitestgehend minimierten Verbrauch zu überwachen, Unregelmäßigkeiten frühzeitig zu erkennen und bei Abweichungen gezielt gegenzusteuern.

Die Bank hat zum jetzigen Zeitpunkt keine gesonderten Maßnahmen in Bezug auf die Standorte in Gebieten, welche von hohem Wasserstress betroffen sind.

Kennzahlen und Ziele

E3-3 Ziele im Zusammenhang mit Wasser- und Meeresressourcen

Corporate: Die HCOB strebt an, den Wasserverbrauch im Rahmen der Bürotätigkeiten gering zu halten. Es wurden keine expliziten Reduktionsziele formuliert, da die Wassernutzung bereits als optimiert betrachtet wird.

E3-4 Wasserverbrauch

Corporate: Der Wasserverbrauch an den Standorten Hamburg und Kiel betrug im Berichtsjahr 2025 insgesamt 15.350 m³ (2024: 17.779 m³). Die Daten basieren auf monatlichen Ablesungen, die jährlich konsolidiert werden. Gespeichertes Wasser wird ausschließlich in unbedeutender Menge für die Sprinkleranlage in Hamburg verwendet und dort gespeichert. Der Wasserverbrauch für die übrigen Standorte wird über die Vollzeitkräfte hochgerechnet.

Wasserverbrauch

(in m ³)	2025			2024		
	Hamburg/Kiel	Übrige Standorte	Gesamt	Hamburg/Kiel	Übrige Standorte	Gesamt
Gesamtwasserverbrauch	15.350	1.815	17.165	17.779	2.237	20.016
Wasserintensität (in m ³ pro VAK)	19,9	19,9	19,9	21,5	21,5	21,5
Wasserintensität (in m ³ pro Mio. € Nettoeinnahme)	-	-	11,0	-	-	10,8

ESRS E4 Biologische Vielfalt und Ökosysteme

ESRS 2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Die folgende Tabelle greift die wesentlichen Auswirkungen auf, die als die für die HCOB relevanten Nachhaltigkeitsaspekte als Ergebnis der Wesentlichkeitsanalyse identifiziert wurden (siehe hierzu Kapitel „[ESRS 2 Allgemeine Angaben](#)“, insbesondere Abschnitt „[ESRS2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell](#)“), und stellt die mitigierenden Konzepte dar.

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Direkte Ursachen des Biodiversitätsverlustes			
Negative Auswirkung: Belastung von Meeresökosystemen insbesondere durch invasive Arten (Dimension: Portfolio)	<ul style="list-style-type: none"> - „Kredithandbuch“ - „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring 	<ul style="list-style-type: none"> - Vollumfängliche Anwendung des ESG-Scorings für neue Transaktionen - Ausschluss von Neugeschäften mit Note 5 oder 6 - Analyse des Shipping-Portfolios mithilfe der Clarksons-Datenbank 	keine Ziele definiert

Strategie

E4-1 Übergangsplan und Berücksichtigung von biologischer Vielfalt und Ökosystemen in Strategie und Geschäftsmodell

Portfolio: Die HCOB sieht ihr Geschäftsmodell derzeit keinen wesentlichen Risiken im Zusammenhang mit biologischer Vielfalt und Ökosystemen ausgesetzt. Dies wurde durch die doppelte Wesentlichkeitsanalyse bestätigt, bei der Biodiversitätsrisiken im Rahmen der Risikoinventur untersucht wurden. Die Bank ist nicht in Sektoren tätig, die typischerweise erhöhten Biodiversitätsrisiken ausgesetzt sind, wie Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Bergbau.

Dennoch berücksichtigt die HCOB Auswirkungen ihrer Aktivitäten, insbesondere im Bereich Shipping, wo durch die Finanzierung von Schiffen Biodiversität und Ökosysteme beeinflusst werden können.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

E4-2 Konzepte im Zusammenhang mit biologischer Vielfalt und Ökosystemen

Portfolio: Durch die Finanzierung von Schiffen entstehen negative Auswirkungen auf die Meeresökosysteme, etwa durch die Einfuhr von invasiven Arten, den Ausstoß von THG-Emissionen, schädliche Lacke und Lärmverschmutzung. Um diesen entgegenzuwirken, hat die HCOB eigene Konzepte zur Steuerung und Messung der Biodiversitätsauswirkungen im Shipping-Sektor implementiert und orientiert sich hierbei an externen Richtlinien.

Das „Kredithandbuch“ regelt die Anwendung des ESG-Scorings im Kreditprozess, während das Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ die ESG-Instrumente, die im Kredit- und Investmentprozess

angewandt werden, detailliert darstellt. Bei jeder Finanzierung wird geprüft, ob eine negative Beeinflussung der Biodiversität vorliegt, dies geschieht mit dezidierten Fragen, z.B. zu Umweltstandards, die die Schiffe einhalten, oder technischen Spezifikationen, wie Ballastwasserbehandlungssysteme (BWTS) oder Lackierung des Rumpfs, wie auch die Art der Müllbeseitigung.

Bei der Festlegung ihrer Konzepte und abgeleiteten Maßnahmen baut die HCOB auf den globalen Richtlinien der IMO zu Biodiversität auf. Dazu gehören das Ballastwasser-Management-Übereinkommen zum Schutz der Meeresökosysteme sowie Maßnahmen zur Reduzierung von Schwefelemissionen und Abgasreinigung. Diese wurden im Juni 2025 durch das Hongkong-Übereinkommen (The Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships) weiter verschärft. Dieses zielt darauf ab, sicherzustellen, dass Schiffe beim Recycling nach dem Ende ihrer Betriebsdauer keine unnötigen Risiken für die menschliche Gesundheit und Sicherheit oder für die Umwelt darstellen. Die Überwachung, ob die finanzierten Schiffe diese Vorgaben einhalten, erfolgt maßgeblich im Rahmen der durch die jeweiligen Flaggenstaaten veranlassten Kontrollen und diese stellen sicher, dass alle relevanten Vorschriften eingehalten werden.

Zudem trat die HCOB 2020 der RSRS Initiative bei, die umwelt- und arbeitsschutzgerechte Mindeststandards für das Schiffsrecycling festlegt. Im Rahmen der Initiative verpflichtet sich die HCOB, dass während der Kreditlaufzeit die von ihr finanzierten Schiffe nur im Rahmen anerkannter Standards zum Umweltschutz und Sicherheit der hierbei beteiligten Arbeitskräfte verschrottet werden.

Entsprechend sind Kund:innen der Bank dazu verpflichtet, über die Einhaltung dieser Standards zu informieren, was die HCOB durch ihre Kreditvergabeprozesse, insbesondere das ESG-Scoring, sicherstellt. Für Details zum „Kredithandbuch“ und der Anwendung des ESG-Scorings im Kreditprozess siehe Kapitel [„E1 Klimawandel“](#).

E4-3 Maßnahmen und Mittel im Zusammenhang mit biologischer Vielfalt und Ökosystemen

Portfolio: Die unter [„E4-2 Konzepte im Zusammenhang mit biologischer Vielfalt und Ökosystemen“](#) genannten Konzepte wurden im Berichtsjahr weiter operationalisiert und implementiert.

Entsprechend den oben erläuterten Konzepten durchläuft jeder Kredit den ESG-Scoring-Prozess, wobei spezifische Fragen in Bezug auf Biodiversität zu beantworten sind, um die Einhaltung gewisser Umweltstandards einzuwerten. Das ESG-Scoring, geregelt im „Kredithandbuch“, wurde im Kredit- und Investmentprozess vollständig angewandt. Nur Geschäfte mit einer Gesamtnote von mindestens 4 wurden abgeschlossen, während Kredite mit den Noten 5 und 6 ausgeschlossen blieben, was auch 2026 der Fall sein wird. Für Details zur Anwendung des ESG-Scorings siehe Kapitel [„E1 Klimawandel“](#).

Zudem wurde das Schiffsportfolio anhand der Clarksons-Datenbank auf die technische Ausstattung mit BWTS analysiert, um ein besseres Verständnis der negativen Auswirkungen auf biologische Vielfalt und Ökosysteme zu erhalten. Diese Analyse ist auch für 2026 geplant.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind keine Kompensationsmaßnahmen im Zusammenhang mit Biodiversität geplant.

Kennzahlen und Ziele

E4-4 Ziele im Zusammenhang mit biologischer Vielfalt und Ökosystemen

Portfolio: Im Zusammenhang mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt und Ökosysteme hat die HCOB derzeit kein spezifisches Ziel zur Messung der Wirksamkeit ihrer Maßnahmen, da Banken das Thema nur indirekt über ihre Finanzierungsaktivitäten beeinflussen können. Dennoch wurden im Rahmen des Möglichen mit den oben genannten Elementen Konzepte und Maßnahmen umgesetzt, um wesentliche negative Auswirkungen zu adressieren.

E4-5 Kennzahlen für die Auswirkungen im Zusammenhang mit biologischer Vielfalt und Ökosystemveränderungen

Portfolio: Um die negativen Auswirkungen der HCOB auf biologische Vielfalt und Ökosysteme transparenter und messbar zu machen, wurden relevante Metriken identifiziert. Diese basieren auf öffentlich verfügbaren Daten zu den Ausstattungsdetails der finanzierten Schiffe. Im Berichtsjahr wurde erstmals das Schiffsportfolio im Hinblick auf installierte BWTS analysiert. Da sich die Umweltverträglichkeit je nach BWTS-Technologie unterscheidet, wurde das Portfolio entsprechend ausgewertet. Besonders umweltfreundlich ist die UV-Bestrahlung, da sie keine schädlichen Chemikalien verwendet und keine toxischen Rückstände hinterlässt.

Die Auswertung ergab folgende Aufteilung:

Anteil der Schiffe im Portfolio mit einem installierten BWTS

Installation (in %)	2025	2024
BWTS installiert	96,3	94,6
BWTS-Installation anstehend	0,0	0,2
Kein BWTS / keine Information	3,7	5,2

Anteil der implementierten BWTS nach Technologietyp

Technologietyp (in %)	2025	2024
UV-Bestrahlung	27,8	22,1
Elektrochemische Behandlung	51,8	60,6
Chemische Behandlung	2,8	3,2
Thermische Behandlung	0,3	0,2
Unbekannt	17,4	14,0

ESRS E5 Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

ESRS 2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Die folgende Tabelle fasst die wesentlichen Auswirkungen auf, die als die für die HCOB relevanten Nachhaltigkeitsaspekte als Ergebnis der Wesentlichkeitsanalyse identifiziert wurden (siehe hierzu Kapitel „ESRS 2 Allgemeine Angaben“, insbesondere Abschnitt [„ESRS2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#)), und stellt die mitigierenden Konzepte dar.

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Abfälle			
Negative Auswirkung: Abfallerzeugung durch den Bankbetrieb (Dimension: Corporate)	Die Umweltrichtlinie regelt den Ressourcenverbrauch und damit auch den Umgang mit anfallendem Abfall	<ul style="list-style-type: none"> - Abfalltrennungssystem - Digitale Transformation - Aktionen zur Weiternutzung von ausgesonderten Büromöbeln und -equipment 	keine Ziele definiert

E5-1 Konzepte im Zusammenhang mit Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft

Corporate: Die Umweltrichtlinie der HCOB regelt den Ressourcenverbrauch im Geschäftsbetrieb, einschließlich des Umgangs mit Abfall. Mitarbeitende sind angehalten, Abfälle bereits am Arbeitsplatz zu trennen, um vollumfängliches Recycling zu ermöglichen, während nicht recycelbare Abfälle energetisch verwertet werden. Für die operative Umsetzung ist die Abteilungsleitung Facility-Management zuständig.

Für mehr Details hinsichtlich Verantwortlichkeit für die Richtlinie und Anwendungsrahmen siehe Kapitel [„E1 Klimawandel“](#).

E5-2 Maßnahmen und Ressourcen in Bezug auf Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft

Abfalltrennungssystem

Die Bank hat ein Abfalltrennungssystem eingeführt, das Restmüll, Biomüll, Wertstoffe und Glas erfasst, während Papier aus Datenschutzgründen separat gesammelt wird. Alle Abfälle werden entsprechend entsorgt und nach Möglichkeit recycelt oder energetisch verwertet. An den Standorten Hamburg und Kiel wurden fast 60 Mülltrennsysteme installiert, um die Recyclingquote zu erhöhen.

Digitale Transformation

Die fortschreitende Digitalisierung hat den Papierverbrauch der HCOB in den letzten Jahren stetig reduziert (siehe Abschnitt [„E5-5 Ressourcenabflüsse“](#)). Das verwendete Druckpapier ist holzfrei und erfüllt EU-Ökostandards, mit mindestens 50 % recyceltem oder nachhaltigem Material.

Weiternutzung von Büromöbeln und -equipment

Im Berichtsjahr hat die HCOB erneut an den Standorten Hamburg und Kiel ausgesonderte(s) Büromöbel und -equipment gemeinnützigen Organisationen zur Weiternutzung angeboten. Im Rahmen des Umzuges des Standortes Hamburg in ein neues Gebäude im Jahr 2026 ist eine Weiternutzung des bestehenden Mobiliars – entweder durch die Bank selbst oder durch Dritte – ebenfalls geplant. Dies alles trägt zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung bei.

Kennzahlen und Ziele

E5-3 Ziele im Zusammenhang mit Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft

Corporate: Obwohl die HCOB bemüht ist, Abfallmengen weiter zu reduzieren, wurden keine quantitativen Reduktionsziele definiert, da die Möglichkeiten an den bestehenden Standorten weitgehend ausgeschöpft sind.

E5-5 Ressourcenabflüsse

Corporate: Im Jahr 2025 betrug die Gesamtmenge des Abfalls an den Standorten Hamburg und Kiel 63,5 t (2024: 59,3 t). Die Daten werden quartalsweise von regionalen Abfalldienstleistern erhoben und nach Abfalltypen aufgeschlüsselt. Für die übrigen Standorte wird die Abfallmenge auf Basis der Anzahl der Vollzeitbeschäftigten hochgerechnet. Die Abfälle setzen sich wie nachfolgend dargestellt zusammen.

Abfallmengen

	2025			2024		
	Hamburg und Kiel	Übrige Standorte	Gesamt	Hamburg und Kiel	Übrige Standorte	Gesamt
Gesamtmenge Abfall (in t)	63,5	7,5	71,0	59,3	7,4	66,7
Abfallintensität (in kg/VAK)	82,3	82,3	82,3	71,4	71,4	71,4
Menge nicht recycelter Abfälle (in t)	22,1	2,6	24,7	22,0	2,8	24,8
Menge nicht recycelter Abfälle (in %)	35 %	35 %	35 %	37 %	37 %	37 %
Menge gefährlicher Abfälle (in t)	-	-	-	-	-	-
Menge radioaktiver Abfälle (in t)	-	-	-	-	-	-

Abfallmengen nach Entsorgungsmethode

(in t)	2025			2024		
	Hamburg und Kiel	Übrige Standorte	Gesamt	Hamburg und Kiel	Übrige Standorte	Gesamt
Nicht gefährliche Abfälle						
Verwertungsverfahren						
Vorbereitung zur Wiederverwendung			-	-	-	-
Recycling	41,4	4,9	46,3	37,3	4,7	42,0
Sonstige Verwertungsverfahren			-	-	-	-
Beseitigung						
Verbrennung	22,1	2,6	24,7	22,0	2,8	24,8
Deponierung			-	-	-	-
Sonstige Arten der Beseitigung			-	-	-	-
Gefährliche Abfälle						
Verwertungsverfahren						
Vorbereitung zur Wiederverwendung			-	-	-	-
Recycling			-	-	-	-
Sonstige Verwertungsverfahren			-	-	-	-
Beseitigung						
Verbrennung			-	-	-	-
Deponierung			-	-	-	-
Sonstige Arten der Beseitigung			-	-	-	-

Papierverbrauch

	2025			2024		
	Hamburg und Kiel	Übrige Standorte	Gesamt	Hamburg und Kiel	Übrige Standorte	Gesamt
Papierverbrauch gesamt (in t)	3,0	0,4	3,4	4,0	0,5	4,5
Intensität des Papierverbrauches (in kg/VAK)	3,9	3,9	3,9	4,8	4,8	4,8

Sozialinformationen

ESRS S1 Eigene Belegschaft

Begriffsbestimmung der eigenen Belegschaft

Die Belegschaft umfasst alle Mitarbeitenden, die in einem vertraglich geregelten Arbeitsverhältnis mit der Bank stehen (in Anlehnung an § 611a BGB). Dies gilt gruppenweit und unabhängig von Position oder Funktion im Unternehmen. In die Berichterstattung inkludiert sind aktive Mitarbeitende in Vollzeit und Teilzeit, einschließlich Praktikant:innen, Studierende und Trainees sowie Langzeitkranke und Mitarbeitende in Elternzeit und Freistellung. Abweichungen von dieser Definition werden entsprechend an geeigneter Stelle ausgewiesen.

Vorstandsmitglieder als Organe zählen nicht zur Belegschaft in diesem Sinne und werden nicht in die Berichterstattung der eigenen Belegschaft einbezogen. Nicht angestellte Mitarbeitende werden aufgrund der Phase-in-Regelung (ESRS 1, Anlage C) nicht einbezogen.

Strategie

ESRS 2 SBM-2 Interessen und Standpunkte der Interessenträger

Angaben im Zusammenhang mit der Einbindung von Interessen, Standpunkten und Rechten der eigenen Belegschaft in die Strategie und das Geschäftsmodell der HCOB finden sich im Kapitel [„ESRS 2 Allgemeine Angaben“](#) im Abschnitt [„SBM-2 Interessen und Standpunkte der Interessenträger“](#).

ESRS 2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Die folgende Tabelle fasst die wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen der relevanten Nachhaltigkeitsaspekte zusammen, die im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse (siehe Kapitel [„ESRS 2 Allgemeine Angaben“](#), insbesondere Abschnitt [„ESRS2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#)) für die Mitarbeitenden der HCOB identifiziert wurden. Zudem stellt sie die Konzepte und das Management der Auswirkungen dar.

Die Ausführungen des vorliegenden Kapitels umfassen ausschließlich den eigenen Geschäftsbetrieb, daher wird auf eine zusätzliche Kennzeichnung der Abschnitte durch die Dimension Corporate verzichtet.

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Arbeitsbedingungen			
Negative Auswirkung: Hohe Arbeitsbelastung (Dimension: Corporate)	<ul style="list-style-type: none"> - Betriebsvereinbarungen bezüglich der Arbeitszeit - Betriebsvereinbarung über Arbeits- und Gesundheitsschutz - Interessenvertretungen zur Förderung der Mitbestimmung - Interne Kommunikationsstrategie - Interessenausgleich und Sozialplan 	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie - Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz - Maßnahmen zur Förderung der Mitbestimmung 	keine Ziele definiert
Gleichbehandlung und Chancengleichheit für alle			
Negative Auswirkung: Zu geringe Berücksichtigung von Chancengleichheit (Dimension: Corporate)	<ul style="list-style-type: none"> - Code of Conduct - Code of Diversity - Betriebsvereinbarung zur Gleichstellung von Frauen und Männern - Betriebsvereinbarung zur Inklusion schwerbehinderter und gleichgestellter Personen - Vergütungsstrategie - Betriebsvereinbarung zum Performance Management - Betriebsvereinbarung über ein Talent Management 	<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen für eine angemessene Entlohnung - Maßnahmen für die Gleichstellung der Geschlechter und gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Maßnahmen für die Förderung von Vielfalt im Unternehmen - Maßnahmen zur Ausbildung und Kompetenzentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> - Erreichen eines Anteils von 33 % für das unterrepräsentierte Geschlecht (derzeit Frauen) in Management-funktionen/Senior Expert:innenebene bis Ende 2027 - Erreichen eines Anteils von 33 % für das unterrepräsentierte Geschlecht (derzeit Frauen) auf Bereichsleitungsebene bis Ende 2027
Sonstige arbeitsbezogene Rechte			
Negative Auswirkung: Verstöße gegen Arbeitnehmendenrechte (Dimension: Corporate)	<ul style="list-style-type: none"> - Code of Conduct - Whistleblowing-Policy 	Whistleblowing-Verfahren	keine Ziele definiert

Für die Identifizierung von Auswirkungen der Bank und ihrer Strategie auf die Belegschaft sowie verbundene Risiken und Chancen wurden keine wesentlichen Unterschiede zwischen verschiedenen Mitarbeitendengruppen (z. B. Mitarbeitende, Führungskräfte, leitende Angestellte) festgestellt. Die Belegschaft übernimmt bankkaufspezifische, administrative und technische Aufgaben in einem regulierten Umfeld. Ihre hohe fachliche Qualifikation sichert die Kundenbetreuung, strategische Ausrichtung und operative Abläufe der Bank. Tätigkeiten werden vornehmlich in den Büroräumlichkeiten der HCOB durchgeführt. In diesem Sinne sind sie täglich den gleichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt und üben keine Tätigkeiten aus, die als besonders gefährdet klassifiziert werden.

Das identifizierte IRO „Hohe Arbeitsbelastung“ lässt sich in Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell sowie der strategischen Fokussierung der HCOB setzen. Der Vorstand der HCOB hat im Berichtsjahr 2025 eine strategische Fokussierung beschlossen, die eine Anpassung der Kostenbasis erforderte und mit entsprechenden Personalabbaumaßnahmen verbunden war. Diese Entwicklungen führten in Teilen zu wahrgenommenen erhöhten Arbeitsbelastungen und Unsicherheiten im Zuge organisatorischer Veränderungen. Die Geschäftsstrategie berücksichtigt diese Auswirkungen und sieht unter anderem strukturelle Anpassungen im Rahmen des Transformationsprogramms sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsorganisation vor.

Das IRO „Zu geringe Berücksichtigung von Chancengleichheit“ kann zu Diskriminierung oder unzureichender Inklusion innerhalb der Belegschaft führen. Diese Risiken resultieren nicht unmittelbar aus dem Geschäftsmodell, werden jedoch von der HCOB berücksichtigt, indem sie Maßnahmen zur Stärkung von Chancengleichheit und Inklusion aktiv fördert. Dies umfasst die Weiterentwicklung von Diversity- und Governance-Strukturen, gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen sowie die Ausgestaltung eines geschlechterneutralen Vergütungssystems und Performance Managements.

Auch das IRO „Verstöße gegen arbeitsbezogene Rechte“ lässt sich nicht direkt aus dem Geschäftsmodell ableiten. Die HCOB berücksichtigt jedoch auch diese Risiken in besonderem Maße und sieht verlässliche Governance-Strukturen vor.

Negative Auswirkungen in Bezug auf Menschenhandel, Zwangs- oder Pflichtarbeit sowie Kinderarbeit sind ausgeschlossen. Die HCOB ergreift gezielte Maßnahmen zu deren Vermeidung. Durch die Einhaltung hoher Standards innerhalb Deutschlands und der EU mit ihrem streng regulierten rechtlichen Umfeld wird das Risiko von Menschenrechtsverletzungen in der direkten Lieferkette oder innerhalb der Bank als gering eingeschätzt. An allen Konzernstandorten gelten gesetzliche Vorgaben und Richtlinien, die Risiken in diesen Bereichen minimieren (z. B. UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, Modern Slavery Act 2015).

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

S1-1 Konzepte im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens

Die Belegschaft der HCOB ist ein zentraler Faktor für nachhaltiges Wachstum und langfristigen Unternehmenserfolg. Um den im Rahmen der doppelten Wesentlichkeitsanalyse identifizierten negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, wurden Konzepte und Richtlinien implementiert und Maßnahmen abgeleitet. In diesem Zusammenhang regeln getroffene Betriebsvereinbarungen (BVen) Arbeitsbedingungen und fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gesundheit und Sicherheit sowie Chancengleichheit und Gleichbehandlung. Die Betriebsräte waren an deren Ausgestaltung beteiligt. Sofern nicht anders angegeben, gelten die BVen für alle Mitarbeitenden in Deutschland gemäß § 5 Abs. 1 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), mit Ausnahme der leitenden Angestellten gemäß § 5 Abs. 3 BetrVG. Abhängig von Ziel und Nutzen wurden für leitende Angestellte Vereinbarungen mit dem Sprecherausschuss getroffen. Die Betriebsvereinbarungen sind für alle Mitarbeitenden und Interessenvertretungen in der schriftlich fixierten Ordnung der Bank zugänglich.

Strategieanpassungen im Berichtsjahr 2025: Wie eingangs im Lagebericht dargestellt, hat die HCOB im Berichtsjahr 2025 eine strategische Fokussierung („Franchise Fokus“) beschlossen, um die Organisation frühzeitig und vorausschauend auf ein fokussiertes Geschäftsmodell auszurichten. Die Anpassungen wurden konsequent umgesetzt und führten zu einer klaren Priorisierung der Kerngeschäftsfelder sowie zu einer strukturellen Weiterentwicklung der Bank. Zur effizienten Steuerung wurde ein Transformation Office eingerichtet, das sämtliche Initiativen koordiniert und erfolgreich bis zum Jahresende 2025 abschließen konnte; die verbleibenden Aufgaben wurden geordnet in die Linienorganisation überführt.

Die Umsetzung der strategischen Maßnahmen zeigte sich unter anderem in einer zielgerichteten Entwicklung des Neugeschäfts sowie dem wertschonenden Abbau nicht mehr zum Kerngeschäft gehörender Portfolios. Parallel wurde die Kostenbasis entsprechend dem reduzierten Geschäftsvolumen angepasst. Hierfür wurde im ersten Halbjahr 2025 ein sozialverträglicher Personalabbau beschlossen, der auf Basis eines mit dem Gesamtbetriebsrat vereinbarten Interessenausgleichs und Sozialplans schrittweise bis zum Jahr 2028 umgesetzt werden soll.

Arbeitsbedingungen: Hohe Arbeitsbelastung

Herausfordernde Arbeitsbedingungen führen zu negativen Auswirkungen bei der eigenen Belegschaft; hierzu gehören u.a. Stress, lange Arbeitszeiten, Unsicherheit durch Umstrukturierungen, mangelnde Vereinbarkeit des Berufs- mit dem Privatleben und fehlende Mitbestimmung.

Betriebsvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit

Die BV zur flexiblen Arbeitszeit regelt die Arbeitszeiten der Mitarbeitenden, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten und einer erhöhten Arbeitsbelastung entgegenzuwirken. Sie umfasst die Verteilung der Arbeitszeit, Servicezeit, Gleitzeit, Übertrag/Mehrarbeit und Vertrauensarbeitszeit. Die Umsetzung liegt im Verantwortungsbereich von HR.

Betriebsvereinbarung zu Mobile Working

Im Hinblick auf eine möglichst optimale Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielen die Flexibilisierung der individuellen Arbeitsgestaltung sowie die Wahl des Arbeitsortes eine zunehmend wichtige Rolle. Zur Steigerung

der Attraktivität des Arbeitsplatzes bietet die HCOB ihren Mitarbeitenden mit der BV zu Mobile Working eine örtliche und zeitliche Flexibilisierung der Arbeitsorganisation. Dies soll zu mehr Selbstbestimmung führen sowie positive Auswirkungen auf die Gesundheit und die Arbeitszufriedenheit haben. Die Umsetzung liegt im Verantwortungsbereich von HR.

Betriebsvereinbarung zur Altersteilzeit

Die BV zur Altersteilzeit ermöglicht den Mitarbeitenden den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand. Der vorzeitige Eintritt in den Ruhestand über das Instrument der Altersteilzeit stellt eine zeitgemäße Möglichkeit dar, sowohl den Bedürfnissen der älteren Beschäftigten als auch den betrieblichen Belangen zu entsprechen. Die Umsetzung liegt im Verantwortungsbereich von HR.

Betriebsvereinbarung über Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die HCOB erfüllt an allen Standorten die gesetzlichen Anforderungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Leitgedanke des zeitgemäßen, präventiven Arbeitsschutzes ist ein weitreichendes Verständnis von Sicherheit und Gesundheit aller Mitarbeitenden. Die BV fördert die Gesundheit der Mitarbeitenden, ergänzt gesetzliche Regelungen und zielt auf die Minimierung gesundheitlicher Belastungen ab. Die Umsetzung liegt bei HR in Zusammenarbeit mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit.

Interessenvertretungen zur Förderung der Mitbestimmung

Die HCOB hat verschiedene Interessenvertretungen eingeführt, die zum Teil auch über gesetzliche Anforderungen hinausgehen, um die Mitbestimmung der Mitarbeitenden zu fördern. Weitere Informationen zu den Interessenvertretungen finden sich in [„S1-2 Verfahren zur Einbeziehung der Arbeitskräfte des Unternehmens und von Arbeitnehmendenvertreter:innen in Bezug auf Auswirkungen“](#).

Kommunikationsstrategie

Die HCOB verfolgt in der internen Kommunikation einen „Inform, Engage, Excite“-Ansatz, um den Dialog mit den Mitarbeitenden zu fördern und ein Zugehörigkeitsgefühl zu schaffen:

- INFORM: Mitarbeitende verstehen die Strategie der Bank und ihren Beitrag zur Erfüllung dieser und sind über die Marktaktivitäten unterrichtet. Folgende Kanäle werden hierfür genutzt: Intranet, Video, E-Mail, Poster/Flyer und Informationsscreens.
- ENGAGE: Mitarbeitende fühlen sich gehört und wertgeschätzt und identifizieren sich mit dem Brand der Bank. Folgende Kanäle werden hierfür genutzt: Mitarbeitendenbefragung, Eventformate mit Fokus auf Dialog (mit dem Vorstand und anderen Abteilungen) und das Intranet.
- EXCITE: Mitarbeitende arbeiten motiviert, agieren als Brand Ambassadors und interagieren über die Pflichtarbeit hinaus miteinander. Folgende Kanäle werden hierfür genutzt: Eventformate.

Die Kommunikation erfolgt grundsätzlich bilingual (deutsch/englisch), und für Events stehen Simultanübersetzer bereit. Die Verantwortlichkeit liegt im Unternehmensbereich Marketing & Communications. Die Strategie wird in enger Abstimmung mit dem Vorstand umgesetzt und findet bankweit Anwendung.

Gleichbehandlung und Chancengleichheit für alle: Zu geringe Berücksichtigung der Chancengleichheit

Ein betriebliches Umfeld, das Gleichbehandlung und Chancengleichheit nicht gewährleistet und fördert, führt zu Diskriminierung oder mangelnder Inklusion in der eigenen Belegschaft.

Code of Conduct

Der Code of Conduct dient als zentraler Orientierungsrahmen für verantwortungsbewusstes Handeln und gewährleistet die Einhaltung rechtlicher, ethischer und gesellschaftlicher Standards. Der Code of Conduct stellt sicher, dass die Rechte der Mitarbeitenden am Arbeitsplatz geschützt werden und dass falsche oder böswillige Aussagen oder Handlungen, die Mitarbeitenden schaden könnten, nicht geduldet werden.

Die HCOB toleriert keine Form von Diskriminierung, Belästigung, Bedrohung oder sonstigem feindseligen oder missbräuchlichen Verhalten am Arbeitsplatz. Insbesondere verpflichtet sich die HCOB zur Einhaltung aller

Gesetze zur Chancengleichheit und zur Förderung gleicher beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten für alle Mitarbeitenden ohne Unterscheidung oder Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, nationaler Herkunft, Alter, Religion, Behinderung, Familienstand, Schwangerschaft, sexueller Orientierung, Staatsangehörigkeit oder anderer Eigenschaften. Allgemeine Informationen zum Code of Conduct finden sich in „[G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung](#)“.

Für die Ausgestaltung des Code of Conduct ist der Unternehmensbereich Compliance verantwortlich. Die Kontrolle der Einhaltung obliegt grundsätzlich der Verantwortung des Managements; ergänzt werden diese Kontrollen durch Überwachungshandlungen des Unternehmensbereiches Compliance. Die Gleichstellungsbeauftragten/Diversity Manager:innen und der Gesamtbetriebsrat der HCOB waren in der Aufsetzung und Ausgestaltung des Code of Conduct involviert. Der Code gilt uneingeschränkt und gruppenweit für alle Mitarbeitenden der Hamburg Commercial Bank. Er ist im Intranet und auf der Homepage veröffentlicht und jederzeit zugänglich.

Code of Diversity

Der Code of Diversity macht die Werte und Grundsätze der HCOB zum Thema Vielfalt nach innen und außen sichtbar und dient als Leitlinie für gelebte Vielfalt, Fairness und Chancengleichheit innerhalb der Bank. Er bekräftigt die Haltung der HCOB gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie. Der Code of Diversity wurde von den Mitarbeitenden selbst entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Das Diversity Management ist für dessen Ausgestaltung verantwortlich. Er gilt uneingeschränkt für alle Mitarbeitenden und ist im Intranet und auf der Homepage der HCOB jederzeit zugänglich.

Betriebsvereinbarung zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Die BV zur Gleichstellung ist dauerhaft verankert und gilt für alle Mitarbeitenden. Als Privatbank unterliegt die HCOB nicht dem BGleG und hat somit keine gesetzlichen Verpflichtungen in Bezug auf Gleichstellung. Diese Vereinbarung ist eine Selbstverpflichtung der Bank und integriert Aspekte der Landesgleichstellungsgesetze Hamburgs und Schleswig-Holsteins und verfolgt das Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu fordern und zu fördern. Themen wie Kommunikation, Stellenbesetzung, Entwicklung & Qualifizierung, Vereinbarkeit von Beruf & Familie sowie die Rechte und Pflichten der Gleichstellungsbeauftragten/Diversity Manager:innen sind hierin geregelt. Der Unternehmensbereich HR und die Gleichstellungsbeauftragten/Diversity Manager:innen sind für die Umsetzung verantwortlich.

Betriebsvereinbarung zur Inklusion schwerbehinderter und gleichgestellter Personen

Die Inklusionsvereinbarung hat das Ziel, schwerbehinderten und gleichgestellten Personen dauerhaft behinderungsgerechte Arbeitsplätze zu ermöglichen. Sie umfasst die Förderung des Inklusionsgedankens, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, Arbeitsplatzgestaltung und Schulungen für Führungskräfte. Verantwortlich sind der Unternehmensbereich HR und die SBV.

Vergütungsstrategie im Zusammenhang mit Chancengleichheit

Das Vergütungssystem der HCOB ist geschlechtsneutral ausgestaltet und zielt darauf ab, Chancengleichheit und Fairness sicherzustellen. Regelmäßige Equal-Pay-Analysen sorgen für Transparenz und decken potenzielle Ungleichbehandlungen auf, die zielgerichtet adressiert werden. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im Unternehmensbereich HR. Die Strategie gilt für die HCOB gemäß § 10 KWG i.V.m. § 27 IVV und ist für alle Mitarbeitenden jederzeit in der schriftlich fixierten Ordnung zugänglich. Interessenvertretungen waren an der Festlegung der Strategie nicht beteiligt.

Betriebsvereinbarung zum Performance Management

Führungskräfte geben regelmäßiges Feedback und unterstützen die persönliche sowie berufliche Entwicklung ihrer Mitarbeitenden. Dafür wurde der Performance Management-Prozess installiert, der als Grundlage der strategischen Personalentwicklung der HCOB dient. Die BV zum Performance Management schafft ein klares Verfahren und sorgt für Transparenz durch verständliche Definitionen und konkret beschriebene Verhaltensweisen. Seit Sommer 2025 wird an einer Optimierung des Performance Management-Prozesses gearbeitet, der ab Beginn 2026 wirksam werden soll und in einer aktualisierten BV zum Performance Management detailliert erläutert wird. Verantwortlich für die Umsetzung ist der Unternehmensbereich HR.

Diese BV gilt für Mitarbeitende der deutschen Standorte. Die HCOB AG wendet das Performance Management-System auf freiwilliger Basis auch an den Auslandsstandorten an.

Betriebsvereinbarung über ein Talent Management

Das Talent Management der HCOB beginnt jedes Jahr mit der Personalkonferenz, bei der bereichsübergreifend Talente identifiziert, die Bewertungen kalibriert sowie Entwicklungsmaßnahmen definiert werden, um bankweit eine einheitliche Beurteilung sicherzustellen. Die BV zielt darauf ab, neben den Leistungen, die allen Mitarbeitenden angeboten werden, mit zusätzlichen Maßnahmen identifizierte Talente zu fördern und weiterzuentwickeln. Neben klassischen Führungspositionen liegt der Fokus auch auf der Förderung fachlicher Laufbahnen, um Mitarbeitenden flexible Karrieremöglichkeiten zu bieten. Weiterbildungsmaßnahmen werden systematisch erfasst. Der Unternehmensbereich HR verantwortet die Umsetzung und überprüft durch Abschlussgespräche mit Mitarbeitenden und Servicepartner:innen sowie jährliche Management-Dialoge mit Führungskräften die Effektivität der Maßnahmen.

Sonstige arbeitsbezogene Rechte: Verstöße gegen Arbeitnehmendenrechte

Verstöße gegen Arbeitnehmendenrechte führen zu negativen Auswirkungen auf die berufliche und private Situation der eigenen Belegschaft.

Code of Conduct

Informationen zum Code of Conduct in Bezug auf sonstige arbeitsbezogene Rechte finden sich in diesem Abschnitt unter IRO „Gleichbehandlung und Chancengleichheit für alle: Zu geringe Berücksichtigung von Chancengleichheit.“ Allgemeine Informationen zum Code of Conduct finden sich in [„G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung“](#).

Whistleblowing-Policy

Die HCOB verfügt über ein Whistleblowing-Verfahren, über das anonym Hinweise abgegeben werden können. Die Whistleblowing-Stelle ist mit Ombudspersonen einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft besetzt, an die sich alle (auch ehemaligen) Mitarbeitenden der Zentrale, der Niederlassungen und Repräsentanzen sowie alle externen Dritten direkt wenden können. Weitere Informationen finden sich in [„G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung“](#).

S1-2 Verfahren zur Einbeziehung der Arbeitskräfte des Unternehmens und von Arbeitnehmendenvertreter:innen in Bezug auf Auswirkungen**Betriebliche Mitbestimmung**

Um Chancengleichheit, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu fördern, hat die HCOB Verfahren zur betrieblichen Mitbestimmung implementiert. Der Unternehmensbereich HR trägt die operative Verantwortung für die Einbindung der Mitarbeitenden und ihrer Vertretungen. Die Ergebnisse fließen direkt in die strategische Planung der Bank ein, um kontinuierliche Verbesserungen zu erzielen. Regelmäßiger Austausch mit Mitarbeitenden und Vertretungen, wie in den folgenden Kapiteln dargelegt, gewährleistet, dass ihre Anliegen berücksichtigt werden.

Wahrung der Arbeitnehmendeninteressen durch die Betriebsräte

Die HCOB verfügt an den Standorten in Hamburg, Kiel und Luxemburg über Betriebsräte. Die Betriebsräte in Hamburg und Kiel bilden zudem einen Gesamtbetriebsrat. Handlungsgrundlage an den deutschen Standorten bilden das Betriebsverfassungsgesetz sowie weitere relevante Arbeitsgesetze sowie der Tarifvertrag für das private Bankgewerbe. In Luxemburg bildet das luxemburgische Arbeitsrecht die Grundlage der Betriebsratsarbeit.

Die Betriebsräte vertreten die Interessen der Belegschaft gegenüber dem Arbeitgeber, insbesondere bei Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsplatzsicherheit, Gehaltsstrukturen und Vergütungssystemen. Die Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und der Bank basiert auf transparenter Kommunikation anhand von mindestens zweiwöchentlich stattfindenden Austauschformaten, bei denen u.a. auch der Vorstand und die Personalleitung

eingebunden werden. Betriebliche Vereinbarungen, die gemeinsam erarbeitet werden, sind verbindlich und allen Mitarbeitenden im Intranet und in der schriftlich fixierten Ordnung zugänglich.

Für die Ausführung ihrer Aufgaben und Pflichten stehen den Betriebsräten die notwendigen Ressourcen zur Verfügung. Während ihrer Gremientätigkeit sind alle Mitglieder durch die Bank von ihrer Dienstpflicht befreit, zwei Betriebsratsmitglieder sind vollständig von ihrer Dienstpflicht entbunden. Die HCOB stellt Räumlichkeiten für einen sicheren und vertraulichen Austausch bereit und gewährt Einblicke in HR-Anwendungen, wodurch ein schneller und transparenter Informationsfluss gewährleistet wird. Zusätzlich liefert das HR Controlling regelmäßig Daten und Analysen zur Unterstützung der Betriebsratsarbeit.

Die Betriebsräte treten wöchentlich beratend zusammen und organisieren Austauschformate mit Mitarbeitenden, sowohl digital als auch in Präsenz (Ausführungen zu den Informationskanälen finden sich weiter unten in diesem Teilabschnitt). Diese Formate dienen auch dazu, anlassbezogene Umfragen durchzuführen und Mitarbeitendenbeteiligung zu fördern. Zudem finden zweimal jährlich Betriebsversammlungen statt, bei denen alle Mitarbeitenden Fragen anonym über ein Fragetool einreichen können.

Die Wirksamkeit der Betriebsräte wird anhand von Wahlergebnissen, Wahlbeteiligung, abgeschlossenen Vereinbarungen, Sitzungsfrequenz und Teilnahme an Campus Talks und Betriebsversammlungen bewertet.

Wahrung der Interessen leitender Angestellter durch den Sprecherausschuss

Gemäß dem Sprecherausschussgesetz (SprAuG) vertritt der Sprecherausschuss die Interessen der leitenden Angestellten der Bank. Ein:e Vorsitzende:r wird von den leitenden Angestellten gewählt, um deren Belange innerhalb der HCOB zu vertreten.

Wirtschaftsausschuss

Der Wirtschaftsausschuss, bestehend aus fünf vom Gesamtbetriebsrat bestellten Mitgliedern, berät wirtschaftliche Angelegenheiten der Bank, wie Produktivität, Rentabilität und Ratings, mit der Unternehmensleitung und unterrichtet den Gesamtbetriebsrat. Monatlich tagt der Ausschuss in von der Bank bereitgestellten Räumen und informiert den Gesamtbetriebsrat.

Einbezug von besonders für Auswirkungen anfälligen Personen oder Risikopersonen in der Bank

Die HCOB hat Maßnahmen eingeführt, um die Perspektiven von Mitarbeitenden zu erfassen, die anfällig für negative Auswirkungen sind, marginalisiert oder gefährdet sein könnten. Für Minderheiten, Menschen aller Geschlechter, jugendliche Mitarbeitende sowie schwerbehinderte und gleichgestellte Personen gibt es spezielle Ansprech- und Vertrauenspersonen, die ihre Anliegen wahren und fördern.

Schwerbehindertenvertretung (SBV)

Die SBV vertritt schwerbehinderte und gleichgestellte Personen gemäß den gesetzlichen Grundlagen des SGB IX. Sie berät bei Anträgen, unterstützt bei der Gestaltung behindertengerechter Arbeitsplätze und Arbeitsmittel und ist in den Rekrutierungsprozess sowie das betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) eingebunden. Im Rahmen der Inklusionsvereinbarung wurden Maßnahmen wie Awareness-Trainings, die Erhöhung der Schwerbehindertenquote und die Förderung von Inklusion zwischen Bank und Interessenvertretungen vereinbart.

Die SBV nimmt an Sitzungen der Betriebsräte, des Gesamtbetriebsrats und deren Ausschüssen teil und ist in einem kontinuierlichen Austausch mit den Interessenvertretungen. Sie hat einen festen Tagesordnungspunkt in den Sitzungen und arbeitet eng mit den Diversity Manager:innen zusammen. Zudem nimmt die SBV an Sitzungen des Arbeits- und Sicherheitsausschusses teil und ist fester Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Gleichstellungsbeauftragte/Diversity Manager:innen

Die Bank beschäftigt zwei Gleichstellungsbeauftragte/Diversity Manager:innen, eine:r in Vollzeit und eine:r in Teilzeit, die gemeinsam mit HR und der SBV auf Chancengleichheit und Diversity achten. Sie schützen Mitarbeitende vor Benachteiligung aufgrund u.a. ihres Geschlechtes und/oder ihrer Herkunft und widmen sich der Durchsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Sie haben umfangreiche Rechte und handeln unabhängig.

Ihre Aufgaben umfassen die Organisation von Awareness-Formaten, Workshops und Vorträgen zur Förderung eines inklusiven Arbeitsumfelds. Sie sind auch aktiv im Frauennetzwerk #networkingwomen und analysieren Vergütungsinformationen, um Transparenz und Fairness sicherzustellen. Regelmäßige Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen wie HR, Sozialberatung und ESG fördert eine vielschichtige Betrachtung von Diversity.

Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)

Die JAV vertritt die Interessen von Beschäftigten unter 18 Jahren und Auszubildenden. Sie sorgt für die Einhaltung geltender Gesetze und Vereinbarungen, steht für alle Anliegen dieser Gruppe als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Zudem arbeitet sie eng mit den Betriebsräten zusammen, um die Arbeitsbedingungen und Interessen junger Mitarbeitender nachhaltig zu fördern.

Mitarbeitendenbefragung

Die HCOB holt aktiv die Meinungen und Belange ihrer Mitarbeitenden ein. Neben den Interessenvertretungen dient die Mitarbeitendenbefragung als zentrales Instrument zur Einbindung in unternehmensinterne Themen. Mitarbeitende können in der Befragung anonym zu Themen wie Veränderung, Hierarchie, Identifikation, IT, Benefits, Diversity und Führung Stellung nehmen. Die Befragung wird vom Unternehmensbereich HR gesteuert und mithilfe eines externen Dienstleisters anonym durchgeführt und ausgewertet.

Die Ergebnisse werden in die Unternehmensbereiche weitergetragen, um bedarfsgerecht Maßnahmen abzuleiten. Die Wirksamkeit wird anhand der Teilnahmequote, Ergebnisse und abgeleiteter Maßnahmen bewertet. Führungskräfte übernehmen dabei die Rolle von Changemanager:innen und werden im Prozess von der HR (Business Partner:innen und Personalentwicklung) unterstützt.

Informationskanäle/-formate

Die Bank informiert ihre Mitarbeitenden kontinuierlich und bilingual (deutsch/englisch) über verschiedene Kanäle wie das Intranet, Displays, Poster und Kommunikationsmailboxen. Diese werden genutzt, um über aktuelle Themen, interne Events und Kampagnen zu informieren.

Ergänzt werden diese Kanäle durch Formate wie Videointerviews mit den Vorständen, die über das Intranet zugänglich sind, und den vierteljährlichen Management Talk, bei dem ein aktiver Austausch zwischen Mitarbeitenden und Vorstand stattfindet. HR veröffentlicht alle 8–10 Wochen einen Newsletter zu relevanten Themen, während die Betriebsräte Mitarbeitende durch Newsletter (alle 6–8 Wochen), Betriebsversammlungen und interaktive Campus Talks auf dem Laufenden halten. Zusätzlich fördern X-Change-Formate den Austausch innerhalb der Bank, indem Abteilungen ihre Projekte und Aufgaben in Hamburg und Kiel vorstellen. Diese unterschiedlichen Kommunikationswege gewährleisten Transparenz, fördern den Dialog und stärken die Zusammenarbeit.

Achtung der Menschenrechte

Die HCOB setzt sich konsequent für den Schutz und die Einhaltung von Menschenrechten innerhalb der eigenen Belegschaft ein. Für eine detailliertere Beschreibung der Achtung der Menschenrechte wird auf die Beschreibung des Code of Conduct in [„S1-1 Konzepte im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens“](#) sowie [„G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung“](#) verwiesen.

Umgang mit Interessenkonflikten zwischen Arbeitnehmenden

Im Berichtsjahr 2025 wurden keine Interessenkonflikte festgestellt. Mitarbeitende haben gemäß Betriebsverfassungsgesetz ein Beschwerderecht, das sie bei Betriebsräten oder Führungskräften wahrnehmen können. Diese sind bestrebt, Konflikte objektiv zu lösen.

Informationen zu den Beschwerdemechanismen und Meldekanälen finden sich in [„S1-3 Verfahren zur Verbesserung negativer Auswirkungen und Kanäle, über die die Arbeitskräfte des Unternehmens Bedenken äußern können“](#).

S1-3 Verfahren zur Verbesserung negativer Auswirkungen und Kanäle, über die die Arbeitskräfte des Unternehmens Bedenken äußern können

Der Code of Conduct verpflichtet alle Mitarbeitenden zu fairem, gesetzeskonformem Handeln. Fehlverhalten wird über interne (z.B. HR, Compliance, Interessenvertretung) und externe Kanäle (z.B. Ombudsperson, anonymes Hinweisgebertool) gemeldet und bearbeitet. Anlassbezogene Abhilfemaßnahmen werden je nach individuellem Fall entwickelt und umgesetzt (z.B. Ermahnungen, arbeitsrechtliche Abmahnungen, Kündigungen, Kürzung von variablen Vergütungsbestandteilen, Versetzungen), um Missstände schnellstmöglich zu beheben und präventiv zukünftige Fälle zu verhindern.

Meldekanäle für Mitarbeitende

Konzernweit können alle Mitarbeitenden an allen Standorten Hinweise, Bedenken und Beschwerden über interne Kanäle wie die Compliance-Hotline (per Mail oder Telefon) oder anonym über externe Kanäle wie einer Ombudsperson melden. Auch externe Dritte können eine Meldung über die anonyme externe Whistleblowing-Stelle abgeben. Seit 2024 wurde das Hinweisgebersystem der HCOB durch kostenfreie Telefonnummern und ein anonymes Hinweisgeberchattool ergänzt, das eine vertrauliche Kommunikation zu bekannten oder vermuteten (Rechts-)Verstößen ermöglicht. Das System ist im Intranet und auf der Homepage zugänglich. Weitere Informationen zum Hinweisgeberschutzsystem und dem Whistleblowing-Verfahren finden sich unter [„G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung“](#).

Gemäß § 13 AGG wurde eine unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet, die seit 2024 von dem:der Gleichstellungsbeauftragten betreut wird. Ergänzend stehen die Betriebsräte, die JAV und die SBV als Ansprechpartner:in zur Verfügung. Informationen zu den einzelnen Ansprechpartner:innen finden sich im Intranet.

Anonyme Fragen und Bedenken können ebenfalls vor Campus Talks, Betriebsversammlungen und Dialogen mit dem Vorstand geäußert werden. HR-Exchange-Tage und Mitarbeitendenbefragungen bieten weitere Feedback-Möglichkeiten. Geäußerte Bedenken werden verfolgt und von der obersten Führungsebene thematisiert.

Die HCOB fördert aktiv die Nutzung dieser Kommunikationswege und integriert sie in die Unternehmenskultur. Kontaktinformationen zu Gewerkschaften und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sind im Intranet verfügbar. Diese Maßnahmen gewährleisten, dass alle Mitarbeitenden Zugang zu effektiven Meldekanälen haben. Weitere Details zu Interessenvertretungen und Kommunikationskanälen finden sich in [„S1-2 Verfahren zur Einbeziehung der Arbeitskräfte des Unternehmens und von Arbeitnehmendenvertreter:innen in Bezug auf Auswirkungen“](#) sowie in [„S2-3 Verfahren zur Verbesserung negativer Auswirkungen und Kanäle, über die die Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette Bedenken äußern können“](#) und [„G1-3 Verhinderung und Aufdeckung von Korruption und Bestechung“](#).

S1-4 Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitskräfte des Unternehmens und Ansätze zum Management wesentlicher Risiken und zur Nutzung wesentlicher Chancen im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens sowie die Wirksamkeit dieser Maßnahmen

Die HCOB hat Maßnahmen entwickelt, um die in der doppelten Wesentlichkeitsanalyse identifizierten negativen Auswirkungen wie hohe Arbeitsbelastung, mangelnde Chancengleichheit und Verstöße gegen Arbeitnehmendenrechte zu adressieren.

Hierfür stellt die HCOB (finanzielle) Mittel und Kapazitäten von (HR-)Mitarbeitenden zur Verfügung. Diese entstammen dem laufenden Budget und es wurden keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt. Ziel ist es, die Geschäftstätigkeiten der HCOB und die Interessen der Stakeholder:innen, insbesondere der Mitarbeitenden, im besten Interesse aller zu vereinen und zu nutzen. Dies spiegelt sich in den Maßnahmen und Unternehmensleistungen der Bank wider.

Diese Maßnahmen und Leistungen stehen grundsätzlich allen nichtleitenden Mitarbeitenden zur Verfügung. Für leitende Angestellte gelten spezifische Regelungen in Abstimmung mit dem Sprecherausschuss. Die Maßnahmen und Unternehmensleistungen sind an die Gegebenheiten der jeweiligen Konzernniederlassungen angepasst. Sofern nicht anders angegeben, gelten die Maßnahmen auch über den Berichtszeitraum 2025 hinaus.

Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Im Rahmen der folgenden Maßnahmen erwartet die HCOB durch eine erhöhte Vereinbarkeit von Beruf und Familie u.a. die Förderung der Karrieren ihrer Mitarbeitenden mit besonderen familiären Verpflichtungen.

Regelung der Arbeitszeit

Die HCOB stärkt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexible Arbeitszeitmodelle wie Voll- und Teilzeit, Jobsharing, flexible Arbeitszeiten und Mobile Working, um den individuellen Bedürfnissen der Mitarbeitenden gerecht zu werden und negativen Auswirkungen einer hohen Arbeitsbelastung entgegenzuwirken.

Familie im Fokus

An allen Standorten gelten die jeweils nationalen gesetzlichen Regelungen im Fall erkrankter Kinder. Zusätzlich bietet die HCOB in Deutschland eine kostenlose Notfallbetreuung bei Ausfall der regulären Betreuung, subventionierte Ferienprogramme und Beratung durch den pme Familienservice. Zusätzlich unterstützt die HCOB Mitarbeitende bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz nach einer Beurlaubung.

Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz

Das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) zielt darauf ab, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu fördern und ihre Motivation sowie Leistungsfähigkeit langfristig zu sichern. Es bietet Maßnahmen, die den Mitarbeitenden dazu verhelfen sollen, steigende Arbeitsbelastungen besser zu bewältigen und gegebenenfalls körperliche und psychische Gesundheitsprobleme frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Diese Maßnahmen können je nach Unternehmensstandort variieren.

In Deutschland beraten und unterstützen Betriebsärzt:innen Mitarbeitende bei Fragen zu arbeits- und sozialmedizinischen Belangen unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht. Eine Teilzeitmitarbeitende in Hamburg und Kiel bildet die kontinuierlich verfügbare Sozialberatung, die Mitarbeitenden professionelle Hilfe bei Stress, Konflikten und schwierigen Situationen am Arbeitsplatz, aber auch bei Themen wie psychischen Erkrankungen, Sucht und persönlichen Angelegenheiten anbietet, um so auch Folgen einer erhöhten Arbeitsbelastung entgegenzuwirken. Ebenfalls werden Seminare zu Stressmanagement, Ernährungsberatung, Konfliktmanagement und verhaltensorientierter Gesundheitsförderung angeboten. An den deutschen Standorten wurde die Unterstützung des Sportangebotes mit einem externen Anbieter fortgesetzt und das Fahrradleasing ausgebaut.

Das BGM umfasst zudem die Analyse quantitativer Kennzahlen wie die Gesundheitsquote, die Evaluation der Maßnahmen und Kanäle der Bank sowie die Durchführung von Informations- und Beratungsgesprächen. So berät die Fachkraft für Arbeitssicherheit u.a. Führungskräfte und Mitarbeitende zu sicherem, ergonomischem und gesundem Arbeiten. Sie stärkt Arbeitnehmendenrechte und führt Abteilungsbegehungen durch, um psychische Belastungen und spezifische Gefährdungen zu erkennen und zu bewerten. Des Weiteren erörtert der Arbeitssicherheitsausschuss (ASA) in regelmäßigen Sitzungen Belange des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und bewertet die Wirksamkeit der Arbeitsschutzmaßnahmen. Beschäftigte können über ihre Vertreter:innen Anliegen in die ASA-Sitzungen einbringen. Wichtige ASA-Entscheidungen werden über das Intranet kommuniziert.

Maßnahmen zur Förderung der Mitbestimmung

Zugriffsberechtigung der Betriebsräte auf die Personalwirtschaftssysteme

Zur Erleichterung und Förderung der Mitbestimmung wurden den Betriebsräten und der Gleichstellungsbeauftragten im Rahmen einer BV Zugriffsrechte auf die SAP HR-Systeme gewährt. Dies dient der ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß dem BetrVG und der BV zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Mitarbeitendenbefragung

Über die Interessenvertretungen hinweg dient die Mitarbeitendenbefragung dazu, die Meinung der Mitarbeitenden in wichtige unternehmensinterne Angelegenheiten einzubinden. Die Bank ist bestrebt, die

Mitarbeitendenbefragung mindestens alle zwei Jahre durchzuführen. Im Herbst 2025 wurde die letzte Mitarbeitendenbefragung durchgeführt und ausgewertet. Dabei ist bankweit eine positive Entwicklung im Engagement-Index festgestellt worden, der von 7 (2023) auf 7,2 (2025) gestiegen ist und damit einen Indikator für eine positive Entwicklung der Mitarbeitendenzufriedenheit darstellt. Darüber hinaus wurde die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit als besonders positiv bewertet und erstmalig unter den Top 10 der am besten bewerteten Fragen eingeordnet. Auch die Fragengruppe zum Thema Empowerment hat bestätigt, dass Mitarbeitende Verantwortung übernehmen (Vertrauen und Entscheidungsfreiheit), über die Informationen, die sie zum Handeln benötigen, verfügen und auch entsprechendes Feedback erhalten. Weitere Informationen finden sich in [„S1-2 Verfahren zur Einbeziehung der Arbeitskräfte des Unternehmens und von Arbeitnehmendenvertreter:innen in Bezug auf Auswirkungen“](#).

Maßnahmen für eine angemessene Entlohnung

Die Bank stellt eine angemessene Entlohnung durch Prozesse und Vereinbarungen mit den Interessenvertretungen sicher. Mindestens einmal jährlich überprüft die HCOB die Vergütung aller Mitarbeitenden und passt sie leistungs- und marktgerecht an. Durch jährliche und anlassbezogene Benchmarks und Vergütungsvergleiche überprüft die Bank sowohl intern als auch extern die Angemessenheit und Attraktivität der eigenen Vergütung. Weitere Informationen finden sich in [„S1-10 Angemessene Entlohnung“](#).

Maßnahmen für die Gleichstellung der Geschlechter und gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die HCOB setzt sich für Entgeltgerechtigkeit (Equal Pay) ein und führt seit mehreren Jahren Gender-Pay-Gap-Berechnungen für die deutschen Standorte durch. Mithilfe einer externen Software werden die Ergebnisse von HR und dem:der Gleichstellungsbeauftragten analysiert. Analog zum letzten Jahr wurde der Gender-Pay-Gap erneut gruppenweit ermittelt. Weitere Details finden sich unter [„S1-16 Vergütungskennzahlen \(Verdienstunterschiede und Gesamtvergütung\)“](#).

Maßnahmen für die Förderung von Vielfalt im Unternehmen

Mit der Ernennung von zwei Gleichstellungsbeauftragten/Diversity Manager:innen hat die Bank eine eindeutige Verantwortlichkeit für das Thema Vielfalt und Chancengleichheit geschaffen. Ein Code of Diversity sowie verschiedene interne und externe Maßnahmen unterstreichen das Engagement für Vielfalt und Inklusion.

Interne Maßnahmen umfassen für das Berichtsjahr 2025 zum Beispiel die Erarbeitung einer Schulung zum Code of Diversity, die für alle Mitarbeitenden verpflichtend ist, die Kommunikation von Diversity-Themen (z.B. vierteljährliche Diversity-Reportings und Netzwerkveranstaltungen) und die Organisation unterschiedlicher Formate durch das Frauennetzwerk #networkingwomen (z.B. Lunch- und Speed-Networking-Formate und Workshops mit externen Frauennetzwerken).

Externe Maßnahmen umfassen die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ 2020 zur Schaffung eines vorurteilsfreien Arbeitsumfeldes mit Chancengleichheit, das öffentliche Bekenntnis als PATRON OF WELCOMING OUT.

Wie schon im Vorjahr wurde der HCOB erneut die Auszeichnung „Pride Index Gold“ verliehen, eine der führenden Bewertungen im deutschen PRIDE Champion Index. Im Rahmen dieses Engagements wurden spezifische Sensibilisierungskampagnen durchgeführt, um Vielfalt als festen Bestandteil der Unternehmenskultur zu verankern.

Maßnahmen für Ausbildung & Kompetenzentwicklung

Die HCOB fördert die Kompetenzentwicklung ihrer Mitarbeitenden und die Förderung junger Talente. Im Rahmen der Personalentwicklung bietet die Bank Möglichkeiten an, die auf die individuellen Bedürfnisse der Mitarbeitenden eingehen und gleichzeitig die bankweiten Kompetenzen stärken. Diese Angebote – sofern nicht anderweitig ausgewiesen – stehen allen Mitarbeitenden unabhängig von ihrem Beschäftigungsgrad (z.B. Vollzeit/Teilzeit), Standort, Alter, Geschlecht und Herkunft zur Verfügung.

Im Ergebnis erwartet die HCOB durch die unterschiedlichen Möglichkeiten im Rahmen der Kompetenzentwicklung die gleichberechtigte Karriereentwicklung aller Mitarbeitenden sowie eine gestärkte Kompetenz im Umgang mit Phasen hoher Arbeitsbelastung.

Performance Management

Die HCOB hat einen bankweiten Performance Management-Prozess eingeführt, der aus mindestens zwei Beurteilungs- und Entwicklungsgesprächen pro Jahr sowie einem Leistungsmanagement- und Zielvereinbarungssystem besteht. Durch das bankweit nach einheitlichen Maßstäben durchgeführte Beurteilungssystem, welches u.a. in den Personalkonferenzen kalibriert wird, fördert dieser Prozess die Chancengleichheit. Die Entwicklungsgespräche dienen dazu, Entwicklungsbedarfe zu identifizieren, und statten Mitarbeitende durch Kompetenzentwicklung entsprechend für herausfordernde Arbeitsbelastungen aus.

Zu Beginn des Jahres findet eine Leistungsbeurteilung zwischen Führungskraft und Mitarbeiter:in statt, bei der Rückmeldungen zur Leistung und Entwicklung des Vorjahres gegeben und Ziele sowie Schulungspläne für das kommende Jahr vereinbart werden. Schulungen können interne oder externe Maßnahmen umfassen, die persönliche Entwicklung, fachliches Wissen und allgemeines Bankwissen fördern. Ergebnisse werden in jährlichen Personalkonferenzen betrachtet und kalibriert.

Die in [„S1-13 Kennzahlen für Weiterbildung und Kompetenzentwicklung“](#) aufgeführten Informationen zeigen die Wirksamkeit der Maßnahmen.

HR Development und Talent Management

Seit 2023 steht allen Mitarbeitenden die E-Learning-Plattform Masterplan zur Verfügung, welche eine große Auswahl an Online-Seminaren zur fachlichen und persönlichen Weiterbildung bietet. Zusätzlich werden Online-Sprachseminare sowie Workshops der Sozialberatung, E-Learning-Angebote wie das Moodys Cash-Flow-Training, Data Analytics-Training und individuelles Coaching angeboten.

Im Berichtsjahr 2025 starteten 21 Mitarbeitende im Growth Program, das in Form von Workshops und Trainings die Themen Persönlichkeitsanalyse, Selbstreflexion, strategisches Denken und Kommunikation fördert.

Förderung junger Talente

In Kooperation mit der Hamburg School of Business Administration (HSBA) ermöglicht die Bank ein duales Studium in Betriebswirtschaftslehre oder Wirtschaftsinformatik. Das duale Studium dauert drei Jahre, in denen der Bachelor-Abschluss erworben wird und gleichzeitig Erfahrungen in verschiedenen Abteilungen der Bank (in Hamburg und Kiel) gesammelt werden. Absolvent:innen mit überdurchschnittlichen Ergebnissen erhalten ein Angebot für eine unbefristete Anstellung. Im Jahr 2025 starteten sechs dual Studierende in der HCOB.

Die Bank bietet zudem Praktika für Studierende an, um erste Berufserfahrungen zu sammeln. Absolvent:innen können ein individuelles 18-monatiges Traineeprogramm absolvieren, das praxisnah in verschiedenen Bereichen gestaltet ist. Im Jahr 2025 starteten fünf Trainees in der HCOB.

Interner Stellenmarkt

Die HCOB bietet ein breites Angebot von verschiedenen Jobprofilen und schafft somit sichere Alternativen, sich intern weiterzuentwickeln. Durch die Selbstverpflichtung, jede offene Vakanz intern auszuschreiben, fördert die HCOB interne Mobilität durch einen internen Stellenmarkt, der allen Mitarbeitenden gleichermaßen Entwicklungsmöglichkeiten bietet und damit die Chancengleichheit in der Belegschaft fördert.

Wirksamkeit der Maßnahmen

Die Maßnahmen und angebotenen Unternehmensleistungen der HCOB sind auf die Bedürfnisse der Mitarbeitenden und der Bank abgestimmt. Um dies sicherzustellen, wurden Mitarbeitende und Arbeitnehmervertretungen in die Zusammenstellung und dahinterliegenden Strategien (siehe [„S1-1 Konzepte im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens“](#)) einbezogen. Wöchentliche Termine mit den Betriebsräten unterstützten den Austausch während der Verhandlungen und führten zu den abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen. Die Optimierung der Maßnahmen erfolgt ebenfalls in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsräten, wobei ein regelmäßiger, monatlicher Austausch sichergestellt ist.

Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird durch verschiedene Mechanismen verfolgt und bewertet, um sicherzugehen, dass die gewünschten Ergebnisse eintreten und keine negativen Auswirkungen entstehen. Das Personalcontrolling berichtet über wichtige KPIs wie Krankheitstage, Frauenquote und Gender-Pay-Gap, um potenzielle Trends frühzeitig zu erkennen. Ein monatlicher Dialog mit den Betriebsräten dient dazu, Bedenken der Mitarbeitenden aufzunehmen und die Wirkung der Maßnahmen zu überprüfen. Zusätzlich liefern

Mitarbeitendenbefragungen wertvolle Einblicke in die Zufriedenheit und Akzeptanz der Maßnahmen, was eine fortlaufende Verbesserung sicherstellt und die Zielerreichung gewährleistet.

Kennzahlen und Ziele

S1-5 Ziele im Zusammenhang mit der Bewältigung wesentlicher negativer Auswirkungen, der Förderung positiver Auswirkungen und dem Umgang mit wesentlichen Risiken und Chancen

Die HCOB hat für das kommende Berichtsjahr 2026 folgende Ziele identifiziert, um das in [„S1 ESRS 2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#) identifizierte Thema „Gleichbehandlung und Chancengleichheit: Zu geringe Berücksichtigung von Chancengleichheit“ zu adressieren:

1. Erreichen eines Anteils von 33 % für das unterrepräsentierte Geschlecht (derzeit Frauen) in Managementfunktionen/Senior Expert:innenebene¹⁾ bis Ende 2027.

Für die Messung der Fortschritte wird der Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts (derzeit Frauen) in Managementfunktionen/Senior Expert:innenebene des Berichtsjahres 2025 (31,6 %, Stichtag: 31. Dezember 2025) herangezogen. Im Vorjahr lag die Quote zum Stichtag 31. Dezember 2024 bei 31,4 %. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen.

Die Gleichstellungsbeauftragten/Diversity Manager:innen waren in die Gestaltung dieses Zieles involviert.

¹⁾ Managementfunktionen unterhalb der Bereichsleitungsebene; basierend auf der Anzahl an Mitarbeitenden (ausgenommen der dauerhaft inaktiven Mitarbeitenden).

2. Erreichen eines Anteils von 33 % für das unterrepräsentierte Geschlecht (derzeit Frauen) auf Bereichsleitungsebene²⁾ bis Ende 2027.

Für die Messung der Fortschritte wird der Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts (derzeit Frauen) auf Bereichsleitungsebene des Berichtsjahres 2025 (31,3 %, Stichtag: 31. Dezember 2025) herangezogen. Im Vorjahr lag die Quote zum Stichtag 31. Dezember 2024 bei 22,2 %. Die Diskrepanz zwischen den beiden Berichtsjahren resultiert aus der vorgenommenen strategischen Fokussierung und Reorganisation.

Die Gleichstellungsbeauftragten/Diversity Manager:innen waren in die Gestaltung dieses Zieles involviert.

²⁾ Basierend auf der Anzahl an Mitarbeitenden (ausgenommen der dauerhaft inaktiven Mitarbeitenden).

Methodik und Scope der Zielsetzungen

Die Ziele umfassen alle Konzernstandorte der HCOB und werden durch den Unternehmensbereich HR gesteuert und überprüft. Für die Festlegung der Ziele wurden keine spezifischen Methodiken und/oder signifikante Annahmen getätigt. Es sind keine Änderungen der Parameter und/oder der Messmethodiken zum Vorjahr aufzuweisen. Die Ziele werden in absoluten Zahlen gemessen. Etappen und Zwischenziele sind nicht definiert.

Unterstützende Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele

Insbesondere die in [„S1-4 Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitskräfte“](#) dargelegten Maßnahmen für die Gleichstellung der Geschlechter und gleicher Lohn für gleiche Arbeit, zur Ausbildung & Kompetenzentwicklung, zur Förderung von Beruf und Familie sowie Vielfalt zählen auf die Zielerreichung ein.

S1-6 Merkmale der Arbeitnehmenden des Unternehmens

Aufteilung der Mitarbeitenden nach Geschlecht (in Köpfen)

Geschlecht	2025	2024
Frauen	378	405
Männer	592	631
Divers	-	-
Nicht angegeben	-	-
Gesamt	970	1.036

Anmerkung:

Die Daten bezüglich der Beschäftigten beziehen sich auf Mitarbeitende der HCOB. Es werden aktive Mitarbeitende, Mitarbeitende in Elternzeit, Dauerkranke und Mitarbeitende in Freistellung berücksichtigt, nicht jedoch Vorruheständler:innen. Die angegebene Mitarbeitendenzahl entspricht 862,4 VAK.

Aufteilung der Mitarbeitenden nach Ländern (in Köpfen)

Land	2025	2024
Deutschland	896	952

Anmerkung:

Darstellung der Beschäftigtenzahl in Ländern, in denen das Unternehmen mindestens 50 Beschäftigte hat, die mindestens 10 % der Gesamtzahl der Beschäftigten des Unternehmens ausmachen.

Aufteilung der Mitarbeitenden nach Vertragstyp und Geschlecht (in Köpfen)

Anzahl in Köpfen	2025				Gesamt
	Frauen	Männer	Divers	Nicht angegeben	
Gesamt	378	592	-	-	970
Festangestellte Mitarbeitende	362	561	-	-	923
Befristete Mitarbeitende	16	31	-	-	47
Zeitarbeitskräfte	-	-	-	-	-
Vollzeit Mitarbeitende	216	555	-	-	771
Teilzeit Mitarbeitende	138	21	-	-	159

Aufteilung der Mitarbeitenden nach Vertragstyp und Geschlecht (in Köpfen)

Anzahl in Köpfen	2024				Gesamt
	Frauen	Männer	Divers	Nicht angegeben	
Gesamt	405	631	-	-	1.036
Festangestellte Mitarbeitende	380	591	-	-	971
Befristete Mitarbeitende	25	40	-	-	65
Zeitarbeitskräfte	-	-	-	-	-
Vollzeit Mitarbeitende	244	596	-	-	840
Teilzeit Mitarbeitende	136	22	-	-	158

Anmerkung:

Die Daten bezüglich der Beschäftigten beziehen sich auf Mitarbeitende der HCOB. Für die Aufteilung in Voll- und Teilzeit werden nur aktive Mitarbeitende, nicht aber Mitarbeitende in Elternzeit, Dauerkranke, Vorruheständler:innen und Mitarbeitende in Freistellung berücksichtigt. Zeitarbeitskräfte werden aufgrund der Phase-in-Regelung (ESRS 1, Anlage C) nicht berücksichtigt.

Aufteilung der Mitarbeitenden nach Region (in Köpfen)

Anzahl in Köpfen	2025			2024		
	Deutschland	Ausland	Gesamt	Deutschland	Ausland	Gesamt
Gesamt	896	74	970	952	84	1.036
Festangestellte Mitarbeitende	851	72	923	889	82	971
Befristete Mitarbeitende	45	2	47	63	2	65
Zeitarbeitskräfte	-	-	-	-	-	-
Vollzeit Mitarbeitende	705	66	771	764	76	840
Teilzeit Mitarbeitende	152	7	159	152	6	158

Anmerkung:

Die Daten bezüglich der Beschäftigten beziehen sich auf Mitarbeitende der HCOB. Für die Aufteilung in Voll- und Teilzeit werden nur aktive Mitarbeitende, nicht aber Mitarbeitende in Elternzeit, Dauerkranke, Vorruheständler:innen und Mitarbeitende in Freistellung berücksichtigt. Zeitarbeitskräfte werden aufgrund der Phase-in-Regelung (ESRS 1, Anlage C) nicht berücksichtigt.

Personalfluktuationsrate

Im Berichtszeitraum 2025 haben 127 Mitarbeitende die Bank und Konzerngesellschaften verlassen (Vorjahr: 97 Mitarbeitende). In dieser Zahl sind alle Austritte von Mitarbeitenden, die freiwillig oder wegen Entlassung, Ablauf der Befristung (auch Praktikant:innen), Eintritt in den (Vor-)Ruhestand oder Tod ausgeschieden sind, berücksichtigt. Im Berichtsjahr hat die Bank neu auch Austritte aufgrund von befristeten Arbeitsverhältnissen in die Quote mit einbezogen und auch die Vorjahresquote entsprechend neu berechnet und angepasst. Die sich dadurch ergebende jährliche Fluktuationsrate beträgt 12,5 % auf Konzernebene am 31. Dezember 2025 (Vorjahr: 9,5 %). Davon sind 2,7 % (Vorjahr: 2,1 %) auf (planmäßige) Austritte aufgrund von Beendigung befristeter Arbeitsverhältnisse und 4,2 % (Vorjahr: 3,8 %) auf Austritte aufgrund Kündigungen von Mitarbeitenden zurückzuführen (auf Konzernebene am 31. Dezember 2025).

Die Fluktuationsraten werden jeweils als Quotient aus Mitarbeitenden, die im laufenden Berichtsjahr das Unternehmen verlassen haben, und der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeitenden des laufenden Berichtsjahres berechnet.

S1-7 Merkmale der Fremdarbeitskräfte des Unternehmens

Die HCOB verzichtet im Berichtsjahr 2025 auf die Angabe von Informationen über die Tätigkeiten oder Merkmale der nicht angestellten Beschäftigten aufgrund der Phase-in-Regelung (ESRS 1, Anlage C).

S1-8 Tarifvertragliche Abdeckung und sozialer Dialog
Aufteilung der Mitarbeitenden nach tarifvertraglicher Abdeckung (in Köpfen)

2025	Tarifvertragliche Abdeckung		Sozialer Dialog
	Beschäftigte – EWR (für Länder mit >50 Beschäftigten, die >10 % der Gesamtzahl ausmachen)	Beschäftigte – Nicht-EWR-Länder (Schätzung für Regionen mit >50 Beschäftigten, die >10 % der Gesamtzahl ausmachen)	Vertretung am Arbeitsplatz (nur EWR) (für Länder mit >50 Beschäftigten, die >10 % der Gesamtzahl ausmachen)
Abdeckungsgrad			
0–19 %	-	-	-
20–39 %	Deutschland	-	-
40–59 %	-	-	-
60–79 %	-	-	-
80–100 %	-	-	Deutschland

Anmerkung:

Für das Berichtsjahr 2025 bestand kein europäischer Betriebsrat und es ergaben sich hinsichtlich der tarifvertraglichen Abdeckung sowie des sozialen Dialogs keine Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

S1-9 Diversitätskennzahlen

Gleichstellung/Diversität: Anzahl Mitarbeitende (in Köpfen)

2025									
Alter in Jahren	Gesamt (Anzahl)	Frauen (Anzahl)	Frauen (%)	Männer (Anzahl)	Männer (%)	Divers (Anzahl)	Divers (%)	Nicht an- gegeben (Anzahl)	Nicht an- gegeben (%)
Oberste Führungsebene¹⁾	16	5	31 %	11	69 %	-	- %	-	- %
Unter 30	-	-	- %	-	- %	-	- %	-	- %
30 bis 50	8	4	50 %	4	50 %	-	- %	-	- %
Über 50	8	1	13 %	7	88 %	-	- %	-	- %
Weitere Beschäftigte²⁾	954	373	39 %	581	61 %	-	- %	-	- %
Unter 30	104	37	36 %	67	64 %	-	- %	-	- %
30 bis 50	432	179	41 %	253	59 %	-	- %	-	- %
Über 50	418	157	38 %	261	62 %	-	- %	-	- %
Gesamt	970	378	39 %	592	61 %	-	- %	-	- %
Unter 30	104	37	36 %	67	64 %	-	- %	-	- %
30 bis 50	440	183	42 %	257	58 %	-	- %	-	- %
Über 50	426	158	37 %	268	63 %	-	- %	-	- %

Gleichstellung/Diversität: Anzahl Mitarbeitende (in Köpfen)

2024									
Alter in Jahren	Gesamt (Anzahl)	Frauen (Anzahl)	Frauen (%)	Männer (Anzahl)	Männer (%)	Divers (Anzahl)	Divers (%)	Nicht an- gegeben (Anzahl)	Nicht an- gegeben (%)
Oberste Führungsebene¹⁾	18	4	22 %	14	78 %	-	- %	-	- %
Unter 30	-	-	- %	-	- %	-	- %	-	- %
30 bis 50	6	2	33 %	4	67 %	-	- %	-	- %
Über 50	12	2	17 %	10	83 %	-	- %	-	- %
Weitere Beschäftigte²⁾	1.018	401	39 %	617	61 %	-	- %	-	- %
Unter 30	131	49	37 %	82	63 %	-	- %	-	- %
30 bis 50	490	197	40 %	293	60 %	-	- %	-	- %
Über 50	397	155	39 %	242	61 %	-	- %	-	- %
Gesamt	1.036	405	39 %	631	61 %	-	- %	-	- %
Unter 30	131	49	37 %	82	63 %	-	- %	-	- %
30 bis 50	496	199	40 %	297	60 %	-	- %	-	- %
Über 50	409	157	38 %	252	62 %	-	- %	-	- %

¹⁾ Die oberste Führungsebene im Sinne von ESRs 2 umfasst alle Bereichsleitungen.

²⁾ Inklusive Abteilungsleitungen.

S1-10 Angemessene Entlohnung

Das Vergütungssystem der HCOB umfasst fixe und variable Bestandteile, abgestimmt auf den relevanten Markt, und dient der Gewinnung und Bindung von Mitarbeitenden. Es verfolgt das Ziel, nachhaltige Leistung zu fördern und eine angemessene Entwicklung auf allen Ebenen zu unterstützen. Wie auch im Vorjahr werden keine Mitarbeitenden (0 %) unterhalb des geltenden Richtwerts (Mindestlohn) für angemessene Entlohnung bezahlt.

Ergänzend wird verwiesen auf [„S1-8 Tarifvertragliche Abdeckung und sozialer Dialog“](#) mit Hinblick auf eine angemessene Entlohnung aufgrund weitreichender tarifvertraglicher Abdeckung und Regelungen.

S1-11 Soziale Absicherung

Die HCOB legt großen Wert auf den Sozialschutz ihrer Mitarbeitenden. Wie auch im Vorjahr sind an allen Konzernstandorten ihre Mitarbeitenden zu 100 % gegen Verdienstverluste durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfälle, Elternurlaub und Ruhestand abgesichert. Diese Absicherungen sind entweder gesetzlich vorgeschrieben oder betrieblich geregelt (z.B. zusätzliche betriebliche Altersvorsorge und Übernahme oder Bezuschussung privater Krankenversicherungen an ausgewählten Standorten). Betriebliche Absicherungen können je nach Standort in ihrem Angebot und ihrer Höhe variieren.

S1-12 Menschen mit Behinderungen

Anteil von Beschäftigten mit Behinderungen

(%)	2025	2024
Mitarbeitende gesamt	5,7 %	5,0 %
davon Frauen	3,1 %	2,8 %
davon Männer	2,5 %	2,2 %
davon Divers	- %	- %
davon Nicht angegeben	- %	- %

Anmerkung:

Die Daten bezüglich der Beschäftigten mit Behinderungen beziehen sich auf alle Mitarbeitenden der HCOB und berücksichtigen in Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben aktive Mitarbeitende, Mitarbeitende in Elternzeit, Dauerkranke, Mitarbeitende in Freistellung und Vorruhestandler:innen.

S1-13 Kennzahlen für Weiterbildung und Kompetenzentwicklung

Wie auch im Vorjahr unterlagen alle Mitarbeitenden der HCOB im Geschäftsjahr 2025 dem bankweiten Performance Management. Dieses beinhaltet mindestens zwei Leistungs- und Karriereentwicklungsgespräche im Jahr. Die Konzerngesellschaft Klarphos unterliegt nicht dem formellen Performance Management.

Weitere Informationen zu dem Performance Management finden sich in [„S1-1 Konzepte im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens“](#) und [„S1-4 Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitskräfte“](#).

Schulungen und Kompetenzentwicklung

	2025	2024
Teilnahme an regelmäßigen Leistungs- und Karriereentwicklungsgesprächen	Prozentualer Anteil der Mitarbeitenden	Prozentualer Anteil der Mitarbeitenden
Gesamt	99 %	99 %
davon Frauen	98 %	98 %
davon Männer	99 %	99 %
davon Divers	- %	- %
davon Nicht angegeben	- %	- %
Schulungsstunden zur Personalentwicklung	Durchschnittliche Schulungsstunden je Mitarbeitenden	Durchschnittliche Schulungsstunden je Mitarbeitenden
Gesamt	20	25
davon Frauen	18	26
davon Männer	22	24
davon Divers	-	-
davon Nicht angegeben	-	-

Anmerkung:

In den durchschnittlichen Schulungsstunden zur Personalentwicklung sind obligatorische Schulungsstunden enthalten. Bei der Ermittlung der Schulungsstunden sind Schulungen von Mitarbeitenden, die diese in ihrer Funktion als Aufsichtsratsmitglied durchgeführt haben, nicht in der Berechnung inkludiert.

S1-14 Kennzahlen für Gesundheitsschutz und Sicherheit

Wie auch im Vorjahr sind 100 % der Mitarbeitenden durch ein Gesundheits- und Sicherheitsmanagementsystem abgedeckt. Die HCOB wurde 2022 von der Hamburger Behörde für Arbeitssicherheit als „Unternehmen mit vorbildlichem Arbeitsschutz“ zertifiziert (gültig für sechs Jahre).

Im Berichtsjahr 2025 waren fünf meldepflichtige Arbeitsunfälle (Vorjahr: drei), daraus resultierend 153 Krankheitstage, und keine arbeitsbedingten Erkrankungen (Vorjahr: keine) zu verzeichnen. Die Quote der Arbeitsunfälle beläuft sich auf 3,3 Fälle pro 1 Mio. geleistete Arbeitsstunden (Vorjahr: 2 Fälle pro 1 Mio. geleistete Arbeitsstunden). Für die Ermittlung der Quote wurden die geleisteten Arbeitsstunden auf Basis der bereinigten Soll-Arbeitsstunden berechnet. Todesfälle basierend auf arbeitsbedingten Verletzungen und arbeitsbedingten Erkrankungen sind nicht zu vermelden.

Weitere Informationen zu Sicherheitsstandards und Maßnahmen finden sich in [„S1-1 Konzepte im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens“](#) und [„S1-4 Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitskräfte“](#).

S1-15 Kennzahlen für die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

Wie im Vorjahr haben die Mitarbeitenden der HCOB auch im Berichtsjahr 2025 (100 %) konzernweit einen Anspruch auf Urlaub aus familiären Gründen im Rahmen der Sozialpolitik und (oder) von Tarifverträgen.

Genommener Urlaub aus familiären Gründen

Anteil in %	2025	2024
Gesamt	9,4 %	10,7 %
davon Frauen	6,3 %	6,6 %
davon Männer	3,1 %	4,1 %
davon Divers	- %	- %
davon Nicht angegeben	- %	- %

S1-16 Vergütungskennzahlen (Verdienstunterschiede und Gesamtvergütung)

Gender-Pay-Gap

Die HCOB fördert Gleichbehandlung und Chancengleichheit durch faire Bezahlung ohne geschlechtsspezifische Nachteile. Der Gender-Pay-Gap wird jährlich durch HR ermittelt. Der unbereinigte Gender-Pay-Gap betrachtet die prozentuale Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern – losgelöst von Karrierelevel, Erfahrung, Qualifikation und Tätigkeit.

Für das Berichtsjahr 2025 hat die HCOB einen unbereinigten Gender-Pay-Gap von 21,4 % (Vorjahr: 24,6 %) ermittelt. Dabei wurden Mitarbeitende aller Ebenen unterhalb des Vorstandes in der Analyse berücksichtigt, einschließlich aller Standorte der Bank im Ausland.

Jährliches Verhältnis der Gesamtvergütung

Die Analyse der jährlichen Gesamtvergütung untersucht das Verhältnis zwischen der höchstbezahlten Person (inkl. Vorständen) und dem Median der jährlichen Gesamtvergütung aller Mitarbeitenden. Für das Jahr 2025 beträgt das jährliche Verhältnis zur Gesamtvergütung 65,2 (Vorjahr: 74,6).

S1-17 Vorfälle, Beschwerden und schwerwiegende Auswirkungen im Zusammenhang mit Menschenrechten

Vorfälle im Zusammenhang mit Menschenrechten

Anzahl/Mio. €	2025	2024
Anzahl der Diskriminierungsvorfälle	-	-
Anzahl der Beschwerden, die über die Kanäle eingereicht wurden, über die Personen aus der eigenen Belegschaft Bedenken äußern können	2	4
Anzahl der Beschwerden, die bei den nationalen Kontaktstellen für multinationale OECD-Unternehmen eingereicht wurden	-	-
Höhe der materiellen Bußgelder, Strafen und Schadensersatzleistungen infolge von Verstößen gegen soziale und menschenrechtliche Faktoren einschließlich Belästigung und eingereichter Beschwerden	- €	- €
Anzahl der schwerwiegenden Menschenrechtsprobleme und -vorfälle im Zusammenhang mit der eigenen Belegschaft	-	-

Anmerkung:

Die eingereichten Beschwerden wurden von den zuständigen Stellen ordnungsgemäß geprüft. Im Rahmen dieser Prüfung ergab sich kein Tatbestand eines Diskriminierungsvorfalles, weshalb auch keine Bußgelder, Strafen oder Schadensersatzleistungen zustande kamen.

ESRS S2 Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette

Strategie

ESRS 2 SBM-2 Interessen und Standpunkte der Interessenträger

Angaben im Zusammenhang mit der Einbindung von Interessen, Standpunkten und Rechten der Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette finden sich im Kapitel [„ESRS 2 Allgemeine Angaben“](#) im Abschnitt [„SBM-2 Interessen und Standpunkte der Interessenträger“](#).

ESRS 2 SBM-3 Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Die folgende Tabelle fasst die wesentlichen Auswirkungen auf, die als die für die HCOB relevanten Nachhaltigkeitsaspekte als Ergebnis der Wesentlichkeitsanalyse identifiziert wurden (siehe hierzu Kapitel [„ESRS 2 Allgemeine Angaben“](#), insbesondere Abschnitt [„SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#)), und stellt die mitigierenden Konzepte dar.

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Arbeitsbedingungen			
Negative Auswirkung: Kritische Arbeitsbedingungen sowie Verletzung von Menschenrechten und Umweltstandards (Dimension: Corporate)	Lieferantenkodex	Prüfprozess für potenzielle Lieferant:innen	keine Ziele definiert
Negative Auswirkung: Kritische Arbeitsbedingungen auf Schiffen (Dimension: Portfolio)	– „Kredithandbuch“ – „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das ESG-Scoring	– Vollumfängliche Anwendung des Compliance Assessment & des Sector Restrictions Check und des ESG-Scorings für neue Transaktionen – Ausschluss von Neugeschäften mit Note 5 oder 6	keine Ziele definiert

Corporate: Im Rahmen der Anforderungen des ESRS 2 Allgemeine Angaben analysiert die HCOB die Auswirkungen, Risiken und Chancen in Bezug auf Arbeitnehmer:innen in der Wertschöpfungskette. Diese Analyse ist entscheidend, um Strategien zu entwickeln, die den ökonomischen Erfolg mit sozialer Verantwortung und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden. Die identifizierten potenziellen negativen Auswirkungen betreffen Arbeitsbedingungen, die nicht im Einklang mit allgemein anerkannten Sozialstandards stehen, sowie potenzielle Verletzungen von Menschenrechten und/oder Umweltstandards bei Lieferant:innen. Diese können zu negativen Auswirkungen bei den betroffenen Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette führen. Die HCOB berücksichtigt alle Arbeitnehmer:innen in der Wertschöpfungskette, insbesondere Beschäftigte in der vorgelagerten Lieferkette.

Die Bank bezieht vor allem Unternehmens-, IT- und Beratungsdienstleistungen sowie Gebäudedienstleistungen und Bürobedarf von Lieferant:innen, die entweder an HCOB-Standorten oder extern tätig sind. Informationen zur Vertrags- oder Anstellungsart der betroffenen Arbeitskräfte liegen nicht vor. Es

gibt keine spezifischen Gruppen von Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette, die als besonders anfällig identifiziert wurden.

Ein erhöhtes Risiko für Kinder- oder Zwangsarbeit wurde nicht festgestellt, weil die HCOB primär ihre Aufträge in Europa sowie an ein in Indien ansässiges, international tätiges und somit internationalen Standards unterliegendes Unternehmen vergibt.

Die in der doppelten Wesentlichkeitsanalyse analysierten potenziellen negativen Auswirkungen werden mittels des Prüfprozesses für potenzielle Lieferant:innen bei allen ausgelagerten Dienstleistungen überprüft, es wurden jedoch keine systemischen Auswirkungen identifiziert (siehe hierzu [„S2-4 Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen auf Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette und Ansätze zum Management wesentlicher Risiken und zur Nutzung wesentlicher Chancen im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette sowie die Wirksamkeit dieser Maßnahme“](#)).

Um potenzielle negative Auswirkungen und Risiken besser zu verstehen und kritische Warengruppen zu identifizieren, führt die HCOB Risikoanalysen durch.

Portfolio: Im Rahmen der doppelten Wesentlichkeitsanalyse hat die HCOB potenzielle negative Auswirkungen auf Arbeitskräfte auf finanzierten Schiffen in der nachgelagerten Wertschöpfungskette identifiziert. Kritische Arbeitsbedingungen wie lange Arbeitszeiten und langandauernde Abwesenheiten von zu Hause verbunden mit physischen und psychischen Belastungen können sich negativ auf die betroffenen Arbeitskräfte auswirken. Im Berichtsjahr wurden in diesem Zusammenhang keine Vorfälle gemeldet. Durch die Charakteristik der Schifffahrt kann kein eindeutiger geografischer Bezug hergestellt werden. In diesem Zusammenhang konnte kein erhöhtes Risiko für Kinder- oder Zwangsarbeit festgestellt werden. Die potenziell negativen Auswirkungen sind mit der Geschäftsstrategie dahingehend verbunden, dass die HCOB Schiffsfinanzierung betreibt. Eine Beeinflussung der Strategie erfolgt indirekt insbesondere im Rahmen des Kreditüberwachungsprozesses. Die HCOB hat keine positiven Auswirkungen oder Chancen in diesem Bereich festgestellt.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

S2-1 Konzepte im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette

Corporate: Die HCOB verfolgt einen strategischen Ansatz zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung wesentlicher sozialer und ökologischer negativer Auswirkungen in der Wertschöpfungskette. Der Fokus liegt auf der Minimierung negativer Auswirkungen wie der Verletzung von Menschenrechten sowie Arbeits- und Umweltstandards. Internationale Standards wie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen bilden die Grundlage der Strategie. Der HCOB sind keine Fälle bekannt, die gegen diese Leitprinzipien verstoßen. Der Lieferantenkodex der HCOB enthält Anforderungen an die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards. Besonderes Augenmerk wird auf kritische Warengruppen wie Gebäude und Grundstücke (GuG), Büro- und Geschäftsausstattung (BGA) sowie IT-Hardware gelegt, da hier höhere Risiken bestehen. Für die Umsetzung ist der Unternehmensbereich Procurement & Vendor Management verantwortlich.

Der Lieferantenkodex verpflichtet alle Lieferant:innen unter anderem zur Einhaltung von Menschenrechtsstandards, einschließlich des Verbots von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Menschenhandel. Vor der vertraglichen Zusammenarbeit müssen Lieferant:innen den Kodex schriftlich anerkennen. Verträge enthalten in der Regel Auditrechte, die sicherstellen, dass die Einhaltung dieser Standards überprüft werden kann. Dies ermöglicht eine anlassbezogene Überwachung und gegebenenfalls Anpassungen.

Aktuell werden keine Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette in den Prozess der beschriebenen Konzepte bzw. deren Erstellung einbezogen.

Die Bank bietet die Möglichkeit, dass Arbeitskräfte der Wertschöpfungskette Missstände oder Menschenrechtsverletzungen anonym melden können. Diese Beschwerdewege werden durch eine externe Ombudsperson begleitet, die hilft, gemeldete Verstöße zu bewerten und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. Ziel ist es, sicherzustellen, dass jede gemeldete Verletzung bearbeitet wird und langfristige Lösungen umgesetzt werden (siehe hierzu detaillierte Informationen im Kapitel [„G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung“](#)).

Portfolio: Zu der potenziell negativen Auswirkung „kritische Arbeitsbedingungen“ gehören lange Arbeitszeiten, langandauernde Abwesenheiten auf See sowie physische und psychische Belastungen. Solche Bedingungen können schwerwiegende Folgen für die betroffenen Arbeitskräfte haben und erfordern gezielte Maßnahmen. Gute Arbeitsbedingungen an Bord von Schiffen sind nicht nur für die Gesundheit der Arbeitskräfte wichtig, sondern auch für die Sicherheit der Schifffahrt. Die Einhaltung von Standards wie Gleichstellung und Nichtdiskriminierung trägt dazu bei, Risiken zu minimieren. Zudem helfen gute Arbeitsbedingungen, die Wahrscheinlichkeit von Unfällen zu verringern, die durch menschliches Versagen verursacht werden können.

Um die potenziell negativen Auswirkungen auf Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette zu steuern, welche für den Shipping-Sektor als wesentlich identifiziert wurden, baut die HCOB neben eigenen Konzepten vorrangig auf internationale Standards, welche von der HCOB als Leitlinien für ihre Kund:innen herangezogen werden. Daher stellt die Bank bei der Steuerung der identifizierten wesentlichen Auswirkungen hauptsächlich auf die externen Konzepte und Richtlinien der IMO ab.

Die IMO hat Regulierungen eingeführt, die auf die Einhaltung der Arbeitsbedingungen in der Schifffahrt abzielen. Diese Standards werden weltweit angewandt. Die Überwachung, ob die finanzierten Schiffe diese Vorgaben einhalten, erfolgt maßgeblich im Rahmen der durch die jeweiligen Flaggenstaaten veranlassten Kontrollen und diese stellen sicher, dass alle relevanten Vorschriften eingehalten werden.

Der internationale Rechtsrahmen für maritime Aktivitäten, verbindlich auch für von der HCOB finanzierte Schiffe, wird durch das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) festgelegt. Darüber hinaus existieren vier zentrale Konventionen bzw. regulatorische Rahmenwerke, die als die „vier Säulen des internationalen Seerechts“ bekannt sind und Sicherheits-, Umwelt-, Ausbildungs- und Arbeitsaspekte abdecken:

- SOLAS 1974 (International Convention for the Safety of Life at Sea von 1974)
UN-Konvention zur Schiffssicherheit, internationaler Mindeststandard für die Sicherheit an Bord von Handelsschiffen, welcher eine Vielzahl von Themen umfasst, wie z.B. Stabilität, Brandschutz, Rettungsausrüstung, Funkkommunikation, Navigationssicherheit und Sicherheitsmaßnahmen für Schiffe, die in Polarregionen operieren.
- MARPOL (International Convention for the Prevention of Pollution from Ships)
Konvention der IMO, ein weltweit geltendes Umweltabkommen für die Schifffahrt, welches die rechtliche Grundlage für den Umweltschutz in der Schifffahrt darstellt und relevante Bestimmungen zu Themen wie z.B. Reduktion der Luftverschmutzung, Sonderregelungen für die sogenannten Emissionskontrollgebiete (ECAs) und Anforderungen an die Energieeffizienz von Schiffen umfasst.
- STCW (Standards of Training, Certification and Watchkeeping for Seafarers)
Konvention der IMO, die verbindliche Mindeststandards für die Ausbildung von Seeleuten weltweit festlegt, dient insbesondere dem Schutz des menschlichen Lebens, soll aber auch materielle Güter auf See und die Meeresumwelt schützen; umfasst verbindliche Regeln, u.a. Mindestanforderungen an Ausbildungsinhalte für das Personal und den Kapitän, Regeln zur Funkkommunikation und bei Notfällen sowie zu Arbeitsschutz, medizinischer Versorgung und Überlebensfunktionen. Die Konvention gilt für Seeleute, die auf Seeschiffen arbeiten, die unter der Flagge eines Staates fahren, für den die Konvention in Kraft getreten ist, aber auch für Schiffe aus anderen Flaggenstaaten, wenn sie die Häfen eines sogenannten „STCW-Staates“ anlaufen.
- MLC 2006 (Maritime Labour Convention von 2006)
Weltweit einheitliche Mindeststandards für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen an Bord von Seeschiffen – unabhängig von der Nationalität der Seeleute und der Flagge, unter der das Schiff fährt. Diese Mindeststandards decken eine Vielzahl von Themen ab, wie Arbeits- und Ruhezeiten, medizinische Tauglichkeit und Versorgung, Unterkünfte und Freizeit sowie die Ausbildung der Seeleute. Schiffe von Flaggenstaaten, die die Konvention nicht ratifiziert haben, können deren Standards nicht umgehen, sobald sie Häfen von Staaten anlaufen, die die Konvention ratifiziert haben. Wenn bei Inspektionen im Hafenstaat Verstöße festgestellt werden, können schwere Sanktionen verhängt werden – von Geldstrafen bis zur Festhaltung des Schiffes.

Die vier Übereinkommen decken die Bereiche Sicherheit, Umwelt, Ausbildung und Arbeitsbedingungen ab und zielen darauf ab, die Qualität der internationalen Seeschifffahrt durch einheitliche Standards stetig zu verbessern. Die Seeschifffahrt ist die einzige Branche weltweit mit einem dichten und global wirksamen Regulierungsrahmen, der die spezifischen Herausforderungen des Arbeitens auf See vollständig adressiert.

Die von der HCOB implementierten Konzepte bauen auf den oben beschriebenen Regularien der Schifffahrtsbranche auf und umfassen insbesondere das Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ für das Compliance Assessment und den Sector Restrictions Check, das „Kredithandbuch“ und das ESG-Scoring, die bereits in Bezug auf Prozessbeschreibung, Anwendungsbereich, Kommunikation und strategische Verantwortlichkeit im Abschnitt [„E1-1 Übergangsplan für den Klimaschutz“](#) beschrieben sind.

Die Konzepte und Richtlinien regeln die Integration von ESG-Kriterien in den Kreditprozess und steuern das Portfolio entsprechend. In der S-Note (soziale Aspekte) des ESG-Scorings wird mit einer Frage das Thema Arbeitsbedingungen durch die Prüfung, ob relevante Flaggenstaaten der finanzierten Schiffe die MLC 2006 ratifiziert haben, sowie durch Inspektionsergebnisse bewertet. Hierbei dient die aktuelle White, Grey and Black (WGB) Performance List des Paris Memorandum of Understanding (MoU) als Referenz.

Die Verantwortung für die operative Umsetzung liegt bei der Bereichsleitung „Credit Risk Center“. Die „White, Grey and Black (WGB) Performance List“ des Paris MoU kann auf der Homepage des Paris MoU abgerufen werden.

Darüber hinaus hat die Bank wie oben stehend beschrieben Mechanismen eingerichtet, über die Menschenrechtsverletzungen anonym gemeldet werden können.

S2-2 Verfahren zur Einbeziehung der Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette in Bezug auf Auswirkungen

Corporate: Obwohl die HCOB über den Lieferantenkodex Standards durchsetzt, besteht derzeit kein allgemeines Verfahren, das über die Unterzeichnung des Kodex hinausgeht, um die Arbeitskräfte der Lieferant:innen einzubeziehen.

Portfolio: Direkte Verfahren zur Einbeziehung der Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette bestehen auf Portfolioebene nicht. Die identifizierten negativen Auswirkungen, insbesondere „Kritische Arbeitsbedingungen auf Schiffen“, werden durch die unter [„S2-1 Konzepte im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette“](#) und [„S2-4 Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen auf Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette und Ansätze zum Management wesentlicher Risiken und zur Nutzung wesentlicher Chancen im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette sowie die Wirksamkeit dieser Maßnahmen“](#) beschriebenen Konzepte und Maßnahmen adressiert, weiter operationalisiert und implementiert.

S2-3 Verfahren zur Verbesserung negativer Auswirkungen und Kanäle, über die die Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette Bedenken äußern können

Corporate: Die HCOB hat ein Hinweisgebersystem implementiert, um strafrechtlich relevante Handlungen frühzeitig zu erkennen. Dieses wird von einer externen Ombudsperson einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft besetzt. Damit können auch alle Arbeitskräfte der Wertschöpfungskette vertraulich und anonym Hinweise auf strafrechtlich relevante Handlungen zu Lasten oder unter Missbrauch der Bank melden, wengleich die Reichweite auf die Geschäftspartner:innen und Lieferant:innen der Bank fokussiert. Die Ombudsperson garantiert unabhängig vom Meldekanal in jedem Fall höchste Vertraulichkeit, da die Bank auf Auskunfts- und Informationsansprüche verzichtet. Die Bearbeitung erfolgt gemäß der Datenschutzgrundverordnung unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte und Privatsphäre. Im Berichtsjahr wurde ein anonymes Chat-Tool mit der Ombudsperson eingeführt. Hierdurch wird noch stärker dem Erfordernis entsprochen, Hinweisgeber:innen vor Repressalien wie Kündigung, Mobbing oder Herabstufung zu schützen und das Vertrauen in das Hinweisgebersystem zu stärken.

Ergänzend zur Ombudsperson steht zusätzlich allen Hinweisgeber:innen, wie beispielsweise Mitarbeitenden oder Lieferant:innen, die Hinweisgeberstelle der HCOB (Unternehmensbereich Compliance) offen und kann telefonisch, schriftlich (Brief oder Mail) oder persönlich kontaktiert werden.

Die Kontaktdaten für die externe Ombudsstelle und die interne Hinweisgeberstelle sind auf der HCOB-Homepage und im Intranet veröffentlicht. Zudem enthält die schriftlich fixierte Ordnung einen festgelegten Prozess zur Verdachtsfallbearbeitung sowie eine Whistleblowing-Policy (siehe auch [„G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung“](#)).

Die Hinweisgeberstelle der HCOB (Unternehmensbereich Compliance) prüft Hinweise auf Plausibilität, strafrechtliche Relevanz und Risiko. Relevante Hinweise werden durch die Hinweisgeberstelle aufgenommen und gegebenenfalls unter Einbeziehung des Investigation Committee oder zusätzlicher Stellen weiterbearbeitet. Wesentliche und nicht wesentliche Hinweise sind Bestandteil der periodischen Compliance-Berichterstattung. Im Berichtsjahr 2025 sind keine Hinweise von Arbeitskräften aus der Wertschöpfungskette (Vorjahr: zwei Hinweise) bei der Ombudsperson eingegangen.

Portfolio: Die HCOB hat Maßnahmen zur Bearbeitung und Meldung von Beschwerden eingerichtet. Das Beschwerdeverfahren basiert auf internen Richtlinien, Prozessvorgaben und vom Vorstand genehmigten „Grundsätzen des Beschwerdemanagements“. Diese Grundsätze sind auf der HCOB-Homepage veröffentlicht und enthalten Regelungen zu Kommunikation, Fristen und Vorgehensweisen zur Behebung von Sachverhalten sowie mögliche externe Einbindungsstellen.

Beschwerden können telefonisch, schriftlich (Brief oder E-Mail) oder persönlich abgegeben werden. Die Kontaktdaten sind auf der Homepage der Bank sowie im Intranet verfügbar, ergänzt um Hinweise zur alternativen Streitbeilegung.

Das Beschwerdemanagement zielt in erster Linie auf die Wiederherstellung der Kundenzufriedenheit ab, kann jedoch auch von Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette oder externen Dritten genutzt werden, um Feedback oder Kritik zu äußern. In solchen Fällen erfolgt ein Verweis auf das Hinweisgebersystem bzw. die externe Whistleblowing-Stelle. Hierbei gelten die Vorgaben des Hinweisgeberschutzsystems.

Beschwerden werden nach Eingang auf Relevanz geprüft und entsprechend dokumentiert. Die Bank hält Meldefristen an die Aufsichtsbehörden ein und informiert Beschwerdeführer:innen stets über die Ergebnisse. Die Dokumentation erfolgt zentral in einer Beschwerdedatenbank. Quartalsweise Berichte gehen an den Vorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrates. Zudem wird jährlich ein Beschwerdebericht gemäß Art. 26 Abs. 6 Del. VO (EU) 2017/565 an die BaFin übermittelt.

Beschwerden von Arbeitskräften der Wertschöpfungskette lagen im Berichtszeitraum nicht vor (Vorjahr: keine Beschwerden).

S2-4 Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen auf Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette und Ansätze zum Management wesentlicher Risiken und zur Nutzung wesentlicher Chancen im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette sowie die Wirksamkeit dieser Maßnahmen

Corporate: Die HCOB adressiert kritische Arbeitsbedingungen, Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards als zentrale Aspekte ihrer unternehmerischen Verantwortung. Die Bank setzt verschiedene Maßnahmen ein, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Eine Wirksamkeit dieser Ansätze wird nicht überprüft.

Prüfprozess für potenzielle Lieferant:innen

Nachhaltigkeitsaspekte sind ein integraler Bestandteil des Prüfprozesses für Lieferant:innen und im Verhaltenskodex verankert, der auf dem Code of Conduct der HCOB basiert. Der Prüfprozess umfasst Bonitätsprüfungen, Abgleiche mit Sanktions- und Embargolisten sowie Negativnachrichten. Lieferant:innen müssen Datenschutzregeln einhalten und den Verhaltenskodex unterzeichnen, der Compliance, Arbeitsrecht, Chancengleichheit und Umweltschutz umfasst. Verstöße können zur Beendigung der Geschäftsbeziehung führen.

Lieferant:innen, die den Verhaltenskodex nicht akzeptieren, können ausgeschlossen werden. Verstöße können zur Beendigung der Geschäftsbeziehung führen. Neben den bestehenden Maßnahmen werden keine zusätzlichen Mittel eingesetzt, um den identifizierten Herausforderungen entgegenzuwirken.

Portfolio: Die unter „[S2-1 Konzepte im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette](#)“ genannten Konzepte und Richtlinien wurden im Berichtsjahr durch Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette kontinuierlich umgesetzt. Entsprechend den oben erläuterten Konzepten durchläuft jeder Kredit ein Compliance Assessment und einen Sector Restrictions Check und den ESG-Scoring-Prozess. Die Sector Restrictions im Dokument „ESG im Kredit- und Investmentprozess“ wurden im Kredit- und

Investmententscheidungsprozess vollständig angewandt. Es wurden ausschließlich konforme Geschäfte abgeschlossen.

Das ESG-Scoring, geregelt im „Kredithandbuch“, wurde im Kredit- und Investmentprozess vollständig angewandt. Nur Geschäfte mit einer Gesamtnote von mindestens 4 wurden abgeschlossen, während Kredite mit den Noten 5 und 6 ausgeschlossen blieben. Die Maßnahmen zum Compliance Assessment und Sector Restrictions Check und zum ESG-Scoring werden auch 2026 weiter durchgeführt.

Eine Nachverfolgung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen und Initiativen im Hinblick auf das Erzielen der erwünschten Ergebnisse für die Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette erfolgt nicht.

Im Berichtsjahr 2025 wurden keine schwerwiegenden Probleme oder Vorfälle im Zusammenhang mit Menschenrechten in der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette gemeldet.

Für das Management dieser wesentlichen Auswirkungen wurden keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt. Die Handhabung erfolgte vollständig im Rahmen des Kredit- und Investmententscheidungsprozesses.

Kennzahlen und Ziele

S2-5 Ziele im Zusammenhang mit der Bewältigung wesentlicher negativer Auswirkungen, der Förderung positiver Auswirkungen und dem Umgang mit wesentlichen Risiken und Chancen

Die HCOB hat sich aktuell kein Ziel zur Bewertung der Wirksamkeit von Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette gesetzt, da Banken unter anderem das Thema nur indirekt über Finanzierungsaktivitäten steuern können. Konzepte und Maßnahmen wurden jedoch, wie beschrieben, im Rahmen des Möglichen umgesetzt.

Governance- Informationen

ESRS G1 Unternehmensführung

Governance

ESRS 2 GOV-1 Die Rolle der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane

Die Angabepflichten und Informationen über die Rolle der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane können dem Kapitel [„ESRS 2 Allgemeine Angaben“](#) im Abschnitt [„GOV-1 Die Rolle der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane“](#) entnommen werden.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

ESRS 2 SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell

Die folgende Tabelle fasst die wesentlichen Auswirkungen auf die für die HCOB identifizierten relevanten Nachhaltigkeitsaspekte als Ergebnis der Wesentlichkeitsanalyse (siehe hierzu Kapitel [„ESRS 2 Allgemeine Angaben“](#), insbesondere Abschnitt [„SBM-3 Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen und ihr Zusammenspiel mit Strategie und Geschäftsmodell“](#)) zusammen und stellt die mitigierenden Konzepte dar. Die Ausführungen des vorliegenden Kapitels umfassen ausschließlich den eigenen Geschäftsbetrieb, daher wird auf eine zusätzliche Kennzeichnung der Abschnitte durch die Dimension Corporate verzichtet.

Einfluss der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen auf die HCOB

Auswirkungen, Risiken, Chancen	Konzepte und Management der Auswirkungen	Maßnahmen	Ziele
Unternehmenskultur			
Negative Auswirkung: Verletzung des Code of Conduct (Dimension: Corporate)	<ul style="list-style-type: none"> - Code of Conduct - Code of Diversity - Trainings-Policy 	<ul style="list-style-type: none"> - Mitarbeitendentrainings - Rechtsmonitoring - Compliance-Kontroll- und Überwachungshandlungen - Compliance-Reporting 	keine Ziele definiert
Schutz von Hinweisgebenden			
Negative Auswirkung: Gefährdung von Whistleblowern (Dimension: Corporate)	<ul style="list-style-type: none"> - Whistleblowing-Policy 	<ul style="list-style-type: none"> - Whistleblowing-Verfahren - Investigation Committee (IC) 	keine Ziele definiert
Politisches Engagement			
Negative Auswirkung: Einflussnahme auf politische Entscheidungen (Dimension: Corporate)	<ul style="list-style-type: none"> - Spenden- und Sponsoring-Policy - Benefits-Policy - Anti-Fraud-Policy 	<ul style="list-style-type: none"> Mitarbeitendentrainings 	keine Ziele definiert
Management der Beziehungen zu Lieferant:innen			
Negative Auswirkung: Unfaire Behandlung von Dienstleister:innen (Dimension: Corporate)	<ul style="list-style-type: none"> - Lieferantenkodex - Einkaufsgrundsätze 	<ul style="list-style-type: none"> Lieferant:innen-Onboarding-Prozess 	keine Ziele definiert
Verhinderung und Aufdeckung von Korruption und Bestechung			
Negative Auswirkung: Korruptionsanfälligkeit des Bankbetriebs (Dimension: Corporate)	<ul style="list-style-type: none"> - Benefits-Policy - Anti-Fraud-Policy - Know-Your-Customer-Policy - Conflict-of-Interest-Policy 	<ul style="list-style-type: none"> - Verfahren zur Vorbeugung und zum Aufdecken von Betrug und Korruption - Mitarbeitendentrainings 	keine Ziele definiert

Die aufgezeigten und beschriebenen Maßnahmen aus dem Berichtsjahr plant die Bank auch zukünftig weiter umzusetzen.

G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung

Unternehmenskultur: Verletzung des Code of Conduct

Eine unangemessene Unternehmenskultur kann das Wohlergehen von Mitarbeitenden, Kund:innen und der Gesellschaft beeinträchtigen. Um dies zu verhindern, hat die HCOB zentrale Leitlinien implementiert, die als Grundlage für eine positive Unternehmenskultur dienen, welche im Folgenden beschrieben werden.

Code of Conduct

Der Code of Conduct der HCOB dient als zentraler Orientierungsrahmen für verantwortungsbewusstes Handeln aller Beschäftigten und erfüllt rechtliche, ethische und gesellschaftliche Anforderungen. Er fasst wesentliche Regeln zusammen und richtet sich an Mitarbeitende, Dienstleister:innen, Lieferant:innen, Kund:innen und externe Dritte.

Tiefergehende Details hinsichtlich Inhalten, Verantwortlichkeit, Geltungsrahmen und Mitarbeitendeneinbezug bei der Erstellung sind im Abschnitt [„S1-1 Konzepte im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens“](#) beschrieben.

Code of Diversity

Der Code of Diversity fördert Vielfalt, Fairness und Chancengleichheit. Unterschiedlichkeit wird als Stärke verstanden, und jede Form der Diskriminierung wird abgelehnt. Der Code wurde von den Mitarbeitenden entwickelt, vom Vorstand verabschiedet und von den Diversity Manager:innen umgesetzt.

Weitere Informationen hinsichtlich Verantwortlichkeit, Geltungsrahmen und Einbezug der Mitarbeitenden bei der Erstellung befinden sich im Abschnitt [„S1-1 Konzepte im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens“](#) sowie zu Maßnahmen im Bereich Diversity im Kapitel [„S1-4 Ergreifung von Maßnahmen in Bezug auf wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitskräfte des Unternehmens und Ansätze zum Management wesentlicher Risiken und zur Nutzung wesentlicher Chancen im Zusammenhang mit den Arbeitskräften des Unternehmens sowie die Wirksamkeit dieser Maßnahmen“](#).

Trainings-Policy

Der Unternehmensbereich Compliance führt bankweite Sensibilisierungsmaßnahmen zu Compliance-Themen durch. Das können sowohl Online-Trainings als auch Präsenztrainings oder Veröffentlichungen im HCOB-Intranet/Roadshows sein, um eine hohe Sensibilisierung bei den Mitarbeitenden der Bank zu erwirken. Verfahren und Methoden zu den Trainings sind in der Trainings-Policy verankert, die in der schriftlich fixierten Ordnung niedergelegt ist und für die der Compliance-Bereich in der Verantwortung ist. Die Trainings-Policy und die sich daraus ergebende Verpflichtung zum Training ist für alle Mitarbeitende des Konzerns relevant.

Schutz von Hinweisgebenden: Gefährdung von Whistleblowern

Im Rahmen der doppelten Wesentlichkeitsanalyse hat die HCOB die Gefährdung von Whistleblower:innen als tatsächliche negative Auswirkung identifiziert, da die persönliche Integrität der Hinweisgeber:innen durch unzureichenden Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen untergraben und der Arbeitsplatz gefährdet sein könnte.

Whistleblowing-Policy

Zur Unterstützung von Hinweisgebenden hat die HCOB eine Whistleblowing-Policy implementiert, die frühzeitige Meldungen und Nachverfolgung von strafrechtlich relevanten Handlungen ermöglicht.

Die Policy legt Verfahren für die Abgabe vertraulicher Hinweise fest und garantiert Anonymität, Vertraulichkeit und Schutz vor Repressalien. Sie gilt für alle Mitarbeitenden der Bank sowie für externe Dritte, einschließlich Kund:innen und Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette. Hinweise können an die externe Ombudsstelle gemeldet werden, deren Kontaktdaten auf der Bankhomepage verfügbar sind.

Die Whistleblowing-Policy wird vom Unternehmensbereich Compliance in Zusammenarbeit mit einer externen Ombudsperson verantwortet. Sie stellt sicher, dass alle Meldungen objektiv und unabhängig geprüft und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, um Risiken für die HCOB und ihre Stakeholder:innen zu minimieren.

Tiefgehende Details, auch zur Anwendung durch eigene Mitarbeitende ([„S1-3 Verfahren zur Verbesserung negativer Auswirkungen und Kanäle, über die die Arbeitskräfte des Unternehmens Bedenken äußern können“](#)) oder Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette ([„S2-3 Verfahren zur Verbesserung negativer Auswirkungen und Kanäle, über die die Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette Bedenken äußern können“](#)), befinden sich in den jeweiligen Kapiteln.

Politisches Engagement: Einflussnahme auf politische Entscheidungen

Eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch Priorisierung der Eigeninteressen der Bank kann zum Schaden des Gemeinwohls führen. Der Spenden- und Sponsoring-Prozess stellt sicher, dass alle Spenden und Sponsoring-Aktivitäten transparent und im Einklang mit internen Richtlinien und gesetzlichen Anforderungen erfolgen.

Spenden- und Sponsoring-Policy

Die Spendenrichtlinie der HCOB steuert konzernweit alle Geld-, Sach- und Zeitspenden, um die Einhaltung von Compliance- sowie steuerlichen Anforderungen sicherzustellen. Die Richtlinie stellt sicher, dass alle wohltätigen oder gemeinnützigen Beiträge im Einklang mit den Werten und den ESG-Prinzipien (Environmental, Social, Governance) der Bank stehen. Geld- und Sachspenden an politische Parteien oder parteinahe politische

Vereinigungen sind daher im Umkehrschluss weder vorgesehen noch zulässig. Die Policy gilt konzernweit für alle Mitarbeitenden der HCOB. Die Steuerung liegt bei Marketing & Communications. Prüfungen übernehmen Corporate & Securities Compliance (inkl. PEP-/Interessenkonflikt-Checks), Steuern und Sales Management & ESG. Der Genehmigungsprozess umfasst neben Koordination und Abstimmung auch die standardisierte Prüfung der Förderungswürdigkeit und die finale Entscheidung durch den Vorstand. Die Überwachung erfolgt durch regelmäßige Berichterstattung und Evaluierung der Spendenaktivitäten.

Benefits-Policy

Die Benefits-Policy der HCOB umfasst Richtlinien und Verfahren zur Annahme und Gewährung von Vorteilen, um sicherzustellen, dass alle Aktivitäten im Einklang mit den Compliance-Anforderungen und den ethischen Standards der Bank stehen. Die Verantwortung für die Benefits-Policy liegt im Unternehmensbereich Compliance; die Policy ist für alle Mitarbeitenden des Konzerns relevant.

Anti-Fraud-Policy

Die Anti-Fraud-Policy der HCOB umfasst Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Korruptionsdelikten. Sie definiert verbindliche Regeln und Verfahren zur Aufklärung von Verdachtsfällen, einschließlich Wettbewerbs- und Kartellverstößen, und basiert auf der Vierten EU-Anti-Geldwäscherichtlinie (4. AGwR). Die Verantwortung für die Anti-Fraud-Policy liegt im Unternehmensbereich Compliance; die Policy ist für alle Mitarbeitenden des Konzerns relevant.

Compliance-Überwachung und Compliance-Berichterstattung

Die HCOB orientiert sich an der Einhaltung von Regeln und Standards, wie sie im Code of Conduct und Code of Diversity festgelegt sind. Eine gelebte Compliance-Kultur soll die Rechts- und Regeltreue sowie das Wohlergehen von Mitarbeitenden, Kund:innen und Gesellschaft unterstützen; die nachfolgenden Grundsätze und Verfahren sollen es sichern.

Mitarbeitendentrainings

Um auf eine hohe Awareness und Einhaltung der (Compliance-)Regelungen hinzuwirken, wurden Online- und Präsenztrainings zu Themen wie Geldwäscheprävention, Terrorismusfinanzierung, Finanzsanktionen, Embargos, Fraud-Prävention, Kapitalmarkt-Compliance und Code of Conduct implementiert. Zusätzlich erfolgen Schulungen zu Informationssicherheit, Datenschutz, AGG und ESG. Diese Schulungen sind von allen Mitarbeitenden der HCOB grundsätzlich in einem 3-Jahres-Turnus durchzuführen. Siehe dazu die Tabelle im Abschnitt „G1-3 Verhinderung und Aufdeckung von Korruption und Bestechung“.

Rechtsmonitoring

Neue Regeln werden wöchentlich in ein zentrales Überwachungssystem aufgenommen und den Unternehmensbereichen zugewiesen. Dieses Monitoring ermöglicht es der Bank, Risiken frühzeitig zu erkennen und proaktiv darauf zu reagieren. Gleichzeitig sorgt diese systematische Vorgehensweise dafür, dass die Bank nicht nur aktuelle Vorgaben erfüllt, sondern auch zukünftigen Anforderungen gewachsen ist.

Es handelt sich hierbei nicht um eine reaktive Maßnahme, sondern eine kontinuierliche Umsetzung der rechtlichen Präventionspflichten.

Compliance-Kontroll- und Überwachungshandlungen

Jährliche Risikoanalysen bilden die Grundlage für Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten. Maßnahmen, die aus diesen Kontrollen resultieren, werden nachverfolgt. Der Unternehmensbereich Compliance arbeitet eng mit den anderen Unternehmensbereichen der HCOB zusammen, um die Effektivität der Kontrollen sicherzustellen. Durch regelmäßige Reviews (mindestens im 3-Jahres-Zyklus) werden Optimierungspotenziale identifiziert, um Prozesse weiter zu verbessern.

Compliance-Reporting

Der Unternehmensbereich Compliance berichtet mindestens quartalsweise direkt an den CRO und den Gesamtvorstand. Der vierteljährliche Compliance-Bericht wird zudem dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats vorgelegt. Mindestens jährlich erfolgt eine gesamthafte Bewertung des Compliance-Risikos im Rahmen der

Compliance-Risikoanalyse. Die Berichterstattung umfasst dabei auch Aussagen zu rechtswidrigem Verhalten, welches im Widerspruch zum Verhaltenskodex der HCOB oder zu ähnlichen internen Regelungen steht.

Es finden regelmäßige Gespräche zwischen dem Head of Compliance und CRO und allen anderen Mitgliedern des Vorstands statt. Darüber hinaus ist in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats verankert, dass der:die Vorsitzende des Risikoausschusses jederzeit direkt bei dem:der Compliance-Beauftragten, dem:der Leiter:in der Internen Revision und/oder dem:der Leiter:in der Risikokontrolle Auskünfte anfordern kann. Der Vorstand sollte gegebenenfalls davon in Kenntnis gesetzt werden. Der:die Compliance-Beauftragte, der:die Leiter:in der Internen Revision und/oder der:die Leiter:in der Risikokontrolle können den:die Vorsitzende:n direkt informieren, wenn sie dies für erforderlich erachten. Darüber hinaus findet ein laufender Austausch zwischen Compliance und Interner Revision statt. Compliance ist zudem sowohl Mitglied des Investigation Committee als auch Mitglied des Malus-Ausschusses.

Whistleblowing-Verfahren

Details zu Ausgestaltung und Anwendungsbereich des Whistleblowing-Verfahrens finden sich weiter oben in diesem Abschnitt und unter [„S2-1 Konzepte im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette“](#).

Investigation Committee

Die HCOB AG hat ein Investigation Committee eingerichtet, das Betrug, Veruntreuung, Korruption oder andere kriminelle Handlungen untersucht, die das Vermögen der Bank gefährden könnten. Das Committee steht unter dem Vorsitz der Bereichsleitung Compliance und umfasst die Bereichsleitungen Internal Audit, HR sowie Corporate Legal & Board Affairs. Es wird bei begründetem Verdacht auf wesentliche strafbare Handlungen einberufen, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Ergebnisse von Untersuchungen werden grundsätzlich dem Vorstand berichtet; bei Befangenheit erhält der Vorsitzende des Aufsichtsrates den Ergebnisbericht. Zudem wird anlassbezogen und anonymisiert im Rahmen der Compliance-Berichterstattung (an den Vorstand und Risikoausschuss des Aufsichtsrates) informiert.

G1-2 Management der Beziehungen zu Lieferanten

Management der Beziehungen zu Lieferanten: Unfaire Behandlung von Dienstleistern

Die HCOB unterhält Beziehungen zu zahlreichen Lieferant:innen und legt Wert auf deren Gleichbehandlung.

Lieferantenkodex

Der Lieferantenkodex fungiert als Richtlinie des HCOB-Konzerns und enthält wesentliche Anforderungen zu Compliance, Chancengleichheit und sozialer Verantwortung. Lieferant:innen mit dem größten Volumen werden jährlich bewertet, während andere in der ausgelagerten Wertschöpfungskette nach Relevanz überprüft werden. Der Kodex gilt für alle Lieferant:innen und liegt in der Verantwortung des Unternehmensbereiches Procurement & Vendor Management. Weitere Informationen zum Lieferantenkodex finden sich im Abschnitt [„S2 Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette“](#).

Einkaufsgrundsätze

Die Einkaufsgrundsätze der HCOB sind darauf ausgerichtet, die Einkaufsstrategie der Bank mit ihrer Geschäftsstrategie in Einklang zu bringen, insbesondere um die Beschaffungsaktivitäten mit den langfristigen Zielen der HCOB zu vereinbaren. Sie dienen dazu, Transparenz und Effizienz im Einkaufsprozess zu gewährleisten und die Einhaltung der Standards sicherzustellen. Die Einkaufsgrundsätze der HCOB stellen zudem gleiche Chancen im Ausschreibungs- und Vergabeprozess sicher, fördern fairen Wettbewerb und vermeiden Interessenkonflikte. Der Anwendungsbereich gilt uneingeschränkt für alle Lieferant:innen der HCOB und liegt in der Verantwortung des Unternehmensbereiches Procurement & Vendor Management.

Maßnahmen zur Vermeidung negativer Auswirkungen

Um eine faire Behandlung sicherzustellen, hat der Unternehmensbereich Procurement & Vendor Management verschiedene Prozesse und Maßnahmen installiert.

Lieferant:innen-Onboarding-Prozess

Vor Beauftragung durchlaufen alle Lieferant:innen den Onboarding-Prozess, der Prüfungen gegen Sanktions- und Embargolisten, Bonitätsprüfungen sowie die Zeichnung des Lieferantenkodex umfasst. Lieferant:innen aus der Region werden bevorzugt, um lokale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und den CO₂-Ausstoß durch reduzierte Transportwege zu verringern.

Individuell vereinbarte Zahlungspraktiken

Die HCOB behandelt alle Lieferant:innen einheitlich, ohne zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) und anderen zu unterscheiden. Zahlungspraktiken und -fristen sind unabhängig von der Unternehmensgröße, individuell vereinbart und vertraglich fixiert. Es bestehen keine spezifischen Richtlinien zur Vermeidung von Zahlungsverzug.

G1-3 Verhinderung und Aufdeckung von Korruption und Bestechung

Konzepte zur Korruption und Bestechung

Zahlungstransaktionen im Bankbetrieb bergen Risiken für Korruption, die durch eine Betrugsbekämpfungspolitik mit verbindlichen Regeln und Verfahren zur Klärung von Verdachtsfällen mitigiert werden sollen.

Dazu gehören im Wesentlichen vier Richtlinien: Benefits-Policy, Anti-Fraud-Policy, Conflict-of-Interest-Policy und Know-Your-Customer-Policy. Die Verantwortung für alle vier Policies liegt im Compliance-Bereich; alle vier Policies sind für alle Mitarbeitenden des Konzerns relevant.

Conflict-of-Interest-Policy

Die Conflict-of-Interest-Policy regelt das Management von Interessenkonflikten in der Bank. Sie definiert Maßnahmen zur Identifizierung, Vermeidung und Überwachung von Geschäftsbeziehungen, Nebentätigkeiten, Mandaten und Compliance-relevanten Informationen.

Know-Your-Customer-Policy

Die Know-Your-Customer-Policy der HCOB ergänzt die Anti-Fraud-Richtlinie und dient zentral zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Weitere Details zu Benefits-Policy und Anti-Fraud-Policy sind im Abschnitt [„G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte für die Unternehmensführung“](#) beschrieben.

Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption und Bestechung

Die HCOB duldet keine illegalen Aktivitäten und sanktioniert solches Fehlverhalten mit aller Entschiedenheit. Für die Entgegennahme und Bearbeitung von Meldungen von Verstößen sowohl von intern als auch von extern wurde ein Whistleblowing-Verfahren implementiert; für nähere Ausführungen verweisen wir auf den Abschnitt [„S2-1 Konzepte im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette“](#).

Verfahren zur Vorbeugung und Aufdeckung von Korruption und Bestechung

Die HCOB verfügt über Systeme zur Überwachung von Transaktionen, einschließlich der Vorbeugung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie der Einhaltung von Finanzsanktionen und Embargovorschriften. Dazu gehören auch Bad-Guy- und Politisch-exponierte-Personen-Überprüfungen (Pep-Prüfungen).

Die Risikobewertung umfasst länderspezifische Parameter wie den Korruptionswahrnehmungsindex (CPI), der Länder anhand wahrgenommener Korruption in Politik und Verwaltung auf einer Skala von 0 (hohe Korruption) bis 100 (keine Korruption) bewertet. Der CPI 2023, erstellt von Transparency International, umfasst

180 Länder und basiert auf Daten von Expert:innen und Führungskräften (Quelle: CPI | Transparency International Deutschland e.V.).

Mitarbeitendentraining zu Korruption und Bestechung

Um Korruption und Bestechung zu verhindern, hat die Bank Schulungsprogramme eingeführt, die das Bewusstsein für ethisches Verhalten schärfen und Richtlinien für den Umgang mit Risiken vermitteln. Regelmäßige Trainings fördern Integrität und Transparenz im Arbeitsalltag. Details zu diesen Maßnahmen sind im Abschnitt [„G1-1 Unternehmenskultur und Konzepte zur Unternehmensführung“](#) aufgeführt.

Schulungen zur Vorbeugung von Korruption und Bestechung

2025	Risikobehaftete Funktionen	Bereichsleitungen	Organe	Sonstige eigene Arbeitskräfte	davon Compliance (ohne Bereichsleitung)
Abdeckung durch Schulungen					
Insgesamt (Anzahl)	496	16	6	458	29
In 2025 turnusgemäß zu schulende Personen (Anzahl)	326	14	4	307	15
Schulungsmethode und Dauer					
Computerbasierte Schulungen	322	13	4	303	15
Dauer (Stunden)	730	27	9	691	34
Häufigkeit/Frequenz	alle 3 Jahre	alle 3 Jahre	alle 3 Jahre	alle 3 Jahre	alle 3 Jahre
Präsenzs Schulungen					
Dauer (Stunden)	224,0	8 (Chief Compliance Officer)	-	291	234
Häufigkeit/Frequenz	individuell	individuell	individuell	individuell	individuell

Schulungen zur Vorbeugung von Korruption und Bestechung

2024	Risikobehaftete Funktionen	Bereichsleitungen	Organe	Sonstige eigene Arbeitskräfte	davon Compliance (ohne Bereichsleitung)
Abdeckung durch Schulungen					
Insgesamt (Anzahl)	403	18	4	615	30
In 2024 turnusgemäß zu schulende Personen (Anzahl)	403	18	4	615	30
Schulungsmethode und Dauer					
Computerbasierte Schulungen					
Dauer (Stunden)	441	15	1	625	52
Häufigkeit/Frequenz	alle 3 Jahre	alle 3 Jahre	alle 3 Jahre	alle 3 Jahre	alle 3 Jahre
Präsenzs Schulungen					
Dauer (Stunden)		14 (Chief Compliance Officer)		12	12
Häufigkeit/Frequenz	individuell	individuell	individuell	individuell	individuell

Schulungen zur Vorbeugung von Korruption und Bestechung

Behandelte Themen	Risikobehaftete		Organe	Sonstige eigene Arbeitskräfte	Compliance (ohne Bereichsleitung)
	Funktionen	Bereichsleitungen			
Definition von Korruption	x	x	x	x	x
Externer/Interner Betrug	x	x	x	x	x
Typologien	x	x	x	x	x
Sorgfaltspflichten	x	x	x	x	x
Verhalten bei Verdacht und Anhaltspunkten	x	x	x	x	x
Embargos und Finanzsanktionen gegen Terrorismus	x	x	x	x	x
Menschenhandel	x	x	x	x	x

Die Bank hat, der gesetzlichen Grundlage folgend, risikobehaftete Funktionen wie folgt definiert:

- Mitarbeitende aller Marktbereiche und von Procurement, die eine enge Bindung und Kontakt zu Kund:innen/ Lieferant:innen haben
- Mitarbeitende, die in die Evaluierung der Sanierungsfälle unmittelbar involviert sind
- Mitarbeitende, die in die Beauftragung von Anwaltskanzleien involviert sind und bei behördlichen Ermittlungen mitwirken
- Mitarbeitende, die aufgrund ihrer allgemeinen Tätigkeit im Rechnungswesen, der Bestellung der Wirtschaftsprüfer, im Kontakt zu Aufsichtsbehörden (ggf. Steuerbehörden) und Ratingagenturen ebenfalls risikobehaftet sind
- alle Führungskräfte aller Fachbereiche ab Bereichsleitungen (separater Ausweis in obiger Tabelle)
- Vorstand (separater Ausweis in obiger Tabelle)

Am Schulungsprogramm nehmen Mitarbeitende der risikobehafteten Funktionen und alle weiteren Mitarbeitenden der Bank zu 100 % teil.

Zum 31. Dezember 2025 konnten folgende Erledigungsquoten erreicht werden: Risikobehaftete Funktionen 98 % (Vorjahr: 93 %), Bereichsleitungen 95 % (Vorjahr: 79 %), Organe 100 % (Vorjahr: 33 %) und sonstige eigene Arbeitskräfte 98 % (Vorjahr: 97 %).

Alle Mitarbeitenden der Bank befinden sich im aktuell laufenden regulären Wiederholungszyklus der Trainings, der grundsätzlich alle drei Jahre zu durchlaufen ist.

Die Aufsichtsratsmitglieder absolvieren anlassbezogen Schulungen, die über die für Aufsichtsratsangelegenheiten zuständige HCOB-Organisationseinheit Board Affairs oder von Aufsichtsratsmitgliedern bedarfsgerecht selbst initiiert werden. Dies erfolgt unter Berücksichtigung von gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, wie insbesondere den Fit & Proper-Leitlinien der EBA („Leitlinien zur Bewertung der Eignung von Mitgliedern des Leitungsorgans und Inhabern von Schlüsselfunktionen“ (EBA/GL/2021/06; ESMA35-36-2319)).

Kennzahlen und Ziele

G1-4 Vorfälle in Bezug auf Korruption und Bestechung

Die HCOB hat im Berichtsjahr keine Vorfälle in Bezug auf Korruption und Bestechung verzeichnet.

Vorfälle in Bezug auf Korruption und Bestechung

Anzahl	2025	2024
Verurteilungen wegen Verstößen gegen die Gesetze zur Korruptions- und Bestechungsbekämpfung	-	-
Geldstrafen für Verstöße gegen Gesetze zur Korruptions- und Bestechungsbekämpfung	-	-
Durchgeführte Maßnahmen gegen Verstöße	-	-
Bestätigte Vorfälle von Korruption und Bestechung	-	-
Gerichtsverfahren wegen Korruption und Bestechung, die gegen Unternehmen und eigene Mitarbeiter:innen eingeleitet wurden	-	-
Vorfälle, in denen eigene Mitarbeiter:innen wegen Korruption oder Bestechung entlassen oder disziplinarisch belangt wurden	-	-

G1-5 Politische Einflussnahme und Lobbytätigkeiten

Corporate: Die HCOB übt keinen direkten politischen Einfluss aus und tätigt keine Geld- und Sachspenden an politische Parteien oder parteinahe politische Vereinigungen. Im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren vertritt der Bundesverband deutscher Banken (BdB), in dem die HCOB Mitglied ist, die Interessen seiner Mitglieder. Die Bank ist durch ihre inländischen Standorte zudem in mehreren Regionalverbänden des BdB vertreten. Eine Übersicht über aktuelle Themen und Positionen findet sich auf der BdB-Internetseite. Zudem ist die HCOB Mitglied im Prüfungsverband deutscher Banken und im Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V. (vdp). Für die Beiträge in den Verbänden hat die Bank im Berichtsjahr Ausgaben von rund 459 T€ getätigt (Vorjahr: 447 T€).

Darüber hinaus ist die Bank Mitglied in der Handelskammer Hamburg sowie in weiteren Handelskammern an ihren inländischen Standorten in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Kiel, München, Stuttgart. Die HCOB ist außerdem Mitglied bei der Internationalen Handelskammer Germany (ICC), die die Interessen deutscher Unternehmen und Wirtschaftsakteure auf internationaler Ebene vertritt.

Die HCOB wird von zwei Vorständen in Ausschüssen des BdB sowie im Vorstand eines Regionalverbands vertreten.

Keines der Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats hatte in den zwei Jahren vor der Ernennung eine vergleichbare Position in der öffentlichen Verwaltung inne.

Die HCOB ist im Transparenzregister Deutschland (EKRN) eingetragen mit der Identifikationsnummer DE959667522496 und erfüllt damit die gesetzlichen Anforderungen nach dem Geldwäschegesetz. Ein aktueller Auszug aus dem Transparenzregister kann auf Anforderung vorgelegt werden.

G1-6 Zahlungspraktiken

Corporate: Die HCOB hat kein festes Standardzahlungsziel, sondern bietet ihren Dienstleister:innen und Lieferant:innen verschiedene Zahlungsoptionen.

Für eine repräsentative Analyse der Zahlungskennzahlen und vor dem Hintergrund, dass an den ausländischen Standorten insbesondere konzerninterne Verrechnungen erfolgen, hat die Bank ausschließlich die Rechnungen der deutschen Standorte des HCOB-Konzerns in die Ermittlung einbezogen. Ausgenommen sind Spesenabrechnungen, Erstattungen gegenüber der Belegschaft sowie Rechnungen über einzelgeschäfts- und portfoliobezogene Provisionen und Gebühren aus dem Bereich Asset Management. Zur Berechnung dieser Kennzahlen hat die Bank alle Rechnungen hinsichtlich der vertraglich vereinbarten Zahlungsziele analysiert und die tatsächlichen Zahlungstage anhand des Rechnungsbetrags gewichtet ermittelt. Als Startzeitpunkt für die

Bestimmung der Anzahl der Zahlungstage als auch der Anzahl der ausstehenden Zahlungstage wurde der Zeitpunkt des Rechnungseingangs herangezogen.

Zahlungsverhalten der HCOB am Standort Deutschland

	2025	2024
	(%)	(%)
Bezahlung innerhalb der vertraglichen Zahlungsbedingungen	69 %	53 %
Rechnungsausgleich mit Zahlungsziel:		
bis 14 Tage	62 %	77 %
15 bis 30 Tage	87 %	32 %
31 bis 60 Tage	67 %	36 %
	(Tage)	(Tage)
Durchschnittlicher Zahlungszeitraum	22	24
Durchschnittlicher Zahlungszeitraum für Rechnungen innerhalb der Zahlungsfrist	18	19
Durchschnittlicher Zahlungszeitraum für Rechnungen außerhalb der Zahlungsfrist	17	31

Im Jahr 2025 verbesserte sich das Zahlungs- und Rechnungsabwicklungsverhalten der HCOB deutlich. Der Anteil der Zahlungen innerhalb der vereinbarten Zahlungsbedingungen stieg von 53 % auf 69 %. Gleichzeitig wurden Rechnungen wesentlich schneller ausgeglichen: Der durchschnittliche Zahlungszeitraum verkürzte sich von 24 auf 22 Tage, bei überfälligen Rechnungen sogar von 31 auf 17 Tage. Zudem erhöhte sich der Anteil der innerhalb von 15 bis 30 Tagen beglichenen Rechnungen deutlich.

Diese Entwicklungen stehen im Zusammenhang mit dem Insourcing der Finanzbuchhaltung zurück zur HCOB, das zu einer stabileren Prozesssteuerung und einer effizienteren Bearbeitung geführt hat.

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2025 werden keine anhängigen Gerichtsverfahren (Vorjahr: keine) aufgrund von Zahlungsverzug seitens der HCOB verzeichnet.

Anlage 1

In der Nachhaltigkeitserklärung enthaltene Angabepflichten und Aufnahmen mittels Verweis

Die nachstehende Tabelle enthält eine Übersicht aller Angabepflichten, die sich auf Basis der Ergebnisse der doppelten Wesentlichkeitsanalyse in der vorliegenden Nachhaltigkeitserklärung ergeben haben. Offenlegungspflichten nach den ESRS S3 und ESRS S4 wurden nicht aufgelistet, da die dort enthaltenen Nachhaltigkeitsaspekte im Rahmen der doppelten Wesentlichkeitsprüfung als nicht für die HCOB relevant eingestuft wurden. Die in der Tabelle aufgelisteten Berichtsanforderungen finden sich in den gleichnamigen Abschnitten dieser Nachhaltigkeitserklärung wieder.

Dimension	Standard	Thema	Verortung der Angabepflichten in der Nachhaltigkeitserklärung
Corporate	ESRS 2	Allgemeine Angaben	BP-1, BP-2, GOV-1, GOV-2, GOV-3, GOV-4, GOV-5, SBM-1, SBM-2, SBM-3, IRO-1, IRO-2
	ESRS E1	Klimawandel	E1-1, ESRS 2 SBM-3, ESRS 2 IRO-1, E1-2, E1-3, E1-4, E1-5, E1-6, E1-7, E1-8, E1-9
	ESRS E3	Wasser- und Meeresressourcen	ESRS 2 SBM-3, E3-1, E3-2, E3-3, E3-4
	ESRS E5	Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft	ESRS 2 SBM-3, E5-1, E5-2, E5-3, E5-5
	ESRS S1	Eigene Belegschaft	ESRS 2 SBM-2, ESRS 2 SBM-3, S1-1, S1-2, S1-3, S1-4, S1-5, S1-6, S1-7, S1-8, S1-9, S1-10, S1-11, S1-12, S1-13, S1-14, S1-15, S1-16, S1-17
	ESRS S2	Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette	ESRS 2 SBM-2, ESRS 2 SBM-3, S2-1, S2-2, S2-3, S2-4, S2-5
	ESRS G1	Unternehmensführung	ESRS 2 GOV-1, ESRS 2 SBM-3, G1-1, G1-2, G1-3, G1-4, G1-5, G1-6
Portfolio	ESRS 2	Allgemeine Angaben	BP-1, BP-2, GOV-1, GOV-2, GOV-3, GOV-4, GOV-5, SBM-1, SBM-2, SBM-3, IRO-1, IRO-2
	ESRS E1	Klimawandel	E1-1, ESRS 2 SBM-3, ESRS 2 IRO-1, E1-2, E1-3, E1-4, E1-6, E1-8, E1-9
	ESRS E2	Umweltverschmutzung	ESRS 2 SBM-3, E2-1, E2-2, E2-3
	ESRS E4	Biologische Vielfalt und Ökosysteme	ESRS 2 SBM-3, E4-1, E4-2, E4-3, E4-4, E4-5
	ESRS S2	Arbeitskräfte in der Wertschöpfungskette	ESRS 2 SBM-2, ESRS 2 SBM-3, S2-1, S2-2, S2-3, S2-4, S2-5

Anlage 2

Datenpunkte, die sich aus anderen EU-Rechtsvorschriften ergeben

Anlage 2 enthält eine Liste aller Datenpunkte, die sich aus anderen EU-Rechtsvorschriften ergeben (gemäß ESRS 2 Anlage B). Zudem gibt sie an, welche Datenpunkte im Bericht enthalten oder als „nicht wesentlich“ eingestuft sind.

Angabepflicht und Verortung in der Nachhaltigkeitsklärung	Datenpunkt	Inhalt	SFDR-Referenz	Säule 3-Referenz	Benchmark-VO-Referenz	EU-Klimagesetz-Referenz	Relevanz für die HCOB
ESRS 2 GOV-1	21 (d)	Geschlechtervielfalt in den Leitungs- und Kontrollorganen	x		x		Relevant
ESRS 2 GOV-1	21 (e)	Prozentsatz der Leitungsorganmitglieder, die unabhängig sind			x		Relevant
ESRS 2 GOV-4	30	Erklärung zur Sorgfaltspflicht	x				Relevant
ESRS 2 SBM-1	40 (d) i	Beteiligung an Aktivitäten im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen	x	x	x		Nicht relevant
ESRS 2 SBM-1	40 (d) ii	Aktivitäten im Zusammenhang mit der Herstellung von Chemikalien	x		x		Nicht relevant
ESRS 2 SBM-1	40 (d) iii	Beteiligung an Tätigkeiten im Zusammenhang mit umstrittenen Waffen	x		x		Nicht relevant
ESRS 2 SBM-1	40 (d) iv	Beteiligung an Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Anbau und der Produktion von Tabak			x		Nicht relevant
ESRS E1-1	14	Übergangsplan zur Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050				x	Relevant
ESRS E1-1	16 (g)	Unternehmen, die von den Paris-abgestimmten Referenzwerten ausgenommen sind		x	x		Relevant
ESRS E1-4	34	THG-Emissionsreduktionsziele	x	x	x		Relevant
ESRS E1-5	38	Energieverbrauch aus fossilen Brennstoffen aufgeschlüsselt nach Quellen (nur klimaintensive Sektoren)	x				Relevant
ESRS E1-5	37	Energieverbrauch und Energiemix	x				Relevant
ESRS E1-5	40-43	Energieintensität im Zusammenhang mit Tätigkeiten in klimaintensiven Sektoren	x				Relevant
ESRS E1-6	44	THG-Bruttoemissionen der Kategorien Scope 1, 2 und 3 sowie THG-Gesamtemissionen	x	x	x		Relevant
ESRS E1-6	53-55	Intensität der THG-Bruttoemissionen	x	x	x		Relevant
ESRS E1-7	56	Abbau von Treibhausgasen und CO ₂ -Zertifikate				x	Relevant
ESRS E1-9	66	Risikoposition des Referenzwert-Portfolios gegenüber klimabezogenen physischen Risiken					Relevant
ESRS E1-9	66 (a); 66 (c)	Aufschlüsselung der Geldbeträge nach akutem und chronischem physischem Risiko; Ort, an dem sich erhebliche Vermögenswerte mit wesentlichem physischen Risiko befinden		x			Relevant

Angabepflicht und Verortung in der Nachhaltigkeitsklärung	Datenpunkt	Inhalt	SFDR-Referenz	Säule 3-Referenz	Benchmark-VO-Referenz	EU-Klimagesetz-Referenz	Relevanz für die HCOB
ESRS E1-9	67 (c)	Aufschlüsselungen des Buchwerts seiner Immobilien nach Energieeffizienzklassen		x			Relevant
ESRS E1-9	69	Grad der Exposition des Portfolios gegenüber klimabezogenen Chancen			x		Relevant
ESRS E2-4	28	Menge jedes in Anhang II der EPRTR-Verordnung (Europäisches Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister) aufgeführten Schadstoffs, der in Luft, Wasser und Boden emittiert wird	x				Nicht wesentlich
ESRS E3-1	9	Wasser- und Meeresressourcen	x				Relevant
ESRS E3-1	13	Spezielle Konzepte	x				Relevant
ESRS E3-1	14	Nachhaltige Ozeane und Meere	x				Relevant
ESRS E3-4	28 (c)	Gesamtmenge des zurückgewonnenen und wiederverwendeten Wassers	x				Relevant
ESRS E3-4	29	Gesamtwasserverbrauch in m ³ je Nettoeinnahme aus eigenen Tätigkeiten	x				Relevant
ESRS 2 SBM 3 -E4	16 (a)	Offenlegung von Aktivitäten, die sich negativ auf die biologische Vielfalt auswirken	x				Nicht wesentlich
ESRS 2 SBM 3 -E4	16 (b)	Wesentliche negative Auswirkungen in Bezug auf Bodendegradation, Wüstenbildung oder Bodenversiegelung	x				Nicht wesentlich
ESRS 2 SBM 3-E4	16 (c)	Auswirkung eigener Tätigkeiten auf bedrohte Arten	x				Nicht wesentlich
ESRS E4-2	24 (b)	Nachhaltige Verfahren oder Konzepte im Bereich Landnutzung und Landwirtschaft	x				Relevant
ESRS E4-2	24 (c)	Nachhaltige Verfahren oder Konzepte im Bereich Ozeane/ Meere	x				Relevant
ESRS E4-2	24 (d)	Konzepte zur Bekämpfung der Entwaldung	x				Relevant
ESRS E5-5	37 (d)	Nicht recycelte Abfälle	x				Relevant
ESRS E5-5	39	Gefährliche und radioaktive Abfälle	x				Relevant
ESRS 2 SBM3 – S1	14 (f)	Risiko von Zwangsarbeit	x				Relevant
ESRS 2 SBM3 – S1	14 (g)	Risiko von Kinderarbeit	x				Relevant
ESRS S1-1	20	Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechtspolitik	x				Relevant
ESRS S1-1	21	Vorschriften zur Sorgfaltsprüfung in Bezug auf Fragen, die in den grundlegenden Konventionen 1 bis 8 der Internationalen Arbeitsorganisation behandelt werden			x		Relevant

Angabepflicht und Verortung in der Nachhaltigkeitsklärung	Datenpunkt	Inhalt	SFDR-Referenz	Säule 3-Referenz	Benchmark-VO-Referenz	EU-Klimagesetz-Referenz	Relevanz für die HCOB
ESRS S1-1	22	Verfahren und Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels	x				Relevant
ESRS S1-1	23	Strategie oder ein Managementsystem in Bezug auf die Verhütung von Arbeitsunfällen	x				Relevant
ESRS S1-3	32 (c)	Bearbeitung von Beschwerden	x				Relevant
ESRS S1-14	88 (b) und (c)	Zahl der Todesfälle und Zahl und Quote der Arbeitsunfälle	x		x		Relevant
ESRS S1-14	88 (e)	Anzahl der durch Verletzungen, Unfälle, Todesfälle oder Krankheiten bedingten Ausfalltage	x				Relevant
ESRS S1-16	97 (a)	Unbereinigtes geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle	x		x		Relevant
ESRS S1-16	97 (b)	Überhöhte Vergütung von Mitgliedern der Leitungsorgane	x				Relevant
ESRS S1-17	103 (a)	Fälle von Diskriminierung	x				Relevant
ESRS S1-17	104 (a)	Nichteinhaltung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte und der OECD-Leitlinien	x		x		Relevant
ESRS 2 SBM3 – S2	11 (b)	Erhebliches Risiko von Kinderarbeit oder Zwangsarbeit in der Wertschöpfungskette	x				Nicht wesentlich
ESRS S2-1	17	Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechtspolitik	x				Relevant
ESRS S2-1	18	Konzepte im Zusammenhang mit Arbeitskräften in der Wertschöpfungskette	x				Relevant
ESRS S2-1	19	Nichteinhaltung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte und der OECD-Leitlinien	x		x		Relevant
ESRS S2-1	19	Vorschriften zur Sorgfaltsprüfung in Bezug auf Fragen, die in den grundlegenden Konventionen 1 bis 8 der Internationalen Arbeitsorganisation behandelt werden			x		Relevant
ESRS S2-4	36	Probleme und Vorfälle im Zusammenhang mit Menschenrechten innerhalb der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette	x				Relevant
ESRS S3-1	16	Konzepte im Bereich der Menschenrechte	x				Nicht wesentlich
ESRS S3-1 Absatz 17	17	Nichteinhaltung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte, der Prinzipien der IAO oder der OECD-Leitlinien	x		x		Nicht wesentlich
ESRS S3-4	36	Probleme und Vorfälle im Zusammenhang mit Menschenrechten	x				Nicht wesentlich
ESRS S4-1	16	Strategien im Zusammenhang mit Verbrauchern und Endnutzern	x				Nicht wesentlich

Angabepflicht und Verortung in der Nachhaltigkeitserklärung	Datenpunkt	Inhalt	SFDR-Referenz	Säule 3-Referenz	Benchmark-VO-Referenz	EU-Klimagesetz-Referenz	Relevanz für die HCOB
ESRS S4-1	17	Nichteinhaltung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte, der Prinzipien der IAO oder der OECD-Leitlinien	x		x		Nicht wesentlich
ESRS S4-4	35	Probleme und Vorfälle im Zusammenhang mit Menschenrechten	x				Nicht wesentlich
ESRS G1-1	10 (b)	Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption	x				Relevant
ESRS G1-1	10 (d)	Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowers)	x				Relevant
ESRS G1-1	24 (a)	Geldstrafen für Verstöße gegen Korruptions- und Bestechungsvorschriften	x		x		Relevant
ESRS G1-1	24 (b)	Standards zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung	x				Relevant

Anlage 3

Angaben nach Art. 8 der Verordnung (EU) 2020/852 (Taxonomie-Verordnung)

1. Vermögenswerte für die Berechnung der GAR - basierend auf dem Umsatz-KPI (8/8)		fortgesetzt	ay	az	ba	bb	bc	bd	be	bf	bg	bh	bi	bj	bk	
			2024													
Mio. €		fortgesetzt	Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog.Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)					
			Davon in taxonomierelevanten Sektoren (taxonomiefähig)				Davon in taxonomierelevanten Sektoren (taxonomiefähig)				Davon in taxonomierelevanten Sektoren (taxonomiefähig)					
			Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)	
		Davon Verwendungs Erlöse		Davon ermöglichende Tätigkeiten		Davon Verwendungs Erlöse		Davon ermöglichende Tätigkeiten		Davon Verwendungs Erlöse		Davon Übergangstätigkeiten		Davon ermöglichende Tätigkeiten		
fortgesetzt																
32	Vermögenswerte, die nicht in den Zähler für die GAR-Berechnung einbezogen werden (im Nenner enthalten)															
33	Finanz- und Nicht-Finanzunternehmen															
34	KMU und NFK (die keine KMU sind), die nicht der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nicht-finanzieller Information unterliegen															
35	Darlehen und Kredite															
36	davon durch Gewerbeimmobilien besicherte Darlehen															
37	davon Gebäudesanierungsdarlehen															
38	Schuldverschreibungen															
39	Eigenkapitalinstrumente															
40	Gegenparteien aus Nicht-EU-Ländern, die nicht der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nicht-finanzieller Informationen unterliegen															
41	Darlehen und Kredite															
42	Schuldverschreibungen															
43	Eigenkapitalinstrumente															
44	Derivate															
45	Kurzfristige Interbankenkredite															
46	Zahlungsmittel und zahlungsmittelverwandte Vermögenswerte															
47	Sonstige Kategorien von Vermögenswerten (darunter Geschäfts- oder Firmenwert, Waren usw.)															
48	GAR-Vermögenswerte insgesamt															
49	Nicht für die GAR-Berechnung erfasste Vermögenswerte															
50	Zentralstaaten und supranationale Emittenten															
51	Risikopositionen gegenüber Zentralbanken															
52	Handelsbuch															
53	Gesamtaktiva															
Außerbilanzielle Risikopositionen – Unternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen unterliegen																
54	Finanzgarantien															
55	Verwaltete Vermögenswerte (Assets under management)															
56	davon Schuldverschreibungen															
57	davon Eigenkapitalinstrumente															

Anmerkungen:

- Der vorliegende Meldebogen enthält Informationen zu Darlehen und Krediten, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumenten im Anlagebuch gegenüber finanziellen Kapitalgesellschaften, nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (NFK), einschließlich KMU, privaten Haushalten (nur einschließlich Wohnimmobilien-, Hausrenovierungs- und Kfz-Darlehen) und Gebietskörperschaften/Kommunen (Wohnraumfinanzierung).
- Die folgenden Rechnungslegungskategorien von finanziellen Vermögenswerten sind zu berücksichtigen: Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte, erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert über das sonstige Ergebnis bewertete finanzielle Vermögenswerte, Beteiligungen an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und nicht zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden müssen; sowie Immobiliensicherheiten, die von Kreditinstituten durch Inbesitznahme im Austausch gegen den Erlass von Schulden erlangt werden.
- Banken mit einer Nicht-EU-Tochtergesellschaft sollten diese Informationen separat für Risikopositionen gegenüber Nicht-EU-Gegenparteien bereitstellen. Für Nicht-EU-Risikopositionen bestehen zwar zusätzliche Herausforderungen aufgrund fehlender gemeinsamer Offenlegungsanforderungen und -methoden, da die EU-Taxonomie und die Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nur auf EU-Ebene gelten, aber angesichts der Relevanz dieser Risikopositionen für Kreditinstitute mit Nicht-EU-Tochtergesellschaften sollten diese Institute eine separate GAR für Nicht-EU-Risikopositionen offenlegen, und zwar nach besten Bemühungen in Form von Schätzungen und Bandbreiten, unter Verwendung von Näherungswerten und unter Erläuterung der Annahme, Vorbehalte und Einschätzungen.
- Bei Kfz-Krediten berücksichtigen die Institute nur solche Risikopositionen, die nach dem Geltungsbeginn der Offenlegung entstanden sind.

1. Vermögenswerte für die Berechnung der GAR - basierend auf dem CapEx-KPI (8/8)		fortgesetzt	ay	az	ba	bb	bc	bd	be	bf	bg	bh	bi	bj	bk	
			2024													
Mio. €		fortgesetzt	Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog.Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)					
			Davon in taxonomierelevanten Sektoren (taxonomiefähig)				Davon in taxonomierelevanten Sektoren (taxonomiefähig)				Davon in taxonomierelevanten Sektoren (taxonomiefähig)					
			Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)		Davon ökologisch nachhaltig (taxonomiekonform)	
		Davon Verwendungs Erlöse		Davon ermöglichende Tätigkeiten		Davon Verwendungs Erlöse		Davon ermöglichende Tätigkeiten		Davon Verwendungs Erlöse		Davon Übergangs-tätig-keiten		Davon ermög-lichende Tätigkei-ten		
fortgesetzt																
32	Vermögenswerte, die nicht in den Zähler für die GAR-Berechnung einbezogen werden (im Nenner enthalten)															
33	Finanz- und Nicht-Finanzunternehmen															
34	KMU und NFK (die keine KMU sind), die nicht der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nicht-finanzieller Information unterliegen															
35	Darlehen und Kredite															
36	davon durch Gewerbeimmobilien besicherte Darlehen															
37	davon Gebäudesanierungsdarlehen															
38	Schuldverschreibungen															
39	Eigenkapitalinstrumente															
40	Gegenparteien aus Nicht-EU-Ländern, die nicht der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nicht-finanzieller Informationen unterliegen															
41	Darlehen und Kredite															
42	Schuldverschreibungen															
43	Eigenkapitalinstrumente															
44	Derivate															
45	Kurzfristige Interbankenkredite															
46	Zahlungsmittel und zahlungsmittelverwandte Vermögenswerte															
47	Sonstige Kategorien von Vermögenswerten (darunter Geschäfts- oder Firmenwert, Waren usw.)															
48	GAR-Vermögenswerte insgesamt															
49	Nicht für die GAR-Berechnung erfasste Vermögenswerte															
50	Zentralstaaten und supranationale Emittenten															
51	Risikopositionen gegenüber Zentralbanken															
52	Handelsbuch															
53	Gesamtaktiva															
Außerbilanzielle Risikopositionen – Unternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen unterliegen																
54	Finanzgarantien															
55	Verwaltete Vermögenswerte (Assets under management)															
56	davon Schuldverschreibungen															
57	davon Eigenkapitalinstrumente															

Anmerkungen:

- Der vorliegende Meldebogen enthält Informationen zu Darlehen und Krediten, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumenten im Anlagebuch gegenüber finanziellen Kapitalgesellschaften, nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (NFK), einschließlich KMU, privaten Haushalten (nur einschließlich Wohnimmobilien-, Hausrenovierungs- und Kfz-Darlehen) und Gebietskörperschaften/Kommunen (Wohnraumfinanzierung).
- Die folgenden Rechnungslegungskategorien von finanziellen Vermögenswerten sind zu berücksichtigen: Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte, erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert über das sonstige Ergebnis bewertete finanzielle Vermögenswerte, Beteiligungen an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und nicht zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden müssen; sowie Immobiliensicherheiten, die von Kreditinstituten durch Inbesitznahme im Austausch gegen den Erlass von Schulden erlangt werden.
- Banken mit einer Nicht-EU-Tochtergesellschaft sollten diese Informationen separat für Risikopositionen gegenüber Nicht-EU-Gegenparteien bereitstellen. Für Nicht-EU-Risikopositionen bestehen zwar zusätzliche Herausforderungen aufgrund fehlender gemeinsamer Offenlegungsanforderungen und -methoden, da die EU-Taxonomie und die Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nur auf EU-Ebene gelten, aber angesichts der Relevanz dieser Risikopositionen für Kreditinstitute mit Nicht-EU-Tochtergesellschaften sollten diese Institute eine separate GAR für Nicht-EU-Risikopositionen offenlegen, und zwar nach besten Bemühungen in Form von Schätzungen und Bandbreiten, unter Verwendung von Näherungswerten und unter Erläuterung der Annahme, Vorbehalte und Einschätzungen.
- Bei Kfz-Krediten berücksichtigen die Institute nur solche Risikopositionen, die nach dem Geltungsbeginn der Offenlegung entstanden sind.

2. GAR-Sektorinformationen (1/2)

	a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p																
																	Klimaschutz (CCM)				Anpassung an den Klimawandel (CCA)				Wasser- und Meeresressourcen (WTR)				Kreislaufwirtschaft (CE)			
																	Nichtfinanzielle Gesellschaften (unterliegen der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen; NFRD)		KMUs und sonstige Nicht-Finanzunternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nicht unterliegen		Nichtfinanzielle Gesellschaften (unterliegen der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen; NFRD)		KMUs und sonstige Nicht-Finanzunternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nicht unterliegen		Nichtfinanzielle Gesellschaften (unterliegen der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen; NFRD)		KMUs und sonstige Nicht-Finanzunternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nicht unterliegen		Nichtfinanzielle Gesellschaften (unterliegen der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen; NFRD)		KMUs und sonstige Nicht-Finanzunternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nicht unterliegen	
																	[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert	
																	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (CCM)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (CCM)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (CCA)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (CCA)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (WTR)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (WTR)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (CE)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (CE)
1	C21.20 – Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen	0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
2	D35.1 – Elektrizitätsversorgung	66,93	59,52			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
3	F41.10 – Erschließung von Grundstücken; Bauträger	45,27	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
4	F42.1 – Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
5	H50.2 – Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	0,91	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
6	H52.1 – Lagerei	53,38	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
7	H52.2 – Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
8	K64.20 – Beteiligungsgesellschaften	6,79	0,73			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
11	L68.10 – Kauf und Verkauf von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	70,72	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
12	L68.20 – Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	246,99	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
13	L68.32 – Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte	0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
14	M70.10 – Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	172,60	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00																	
15	N77.3 – Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5,10	1,80			0,00	0,00			0,00	0,00			21,68	0,00																	
16	N82.99 – Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	0,09	0,03			0,00	0,00			0,00	0,00			0,37	0,00																	
17	Q86.1 – Krankenhäuser	0,16	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,14	0,00																	
18	Q86.9 – Gesundheitswesen a. n. g.	0,07	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00			0,06	0,00																	

2. GAR-Sektorinformationen (2/2)

fortgesetzt		q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	aa	ab
		Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog.Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				(CCM)+(CCA)+(WTR)+(CE)+(PPC)+(BIO)			
		Nichtfinanzielle Gesellschaften (unterliegen der Richtlinie über die Angabe nicht-finanzieller Informationen; NFRD)		KMUs und sonstige Nicht-Finanzunternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nicht unterliegen		Nichtfinanzielle Gesellschaften (unterliegen der Richtlinie über die Angabe nicht-finanzieller Informationen; NFRD)		KMUs und sonstige Nicht-Finanzunternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nicht unterliegen		Nichtfinanzielle Gesellschaften (unterliegen der Richtlinie über die Angabe nicht-finanzieller Informationen; NFRD)		KMUs und sonstige Nicht-Finanzunternehmen, die der Offenlegungspflicht der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen nicht unterliegen	
		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert		[Brutto-]Buchwert	
		Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (PPC)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (PPC)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (BIO)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (BIO)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)	Mio. €	Davon ökologisch nachhaltig (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)
1	C21.20 - Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen	33,64	0,00			0,00	0,00			33,64	0,00		
2	D35.1 - Elektrizitätsversorgung	0,00	0,00			0,00	0,00			66,93	59,52		
3	F41.10 - Erschließung von Grundstücken; Bauträger	0,00	0,00			0,00	0,00			45,27	0,00		
4	F42.1 - Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00		
5	H50.2 - Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	0,00	0,00			0,00	0,00			0,91	0,00		
6	H52.1 - Lagerei	0,00	0,00			0,00	0,00			53,38	0,00		
7	H52.2 - Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den	0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00		
8	K64.20 - Beteiligungsgesellschaften	0,00	0,00			0,00	0,00			6,79	0,73		
11	L68.10 - Kauf und Verkauf von eigenen Grundstücken,	0,00	0,00			0,00	0,00			70,72	0,00		
12	L68.20 - Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	0,00	0,00			0,00	0,00			246,99	0,00		
13	L68.32 - Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen für Dritte	0,00	0,00			0,00	0,00			0,00	0,00		
14	M70.10 - Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	0,00	0,00			0,00	0,00			172,60	0,00		
15	N77.3 - Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,00	0,00			0,00	0,00			26,77	1,80		
16	N82.99 - Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	0,00	0,00			0,00	0,00			0,46	0,03		
17	Q86.1 - Krankenhäuser	4,61	0,00			0,00	0,00			4,90	0,00		
18	Q86.9 - Gesundheitswesen a. n. g.	1,99	0,00			0,00	0,00			2,12	0,00		

Anmerkungen:

- Die Kreditinstitute legen in dem vorliegenden Meldebogen Informationen über Risikopositionen im Anlagebuch gegenüber den von der Taxonomie erfassten Sektoren (NACE-Sektor, 4 Ebenen) offen, wobei sie die einschlägigen NACE-Codes gemäß den Haupttätigkeiten der Gegenpartei verwenden.
- Bei der Sektor-Einstufung einer Gegenpartei ist ausschließlich die unmittelbare Gegenpartei zugrunde zu legen. Bei Risikopositionen, die von mehreren Schuldnern gemeinsam eingegangen werden, erfolgt die Einstufung anhand der Merkmale des bei der Gewährung der Risikopositionen für das Institut maßgeblicheren oder stärker ausschlaggebenden Schuldners. Die Zuordnung von gemeinsam eingegangenen Risikopositionen gemäß NACE-Codes richtet sich nach den Merkmalen des relevanteren oder entscheidenderen Schuldners. Die Institute legen die Informationen zu den NACE-Codes gemäß den im Meldebogen geforderten Aufschlüsselungsebenen offen.

3. GAR-KPI-Bestand – basierend auf dem Umsatz-KPI (1/4)		a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p	q
		2025																
% (im Vergleich zu den Total Covered Assets im Nenner)		Klimaschutz (CCM)					Anpassung an den Klimawandel (CCA)				Wasser- und Meeresressourcen (WTR)				Kreislaufwirtschaft (CE)			
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)			
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)			
				Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon Über- gangs- tätigkeiten	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten
GAR – im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																		
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	5,37 %	0,50 %	0,24 %	0,01 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,09 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
2	Finanzunternehmen	2,71 %	0,26 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
3	Kreditinstitute	2,59 %	0,25 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
4	Darlehen und Kredite	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	2,54 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
6	Eigenkapitalinstrumente	0,02 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,11 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
8	davon Wertpapierfirmen	0,11 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
9	Darlehen und Kredite	0,09 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
11	Eigenkapitalinstrumente	0,01 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
20	Nicht-Finanzunternehmen	2,64 %	0,24 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,09 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
21	Darlehen und Kredite	2,64 %	0,24 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,09 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
24	Haushalte	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %				0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %				0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %				0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
27	davon Kfz-Darlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %												
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	5,37 %	0,50 %	0,24 %	0,01 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,09 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %

3. GAR-KPI-Bestand – basierend auf dem Umsatz-KPI (2/4)		fortgesetzt	r	s	t	u	v	w	x	z	aa	ab	ac	ad	ae	af
			2025													
% (im Vergleich zu den Total Covered Assets im Nenner)		Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog. Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)				Anteil der Total Covered Assets		
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)						
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				
		Davon Verwendungs- der Erlöse		Davon ermög- lichende Tätigkei- ten		Davon Verwendungs- der Erlöse		Davon ermög- lichende Tätigkei- ten		Davon Verwendungs- der Erlöse		Davon Über- gangs- tätig- keiten		Davon ermög- lichende Tätigkei- ten		
GAR – im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	5,63 %	0,50 %	0,24 %	0,01 %	0,02 %	16,07 %
2	Finanzunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,72 %	0,26 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	8,27 %
3	Kreditinstitute	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,61 %	0,25 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	8,08 %
4	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,17 %
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,56 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	7,88 %
6	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,04 %
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,11 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,19 %
8	davon Wertpapierfirmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,11 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,19 %
9	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,09 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %
11	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,02 %
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
20	Nicht-Finanzunternehmen	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,89 %	0,24 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	3,39 %
21	Darlehen und Kredite	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,76 %	0,24 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	3,11 %
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,28 %
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
24	Haushalte										0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,20 %
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite										0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen										0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
27	davon Kfz-Darlehen															
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,21 %
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,21 %
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	5,63 %	0,50 %	0,24 %	0,01 %	0,02 %	

3. GAR-KPI-Bestand – basierend auf dem Umsatz-KPI (3/4)		ag	ah	ai	aj	ak	al	am	an	ao	ap	aq	ar	as	at	au	av	aw			
		2024																			
		Klimaschutz (CCM)					Anpassung an den Klimawandel (CCA)					Wasser- und Meeresressourcen (WTR)					Kreislaufwirtschaft (CE)				
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				
				Davon Verwend- ung der Erlöse	Davon Über- gangs- tätig- keiten	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwend- ung der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwend- ung der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwend- ung der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			
	GAR – im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																				
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	6,34 %	0,58 %	0,30 %	0,02 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
2	Finanzunternehmen	3,30 %	0,25 %	0,00 %	0,02 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
3	Kreditinstitute	3,17 %	0,24 %	0,00 %	0,02 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
4	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	3,12 %	0,23 %	0,00 %	0,02 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
6	Eigenkapitalinstrumente	0,05 %	0,01 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %			
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,13 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
8	davon Wertpapierfirmen	0,13 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
9	Darlehen und Kredite	0,10 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
11	Eigenkapitalinstrumente	0,01 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %			
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %			
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %			
20	Nicht-Finanzunternehmen	3,02 %	0,33 %	0,30 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
21	Darlehen und Kredite	2,99 %	0,31 %	0,30 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,02 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %			
24	Haushalte	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
27	davon Kfz-Darlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %															
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	6,34 %	0,58 %	0,30 %	0,02 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %			

3. GAR-KPI-Bestand – basierend auf dem Umsatz-KPI (4/4)		fortgesetzt													bk
		ax	ay	az	ba	bb	bc	bd	be	bf	bg	bh	bi	bj	
% (im Vergleich zu den Total Covered Assets im Nenner)		2024													
		Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog. Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)					Anteil der Total Covered Assets
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					
		Davon Verwendungs Erlöse	Davon ermögl. Tätigkeiten			Davon Verwendungs Erlöse	Davon ermögl. Tätigkeiten			Davon Verwendungs Erlöse	Davon Übergangs-tätigkeiten	Davon ermögl. Tätigkeiten			
GAR – im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte															
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	6,54 %	0,58 %	0,30 %	0,02 %	0,01 %	15,38 %
2	Finanzunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,30 %	0,25 %	0,00 %	0,02 %	0,01 %	9,16 %
3	Kreditinstitute	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,17 %	0,24 %	0,00 %	0,02 %	0,01 %	8,87 %
4	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,13 %	0,23 %	0,00 %	0,02 %	0,01 %	8,72 %
6	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,05 %	0,01 %		0,00 %	0,00 %	0,13 %
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,29 %
8	davon Wertpapierfirmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,29 %
9	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,10 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,23 %
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,05 %
11	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,01 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,02 %
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
20	Nicht-Finanzunternehmen	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,21 %	0,33 %	0,30 %	0,00 %	0,01 %	0,38 %
21	Darlehen und Kredite	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,04 %	0,31 %	0,30 %	0,00 %	0,00 %	0,24 %
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,15 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,17 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,10 %
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
24	Haushalte									0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,36 %
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite									0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen									0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
27	davon Kfz-Darlehen														
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,06 %
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,06 %
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	6,54 %	0,58 %	0,30 %	0,02 %	0,01 %	

Anmerkungen:

1. Das Institut legt in dem vorliegenden Meldebogen die GAR-KPI zum Kreditbestand offen, die auf der Grundlage der in Meldebogen 1 offengelegten Daten zu den erfassten Vermögenswerten und unter Anwendung der in diesem Meldebogen angegebenen Formeln berechnet werden.
2. Informationen über die GAR (Green Asset Ratio der ‚anrechenbaren‘ Aktivitäten) sind mit Informationen über den Anteil der Gesamtaktiva, die von der GAR erfasst werden, zu versehen.
3. Kreditinstitute können zusätzlich zu den in dem vorliegenden Meldebogen enthaltenen Informationen den Anteil der Vermögenswerte aufführen, durch den taxonomierelevante Sektoren finanziert werden, die ökologisch nachhaltig sind (taxonomiekonform). Diese Information würde die Angaben zum KPI bezogen auf ökologisch nachhaltige Vermögenswerte im Vergleich zu den Total Covered Assets unterfüttern.
4. Die Kreditinstitute duplizieren diesen Meldebogen für Umsatz- und für CapEx-basierte Offenlegungen.

3. GAR-KPI-Bestand – basierend auf dem CapEx-KPI (1/4)		a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p	q
		2025																
		Klimaschutz (CCM)				Anpassung an den Klimawandel (CCA)				Wasser- und Meeresressourcen (WTR)				Kreislaufwirtschaft (CE)				
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				
				Davon Verwend- ung der Erlöse	Davon Über- gangs- tätig- keiten	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwend- ung der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwend- ung der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwend- ung der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten
GAR – im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																		
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	5,40 %	0,52 %	0,24 %	0,02 %	0,03 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
2	Finanzunternehmen	2,69 %	0,28 %	0,00 %	0,02 %	0,02 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
3	Kreditinstitute	2,58 %	0,26 %	0,00 %	0,02 %	0,02 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
4	Darlehen und Kredite	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	2,53 %	0,26 %	0,00 %	0,02 %	0,02 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
6	Eigenkapitalinstrumente	0,02 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,11 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
8	davon Wertpapierfirmen	0,11 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
9	Darlehen und Kredite	0,09 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
11	Eigenkapitalinstrumente	0,01 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
20	Nicht-Finanzunternehmen	2,69 %	0,25 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
21	Darlehen und Kredite	2,68 %	0,25 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %
24	Haushalte	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
27	davon Kfz-Darlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %												
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	5,40 %	0,52 %	0,24 %	0,02 %	0,03 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %

3. GAR-KPI-Bestand – basierend auf dem CapEx-KPI (2/4)		fortgesetzt	r	s	t	u	v	w	x	z	aa	ab	ac	ad	ae	af
			2025													
% (im Vergleich zu den Total Covered Assets im Nenner)		Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog. Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)						Anteil der Total Covered Assets
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)						
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)						
				Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon Über- gangs- tätigkeit- en	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten		
GAR – im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	5,44 %	0,52 %	0,24 %	0,02 %	0,03 %	16,07 %
2	Finanzunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,71 %	0,28 %	0,00 %	0,02 %	0,02 %	8,27 %
3	Kreditinstitute	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,59 %	0,26 %	0,00 %	0,02 %	0,02 %	8,08 %
4	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,17 %
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,54 %	0,26 %	0,00 %	0,02 %	0,02 %	7,88 %
6	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,04 %
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,11 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,19 %
8	davon Wertpapierfirmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,11 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,19 %
9	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,09 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %
11	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,02 %
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
20	Nicht-Finanzunternehmen	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,72 %	0,25 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	3,39 %
21	Darlehen und Kredite	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,71 %	0,25 %	0,24 %	0,00 %	0,01 %	3,11 %
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,28 %
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
24	Haushalte										0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,20 %
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite										0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen										0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
27	davon Kfz-Darlehen															
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,21 %
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,21 %
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	5,44 %	0,52 %	0,24 %	0,02 %	0,03 %	

3. GAR-KPI-Bestand – basierend auf dem CapEx-KPI (4/4)		fortgesetzt	ax	ay	az	ba	bb	bc	bd	be	bf	bg	bh	bi	bj	bk
			2024													
% (im Vergleich zu den Total Covered Assets im Nenner)		Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog. Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)						Anteil der Total Covered Assets
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)						
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)						
				Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten			Davon Verwendungs- der Erlöse	Davon Über- gangs- tätigkeit- en	Davon ermög- lichende Tätigkei- ten		
GAR – im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	6,43 %	0,58 %	0,30 %	0,03 %	0,02 %	15,38 %	
2	Finanzunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,18 %	0,25 %	0,00 %	0,03 %	0,01 %	9,16 %	
3	Kreditinstitute	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,05 %	0,24 %	0,00 %	0,02 %	0,01 %	8,87 %	
4	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,00 %	0,23 %	0,00 %	0,02 %	0,01 %	8,72 %	
6	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,05 %	0,01 %		0,00 %	0,00 %	0,13 %	
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,29 %	
8	davon Wertpapierfirmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,29 %	
9	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,10 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,23 %	
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,05 %	
11	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,01 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,02 %	
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	
20	Nicht-Finanzunternehmen	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,25 %	0,33 %	0,30 %	0,00 %	0,01 %	3,84 %	
21	Darlehen und Kredite	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	3,07 %	0,30 %	0,30 %	0,00 %	0,00 %	3,58 %	
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,15 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,18 %	0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,26 %	
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	
24	Haushalte									0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,32 %	
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite									0,02 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %	
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen									0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
27	davon Kfz-Darlehen															
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,06 %	
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,06 %	
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	6,43 %	0,58 %	0,30 %	0,03 %	0,02 %		

Anmerkungen:

1. Das Institut legt in dem vorliegenden Meldebogen die GAR-KPI zum Kreditbestand offen, die auf der Grundlage der in Meldebogen 1 offengelegten Daten zu den erfassten Vermögenswerten und unter Anwendung der in diesem Meldebogen angegebenen Formeln berechnet werden.
2. Informationen über die GAR (Green Asset Ratio der ‚anrechenbaren‘ Aktivitäten) sind mit Informationen über den Anteil der Gesamtaktiva, die von der GAR erfasst werden, zu versehen.
3. Kreditinstitute können zusätzlich zu den in dem vorliegenden Meldebogen enthaltenen Informationen den Anteil der Vermögenswerte aufführen, durch den taxonomierelevante Sektoren finanziert werden, die ökologisch nachhaltig sind (taxonomiekonform). Diese Information würde die Angaben zum KPI bezogen auf ökologisch nachhaltige Vermögenswerte im Vergleich zu den Total Covered Assets unterfüttern.
4. Die Kreditinstitute duplizieren diesen Meldebogen für Umsatz- und für CapEx-basierte Offenlegungen.

4. GAR-KPI-Zuflüsse - basierend auf dem Umsatz-KPI (1/2)		a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p	q	
		2025																	
% (im Vergleich zum Zufluss der gesamten zulässigen Vermögenswerte)		Klimaschutz (CCM)					Anpassung an den Klimawandel (CCA)					Wasser- und Meeresressourcen (WTR)				Kreislaufwirtschaft (CE)			
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)			
				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)	
				Davon Verwendung der Erlöse	Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten	
GAR - im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																			
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	2,41 %	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,38 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
2	Finanzunternehmen	1,40 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
3	Kreditinstitute	1,40 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
4	Darlehen und Kredite	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	1,37 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
6	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
8	davon Wertpapierfirmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
9	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
11	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
20	Nicht-Finanzunternehmen	1,02 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,38 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
21	Darlehen und Kredite	1,02 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,38 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
24	Haushalte	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
27	davon Kfz-Darlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %													
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	2,41 %	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,38 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	

4. GAR-KPI-Zuflüsse - basierend auf dem Umsatz-KPI (2/2)		fortgesetzt	r	s	t	u	v	w	x	z	aa	ab	ac	ad	ae	af
			2025													
% (im Vergleich zum Zufluss der gesamten zulässigen Vermögenswerte)		Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog.Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)						
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)						
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)						
				Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Verwendung der Erlöse	Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten		Anteil der Total Covered Assets
GAR - im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,80 %	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	16,05 %
2	Finanzunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,41 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	8,10 %
3	Kreditinstitute	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,41 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	7,91 %
4	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,38 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	7,87 %
6	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,04 %
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,19 %
8	davon Wertpapierfirmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,19 %
9	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %
11	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,02 %
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
20	Nicht-Finanzunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,39 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	3,55 %
21	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,39 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	3,27 %
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,28 %
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %
24	Haushalte										0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,20 %
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite										0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen										0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
27	davon Kfz-Darlehen										0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,21 %
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,21 %
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,80 %	0,16 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	

4. GAR-KPI-Zuflüsse - basierend auf dem CapEx-KPI (1/2)		a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p	q	
		2025																	
% (im Vergleich zum Zufluss der gesamten zulässigen Vermögenswerte)		Klimaschutz (CCM)					Anpassung an den Klimawandel (CCA)					Wasser- und Meeresressourcen (WTR)				Kreislaufwirtschaft (CE)			
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)			
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)			
				Davon Verwendung der Erlöse	Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten	
GAR - im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte																			
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	2,44 %	0,17 %	0,00 %	0,00 %	0,05 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
2	Finanzunternehmen	1,41 %	0,14 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
3	Kreditinstitute	1,41 %	0,14 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
4	Darlehen und Kredite	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	1,38 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
6	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
8	davon Wertpapierfirmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
9	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
11	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
20	Nicht-Finanzunternehmen	1,04 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
21	Darlehen und Kredite	1,04 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	
24	Haushalte	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %					0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
27	davon Kfz-Darlehen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %													
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	2,44 %	0,17 %	0,00 %	0,00 %	0,05 %	0,01 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	

4. GAR-KPI-Zuflüsse - basierend auf dem CapEx-KPI (2/2)		2025													af
		r	s	t	u	v	w	x	z	aa	ab	ac	ad	ae	
% (im Vergleich zum Zufluss der gesamten zulässigen Vermögenswerte)		Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog.Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)					Anteil der Total Covered Assets
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)		Davon Verwendungs Erlöse		Davon Übergangstätigkeiten		Davon ermöglichende Tätigkeiten	
				Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten			Davon Verwendungs Erlöse	Davon Übergangstätigkeiten	Davon ermöglichende Tätigkeiten	
GAR - im Zähler und im Nenner erfasste Vermögenswerte															
1	Nicht zu Handelszwecken gehaltene Darlehen und Kredite, Schuldverschreibungen und Eigenkapitalinstrumente, die für die GAR-Berechnung anrechenbar sind	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,49 %	0,18 %	0,00 %	0,00 %	0,05 %	16,05 %
2	Finanzunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,42 %	0,14 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	8,10 %
3	Kreditinstitute	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,42 %	0,14 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	7,91 %
4	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %
5	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,39 %	0,13 %	0,00 %	0,00 %	0,01 %	7,87 %
6	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %
7	Sonstige finanzielle Kapitalgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,19 %
8	davon Wertpapierfirmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,19 %
9	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,13 %
10	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,03 %
11	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %
12	davon Verwaltungsgesellschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
13	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
14	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
15	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
16	davon Versicherungsunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
17	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
18	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
19	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
20	Nicht-Finanzunternehmen	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,07 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	3,55 %
21	Darlehen und Kredite	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,07 %	0,04 %	0,00 %	0,00 %	0,04 %	3,27 %
22	Schuldverschreibungen, einschließlich solcher, bei denen die Verwendung der Erlöse bekannt ist	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,28 %
23	Eigenkapitalinstrumente	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %		0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
24	Haushalte									0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,20 %
25	davon durch Wohnimmobilien besicherte Kredite									0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,02 %
26	davon Gebäudesanierungsdarlehen									0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
27	davon Kfz-Darlehen									0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
28	Finanzierung lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,21 %
29	Wohnraumfinanzierung	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
30	Sonstige Finanzierungen lokaler Gebietskörperschaften	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	4,21 %
31	Durch Inbesitznahme erlangte Sicherheiten: Wohn- und Gewerbeimmobilien	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
32	GAR-Vermögenswerte insgesamt	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	2,49 %	0,18 %	0,00 %	0,00 %	0,05 %	

Anmerkungen:

- Das Institut legt in dem vorliegenden Meldebogen die GAR-KPI zu Kreditzuflüssen (neue Kredite auf Nettobasis) offen, die auf der Grundlage der im Meldebogen 1 offengelegten Daten zu den erfassten Vermögenswerten und unter Anwendung der in dem vorliegenden Meldebogen angegebenen Formeln berechnet werden.
- Die Kreditinstitute duplizieren diesen Meldebogen für Umsatz- und für CapEx-basierte Offenlegungen.

5. KPI außerbilanzielle Risikopositionen (Bestands-KPI)		a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p	q	
		2025																	
% (im Vergleich zu den gesamten geeigneten außerbilanziellen Aktiva)		Klimaschutz (CCM)					Anpassung an den Klimawandel (CCA)					Wasser- und Meeresressourcen (WTR)				Kreislaufwirtschaft (CE)			
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)			
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)			
				Davon Verwendung der Erlöse	Davon Über-gangstä-tigkeiten	Davon ermögli-chende Tätigkeiten			Davon Verwendung der Erlöse	Davon ermögli-chende Tätigkeiten			Davon Verwendung der Erlöse	Davon ermögli-chende Tätigkeiten			Davon Verwendung der Erlöse	Davon ermögli-chende Tätigkeiten	
1	Finanzgarantien (FinGuar-KPI)	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
2	Verwaltete Vermögenswerte (AuM KPI)	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	

fortgesetzt		r	s	t	u	v	w	x	z	aa	ab	ac	ad	ae	
		2025													
% (im Vergleich zu den gesamten geeigneten außerbilanziellen Aktiva)		Umweltverschmutzung (PPC)				Biolog.Vielfalt und Ökosysteme (BIO)				Gesamt (CCM + CCA + WTR + CE + PPC + BIO)					
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiefähig)					
		Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)				Anteil der Total Covered Assets, durch die taxonomierelevante Sektoren finanziert werden (taxonomiekonform)					
				Davon Verwendung der Erlöse	Davon ermögli-chende Tätigkeiten			Davon Verwendung der Erlöse	Davon ermögli-chende Tätigkeiten			Davon Verwendung der Erlöse	Davon Über-gangstä-tigkeiten	Davon ermögli-chende Tätigkeiten	
1	Finanzgarantien (FinGuar-KPI)	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	
2	Verwaltete Vermögenswerte (AuM KPI)	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	

Anmerkungen:

- Das Institut legt in dem vorliegenden Meldebogen die KPI für außerbilanzielle Risikopositionen (Finanzgarantien und AuM) offen, die auf der Grundlage der im Meldebogen 1 offengelegten Daten zu den erfassten Vermögenswerten und unter Anwendung der in dem vorliegenden Meldebogen angegebenen Formeln berechnet werden.
- Die Institute duplizieren diesen Meldebogen, um die Bestands- und die Zufluss-KPI für außerbilanzielle Risikopositionen offenzulegen.

Tätigkeiten im Bereich Kernenergie

- | | | |
|----|--|------|
| 1. | Das Unternehmen ist im Bereich Erforschung, Entwicklung, Demonstration und Einsatz innovativer Stromerzeugungsanlagen, die bei minimalem Abfall aus dem Brennstoffkreislauf Energie aus Nuklearprozessen erzeugen, tätig, finanziert solche Tätigkeiten oder hält Risikopositionen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten. | Nein |
| 2. | Das Unternehmen ist im Bau und sicheren Betrieb neuer kerntechnischer Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Prozesswärme – auch für die Fernwärmeversorgung oder industrielle Prozesse wie die Wasserstoffherzeugung – sowie bei deren sicherheitstechnischer Verbesserung mithilfe der besten verfügbaren Technologien tätig, finanziert solche Tätigkeiten oder hält Risikopositionen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten. | Nein |
| 3. | Das Unternehmen ist im sicheren Betrieb bestehender kerntechnischer Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Prozesswärme – auch für die Fernwärmeversorgung oder industrielle Prozesse wie die Wasserstoffherzeugung – sowie bei deren sicherheitstechnischer Verbesserung tätig, finanziert solche Tätigkeiten oder hält Risikopositionen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten. | Nein |

Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas

- | | | |
|----|--|------|
| 4. | Das Unternehmen ist im Bau oder Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus fossilen gasförmigen Brennstoffen tätig, finanziert solche Tätigkeiten oder hält Risikopositionen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten. | Nein |
| 5. | Das Unternehmen ist im Bau, in der Modernisierung und im Betrieb von Anlagen für die Kraft-Wärme/Kälte-Kopplung mit fossilen gasförmigen Brennstoffen tätig, finanziert solche Tätigkeiten oder hält Risikopositionen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten. | Nein |
| 6. | Das Unternehmen ist im Bau, in der Modernisierung und im Betrieb von Anlagen für die Wärmegewinnung, die Wärme/Kälte aus fossilen gasförmigen Brennstoffen erzeugen, tätig, finanziert solche Tätigkeiten oder hält Risikopositionen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten. | Nein |
-

Hamburg, den 3. März 2026

Luc Popelier

Marc Ziegner

Jens Thiele

Reinout van Riel



Konzern- abschluss

270 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

271 Konzern-Gesamtergebnisrechnung

272 Konzern-Bilanz

**274 Konzern-Eigenkapitalveränderungs-
rechnung**

275 Konzern-Kapitalflussrechnung

277 Konzernanhang

277 Allgemeine Angaben

310 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn-
und Verlustrechnung

320 Erläuterungen zur Konzern-Bilanz

343 Angaben zur Konzern-Kapitalflussrechnung

344 Segmentberichterstattung

347 Angaben zu Finanzinstrumenten

376 Sonstige Angaben

**394 Bestätigungsvermerk des
unabhängigen Abschlussprüfers**

**402 Prüfungsvermerk des unabhängigen
Wirtschaftsprüfers über den Konzern-
nachhaltigkeitsbericht**

406 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

407 Kontakt und Impressum

Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

(Mio. €)	Note	2025	2024	Veränderung in %
Zinserträge aus AC- und FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten		1.430	1.711	-16
Zinserträge aus sonstigen Finanzinstrumenten		82	98	-16
Zinsaufwendungen		-840	-1.057	-21
Zinsüberschuss	(6)	672	752	-11
Provisionsüberschuss	(7)	28	26	8
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(8)	-3	2	>-100
Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten	(9)	26	-7	>100
Ergebnis aus Finanzanlagen	(10)	7	7	-
Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten	(11)	13	3	>100
Gesamtertrag		743	783	-5
Risikovorsorge	(12)	-109	-95	15
Gesamtertrag nach Risikovorsorge		634	688	-8
Verwaltungsaufwand	(13)	-378	-350	8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(14)	37	-81	>100
Aufwand für Regulatorik, Einlagensicherung und Bankenverbände	(15)	-4	-9	-56
Ergebnis vor Steuern		289	248	17
Ertragsteuern	(16)	-124	-20	>100
Konzernergebnis		165	228	-28
Den Hamburg Commercial Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		165	228	-28

Ergebnis je Aktie

(€)	Note	2025	2024
Unverwässert	(18)	0,55	0,76
Verwässert	(18)	0,55	0,76
Anzahl der Aktien (Mio. Stück)		302	302

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

Überleitung zum Gesamtergebnis

(Mio. €)	2025	2024
Konzernergebnis	165	228
Erträge und Aufwendungen, die zu einem späteren Zeitpunkt in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können oder wurden		
Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von verpflichtend FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten (vor Steuern)		
Unrealisierte Gewinne und Verluste (vor Steuern)	80	-48
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne und Verluste (vor Steuern)	-7	-32
Darauf erfasste Ertragsteuern	-23	25
	50	-55
Wechselkursänderungen	-1	2
Zwischensumme	49	-53
Erträge und Aufwendungen, die zu einem späteren Zeitpunkt nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		
Kreditrisikoinduzierte Wertänderungen der zum FV designierten Verbindlichkeiten (vor Steuern)	-1	-1
	-1	-1
Veränderungen aus Neubewertung der Nettoverbindlichkeiten aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen (vor Steuern)	82	11
Darauf erfasste Ertragsteuern	-20	-3
	62	8
Zwischensumme	61	7
Sonstiges Ergebnis	110	-46
Gesamtergebnis	275	182
Den Hamburg Commercial Bank-Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	275	182

Konzern-Bilanz

zum 31. Dezember 2025

Aktiva

(Mio. €)	Note	2025	2024	Veränderung in %
Barreserve	(19)	2.461	3.085	-20
Forderungen an Kreditinstitute	(20)	544	714	-24
Forderungen an Kunden	(21)	17.004	20.553	-17
Risikovorsorge	(12)	-275	-347	-21
Handelsaktiva	(24)	151	225	-33
Finanzanlagen	(25)	7.856	8.523	-8
Immaterielle Vermögenswerte	(26)	77	81	-5
Sachanlagen	(27)	18	22	-18
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(27)	1	1	-
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(28)	48	-	-
Laufende Ertragsteueransprüche	(29)	16	16	-
Latente Steueransprüche	(30)	393	540	-27
Sonstige Aktiva	(31)	314	219	43
Summe Aktiva		28.608	33.632	-15

Passiva

(Mio. €)	Note	2025	2024	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.416	3.718	-35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(33)	13.483	15.020	-10
Verbriefte Verbindlichkeiten	(34)	7.250	9.128	-21
Negative Marktwerte der Hedge-Derivate	(23)	39	58	-32
Handelsspassiva	(35)	102	309	-67
Rückstellungen	(36)	328	374	-12
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	(38)	5	94	-95
Sonstige Passiva	(40)	133	114	16
Nachrangkapital	(41)	895	925	-3
Eigenkapital	(42)	3.957	3.892	2
Grundkapital		302	302	-
Kapitalrücklage		1.540	1.536	-
Gewinnrücklagen		1.891	1.815	4
Neubewertungsrücklage		58	9	571
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-	1	>-100
Konzernergebnis		165	228	-28
Gesamt vor Anteilen ohne beherrschenden Einfluss		3.956	3.891	2
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		1	1	-
Summe Passiva		28.608	33.632	-15

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

(Mio. €)	Note	Grundkapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Währungs- rücklage	Neu- bewertungs- rücklage	Konzern- ergebnis	Gesamt vor Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Gesamt
Stand 1. Januar 2024		302	1.533	1.838	-1	65	271	4.008	1	4.009
Konzernergebnis		-	-	-	-	-	228	228	-	228
Veränderungen aus Neubewertung der Nettoverbindlichkeiten aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen		-	-	8	-	-	-	8	-	8
Kreditrisikoinduzierte Wertänderungen der zum FV designierten Verbindlichkeiten ¹⁾		-	-	-	-	-1	-	-1	-	-1
Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von verpflichtend FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten		-	-	-	-	-55	-	-55	-	-55
Wechselkursänderungen ²⁾		-	-	-	2	-	-	2	-	2
Sonstiges Ergebnis		-	-	8	2	-56	-	-46	-	-46
Gesamtergebnis 31. Dezember 2024		-	-	8	2	-56	228	182	-	182
Dividendenzahlungen an die Aktionäre der Hamburg Commercial Bank AG		-	-	-302	-	-	-	-302	-	-302
Ausgleich des Konzernbilanzergebnisses des Vorjahres		-	-	271	-	-	-271	-	-	-
Anteilsbasierte Vergütung		-	3	-	-	-	-	3	-	3
Stand 31. Dezember 2024		302	1.536	1.815	1	9	228	3.891	1	3.892
Stand 1. Januar 2025		302	1.536	1.815	1	9	228	3.891	1	3.892
Konzernergebnis		-	-	-	-	-	165	165	-	165
Veränderungen aus Neubewertung der Nettoverbindlichkeiten aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen		-	-	62	-	-	-	62	-	62
Kreditrisikoinduzierte Wertänderungen der zum FV designierten Verbindlichkeiten ¹⁾		-	-	-	-	-1	-	-1	-	-1
Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von verpflichtend FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten		-	-	-	-	50	-	50	-	50
Wechselkursänderungen ²⁾		-	-	-	-1	-	-	-1	-	-1
Sonstiges Ergebnis		-	-	62	-1	49	-	110	-	110
Gesamtergebnis 31. Dezember 2025		-	-	62	-1	49	165	275	-	275
Dividendenzahlungen an die Aktionäre der Hamburg Commercial Bank AG		-	-	-214	-	-	-	-214	-	-214
Ausgleich des Konzernbilanzergebnisses des Vorjahres		-	-	228	-	-	-228	-	-	-
Anteilsbasierte Vergütung		-	4	-	-	-	-	4	-	4
Stand 31. Dezember 2025	(42)	302	1.540	1.891	-	58	165	3.956	1	3.957

¹⁾ Hintergrund für die Umbuchung der kreditrisikoinduzierten Wertänderungen der zum FV designierten Verbindlichkeiten in die Gewinnrücklage sind Rückkäufe aus begebenen Emissionen/Schuldscheindarlehen.

²⁾ Inklusive des Hedge Adjustments im Rahmen der Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe gemäß IFRS 9.6.5.13.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Kapitalflussrechnung

(Mio. €)	2025	2024
Konzernergebnis	165	228
Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties	134	128
a) Forderungen an Kunden und Kreditinstitute	119	119
b) Finanzanlagen	-1	-
c) Sachanlagen/Immaterielle Vermögenswerte/Investment Properties	17	9
d) auf zur Veräußerung gehaltene Vermögensgegenstände	-1	-
Veränderung der Rückstellungen	5	127
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	543	-298
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen/Investment Properties	-7	-7
a) Finanzanlagen	-7	-7
b) Sachanlagen/Investment Properties	-	-
Sonstige Anpassungen	-666	-674
Zwischensumme	174	-496
Veränderung der Forderungen	3.469	-2.391
a) an Kreditinstitute	169	-221
b) an Kunden	3.300	-2.170
Veränderung der Handelsaktiva	80	177
Veränderung anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-63	90
Veränderung der Verbindlichkeiten	-2.802	470
a) gegenüber Kreditinstituten	-1.289	-924
b) gegenüber Kunden	-1.513	1.394
Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten	-1.892	1.501
Veränderung der Handelspassiva	-219	116
Veränderung anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-90	-116
Erhaltene Zinsen und Dividenden	2.419	2.929
Gezahlte Zinsen	-1.713	-2.212
Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-109	6
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-746	74
Einzahlungen aus Abgängen von	2.375	2.292
a) Wertpapieren	2.373	2.285
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen	-	7
c) Sachanlagen/Immaterielle Vermögenswerte/Investment Properties	2	-
Auszahlungen für Investitionen in	-2.036	-2.832
a) Wertpapiere	-2.025	-2.811
b) Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen	-	-
c) Sachanlagen/Immaterielle Vermögenswerte/Investment Properties	-11	-21
Cashflow aus Investitionstätigkeit	339	-540

Kapitalflussrechnung

(Mio. €)	2025	2024
Auszahlungen (-) aus Nachrangkapital	-4	-4
Ausschüttungen auf das Eigenkapital	-214	-302
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-218	-306
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.085	3.857
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-746	74
Cashflow aus Investitionstätigkeit	339	-540
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-218	-306
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.461	3.085

Der Finanzmittelfonds entspricht der Bilanzposition Barreserve und umfasst damit den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel.

Die Berechnung des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit erfolgt nach der indirekten Methode. Dabei wird der Konzernüberschuss/-fehlbetrag um zahlungsunwirksame Aufwendungen (erhöhend) und Erträge (vermindernd) adjustiert und es werden zahlungswirksame Veränderungen von Vermögenswerten und Schulden, die der laufenden Geschäftstätigkeit dienen, berücksichtigt.

Beeinflusst wurde der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit durch die in der Berichtsperiode erfolgte Dividendenzahlung in Höhe von 214 Mio. € (Vorjahr: 302 Mio. €).

Weitere Informationen zur Kapitalflussrechnung werden in Note 43 „Ergänzende Anhangangaben zur Konzern-Kapitalflussrechnung“ dargestellt.

Konzernanhang

Allgemeine Angaben

1. Grundlagen der Rechnungslegung

Die Hamburg Commercial Bank AG (HCOB) stellt als oberstes Mutterunternehmen einen Konzernabschluss auf. Die HCOB wird in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft geführt. Der Sitz der Bank liegt in Deutschland, Gerhart-Hauptmann-Platz 50, Hamburg.

Die Hamburg Commercial Bank ist eine private Geschäftsbank, die als Spezialfinanzierer klassische Kreditfinanzierung sowie ergänzende Finanzlösungen für ihre Kund:innen anbietet.

Die Hamburg Commercial Bank AG hat Schuldtitel im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 WpHG an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 11 WpHG emittiert und ist deshalb gemäß Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 (IAS-Verordnung) des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 in Verbindung mit § 315e Abs. 1 HGB als kapitalmarktorientiertes Unternehmen verpflichtet, ihren Konzernabschluss gemäß den International Financial Reporting Standards aufzustellen. Internationale Rechnungslegungsstandards, im Folgenden IFRS oder Standards, bezeichnen die International Accounting Standards (IAS) und die International Financial Reporting Standards (IFRS) sowie damit verbundene Auslegungen durch das Standing Interpretations Committee (SIC) bzw. das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), die vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben und gemäß IAS-Verordnung im Rahmen des EU-Endorsements angenommen worden sind.

Die ergänzenden Bestimmungen des § 315e HGB werden berücksichtigt und sind in Note 57 und 60 aufgeführt.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie vom IASB verabschiedet und veröffentlicht und durch die Europäische Union übernommen wurden, aufgestellt.

Gemäß IFRS 10 wird der Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss umfasst gem. IAS 1 die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und die Notes inklusive der Segmentberichterstattung. Neben dem Konzernabschluss wurde ein zusammengefasster Lagebericht nach § 315 HGB aufgestellt. Der Lagebericht enthält die nichtfinanzielle Erklärung für die Hamburg Commercial Bank AG sowie für den Hamburg Commercial Bank Konzern, die nach § 315b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB ebenfalls zusammengefasst wurden.

Erträge und Aufwendungen werden im Konzern zeitanteilig abgegrenzt; sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Die Bilanzierung von Vermögenswerten, Schulden, Erträgen und Aufwendungen erfolgt unter Berücksichtigung des Stetigkeitsprinzips. Abweichungen hiervon werden nur in begründeten Ausnahmefällen vorgenommen, die im Hamburg Commercial Bank Konzernabschluss bei der Erläuterung der jeweiligen Posten gesondert dargestellt werden.

Sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, erfolgen alle Betragsangaben in Millionen Euro (Mio. €).

Das Berichtsjahr entspricht dem Kalenderjahr 2025.

IFRS 7.31 ff. enthält Vorschriften zur Darstellung von Risiken aus Finanzinstrumenten. IFRS 7.B6 eröffnet in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, die Risikoangaben außerhalb des Abschlusses in einem dafür geeigneten Medium zu leisten. Die Hamburg Commercial Bank hat diese Möglichkeit in Anspruch genommen und veröffentlicht die Risikoangaben zu Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31 ff. teilweise im Anhang und teilweise innerhalb des Risikoberichts als Bestandteil des Konzernlageberichts. Im Einzelnen betrifft dies die qualitativen Angaben zum Kreditrisiko, welche im Risikobericht erläutert werden. Daneben werden die quantitativen Angaben zum Kreditrisiko, insbesondere zur Entwicklung der Risikovorsorge und Wertminderung von Finanzinstrumenten einschließlich der Entwicklung der Bruttobuchwerte, in der Note „Angaben zu Finanzinstrumenten“ als Teil des Konzernanhangs vorgenommen (Note 45). Des Weiteren betrifft dies die qualitativen Angaben zum Marktrisiko, die im Abschnitt „Marktrisiko“ des Konzernrisikoberichts zu finden sind. Die für das Marktrisiko gemäß IFRS 7.40– 42 geforderten Sensitivitätsanalysen befinden sich im Abschnitt „Angaben zu Finanzinstrumenten“ des Konzernanhangs. Die nach IFRS 7.39 (a) und (b) geforderten Fälligkeitsanalysen von derivativen und nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten befinden sich ebenfalls

im Abschnitt „Angaben zu Finanzinstrumenten“ des Konzernanhangs. Die gemäß IFRS 7.39 (c) geforderte Beschreibung der Steuerung des Liquiditätsrisikos wird im Konzernrisikobericht veröffentlicht.

Darüber hinaus hat der Konzern im Rahmen der Anwendung der ergänzenden deutschen handelsrechtlichen Vorschriften folgende Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS) bei der Aufstellung dieses Konzernabschlusses bzw. Konzernlageberichts beachtet:

- DRS 20 Konzernlagebericht
- DRS 17 Vergütung von Organmitgliedern

Außer den im Folgenden aufgeführten neuen Standards und Interpretationen, die einen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben können, wurde eine Reihe weiterer Standards und Interpretationen verabschiedet, die jedoch erwartungsgemäß keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben werden.

Im laufenden Geschäftsjahr sind erstmals die folgenden Rechnungslegungsvorschriften grundsätzlich anzuwenden.

Amendments to IAS 21 The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates: Lack of Exchangeability

Durch die Änderungen des IAS 21 wird der Standard um Regelungen zur Währungsumrechnung ergänzt, die anzuwenden sind, wenn eine Währung nicht in eine andere Währung umtauschbar ist. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank.

Für die folgenden neuen oder geänderten Standards oder Interpretationen, die verpflichtend erst in späteren Geschäftsjahren anzuwenden sind, plant die Hamburg Commercial Bank keine frühzeitige Anwendung. Soweit nicht anders angegeben, werden die Auswirkungen auf den Abschluss der Hamburg Commercial Bank derzeit geprüft.

EU-Endorsement ist bereits erfolgt:

Amendments to the Classification and Measurement of Financial Instruments (Amendments to IFRS 9 and IFRS 7)

Die Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7 beinhalten u.a. Klarstellungen bezüglich des Ansatzes und der Ausbuchung bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Darüber hinaus wird eine Ausnahme für bestimmte finanzielle Verbindlichkeiten eingeführt, die mithilfe eines elektronischen Zahlungssystems beglichen werden. Sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, können Unternehmen diese bereits vor dem Erfüllungstag ausbuchen.

Des Weiteren werden die Anwendungsleitlinien für die Beurteilung, ob ein finanzieller Vermögenswert das Zahlungsstromkriterium erfüllt, klargestellt und erweitert. Die Schwerpunkte liegen hierbei auf Vertragsbedingungen, die die Zahlungsströme aufgrund ungewisser Ereignisse verändern können, wie beispielsweise Zinssätze, die an das Erreichen bestimmter ESG-Ziele gebunden sind. Zusätzlich werden auch Vertragsbedingungen im Kontext mit nicht-rückgriffsberechtigten finanziellen Vermögenswerten und vertraglich verknüpften Instrumenten von den Änderungen erfasst.

Für Finanzinstrumente mit bedingten Zahlungsströmen, die beispielsweise eine Abhängigkeit zu ESG-Faktoren aufweisen, werden die notwendigen Angaben erweitert. Darüber hinaus werden die Angaben zu Eigenkapitalinstrumenten, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert durch das sonstige Ergebnis bewertet werden, erweitert.

Die Änderungen sind erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2026 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank.

Annual Improvements to IFRS Accounting Standards – Volume 11

Der Sammel-Änderungsstandard Annual Improvements to IFRS Accounting Standards – Volume 11 betrifft Änderungen an IFRS 1, IFRS 7, IFRS 9, IFRS 10 und IAS 7.

Die Änderungen an IFRS 1 beziehen sich auf begriffliche Klarstellungen bezüglich der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften durch einen IFRS-Erstanwender. IFRS 7 wird im Wesentlichen bezüglich der Terminologie und bezüglich Referenzierungen angepasst, wobei u.a. eine Anpassung des IFRS 7.IG14 in Bezug auf die Offenlegung der abgegrenzten Differenz zwischen beizulegendem Zeitwert und Transaktionspreis

vorgenommen wird. Die Änderungen an IFRS 9 beziehen sich im Wesentlichen darauf, dass klargestellt wird, dass im Falle einer Ausbuchung einer Leasingverbindlichkeit nach IFRS 9 die Gegenbuchung im Gewinn oder Verlust vorgenommen werden muss und nicht gegen das entsprechende Nutzungsrecht zu erfolgen hat. IFRS 10 wird bezüglich der Bestimmung eines De-facto-Agenten angepasst, sodass klargestellt wird, dass nicht gleichzeitig zwei Parteien im Namen des jeweils anderen handeln können. In Bezug auf IAS 7 erfolgt eine Änderung zum Begriff „Anschaffungskostenmethode“ dahingehend, dass dieser durch „zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet“ ersetzt wird.

Die Änderungen sind erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2026 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank.

Contracts Referencing Nature-dependent Electricity – Amendments to IFRS 9 and IFRS 7

Die Änderungen betreffen gezielte Anpassungen an IFRS 9 und IFRS 7, um sicherzustellen, dass betroffene Unternehmen in ihren Abschlüssen die Auswirkungen von naturabhängigen Stromverträgen sachgerecht darstellen. Diese Verträge, oft als Power Purchase Agreements (PPAs) strukturiert, sichern die Stromversorgung aus Quellen wie Wind- und Solarenergie, wobei die Erzeugung von unkontrollierbaren Faktoren wie Wetterbedingungen abhängt.

Die Änderungen umfassen u.a. Klarstellungen bezüglich der Anwendung der „Eigenverbrauchs“-Anforderungen, die Zulassung von Hedge Accounting, wenn diese Verträge als Sicherungsinstrumente verwendet werden, und neue Offenlegungspflichten, um Investor:innen das Verständnis der Auswirkungen dieser Verträge auf die finanzielle Leistung und die Cashflows eines Unternehmens zu ermöglichen.

Die Änderungen sind erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2026 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank.

IFRS 18 Presentation and Disclosure in Financial Statements

IFRS 18 wird zukünftig IAS 1 – Presentation of Financial Statements ersetzen und Anpassungen an IAS 7 Statement of Cash Flows vornehmen. Primäres Ziel des IFRS 18 ist es, die Darstellung finanzieller Informationen zu verbessern und die Transparenz und Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu erhöhen, um die Beurteilung der Leistung eines Unternehmens zu verbessern.

IFRS 18 sieht die Einführung von zwei verpflichtenden Zwischensummen in der Gewinn- und Verlustrechnung vor, die den operativen Gewinn oder Verlust und den Gewinn oder Verlust vor Finanzierung und Ertragsteuern betreffen. Diesen Zwischensummen liegt die Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen zu den drei Kategorien operativer Bereich, Investitionsbereich und Finanzierungsbereich zugrunde.

Des Weiteren sieht IFRS 18 erweiterte Anhangangaben zu Erträgen und Aufwendungen vor, u. a. in Form von Angaben zu sogenannten Management-Defined Performance Measures (MPM), die öffentlich kommunizierte Leistungskennzahlen betreffen, die von dem Management des Unternehmens definiert wurden. Darüber hinaus führt IFRS 18 für die indirekte Ermittlung des Cashflows der betrieblichen Tätigkeit mit dem Betriebsergebnis einen verpflichtenden Ausgangspunkt ein und hebt Klassifizierungswahlrechte für Zinsen und Dividenden auf.

Für Unternehmen mit bestimmten Hauptgeschäftstätigkeiten wie zum Beispiel Banken und Unternehmen, die Finanzierungen für Kund:innen anbieten, sind hinsichtlich der Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den verschiedenen Kategorien gesonderte Vorschriften vorgesehen.

Die Änderungen sind erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Der Standard ist hierbei für die entsprechende Vergleichsperiode bereits anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig.

Ab dem Berichtsjahr 2027 wird die Bank erstmals gemäß IFRS 18 berichten. Aufgrund der bisherigen Analysen erwarten wir, dass die wesentlichen Ergebnisse im operativen Ergebnis ausgewiesen und sich keine signifikanten Veränderungen in den Systemen oder der Kommunikation der Bank ergeben werden.

EU-Endorsement ist noch ausstehend:**IFRS 19 Subsidiaries without Public Accountability: Disclosures und Amendments to IFRS 19 Subsidiaries without Public Accountability: Disclosures**

Durch IFRS 19 Subsidiaries without Public Accountability: Disclosures wird es berechtigten Tochterunternehmen ermöglicht, die IFRS-Rechnungslegungsvorschriften mit reduzierten Angabepflichten anzuwenden. Als berechnete Tochterunternehmen gelten hierbei Tochterunternehmen ohne öffentliche Rechenschaftspflicht und solche, deren unmittelbares oder oberes Mutterunternehmen einen Konzernabschluss nach den IFRS Accounting Standards erstellt, der öffentlich zugänglich ist.

IFRS 19 ist – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnenden Geschäftsjahres freiwillig anwendbar. Eine frühere Anwendung ist zulässig. Der Standard und die entsprechenden Amendments haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank.

Annahme der Unternehmensfortführung

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern). Grundlage der getroffenen Annahme der Unternehmensfortführung ist die Unternehmensplanung der Bank.

2. Konsolidierungsgrundsätze

Im Konzernabschluss werden das Mutterunternehmen, die Hamburg Commercial Bank AG, sowie die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Tochterunternehmen als eine wirtschaftliche Einheit dargestellt. Tochterunternehmen umfassen auch strukturierte Einheiten, die durch die Hamburg Commercial Bank beherrscht werden. Strukturierte Einheiten sind solche, bei denen Stimmrechte oder ähnliche Rechte nicht den dominierenden Faktor zur Beurteilung der Beherrschung darstellen. Dazu gehören auch Gesellschaften, deren relevante Aktivitäten durch eine enge Zwecksetzung im Gesellschaftsvertrag oder in sonstigen vertraglichen Vereinbarungen vorbestimmt sind oder bei denen eine dauerhafte Beschränkung der Entscheidungsgewalt des Leitungsgremiums vorliegt. Die Hamburg Commercial Bank fasst im Wesentlichen ABS-Conduits und sonstige Verbriefungs- und Refinanzierungsvehikel sowie Investmentfonds (einschließlich Private-Equity-Fonds) unter die strukturierten Einheiten. Strukturierte Einheiten werden in den Konsolidierungskreis einbezogen, wenn sie Tochterunternehmen sind und für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder für die Beurteilung der Risikosituation des Hamburg Commercial Bank Konzerns wesentlich sind.

Angaben zur Art der Risiken im Zusammenhang mit Anteilen an konsolidierten strukturierten Einheiten werden in Note 3 dargestellt. In Bezug auf nicht konsolidierte strukturierte Einheiten wird auf Note 51 verwiesen.

Beherrschung über ein Tochterunternehmen liegt vor, wenn die Hamburg Commercial Bank variablen Rückflüssen aus dem Engagement mit diesem Unternehmen ausgesetzt ist oder Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Rückflüsse mittels ihrer Entscheidungsgewalt über das Unternehmen zu beeinflussen. Die Hamburg Commercial Bank besitzt Entscheidungsgewalt über ein Unternehmen, wenn sie über Rechte verfügt, die ihr direkt oder über Dritte die gegenwärtige Möglichkeit zur Steuerung der relevanten Aktivitäten des Unternehmens verleihen. Bei den relevanten Aktivitäten handelt es sich um diejenigen, die je nach Art und Zweck des Unternehmens dessen Rückflüsse wesentlich beeinflussen. Als variable Rückflüsse gelten sämtliche Rückflüsse, die in Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit des Unternehmens variieren können. Demzufolge können Rückflüsse aus dem Engagement mit einem anderen Unternehmen sowohl positiv als auch negativ sein. Variable Rückflüsse beinhalten Dividenden, feste und variable Zinsen, Vergütungen und Gebühren, Wertschwankungen des Investments sowie sonstige wirtschaftliche Vorteile.

Die Beurteilung, ob Entscheidungsgewalt vorliegt, erfolgt auf Basis der relevanten Aktivitäten des Unternehmens sowie der Einflussbefugnisse der Hamburg Commercial Bank. Dabei werden sowohl Stimmrechte als auch sonstige vertragliche Rechte zur Steuerung der relevanten Aktivitäten berücksichtigt, sofern es keine ökonomischen oder sonstigen Hindernisse bei der Ausübung der bestehenden Rechte gibt und die Hamburg Commercial Bank von der Ausübung der Rechte profitieren würde. Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten liegt vor, wenn die Hamburg Commercial Bank aufgrund von Eigenkapitalinstrumenten oder vertraglichen Vereinbarungen über mehr als 50 % der Stimmrechte verfügt und mit diesem Stimmrechtsanteil ein substantielles Entscheidungsrecht in Bezug auf die relevanten Aktivitäten verbunden ist. Sonstige vertragliche Rechte, die einen beherrschenden Einfluss ermöglichen können, sind im Wesentlichen

Organbestellungs-, Abberufungs-, Liquidations- und sonstige Entscheidungsrechte. Die Hamburg Commercial Bank beherrscht ein Tochterunternehmen, sofern sie auf Basis der Gesamtheit der vertraglichen Rechte die Möglichkeit zur Steuerung der relevanten Aktivitäten des Unternehmens besitzt.

Ein Tochterunternehmen wird auch dann durch die Hamburg Commercial Bank beherrscht, wenn die Entscheidungsgewalt durch Dritte im Interesse und zum Nutzen der Hamburg Commercial Bank ausgeübt wird. Ob eine solche delegierte Entscheidungsmacht vorliegt, wird anhand der bestehenden Organbestellungsbefugnisse, des rechtlichen und faktischen Entscheidungsspielraums sowie der wirtschaftlichen Anreizstruktur beurteilt. Die Hamburg Commercial Bank selbst übt keine delegierte Entscheidungsmacht zum Nutzen Dritter aus.

In Einzelfällen verfügt die Hamburg Commercial Bank aufgrund von vertraglichen Gestaltungsrechten über beherrschenden Einfluss, obwohl sie weniger als 50 % der Stimmrechte hält.

Anteile anderer Gesellschafter:innen am Eigenkapital des Tochterunternehmens werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen, sofern es sich nicht um Anteile außenstehender Gesellschafter:innen an konsolidierten Personenhandelsgesellschaften handelt. Der Anteil ohne beherrschenden Einfluss ist der Teil des Periodenergebnisses und des Reinvermögens eines Tochterunternehmens, der auf Anteile entfällt, die nicht direkt vom Mutterunternehmen oder von einem Konzerntochterunternehmen gehalten werden. Nicht beherrschende Eigentumsanteile an Tochterunternehmen und der daraus resultierende Gewinn bzw. Verlust sowie zusammengefasste Finanzinformationen von Tochterunternehmen mit wesentlichen nicht beherrschenden Anteilen werden in Note 3 bereitgestellt. Anteile außenstehender Gesellschafter:innen an konsolidierten Personenhandelsgesellschaften stellen kündbare Finanzinstrumente dar, die nach IAS 32 im Konzernabschluss als Fremdkapital zu klassifizieren sind und unter der Position Sonstige Passiva ausgewiesen werden. Die Wertänderungen werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Tochterunternehmen werden im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank einbezogen. Bei der Kapitalkonsolidierung wird der Buchwert des Anteils an jedem Tochterunternehmen mit dem Anteil der Hamburg Commercial Bank am Eigenkapital des Tochterunternehmens verrechnet. Ein damit im Zusammenhang stehender Geschäfts- oder Firmenwert wird nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 3 bilanziert. Konzerninterne Forderungen, Verbindlichkeiten und Ergebnisse werden im Rahmen der Schulden- bzw. der Aufwands- und Ertragskonsolidierung für Zwecke des Konzernabschlusses eliminiert. Durch konzerninterne Übertragungen von Vermögenswerten entstandene Aufwendungen und Erträge werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an Tochterunternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Hamburg Commercial Bank Konzerns nicht konsolidiert werden, werden nach den Ansatz- und Bewertungsvorschriften des IFRS 9 als Finanzinstrumente der Kategorie Fair Value through Profit & Loss (FVPL) bilanziert.

Bei strukturierten Einheiten im Sinne des IFRS 12 handelt es sich um Unternehmen, die so konzipiert wurden, dass Stimmrechte oder ähnliche Rechte nicht den dominierenden Faktor hinsichtlich der Beurteilung des Vorliegens von Beherrschung darstellen. Stimmrechte beziehen sich bei derartigen Einheiten lediglich auf vertraglich festgelegte Verwaltungsaufgaben. Unter ähnlichen Rechten werden z. B. potenzielle Stimmrechte, wie Optionen auf Stimmrechte, verstanden. Strukturierte Einheiten wie Verbriefungsvehikel werden von der Hamburg Commercial Bank beherrscht und als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen, wenn die Hamburg Commercial Bank Entscheidungsgewalt über die relevanten Aktivitäten hat und aus diesen Aktivitäten variablen Rückflüssen ausgesetzt ist.

Objekt- und Projektgesellschaften werden von der Hamburg Commercial Bank nicht als strukturierte Einheiten klassifiziert, da diese i. d. R. nicht so konzipiert werden, dass das Halten von Stimmrechten lediglich der Vornahme vertraglich geregelter Verwaltungsaufgaben dient. Strukturierte Einheiten zeichnen sich ferner durch einen eng definierten Geschäftszweck, eine beschränkte Tätigkeit und vergleichsweise niedriges Eigenkapital aus. Soweit die Steuerung eines Unternehmens nicht über Stimmrechte, sondern über vertragliche Rechte erfolgt, werden diese als strukturierte Einheit klassifiziert.

Gemeinschaftliche Vereinbarungen (Joint Arrangements) basieren auf vertraglichen Vereinbarungen, auf deren Grundlage zwei oder mehr Partner eine wirtschaftliche Aktivität begründen, die der gemeinschaftlichen Führung unterliegt. Gemeinschaftliche Führung liegt vor, wenn die Partner zusammenwirken müssen, um die relevanten Aktivitäten der gemeinschaftlichen Vereinbarung zu steuern, und Entscheidungen die einstimmige Zustimmung der beteiligten Partner erfordern. Um ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) handelt es sich bei einer solchen gemeinschaftlichen Vereinbarung dann, wenn die Partner, die die gemeinschaftliche

Führung ausüben, Rechte und Pflichten am Nettoreinvermögen der Vereinbarung besitzen. Haben die Partner hingegen unmittelbare Rechte an den der gemeinschaftlichen Vereinbarung zuzurechnenden Vermögenswerten bzw. Verpflichtungen für deren Schulden, handelt es sich bei der Vereinbarung um eine gemeinschaftliche Tätigkeit (Joint Operation). Sofern eine gemeinschaftliche Vereinbarung durch eine rechtlich selbstständige Personen- oder Kapitalgesellschaft mit eigenem Gesellschaftsvermögen verkörpert wird, sodass die Hamburg Commercial Bank aus ihren Anteilen an der betreffenden Gesellschaft lediglich einen anteiligen Anspruch auf das Nettoreinvermögen der Gesellschaft hat, liegt in der Regel ein Gemeinschaftsunternehmen vor. Zur Bestimmung, ob es sich bei gemeinschaftlichen Vereinbarungen um Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftliche Tätigkeiten handelt, werden ergänzend die vertraglichen Bestimmungen sowie der Zweck der gemeinschaftlichen Vereinbarung zugrunde gelegt. Geben weder die Rechtsform noch die Vertragsbestimmungen oder andere Fakten und Umstände einen Hinweis darauf, dass die Hamburg Commercial Bank unmittelbare Rechte an den Vermögenswerten bzw. Pflichten für die Schulden der gemeinschaftlichen Vereinbarung hat, handelt es sich dabei um ein Gemeinschaftsunternehmen.

Assoziierte Unternehmen sind solche, auf die die Hamburg Commercial Bank AG direkt oder indirekt über Tochterunternehmen zwar einen maßgeblichen, jedoch keinen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Als maßgeblicher Einfluss wird die Möglichkeit bezeichnet, an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen eines anderen Unternehmens mitzuwirken, ohne dieses jedoch zu beherrschen. Maßgeblicher Einfluss liegt grundsätzlich vor, wenn die Hamburg Commercial Bank als Investor direkt oder indirekt über Tochterunternehmen 20 % oder mehr der Stimmrechte hält. Um ein assoziiertes Unternehmen kann es sich auch dann handeln, wenn die Hamburg Commercial Bank über weniger als 20 % der Stimmrechte verfügt, aber aufgrund von anderen Faktoren die Möglichkeit der Mitwirkung an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Unternehmens hat. Dazu zählen insbesondere die Vertretung der Hamburg Commercial Bank im Entscheidungsgremium des Unternehmens sowie vertragliche Rechte zur Bewirtschaftung oder Verwertung von Vermögenswerten einschließlich Investitionsentscheidungen bei Investmentfonds. Verfügt die Hamburg Commercial Bank lediglich über Genehmigungs-, Zustimmungs- oder Vetorechte, wird nicht von einem maßgeblichen Einfluss ausgegangen.

Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bedeutsam sind, werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Dabei werden die Anteile des Konzerns an dem Gemeinschaftsunternehmen bzw. assoziierten Unternehmen erstmals mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns am Jahresergebnis oder etwaigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen des Gemeinschaftsunternehmens bzw. assoziierten Unternehmens erhöht bzw. vermindert. Die betreffenden Anteile werden in der Bilanz in einem separaten Posten ausgewiesen.

Anteile an Gemeinschaftsunternehmen bzw. assoziierten Unternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Hamburg Commercial Bank Konzerns nicht nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind nach den Ansatz- und Bewertungsvorschriften des IFRS 9 als Finanzinstrumente der Kategorie Fair Value through Profit & Loss (FVPL) bilanziert und unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

3. Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis schließt neben dem Mutterunternehmen Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg, 14 vollkonsolidierte Tochterunternehmen ein (31. Dezember 2024: 13).

Wie zum 31. Dezember 2024 bestehen keine nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen sowie die aufgrund ihrer Unwesentlichkeit für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Hamburg Commercial Bank Konzerns nicht einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen können der Anteilsbesitzliste (Note 59) entnommen werden. Die Anteilsbesitzliste enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres betreffen nachfolgend aufgeführte Tochtergesellschaften.

I. Angaben zu Tochterunternehmen – Veränderungen im Konsolidierungskreis

A) ZUGÄNGE

Folgende Gesellschaft wird 2025 erstmalig im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen:

- Pemberton Volkspark Unlevered Direct Lending Fund, SCSp, Luxemburg

Aufgrund vertraglicher Verpflichtungen übt die Bank seit dem 28. Mai 2025 eine beherrschende Stellung gegenüber der Gesellschaft Pemberton Volkspark Unlevered Direct Lending Fund, SCSp aus, da diese Regelungen zur Folge haben, dass die Entscheidungsträger:innen der Gesellschaft als Agenten der Hamburg Commercial Bank zu klassifizieren sind. Der primäre Geschäftszweck dieses Spezialfonds (Loan Fund) besteht in der Investition in Forderungen gegenüber Dritten. Seine Gründung erfolgte für Zwecke der Bank, die über den Loan Fund ihre Aktivitäten im internationalen Corporates Business diversifiziert, wobei der Fokus auf Kreditnehmer:innen aus Nord- und Westeuropa liegt.

B) ABGÄNGE

Im Berichtszeitraum war kein Abgang eines Tochterunternehmens aus dem Konsolidierungskreis zu verzeichnen.

C) VERÄNDERUNG DER BETEILIGUNGSHÖHE AN TOCHTERUNTERNEHMEN

In der Berichtsperiode ergaben sich keine Veränderungen an Eigentumsanteilen der Hamburg Commercial Bank an einem Tochterunternehmen, die nicht zu einem Beherrschungsverlust führten.

II. Angaben zu nach der Equity-Methode bilanzierten Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen

Die Hamburg Commercial Bank hält zum Abschlussstichtag keine nach der Equity-Methode bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die wesentlich für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sind.

III. Angaben zu konsolidierten strukturierten Einheiten

Im Konsolidierungskreis der Hamburg Commercial Bank sind acht vollkonsolidierte strukturierte Einheiten enthalten. Diese Gesellschaften werden aufgrund von vertraglichen Rechten und/oder Prinzipal-Agenten-Beziehungen beherrscht. Bei drei dieser Gesellschaften liegt zudem die Mehrheit der Stimmrechte vor.

Im Hinblick auf die Art etwaiger Risiken im Zusammenhang mit Geschäftsbeziehungen mit konsolidierten strukturierten Einheiten kann Folgendes festgestellt werden:

Im Berichtsjahr stellte die Hamburg Commercial Bank weder konsolidierten noch nicht konsolidierten strukturierten Einheiten eine nicht vertragliche Unterstützung zur Verfügung.

Zum Bilanzstichtag liegt keine gegenwärtige Absicht vor, einer konsolidierten strukturierten Einheit eine Finanzhilfe oder sonstige Hilfe im Sinne des IFRS 12.17 zu gewähren.

4. Schätzungen und Ermessensentscheidungen des Managements

Schätzungen:

In den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank sind zulässigerweise Schätzungen und Annahmen zur Bewertung von Vermögenswerten und Schulden eingeflossen. Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Insbesondere sind folgende Themen von Schätzungsunsicherheiten betroffen (siehe auch Erläuterungen unter Note 5 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“):

- die Stufenzuordnung und die Ermittlung der Höhe der Risikovorsorge im Rahmen der Wertminderungsvorschriften des IFRS 9
- die Dotierung der Rückstellungen für Prozessrisiken
- die Dotierung von Rückstellungen für Pensions- und ähnliche Verpflichtungen sowie anderer Rückstellungen
- der Ansatz und die Bewertung latenter Steuern
- die Ermittlung von Fair Values

Sofern Schätzungsunsicherheiten im größeren Umfang bestehen, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Positionen ausführlich dargestellt.

Ermessensentscheidungen:

Wesentliche Ermessensentscheidungen – mit Ausnahme von Schätzungen – des Managements bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden betreffen insbesondere folgende Themen (siehe auch Erläuterungen unter Note 5 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“):

- die Stufenzuordnung und die Ermittlung der Höhe der Risikovorsorge im Rahmen der Wertminderungsvorschriften des IFRS 9
- die Dotierung der Rückstellungen für Prozessrisiken
- die Festlegung von Geschäftsmodellen und die Klassifizierung von Finanzinstrumenten gemäß IFRS 9
- die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Markts
- die Nutzung der Fair-Value-Option für Finanzinstrumente
- die Beurteilung, ob die Hamburg Commercial Bank eine andere Gesellschaft beherrscht

Im Rahmen der Wertminderungsvorschriften des IFRS 9 ergeben sich sowohl wesentliche Schätzungen als auch wesentliche Ermessensentscheidungen in Bezug auf die Stufenzuordnung und die Ermittlung der Höhe der Risikovorsorge (siehe Note 5 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie Note 22 „Risikovorsorge“).

Der Transfer eines Finanzinstruments zwischen den Stufen 1 und 2 und die damit zusammenhängende Festlegung des Ausmaßes, das eine signifikante Verschlechterung der Kreditqualität begründet (Signifikanzschwelle), stellt eine zentrale Ermessensentscheidung im Rahmen der Wertminderungsvorschriften dar.

Bei der Ermittlung der Risikovorsorgestufen 1 und 2 schätzt die Hamburg Commercial Bank die zugehörigen Kreditrisikoparameter im Ein-Jahres-Horizont und schreibt diese anhand von geeigneten Annahmen in den Mehrjahreshorizont fort. In diesem Zusammenhang bestehen insbesondere bei der Integration zukunftsgerichteter, makroökonomischer Szenarien wesentliche Schätzunsicherheiten.

Die Ermittlung der Risikovorsorgestufe 3 stellt einen weiteren Schätzprozess dar. Dabei sind insbesondere die Schätzungen verschiedener Szenarien inklusive zugehöriger Eintrittswahrscheinlichkeiten sowie des erzielbaren Betrags im jeweiligen Szenario mit Ermessensentscheidungen verbunden.

Wesentliche Ermessensentscheidungen im Zusammenhang mit der Anwendung der Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften des IFRS 9 ergeben sich bei der Festlegung bzw. Klassifizierung der Geschäftsmodelle der Bank und der entsprechenden Zuordnung der Portfolios von finanziellen Vermögenswerten, die auf Grundlage der Zielsetzung und Steuerung im Rahmen der Geschäftsaktivität erfolgt.

Insbesondere auch die Festlegung von Tatbeständen unschädlicher Verkäufe und Wesentlichkeitsgrenzen für Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten innerhalb des Geschäftsmodells „Halten“ sind hierbei Ermessensentscheidungen. Die bei der Hamburg Commercial Bank definierten Geschäftsmodelle und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Klassifizierung und Bewertung der Finanzinstrumente sind in Note 5 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ dargestellt.

Die Analyse der vertraglichen Zahlungsströme im Hinblick auf das Zahlungsstromkriterium sowie die Einordnung von Modifikationen hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit stellen eine weitere Ermessensentscheidung dar (siehe ebenfalls Note 5 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“).

Die Anwendung der ergebniswirksamen Fair-Value-Option für finanzielle Vermögenswerte nimmt die Hamburg Commercial Bank nach eigenem Ermessen im Hinblick auf die Vermeidung eines Accounting Mismatch vor. Die Designation von finanziellen Verbindlichkeiten in der Fair-Value-Option zur Vermeidung

eines Accounting Mismatches oder aufgrund einer Steuerung auf Fair-Value-Basis liegt ebenfalls im Ermessen der Bank.

Bei der Entscheidung darüber, ob eine Beherrschung der Hamburg Commercial Bank über eine andere Gesellschaft vorliegt, sind ebenso Ermessensentscheidungen notwendig. Dies betrifft die Einwertung, ob die Hamburg Commercial Bank variablen Rückflüssen aus dem Engagement mit dieser Gesellschaft ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Rückflüsse mittels ihrer Entscheidungsgewalt über die Gesellschaft zu beeinflussen (siehe Note 2 „Konsolidierungsgrundsätze“).

5. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

I. Finanzinstrumente

A) KATEGORISIERUNG VON FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTEN UND SCHULDEN

Erfassung und Zugangsbewertung von finanziellen Vermögenswerten und Schulden

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Gemäß IFRS 9 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz zu erfassen und in Abhängigkeit von der ihnen zugewiesenen Kategorie zu bewerten.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden dann bilanziert, wenn die Hamburg Commercial Bank Vertragspartei aus den vertraglichen Regelungen des entsprechenden Finanzinstruments wird. Erwartete künftige Transaktionen bzw. Verträge werden nicht bilanziert.

Schwebende Geschäfte in Form von Derivaten sind, sofern sie die Kriterien von IFRS 9 erfüllen, stets als finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten in der Bilanz mit dem Fair Value zum Handelstag zu erfassen. Kassageschäfte in nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerten (sog. Regular Way Contracts) werden zum Erfüllungstag erfasst. Die Fair-Value-Änderung in der Zeit zwischen Handelstag und Erfüllungstag wird gemäß den durch die Kategorie des Vermögenswertes vorgegebenen Bewertungsregeln erfasst.

Nicht-derivative finanzielle Verbindlichkeiten werden dann erfasst, wenn eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag erfüllt hat (Erfüllungstag).

Die Zugangsbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der in der Regel den Anschaffungskosten des Finanzinstruments entspricht.

Der Abgang eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt grundsätzlich zum Erfüllungstag. Bei Derivaten erfolgt der Abgang zum Handelstag.

Festlegung der Geschäftsmodelle

Zur Ableitung der Kategorisierung der Finanzinstrumente wird bei finanziellen Vermögenswerten unter IFRS 9 zunächst eine Zuordnung der Bestände zu Geschäftsmodellen vorgenommen. Die Festlegung dieser Geschäftsmodelle liegt in der Verantwortung des Vorstands der Hamburg Commercial Bank AG. Die Zuordnung der Finanzinstrumente zu den Geschäftsmodellen erfolgt auf Basis der Zusammenfassung homogener Portfolios. Maßgeblich für die Festlegung und Zuordnung der Bestände sind die internen Regelungen und Zielsetzungen, die in der Praxis in der strategischen Steuerung und Verwaltung der Portfolios Anwendung finden. Zudem wird in der Definition und Abgrenzung der Geschäftsmodelle berücksichtigt, wie die Beurteilung der Ergebnisse der Portfolios erfolgt, welche Risiken diese Ergebnisbeiträge beeinflussen und wie diese gesteuert werden.

Ein weiterer Aspekt, der für die Geschäftsmodellfestlegung bei der Hamburg Commercial Bank im Zusammenhang mit Beurteilung der Geschäftsaktivität und Zielsetzung für die Verwaltung der Instrumente wesentlich ist, besteht in der Analyse der Transaktionen in vergangenen Perioden. Dabei werden Häufigkeit, Volumen und zeitliches Auftreten von Verkäufen ermittelt. Auch der Anlass, der maßgeblich für Verkaufstransaktionen ist, wird in der Beurteilung der Verkaufstätigkeit herangezogen. Stehen Verkäufe unter anderem im Zusammenhang mit dem Management von Kreditrisiken und sind bedingt durch einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos, so können sie trotzdem konsistent mit einem Geschäftsmodell sein, das der Vereinnahmung von Zahlungsströmen durch Halten bis zur Endfälligkeit der Instrumente dient.

Eine Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten ist nur in Ausnahmefällen und unter besonderen Offenlegungsanforderungen möglich. Bei finanziellen Verbindlichkeiten ist eine Änderung der Klassifizierung ausgeschlossen.

Analyse des Zahlungsstromkriteriums

Neben der Einwertung des Geschäftsmodells ergibt sich die Kategorisierung von finanziellen Vermögenswerten in Abhängigkeit vom Charakter der Zahlungsströme. Vor diesem Hintergrund nimmt die Hamburg Commercial Bank eine Analyse des Zahlungsstromkriteriums vor, in der die vertraglichen Zahlungsströme daraufhin überprüft werden, ob es sich lediglich um Zins- und Tilgungszahlungen handelt. Die Analyse erfolgt einmalig zum Zugangszeitpunkt auf Ebene des Einzelgeschäfts. Bei der Identifikation und entsprechenden Beurteilung der Zahlungsströme sind sämtliche Ausgestaltungsmerkmale, die in den Vertragsbestandteilen enthalten sind, einzubeziehen.

Das Zahlungsstromkriterium definiert Zinsen als solche Zahlungen, die im Einklang mit einer einfachen Kreditvereinbarung stehen. Daraus ergibt sich, dass Zahlungen im Wesentlichen den Charakter einer Kompensation für den Zeitwert des Geldes und das übernommene Kreditrisiko der Gegenpartei aufweisen. Daneben können sie auch einen Ausgleich für die Übernahme von Liquiditätsrisiken und eine Gewinnmarge beinhalten. Für die Betrachtung des Charakters von Tilgungszahlungen auf das ausstehende Nominal stellt IFRS 9 auf den Fair Value zum Zugangszeitpunkt ab.

Aus diesen Anforderungen ergibt sich, dass sämtliche vertraglich vereinbarte Konditionen daraufhin analysiert werden, ob sich hieraus Möglichkeiten zur frühzeitigen Kündigung oder Verlängerungsoptionen, Hebelwirkungen oder andere Auswirkungen auf die Zahlungsströme ergeben, die abhängig vom Eintreten zukünftiger Gegebenheiten sind. Die Hamburg Commercial Bank untersucht in diesem Zusammenhang die vertragliche Ausgestaltung der Instrumente darauf hin, ob Komponenten enthalten sind, die das Zeitwertelement des Geldes modifizieren und im Widerspruch zu den unter IFRS 9 definierten Zinseigenschaften stehen. Des Weiteren wird geprüft, ob sogenannte „Non-Recourse“-Strukturen vorliegen, aus denen sich für die Bank Durchgriffsbeschränkungen für die ihr zustehenden Zahlungen ergeben.

Im Rahmen der Analyse des Zahlungsstromkriteriums bei Instrumenten, die vertragliche Verknüpfungen aufweisen (sog. „Contractually Linked Instruments“), die in der Regel bei Verbriefungstransaktionen vorliegen, gelten besondere Anforderungen. Zum einen erfolgt eine Beurteilung der Zahlungsstromeigenschaften unter Durchschau auf die Ansprüche aus den der Verbriefung zugrunde liegenden Pools der Vermögenswerte. Zudem werden vertragliche Ausgestaltung der Verbriefungstranche und Strukturierung der Ansprüche an den Zahlungsströmen aus den zugrunde liegenden Vermögenswerten im Hinblick auf die Zahlungsstromeigenschaften und die Kreditrisikoverteilung untersucht.

Kommt die Hamburg Commercial Bank im Rahmen der Analyse der vertraglichen Ausgestaltung der finanziellen Vermögenswerte zu dem Ergebnis, dass es sich bei den Zahlungen nicht nur um Zins- und Tilgungsleistungen handelt, gilt das Zahlungsstromkriterium als nicht erfüllt.

Umklassifizierungen

Umklassifizierungen liegen vor, wenn sich das Geschäftsmodell zur Steuerung der Vermögenswerte tatsächlich ändert. In der Folge sind ab dem Zeitpunkt der Änderung alle betroffenen Instrumente dem neu festgelegten Geschäftsmodell zuzuordnen und entsprechend zu klassifizieren. Umklassifizierungen sind bislang nicht erfolgt.

Klassifizierung und Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Schulden

Für finanzielle Vermögenswerte ergibt sich unter IFRS 9 die Kategorisierung in Abhängigkeit von Geschäftsmodell und Ausgestaltung der vertraglichen Zahlungsströme. Die Hamburg Commercial Bank hat auf Grundlage ihrer Geschäftsaktivität mit Erstanwendung von IFRS 9 die Geschäftsmodelle „Halten“, „Halten und Verkäufe“ sowie „Sonstige“, worunter die Geschäftsmodellstrategien „Handel“ und „Sonstige Nicht-Halten (Rest)“ fallen, festgelegt.

Dem Geschäftsmodell „Halten“ sind Darlehen des Kreditbereichs und Wertpapiere mit Bezug zum Kreditgeschäft zugeordnet. Dem Geschäftsmodell „Halten und Verkäufe“ ist im Wesentlichen das Kapitalmarktgeschäft zugeordnet. Im Geschäftsmodell „Handel“ werden Instrumente geführt, bei denen eine kurzfristige Gewinnerzielungsabsicht besteht. Im Wesentlichen betrifft dies verzinsliche Wertpapiere des Treasurys. Darüber hinaus werden im Kreditbereich Syndizierungsteile aus Underwritingaktivitäten, für die eine obligatorische Syndizierungsaufgabe besteht, hier zugeordnet. Derivate sind generell diesem Geschäftsmodell

zuzuordnen. Finanzielle Vermögenswerte des Geschäftsmodells „Sonstige Nicht-Halten (Rest)“ sind im Wesentlichen Aktienportfolios des Nicht-Handelsbestands.

Unter der Voraussetzung der Erfüllung des Zahlungsstromkriteriums ergibt sich die Folgebewertung in Abhängigkeit von der Geschäftsmodellzuordnung unter Ableitung der im Folgenden beschriebenen Bewertungskategorien. Für Schuldinstrumente des Geschäftsmodells „Halten“ erfolgt eine Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten. „Halten und Verkäufe“-Vermögenswerte werden zum Fair Value bewertet, wobei das Ergebnis aus Fair-Value-Änderungen erfolgsneutral im Sonstigen Ergebnis (OCI) des Eigenkapitals abzubilden ist. Bei Abgang der Schuldinstrumente wird das kumulierte Bewertungsergebnis aus dem Sonstigen Ergebnis über die Gewinn- und Verlustrechnung ausgebucht (sog. „Recycling“). Schuldinstrumente im Geschäftsmodell „Sonstige Nicht-Halten (Rest)“ unterliegen der erfolgswirksamen Fair-Value-Bilanzierung.

Für finanzielle Vermögenswerte, die das Zahlungsstromkriterium nicht erfüllen, erfolgt unabhängig vom Geschäftsmodell eine Fair-Value-Bewertung unter Abbildung der Bewertungsergebnisse in der Gewinn- und Verlustrechnung. Bei diesen Instrumenten handelt es sich zum einen um Schuldinstrumente, die in der Analyse der vertraglichen Ausgestaltung den Zahlungsstromtest nicht bestehen, zum anderen um Eigenkapitalinstrumente, die das Kriterium generell nicht erfüllen.

Bei strukturierten finanziellen Vermögenswerten besteht unter IFRS 9 keine Trennungspflicht von eingebetteten Derivaten. Die Instrumente sind je nach Geschäftsmodell in ihrer Gesamtheit auf Grundlage ihrer vertraglichen Ausgestaltung in der Analyse des Zahlungsstromkriteriums zu beurteilen.

Bei finanziellen Verpflichtungen erfolgt die Bewertung unter IFRS 9 in der Kategorie „Nicht-Handel“ zu fortgeführten Anschaffungskosten. Derivate und Instrumente, die zu Handelszwecken gehalten werden, werden der Kategorie „Handel“ zugeordnet und erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Dieser Bewertungsmaßstab findet grundsätzlich auch für unwiderruflich in der Fair-Value-Option designierte finanzielle Schulden Anwendung, wobei jedoch der Betrag der Fair-Value-Änderung, der auf die Änderung des eigenen Kreditrisikos zurückgeht, erfolgsneutral im OCI erfasst wird.

Bei strukturierten finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht durch Kategorisierung oder Designation in der erfolgswirksamen Fair-Value-Bewertung sind, sind trennungspflichtige Derivate abzuspalten und ebenfalls erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die finanziellen Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten der Hamburg Commercial Bank werden zur Ableitung der Bewertungskategorien in Abhängigkeit der Geschäftsmodellzuordnung und der Ergebnisse der Analyse des Zahlungsstromkriteriums den folgenden Haltekategorien zugeordnet. Für die Darstellung im Konzernabschluss erfolgt zudem eine Zusammenfassung zu Ausweiskategorien.

Ausweiskategorie	Haltekategorie	Bewertungskategorie
AC Vermögenswerte bzw. AC Verbindlichkeiten	AC HTC bzw. AC LIA	AC
FVOCI-verpflichtend	FVOCIR HAS	FVOCIR
FVPL Handel	FVPL HFT	FVPL
FVPL Sonstige	FVPL HTC FVPL HAS FVPL RES	FVPL
FVPL-designiert	FVPL DFV bzw. FVPL DFP	FVPL

„AC Vermögenswerte“ sowie „AC Verbindlichkeiten“ werden in der Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zinszahlungen werden im Zinsergebnis erfasst. Vorfälligkeitsentschädigungen und Abgangsergebnisse aus finanziellen Vermögenswerten, die nicht credit impaired sind, werden in der Position Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Zinsen und laufende Ergebnisse aus Darlehen der Stufen 1 und 2 werden im Zinsergebnis gezeigt. Impairments von Darlehen werden in der Risikovorsorgeposition der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

„FVOCI-verpflichtend“-kategorisierte Instrumente des Geschäftsmodells „Halten und Verkäufe“ werden erfolgsneutral zum Fair Value bewertet. Impairments und Währungsumrechnungsergebnisse werden jedoch direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei Ausbuchung der Instrumente wird das im Sonstigen Ergebnis erfasste kumulierte Bewertungsergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht. Realisierte Erfolge aus dem Abgang von Vermögenswerten der Stufen 1 und 2 werden für verzinsliche Wertpapiere der

Bilanzposition Finanzanlagen im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Erfolge aus dem entsprechenden Abgang von Vermögenswerten der Stufe 3 werden im Risikovorsergebnis gebucht.

Für die erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Instrumente, die in den Ausweiskategorien „FVPL Handel“, „FVPL-designiert“ und „FVPL Sonstige“ enthalten sind, erfolgt die Abbildung der Fair-Value-Bewertung sowie der realisierten Gewinne und Verluste über das Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten. Ergebnisse der Kategorie „FVPL Handel“ aus Nicht-Durchhandelsgeschäften in Wertpapieren und Schuldscheindarlehen werden ebenfalls in dieser Ergebnisposition gezeigt. Laufende Ergebnisbeiträge sowie Amortisierungen aus erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten Nichtderivaten wie Dividenden, Zinsergebnisse und Vorfälligkeitsentschädigungen sind Bestandteil des Zinsergebnisses. Die laufenden Zahlungsströme und Amortisierungen aus Zinsderivaten werden hingegen – mit Ausnahme von Investmentswaps, Cross-Currency-Swaps sowie den Amortisierungen der Hedge Amortized Costs der Zinsderivate aus aktiven Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen – im Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten ausgewiesen. Im Zinsergebnis selbst werden nur die Zinsen aus Investmentswaps, aus Cross-Currency-Swaps und die Amortisierungen von Derivaten in einer Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehung abgebildet.

Provisionsergebnisbeiträge aus Derivaten sowie aus Darlehen sämtlicher Kategorien werden im Provisionsergebnis dargestellt. Auch Provisionen aus Wertpapieren und Schuldscheindarlehen der Kategorie „FVPL Handel“ aus Durchhandelsgeschäften werden hierunter ausgewiesen. Erfolge aus der Währungsumrechnung sind übergreifend Bestandteil des Ergebnisses aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten.

Hieraus ergibt sich bei der Hamburg Commercial Bank folgende Unterscheidung in der Folgebewertung nach Ausweiskategorie:

1. Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (AC), werden bei Zugang zu Anschaffungskosten, welche dem Fair Value zum Zeitpunkt des Zugangs entsprechen, und unter Berücksichtigung von Transaktionskosten angesetzt. Finanzielle Verbindlichkeiten werden im Zeitpunkt der Begebung ebenfalls mit dem beizulegenden Zeitwert unter Berücksichtigung von Transaktionskosten angesetzt. Der beizulegende Zeitwert entspricht in der Regel dem Transaktionspreis. In dieser Bewertungskategorie sind sämtliche Instrumente der folgenden Ausweiskategorien enthalten:

- a. Finanzielle Vermögenswerte der Ausweiskategorie „AC Vermögenswerte“ sind dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet und erfüllen das Zahlungsstromkriterium.
- b. Den „AC Verbindlichkeiten“ werden diejenigen Verbindlichkeiten zugeordnet, die weder zu den Handelsbeständen zählen noch in der Ausweiskategorie „FVPL-designiert“ sind.
- c. Die Folgebewertung erfolgt sowohl für Instrumente der Aktiv- als auch der Passivseite zu fortgeführten Anschaffungskosten, wobei vereinbarte Agien bzw. Disagien über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode amortisiert und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt werden.

2. Die finanziellen Vermögenswerte der Ausweiskategorie „FVOCI-verpflichtend“ umfassen alle Vermögenswerte des Geschäftsmodells „Halten und Verkäufe“, bei denen das Zahlungsstromkriterium erfüllt ist. Die Bestände der Hamburg Commercial Bank betreffen im Wesentlichen marktgängige verzinsliche Wertpapiere.

Die Zugangsbewertung von finanziellen Vermögenswerten der Ausweiskategorie „FVOCI-verpflichtend“ erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der in der Regel dem Transaktionspreis entspricht, zuzüglich Transaktionskosten. Die Folgebewertung der Finanzinstrumente erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

Wertänderungen der zum Fair Value bilanzierten Instrumente werden, sofern diese nicht auf ein Impairment oder Währungsumrechnung zurückzuführen sind, erfolgsneutral unter Berücksichtigung latenter Steuern im Sonstigen Ergebnis (OCI) erfasst. Soweit es sich um gesicherte Instrumente handelt, wird hiervon abweichend die auf das abgesicherte Risiko entfallende Schwankung im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen erfolgswirksam erfasst. Bei Ausbuchung der Instrumente wird das im Sonstigen Ergebnis erfasste kumulierte Bewertungsergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Bei zinstragenden Titeln wird die Amortisierung des Unterschiedsbetrags zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis ausgewiesen.

3. Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden („FVPL“), umfassen zum Handel bestimmte Instrumente („FVPL Handel“), finanzielle Vermögenswerte, bei denen aufgrund des Nichtbestehens des Zahlungsstromkriteriums eine verpflichtende Bewertung zum Fair Value erfolgt („FVPL Sonstige“), sowie solche Instrumente, die freiwillig und für die Zukunft unwiderruflich zum beizulegenden Zeitwert designiert werden („FVPL-designiert“).

- a. Als „FVPL Handel“ werden in der Hamburg Commercial Bank alle zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente, die entsprechend dem Geschäftsmodell „Handel“ zugeordnet sind, und alle Derivate, die nicht Bestandteil einer bilanziellen Sicherungsbeziehung sind (Hedge Accounting), kategorisiert. Die Zugangs- und Folgebewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Transaktionskosten werden zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgswirksam berücksichtigt. Gemäß IFRS 9.5.1.1 erfolgt die Einbeziehung von Transaktionskosten bei der Zugangsbewertung nur für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Soweit ein Marktpreis in Form einer Börsennotierung vorliegt, wird dieser zur Bewertung herangezogen. In anderen Fällen werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes Marktpreise vergleichbarer Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle, insbesondere Barwertmethoden und Optionspreismodelle, herangezogen.
- b. Die finanziellen Vermögenswerte in der Ausweiskategorie „FVPL Sonstige“ sind den Geschäftsmodellen „Halten“, „Halten und Verkäufe“ und „Sonstige Nicht-Halten (Rest)“ zugeordnet. Bei den Instrumenten der Geschäftsmodelle „Halten“ und „Halten und Verkäufe“ in dieser Kategorie ist das Zahlungsstromkriterium nicht erfüllt.
- c. Bei den finanziellen Vermögenswerten und Schulden der Ausweiskategorie „FVPL-designiert“ handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapiere und Kredite, die Bestandteil einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung mit Zinsderivaten sind und nicht den Anforderungen zur Bilanzierung im Hedge Accounting genügen, sowie um komplex strukturierte Namens- und Inhaberemissionen mit eingebetteten Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstigen Risiken. Die Fair-Value-Option dient in diesen Fällen der Vermeidung bzw. Reduzierung von Ansatz- oder Bewertungsinkongruenzen (sog. Accounting Mismatch). Darüber hinaus kann die Designation in der Fair-Value-Option in der Hamburg Commercial Bank auf Portfolios von finanziellen Verbindlichkeiten angewendet werden, deren Steuerung und Performancemessung gemäß der dokumentierten Risikomanagementstrategie auf Fair-Value-Basis erfolgt, um eine Bilanzierung der Instrumente entsprechend der internen Steuerung vornehmen zu können.

Finanzinstrumente in der Fair-Value-Option werden zum beizulegenden Zeitwert in der Bilanz angesetzt und in der Folgebewertung entsprechend erfolgswirksam bewertet.

B) KLASSENBILDUNG DER FINANZINSTRUMENTE

Um eine einheitliche und übersichtliche Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu gewährleisten, erfolgt die für die Berichterstattung gemäß IFRS 7.6 erforderliche Klassenbildung der Finanzinstrumente analog der Kategorisierung der Finanzinstrumente gemäß IFRS 9 in Verbindung mit den Bilanzpositionen. Die folgende Tabelle stellt die Klassen von Finanzinstrumenten der Hamburg Commercial Bank unter Anwendung von IFRS 9 dar.

Bewertungsansatz	Klassen		
	IFRS 9-Ausweiskategorie	Bilanzposition/-unterposition	
Finanzinstrumente, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten (at Amortised Cost)	AC Vermögenswerte	Barreserve	
		Forderungen an Kreditinstitute	
		Forderungen an Kunden	
		Finanzanlagen	
		Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	
		Sonstige Aktiva	
	AC Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
		Verbriefte Verbindlichkeiten	
		Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	
		Nachrangkapital	
		Sonstige Passiva	
	Finanzinstrumente, erfolgsneutral bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) über das OCI	FVOCI-verpflichtend	Barreserve
			Forderungen an Kreditinstitute
Forderungen an Kunden			
Finanzanlagen			
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen			
Finanzinstrumente, erfolgswirksam bewertet zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value)	FVPL Handel	Handelsaktiva	
		Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	
		Handelspassiva	
		Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	
	FVPL-designiert	Forderungen an Kreditinstitute	
		Forderungen an Kunden	
		Finanzanlagen	
		Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	
		Sonstige Aktiva	
		Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
		Verbriefte Verbindlichkeiten	
		Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	
		Nachrangkapital	
	FVPL Sonstige	Barreserve	
		Forderungen an Kreditinstitute	
Forderungen an Kunden			
Finanzanlagen			
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen			
Sonstige Aktiva			
n/a	Positive Marktwerte der Hedge-Derivate		
	Negative Marktwerte der Hedge-Derivate		
Außerbilanzielle Geschäfte	n/a	Eventualverbindlichkeiten	
		Unwiderrufliche Kreditzusagen	
		Andere Verpflichtungen	

C) MODIFIKATIONEN

Wird ein Finanzinstrument, insbesondere ein Kredit, in seinen Vertragsbestandteilen geändert, so untersucht die Hamburg Commercial Bank, ob diese Änderung zu einem Abgang des Finanzinstrumentes mit der Folge der Ausbuchung des bisherigen und der Einbuchung eines neuen Finanzinstrumentes zum beizulegenden Zeitwert führt (substanzielle Modifikation) oder ob auf Basis der geänderten vertraglichen Cashflows eine Neuberechnung des Bruttobuchwertes vorzunehmen und ein Modifikationsergebnis zu erfassen ist (nicht-substanzielle Modifikation).

Das Ergebnis aus einer nicht-substanziellen Modifikation ergibt sich aus der Differenz des Bruttobuchwertes unmittelbar vor Modifikation und des neu berechneten Bruttobuchwertes. Das Modifikationsergebnis wird in der Risikovorsorgeposition der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Zur Abgrenzung von substanziellen und nicht-substanziellen Modifikationen hat die Hamburg Commercial Bank eine Richtlinie in der schriftlich fixierten Ordnung verankert. Hiernach sind sowohl qualitative Kriterien, wie beispielsweise Währungswechsel oder eine signifikante Veränderung der Risikoposition der Hamburg Commercial Bank, heranzuziehen als auch das quantitative Kriterium des 10 %-Barwerttests. Im Rahmen dieses Tests wird der Barwert der vertraglichen Cashflows vor und nach Änderung von Vertragsbestandteilen verglichen. Weichen diese um 10 % oder mehr ab, so liegt eine substanzielle Modifikation vor.

D) RISIKOVORSORGE UND WERTMINDERUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Die Ermittlung von Risikovorsorge und Wertminderungen nach IFRS 9 basiert auf einem Modell, das auf der Ermittlung erwarteter Kreditverluste beruht. In den Anwendungsbereich des Modells fallen Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, unwiderrufliche Kreditzusagen und Finanzgarantien, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, Leasingforderungen sowie aktive Vertragsposten.

Das Grundprinzip des Modells besteht in der Bildung einer Risikovorsorge in Abhängigkeit von der Veränderung der Kreditqualität des jeweiligen Finanzinstrumentes seit dem erstmaligen Ansatz über die Laufzeit. Je nach Ausmaß der Veränderung der Kreditqualität ist das Finanzinstrument einer der folgenden drei Stufen zugeordnet:

- a. Stufe 1: Keine signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos, 12-Monats-Expected Loss
Für Finanzinstrumente, deren Kreditausfallrisiko nicht signifikant erhöht ist, wird der Anteil der erwarteten Kreditverluste als Risikovorsorge berücksichtigt, der auf Ausfälle innerhalb der kommenden zwölf Monate zurückzuführen ist.
- b. Stufe 2: Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos, Lifetime Expected Loss
Für Finanzinstrumente, deren Kreditausfallrisiko sich seit erstmaligem Zugang signifikant erhöht hat, werden erwartete Kreditverluste über die gesamte Restlaufzeit des Finanzinstrumentes berücksichtigt.
- c. Stufe 3: Finanzielle Vermögenswerte mit beeinträchtigter Bonität, Lifetime Expected Loss
Finanzinstrumente, für die ein oder mehrere Ereignisse eingetreten sind, die einen nachteiligen Einfluss auf die erwarteten künftigen Zahlungsströme haben, werden der Stufe 3 zugeordnet.

Eingangsgrößen, Annahmen und Methoden zur Ermittlung erwarteter Kreditverluste in Stufen 1 und 2

Die Berechnung der erwarteten Kreditverluste in den Stufen 1 und 2 erfolgt auf Basis von folgenden Kreditrisikoparametern:

- Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD)
- Verlusthöhe zum Ausfallzeitpunkt (Loss Given Default, LGD)
- Forderungsbetrag bei Ausfall (Exposure at Default, EAD)

Als Grundlage dienen hierbei die internen Kreditrisikomodelle, die sofern erforderlich um zukunftsgerichtete Informationen erweitert werden.

In der Kreditrisikomodellierung wird das Ausfallrisiko über einen bestimmten Zeitraum durch die PD beschrieben. Zur Beurteilung des Kreditausfallrisikos von Finanzinstrumenten oder Schuldner:innen werden spezifische Ratingverfahren eingesetzt, durch die sich eine Aussage über die Ausfallwahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres treffen lässt.

Mit den auf Basis historischer Informationen modellierten Ratingverfahren lassen sich im Rahmen der Ratingvergabe aktuelle und zukunftsgerichtete Informationen über die Risikotreiber zu einem Rating verdichten.

Die aus Ratingverfahren resultierenden Ratingeinstufungen korrespondieren jeweils mit einer bestimmten 12-Monats-PD, die zur Ermittlung der Risikovorsorge in Stufe 1 verwendet wird. In Stufe 2 wird die 12-Monats-PD auf Basis von Migrationsmatrizen über einen Mehrjahreshorizont zu Lifetime-PDs fortgeschrieben. Die verwendeten Migrationsmatrizen bilden die beobachteten Ratingmigrationen von Schuldnern innerhalb eines Jahres ab und werden auf Basis einer konjunkturübergreifenden, umfangreichen Datenhistorie ermittelt. Die auf diese Weise bestimmten 12-Monats- und Lifetime-PDs werden sofern erforderlich mit makroökonomischen Informationen angereichert. Hierzu werden interne und externe makroökonomische Prognosen zu volkswirtschaftlichen Szenarien aggregiert, die einheitlich für verschiedene Bankfunktionen verwendet werden. Die Auswirkung der Szenarien auf die PDs wird anhand statistischer Verfahren abgeleitet.

Der LGD beschreibt die bei einem Ausfall erwartete Verlusthöhe. Mit statistischen Verfahren werden auf Basis historisch erfasster Verlustdaten Verlust- und Erlösquoten aus Sicherheitenverwertungen geschätzt. Zusammen mit dem Marktwert der Sicherheit und der Forderungshöhe wird hieraus der LGD für das jeweilige Finanzinstrument abgeleitet, der zur Ermittlung der Risikovorsorge in Stufe 1 verwendet wird. Die Zuordnung des LGD-Modells erfolgt über das angewandte Ratingverfahren des Kunden. Des Weiteren werden im LGD neben den schulnerspezifischen Informationen und den für das jeweilige Finanzinstrument relevanten Sicherheiten auch transaktionsspezifische Informationen wie Seniorität und Art des Finanzinstruments berücksichtigt. Die Fortschreibung des LGD über den Mehrjahreshorizont beruht im Wesentlichen auf der erwarteten Besicherungsquote des Finanzinstruments, die sich aus dem erwarteten Sicherheitenwert und der erwarteten Forderungshöhe zusammensetzt. In die Schätzung des Sicherheitenwerts gehen sowohl erwartete Alterungseffekte der Sicherheit als auch prognostizierte makroökonomische Entwicklungen, wie bspw. Immobilienpreise, die den Sicherheitenwert beeinflussen, ein. Die Forderungshöhe wird durch Tilgungs- und Amortisationseffekte beeinflusst.

Das EAD repräsentiert das ausstehende Forderungsvolumen des Finanzinstruments zum Zeitpunkt des Ausfalls. Für das bilanzielle Geschäft entspricht das ausstehende Forderungsvolumen dem auf Basis der Effektivzinsmethode ermittelten bilanziellen Bruttobuchwert. Im Rahmen der EAD-Modellierung wird der bilanzielle Bruttobuchwert über einen 12-Monats-Horizont (Stufe 1) oder einen Lifetime-Horizont (Stufe 2) um Amortisations- und Tilgungseffekte fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang fließen vertraglich fest vereinbarte Zahlungsströme und Erwartungen über die Ausübung von Optionalitäten und deren Auswirkungen auf die Zahlungsströme ein. Der Einfluss von Optionalitäten wird sowohl auf Basis historischer Informationen als auch auf Basis finanzmathematischer Methoden bestimmt.

Für das außerbilanzielle Geschäft in Form von unwiderruflichen Kreditzusagen und Finanzgarantien stellt das EAD die erwartete zukünftige Inanspruchnahme des Finanzinstruments bis zum Ausfallzeitpunkt dar. Das erwartete Ziehungsverhalten des Kreditnehmers innerhalb eines Jahres vor dem Ausfallereignis wird über den Kreditumrechnungsfaktor (Credit-Conversion-Faktor, CCF) abgebildet. Durch die Multiplikation des CCF mit der zum Bilanzstichtag offenen Linie ergibt sich das EAD für Stufe 1. Zur Ermittlung des EAD in Stufe 2 wird zusätzlich das Ziehungsverhalten mehrere Jahre vor dem Ausfall auf Basis von Ziehungsquoten ermittelt. Die Ziehungsquoten werden unter der Bedingung modelliert, dass innerhalb eines Jahres kein Ausfall eintritt. Das Mehrjahres-EAD des jeweiligen Jahres für Stufe 2 ergibt sich durch Zusammenführung der erwarteten Inanspruchnahme ein Jahr vor dem angenommenen Ausfallereignis auf Basis des CCF mit dem erwarteten Ziehungsverhalten auf Basis der Ziehungsquoten für die davor liegenden Jahre.

Die Hamburg Commercial Bank berücksichtigt im Rahmen der Ermittlung erwarteter Kreditverluste die maximale vertraglich vereinbarte Laufzeit, in welcher die Bank einem Kreditrisiko ausgesetzt ist. Hierbei finden auch Verlängerungsoptionen des Schuldners Berücksichtigung. Eine längere Laufzeit wird nicht berücksichtigt, auch wenn dies der üblichen Geschäftspraxis entspricht.

Eine Ausnahme bilden Kontokorrentkonten sowie Rahmenlinien, für die keine feste Laufzeit oder Rückzahlungsstruktur vorliegt und die Bank die Möglichkeit, die sofortige Rückzahlung zu erzwingen, im täglichen Management nicht durchsetzt. Für diese Finanzinstrumente erfolgt die Ermittlung erwarteter Verluste über die verhaltensbezogene Laufzeit. Die verhaltensbezogene Laufzeit wird anhand der bestehenden Kreditrisikomanagementprozesse, die dazu dienen, das Kreditrisiko zu minimieren, abgeleitet. Bei der Hamburg Commercial Bank wird die Kreditqualität eines Schuldners regelmäßig und anlassbezogen überwacht und, sofern erforderlich, entsprechende kreditrisikomindernde Maßnahmen ergriffen. Demnach dient der durchschnittliche Überwachungsturnus als Schätzung für die verhaltensbezogene Laufzeit.

Die Ermittlung erwarteter Kreditverluste erfolgt auf Ebene des einzelnen Finanzinstruments. Eine Zusammenfassung von Gruppen von Finanzinstrumenten mit gemeinsamen Risikomeerkmalen im Rahmen der Ermittlung der Risikovorsorge erfolgt nicht. Über die Multiplikation der (Ein-Jahres-)Kreditrisikoparameter wird der 12-Monats-Expected Loss bestimmt. Der Lifetime Expected Loss ergibt sich über die Multiplikation der über die Laufzeit bestimmten periodenspezifischen Kreditrisikoparameter. Die Diskontierung auf den Bilanzstichtag erfolgt jeweils mit dem Effektivzinssatz.

Integration zukunftsgerichteter Informationen

In der Hamburg Commercial Bank werden einheitliche volkswirtschaftliche Prognosen für Planung, interne Steuerung und Risikovorsorge verwendet. Zu jedem Quartalsultimo berücksichtigt die Bank wesentliche makroökonomische Prognosen im Rahmen zwei gewichteter Szenarien (Basis- und Stressszenario). Der Prognosehorizont umfasst die kommenden drei Jahresenden. Das Basisszenario spiegelt die als am wahrscheinlichsten eingeschätzte Entwicklung wider. Dies kann sowohl ein konjunktureller Aufschwung als auch ein Abschwung sein. Die anderen beiden Szenarien stellen relativ zum Basisszenario optimistischere (Upside) bzw. pessimistischere (Stress) Entwicklungen dar.

Ausgangspunkt der jeweiligen Szenarioschätzungen sind bankinterne volkswirtschaftliche Prognosen, die unter Berücksichtigung der Prognosen der Bundesbank und der EZB, Bloomberg-Konsensprognosen sowie aktueller Forwardätze innerhalb der betroffenen Bereiche diskutiert werden. Diese Marktprognosen werden um segmentspezifische Parameter angereichert.

Die geschätzten Parameter decken zukunftsgerichtete Informationen zu den folgenden Bereichen ab:

- Konjunktur (Bruttoinlandsprodukt und Inflationsrate für verschiedene Regionen)
- Zinsentwicklung
- Wechselkursentwicklung
- Bondmarkt (Credit Spreads)
- Ölpreise
- Shipping (insb. Charraten und Secondhandpreise)
- Immobilienpreise (differenziert nach Lokation und Immobilientyp)

Die Auswirkung dieser zukunftsgerichteten Informationen auf die Kreditrisikoparameter PD und LGD wird anhand statistischer Verfahren abgeleitet und im Rahmen der Ermittlung erwarteter Kreditverluste berücksichtigt. PD und LGD werden in diesem Zusammenhang um Prognosen des Basisszenarios angepasst. Im Rahmen von sogenannten Model Overlays werden bewertungsrelevante Risikofaktoren berücksichtigt, wenn sie nicht bereits in den Rechenparametern der Modelle enthalten waren. In diesem Fall wird die Risikovorsorge entweder direkt angepasst oder indirekt über die Anpassung der Kreditrisikoparameter um diese Effekte korrigiert. Zudem werden die Portfolios der Bank regelmäßig durch das installierte ESG-Risikomanagement und ESG-Stresstesting auf mögliche Klimarisiken untersucht. Durch die Auswertung ESG-spezifischer Kennzahlen sensitiver Assets wie z. B. CII-Ratings für Schiffe oder Energy Performance Certificates (EPC) bei Immobilien stellt die HCOB sicher, dass ESG-Themen in den Prognosen (z. B. Charter- und Schiffspreise bzw. den Immobilienwerten) angemessen berücksichtigt werden und damit über den Einbezug von makroökonomischen Szenarien in der Risikovorsorgeberechnung enthalten sind.

Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos

Zur Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Kreditausfallrisikos eines Finanzinstruments werden von der Hamburg Commercial Bank interne Ratingeinstufungen genutzt. In diesem Zusammenhang erbringt die Hamburg Commercial Bank laufend den Nachweis, dass mit der Veränderung der Ratingeinstufung und der dazu korrespondierenden Veränderung der 12-Monats-PD die wesentlichen Risikotreiber berücksichtigt werden, die zu der Veränderung der Lifetime-PD führen, und somit Ratingveränderungen ein geeignetes Beurteilungskriterium für die Stufenzuordnung darstellen. Bei nicht-substanziellen Modifikationen ist zum Zeitpunkt der Modifikation erneut zu beurteilen, ob eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos seit dem Zeitpunkt des Erstansatzes unverändert vorliegt. Die Ratingeinstufung von substanziell modifizierten Finanzinstrumenten erfolgt unter Verwendung der angepassten Konditionen.

Das für die Stufenzuordnung relevante Beurteilungsobjekt stellt bei der Hamburg Commercial Bank grundsätzlich das einzelne Finanzinstrument dar. Hierzu wird jedem Finanzinstrument das zum Zugangszeitpunkt gültige Rating des entsprechenden Schuldners zugeordnet. Eine Ausnahme besteht für

Wertpapiere, für die eine gemeinsame Beurteilung von unterschiedlichen Zukäufen des gleichen Wertpapiers erfolgt. Hierzu werden die Zukäufe im Hinblick auf eine vergleichbare Kreditqualität zum Zugangszeitpunkt teilweise unterteilt. Die Wertpapiere werden dann auf Ebene der ISIN auf Basis des besten Zugangsratings des Wertpapiers eingestuft.

Als Vergleichsmaßstab für die Beurteilung einer signifikanten Verschlechterung der Kreditqualität dient das Rating, das zum Zugangszeitpunkt eines Finanzinstruments für den jeweiligen Bilanzstichtag erwartet wurde. Durch den Vergleich des erwarteten Ratings mit dem aktuellen Rating wird überprüft, ob die als signifikant definierte Ratingveränderung überschritten wurde. Als signifikant wurde eine branchenspezifische Abweichung von drei bzw. zwei Ratingstufen festgelegt. Ist dies der Fall, erfolgt eine Zuordnung des jeweiligen Finanzinstruments zu Stufe 2, andernfalls verbleibt das Finanzinstrument in der Stufe 1.

Darüber hinaus werden Finanzinstrumente spätestens dann der Stufe 2 zugeordnet, wenn eine Forbearance-Maßnahme auf dieses Finanzinstrument angewendet wurde, ein Verzug von mehr als 30 Tagen vorliegt oder die PD seit dem Zugang des Geschäfts um absolut mehr als 3 % angestiegen ist. Weiterhin werden die Betreuungsstufe (Intensiv- und Sanierungsbetreuung) und das Vorliegen von Covenantbrüchen als Hinweis auf eine signifikante Verschlechterung der Kreditqualität einbezogen. Die Credit Watchlist enthält dabei seit Q3 2025 grundsätzlich nur noch Kunden, die der Intensivbetreuung zugeordnet sind und auf Basis dieser Betreuungseinstufung in Stufe 2 transferiert werden. Ferner besteht ein segmentspezifischer Trigger für das CRE-Portfolio, wonach ein $LTV \geq 85\%$ zu einer Zuordnung in Stufe 2 führt.

Die Anwendung eines Collective Staging als Transferkriterium ist möglich, nach dem auf der Grundlage einer Experteneinschätzung mehrere gleichartige Geschäfte der Stufe 2 manuell zugeordnet werden können, wenn sich die Bonität dieses Portfolios erkennbar verschlechtert. Zum 31. Dezember 2025 ergab sich kein Anlass zur Anwendung dieses Kriteriums.

Vom Wahlrecht gem. IFRS 9.5.5.10, wonach Finanzinstrumente mit niedrigem Kreditausfallrisiko der Stufe 1 zugeordnet werden können, wird kein Gebrauch gemacht.

Der Transfer eines Finanzinstruments von Stufe 2 in Stufe 1 wird vorgenommen, wenn das Kreditausfallrisiko auf Basis des Ratings nicht mehr signifikant erhöht ist.

Ausfalldefinition

Auf Basis der Genehmigung des Rats der EZB (Bankenaufsicht) vom 13. März 2020 wurde zum 21. März 2020 die Ausfallrichtlinie der Hamburg Commercial Bank angepasst.

Damit wurden Anforderungen der EZB bzw. der EBA umgesetzt, die die Anwendung der Ausfalldefinition gem. Artikel 178 der EU-Verordnung Nr. 575/2013 mit der detaillierten Leitlinie EBA/GL/2016/07 konkretisiert hat.

Finanzielle Vermögenswerte mit beeinträchtigter Bonität in Stufe 3

Zur Abgrenzung der Stufe 3 des Wertminderungsmodells wird an jedem Bilanzstichtag untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, die nachteilige Auswirkungen auf die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument haben.

Die Kriterien für eine Wertminderung bei Krediten umfassen im Wesentlichen erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners sowie Hinweise auf das Vorliegen einer massiven und dauerhaft nicht gegebenen Kapitaldienstfähigkeit, wobei eine Verbesserung der Lage nicht nachgewiesen werden kann. Bei Wertpapieren werden die Bestände der Hamburg Commercial Bank mithilfe eines Triggertests zunächst gefiltert und die getriggerten Papiere anschließend votiert.

Getriggert sind die Wertpapiere, für die mindestens eins der nachfolgenden Triggerereignisse zutrifft.

Preisbasierte Triggerereignisse

- Credit Spread-induzierter Verlust gegenüber dem Anschaffungswert an jedem Monatsultimo der letzten 12 Monate in Höhe von mindestens 10 % in der jeweiligen Nominalwährung.
oder
- Credit Spread-induzierter Verlust gegenüber dem Anschaffungswert an einem Monatsultimo der letzten 6 Monate in Höhe von mindestens 20 % in der jeweiligen Nominalwährung.
oder
- Zwischen dem letzten Beurteilungszeitpunkt und dem aktuellen Stichtag (3 Monate) entstandener Credit Spread-induzierter Verlust in Höhe von mindestens 10 %-Punkten.

Ratingorientierte Triggerereignisse

Für den Zeitraum zwischen dem letzten Beurteilungszeitpunkt und dem aktuellen Stichtag werden folgende, durch Ratingänderungen seitens der gem. EU-RatingVO zertifizierten Ratingagenturen Moody's, S&P oder Fitch getriebene Triggerereignisse definiert:

- Ratingdowngrade von mindestens 3 Notches innerhalb des Investment-Grade-Bereichs
oder
- Ratingdowngrade in den Sub-Investment-Grade-Bereich
oder
- beliebiges Ratingdowngrade innerhalb des Sub-Investment-Grade-Bereichs
oder
- Rating schlechter als B/B2.

Kredit- und Wertpapieren mit einem objektiven Hinweis auf Wertminderung wird durch Bildung einer Einzelwertberichtigung auf die jeweilige Forderung Rechnung getragen. Zur Berechnung der Höhe der Einzelwertberichtigung wird der Barwert der erwarteten Zahlungsströme aus der Forderung, d. h. der erzielbare Betrag, dem Buchwert der Forderung gegenübergestellt. Die erwarteten Zahlungsströme können sich aus Tilgungs- und/oder Zinszahlungen sowie Erlösen aus der Sicherheitenverwertung unter Berücksichtigung von Verwertungskosten zusammensetzen. Die Höhe des erzielbaren Betrags wird unter Verwendung verschiedener Szenarien ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Ist der Buchwert größer als der erzielbare Betrag des jeweiligen Szenarios, resultiert in diesem Szenario ein Verlust in Höhe der Differenz. Die Einzelwertberichtigung wird in Höhe des mit der Eintrittswahrscheinlichkeit gewichteten Durchschnitts der Verluste unter den verschiedenen Szenarien gebildet.

Die Einschätzung hinsichtlich der notwendigen Risikovorsorge wird vielfach auf Basis von Informationen getroffen, die zum Teil vorläufigen Charakter (z. B. geplante Restrukturierungen der Kreditnehmer, Sanierungsgutachten im Entwurfsstadium) haben oder einer erhöhten Volatilität (z. B. Sicherheitenwerte von Immobilien und Schiffen) unterliegen. Hierdurch besteht eine erhöhte Schätzungsunsicherheit hinsichtlich wesentlicher Parameter der Risikovorsorge. Die größte Unsicherheit hierbei liegt in der Einschätzung der erwarteten Zahlungsströme, die abhängig von Kreditnehmern, Branchen, der gesamtwirtschaftlichen Einschätzung und anderen Faktoren ist. Die getroffenen Annahmen werden einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen und sofern notwendig an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.

Führt die Einschätzung der erwarteten Zahlungsströme zu der vollständigen Auflösung der Einzelwertberichtigungen eines Schuldners, so ist die Nachhaltigkeit der Erholung des Schuldners festzustellen: Eine Gesundung tritt erst nach Erfüllung verschiedener Voraussetzungen ein. Dazu gehören u. a. die Leistung wesentlicher und regelmäßiger Zahlungen und eine Aufholung des im Ausfall nicht geleisteten Kapitaldienstes. Zudem dürfen keine Anzeichen für ein Ausfallereignis bestehen (z. B. „90-Tage-Verzug“ oder „Unwahrscheinliche Rückzahlung“), und es ist die Einhaltung einer Wohlverhaltensphase erforderlich. Diese umfasst je nach Ausfallereignis mindestens 92 bzw. 366 Tage. Während dieser Wohlverhaltensphase gilt der Schuldner weiterhin als ausgefallen.

Bilanzielle Erfassung von Wertminderungen

Die Buchung der Wertberichtigung ist von der Kategorie der finanziellen Vermögenswerte abhängig, sodass hinsichtlich der Bewertung folgende Fälle zu unterscheiden sind:

- a. Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden
Wertminderungen auf Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden auf separaten Wertberichtigungskonten unter der Position Risikovorsorge erfasst. Der Verbrauch der so gebildeten Risikovorsorge erfolgt in dem Zeitpunkt, in dem die Höhe des tatsächlichen Forderungsverlustes feststeht bzw. die Forderung uneinbringlich geworden ist. Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen bestanden, werden direkt abgeschrieben, ebenso wie die Verluste bei wertgeminderten Forderungen, die die gebuchte Risikovorsorge übersteigen.
- b. Finanzinstrumente, die erfolgsneutral im Sonstigen Ergebnis (OCI) zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden
Für diese Finanzinstrumente wird eine Umbuchung der im Eigenkapital erfassten kumulierten Erfolge in die Gewinn- und Verlustrechnung vorgenommen. Bei Wegfall der Gründe für die Wertminderung wird

eine erfolgswirksame Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen. Der Effekt aus der Veränderung zum beizulegenden Zeitwert wird erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage im Sonstigen Ergebnis (OCI) erfasst.

- c. Finanzinstrumente, die zum Zeitpunkt des Zugangs bereits wertgemindert oder ausgereicht worden sind (POCI)

Für Finanzinstrumente, die zum Zeitpunkt des Zugangs bereits wertgemindert sind (purchased or originated credit-impaired), erfolgt eine Einstufung in eine eigene Stufe 4. Die Kriterien zur Einstufung als wertgemindert im Zeitpunkt des Zugangs entsprechen denen der allgemeinen Einstufung. Bei diesen Finanzinstrumenten findet der allgemeine Ansatz nach IFRS 9.5.5.1 keine Anwendung. Zum Zugangszeitpunkt erfolgt keine erfolgswirksame Risikovorsorge. In der Folgebewertung sind Änderungen der vom Kreditgeber erwarteten Zahlungsströme unter Berücksichtigung der erwarteten Kreditausfälle in den Folgeperioden erfolgswirksam als Risikovorsorge zu erfassen. Dabei sind auch Wertaufholungen über die Risikovorsorge abzubilden. Die zum Zugangszeitpunkt erwarteten Kreditausfälle werden durch den kreditausfalladjustierten Effektivzinssatz über die Laufzeit des Kredites verteilt. Für den Fall einer Gesundung der Schuldner:innen sind diese zwar weiterhin der Stufe 4 zuzuordnen. In diesem Fall erfolgt jedoch die Ermittlungsmethodik über die regulären Kreditrisikoparameter analog zu Stufe 2-Fällen.

Für das außerbilanzielle Geschäft werden ebenfalls erwartete Verluste auf Basis des dreistufigen Modells ermittelt und als Rückstellungen im Kreditgeschäft bilanziert.

E) ERMITTLUNG DES BEIZULEGENDEN ZEITWERTS (FAIR VALUE)

Der beizulegende Zeitwert stellt gemäß IFRS 13 den Preis dar, der bei der Veräußerung eines Vermögenswerts oder bei der Übertragung einer Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmer:innen am Bewertungsstichtag erhalten bzw. gezahlt werden würde. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes für Finanzinstrumente erfolgt anhand des notierten Preises auf einem aktiven Markt (Mark-to-Market) oder, falls dies nicht möglich ist, mittels anerkannter Bewertungstechniken und -modelle (Mark-to-Matrix bzw. Mark-to-Model). In Abhängigkeit davon, ob bzw. inwieweit die bei der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten verwendeten Parameter am Markt beobachtbar sind, erfolgt die Zuordnung der Finanzinstrumente zu einem der drei Level der Bewertungshierarchie gemäß IFRS 13.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes nach der Mark-to-Market-Methode ist möglich, wenn ein Marktpreis, zu dem ein Geschäft für ein identisches Finanzinstrument zum Bewertungsstichtag abgeschlossen werden könnte oder abgeschlossen worden ist, vorliegt. Dies ist in der Regel für börsengehandelte Aktien der Fall, die auf liquiden Märkten gehandelt werden. Ein solcher unangepasster Marktpreis vom Bewertungsstichtag für das identische Instrument ist dem Level 1 der Bewertungshierarchie nach IFRS 13 zuzuordnen. Wenn für das identische Finanzinstrument ein solcher Marktpreis nicht verfügbar ist, erfolgt die Bewertung mittels Bewertungstechniken oder -modellen.

BEWERTUNGSTECHNIKEN UND -MODELLE

Bei Einsatz von Bewertungstechniken wird der beizulegende Zeitwert vorzugsweise nach dem marktorientierten Ansatz (Market-Approach) ermittelt. Der beizulegende Zeitwert wird dabei so weit wie möglich auf Basis von Preisen ermittelt, die aus Transaktionen am Bewertungsstichtag stammen. Sofern der beizulegende Zeitwert nicht aus Markt- oder Transaktionspreisen des identischen Finanzinstruments ermittelbar ist, werden alternativ Preise vergleichbarer Finanzinstrumente bzw. Indizes, die für das Finanzinstrument repräsentativ sind, herangezogen und soweit notwendig angepasst (Mark-to-Matrix-Methode). Bei nur unwesentlichen Anpassungen der am Markt beobachtbaren Preise oder Parameter wird der beizulegende Zeitwert dem Level 2 der Bewertungshierarchie zugeordnet. Wenn die Anpassungen demgegenüber wesentlich sind und nicht-beobachtbare Inputparameter betreffen, erfolgt eine Zuordnung zum Level 3.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes erfolgt nach dem einkommensorientierten Ansatz (Income-Approach) über ein Bewertungsmodell, wenn der marktorientierte Ansatz unter Einsatz der Mark-to-Market- oder Mark-to-Matrix-Methode nicht oder nicht in ausreichender Qualität möglich ist. Auch bei Modellbewertungen werden, soweit verfügbar, vorrangig marktbeobachtbare Parameter sowie qualitätsgesicherte Marktdaten geeigneter Preisagenturen oder auch validierte Preise von Marktpartnern (Arranger) herangezogen. Beizulegende Zeitwerte, die mittels Modellbewertungen ermittelt werden, bei denen ausschließlich auf beobachtbare Parameter zurückgegriffen wird bzw. denen nur in unwesentlichem Umfang

nicht-beobachtbare Parameter zugrunde liegen, werden dem Level 2 der Bewertungshierarchie zugeordnet. Sofern die unter Einsatz von Bewertungsmodellen bestimmten beizulegenden Zeitwerte in wesentlichem Umfang auf nicht-beobachtbaren Parametern basieren, erfolgt die Zuordnung zum Level 3 der Bewertungshierarchie.

Für Forderungen und Verbindlichkeiten, die bilanziell mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, erfolgt die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts größtenteils durch Abzinsung der vertraglichen zukünftigen Zahlungsströme der Finanzinstrumente. Für Forderungen mit einem Ausfallrating erfolgt die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Grundlage der noch zu erwartenden zukünftigen Cashflows.

WERTANPASSUNGEN

Berücksichtigt der über eine Bewertungstechnik oder ein Bewertungsmodell ermittelte Wert eines zum Fair Value bewerteten Finanzinstruments nicht in angemessener Weise Faktoren wie Geld-Brief-Spannen bzw. Glattstellungskosten, Liquidität, Modellrisiken, Parameterunsicherheiten und Kredit- bzw. Kontrahentenausfallrisiken, ermittelt die Bank entsprechende Wertanpassungen, die Käufer:innen entsprechender Positionen ebenfalls berücksichtigen würden. Die angewendeten Verfahren greifen dabei partiell auf nicht am Markt beobachtbare Parameter in Form von Schätzungen zurück.

Fundingkosten und -vorteile entstehen bei der Absicherung der Risiken aus einem uncollateralisierten OTC-Derivat durch ein collateralisiertes OTC-Derivat. Für die aufgrund der Besicherungs-Asymmetrie der bei Derivaten entstehenden Fundingkosten/-vorteile bei Stellung bzw. Empfang von Cash Collateral wird im Rahmen der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten für Derivate ein Funding Valuation Adjustment ermittelt und dem beizulegenden Zeitwert des uncollateralisierten OTC-Derivats zugerechnet.

Die Ermittlung der Wertanpassung für das Kreditrisiko erfolgt bei OTC-Derivaten auf der Ebene einer Gruppe von Finanzinstrumenten eines Geschäftspartners (sog. portfoliobasierte Wertanpassung). Voraussetzung dafür ist, dass die in IFRS 13.49 genannten Voraussetzungen für eine portfoliobasierte Bewertung erfüllt sind.

Die Allokation der portfoliobasierten Wertanpassung für das Kreditrisiko auf die Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten wird proportional zum beizulegenden Zeitwert der Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten vor Berücksichtigung der Wertanpassung vorgenommen. Die Verteilung erfolgt dabei ausschließlich auf die Aktiva oder die Passiva, je nachdem ob ein Aktiv- oder Passivüberhang vorliegt (sog. „Relative Fair Value Approach“ – Nettoansatz).

DAY ONE PROFIT AND LOSS

Durch Anwendung eines Bewertungsmodells können Differenzen zwischen Transaktionspreis und dem mittels Bewertungsmodell ermittelten beizulegenden Zeitwert im Zugangszeitpunkt bestehen. Wenn der für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zugrunde zu legende maßgebliche Markt von dem Markt abweicht, in dem die Transaktion kontrahiert wurde, und das Bewertungsmodell nicht ausschließlich auf beobachtbaren Parametern basiert, werden solche Differenzbeträge (sog. Day One Profits and Losses) als Day One Profit and Loss-Reserve abgegrenzt. Die Auflösung dieser Reserve erfolgt über die Laufzeit. Implizit wird hierdurch der Zeitfaktor bei der abgegrenzten Differenz als wesentlich betrachtet und entsprechend berücksichtigt, und annahmegemäß würde dies auch durch dritte Marktteilnehmer:innen bei ihrer Preisfestlegung ebenso erfolgen.

BEWERTUNGSPROZESSE

Zur Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten hat die Bank verschiedene Prozesse und Kontrollen implementiert sowie Prinzipien für den Einsatz von Bewertungsverfahren in einer Richtlinie in der schriftlich fixierten Ordnung verankert. Diese Maßnahmen stellen auch die IFRS 13-konforme Bewertung von Finanzinstrumenten, die dem Level 3 der Bewertungshierarchie zuzuordnen sind, sicher. Der Unternehmensbereich Risk Control, der von den Marktbereichen der Bank unabhängig ist, trägt die Verantwortung dafür, dass die genutzten Bewertungsverfahren im Einklang mit den Vorgaben der externen Rechnungslegung stehen. Dabei werden auch verfügbare Informationen zu den von anderen Marktteilnehmer:innen verwendeten Verfahren berücksichtigt.

Die beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten im Level 3 werden regelmäßig – mindestens jedoch monatlich – neu ermittelt. Für die im Vergleich zur Vorperiode eingetretenen Wertänderungen erfolgt eine Plausibilisierung. Im Rahmen der internen Preisvalidierung werden, soweit verfügbar, auch am Markt beobachtbare Informationen wie Transaktionspreise oder Ausprägungen von Bewertungsparametern verwendet. Sofern wesentliche Abweichungen zwischen von der Bank ermittelten beizulegenden Zeitwerten

und von Kontrahent:innen angebotenen Preisen auftreten, erfolgt ad hoc eine Validierung des eingesetzten Bewertungsmodells.

F) HEDGE ACCOUNTING

Die Hamburg Commercial Bank macht von dem Wahlrecht unter IFRS 9 Gebrauch, das Portfolio-Fair-Value-Hedge-Accounting weiter unter Anwendung der Regelungen des IAS 39 fortzuführen. Wertänderungen von Positionen in den IFRS 9-Bewertungskategorien AC und FVOCI werden nicht erfolgswirksam erfasst. Wertänderungen von Derivaten werden stets erfolgswirksam erfasst. Werden Grundgeschäfte, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bilanziert werden, durch Derivate abgesichert, entsteht eine Inkongruenz in Hinblick auf die Bewertung bzw. die Abbildung der Ergebnisse in der Gewinn- und Verlustrechnung, die nicht dem ökonomischen Sachverhalt entspricht. Eine Möglichkeit zur Vermeidung dieser Verwerfungen ist die Nutzung von Fair Value Hedge Accounting. Durch Fair Value Hedge Accounting werden auch die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen der Grundgeschäfte erfolgswirksam berücksichtigt.

Die Hamburg Commercial Bank setzt zur ökonomischen Sicherung der Marktrisiken aus Krediten, Emissionen und Wertpapierbeständen Derivate ein. Dabei werden sowohl einzelne Kredite, Emissionen und Wertpapierpositionen als auch ganze Portfolios dieser Finanzinstrumente abgesichert.

Zur bilanziellen Abbildung der portfoliobasierten Sicherungszusammenhänge verwendet die Bank Portfolio-Fair-Value-Hedge-Accounting, um Verwerfungen in der Gewinn- und Verlustrechnung zu vermeiden. Derzeit werden hierbei ausschließlich Absicherungen des beizulegenden Zeitwertes gegen Zinsrisiken berücksichtigt. Als Grundgeschäfte (Sicherungsgegenstand) werden festverzinsliche Kredite, Emissionen und Wertpapierpositionen, als Sicherungsinstrumente derzeit ausschließlich konzernexterne Zinsswaps designiert.

Werden Portfolios von Kredit-, Emissions- und Wertpapiergeschäften durch Derivate mit konzernexternen Marktpartnern abgesichert und erfüllt diese Sicherungsbeziehung die Anforderungen des IAS 39, wird das Portfolio-Fair-Value-Hedge-Accounting angewendet. Beim Portfolio Fair Value Hedge auf Zinsänderungsrisiken werden Portfolios von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert sind, berücksichtigt. Dabei wird ein Zyklus durchlaufen. Die Finanzinstrumente der Portfolios werden am Anfang einer Hedge-Periode auf Basis ihrer erwarteten Fälligkeiten bzw. Zinsanpassungstermine Laufzeitbändern zugeordnet; auf Ebene des Einzelgeschäfts erfolgt dann die Festlegung des gesicherten Betrages. Des Weiteren erfolgt die Zuordnung der Sicherungsgeschäfte zu Beginn der Hedge-Periode. Am Ende einer Hedge-Periode erfolgt die bilanzielle Abbildung der Hedge-Beziehung und Designation einer neuen Hedge-Beziehung. Die Änderungen des Fair Values der gesicherten Beträge der Grundgeschäfte, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, werden direkt beim Buchwert des Grundgeschäfts erfasst. Die Fair-Value-Änderungen, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden gemäß den allgemein gültigen Regeln der entsprechenden IFRS 9-Kategorie behandelt.

Die Anwendung des Fair Value Hedge Accounting ist an eine Reihe von Bedingungen gebunden. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs sowie auf die Wirksamkeit der Absicherungsmaßnahme. In der Hamburg Commercial Bank werden alle Sicherungsbeziehungen gemäß den Anforderungen des IAS 39 dokumentiert. Hierbei werden unter anderem das Sicherungsinstrument, der Sicherungsgegenstand (Grundgeschäft), das abgesicherte Risiko sowie das Ergebnis und die verwendete Methode der Effektivitätsmessung festgehalten.

Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden zukünftige Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften über eine Regression ausgewertet. Im retrospektiven Effektivitätstest werden die tatsächlich eingetretenen Wertänderungen zugrunde gelegt. Die Hamburg Commercial Bank verwendet für die retrospektive Effektivitätsmessung die Dollar-Offset-Methode an. Hierbei wird überprüft, ob das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften innerhalb eines Intervalls von 80 % bis 125 % liegt.

Die Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in effektiven Sicherungsbeziehungen, die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Erträge und Aufwendungen aus Amortisierung der beim Buchwert des Grundgeschäfts erfassten Wertänderungen für Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Auflösungsbeträge bei Abgängen von diesen Grundgeschäften werden entsprechend ihrem dazugehörigen Realisierungsergebnis im Zinsüberschuss oder dem Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

G) AUSBUCHUNG

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden, das heißt bei Verlust der vertraglichen Ansprüche auf den Bezug von Cashflows aus diesem Vermögenswert. Sofern nicht alle Risiken und Chancen übertragen wurden, führt die Hamburg Commercial Bank einen Kontrolltest durch, um sicherzustellen, dass kein Continuing Involvement aufgrund zurückbehaltener Chancen und Risiken die Ausbuchung verhindert. Weiterhin werden finanzielle Vermögenswerte ausgebucht, wenn die vertraglichen Anrechte auf Zahlungsströme ausgelaufen oder erloschen sind. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn sie getilgt, das heißt wenn die mit ihnen verbundenen Verpflichtungen beglichen oder aufgehoben werden bzw. fällig sind. Wird ein Vermögensgegenstand oder eine Verbindlichkeit in den wesentlichen Vertragsbestandteilen geändert, führt dies ebenfalls zu einer Ausbuchung.

H) WERTPAPIERPENSIONS- UND WERTPAPIERLEIHEGESCHÄFTE

Die Hamburg Commercial Bank tätigt nur echte Wertpapierpensionsgeschäfte. Echte Wertpapierpensionsgeschäfte, Repogeschäfte oder Sell- and-Buy-Back-Transaktionen sind Kombinationen aus Kassakäufen oder -verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten.

Bei echten Wertpapierpensionsgeschäften mit in Pension gegebenen Wertpapieren werden die Wertpapiere weiterhin durch die Hamburg Commercial Bank bilanziert, da die Zins-, Bonitäts- und sonstigen wesentlichen Risiken aus den Wertpapieren weiterhin bei der Hamburg Commercial Bank liegen. Der korrespondierende Liquiditätszufluss wird abhängig vom Kontrahenten als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden in der Konzern-Bilanz gezeigt. Entsprechende Zinszahlungen werden im Zinsaufwand laufzeitgerecht erfasst. Die im umgekehrten Fall entstehenden Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Korrespondierend werden in Pension genommene Wertpapiere nicht aktiviert. Vereinbarte Zinsen werden laufzeitgerecht als Zinserträge erfasst. Eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften mit demselben Kontrahenten wird nicht vorgenommen, da die Saldierungskriterien nicht erfüllt sind.

Wertpapierleihegeschäfte werden analog zu echten Pensionsgeschäften bilanziert. Dabei verbleiben verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand, entliehene Wertpapiere werden nicht aktiviert. Gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihegeschäfte werden als Forderungen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Pensions- und Leihegeschäfte werden grundsätzlich in Rentenpapieren getätigt.

I) FINANZGARANTIEN

Gemäß den Definitionen des IFRS 9 ist eine Finanzgarantie ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für den Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Ein Kreditderivat wird als Finanzgarantie behandelt, wenn die Voraussetzungen des IFRS 9 erfüllt sind. Kreditderivate, die nicht die Definition einer Finanzgarantie erfüllen, werden nach den allgemeinen Bewertungsregeln der Ausweiskategorie „FVPL Handel“ zugerechnet und mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Finanzgarantien können in der Hamburg Commercial Bank bei Bürgschaften, Bankgarantien und Akkreditiven auftreten. Entsprechende Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann. Finanzgarantien werden zu dem höheren Betrag erfasst, der sich aus der Ermittlung der erwarteten Verluste nach den Impairment-Vorschriften des IFRS 9 und der bei Zugang aktivierten Prämie, die dem Fair Value entspricht, abzüglich der kumulierten Ergebnisbeiträge, die unter Anwendung von IFRS 15 erfasst wurden, ergibt, wobei ggf. eine Rückstellung zu bilanzieren ist. Erfolgt die Prämienzahlung an die Hamburg Commercial Bank verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die Prämienzahlung periodengerecht vereinnahmt. Ist die Hamburg Commercial Bank Sicherungsnehmer, stellt die Finanzgarantie eine Sicherheit für den Konzern dar.

II. Erläuterungen zu ausgewählten Bilanzpositionen im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten

BARRESERVE

In der Position Barreserve werden der Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ausgewiesen.

Die in dieser Position ausgewiesenen Instrumente werden unter IFRS 9 in der Hamburg Commercial Bank den Haltekategorien AC HTC, FVOCIR HAS und FVPL RES zugeordnet und entsprechend bewertet.

FORDERUNGEN

Unter den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden im Wesentlichen Geldmarktgeschäfte, Darlehen und Schuldscheindarlehen, aber auch Wertpapiere, bei denen es sich um Namenspapiere und nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen handelt, ausgewiesen. Die finanziellen Vermögenswerte werden den Haltekategorien AC HTC, FVOCIR HAS sowie FVPL RES, FVPL DFV, FVPL HAS und FVPL HTC zugeordnet, woraus sich die entsprechende Folgebewertung ergibt.

Die Forderungen der Ausweiskategorie „AC Vermögenswerte“ werden brutto, d. h. vor Abzug von Wertberichtigungen ausgewiesen. Der Ausweis von Wertberichtigungen erfolgt in dem gesonderten Posten Risikovorsorge, der nach den Forderungen als Abzugsposten gezeigt wird. Finanzinstrumente der Ausweiskategorie FVPL Sonstige, FVPL-designiert und FVOCI-verpflichtend werden netto ausgewiesen. Abgegrenzte Zinsen werden ebenfalls dieser Bilanzposition zugeordnet. Soweit Forderungen mit Handelsabsicht erworben oder eingegangen wurden, werden diese unter den Handelsaktiva ausgewiesen.

Zinserträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden abhängig von ihrer Kategorisierung unter den Zinserträgen aus AC- und FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten oder den Zinserträgen aus sonstigen Finanzinstrumenten, Kredit- und Geldmarktgeschäften erfasst. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt. Liegt bei sogenannten unechten Verbriefungstransaktionen kein Abgang der bilanziellen Forderungen vor und verbleiben die Risiken aus den Forderungen vollständig bei der Hamburg Commercial Bank, werden ggf. erforderliche Wertberichtigungen ausschließlich bei unseren originären Forderungen erfasst.

POSITIVE UND NEGATIVE MARKTWERTE DER HEDGE-DERIVATE

In diesen Posten werden die Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die einen positiven bzw. negativen Zeitwert aufweisen und im Hedge Accounting eingesetzt sind. Als Sicherungsinstrumente werden derzeit ausschließlich Zins- und Zinswährungsswaps berücksichtigt. Ist ein Derivat nur anteilig im Hedge Accounting designiert, enthält dieser Posten den entsprechenden Anteil am Fair Value des Derivats. Das Residuum wird in diesen Fällen in den Positionen Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen.

Ein Ausweis der dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderung aus Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen erfolgt gemäß IAS 39.89 (b) direkt beim Buchwert des Geschäftes.

HANDELSAKTIVA UND HANDELPASSIVA

Unter den Handelsaktiva werden ausschließlich finanzielle Vermögenswerte der Haltekategorie FVPL HFT ausgewiesen. Diese umfassen zu Handelszwecken gehaltene originäre Finanzinstrumente, vor allem verzinsliche Wertpapiere inklusive anteiliger Zinsen, aber auch Aktien und Schuldscheindarlehen sowie Devisen und sonstige Handelsbestände. Auch Kredite bzw. Kreditzusagen mit harten Syndizierungsaufgaben werden hier ausgewiesen. Wesentlicher Bestandteil sind weiterhin Derivate mit positiven Marktwerten, die entweder Handelsderivate sind oder nicht als Hedge-Derivate designiert sind, weil die Voraussetzungen des Hedge Accounting nicht erfüllt sind.

Die Bewertungsergebnisse aus Fair-Value-Änderungen werden im Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten erfasst. Dort werden grundsätzlich auch die Zinserträge und -aufwendungen für Derivate erfasst. Nur die Zinserfolge für Investment Swaps, Cross-Currency-Swaps und die Amortisierungen von Derivaten in einer Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehung werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Provisionserträge und -aufwendungen werden im Provisionsergebnis ausgewiesen.

Analog zu den Handelsaktiva werden unter den Handelspassiva nur finanzielle Verpflichtungen der Haltekategorie FVPL HFT ausgewiesen. Diese beinhaltet Derivate mit negativen Marktwerten, die entweder Handelsderivate sind oder nicht als Hedge-Derivate designiert wurden, weil die Voraussetzungen des Hedge Accounting nicht erfüllt sind.

FINANZANLAGEN

Unter den Finanzanlagen werden alle nicht zu Handelszwecken erworbenen Wertpapiere (im Wesentlichen Schuldverschreibungen sowie Aktien) und die handelsrechtlichen Beteiligungen ausgewiesen. Die Aktien und Beteiligungen werden hauptsächlich als FVPL RES kategorisiert. Das dominierende Geschäftsmodell bei den Schuldverschreibungen ist Halten und Verkäufe, sodass der wesentliche Teil als FVOCIR HAS kategorisiert wird.

Bei den in der Position erfassten Produkten handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere inklusive anteiliger Zinsen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, nicht konsolidierte Anteile an Tochterunternehmen sowie Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden.

Alle Realisierungseffekte der FVOCIR HAS-Wertpapiere werden im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen, die Realisierungen aus AC HTC-Wertpapieren werden im Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Alle Bewertungsergebnisse aus Impairment dieser beiden Haltekategorien werden in der Risikovorsorge gezeigt. Die Ergebniseffekte aus Bewertung und Abgang der FVPL-Positionen in den Finanzanlagen werden im Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten ausgewiesen.

Sofern eine Veräußerung von Finanzanlagen zum Bilanzstichtag beschlossen und eingeleitet wurde sowie innerhalb der folgenden 12 Monate höchstwahrscheinlich abgewickelt werden kann, werden diese in die Bilanzposition „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ umgebucht.

NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERTER FINANZANLAGEN

In dieser Position weist die HCOB Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen aus, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden. Die Bewertung dieser Anteile erfolgt entsprechend den Vorgaben des IAS 28 in Verbindung mit IFRS 11.

Zur Überprüfung der Werthaltigkeit von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen wird der gesamte Buchwert des nach der Equity-Methode bewerteten Anteils gemäß IAS 36 als ein einziger Vermögenswert auf Wertminderung geprüft. Dafür wird sein erzielbarer Betrag mit dem Buchwert immer dann verglichen, wenn sich bei der Anwendung von IAS 28 Hinweise darauf ergeben, dass der Anteil wertgemindert sein könnte.

Der erzielbare Betrag ist als der höhere Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert definiert (zur Ermittlung des Nutzungswerts siehe Note 5.III.).

VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten, bei denen es sich nicht um Instrumente der Handelspassiva handelt, umfassen finanzielle Verpflichtungen der Ausweiskategorien „AC Verbindlichkeiten“ und „FVPL-designiert“. Die maßgeblichen Haltekategorien sind folglich AC LIA und FVPL DFP. Die relevanten Instrumente werden in den Positionen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Nachrangige Verbindlichkeiten und Verbriefte Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden im Zeitpunkt der Begebung mit dem beizulegenden Zeitwert (ggf. zuzüglich Transaktionskosten) angesetzt, der in der Regel dem Transaktionspreis entspricht. In den Folgeperioden werden die als AC Verbindlichkeiten kategorisierten Schulden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Wertänderungen dieser Finanzinstrumente werden ausschließlich bei Abgang des betreffenden Finanzinstruments erfasst. Die Verteilung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (z. B. Agien und Disagien) erfolgt nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsüberschuss. Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Ausweiskategorie „FVPL-designiert“ werden im Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten ausgewiesen.

Zurückgekaufte eigene Schuldverschreibungen werden von den Verbrieften Verbindlichkeiten abgesetzt. Für zurückgekaufte Schuldverschreibungen der Haltekategorie FVPL DFP findet eine Umbuchung der zunächst in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen und nicht recyclebaren anteiligen bonitätsinduzierten Effekte aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenemissionen in die Gewinnrücklage statt.

NACHRANGKAPITAL

Unter dem Nachrangkapital werden aufgrund ihrer von den übrigen Verbindlichkeiten abweichenden Eigenschaft nachrangige Verbindlichkeiten, Stille Einlagen und Genussrechte ausgewiesen. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung nachrangiger Verbindlichkeiten gegenüber anderen Verbindlichkeiten kann nicht entstehen. Bei Liquidation oder Insolvenz darf eine Rückzahlung erst nach vollständiger Befriedigung aller nicht nachrangigen Verbindlichkeiten erfolgen.

Das als AC Verbindlichkeiten kategorisierte Nachrangkapital wird beim ersten Ansatz zum beizulegenden Zeitwert (unter Einbeziehung von Transaktionskosten) und in den Folgeperioden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Agio- und Disagioverteilung erfolgt effektivzinskonstant über das Zinsergebnis.

III. Erläuterungen zu weiteren Bilanzpositionen

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Unter den Immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene Software sowie erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte bilanziert. Die Hamburg Commercial Bank aktiviert gemäß IAS 38.21 Software-Entwicklungskosten, wenn durch die Herstellung der selbst entwickelten Software der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten sind nur dann zu aktivieren, wenn sie zu einer wesentlichen Verbesserung im Sinne einer Funktionserweiterung führen.

Die erstmalige Bewertung eines Immateriellen Vermögenswerts erfolgt nach IAS 38.24 zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Selbst erstellte sowie erworbene Software wird planmäßig über einen Zeitraum von zwei bis zehn Jahren linear abgeschrieben.

Liegen Hinweise auf eine Wertminderung vor, werden Immaterielle Vermögenswerte einem Wertminderungstest unterzogen, indem der Buchwert der Vermögenswerte mit dem erzielbaren Betrag verglichen wird. Der erzielbare Betrag ist als der höhere Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert definiert. Ein Vermögenswert ist wertgemindert, wenn sein Buchwert seinen erzielbaren Betrag übersteigt. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer bzw. noch nicht nutzungsbereite Immaterielle Vermögenswerte sowie Goodwills werden auch ohne Hinweise auf eine Wertminderung jährlich einem Wertminderungstest unterzogen.

SACHANLAGEN

Unter diesem Posten werden Grundstücke und Gebäude einschließlich Nutzungsrechten aus im Rahmen eines Leasingverhältnisses angemieteten Grundstücken und Gebäuden, Betriebs- und Geschäftsausstattungen und Leasinggegenstände aus Operating-Lease-Geschäften, bei denen die Hamburg Commercial Bank als Leasinggeber auftritt, ausgewiesen. Mit Ausnahme von Nutzungsrechten nach IFRS 16 werden Sachanlagen mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer angesetzt. Die Behandlung von Nutzungsrechten nach IFRS 16 wird im folgenden Abschnitt IV- Leasinggeschäfte erläutert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie den wirtschaftlichen Nutzen der entsprechenden Vermögenswerte erhöhen. Fremdkapitalzinsen aus der Finanzierung der Anschaffungskosten von Sachanlagen werden als Aufwand der jeweiligen Periode erfasst.

Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Die lineare Abschreibung bei Sachanlagen wird über folgende Zeiträume vorgenommen:

Sachanlagegruppe

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	50
Einbauten in Gebäuden Dritter	Die Ermittlung der Restlaufzeiten erfolgt jeweils in Abhängigkeit zur Restlaufzeit des Mietverhältnisses.
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–15
Leasingvermögen aus Leasingverhältnissen, bei denen die Hamburg Commercial Bank als Leasinggeber auftritt	Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer
Nutzungsrechte aus Leasing (Sachanlagen Leasingnehmer)	Vertragliche, unkündbare Grundmietzeit unter Berücksichtigung hochwahrscheinlicher Verlängerungs- oder Kündigungsoptionen

Sachanlagen werden an jedem Bilanzstichtag auf das Vorliegen von Anhaltspunkten für Wertminderungen überprüft. Ist dies der Fall, ist der erzielbare Betrag mit dem Buchwert zu vergleichen. Soweit der Buchwert den erzielbaren Betrag übersteigt, ist eine außerplanmäßige Abschreibung ergebniswirksam im Verwaltungsaufwand vorzunehmen.

Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt. Reparaturen, Wartungen und andere Instandhaltungskosten werden als Aufwand der jeweiligen Periode gebucht.

ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN (INVESTMENT PROPERTIES)

Unter dem Posten Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) werden Immobilien einschließlich der Nutzungsrechte aus im Rahmen eines Leasingverhältnisses angemieteten Immobilien, die die Definition von Investment Property erfüllen, ausgewiesen, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten, jedoch nicht im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit genutzt werden. Bei einer gemischten Nutzung eines Objekts wird eine prozentuale Aufteilung des Buchwerts vorgenommen. Selbst genutzte Teile werden als Sachanlagen, vermietete bzw. leerstehende Teile werden als Investment Properties ausgewiesen. Die Objekte werden zu Anschaffungskosten angesetzt und planmäßig linear abgeschrieben. Für planmäßige Abschreibungen wird eine Nutzungsdauer von 50 Jahren zugrunde gelegt. Zum Bilanzstichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Ist dies der Fall, ist der erzielbare Betrag mit dem Buchwert zu vergleichen. Soweit der Buchwert den erzielbaren Betrag übersteigt, ist eine außerplanmäßige Abschreibung ergebniswirksam im Verwaltungsaufwand vorzunehmen.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Investment Properties wird eine Ertragswertermittlung zugrunde gelegt; sie erfolgt unter Heranziehung von Marktdaten von internen zertifizierten Gutachter:innen. Der Ausweis des beizulegenden Zeitwerts erfolgt in Note 27.

ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERÄUSSERUNGSGRUPPEN SOWIE VERBINDLICHKEITEN AUS VERÄUSSERUNGSGRUPPEN

Langfristige Vermögenswerte, deren zugehöriger Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird, werden entsprechend IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten klassifiziert. Voraussetzung ist, dass der Verkauf zum Stichtag bereits beschlossen und eingeleitet ist und mit großer Wahrscheinlichkeit innerhalb der folgenden zwölf Monate abgewickelt wird.

Unter einer Veräußerungsgruppe versteht man eine Gruppe von Vermögenswerten, die in einer Transaktion und zu einem Preis an dieselben Käufer:innen veräußert werden. Zu einer Veräußerungsgruppe können auch Verbindlichkeiten gehören, wenn diese von dem:der Käufer:in zusammen mit den Vermögenswerten übernommen werden. Als Veräußerungsgruppen bzw. Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen weist die Hamburg Commercial Bank insbesondere die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von konsolidierten Tochterunternehmen aus, die unter den Voraussetzungen des IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen sind zum niedrigeren Wert aus Buchwert oder beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten zu bewerten. Für Finanzinstrumente erfolgt die Bewertung weiterhin nach den Vorschriften des IFRS 9.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden gebildet, wenn der Konzern bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen hat, die aus zurückliegenden Ereignissen resultieren, bei denen es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen unterliegen mindestens einer vierteljährlichen Überprüfung und Neufestsetzung.

PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN

Der überwiegende Teil der Mitarbeitenden der Hamburg Commercial Bank AG sowie die Beschäftigten einiger Tochterunternehmen erlangen Versorgungsansprüche aus verschiedenen Systemen der betrieblichen Altersversorgung, die sowohl beitrags- als auch leistungsorientierte Versorgungspläne umfassen.

Bei den beitragsorientierten Versorgungsplänen (Defined Contribution Plans) bestehen für die teilweise arbeitnehmerfinanzierten Direktversicherungen Vertragsverhältnisse mit der Provinzial NordWest Lebensversicherung AG. Da das Versicherungsunternehmen zur Mitgliedschaft bei der Protoktor Lebensversicherungs-AG verpflichtet ist, besteht für die versicherten Mitarbeitenden Schutz gegen die Insolvenz des Versicherungsunternehmens, sodass die Hamburg Commercial Bank AG auch im Insolvenzfall der Provinzial NordWest Lebensversicherung AG nicht belastet wird. Diese Direktversicherungsverträge stellen versicherte Leistungen (Insured Benefits) dar und werden als beitragsorientierte Pläne behandelt.

Bei den leistungsorientierten Versorgungsplänen (Defined Benefit Plans) hängt die Höhe der Versorgungsleistung von verschiedenen Faktoren wie Alter, Gehalt und Betriebszugehörigkeit ab. Die Versorgungspläne umfassen insbesondere Alters- und Invalidenrenten sowie die Hinterbliebenenversorgung. Sie basieren im Wesentlichen auf Dienstvereinbarungen der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, der Ruhegeldordnung der Hamburgischen Landesbank Girozentrale, den Ruhegeld-Richtlinien der Unterstützungskasse der Hamburgischen Landesbank Girozentrale, der Versorgungsordnung der Hamburgischen Landesbank Girozentrale sowie auf § 2 Abs. 4 des Investitionsbankgesetzes in der Fassung vom 23. Januar 1998. Die Höhe der Rentenzahlungen hängt von der Höhe des Endgehalts unmittelbar vor der Rente ab, die Gehaltsentwicklung bis hin zur Rente spielt keine Rolle (keine Leistungsbausteine). Die Versorgungspläne sehen laufende Rentenzahlungen und keine Kapitalzahlungen vor. Mindestgarantien sind nicht vorgesehen. Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen für leistungsorientierte Pläne entsprechen dem Barwert dieser zum Stichtag erdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines Rententrends. Die Ermittlung erfolgt ausschließlich anhand versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage des IAS 19, die von unabhängigen Versicherungsmathematiker:innen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) angefertigt werden.

Im Jahr 2002 wurden diese leistungsorientierten Versorgungspläne geschlossen.

Weiterhin nimmt die Hamburg Commercial Bank AG auch an einem gemeinschaftlichen Versorgungsplan teil (Multi Employer Plan), der von der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. durchgeführt wird. Beiträge werden unter Beteiligung der Mitarbeitenden regelmäßig geleistet. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Bezug auf die eigenen Mitarbeitenden. Die Hamburg Commercial Bank AG klassifiziert den BVV-Plan als leistungsorientierten gemeinschaftlichen Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber. Da die Unterstützungskasse des BVV ihre Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet und insoweit die für eine Bilanzierung als leistungsorientierter Plan verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögenswerte und Pensionsverpflichtungen auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeitenden der einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen, wird in der Rechnungslegung der Plan wie ein beitragsorientierter Plan behandelt. Eine Inanspruchnahme aus der gesetzlichen Subsidiärhaftung wird derzeit als unwahrscheinlich angesehen.

Die Neubewertung der Nettoverbindlichkeiten aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen wird in dem Jahr, in dem sie anfallen, im Sonstigen Ergebnis und im Eigenkapital unter den Gewinnrücklagen ausgewiesen. Als langfristige Verpflichtungen werden Pensionsrückstellungen abgezinst. Der in den Aufwendungen für Altersversorgung enthaltene Zinsaufwand wird als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen.

Bei der Berechnung der leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen wurden im Wesentlichen die folgenden Annahmen zugrunde gelegt:

Versicherungsmathematische Annahmen

	2025	2024
Rechnungszinsfuß		
Inland	4,22 %	3,53 %
Ausland (gewichtet)	4,22 %	3,53 %
Gehaltsdynamik (gewichtet)	2,0 %	2,0 %
Anpassungsrate für Renten		
Inland		
Dienstvereinbarung 1/Alte Versorgungsverordnung	individuell	individuell
Neue Versorgungsverordnung (gewichtet)	2,0 %	2,0 %
Dienstvereinbarung 4 (gewichtet)	2,0 %	2,0 %
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Nach den Richttafeln 2018 G von K. Heubeck	Nach den Richttafeln 2018 G von K. Heubeck

Die versicherungsmathematischen Annahmen werden in der Note 36 einer Sensitivitätsanalyse unterzogen.

Die leistungsorientierten Versorgungspläne sind teilweise über Vermögenswerte und qualifizierte Versicherungsverträge, die ausschließlich dem Versorgungszweck dienen (Planvermögen), finanziert. Der wesentliche Teil des Planvermögens resultiert aus einer 2020 von der Hamburg Commercial Bank aufgesetzten Treuhandstruktur. Es wurde ein Verein, der HCOB Trust e.V. („Trust“), Hamburg, gegründet, der mit der Bank einen doppelseitigen Treuhandvertrag abgeschlossen hat („Contractual Trust Agreement“ bzw. „CTA“). Über das CTA besteht eine insolvenzgesicherte Vermögensmasse, die eine zusätzliche Absicherung der Pensionsverbindlichkeiten im Insolvenzfall der Bank darstellt. Diese Struktur ermöglicht der Bank ein aktives Management ihrer Pensionsverpflichtungen, um so in ein breites Anlagespektrum unter Risiko-Ertrags-Aspekten gezielt zu investieren und damit die erforderlichen Mittel zur Abdeckung ihrer Pensionsverpflichtungen zu erwirtschaften. Bilanziell ist das im Trust gebundene Vermögen als Planvermögen nach IAS 19.8 qualifiziert. Das Planvermögen wird zum beizulegenden Zeitwert bewertet und in der Bilanz rückstellungsmindernd berücksichtigt. Sofern der beizulegende Zeitwert des Planvermögens den Betrag der Verpflichtungen übersteigt, wird der übersteigende Betrag in den Sonstigen Aktiva als Aktiviertes Planvermögen ausgewiesen. Noch nicht an die Bank geleistete Erstattungsansprüche für gezahlte Versorgungsleistungen aus dem Planvermögen werden als Forderung in den Sonstigen Aktiva dargestellt.

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

Zu den anderen Rückstellungen gehören Rückstellungen im Kreditgeschäft, für Restrukturierungen, für Prozessrisiken und Prozesskosten, für Personalaufwendungen (ohne Altersversorgung) und sonstige Rückstellungen.

Rückstellungen im Kreditgeschäft werden unter anderem für drohende Inanspruchnahmen aus Avalen, Garantien und Akkreditiven gebildet. Die der Berechnung zugrunde liegenden Parameter werden im Abschnitt Risikovorsorge und Wertminderung von Finanzinstrumenten (siehe Note 5.I.D) dargestellt.

Restrukturierungsrückstellungen werden gebildet, soweit die Hamburg Commercial Bank für die Maßnahmen einen hinreichend detaillierten Plan entwickelt und diesen auch kommuniziert bzw. mit der Umsetzung begonnen hat. Sobald die Verpflichtung z. B. durch unterzeichnete Verträge hinreichend sicher und quantifizierbar ist, erfolgt grundsätzlich eine Umbuchung in Sonstige Verbindlichkeiten bzw. in die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Rückstellungen für Prozesskosten umfassen erwartete Zahlungen für Gerichtskosten sowie außergerichtliche Kosten im Zusammenhang mit Prozessen wie z. B. Anwaltshonorare und sonstige Kosten. Für laufende Prozesse dürfen nur die Kosten für die laufende Instanz zurückgestellt werden.

Rückstellungen für Prozessrisiken sind zu bilden, wenn die Hamburg Commercial Bank AG sowie die einbezogenen Tochterunternehmen Beklagte in einem Prozess sind und die Wahrscheinlichkeit, dass sie den Prozess verlieren, mit mehr als 50 % angenommen wird. Zurückgestellt werden nur Zahlungen für wahrscheinliche Schadenersatzverpflichtungen, Bußgelder sowie Prozesskosten der aktuellen Instanz. Es gelten

die allgemeinen Bewertungsvorschriften für Rückstellungen. Für Prozessrisiken, deren Eintritt nicht für wahrscheinlich gehalten, aber auch nicht ausgeschlossen werden kann, werden die nach IAS 37.86 verpflichtenden Angaben gemacht, soweit auf diese nicht im Einzelfall aufgrund des Vorliegens der Voraussetzungen des IAS 37.92 verzichtet werden kann.

Unter den Rückstellungen für Personalaufwendungen werden mit Ausnahme der Altersversorgungsverpflichtungen alle noch ausstehenden Leistungen aus dem Personalaufwand ausgewiesen. Für die Hamburg Commercial Bank sind dies insbesondere Rückstellungen für variable Erfolgsvergütungen, Abfindungsmaßnahmen, Altersteilzeit und Langzeitguthaben an Arbeitszeit. Die Jubiläumsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit werden auf Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bilanziert.

Die Ermittlung der Rückstellungen basiert entsprechend IAS 37 im Wesentlichen auf bestmöglichen Schätzungen des Managements. Es wird der wahrscheinlichste Betrag angesetzt, der zur Erfüllung der zum Abschlussstichtag erkennbaren Verpflichtungen erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden in Höhe des Barwerts ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Für die Abzinsung werden zum Bilanzstichtag gültige, laufzeitadäquate Zinssätze auf der Basis von risikolosen Zinskurven berücksichtigt. Im Berichtsjahr vorzunehmende Aufzinsungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

ERTRAGSTEUERN

Laufende Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden anhand der steuerlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder in der Höhe angesetzt, in der Zahlungen an bzw. von Steuerbehörden erwartet werden. Hierbei wird bei bestehenden Unsicherheiten über die steuerliche Behandlung von Sachverhalten grundsätzlich der jeweils wahrscheinlichste Wert zugrunde gelegt.

Aktive latente Steuern werden für alle abzugsfähigen temporären Differenzen zwischen den steuerlichen und den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen sowie für steuerliche Verlustvorträge gebildet, sofern es wahrscheinlich ist, dass ein künftiges steuerliches Einkommen bestehen wird, mit denen diese abzugsfähigen temporären Differenzen sowie Verlustvorträge verrechnet werden können. Passive latente Steuern werden für alle zu versteuernden temporären Differenzen gebildet. Die Berechnung latenter Steuern wird anhand der Steuersätze und Steuervorschriften vorgenommen, deren Gültigkeit zu den Zeitpunkten erwartet wird, in denen die latenten Steueransprüche realisiert werden sollen. Die Auswirkungen von Steuersatzänderungen auf latente Steuern werden mit Verabschiedung der gesetzlichen Änderung berücksichtigt. Aktive latente Steuern werden als latente Ertragsteueransprüche und passive latente Steuern als latente Ertragsteuerverpflichtungen bilanziert. Entsprechend IAS 12.4A werden latente Steuern im Zusammenhang mit dem Mindeststeuergesetz sowie entsprechenden ausländischen Regelungen nicht angesetzt.

Die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern werden periodengerecht in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Ertragsteuern, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst erfolgswirksam behandelt wird. Eine erfolgsneutrale Erfassung latenter Steuern im Sonstigen Ergebnis (OCI) erfolgt, soweit der zugrunde liegende Posten selbst erfolgsneutral behandelt wird (IAS 12.61A).

Die Hamburg Commercial Bank erstellt für Zwecke der Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern eine steuerliche Ergebnisplanung. Diese steuerliche Ergebnisplanung wird aus der jeweils gültigen Unternehmensplanung abgeleitet.

Zu jedem Bilanzstichtag beurteilt die Hamburg Commercial Bank, ob die Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile für den Ansatz aktiver latenter Steuern hinreichend wahrscheinlich ist. Dies erfordert vom Management u. a. die Beurteilung der Steuervorteile, die sich aus den zur Verfügung stehenden Steuerstrategien und dem künftigen steuerlichen Einkommen ergeben, sowie die Berücksichtigung weiterer positiver und negativer Faktoren. Die ausgewiesenen aktiven latenten Steuern könnten sich verringern, falls die Schätzungen der geplanten steuerlichen Einkommen und die durch zur Verfügung stehende Steuerstrategien erzielbaren Steuervorteile gesenkt werden oder falls Änderungen der aktuellen Steuergesetzgebung den zeitlichen Rahmen oder den Umfang der Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile beschränken.

SONSTIGE AKTIVA UND SONSTIGE PASSIVA

Unter den Sonstigen Aktiva bzw. Passiva werden Vermögenswerte und Schulden ausgewiesen, die nicht einem der übrigen Aktiv- bzw. Passivposten zuzuordnen sind. Hierzu zählen unter anderem abgegrenzte Aufwendungen und Erträge.

Es werden die allgemeinen Ansatz- und Bewertungsvorschriften für Vermögenswerte beachtet. Die Erstbewertung erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Für die in dieser Position enthaltenen Finanzinstrumente gelten die Vorschriften des IFRS 9.

IV. Leasinggeschäfte

Gemäß IFRS 16 liegt ein Leasingverhältnis vor, wenn ein Vertrag dazu berechtigt, die Nutzung eines identifizierten Vermögenswertes für einen bestimmten Zeitraum gegen Entgelt zu kontrollieren. Die Hamburg Commercial Bank beurteilt zu Beginn eines Vertrages, ob ein Leasingverhältnis vorliegt.

Das Geschäftsvolumen der Hamburg Commercial Bank in Form von Leasingverhältnissen – sowohl solcher, bei denen die Hamburg Commercial Bank als Leasingnehmer, als auch als Leasinggeber fungiert – ist insgesamt von sehr untergeordneter Bedeutung.

LEASINGNEHMER

Leasinggeschäfte, bei denen die Hamburg Commercial Bank als Leasingnehmer fungiert, dienen der Anmietung von Immobilien (i.W. Geschäftsräumlichkeiten des Konzerns), technischen Anlagen und Geräten der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie von Kraftfahrzeugen.

Unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsaspekten und unter Inanspruchnahme der Erleichterungsvorschriften für geringwertige und kurzfristige Leasingverhältnisse (IFRS 16.5) sowie des Wahlrechts für Leasingverhältnisse über immaterielle Vermögenswerte (IFRS 16.4), beschränkt sich der Anwendungsbereich des IFRS 16 bei der Hamburg Commercial Bank als Leasingnehmer auf im Rahmen von Leasingverhältnissen angemietete Immobilien. Zur Bestätigung der Unwesentlichkeit der übrigen Leasingverhältnisse führt die Hamburg Commercial Bank regelmäßig einen Wesentlichkeitstest durch, in dem die Auswirkungen einer Anwendung des Standards auf diese Leasingverhältnisse simuliert und der Effekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie qualitative Aspekte analysiert werden. Zahlungen für Leasingverhältnisse, die die Hamburg Commercial Bank vom Anwendungsbereich des IFRS 16 ausnimmt, werden in der Berichtsperiode, in der sie anfallen, erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis berücksichtigt.

Nach IFRS 16 werden Leasingverhältnisse zu dem Zeitpunkt, zu dem das Leasingobjekt dem Konzern zur Nutzung zur Verfügung steht, als Nutzungsrecht in den Sachanlagen bzw. den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien aktiviert und eine entsprechende Verbindlichkeit aus den Leasingzahlungen innerhalb der sonstigen Verbindlichkeiten passiviert. Jede Leasingrate wird in Tilgungs- und Finanzierungsaufwendungen aufgeteilt. Letztere werden über die Laufzeit des Leasingverhältnisses im Zinsaufwand für sonstige Verbindlichkeiten erfasst.

Die Bestimmung der Höhe von Leasingverbindlichkeit und Nutzungsrecht eines Leasingverhältnisses impliziert Schätzungen in Bezug auf die Laufzeit eines Leasingverhältnisses, insbesondere vor dem Hintergrund möglicher Kündigungs- oder Verlängerungsoptionen. In Bezug auf die in der Hamburg Commercial Bank für IFRS 16 relevanten Immobilien-Leasingverhältnisse kann eine Laufzeitverlängerung durch Ausübung einer vertraglichen Verlängerungsoption (oder Verkürzung durch Ausübung einer Kündigungsoption) ohne konkreten Vorstandsbeschluss nicht als hinreichend sicher angesehen werden, weshalb (bis zum Vorliegen eines konkreten Beschlusses) ausschließlich mit der vertraglich vereinbarten Laufzeit kalkuliert wird.

Die Hamburg Commercial Bank wendet des Weiteren die Vorschriften zu Sale-and-Leaseback-Transaktionen im Sinne der IFRS 16.98 ff. an. In diesem Zusammenhang mietet die HCOB als Leasingnehmer den Vermögenswert eines Leasinggebers zurück, der zuvor an diesen veräußert wurde.

Erfüllt die Übertragung dieses Vermögenswertes durch den Leasingnehmer die in IFRS 15 festgelegten Anforderungen an einen Verkauf, bilanziert die HCOB als Verkäufer und Leasingnehmer ein Nutzungsrecht, das mit dem anteiligen Restbuchwert des Vermögenswertes zum Zeitpunkt der Übertragung im Verhältnis zur Nutzung, die seitens des Leasinggebers gewährt wird, angesetzt wird. Die Differenz aus dem Wert des Nutzungsrechts und dem Restbuchwert erfasst der Leasingnehmer gemäß IFRS 16.100 (a) erfolgswirksam in der Periode, in der die Einbuchung des Nutzungsrechts erfolgt. Im Geschäftsjahr 2020 wurde der Hauptsitz der Hamburg Commercial Bank im Rahmen einer Sale-and-Leaseback-Transaktion aus Immobilienveräußerung mit Rückmietung für einen Übergangszeitraum unter den Sachanlagen bilanziert.

Nutzungsrechte und Leasingverbindlichkeiten werden bei Zugang mit dem Barwert erfasst. Zur Ermittlung des Barwertes der Leasingverbindlichkeit wendet die Hamburg Commercial Bank in Ermangelung hinreichender Informationen zum inhärenten Zinssatz jedes Leasingverhältnisses einen einheitlichen, laufzeitadäquaten Grenzfremdkapitalzinssatz auf Basis der Liquiditätskosten der Bank an.

LEASINGGEBER

Bei Leasingverhältnissen wird zwischen Finance und Operating Lease unterschieden. Die Zuordnung hängt davon ab, ob im Wesentlichen Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden oder nicht. Finance Lease liegt vor, sofern die wirtschaftlichen Risiken und Chancen nach den Kriterien des IFRS 16 beim Leasingnehmer liegen; in der Konsequenz bilanziert dieser den Leasinggegenstand. Alle übrigen Leasingverhältnisse werden als Operating Lease klassifiziert. Die Einordnung erfolgt jeweils zu Beginn des Leasingverhältnisses.

Finance Lease

Bei Finance-Lease-Geschäften, bei denen die Hamburg Commercial Bank als Leasinggeber auftritt, wird eine Forderung, die dem Nettoinvestitionswert entspricht, bilanziert. Der Ausweis erfolgt in Abhängigkeit vom Leasingnehmer entweder unter Forderungen an Kreditinstitute oder unter Forderungen an Kunden.

Fällige Leasingraten werden in einen erfolgsneutralen Tilgungsanteil und einen erfolgswirksamen Zinsanteil aufgeteilt. Der erfolgswirksame Teil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen bei Finance-Lease-Forderungen werden in der Risikovorsorge abgebildet. Wertminderungen, die nicht bonitätsinduziert sind, wie Wertminderungen auf den nicht garantierten Restwert einer Leasingforderung, werden im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Operating Lease

Die Hamburg Commercial Bank weist als Leasinggeber die Leasingobjekte als Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen oder in den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien aus. Vereinbarte Leasingraten werden im Sonstigen betrieblichen Ergebnis und die korrespondierenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

V. Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank wird in Euro aufgestellt. Dem überwiegenden Teil der in den Konzernabschluss einbezogenen Einzelabschlüsse liegt als funktionale Währung der Euro zugrunde. Die Abschlüsse einiger Konzerngesellschaften weisen jedoch eine vom Euro abweichende funktionale Währung auf.

Für die Umrechnung von in Fremdwährung geführten Posten innerhalb der Einzelabschlüsse sowie für die Umrechnung der Abschlüsse von Konzerngesellschaften, die nicht in Euro bilanzieren, gelten die folgenden Grundsätze:

BILANZIELLE ABBILDUNG VON FREMDWÄHRUNGSGESCHÄFTEN

Die Zugangsbewertung von Vermögenswerten und Schulden sämtlicher Fremdwährungsgeschäfte erfolgt zum Kassakurs der Transaktion.

Bei der Folgebewertung werden monetäre Posten anhand des Kassa-Mittelkurses zum Bilanzstichtag umgerechnet. Nicht monetäre Posten, welche zum Fair Value bilanziert werden, werden mit dem im Bewertungszeitpunkt gültigen Kassa-Mittelkurs und sonstige nicht monetäre Posten mit dem historischen Kurs umgerechnet.

Aus der Bewertung von Bilanzposten entstehende Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden anhand der für die Umrechnung der betreffenden Posten verwendeten Kurse umgerechnet. Für alle übrigen Aufwendungen und Erträge werden die Transaktionskurse herangezogen.

Bei monetären Posten und nicht monetären Posten, die zum Fair Value bewertet sind, werden Ergebnisse aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung der Periode erfasst, in der das Ergebnis entstanden ist.

UMRECHNUNG VON IN FREMDWÄHRUNG AUFGESTELLTEN ABSCHLÜSSEN BEI EINBEZIEHUNG IN DEN KONZERNABSCHLUSS

Vermögenswerte und Schulden von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge werden Durchschnittskurse der Berichtsperiode verwendet. Mit Ausnahme der zur Einbeziehung zugemeldeten Neubewertungsrücklage, die zum Stichtagskurs umgerechnet wird, erfolgt die Umrechnung des Eigenkapitals zu historischen Kursen (Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles).

Die Differenzen, die sich aus dieser Umrechnungsmethodik ergeben, werden im Sonstigen Ergebnis (OCI) erfasst und in der Währungsrücklage im Eigenkapital kumuliert.

**ABSICHERUNG VON FREMDWÄHRUNGSRISIKEN AUS DER UMRECHNUNG VON ABSCHLÜSSEN
AUSLÄNDISCHER GESCHÄFTSBETRIEBE**

Die Hamburg Commercial Bank sichert Fremdwährungsrisiken ab, die aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft resultieren. Durch die Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe werden entsprechende Währungsumrechnungsdifferenzen erfolgsneutral im Eigenkapital kompensiert. Der Konzern nutzt als Sicherungsinstrumente ausschließlich nicht-derivative Finanzinstrumente. Der effektive Teil des Bewertungsergebnisses dieser Finanzinstrumente wird erfolgsneutral in der Rücklage aus Währungsumrechnung im Eigenkapital erfasst.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

6. Zinsüberschuss

Zinsüberschuss

(Mio. €)	2025	2024
Zinserträge aus		
AC- und FVOCI-kategorisierten Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.146	1.395
AC- und FVOCI-kategorisierten festverzinslichen Wertpapieren	263	285
wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten	16	27
Abzinsung Rückstellungen	5	4
Zinserträge aus AC- und FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten	1.430	1.711
davon entfallen auf finanzielle Vermögenswerte, die zu AC bewertet werden	1.141	1.362
davon entfallen auf finanzielle Vermögenswerte, die verpflichtend erfolgsneutral zum Fair Value bewertet werden	289	349
Zinserträge aus		
Sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	2	6
Sonstigen festverzinslichen Wertpapieren	13	28
Handelsgeschäften	-	1
derivativen Finanzinstrumenten	67	63
Zinserträge aus sonstigen Finanzinstrumenten	82	98
Zinsaufwendungen für		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67	105
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	357	476
Verbriefte Verbindlichkeiten	230	301
Nachrangkapital	32	41
derivative Finanzinstrumente	154	134
Zinsaufwendungen	840	1.057
davon entfallen auf finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden	676	916
Gesamt	672	752

Der Zinsüberschuss enthält Erträge und Aufwendungen aus der Amortisierung des Line Items von Grundgeschäften aus Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen sowie entsprechende Auflösungsbeträge bei Abgängen dieser Grundgeschäfte, sofern das realisierte Ergebnis im Zinsüberschuss auszuweisen ist.

Für einzelwertberichtigte Forderungen sind sowohl der Zinsertrag als auch die Risikovorsorge durch Multiplikation mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz im Zinsergebnis fortzuschreiben.

7. Provisionsüberschuss

Provisionsüberschuss

(Mio. €)	2025	2024
Provisionserträge aus		
Kreditgeschäft	19	18
Wertpapiergeschäft	1	1
Bürgschaftsgeschäft	6	3
Zahlungs- und Kontenverkehr sowie Dokumentengeschäft	21	20
Sonstige Provisionserträge	2	2
Provisionserträge	49	44
Provisionsaufwendungen aus		
Kreditgeschäft	4	2
Zahlungs- und Kontenverkehr sowie Dokumentengeschäft	2	3
Sonstige Provisionsaufwendungen	15	13
Provisionsaufwendungen	21	18
Gesamt	28	26

Auf Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, entfallen 26 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €).

8. Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfolgt der Ausweis der dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen für designierte Grund- und Sicherungsgeschäfte in effektiven Hedge-Beziehungen. Die Position enthält die Ergebnisbeiträge aus Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen und Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen. Hedge Accounting wird ausschließlich für Zinsrisiken abgebildet.

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

(Mio. €)	2025	2024
Fair-Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäften	25	26
Micro-Fair-Value-Hedge	12	-3
Portfolio-Fair-Value-Hedge	13	29
Fair-Value-Änderungen aus Grundgeschäften	-28	-24
Micro-Fair-Value-Hedge	-13	3
Portfolio-Fair-Value-Hedge	-15	-27
Gesamt	-3	2

9. Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten umfasst das realisierte Ergebnis und das Bewertungsergebnis von Finanzinstrumenten der Kategorien FVPL Handel, FVPL-designiert und FVPL Sonstige. Die Zinserfolge und Ergebnisse aus laufenden Dividenden dieser Bestandskategorien werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Ergebnisse aus der Währungsumrechnung werden grundsätzlich in diesem Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In den sonstigen Produkten sind Ergebnisse aus Devisengeschäften und Kreditderivaten enthalten.

Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten

(Mio. €)	2025	2024
Kredite, Schuldverschreibungen und Zinsderivate		
FVPL Handel	-25	-13
FVPL-Designiert	-2	-1
FVPL Sonstige	13	13
Summe	-14	-1
Aktien und Aktienderivate		
FVPL Sonstige	1	-1
Summe	1	-1
Sonstige Produkte		
FVPL Handel	-	1
FVPL Sonstige	39	-6
Summe	39	-5
Gesamt	26	-7

Unter den sonstigen Produkten der Kategorie „FVPL Sonstige“ wird ein Devisenergebnis von 38 Mio. € (Vorjahr: -7 Mio. €) ausgewiesen. Zudem erfolgt der Ausweis der Besserungsscheine in der Position Kredite, Schuldverschreibungen und Zinsderivate unter der Bewertungskategorie „FVPL Sonstige“. Im Berichtsjahr resultierte daraus ein Ergebnis von 14 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Im Berichtszeitraum sowie im entsprechenden Vorjahreszeitraum wurden keine wesentlichen Fair-Value-Änderungen der finanziellen Vermögenswerte der Kategorie „FVPL-designiert“ festgestellt, die auf Veränderungen des Credit Spreads und nicht auf Marktzensänderungen zurückzuführen sind. Kumulativ ist ein Betrag von 3 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) auf die Credit-Spread-Änderungen zurückzuführen.

10. Ergebnis aus Finanzanlagen

An dieser Stelle werden die realisierten Ergebnisse der FVOCI-kategorisierten Finanzanlagen inklusive der Auflösungsbeträge aus den Portfolio-Fair-Value-Hedges ausgewiesen.

Ergebnis aus Finanzanlagen

(Mio. €)	2025	2024
Realisierte Ergebnisse aus FVOCI-kategorisierten Finanzanlagen	7	7
Gesamt	7	7

11. Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten

Diese Position umfasst realisierte Ergebnisse aus Verkäufen (inkl. direkt zurechenbarer Transaktionskosten), vorzeitigen Tilgungen und Abgängen im Rahmen substanzieller Modifikationen von zu fortgeführten Anschaffungskosten kategorisierten finanziellen Vermögenswerten.

Im Berichtszeitraum setzt sich das „Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten“ im Wesentlichen aus Erträgen im Zusammenhang mit Verkäufen von Forderungen an Kunden sowie Erträgen aus vorzeitigen Tilgungen auf Forderungen an Kunden und Finanzanlagen zusammen.

Zum Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten trug unter anderem die vollständige Veräußerung des Aviation-Portfolios bei. Die Aktivitäten im Bereich Aviation wurden unterjährig im Berichtsjahr mit Vollzug des Portfolioverkaufs beendet.

Weitere getätigte Forderungsverkäufe erfolgten im Rahmen der für das Geschäftsmodell „Halten“ geltenden Ausnahmetatbestände gemäß IFRS 9.B4.1.3 A und B.

Ergebnis aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten

(Mio. €)	2025	2024
Gewinne aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten		
Forderungen an Kunden	11	1
Finanzanlagen	2	2
Gesamt	13	3

12. Risikovorsorge

In dieser Position wird die Veränderung der Risikovorsorge sämtlicher als AC oder FVOCI kategorisierten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und Finanzanlagen sowie Leasingforderungen ausgewiesen.

Risikovorsorge

(Mio. €)	2025	2024
Forderungen an Kunden		
Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (Stufe 1/12-Monats-ECL)	12	5
davon AC	12	5
Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (Stufe 2/Lifetime ECL)	-43	-42
davon AC	-43	-42
Beeinträchtigte Bonität (Stufe 3/Lifetime ECL)	-86	-78
davon AC	-86	-78
Ergebnis aus der Veränderung der Wertberichtigungen bei Forderungen an Kunden	-117	-115
Finanzanlagen		
Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (Stufe 1/12-Monats-ECL)	1	-
davon FVOCI	1	-
Ergebnis aus der Veränderung der Wertberichtigungen bei Finanzanlagen	1	-
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen		
Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (Stufe 1/12-Monats-ECL)	1	-
davon AC	1	-
Ergebnis aus der Veränderung der Wertberichtigungen bei Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen	1	-
Außerbilanzielles Geschäft		
Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (Stufe 1/12-Monats-ECL)	5	6
Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (Stufe 2/Lifetime ECL)	-	-10
Beeinträchtigte Bonität (Stufe 3/Lifetime ECL)	-2	12
Ergebnis aus der Veränderung der Rückstellungen im Kreditgeschäft	3	8
Direkte Abschreibungen	-2	-3
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	7	15
Ergebnis aus nicht-substantziellen Modifikationen	-2	-
Ergebnis aus sonstigen Veränderungen der Risikovorsorge	3	12
Risikovorsorge gesamt	-109	-95

13. Verwaltungsaufwand**Verwaltungsaufwand**

(Mio. €)	2025	2024
Personalaufwand	217	184
davon Restrukturierungsaufwand und weitere Abfindungen	50	18
Sachaufwand	144	156
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen, Leasingvermögen, Investment Properties und Immaterielle Vermögenswerte	17	10
Gesamt	378	350

Personalaufwand

(Mio. €)	2025	2024
Löhne und Gehälter	143	142
Abfindungszahlungen	50	18
Soziale Abgaben	22	20
davon AG-Anteil zur gesetzlichen Rentenversicherung	9	9
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2	4
Gesamt	217	184

Der Anstieg des Personalaufwands ist nahezu ausschließlich auf die hier enthaltenen Abfindungen in Höhe von 50 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €) im Zuge einvernehmlicher Auflösungen von Arbeitsverhältnissen zurückzuführen.

Sachaufwand

(Mio. €)	2025	2024
EDV-Kosten (inkl. IT-Projekten)	74	85
Kosten für Infodienste	9	9
Kosten für externe Dienstleistungen und Projektarbeiten	23	21
Kosten für Rechtsberatung	9	11
Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude	6	4
Pflichtbeiträge und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	1	1
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	4	4
Prüfungs- und Steuerberatungskosten	6	7
Aufsichtsratsvergütungen und -auslagen	5	6
Versicherungsbeiträge	4	4
Übriger Sachaufwand	3	4
Gesamt	144	156

Die Abschreibungen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerte:

Abschreibungen

(Mio. €)	2025	2024
Planmäßige Abschreibungen auf		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1
Immobilien	0	1
erworbene Software	11	4
selbst erstellte Software	1	1
Nutzungsrechte Leasing Sachanlagevermögen	4	3
Gesamt	17	10

14. Sonstiges betriebliches Ergebnis**Sonstiges betriebliches Ergebnis**

(Mio. €)	2025	2024
Erträge		
aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	39	12
aus Kostenumlagen und Aufwandserstattungen	10	14
aus Zinsforderungen an das Finanzamt	-	1
aus Umsatzsteuererstattungen Vorjahre	8	-
Übrige Erträge	11	25
Summe Erträge	68	52
Aufwendungen		
aus der Zuführung zu sonstigen Rückstellungen	3	103
aus verauslagten Aufwendungen für Transaktionshonorare, Rechtskosten, Servicierung	12	13
für Zinsaufwand gem. § 233 AO	1	4
Übrige Aufwendungen	15	13
Summe Aufwendungen	31	133
Gesamt	37	-81

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 39 Mio. € sowie Erträge aus Umsatzsteuererstattungen für Vorjahre in Höhe von 8 Mio. €. Die Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen und die übrigen Erträge enthalten die Auswirkungen der finalen Abrechnung des freiwilligen Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken (BdB) für die ersten vier Jahre nach der Aufnahme der HCOB in den ESF in Höhe von insgesamt 18 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen verauslagte Rechtskosten in Höhe von 10 Mio. €. Die übrigen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Vermögenssteuer (6 Mio. €) sowie Streitwertverzinsungen (3 Mio. €). In dieser Position sind auch Umsatzsteuernachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 1 Mio. € enthalten.

Im Vorjahr wurde das Sonstige betriebliche Ergebnis insbesondere durch die Zuführung zu sonstigen Rückstellungen für Rechts-/Prozesskosten in Höhe von rd. 100 Mio. € beeinflusst.

15. Aufwand für Regulatorik, Einlagensicherung und Bankenverbände**Aufwand für Regulatorik, Einlagensicherung und Bankenverbände**

(Mio. €)	2025	2024
Aufwand für Einlagensicherung	-	6
Aufwand für Bankenaufsicht	3	2
Aufwand für Bankenverbände	1	1
Gesamt	4	9

In diesem Abschnitt weist die Bank regulatorische Aufwendungen (europäische Bankenabgabe und Beiträge an die Aufsicht), die Einlagensicherung sowie Mitgliedsbeiträge an Bankenverbände aus. Der Rückgang in der Ergebnisposition Aufwand für Einlagensicherung ergibt sich im Wesentlichen aus der Tatsache, dass im Rahmen der finalen kumulativen Abrechnung der ersten vier Mitwirkungsjahre für das Geschäftsjahr 2025 keine Jahresumlage für den ESF des BdB erhoben worden ist.

16. Ertragsteuern**Ertragsteuern**

(Mio. €)	2025	2024
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag		
Inland	8	-
Ausland	3	1
Gewerbsteuer		
Inland	10	-
Laufende Ertragsteuern	21	1
Ertragsteuern Vorjahre	-1	5
Summe laufende Ertragsteuern	20	6
Ergebnis aus latenten Ertragsteuern		
aus temporären Differenzen	28	66
aus Verlustvorträgen	76	-52
Summe latente Ertragsteuern	104	14
Ertragsteueraufwand (+)/-ertrag(-)	124	20

Die laufenden Ertragsteuern betreffen in Höhe von 18 Mio. € das Head Office und in Höhe von 3 Mio. € die ausländischen Niederlassungen.

Der laufende Steueraufwand für die Vorjahre betrifft die erwarteten Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfungen sowie Anpassungen in den Steuererklärungen für Vorjahre im Vergleich zu den jeweiligen Berechnungen im Jahresabschluss.

Der Aufwand hinsichtlich latenter Steuern auf temporäre Differenzen in Höhe von 28 Mio. € im Berichtsjahr ist auf die Minderung von temporären Differenzen im Head Office sowie die Berücksichtigung der zukünftig reduzierten Körperschaftsteuersätze zurückzuführen.

Der Aufwand aus latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 76 Mio. € ergibt sich durch die Auflösung aktiver latenter Steuern im Head Office in Höhe von 48 Mio. € sowie in der Niederlassung Luxemburg in Höhe von 28 Mio. €.

Die Minderung ist neben der Nutzung steuerlicher Verlustvorträge auch auf die Berücksichtigung der zukünftig reduzierten Körperschaftsteuersätze in Deutschland sowie auf die Minderung der werthaltigen aktiven latenten Steuern auf Basis einer Werthaltigkeitsanalyse, die auf der Unternehmensplanung aufbaut, zurückzuführen.

Überleitung Ertragsteuern

(Mio. €)	2025	2024
Konzernergebnis	165	228
Ertragsteuern	124	20
Ergebnis vor Steuern	289	248
Anzuwendender inländischer Ertragsteuersatz in %	32,16	32,16
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	93	80
Steuereffekte aufgrund		
Veränderung der Abwertung latenter Steuern auf Verlustvorträge	22	-31
abweichender Effektivsteuersätze im In- und Ausland	-23	-25
nicht abzugsfähiger Aufwendungen	15	30
von Steuersatzänderungen	19	-
Steuern aus Vorjahren	-2	-21
Steuerfreie Erträge	-	-13
Gesamtsteueraufwand (+)/-ertrag (-)	124	20

Bei der Steuerberechnung 2025 wurde für die inländischen Steuern ein Steuersatz von 32,16 % (Vorjahr: 32,16 %) verwendet. Für die Konzerneinheiten in Luxemburg betrug der angewandte Steuersatz 23,87 % (Vorjahr: 24,94 %). Aus Abweichungen der lokal angewandten Steuersätze zum Konzernsteuersatz ergibt sich eine rechnerische Minderung des Steueraufwands in Höhe von 23 Mio. €.

Für die deutschen Einheiten der Gruppe ergab sich ein Effekt aus Steuersatzänderungen in Höhe von 19 Mio. €, der aus der Neubewertung latenter Steuern infolge der im Jahr 2025 in Kraft getretenen Senkung des Körperschaftsteuersatzes in den Jahren ab 2028 resultiert.

Der Aufwand aus der Veränderung der Werthaltigkeit von latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge betrifft mit 18 Mio. € die Niederlassung Luxemburg und mit 4 Mio. € das Head Office, da die Nutzbarkeit der Verlustvorträge auf Grundlage der aktuellen Unternehmensplanung neu beurteilt wurde. In der Position „Nicht abzugsfähige Aufwendungen“ sind auch die Veränderungen permanenter Bewertungsunterschiede zwischen IFRS und Steuerwert erfasst. Der Überleitungseffekt „Steuern aus Vorjahren“ umfasst neben dem oben dargestellten Effekt auf den laufenden Steueraufwand im Zusammenhang mit den laufenden Betriebsprüfungen auch Anpassungen der latenten Steuern, die sich aus Änderungen der temporären Differenzen sowie steuerlichen Verlustvorträgen der Vorjahre ergeben haben. Steuerfreie Erträge haben sich im Jahr 2025 nur in unwesentlicher Höhe ergeben. Im Vorjahr betrafen diese insbesondere Kaufpreisanpassungen für in Vorjahren veräußerte Beteiligungen im Head Office.

Der HCOB-Konzern weist als multinationale Unternehmensgruppe einen Konzernumsatz von mehr als 750 Mio. € aus und ist somit von den Regelungen der Mindestbesteuerung betroffen, wobei Geschäftseinheiten in acht Ländern identifiziert wurden. Als oberste Muttergesellschaft und damit Gruppenträger fungiert die HCOB. Es ergeben sich keine Auswirkungen auf den tatsächlichen Steueraufwand des Jahres 2025. Auswirkungen auf latente Steuern werden auf Grundlage von IAS 12.4A nicht erfasst.

17. Nettogewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten

In den Nettogewinnen und -verlusten aus Finanzinstrumenten werden realisierte Erfolge und Bewertungsergebnisse des Ergebnisses aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten, des Finanzanlageergebnisses, des Ergebnisses aus dem Abgang von AC-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten sowie die Risikovorsorge im Kreditgeschäft für bilanzielle Geschäfte dargestellt. Weder das Zins- noch das Provisionsergebnis sind in dieser Position enthalten.

Nettogewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten

(Mio. €)	2025	2024
FVPL Handel, Sonstige, -designiert	26	-7
AC Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-97	-92
FVOCI-verpflichtend	7	7
Gesamt	-63	-92

18. Ergebnis je Aktie

Zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie wird das den Hamburg Commercial Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl der innerhalb des Berichtsjahres im Umlauf befindlichen Stammaktien geteilt.

Die Hamburg Commercial Bank AG hat zum Stichtag keine verwässernden Kapitalien emittiert, das heißt, das verwässerte und unverwässerte Ergebnis sind identisch. Die Ermittlung des Ergebnisses erfolgt auf Grundlage ungerundeter Werte.

Ergebnis je Aktie

	2025	2024
Zurechenbares Konzernergebnis (Mio. €) – unverwässert/verwässert	165	228
Anzahl der Aktien (Mio. Stück)		
Durchschnittlich im Umlauf befindliche Stammaktien unverwässert/verwässert	302	302
Ergebnis je Aktie (€)		
Unverwässert	0,55	0,76
Verwässert	0,55	0,76

Erläuterungen zur Konzern-Bilanz

19. Barreserve

Barreserve

(Mio. €)	2025	2024
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.423	3.085
davon: bei der Deutschen Bundesbank	2.423	3.085
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen	38	-
davon: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	38	-
Gesamt	2.461	3.085

20. Forderungen an Kreditinstitute

Forderungen an Kreditinstitute

(Mio. €)	2025			2024		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Täglich fällig	197	295	492	312	347	659
Andere Forderungen	2	50	52	5	50	55
Gesamt vor Risikovorsorge	199	345	544	317	397	714
Risikovorsorge	-	-	-	-	-	-
Gesamt nach Risikovorsorge	199	345	544	317	397	714

Von den Forderungen an Kreditinstitute weisen Bestände in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf. In den Forderungen an Kreditinstitute sind Geldmarktgeschäfte in Höhe von 50 Mio. € (Vorjahr: 50 Mio. €) enthalten.

Die Entwicklung der Buchwerte der Forderungen an Kreditinstitute wird in Note 45 dargestellt. Informationen zu übertragenen Sicherheiten, die auch Angaben zu Wertpapierleihe- und -pensionsgeschäften beinhalten, werden in Note 55 dargestellt.

21. Forderungen an Kunden

Forderungen an Kunden

(Mio. €)	2025			2024		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Privatkunden	50	-	50	85	12	97
Firmenkunden	4.580	11.929	16.509	5.604	14.402	20.006
Öffentliche Haushalte	397	48	445	402	48	450
Gesamt	5.027	11.977	17.004	6.091	14.462	20.553
Risikovorsorge	68	207	275	97	250	347
Gesamt nach Risikovorsorge	4.959	11.770	16.729	5.994	14.212	20.206

Von den Forderungen an Kunden weisen Bestände in Höhe von 12.524 Mio. € (Vorjahr: 16.400 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf. Wie im Vorjahr sind im Berichtsjahr in den Forderungen an Kunden keine Geldmarktgeschäfte enthalten.

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €) enthalten.

Die Entwicklung der Buchwerte der Forderungen an Kunden wird in Note 45 dargestellt.

Informationen zu übertragenen Sicherheiten, die auch Angaben zu Wertpapierleihe- und -pensionsgeschäften beinhalten, werden in Note 55 dargestellt.

22. Risikovorsorge

Risikovorsorge

(Mio. €)	2025	2024
Wertberichtigungen für AC-kategorisierte Forderungen an Kunden inkl. Leasing	275	347
Wertberichtigungen im Kreditgeschäft	275	347
Risikovorsorge für Bilanzpositionen	275	347
Rückstellungen im Kreditgeschäft	25	28
Risikovorsorge für Bilanzpositionen und außerbilanzielle Risiken im Kreditgeschäft	300	375

In der Bilanzposition Risikovorsorge werden gemäß IFRS 9 nur AC-kategorisierte Finanzinstrumente ausgewiesen.

Auf den Bestand in Höhe von 300 Mio. € zum Bilanzstichtag (Vorjahr: 375 Mio. €) entfallen 63 Mio. € (Vorjahr: 77 Mio. €) auf die Anpassungen der Risikovorsorge durch Model Overlays. Diese verteilen sich mit 19 Mio. € auf die Stufe 1 und mit 44 Mio. € auf die Stufe 2 der Risikovorsorge. Es werden keine Overlays auf Wertberichtigungen der Stufe 3 gebildet. Begründungen zur Erforderlichkeit dieser Anpassungen sowie Details zu ihrer Zusammensetzung sind im nächsten Abschnitt dieser Note („Model Overlays“) enthalten. Der Risikovorsorgebestand für Bilanzpositionen verteilt sich zum Bilanzstichtag mit 162 Mio. € auf Kreditengagements, die der Stufe 3 des IFRS 9 Risikovorsorgemodells zugeordnet sind (Vorjahr: 212 Mio. €), und mit 113 Mio. € auf Engagements der Stufen 1 und 2 (Vorjahr: 135 Mio. €).

Für die außerbilanziellen Posten wurde auf der Stufe 3 eine Risikovorsorge in Höhe von 15 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €) und auf den Stufen 1 und 2 eine Wertberichtigung von 10 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) gebildet.

Die Entwicklung der Risikovorsorge wird im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bruttobuchwerte nach Bilanzpositionen unterteilt in Note 45 dargestellt.

I. Model Overlays

Die Auswirkung zukunftsgerichteter Informationen auf die Kreditrisikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) und Verlusthöhe zum Ausfallzeitpunkt (Loss Given Default, LGD) wird grundsätzlich anhand statistischer Verfahren abgeleitet und im Rahmen der Ermittlung erwarteter Kreditverluste berücksichtigt. Dabei werden verschiedene makroökonomische Prognosepfade (siehe Tabelle „Wesentliche makroökonomische Prognosen“) einbezogen und es wird regelmäßig überprüft, ob durch alternative Konjunktorentwicklungen ein wesentlicher nicht linearer Einfluss auf die Höhe der Risikovorsorge besteht.

Im Rahmen von sogenannten Model Overlays werden bewertungsrelevante Risikofaktoren berücksichtigt, soweit diese nicht bereits in den Rechenparametern der Modelle zur Bestimmung der originären Risikovorsorge enthalten waren. Die Risikovorsorge wird dann entweder direkt oder indirekt über die Anpassung der Kreditrisikoparameter um diese Effekte korrigiert.

Zum Berichtsstichtag setzen sich die Model Overlays wie folgt zusammen:

Zusammensetzung der Model Overlays

(Mio. €)	2025	2024
Effekt durch makroökonomische Prognosen	13	18
Adress- und portfoliobezogene Anpassungen		
Teilportfolio Büroimmobilien	23	28
Teilportfolio Einzelhandel	1	10
Teilportfolio Grundstücksfinanzierungen	-	1
Teilportfolio Corporates konjunktursensitiv	23	15
Ergänzungen der ECL-Methodik	3	5
Gesamt	63	77

II. Effekt durch makroökonomische Prognosen

Die Auswirkungen zukunftsgerichteter Informationen auf das makroökonomische Umfeld der Geschäftsaktivitäten der Hamburg Commercial Bank werden in eigenen Szenarien berechnet. Hierfür berücksichtigt die Bank zwei gewichtete Szenarien (Basis- und Stress-Szenario). Diesen Szenarien liegen die folgenden makroökonomischen Prognosen zugrunde:

Wesentliche makroökonomische Prognosen

	2025		2024	
	Basis-Szenario	Stress-Szenario	Basis-Szenario	Stress-Szenario
BIP Veränderung USA (%)	2,30	-0,50	2,10	0,50
BIP Veränderung Eurozone (%)	1,20	-1,10	1,10	-0,30
BIP Veränderung Deutschland (%)	0,60	-0,80	0,10	-0,50
Fed Funds Rate (%)	3,13	2,13	3,88	3,38
EZB Hauptrefinanzierungssatz (%)	2,15	1,15	1,90	1,90
3M EURIBOR (%)	2,13	1,05	1,98	1,75
10Y Bunds (%)	3,12	3,80	2,34	2,00
EUR/USD-Wechselkurs	1,19	1,35	1,07	0,98
Arbeitslosenquote Deutschland (%)	6,18	6,90	6,30	6,70
Inflation Deutschland (%)	2,20	1,40	2,40	2,20

Dabei stellt das Basis-Szenario (60 % Eintrittswahrscheinlichkeit) die erwartete Entwicklung dar, während das Stress-Szenario (40 % Eintrittswahrscheinlichkeit) die zusätzlichen Unsicherheiten aus konjunkturellen und geopolitischen Entwicklungen berücksichtigt, insbesondere die Unsicherheiten über die Entwicklung des Inflations- und Zinsniveaus und die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen. Für das gesamte Portfolio werden für die Bestimmung der Model Overlays die Risikoparameter (PD und LGD) in Abhängigkeit von den makroökonomischen Szenarien angepasst. Der Unterschied zwischen dem Ergebnis der Berechnung mit den angepassten Risikoparametern und der originären Risikovorsorge geht als Model Overlay in die Risikovorsorge ein. Die aufgrund des Einbezugs der beiden Szenarien erforderliche zusätzliche Risikovorsorge beläuft sich auf 13 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €). Im Vergleich zum 31. Dezember 2024 lässt sich der Rückgang dieser Overlays im Wesentlichen mit niedrigeren Szenarioaufschlägen auf die Risikoparameter durch die gesunkene Portfoliogröße und mit niedrigeren Szenarioaufschlägen auf die Risikoparameter durch verbesserte makroökonomische Prognosen insbesondere im Schifffahrtssegment erklären.

III. Adress- und portfoliobezogene Anpassungen

Neben den makroökonomischen Prognosen werden im Rahmen der Model Overlays auch potenzielle adverse konjunkturelle Auswirkungen auf Teilportfolios berücksichtigt.

Auf Portfolioebene werden Teile des Immobilienportfolios aufgrund der weiterhin erhöhten Unsicherheiten und schwierigen Konjunkturlage in die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Model Overlays einbezogen. Für die Engagements in diesen Teilportfolios werden zur Bestimmung der Höhe der Overlays die jeweiligen Risikoparameter (PD und LGD) expertenbasiert angepasst. Infolge des Anstiegs der PD für das nationale Immobilienportfolio und der weiterhin anhaltenden Marktkorrektur hat die Bank für die Berechnung der Overlays Ratingverschlechterungen für stark betroffene Teilportfolios simuliert. Darüber hinaus ist weiterhin eine allgemeine Kaufzurückhaltung im Immobilienmarkt erkennbar, sodass die Bank im Falle einer Immobilienverwertung mit weiteren Preisabschlägen rechnet. Da hierbei die Büro- und Einzelhandelsimmobilien als besonders betroffen eingestuft werden, berücksichtigt die Bank im Rahmen der Bestimmung der Overlays mögliche Wertabschläge in diesen Teilportfolios mittels einer Erhöhung der LGD.

Zudem sind im Teilportfolio Büroimmobilien die veränderte Nachfragestruktur infolge des Trends zu mehr „Remote Jobs“, die zunehmende Ausrichtung des Mietermarktes auf ESG-konforme Objekte sowie Refinanzierungsprobleme bei älteren Immobilien weitere Treiber der verschlechterten Marktbedingungen. Insgesamt umfasst das Teilportfolio ein EAD von 2.571 Mio. € (Vorjahr: 2.811 Mio. €), die Model Overlays belaufen sich hier auf 23 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €). Der Rückgang lässt sich im Wesentlichen durch Neuausfälle erklären, die in Stufe 3 keine Overlays zugewiesen bekommen. Im Fall von Mischnutzungen bei Immobilien, die sowohl Büro als auch Einzelhandel beinhalten, werden diese in die Bemessungsgrundlage der Büroimmobilien mit einbezogen.

Das Einzelhandelsportfolio (insbesondere Kauf- und Warenhäuser sowie Shopping-Center) ist weiterhin von dem aktuellen Kaufkraftverlust, der konjunkturbedingten Konsumschwäche und dem strukturellen Wandel zu mehr Distanzhandel (auf Kosten des stationären Handels) betroffen. Insgesamt umfasst dieses Portfolio einen EAD von 524 Mio. € (Vorjahr: 684 Mio. €). Die entsprechenden Overlays belaufen sich auf 1 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €). Auch dieser Rückgang lässt sich durch Neuausfälle erklären, die in Stufe 3 keine Overlays zugewiesen bekommen.

Im Teilportfolio der Grundstücksfinanzierungen konnte das Overlay aufgelöst werden (Vorjahr: 1 Mio. €). Ausschlaggebend hierfür ist vor allem die Stabilisierung des Baukosten- und Zinsanstiegs, welche zum damaligen Zeitpunkt ausschlaggebend für die Einführung des Overlays waren.

Zudem steht weiterhin das Corporates-Portfolio mit erhöhter Sensitivität und Refinanzierungsrisiken gegenüber der konjunkturellen Entwicklung im Vordergrund. Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere die erhöhten geopolitischen Unsicherheiten und Konflikte mit weltweiten Auswirkungen. Besonders relevant für die Unsicherheiten sind die Handels- und Zollkonflikte mit ihren potenziell weitreichenden Folgeeffekten. Vor allem für das Wirtschaftswachstum und die entsprechende gesamtwirtschaftliche Entwicklung lassen sich daraus erhöhte Risiken festmachen. Daraus wiederum können sich ein Rückgang der Investitionen und somit erschwerte Refinanzierungsbedingungen in besonders betroffenen Branchen ergeben.

Im Kontext dieser erhöhten Unsicherheiten wurden Geschäfte mit hoher Konjunktursensitivität basierend auf dem Branchenkennzeichen und zugehörigen Refinanzierungsrisiken basierend auf erhöhtem Leverage als potenziell besonders betroffen identifiziert und in Form von verschlechterten Risikoparametern berücksichtigt. Die Overlays belaufen sich auf 23 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) für ein Teilportfolio mit einem EAD von 3.433 Mio. € (Vorjahr: 4.056 Mio. €). Der Anstieg der Overlays resultiert im Wesentlichen aus erhöhten LGD-Aufschlägen, die aufgrund der mit den zuvor erwähnten Unsicherheiten einhergehenden ansteigenden potenziellen Verwertungsrisiken gebildet wurden.

IV. Ergänzungen der ECL-Methodik

Unabhängig von makroökonomisch induzierten sowie adress- und portfoliobezogenen Anpassungen der Risikovorsorge ermittelt die Bank Aufschläge für anstehende Anpassungen an internen Modellen. Diese belaufen sich zum Berichtsstichtag auf 3 Mio. € und basieren auf anstehenden Modellumstellungen in den Ratingmodulen für nationale Immobilien und Project Finance (Vorjahr: 5 Mio. €).

V. Sensitivitätsanalysen

Die Sensitivität des ECL-Modells der Hamburg Commercial Bank auf die expertenbasierten Adjustierungen der adress- und portfoliobezogenen Risikoparameter zeigt sich durch eine Auf- und Abwärtsverschiebung der Prognoseannahmen.

Zur Simulation der potenziellen Effekte auf die Risikovorsorge wurde eine Verschiebung des Ratings um zwei Notches bzw. ein Notch simuliert.

Eine Verschlechterung des Ratings bei den betroffenen Adressen und Portfolios um zwei Notches würde zu einer Erhöhung der Model Overlays um 52 Mio. € führen, während sich bei einem Downgrade um ein Notch eine Erhöhung um 20 Mio. € ergäbe. Eine Ratingverbesserung um zwei Notches würde die Model Overlays um 30 Mio. € reduzieren, ein Upgrade um ein Notch würde zu einer Reduktion von 18 Mio. € führen.

Eine Änderung der Gewichtung zwischen Basis- und Stress-Szenario in Höhe von zehn Prozent würde in einer Erhöhung bzw. Verringerung der makroökonomischen Model Overlays von 3 Mio. € resultieren.

23. Hedge Accounting

Die Hamburg Commercial Bank führt, unter Ausnutzung des Wahlrechts nach IFRS 9.6.1.3, den Portfolio-Fair-Value-Hedge-Ansatz gemäß IAS 39 weiter. Des Weiteren nutzt die Hamburg Commercial Bank für unter IFRS 9 ergebnisneutral zum Fair Value bilanzierte Finanzinstrumente den Micro-Fair-Value-Hedge-Ansatz gemäß IFRS 9.

Zudem steuert die Hamburg Commercial Bank ihr Währungsänderungsrisiko durch die Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe gemäß IFRS 9.6.5.13.

Nachfolgend erfolgt eine Beschreibung der im Rahmen der Absicherung eingesetzten Sicherungs- und Grundgeschäfte inklusive der Risikomanagementstrategie, Auswirkung auf Cashflows und Effekten auf Vermögenslage, Gesamtergebnisrechnung und Eigenkapitalveränderungsrechnung.

I. Risikomanagementstrategie

Um Verwerfungen in der Gewinn- und Verlustrechnung aus zinstragenden Finanzinstrumenten zu vermeiden, werden Micro- und Portfolio-Fair-Value-Hedge-Accounting zur Sicherung des Marktpreisrisikos Zins angewendet.

Bei Micro-Fair-Value-Hedges werden strukturierte Euro-Swaps als Sicherungsinstrumente für strukturierte Euro-Grundgeschäfte designiert. Diese designierten Hedge-Beziehungen entsprechen den ökonomischen Back-to-Back-Absicherungen, im Rahmen derer die Marktpreisrisiken der Grundgeschäfte neutralisiert werden. Die Effektivität dieser Hedge-Beziehungen wird über einen Critical Term Match sichergestellt und Ineffektivitäten werden aus Model Adjustments, Bewertungsinkongruenzen und durch die Berücksichtigung von Tenor Basis Spreads erwartet. Beim Portfolio-Fair-Value-Hedge auf Zinsrisiken erfolgt die Sicherung der Grundgeschäftsgesamtheit über Zinsswaps. Die Messung der Effektivitäten erfolgt nach den Regeln von IAS 39 und die Ermittlung des Hedge Ratios über die Dollar-Offset-Methode. Ineffektivitäten können sich aus Laufzeitinkongruenzen von Aktiv- und Passivseite und aus dem Referenzzinssatz der Sicherungsgeschäfte ergeben.

Hedge Accounting wird ausschließlich für Zinsrisiken und für Währungsrisiken im Zusammenhang mit Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe abgebildet.

II. Auswirkungen auf Cashflows

Zur Beurteilung der zu erwartenden Zahlungsströme findet sich im Folgenden eine Darstellung der Nominale und Durchschnittspreise der Sicherungsinstrumente in Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen

(Mio. €)	Fälligkeit	
	2037	2038
Nominal der Sicherungsinstrumente	100	200
Durchschnittlicher Swap-Satz in %	3,77	3,63

III. Effekte auf Vermögenslage und Gesamtergebnisrechnung

Die Darstellung der Effekte auf Vermögenslage und Gesamtergebnisrechnung erfolgt getrennt nach Sicherungs- und Grundgeschäften.

SICHERUNGSGESCHÄFTE

In diesem Abschnitt werden Nominale, Hedge Adjustment und die positiven und negativen Marktwerte der Derivate, die im Hedge Accounting eingesetzt sind, dargestellt. Als Sicherungsinstrumente für Zinsrisiken werden derzeit ausschließlich Zinsswaps berücksichtigt. Ist ein Derivat nur anteilig im Hedge Accounting designiert, enthält die Position Positive bzw. Negative Marktwerte der Hedge-Derivate den entsprechenden Anteil am Fair Value, Nominal und Hedge Adjustment des Derivats. Das Residuum wird in den Handelsaktiva/-passiva bzw. im Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten ausgewiesen.

Als Sicherungsinstrumente für die Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe gemäß IFRS 9.6.5.13 werden derzeit Inhaberschuldverschreibungen und Termingelder berücksichtigt.

Sicherungsgeschäfte¹⁾

(Mio. €)		2025			2024		
Hedge-Typ/Risikoart	Bilanzposition	Nominal	Buchwert	Hedge Adjustment (ytd)	Nominal	Buchwert	Hedge Adjustment (ytd)
Fair Value Hedge/ Zinsrisiko							
Zinsderivate (aktiv)	Positive Marktwerte der Hedge-Derivate	9.940	-	-25	9.808	-	-29
Zinsderivate (passiv)	Negative Marktwerte der Hedge-Derivate	4.826	39	-35	4.822	58	12
Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe/ Währungsrisiko							
Termingelder (passiv)	Verbindlichkeiten ggü. Kunden	721	721	84	642	642	-34
Schuldverschreibungen	Nachrangkapital	175	175	23	201	201	-12

¹⁾ Es erfolgt eine monatliche Neu- bzw. Re-Designation der Portfolios mit Einbindung des Neugeschäfts. Dies führt zu einer veränderten Zusammensetzung der Hedge-Beziehung der Grund- und Sicherungsgeschäfte.

Die Aktivgeschäfte zur Absicherung von Zinsrisiken werden in der Bilanzposition Positive Marktwerte der Hedge-Derivate berichtet und die Derivate der Passivseite zur Absicherung von Zinsrisiken in der Bilanzposition Negative Marktwerte der Hedge-Derivate. Die gesamtheitliche Entwicklung der Positionen ist maßgeblich auf Veränderungen der Portfoliozusammensetzungen und die Zinsentwicklung am Euro- und US-Dollar-Kapitalmarkt zurückzuführen.

Zur Absicherung von Währungsrisiken aus Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe werden derzeit ausschließlich Passivgeschäfte der Bilanzpositionen Nachrangkapital sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kunden genutzt.

GRUNDGESCHÄFTE

In diesem Abschnitt erfolgt die Darstellung von Finanzinstrumenten der Aktiv- und Passivseite, die im Hedge Accounting eingesetzt sind. Für diese Finanzinstrumente beinhaltet die folgende Tabelle die Buchwerte, Wertveränderungen kumuliert (Itd.) und seit Beginn des Geschäftsjahres (ytd.). Als Grundgeschäfte sind aktuell Vermögenswerte (Forderungen und Wertpapiere) und Verbindlichkeiten einbezogen. Hedge Accounting wird ausschließlich für Zinsrisiken und für Währungsrisiken im Zusammenhang mit Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe abgebildet.

Grundgeschäfte¹⁾

(Mio. €)		2025			2024		
Hedge-Typ/Risikoart	Bilanzposition	Buchwert	Kum. Hedge Adjustment (Itd)	Hedge Adjustment (ytd)	Buchwert	Kum. Hedge Adjustment (Itd)	Hedge Adjustment (ytd)
Fair Value Hedge/ Zinsrisiko							
Portfolio-Fair-Value-Hedge: Festverzinsliche Kredite, Schuldverschreibungen, Wertpapiere ³⁾	Forderungen an Kunden/ Kreditinstitute Finanzanlagen	7.678	59	12	7.163	47	68
Micro-Fair-Value-Hedge	Forderungen an Kunden	317	50	13	326	37	-19
Portfolio-Fair-Value-Hedge: Festverzinsliche Emissionen	Verbindlichkeiten Kunden/ Kreditinstitute, Verbriefte Verbindlichkeiten, Nachrangkapital	11.852	24	-48	9.707	72	84
Portfolio-Fair-Value-Hedge (inaktiv)	Forderungen an Kunden/ Kreditinstitute	51	1	-	57	1	-1
Micro-Fair-Value-Hedge (inaktiv ²⁾)	Forderungen an Kunden	-	-	-	-	-	-1
Micro-Fair-Value-Hedge (inaktiv)	Nachrangkapital	23	2	-1	24	3	-
Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe/ Währungsrisiko							
Absicherung USD	Eigenkapital (Rücklage aus Währungs-umrechnung)	895	72	107	843	-35	-46

¹⁾ Es erfolgt eine monatliche Neu- bzw. Re-Designation der Portfolios mit Einbindung des Neugeschäfts. Dies führt zu einer veränderten Zusammensetzung der Hedge-Beziehung der Grund- und Sicherungsgeschäfte.

²⁾ Als „inaktiv“ werden in der Tabelle zu den Grundgeschäften alle ehemaligen Fair Value Hedges bezeichnet, welche aufgelöst worden sind (Micro Fair Value Hedge) bzw. welche nicht mehr aktiv neu designiert werden (Portfolio Fair Value Hedge).

³⁾ Die Vorzeichenlogik zwischen dem Portfolio-Fair-Value-Hedge und dem Micro-Fair-Value-Hedge wurde harmonisiert und somit die Vergleichszahl im Vorzeichen angepasst.

24. Handelsaktiva

Unter den Handelsaktiva werden ausschließlich finanzielle Vermögenswerte der Kategorie FVPL Handel ausgewiesen. Diese umfassen im Wesentlichen zu Handelszwecken gehaltene originäre Finanzinstrumente inklusive anteiliger Zinsen sowie Derivate mit positiven Marktwerten, die entweder nicht als Hedge-Derivate designiert sind oder als Sicherungsinstrumente eingesetzt werden, jedoch die Voraussetzungen des Hedge Accounting nach IFRS 9 nicht erfüllen.

Von den Handelsaktiva weisen Bestände in Höhe von 117 Mio. € (Vorjahr: 215 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf.

Informationen zu übertragenen Sicherheiten, die auch Angaben zu Wertpapierleihe- und -pensionsgeschäften beinhalten, werden in Note 55 dargestellt.

Handelsaktiva

(Mio. €)	2025	2024
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		
zinsbezogene Geschäfte	113	148
währungsbezogene Geschäfte	27	37
übrige Geschäfte	11	11
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	151	196
Forderungen aus Syndizierungsgeschäften	-	29
Gesamt	151	225

25. Finanzanlagen

Als Finanzanlagen werden insbesondere nicht zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente ausgewiesen. Es handelt sich dabei um Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, nicht konsolidierte Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nicht nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden.

Finanzanlagen

(Mio. €)	2025	2024
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.824	8.463
börsenfähig und börsennotiert	4.825	4.578
börsenfähig und nicht börsennotiert	2.998	3.885
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	24	53
börsenfähig und börsennotiert	16	24
börsenfähig und nicht börsennotiert	5	26
Beteiligungen	8	7
Gesamt	7.856	8.523

Von den Finanzanlagen weisen Bestände in Höhe von 7.039 Mio. € (Vorjahr: 8.130 Mio. €) eine Restlaufzeit in Höhe von mehr als einem Jahr auf.

Die Entwicklung der Buchwerte der Finanzanlagen für das laufende Jahr wird in Note 45 dargestellt.

26. Immaterielle Vermögenswerte**Immaterielle Vermögenswerte**

(Mio. €)	2025	2024
Software	70	79
selbst erstellt	5	4
erworben	65	75
Software in Entwicklung	7	2
selbst erstellt	1	1
erworben	6	1
Gesamt	77	81

Die Immateriellen Vermögenswerte umfassen insbesondere die abschreibungspflichtigen Investitionen aus der mehrjährigen Transformationsphase zur Modernisierung der bankweiten IT-Landschaft, die zum Jahresende 2024 abgeschlossen wurde und in der Position Software ausgewiesen wird.

Die Buchwerte der Immateriellen Vermögenswerte entwickelten sich wie nachfolgend dargestellt:

Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte

(Mio. €)	Geschäfts- oder Firmenwerte	Software		Software in Entwicklung		Gesamt
		Selbst erstellte Software	Erworbene Software	Selbst erstellte Software	Erworbene Software	
2025						
Anschaffungskosten Stand 1. Januar 2025	171	6	86	1	1	265
Zugänge	-	1	1	1	5	8
Umbuchungen	-	1	-	-1	-	-
Stand 31. Dezember 2025	171	8	87	1	6	273
Abschreibungen Stand 1. Januar 2025	171	2	11	-	-	184
Zugänge	-	1	11	-	-	12
Stand 31. Dezember 2025	171	3	22	-	-	196
Buchwert Stand 31. Dezember 2025	-	5	65	1	6	77
Buchwert Stand 1. Januar 2025	-	4	75	1	1	81

Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte

(Mio. €)	Geschäfts- oder Firmenwerte	Software		Software in Entwicklung		Gesamt
		Selbst erstellte Software	Erworbene Software	Selbst erstellte Software	Erworbene Software	
2024						
Anschaffungskosten Stand 1. Januar 2024	171	6	29	1	47	254
Zugänge	-	-	10	-	1	11
Umbuchungen	-	-	47	-	-47	-
Stand 31. Dezember 2024	171	6	86	1	1	265
Abschreibungen Stand 1. Januar 2024	171	1	7	-	-	179
Zugänge	-	1	4	-	-	5
Stand 31. Dezember 2024	171	2	11	-	-	184
Buchwert Stand 31. Dezember 2024	-	4	75	1	1	81
Buchwert Stand 1. Januar 2024	-	5	22	1	47	75

Im Berichtsjahr sowie im Vorjahr sind keine Forschungskosten im Rahmen der Einführung selbst erstellter Software entstanden.

27. Sachanlagevermögen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Sachanlagevermögen

(Mio. €)	2025	2024
Grundstücke und Gebäude	8	8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3	3
Nutzungsrechte aus Leasing	7	11
Gesamt	18	22

Der Rückgang der Nutzungsrechte aus Leasing resultiert aus der planmäßigen Abschreibung ihrer Barwerte für die erfassten Mietverhältnisse der Hamburg Commercial Bank und ihrer Niederlassungen.

Unter der Position Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) werden Immobilien ausgewiesen, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten, jedoch nicht im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit genutzt werden. Immobilien, die im Rahmen des Operating Lease als Leasinggeber vermietet werden, sind ebenfalls in dieser Position enthalten.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

(Mio. €)	2025	2024
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1	1
Gesamt	1	1

Der beizulegende Zeitwert der Investment Properties beträgt 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Die beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden ausnahmslos dem Level 3 der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet. Es werden marktbasierende und einkommensbasierte Bewertungstechniken verwendet.

Die Entwicklung der Sachanlagen und der Investment Properties stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

Entwicklung des Sachanlagevermögens und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien

(Mio. €)	Sachanlagen			Investment Properties
	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Nutzungsrechte aus Leasing	
2025				
Anschaffungskosten Stand 1. Januar 2025	12	13	24	1
Zugänge	-	-	3	-
Abgänge	-	-	3	-
Stand 31. Dezember 2025	12	13	24	1
Abschreibungen Stand 1. Januar 2025	4	10	13	-
Zugänge	-	1	4	-
Stand 31. Dezember 2025	4	11	17	-
Buchwert Stand 31. Dezember 2025	8	2	7	1
Buchwert Stand 1. Januar 2025	8	3	11	1

Weitere Informationen zu Abschreibungen sind in der Note 13 dargestellt.

Entwicklung des Sachanlagevermögens und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien

(Mio. €)	Sachanlagen			Investment Properties
	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Nutzungs- rechte aus Leasing	
2024				
Anschaffungskosten Stand 1. Januar 2024	12	17	15	1
Zugänge	-	2	9	-
Abgänge	-	6	-	-
Stand 31. Dezember 2024	12	13	24	1
Abschreibungen Stand 1. Januar 2024	3	15	9	-
Zugänge	1	1	4	-
Abgänge	-	6	-	-
Stand 31. Dezember 2024	4	10	13	-
Buchwert Stand 31. Dezember 2024	8	3	11	1
Buchwert Stand 1. Januar 2024	9	2	6	1

28. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen**Zur Veräußerung gehaltene Vermögensgegenstände**

(Mio. €)	2025	2024
Forderungen an Kunden	48	-
Gesamt vor Risikovorsorge	48	-
Gesamt	48	-

Für eine Immobilienfinanzierung lag zum 31. Dezember 2025 ein Beschluss für einen Teilverkauf vor und ein kurzfristiger Verkauf war höchstwahrscheinlich. Diese Forderung ist dem Segment Real Estate zugeordnet und Amortised Cost (AC)-bewertet. Sie beinhaltet zum Bilanzstichtag keine Risikovorsorge.

Die Veräußerung dieser Forderung im Rahmen einer Barunterbeteiligung erfolgte noch innerhalb des Aufstellungszeitraums für diesen Konzernabschluss. Die Forderung wurde zu par veräußert.

Nach dem Abschlussstichtag und vor der Genehmigung zur Veröffentlichung des Abschlusses erfüllten weitere AC-kategorisierte Kredite aus dem Segment „Corporates“ mit kumulierten Buchwerten in Höhe von ca. 94 Mio. € die IFRS 5-Kriterien. Es handelt sich hierbei ausschließlich um Kredite, die von dem Tochterunternehmen "HPS Elbe Unlevered Direct Lending Fund SCSp" gehalten wurden. Die Veräußerung dieser Forderungen in Form eines Verkaufs erfolgte noch innerhalb des Aufstellungszeitraums für diesen Konzernabschluss.

29. Laufende Ertragsteueransprüche**Laufende Ertragsteueransprüche**

(Mio. €)	2025	2024
Inland	16	16
Ausland	-	-
Gesamt	16	16

Die laufenden Ertragsteueransprüche im Berichtszeitraum betreffen insbesondere die erwarteten Erstattungen von Steuern für das Jahr 2024 im Inland.

30. Latente Steueransprüche

Aufgrund temporärer Unterschiede bei den Wertansätzen folgender Bilanzpositionen sowie steuerlicher Verlustvorträge wurden aktive latente Steuern gebildet:

Latente Steueransprüche

(Mio. €)	2025	2024
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	-	6
Forderungen an Kunden	27	22
Risikovorsorge	27	40
Handelsaktiva	68	152
Finanzanlagen	23	35
Sonstige Aktiva	6	16
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	6
Verbriefte Verbindlichkeiten	4	-
Negative Marktwerte der Hedge-Derivate	13	19
Rückstellungen	74	110
Sonstige Passiva	1	1
Steuerliche Verlustvorträge	247	323
Zwischensumme Latente Steueransprüche	490	730
Saldierung mit Latenten Steuerverpflichtungen	-97	-190
Gesamt	393	540

Von den Latenten Steueransprüchen nach Saldierung entfallen 317 Mio. € auf das Inland und 76 Mio. € auf das Ausland.

Es wurden latente Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von 247 Mio. € (Vorjahr: 323 Mio. €) gebildet. Diese entfallen zum 31. Dezember 2025 in Höhe von 169 Mio. € auf das Head Office (Vorjahr: 217 Mio. €) und in Höhe von 78 Mio. € auf die Niederlassung Luxemburg (Vorjahr: 106 Mio. €). Für das Head Office und die Niederlassung Luxemburg ergibt sich die Werthaltigkeit der latenten Steuern auf Verlustvorträge aus geplanten zukünftigen steuerlichen Einkommen, die basierend auf der Unternehmensplanung ermittelt werden.

Zum Abschlussstichtag bestehen steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 2.730 Mio. € (Vorjahr: 2.552 Mio. €), für die keine aktiven latenten Steuern gebildet wurden. Diese bestehen überwiegend in der Niederlassung Luxemburg. Hiervon sind in der Betriebsstätte Luxemburg 58 Mio. € bis 2034, 156 Mio. € bis 2035, 26 Mio. € bis 2036 und die restlichen Verlustvorträge unbegrenzt nutzbar. Zudem bestehen Verlustvorträge bei Tochtergesellschaften in Deutschland, die aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft zur HCOB derzeit nicht genutzt werden können.

Die Minderung der aktiven latenten Steuern vor Saldierung in Höhe von 240 Mio. € resultiert neben der Minderung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge aus den Veränderungen der Bewertungsunterschiede bei diversen Bilanzposten. Insbesondere die Bewertung der Handelsaktiva, der Finanzanlagen, der Rückstellungen, Forderungen an Kreditinstitute und Kunden einschließlich der hierauf gebildeten Risikovorsorge beeinflusste die Entwicklung der latenten Steueransprüche im Berichtsjahr.

Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern resultiert aus den im Rahmen der aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Steuerplanung erwarteten positiven zukünftigen steuerlichen Ergebnissen.

Die Minderung latenter Steueransprüche entfällt mit 20 Mio. € auf ergebnisneutrale latente Steuern betreffend Pensionsverpflichtungen und in Höhe von 22 Mio. € betreffend Finanzanlagen.

Entsprechend IAS 12.4A werden latente Steueransprüche im Zusammenhang mit der Mindeststeuer und vergleichbaren ausländischen Regelungen nicht angesetzt.

31. Sonstige Aktiva

Sonstige Aktiva

(Mio. €)	2025	2024
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	10	10
Aktiviertes Planvermögen	248	161
Erstattungsanspruch aus Planvermögen	32	31
Forderungen aus Rechtsstreitigkeiten	-	3
Deviseneigenbestand	-	3
Rückzahlungsansprüche ¹⁾	8	-
Sonstige Vermögenswerte	16	11
Gesamt	314	219

¹⁾ Rückzahlungsanspruch aus finaler Abrechnung des freiwilligen Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. (ESF).

Von den Sonstigen Aktiva weisen Bestände in Höhe von 164 Mio. € (Vorjahr: 196 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf.

Von den hier ausgewiesenen Vermögenswerten betreffen 41 Mio. € (Vorjahr: 58 Mio. €) Finanzinstrumente. Zum 31. Dezember 2025 übersteigt der Fair Value des Planvermögens die durch das Planvermögen abgedeckten Pensionsverpflichtungen. Der übersteigende Betrag in Höhe von 248 Mio. € (Vorjahr: 161 Mio. €) wird innerhalb der Sonstigen Aktiva als Aktiviertes Planvermögen ausgewiesen.

Die Bank hat vertragliche Erstattungsansprüche aus dem Planvermögen in Höhe der gezahlten Versorgungsleistungen. Die Erstattungsansprüche werden in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 31 Mio. €) in den Sonstigen Aktiva ausgewiesen.

32. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

(Mio. €)	2025			2024		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Täglich fällig	96	14	110	32	-4	28
Andere befristete Verbindlichkeiten	1.752	554	2.306	2.485	1.205	3.690
Gesamt	1.848	568	2.416	2.517	1.201	3.718

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten weisen Bestände in Höhe von 1.708 Mio. € (Vorjahr: 2.527 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Verbindlichkeiten, die FVPL-designiert sind, und deren Nennwert, der dem vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbetrag im Fälligkeitszeitpunkt entspricht, beläuft sich per 31. Dezember 2025 auf 14 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €). Auf kreditrisikoinduzierte Wertänderungen entfällt davon ein Anteil von weniger als 1 Mio. € (Vorjahr: weniger als 1 Mio. €).

Informationen zu übertragenen Sicherheiten, die auch Angaben zu Wertpapierleihe- und -pensionsgeschäften beinhalten, werden in Note 55 dargestellt.

33. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Kundengruppen

(Mio. €)	2025	2024
Firmenkunden	10.158	11.483
Öffentliche Haushalte	2.311	3.088
Privatkunden	1.014	449
Gesamt	13.483	15.020

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

(Mio. €)	2025			2024		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Andere Verbindlichkeiten						
täglich fällig	2.100	1.295	3.395	2.931	2.054	4.985
befristete Verbindlichkeiten	6.080	4.008	10.088	6.136	3.899	10.035
Gesamt	8.181	5.302	13.483	9.067	5.953	15.020

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden weisen Bestände in Höhe von 2.249 Mio. € (Vorjahr: 1.966 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Verbindlichkeiten, die FVPL-designiert sind, und deren Nennwert, der dem vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbetrag im Fälligkeitszeitpunkt entspricht, beläuft sich per 31. Dezember 2025 auf 6 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €). Auf kreditrisikoinduzierte Wertänderungen entfällt davon ein Anteil von -3 Mio. € (Vorjahr: -3 Mio. €).

Informationen zu übertragenen Sicherheiten, die auch Angaben zu Wertpapierleihe- und -pensionsgeschäften beinhalten, werden in Note 55 dargestellt.

34. Verbriefte Verbindlichkeiten

Verbrieftete Verbindlichkeiten

(Mio. €)	2025	2024
Begebene Schuldverschreibungen	7.250	9.128
Gesamt	7.250	9.128

Der Rückgang ist auf eine geringere Emissionstätigkeit im Berichtsjahr zurückzuführen.

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten weisen Bestände in Höhe von 5.629 Mio. € (Vorjahr: 6.722 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf. In der Position Verbrieftete Verbindlichkeiten sind zurückgekaufte eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 547 Mio. € (Vorjahr: 940 Mio. €) in Abzug gebracht.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Verbrieften Verbindlichkeiten, die FVPL-designiert sind, und deren Nennwert, der dem vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbetrag im Fälligkeitszeitpunkt entspricht, beläuft sich zum 31. Dezember 2025 auf -2 Mio. € (Vorjahr: -2 Mio. €). Auf kreditrisikoinduzierte Wertänderungen entfällt davon ein Anteil von 0 Mio. € (Vorjahr: weniger als 1 Mio. €).

35. Handelspassiva

Unter den Handelspassiva werden ausschließlich finanzielle Verpflichtungen der Kategorie FVPL Handel ausgewiesen. Diese umfassen im Wesentlichen Derivate mit negativen Marktwerten, die entweder nicht als Hedge-Derivate designiert sind oder als Sicherungsinstrument eingesetzt werden, jedoch die Voraussetzungen des Hedge Accounting nach IFRS 9 nicht erfüllen.

Handelspassiva

(Mio. €)	2025	2024
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		
Zinsbezogene Geschäfte	24	142
Währungsbezogene Geschäfte	35	122
Übrige Geschäfte	40	41
Sonstiges	3	4
Gesamt	102	309

Von den Handelspassiva weisen Bestände in Höhe von 64 Mio. € (Vorjahr: 188 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf.

Informationen zu übertragenen Sicherheiten werden in Note 55 dargestellt.

36. Rückstellungen

Rückstellungen

(Mio. €)	2025	2024
Rückstellungen für Pensions- und ähnliche Verpflichtungen	54	61
Andere Rückstellungen		
Rückstellungen für Personalaufwendungen	76	80
Rückstellungen im Kreditgeschäft	25	28
Rückstellungen für Restrukturierungen	21	4
Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten	132	151
Sonstige Rückstellungen	20	50
Gesamt	328	374

Von den Rückstellungen weisen Bestände in Höhe von 96 Mio. € (Vorjahr: 188 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf.

Die Entwicklung der Pensionsrückstellungen wird in Note 37 dargestellt.

Weitere Informationen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft sind in Note 22 ersichtlich.

Die Rückstellungen für Restrukturierungen betreffen in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) Personalaufwendungen sowie in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) Sachaufwendungen. Der Anstieg der Rückstellungen für Restrukturierungen resultiert aus einem weiteren im Berichtsjahr vom Vorstand beschlossenen Personalabbauprogramm.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Rückstellungen für Jahresabschlusskosten, Aufwendungen aus der Transformation, Aufwendungen für Zinsen aus Steuern sowie Rückstellungen für Archivierungskosten.

Für Prozessrisiken und -kosten hat die Hamburg Commercial Bank zum Bilanzstichtag Rückstellungen gebildet. Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich ist, und um die Höhe der möglichen Zahlungsverpflichtungen zu schätzen, berücksichtigt die Hamburg Commercial Bank eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden

Sachverhalts, den Stand der einzelnen Verfahren, (vorläufige) Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung der Hamburg Commercial Bank und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie der Bank bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche sowie die Gutachten und Einschätzungen von bankinternen wie –externen Rechtsberater:innen und anderen Fachleuten. Im Berichtsjahr gab es eine Reduzierung der Rückstellungen für Prozessrisiken, dies resultiert aus der Neubewertung für Risiken aus bereits bestehenden Rechtsstreitigkeiten. Auf eine spezifizierte Darstellung wird gemäß IAS 37.92 verzichtet, um eine etwaige negative Beeinflussung der zugrunde liegenden Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden.

Informationen zu den Rechtsrisiken der Bank sind ebenfalls im Risikobericht im Abschnitt „Non-Financial Risk – Non-Financial Risk im Berichtsjahr“ beschrieben.

Entwicklung der anderen Rückstellungen

(Mio. €)	für Personalauf- wendungen	für Restruk- turierungen	für Prozess- risiken und -kosten	Sonstige	Gesamt
Stand 1. Januar 2025	80	4	151	50	285
Zuführungen	52	37	1	9	98
Auflösungen	1	-	5	20	27
Umbuchungen	-22	-17	3	-3	-38
Währungskursänderungen	-	-	-11	-	-11
Inanspruchnahme im Geschäftsjahr	33	3	7	16	58
Stand 31. Dezember 2025	76	21	132	20	249

Entwicklung der anderen Rückstellungen

(Mio. €)	für Personalauf- wendungen	für Restruk- turierungen	für Prozess- risiken und -kosten	Sonstige	Gesamt
Stand 1. Januar 2024	58	7	53	50	168
Zuführungen	51	-	99	23	173
Auflösungen	2	1	1	5	9
Umbuchungen	-3	-	-	-	-3
Währungskursänderungen	-	-	4	-	4
Inanspruchnahme im Geschäftsjahr	24	2	4	18	48
Stand 31. Dezember 2024	80	4	151	50	285

Der Anstieg der Rückstellungen für Restrukturierungen betrifft die voraussichtlichen Kosten für den Personalabbau, der im Berichtszeitraum beschlossen wurde.

37. Pensions- und ähnliche Verpflichtungen

Bei der Bilanzierung der leistungsorientierten Versorgungspläne wird der Barwert der Verpflichtungen um den Fair Value des Planvermögens gekürzt.

Rückstellungen für Pensions- und ähnliche Verpflichtungen

(Mio. €)	2025	2024
Barwert der Verpflichtungen, ganz oder teilweise fondsfinanziert	626	705
Barwert der Verpflichtungen, nicht fondsfinanziert	54	61
Barwert der Pensions- und ähnlichen Verpflichtungen	679	766
Fair Value des Planvermögens	874	866
Umbuchung in Aktiviertes Planvermögen	-248	-161
Nettoschuld des Versorgungsplans (Rückstellungen für Pensions- und ähnliche Verpflichtungen)	54	61

Der Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung des Barwerts

(Mio. €)	2025	2024
Barwert zum 1. Januar	766	767
Versicherungsmathematische Verluste/Gewinne (-)		
aufgrund der Änderung finanzieller Annahmen	-66	3
aufgrund erfahrungsbedingter Anpassungen	-5	18
Zinsaufwand	26	26
Einmalaufwand/-ertrag	1	2
Laufender Dienstzeitaufwand	2	2
Liquiditätswirksame Zahlungen (Benefits Paid)	-52	-52
Umbuchungen	7	-
Barwert zum 31. Dezember	679	766

Die Veränderungen der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen auf die Berücksichtigung des Effekts aus der Erhöhung des Rententrends und des Anstiegs des Rechnungszinses zurückzuführen.

Im Rahmen des Restrukturierungsprozesses und des damit einhergehenden Personalabbaus wurden Vorruhestandsvereinbarungen getroffen und Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) in die Vorruhestandsverpflichtungen umgebucht.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung des Fair Values des Planvermögens

(Mio. €)	2025	2024
Fair Value des Planvermögens zum 1. Januar	866	836
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	31	29
Versicherungsmathematische Verluste (-)/Gewinne	12	32
Erbrachte Pensionsleistungen	-35	-31
Fair Value des Planvermögens zum 31. Dezember	874	866

Die Bank hat einen vertraglichen Erstattungsanspruch in Höhe der bereits ausgezahlten Versorgungsleistungen. Diese noch nicht erstatteten Ansprüche werden in den Sonstigen Aktiva ausgewiesen, da sie die Voraussetzungen zur Klassifizierung als Planvermögen i.S.d. IAS 19 nicht erfüllen. Für das Geschäftsjahr 2025 besteht ein Erstattungsanspruch in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 31 Mio. €).

Der Nettozins in Höhe von 5 Mio. € setzt sich aus dem Zinsaufwand der Pensions- und ähnlichen Verbindlichkeiten von 26 Mio. € und dem Zinsertrag des Planvermögens in Höhe von 31 Mio. € zusammen. Die Bewertungsänderungen der Pensions- und ähnlichen Verbindlichkeiten in Höhe von -71 Mio. € werden im OCI

mit den Bewertungsänderungen des Planvermögens in Höhe von 12 Mio. € saldiert, die im Wesentlichen aus der Änderung erfahrungsbedingter Anpassungen resultieren.

Die gesamten versicherungsmathematischen Gewinne des Geschäftsjahres betragen vor latenten Steuern 82 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €). Unter Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Ertrag in Höhe von 62 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €), welcher im Sonstigen Ergebnis erfasst und kumuliert in den Gewinnrücklagen ausgewiesen wird. Zum 31. Dezember 2025 beträgt der Saldo der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in der Gewinnrücklage vor Steuern 86 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) und nach Steuern 65 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

Zusammensetzung des Planvermögens

(Mio. €)	2025	2024
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	103	90
Investmentfonds	789	823
davon exchange trade funds equity	18	53
davon exchange trade funds bonds	278	164
davon hedge funds	128	209
davon private debt funds	82	253
davon real estate & infrastructure funds	57	91
davon private equity & venture capital	225	53
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10	11
Derivate	-8	-41
Qualifizierte Versicherungsverträge	8	9
Übrige Vermögenswerte	3	4
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	1
Gesamt	906	897
Erstattungsansprüche aus dem Vermögen	32	31
Fair Value des Planvermögens	874	866

Die im Planvermögen enthaltenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere sowie die in exchange traded funds investierten Anlagen werden an einem aktiven Markt gehandelt.

Für leistungsorientierte Versorgungspläne entstanden im Berichtsjahr 2025 Aufwendungen in Höhe von 29 Mio. € (Vorjahr: 30 Mio. €).

Die Versorgungsverpflichtungen bilden den künftigen Erfüllungsbetrag ab und sind hinsichtlich ihrer Höhe und ihrer Fälligkeit ungewiss. Zukünftige Schwankungen des Barwerts der Versorgungsverpflichtung können insbesondere aus einer Änderung der versicherungsmathematischen Annahmen wie z. B. des Rechnungszinses und der Langlebigkeit resultieren.

Ein Anstieg bzw. Rückgang der versicherungsmathematischen Annahmen (siehe Note 5) hätte auf den Barwert der Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2025 folgende Auswirkungen:

Sensitivität der Pensionsverpflichtungen

(Mio. €)	Anstieg	Rückgang
2025		
Diskontierungszinssatz (+/-0,5 %)	-36	40
Bezügetrend (+/-0,5 %)	35	-32
Langlebigkeit (+1Jahr)	32	

Sensitivität der Pensionsverpflichtungen

(Mio. €) 2024	Anstieg	Rückgang
Diskontierungszinssatz (+/-0,5 %)	-43	48
Bezügetrend (+/-0,5 %)	43	-40
Langlebigkeit (+1 Jahr)	29	

Den Sensitivitätsberechnungen liegt die durchschnittliche Laufzeit der zum 31. Dezember 2025 ermittelten Versorgungsverpflichtungen zugrunde. Dargestellt werden die Einflüsse der wesentlichen Annahmen auf den Barwert der Pensionsverpflichtung. Da den Sensitivitätsanalysen die durchschnittliche Duration der erwarteten Versorgungsverpflichtungen zugrunde liegt und folglich die erwarteten Auszahlungszeitpunkte unberücksichtigt bleiben, führen sie nur zu näherungsweisen Werten. Des Weiteren wurden bei der Analyse der Veränderung einer versicherungsmathematischen Annahme die anderen Annahmen konstant gehalten.

Im Zusammenhang mit leistungsorientierten Versorgungszusagen erwartet die Hamburg Commercial Bank für das Geschäftsjahr 2026 Zahlungen an Leistungsempfänger:innen in Höhe von 51 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €).

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtung (Duration) beläuft sich per 31. Dezember 2025 auf 12,4 Jahre (Vorjahr: 13,5 Jahre).

Der Aufwand für beitragsorientierte Versorgungspläne beträgt in der Berichtsperiode 2025 10 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €). Darin enthalten sind Leistungen an gesetzliche Versorgungssysteme in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €).

38. Laufende Ertragsteuerverpflichtungen**Laufende Ertragsteuerverpflichtungen**

(Mio. €)	2025	2024
Verbindlichkeiten ggü. Finanzämtern aus Ertragsteuern	-	-
Rückstellungen für Ertragsteuern	5	94
Gesamt	5	94

Die Minderung der Rückstellungen für Ertragsteuern resultiert daraus, dass für die betreffenden Steuerverpflichtungen im Jahr 2025 Steuerbescheide ergangen sind. Der Verbrauch betrifft überwiegend die Steuerjahre 2022 und 2023 im Head Office.

39. Latente Steuerverpflichtungen

Für temporäre Unterschiede bei den Wertansätzen der folgenden Bilanzpositionen wurden passive latente Steuern gebildet:

Latente Steuerverpflichtungen

(Mio. €)	2025	2024
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	16	-
Finanzanlagen	4	3
Sachanlagen	2	3
Immaterielle Vermögenswerte	2	2
Sonstige Aktiva	3	-
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21	53
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	30
Handelsspassiva	45	96
Nachrangkapital	1	-
Sonstige Passiva	3	3
Zwischensumme Latente Steuerverpflichtungen	97	190
Saldierung mit Latenten Steueransprüchen	-97	-190
Gesamt	-	-

Die Minderung passiver latenter Steuern vor Saldierung um 93 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung bestehender temporärer Differenzen auf Handelsspassiva, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Von der Gesamtveränderung entfallen 1 Mio. € auf ergebnisneutrale Erhöhung der latenten Steuerverpflichtungen bei der Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten.

Latente Steuerverpflichtungen im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen (sog. Outside Basis Differences) in Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) wurden gemäß IAS 12.39 nicht angesetzt, da eine Realisierung nicht wahrscheinlich ist.

Entsprechend IAS 12.4A werden latente Steuerschulden im Zusammenhang mit der Mindeststeuer und entsprechenden ausländischen Regelungen nicht angesetzt.

40. Sonstige Passiva**Sonstige Passiva**

(Mio. €)	2025	2024
Sicherheitsleistungen für Schuldübernahmen	47	47
Verbindlichkeiten für ausstehende Rechnungen	21	33
Verbindlichkeiten für Restrukturierungen	21	3
Verbindlichkeiten aus dem Personalbereich	9	6
Passive Rechnungsabgrenzung	-	2
Sonstige Steuerverbindlichkeiten	5	5
Verbindlichkeiten aus Leasinggeschäften (Leasingnehmer)	8	12
Übrige	22	6
Gesamt	133	114

Von den Sonstigen Passiva weisen Bestände in Höhe von 87 Mio. € (Vorjahr: 54 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf. Die Sicherheitsleistungen für Schuldübernahmen dienen zur Absicherung von Leasingtransaktionen unserer Kund:innen gegenüber Dritten.

Von den hier ausgewiesenen Verbindlichkeiten betreffen 100 Mio. € (Vorjahr: 77 Mio. €) Finanzinstrumente.

41. Nachrangkapital

Nachrangkapital

(Mio. €)	2025	2024
Nachrangige Verbindlichkeiten	895	925
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	6	7
Gesamt	895	925

Vom Nachrangkapital weisen Bestände in Höhe von 890 Mio. € (Vorjahr: 918 Mio. €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf. Stille Einlagen bzw. Genussrechte bestanden im Geschäftsjahr, genau wie im Vorjahr, nicht.

42. Eigenkapital

Eigenkapital

(Mio. €)	2025	2024
Grundkapital	302	302
Kapitalrücklage	1.540	1.536
Gewinnrücklagen	1.891	1.815
davon: kumulierte, im Sonstigen Ergebnis (OCI) erfasste Gewinne und Verluste aus der Neubewertung der Nettoverbindlichkeiten aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	86	4
davon: Latente Steuern aus kumulierten, im Sonstigen Ergebnis (OCI) erfassten Gewinnen und Verlusten aus der Neubewertung der Nettoverbindlichkeiten aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	-21	-1
Neubewertungsrücklage	58	9
davon: kreditrisikoinduzierte Wertänderungen der zum FV designierten Verbindlichkeiten (nach Steuern)	1	2
davon: Bewertungsergebnisse von verpflichtend FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerten (nach Steuern)	57	7
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-	1
Konzernergebnis	165	228
Gesamt vor Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	3.956	3.891
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	1
Gesamt	3.957	3.892

Eigenkapital

Die Erhöhung des Eigenkapitals resultiert daraus, dass das positive Konzernergebnis sowie das sonstige Ergebnis (erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen) in Summe die im Berichtsjahr ausgezahlte Dividende überstiegen. Das sonstige Ergebnis betrifft im Wesentlichen die versicherungsmathematischen Gewinne aus den Pensionsverpflichtungen/dem Planvermögen sowie die positiven Bewertungsergebnisse der verpflichtend FVOCI-kategorisierten finanziellen Vermögenswerte.

Grundkapital

Das Grundkapital der Hamburg Commercial Bank AG ist in 301.822.453 Stückaktien (Namensaktien) mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils 1 € eingeteilt. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Zum 31. Dezember 2025 halten mehrere von Cerberus Capital Management L.P., New York, initiierte Fonds mittelbar über drei Akquisitionsgesellschaften (Promontoria Lux Holding 221 S.à r.l. 9,21 %, Promontoria Lux Holding 231 S.à r.l. 12,94 % und Promontoria Lux Holding 233 S.à r.l. 17,46 %) einen Stimmrechtsanteil von

insgesamt 39,61 %. Von J.C. Flowers & Co LLC, New York beratene Fonds verfügen mittelbar über die JCF IV Neptun Holdings S.à r.l. als Akquisitionsgesellschaft über einen Anteil von 32,77 %. Zudem ist ein von Golden Tree Asset Management LP, New York, initiiertes Fonds mittelbar über die GoldenTree Asset Management Lux S.à r.l. als Akquisitionsgesellschaft mit einem Anteil von 11,75 % und die Centaurus Capital LP, Houston, mittelbar über die Chi Centauri LLC als Akquisitionsgesellschaft mit einem Anteil von 7,04 % an der Hamburg Commercial Bank AG beteiligt. Von der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, Wien, wird ein Anteil von 2,35 % gehalten und von Mitgliedern der Organe sowie des Senior Managements der Bank (seit November 2018, aktive und inaktive Mitglieder) ein Anteil von 6,49 %.

Der JCF IV Neptun Holdings S.à r.l., Luxemburg gehören seit 2018 gemäß § 20 Abs. 1 AktG unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der Hamburg Commercial Bank AG. Daneben gehören folgenden Gesellschaften und natürlichen Personen mittelbar gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 i.V.m. § 16 Abs. 4 AktG mehr als der vierte Teil der Aktien an der Hamburg Commercial Bank AG:

- JCF IV Europe S.à r.l.
- J.C. Flowers IV L.P.
- JCF Associates IV L.P.
- JCF Associates IV Ltd.
- Herr James Christopher Flowers
- Stephen A. Feinberg 2025 Equity Trust
- Cerberus GP Manager LLC
- Herr Alan S. Waldenberg
- Herr Michael S. Hisler

Die beiden letztgenannten Personen handeln als Treuhänder des Stephen A. Feinberg 2025 Equity Trust.

Eigene Aktien der Hamburg Commercial Bank AG hält weder die Bank selbst noch ein von ihr abhängiges oder in Mehrheitsbesitz stehendes Unternehmen. Eine wechselseitige Beteiligung im Sinne des § 19 AktG besteht nicht.

Entwicklung der Stammaktien

(Stück)	2025	2024
Bestand am Jahresanfang	301.822.453	301.822.453
Bestand am Periodenende	301.822.453	301.822.453

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklage wurde im Berichtsjahr durch die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 214 Mio. € (Vorjahr: 302 Mio. €) beeinflusst. Weiterhin werden unter den Gewinnrücklagen im Wesentlichen die in Vorjahren und dem Berichtsjahr thesaurierten Ergebnisse ausgewiesen. Gesetzliche Rücklagen nach § 150 Abs. 2 AktG oder satzungsgemäße Rücklagen bestehen nicht.

Kapitalrücklage

Zum Bilanzstichtag enthält die Kapitalrücklage in Höhe von 27 Mio. € (Vorjahr: 23 Mio. €) Beträge im Zusammenhang mit der anteilsbasierten Vergütung nach IFRS 2.

Neubewertungsrücklage

In der Neubewertungsrücklage sind die Effekte aus kreditrisikoinduzierten Wertänderungen von zum Fair Value designierten Verbindlichkeiten sowie aus der Bewertung von verpflichtend zum Fair Value through Other Comprehensive Income kategorisierten Vermögenswerten ausgewiesen.

Die mit den in der Neubewertungsrücklage abgebildeten Wertänderungen verbundenen latenten Steuern werden nach IAS 12.61A ebenfalls innerhalb der Neubewertungsrücklage abgebildet.

Rücklage aus der Währungsumrechnung

Vermögenswerte und Schulden von in Fremdwährung aufgestellten Einzelabschlüssen werden im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses zum Stichtagskurs umgerechnet, während für die Umrechnung der

Aufwendungen und Erträge Durchschnittskurse der Berichtsperiode verwendet werden. Die Umrechnung des Eigenkapitals erfolgt zu historischen Kursen; Ausnahme sind die in den in Fremdwährung zugemeldeten Konzernberichterstattungen bestehenden Neubewertungsrücklagen, die zum Stichtagskurs umgerechnet werden.

Die Differenzen, die sich aus dieser Umrechnungsmethodik im Vergleich zu einer vollständigen Umrechnung zum Stichtagskurs ergeben, werden in diesem Posten des Eigenkapitals erfasst.

Ebenfalls wird der aus der Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe resultierende Hedge in diesem Posten erfasst. In dem in der Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesenen Betrag ist per 31. Dezember 2025 ein Hedgeanteil in Höhe von 72 Mio. € (Vorjahr: -35 Mio. €) enthalten.

Dividenden

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 29. April 2025 wurde eine Dividende in Höhe von 214 Mio. € oder 0,71 € je Stückaktie zur Ausschüttung freigegeben. Die Zahlung erfolgte zulasten der Gewinnrücklage. Für das Geschäftsjahr 2025 hat die Hamburg Commercial Bank vorbehaltlich der entsprechenden Zustimmung durch die Aktionär:innen Dividenden in Höhe von 1.256 Mio. € zur Ausschüttung vorgesehen, die der ordentlichen Hauptversammlung im März 2026 vorgeschlagen werden (4,16 € je Stückaktie).

Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement der Hamburg Commercial Bank hat die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung und die effiziente Allokation des Kapitals auf die Geschäftsaktivitäten zum Ziel. Über diese Anforderungen hinaus dient das Kapitalmanagement der Einhaltung der geplanten Kapitalquoten (inklusive Stresspuffer) und soll sicherstellen, dass die Kapitalausstattung der Bank auch den Anforderungen der Stakeholder:innen der Bank gerecht wird. Wesentlichste Steuerungsgröße für das Kapitalmanagement ist dabei die harte Kernkapitalquote.

Die aufsichtsrechtliche Kapitalisierung folgt den Vorschriften der europäischen Capital Requirements Regulation (CRR) – Pillar I in Verbindung mit dem aufsichtsrechtlichen Überwachungsprozess (SREP) – Pillar II. Die Hamburg Commercial Bank ermittelt die Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken nach dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zugelassenen, auf internen Ratings basierenden F-IRB-Ansatz (Foundation) sowie nach dem KSA (Standardansatz). Für weitere Angaben verweisen wir auf den Risikobericht im Abschnitt „Anforderungen aus dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess“.

Die Hamburg Commercial Bank beurteilt gemäß EZB-Leitfaden (Internal Capital Adequacy Assessment Process – ICAAP) zudem die Kapitaladäquanz in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive. Für weitere Angaben verweisen wir auf den Risikobericht im Abschnitt „ICAAP/Risikotragfähigkeit“.

Die Kapitalbindung unterliegt einer Überwachung sowohl auf Bank- als auch auf Unternehmensbereichsebene. Die Meldung der aufsichtsrechtlichen Kapitalausstattung an die Aufsicht erfolgt für jedes Quartal, die ICAAP-Kapitaladäquanz jährlich. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung wurden zu jedem Meldestichtag des Berichtsjahres eingehalten.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen

Die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen ergeben unter Berücksichtigung der für das Geschäftsjahr 2025 vorgeschlagenen Dividendenzahlung in Höhe von 1.256 Mio. €:

(%)	2025	2024
Gesamtkapitalquote	21,2	22,4
Kernkapitalquote	16,5	17,3
CET1-Kapitalquote	16,5	17,3

Angaben zur Kapitalflussrechnung

43. Ergänzende Anhangangaben zur Konzern-Kapitalflussrechnung

Im Rahmen der Übernahme oder des Verlusts der Beherrschung über Tochterunternehmen im Geschäftsjahr und im Vorjahr ergaben sich keine Zahlungsströme und Auswirkungen auf die Vermögenswerte und Schulden. Eine Überleitung von Bilanzwerten zum Cashflow aus Finanzierungstätigkeit zeigt die folgende Darstellung:

Überleitungsrechnung Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

(Mio. €)	Sonstiges Nachrang- kapital
Bilanzwert zum 1. Januar 2025	925
Zahlungswirksame Veränderungen	
Auszahlungen	-4
Zinszahlungen	-33
Zahlungsunwirksame Veränderungen	
Wechselkursbedingte Änderungen	-23
Zinsaufwand	32
sonstige Veränderungen	-2
Bilanzwert zum 31. Dezember 2025	895

Überleitungsrechnung Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

(Mio. €)	Sonstiges Nachrang- kapital
Bilanzwert zum 1. Januar 2024	921
Zahlungswirksame Veränderungen	
Auszahlungen	-4
Zinszahlungen	-44
Zahlungsunwirksame Veränderungen	
Wechselkursbedingte Änderungen	12
Zinsaufwand	41
sonstige Veränderungen	-1
Bilanzwert zum 31. Dezember 2024	925

Segmentberichterstattung

44. Segmentbericht

Januar - Dezember 2025	Real Estate	Global Trans- portation	Project Finance	Corpo- rates	Lending Units	Trea- sury & Group Func- tions	Überlei- tung	Konzern
(Mio. €)								
Zinsüberschuss	169	128	107	214	618	54	-	672
Provisionsüberschuss	4	13	9	2	28	-	-	28
Sonstige Erträge	18	13	9	15	55	-10	-2	43
Gesamtertrag	191	154	125	231	701	44	-2	743
Risikovorsorge	-78	10	-7	-35	-110	1	-	-109
Verwaltungsaufwand & regulatorische Kosten	-88	-80	-54	-91	-313	-70	1	-382
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-	-	-	37	-	37
Ergebnis vor Steuern	25	84	64	105	278	12	-1	289
Ertragsteuern	-8	-25	-20	-15	-68	-2	-54	-124
Ergebnis nach Steuern	17	59	44	90	210	10	-55	165
NIM - Net Interest Margin (%)	2,47	4,19	2,82	4,26	3,30	0,44	n.a.	2,17
Gross Margin (%)	2,26	2,74	2,16	3,38	2,61	n.a.	n.a.	n.a.
RWA Margin (%)	4,71	6,29	5,25	4,45	4,94	n.a.	n.a.	5,00
Risk Cost (%)	-1,11	0,31	-0,20	-0,76	-0,60	0,26	n.a.	-0,59
Cost-Income-Ratio (CIR - %)	45	51	42	38	43	91	n.a.	48
RoE nach Steuern (%)	2,8	15,9	12,2	11,6	9,9	9,0	n.a.	4,5
Durchschnittliches Segmentvermögen (Mrd. €)	6,9	3,0	3,8	5,0	18,7	12,2	-	30,9
Neugeschäftsvolumen (Mrd. €)	0,4	1,4	1,6	1,6	5,0	-	-	5,0
31.12.2025								
Segmentvermögen (Mrd. €)	5,9	2,5	3,9	4,6	16,9	11,8	-0,1	28,6
Geschäftsvolumen (Mrd. €)	6,7	2,8	5,3	7,1	21,9	11,8	-	33,7
NPL Volumen (Mrd. €)	0,4	0,0	0,1	0,1	0,5	0,0	-	0,5
NPL-Quote (%)	6,1	0,0	2,9	2,1	3,5	0,0	n.a.	3,3
Risk Weighted Assets (Mrd. €)	2,9	1,5	2,3	4,9	11,6	1,5	-	13,1
Loan-to-deposit-Quote (%)	397	71	271	157	182	13	n.a.	126

Januar – Dezember 2024 (Mio. €)	Real Estate	Global Trans- portation	Project Finance	Corpo- rates	Lending Units	Trea- sury & Group Func- tions	Überlei- tung	Konzern
Zinsüberschuss	203	145	98	220	666	86	-	752
Provisionsüberschuss	5	14	7	2	28	-2	-	26
Sonstige Erträge	-1	2	2	17	20	-18	3	5
Gesamtertrag	207	161	107	239	714	66	3	783
Risikovorsorge	-73	-3	-1	-20	-97	3	-1	-95
Verwaltungsaufwand & regulatorische Kosten	-97	-78	-47	-101	-323	-36	-	-359
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-81	-	-81
Ergebnis vor Steuern	37	80	59	118	294	-48	2	248
Ertragsteuern	-7	-16	-12	-24	-59	10	29	-20
Ergebnis nach Steuern	30	64	47	94	235	-38	31	228
NIM – Net Interest Margin (%)	2,64	4,99	2,68	4,29	3,45	0,66	n.a.	2,34
Gross Margin (%)	2,44	2,88	1,99	3,30	2,65	n.a.	n.a.	n.a.
RWA Margin (%)	4,03	6,07	4,24	4,55	4,61	n.a.	n.a.	4,32
Risk Cost (%)	-0,92	-0,11	-0,02	-0,44	-0,52	0,47	n.a.	-0,48
Cost-Income-Ratio (CIR - %)	45	48	43	41	44	-230	n.a.	50
RoE nach Steuern (%)	3,9	16,0	12,4	12,0	10,1	-9,9	n.a.	6,2
Durchschnittliches Segmentvermögen (Mrd. €)	7,7	2,9	3,6	5,1	19,3	12,9	-	32,2
Neugeschäftsvolumen (Mrd. €)	1,0	1,8	1,2	2,1	6,1	-	-	6,1

31.12.2024

Segmentvermögen (Mrd. €)	7,4	3,7	3,9	5,5	20,5	13,1	-	33,6
Geschäftsvolumen (Mrd. €)	8,3	4,1	5,1	8,2	25,7	13,1	-	38,8
NPL Volumen (Mrd. €)	0,5	0,0	0,1	0,1	0,6	0,0	-	0,7
NPL-Quote (%)	6,0	0,0	3,7	1,3	3,4	0,0	n.a.	3,3
Risk Weighted Assets (Mrd. €)	4,9	3,0	2,6	5,8	16,3	1,9	0,0	18,2
Loan-to-deposit-Quote (%)	465	85	347	166	200	12	n.a.	137

Allgemeine Angaben

Die Erstellung des Segmentberichts erfolgt gemäß den Vorschriften des IFRS 8. Die Segmente ergeben sich aus der nach Produkt- und Kundengruppen ausgerichteten internen Organisationsstruktur, die der Abgrenzung für die interne Steuerung des Konzerns entspricht. Bei der Bildung der Segmente wird eine möglichst weitgehende Homogenität der Kundengruppen hinsichtlich eines bedarfsgerechten Angebots an Kreditfinanzierungen sowie weiterer Produkte und Dienstleistungen angestrebt. Der in den Segmenten ausgewiesene Gesamtertrag wurde ausschließlich im Geschäft mit externen Kunden erzielt.

Geografische Angaben sowie Informationen über Erträge mit externen Kund:innen für jedes Produkt und jede Dienstleistung sind nicht Gegenstand der internen Steuerung (Managementberichterstattung) und werden aufgrund unverhältnismäßig hoher Kosten nicht erhoben, womit eine Veröffentlichung gemäß IFRS 8.32 und 8.33 entfällt.

Segmentstruktur

Die Segmentstruktur bündelt entsprechend der Vorstandsverantwortung (CIO) alle kreditnahen Einheiten in den vier Segmenten „Real Estate“, „Global Transportation“, „Project Finance“ und „Corporates“. Die vier kreditnahen Segmente werden zusätzlich als „Lending Units“ zusammenfassend dargestellt. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der kreditnahen Segmente ist das Anbieten von Finanzierungslösungen im Kreditgeschäft.

Das weitere Segment „Treasury & Group Functions“ umfasst die Kapitalmarktaktivitäten, die sich auf die Steuerung strategischer Investments und auf die Treasury-Funktion fokussieren als auch die übrigen Stabs- und Servicefunktionen. Die Kapitalmarktaktivitäten bündeln neben dem bankweiten Asset-Liability-Management (ALM) und der Steuerung der Cashposition das Management der Portfolios im Bankbuch (Liquiditätspuffer, Deckungsstöcke, strategisches Investmentportfolio und Management der Pensionsverpflichtungen). Das Finanzierungsgeschäft mit institutionellen Kunden wird ebenfalls im Segment „Treasury & Group Functions“ ausgewiesen.

Die im Vorjahr im Segment Corporates geführten liquiden CLOs (Public Collateralized Loan Obligations) wurden im Berichtsjahr im Rahmen der angepassten Unternehmensstrategie in das Segment Treasury & Group Functions überführt. Somit werden die liquiden CLOs zusammen mit den anderen strategischen Investments in diesem Segment gesteuert. Die Vorjahreszahlen wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit entsprechend angepasst.

Methodik der Segmentergebnisse

Der Ergebnisausweis der Segmente basiert auf der internen Performancemessung. Die Ermittlung des Zinsüberschusses erfolgt für die interne Berichterstattung nach der Marktzinsmethode.

Für den Verwaltungsaufwand und die regulatorischen Kosten ergibt sich der Ausweis in den Segmenten auf Basis der in der internen Performancemessung allokierten regulatorischen Kosten (Aufwand für Regulatorik, Einlagensicherung und Bankenverbände) sowie der angesetzten Standardbearbeitungskosten (für den Verwaltungsaufwand). Die Differenz zu dem Verwaltungsaufwand auf Konzernebene wird im Segment Treasury & Group Functions ausgewiesen. Im Berichtszeitraum betrifft die Differenz im Wesentlichen die im Verwaltungsaufwand erfassten Belastungen aus dem beschlossenen Personalabbau, siehe Note 13.

Überleitungseffekte gemäß IFRS 8.28

Überleitungseffekte in den einzelnen Ergebnispositionen auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS werden gemäß IFRS 8.28 separat in der Spalte „Überleitung“ dargestellt.

Die Ertragsteuern der Segmente wurden mit nach Steuerlokationen differenzierten kalkulatorischen Steuersätzen auf das jeweilige Ergebnis vor Steuern ermittelt. Die Differenz zu den Ertragsteuern im Konzern wird in der Spalte „Überleitung“ ausgewiesen.

Der Return-on-equity (RoE nach Steuern) für die Segmente basiert auf einer normierten Eigenkapitalunterlegung (Durchschnittliche Risk Weighted Assets (RWA) und normierte CET1-Quote von 15 %). Für den Konzern wird der RoE nach Steuern auf Basis des bilanziellen Eigenkapitals zum Jahresbeginn abzüglich der vorgeschlagenen Dividende berechnet. Die gegenüber der Segmentberichterstattung zum 31.12.2024 angepasste Berechnung des RoE nach Steuern wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit auch auf die Vorjahresergebnisse angewendet.

Definitionen

Für die Beurteilung des Zinsüberschusses wird die Net Interest Margin (NIM) ausgewiesen. Die NIM setzt den Zinsüberschuss ins Verhältnis zum durchschnittlichen Segmentvermögen. Die Gross Margin für die Lending Units zeigt den Brutto-Zinsertrag der Kunden-Forderungen ohne abgegrenzte Bearbeitungsgebühren bezogen auf das durchschnittliche Forderungsvolumen gegenüber Kunden.

Der Gesamtertrag im Verhältnis zu den durchschnittlichen Risk Weighted Assets wird als RWA Margin gezeigt. Die Risk Cost ergeben sich aus dem Verhältnis der Risikovorsorge zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden. Die Loan-to-Deposit-Quote setzt die Forderungen an Kunden ins Verhältnis zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Für die Definition der Kennzahlen CIR sowie NPL-Quote verweisen wir auf die Erläuterungen im zusammengefassten Lagebericht (Kapitel „Grundlagen des Konzerns“, Abschnitt „Steuerungssystem“).

Angaben zu Finanzinstrumenten

45. Angaben zur Entwicklung der Risikovorsorge und der Buchwerte der nicht erfolgswirksam zum FV bewerteten Finanzinstrumente

Nachfolgend wird die Entwicklung der Bruttobuchwerte der nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente in den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Finanzanlagen, Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen sowie für das außerbilanzielle Geschäft dargestellt.

Ebenso wird für die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente die Entwicklung der Risikovorsorge getrennt nach Bilanzpositionen dargestellt.

Entwicklung Bruttobuchwerte für Forderungen an Kreditinstitute

(Mio. €)	2025			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Buchwerte	714	-	-	714
Stand 1. Januar 2025				
davon AC	709	-	-	709
davon FVOCI	5	-	-	5
Sonstige Bestandsveränderungen	-170	-	-	-170
davon AC	-167	-	-	-167
davon FVOCI	-3	-	-	-3
Buchwerte	544	-	-	544
Stand 31. Dezember 2025				
davon AC	542	-	-	542
davon FVOCI	2	-	-	2

Entwicklung Bruttobuchwerte für Forderungen an Kreditinstitute

(Mio. €)	2024			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Buchwerte	492	-	-	492
Stand 1. Januar 2024				
davon AC	483	-	-	483
davon FVOCI	9	-	-	9
Sonstige Bestandsveränderungen	222	-	-	222
davon AC	226	-	-	226
davon FVOCI	-4	-	-	-4
Buchwerte	714	-	-	714
Stand 31. Dezember 2024				
davon AC	709	-	-	709
davon FVOCI	5	-	-	5

Entwicklung Bestand Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute

Im Berichtsjahr, wie auch im Vorjahr, gibt es keine wesentliche Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute.

Entwicklung Bruttobuchwerte für Forderungen an Kunden

(Mio. €)	2025			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Buchwerte	17.052	2.696	670	20.418
Stand 1. Januar 2025				
davon AC	16.655	2.696	670	20.021
davon FVOCI	372	-	-	372
davon Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften	25	-	-	25
Transfer zu LECL Stufe 2	-2.104	2.104	-	-
davon AC	-2.104	2.104	-	-
Transfer zu LECL Stufe 3	-9	-380	389	-
davon AC	-9	-380	389	-
Transfer zu 12-Monats-ECL	1.451	-1.451	-	-
davon AC	1.451	-1.451	-	-
Sonstige Bestandsveränderungen	-2.238	-800	-478	-3.516
davon AC	-2.223	-800	-478	-3.501
davon FVOCI	-9	-	-	-9
davon Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften	-6	-	-	-6
Buchwerte	14.152	2.169	581	16.902
Stand 31. Dezember 2025				
davon AC	13.770	2.169	581	16.520
davon FVOCI	363	-	-	363
davon Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften	19	-	-	19

Entwicklung Bruttobuchwerte für Forderungen an Kunden

(Mio. €)	2024			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Buchwerte	15.321	2.261	787	18.369
Stand 1. Januar 2024				
davon AC	14.635	2.260	787	17.682
davon FVOCI	658	1	-	659
davon Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften	28	-	-	28
Transfer zu LECL Stufe 2	-2.115	2.115	-	-
davon AC	-2.115	2.115	-	-
Transfer zu LECL Stufe 3	-8	-322	330	-
davon AC	-8	-322	330	-
Transfer zu 12-Monats-ECL	1.258	-1.258	-	-
davon AC	1.258	-1.258	-	-
Sonstige Bestandsveränderungen	2.596	-100	-447	2.049
davon AC	2.885	-99	-447	2.339
davon FVOCI	-286	-1	-	-287
davon Forderungen aus Finance-Lease- Geschäften	-3	-	-	-3
Buchwerte	17.052	2.696	670	20.418
Stand 31. Dezember 2024				
davon AC	16.655	2.696	670	20.021
davon FVOCI	372	-	-	372
davon Forderungen aus Finance-Lease- Geschäften	25	-	-	25

Entwicklung Bestand Risikovorsorge für Forderungen an Kunden

(Mio. €)	2025			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Risikovorsorge Stand 1. Januar 2025	42	93	212	347
Transfer zu LECL Stufe 2	-15	15	-	-
Transfer zu LECL Stufe 3	-	-46	46	-
Transfer zu 12-Monats-ECL	24	-24	-	-
Auflösungen aufgrund von Abgängen, Tilgungen und sonstigen Verminderungen	-73	-57	-76	-206
Zuführungen aufgrund von Neuzugängen und sonstigen Erhöhungen	61	99	163	323
Verbrauch	-	-	-177	-177
Sonstige Änderungen inkl. Wechselkursänderungen	-3	-3	-6	-12
Risikovorsorge Stand 31. Dezember 2025	36	77	162	275

Entwicklung Bestand Risikovorsorge für Forderungen an Kunden

(Mio. €)	2024			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Risikovorsorge Stand 1. Januar 2024	35	89	242	366
Transfer zu LECL Stufe 2	-11	11	-	-
Transfer zu LECL Stufe 3	-	-29	29	-
Transfer zu 12-Monats-ECL	21	-21	-	-
Auflösungen aufgrund von Abgängen, Tilgungen und sonstigen Verminderungen	-61	-83	-102	-246
Zuführungen aufgrund von Neuzugängen und sonstigen Erhöhungen	56	125	180	361
Verbrauch	-	-	-136	-136
Sonstige Änderungen inkl. Wechselkursänderungen	2	1	-1	2
Risikovorsorge Stand 31. Dezember 2024	42	93	212	347

Im Berichts- sowie im Vorjahreszeitraum beziehen sich die Veränderungen der Risikovorsorge an Kunden nur auf AC-kategorisierte Geschäfte.

Entwicklung Bruttobuchwerte für Finanzanlagen

	2025			
(Mio. €)	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	Gesamt
Buchwerte	8.147	-	-	8.147
Stand 1. Januar 2025				
davon AC	131	-	-	131
davon FVOCI	8.016	-	-	8.016
Sonstige Bestandsveränderungen	-581	-	-	-581
davon AC	-17	-	-	-17
davon FVOCI	-564	-	-	-564
Buchwerte	7.566	-	-	7.566
Stand 31. Dezember 2025				
davon AC	114	-	-	114
davon FVOCI	7.452	-	-	7.452

Entwicklung Bruttobuchwerte für Finanzanlagen

	2024			
(Mio. €)	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	Gesamt
Buchwerte	7.180	-	-	7.180
Stand 1. Januar 2024				
davon AC	166	-	-	166
davon FVOCI	7.014	-	-	7.014
Sonstige Bestandsveränderungen	967	-	-	967
davon AC	-35	-	-	-35
davon FVOCI	1.002	-	-	1.002
Buchwerte	8.147	-	-	8.147
Stand 31. Dezember 2024				
davon AC	131	-	-	131
davon FVOCI	8.016	-	-	8.016

Entwicklung Bestand Risikovorsorge für Finanzanlagen

(Mio. €)	2025			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Risikovorsorge Stand 1. Januar 2025	1	-	-	1
Auflösungen aufgrund von Abgängen und sonstigen Verminderungen	-1	-	-	-1
Zuführungen aufgrund von Neuzugängen und sonstigen Erhöhungen	1	-	-	1
Risikovorsorge Stand 31. Dezember 2025	1	-	-	1

Entwicklung Bestand Risikovorsorge für Finanzanlagen

(Mio. €)	2024			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Risikovorsorge Stand 1. Januar 2024	1	-	-	1
Auflösungen aufgrund von Abgängen und sonstigen Verminderungen	-2	-	-	-2
Zuführungen aufgrund von Neuzugängen und sonstigen Erhöhungen	2	-	-	2
Risikovorsorge Stand 31. Dezember 2024	1	-	-	1

Im Berichtszeitraum sowie im Vorjahreszeitraum beziehen sich die Veränderungen der Finanzanlagen nur auf FVOCI-kategorisierte Geschäfte.

Entwicklung Bruttobuchwerte zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

(Mio. €)	2025			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Buchwerte Stand 1. Januar 2025	-	-	-	-
Sonstige Bestandsveränderungen	48	-	-	48
davon AC	48	-	-	48
Buchwerte Stand 31. Dezember 2025	48	-	-	48
davon AC	48	-	-	48

Im Vorjahr gab es keinen Bestand an zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen.

Im Berichtsjahr gibt es keine wesentliche Risikovorsorge für zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Buchwerte außerbilanzielles Geschäft

2025				
(Mio. €)	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	Gesamt
Buchwerte	4.824	327	40	5.191
Stand 1. Januar 2025				
Transfer zu LECL Stufe 2	-2.607	2.607	-	-
Transfer zu LECL Stufe 3	-	-159	159	-
Transfer zu 12-Monats-ECL	1.990	-1.990	-	-
Sonstige Bestandsveränderungen	522	-496	-155	-129
Buchwerte	4.729	289	44	5.062
Stand 31. Dezember 2025				

Buchwerte außerbilanzielles Geschäft

2024				
(Mio. €)	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	Gesamt
Buchwerte	4.021	738	38	4.797
Stand 1. Januar 2024				
Transfer zu LECL Stufe 2	-827	827	-	-
Transfer zu LECL Stufe 3	-1	-50	51	-
Transfer zu 12-Monats-ECL	1.076	-1.076	-	-
Sonstige Bestandsveränderungen	555	-112	-49	394
Buchwerte	4.824	327	40	5.191
Stand 31. Dezember 2024				

Entwicklung Bestand Risikovorsorge außerbilanzielles Geschäft

(Mio. €)	2025			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Risikovorsorge Stand 1. Januar 2025	4	12	12	28
Transfer zu LECL Stufe 2	-2	2	-	-
Transfer zu LECL Stufe 3	-	-1	1	-
Transfer zu 12-Monats-ECL	7	-7	-	-
Auflösungen aufgrund von Abgängen und sonstigen Verminderungen	-13	-17	-13	-43
Zuführungen aufgrund von Neuzugängen und sonstigen Erhöhungen	8	17	15	40
Risikovorsorge Stand 31. Dezember 2025	4	6	15	25
davon Rückstellungen für Eventual- verbindlichkeiten	-	-	4	4
davon Rückstellungen für Unwiderrufliche Kreditzusagen	4	6	11	21

Entwicklung Bestand Risikovorsorge außerbilanzielles Geschäft

(Mio. €)	2024			Gesamt
	Nicht signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (12-Monats-ECL)	Signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos (LECL Stufe 2)	Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)	
Risikovorsorge Stand 1. Januar 2024	4	9	30	43
Transfer zu LECL Stufe 2	-1	1	-	-
Transfer zu 12-Monats-ECL	7	-7	-	-
Auflösungen aufgrund von Abgängen und sonstigen Verminderungen	-15	-11	-17	-43
Zuführungen aufgrund von Neuzugängen und sonstigen Erhöhungen	9	20	5	34
Verbrauch	-	-	-6	-6
Risikovorsorge Stand 31. Dezember 2024	4	12	12	28
davon Rückstellungen für Eventual- verbindlichkeiten	-	-	7	7
davon Rückstellungen für Unwiderrufliche Kreditzusagen	4	12	5	21

46. Restlaufzeitengliederung der Finanzinstrumente

Bei der Ermittlung der Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten zur Darstellung des Liquiditätsrisikos werden die vertraglich vereinbarten Fälligkeitstermine der undiskontierten Cashflows zugrunde gelegt.

Restlaufzeitengliederung

(Mio. €)	2025					Gesamt
	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	110	324	640	1.149	263	2.486
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.481	4.248	2.687	1.620	865	13.901
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	1.071	550	5.575	55	7.251
Negative Marktwerte der Hedge-Derivate	-	6	1	12	13	32
Handelsspassiva	-	32	15	49	15	111
davon: Derivate	-	32	15	44	11	102
Sonstige Passiva	4	22	20	87	-	133
Nachrangkapital	-	6	30	564	572	1.172
Eventualverbindlichkeiten	790	-	-	-	-	790
Unwiderrufliche Kreditzusagen	4.273	-	-	-	-	4.273
Gesamt	9.658	5.709	3.943	9.056	1.783	30.149

Restlaufzeitengliederung

(Mio. €)	2024					Gesamt
	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	57	438	1.032	2.031	311	3.869
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.296	4.655	3.103	1.552	825	15.431
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	1.143	1.263	6.601	121	9.128
Negative Marktwerte der Hedge-Derivate	-	5	1	18	23	47
Handelsspassiva	-	130	107	185	13	435
davon: Derivate	-	130	107	184	10	431
Sonstige Passiva	4	34	22	53	1	114
Nachrangkapital	-	8	28	156	991	1.183
Eventualverbindlichkeiten	713	-	-	-	-	713
Unwiderrufliche Kreditzusagen	4.478	-	-	-	-	4.478
Gesamt	10.548	6.413	5.556	10.596	2.285	35.398

Eine ausführliche Beschreibung des Liquiditätsmanagements erfolgt im Risikobericht des zusammengefassten Lageberichts der Bank.

47. Angaben zum Fair Value nach IFRS 7 und nach IFRS 13**I. Fair Values von Finanzinstrumenten**

Nachfolgend werden die Fair Values der finanziellen Vermögenswerte und Schulden nach den Klassen von Finanzinstrumenten dargestellt, den Buchwerten gegenübergestellt und in die drei Stufen der Bewertungshierarchie nach IFRS 13 aufgeteilt.

Fair Values von Finanzinstrumenten**Aktiva**

(Mio. €)	2025				
	Buchwert	Fair Value	Level 1	Level 2	Level 3
FVOCI-verpflichtend	7.854	7.854	4.739	2.868	247
Barreserve	38	38	38	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	2	2	-	2	-
Forderungen an Kunden	362	362	-	362	-
Finanzanlagen	7.452	7.452	4.701	2.504	247
FVPL-designiert	39	39	-	39	-
Finanzanlagen	39	39	-	39	-
FVPL Handel	151	151	-	148	3
Handelsaktiva	151	151	-	148	3
FVPL Sonstige	354	354	104	72	178
Forderungen an Kunden	103	103	-	-	103
Finanzanlagen	251	251	104	72	75
AC Vermögenswerte	19.413	19.599	-	3.492	16.107
Barreserve	2.424	2.424	-	2.424	-
Forderungen an Kreditinstitute	541	541	-	539	2
Forderungen an Kunden	16.245	16.433	-	419	16.014
Finanzanlagen	114	112	-	69	43
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	48	48	-	-	48
Sonstige Aktiva	41	41	-	41	-
Ohne IFRS 9-Kategorie	19	19	-	-	-
Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften	19	19	n.r.	n.r.	n.r.
Gesamt Aktiva	27.830	28.016	4.843	6.619	16.535

Die Buchwerte der Forderungen an Kreditinstitute und der Forderungen an Kunden mit der Kategorie AC HTC sind vermindert um die bilanzielle Risikovorsorge dargestellt, da der Fair Value ebenfalls eventuelle Wertminderungen berücksichtigt.

Fair Values von Finanzinstrumenten**Aktiva**

(Mio. €)	2024				
	Buchwert	Fair Value	Level 1	Level 2	Level 3
FVOCI-verpflichtend	8.392	8.392	4.496	3.444	452
Barreserve	-	-	-	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	5	5	-	5	-
Forderungen an Kunden	371	371	-	371	-
Finanzanlagen	8.016	8.016	4.496	3.068	452
FVPL-designiert	38	38	-	38	-
Finanzanlagen	38	38	-	38	-
FVPL Handel	225	225	-	195	30
Handelsaktiva	225	225	-	195	30
FVPL Sonstige	472	472	200	72	200
Forderungen an Kunden	134	134	-	1	133
Finanzanlagen	338	338	200	71	67
AC Vermögenswerte	23.658	23.754	-	4.433	19.321
Barreserve	3.085	3.085	-	3.085	-
Forderungen an Kreditinstitute	709	709	-	700	9
Forderungen an Kunden	19.675	19.769	-	521	19.248
Finanzanlagen	131	133	-	69	64
Sonstige Aktiva	58	58	-	58	-
Ohne IFRS 9-Kategorie	26	26	-	-	-
Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften	26	26	n.r.	n.r.	n.r.
Gesamt Aktiva	32.811	32.907	4.696	8.182	20.003

Fair Values von Finanzinstrumenten**Passiva**

(Mio. €)	2025				
	Buchwert	Fair Value	Level 1	Level 2	Level 3
FVPL-designiert	294	294	-	217	77
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14	14	-	10	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	183	183	-	119	64
Verbriefte Verbindlichkeiten	97	97	-	88	9
FVPL Handel	102	102	-	100	2
Handelspassiva	102	102	-	100	2
AC Verbindlichkeiten	23.850	23.872	-	21.751	2.121
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.402	2.333	-	816	1.517
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.300	13.309	-	13.298	11
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.153	7.208	-	6.615	593
Sonstige Passiva	100	100	-	100	-
Nachrangkapital	895	922	-	922	-
Ohne IFRS 9-Kategorie	39	39	-	39	-
Negative Marktwerte der Hedge-Derivate	39	39	-	39	-
Gesamt Passiva	24.285	24.307	-	22.107	2.200

Fair Values von Finanzinstrumenten**Passiva**

(Mio. €)	2024				
	Buchwert	Fair Value	Level 1	Level 2	Level 3
FVPL-designiert	272	272	-	188	84
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4	4	-	-	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	145	145	-	75	70
Verbriefte Verbindlichkeiten	123	123	-	113	10
FVPL Handel	309	309	-	306	3
Handelspassiva	309	309	-	306	3
AC Verbindlichkeiten	28.596	28.514	-	24.687	3.827
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.714	3.598	-	1.190	2.408
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14.875	14.881	-	14.803	78
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.005	8.997	-	7.656	1.341
Sonstige Passiva	77	77	-	77	-
Nachrangkapital	925	961	-	961	-
Ohne IFRS 9-Kategorie	58	58	-	58	-
Negative Marktwerte der Hedge-Derivate	58	58	-	58	-
Gesamt Passiva	29.235	29.153	-	25.239	3.914

Zum Ende der Berichtsperiode fanden Transfers zwischen den Hierarchiestufen bei den Finanzinstrumenten, die zum Fair Value bilanziert werden, statt. Die Transfers sind nachfolgend mit den Buchwerten zum Zeitpunkt des Transfers je Klasse von Finanzinstrumenten angegeben.

Transfer Aktiv

(Mio. €) 2025	Wechsel in Level 1	Wechsel aus Level 1	Wechsel in Level 2	Wechsel aus Level 2	Wechsel in Level 3	Wechsel aus Level 3
Finanzanlagen						
davon FVOCI-verpflichtend	44	-219	394	-44	-	-175
davon FVPL Sonstige	1	-16	16	-1	-	-
Gesamt	45	-235	410	-45	-	-175

Transfer Aktiv

(Mio. €) 2024	Wechsel in Level 1	Wechsel aus Level 1	Wechsel in Level 2	Wechsel aus Level 2	Wechsel in Level 3	Wechsel aus Level 3
Handelsaktiva (FVPL Handel)	-	-	1	-	-	-1
Finanzanlagen						
davon FVOCI-verpflichtend	-205	-500	563	129	76	-63
davon FVPL Sonstige	-4	-41	41	4	-	-
Gesamt	-209	-541	605	133	76	-64

Transfer Passiv

In der Berichtsperiode sowie in der Vorjahresperiode lagen keine passiven Transfers vor.

IFRS 13 enthält die Vorgaben zur Fair-Value-Ermittlung, die durch IDW RS HFA 47 weiter konkretisiert werden.

Dies beinhaltet auch die Leitlinien zur Zuordnung der Inputfaktoren zu den Leveln der Fair-Value-Hierarchie. Für die Bewertung von verzinslichen Wertpapieren, für die der OTC-Markt der maßgebliche Markt ist, werden in der Hamburg Commercial Bank Preise von Preis-Service-Agenturen wie Bloomberg oder Reuters verwendet. Im Sinne des IFRS 13 bzw. des IDW RS HFA 47 sind Durchschnittspreise, die auf Basis bindender Angebote oder transaktionsbasierter Preise ermittelt wurden, Level 2-Inputfaktoren.

Entsprechend kam es in der Berichtsperiode bei verzinslichen Wertpapieren – abhängig von den zur Bewertung verwendeten Preisen – zu Umklassifizierungen von Level 1 in Level 2 und umgekehrt. Ergänzend kam es durch liquidere Preisquellen zu einem Wechsel einzelner EUR-denominierter Verbriefungen von Level 3 in Level 2.

Nachfolgend wird die Überleitungsrechnung für alle Vermögenswerte und Schulden, die zum Fair Value bilanziert werden und dem Level 3 in der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet werden, dargestellt. Die Darstellung erfolgt vom Periodenanfang zum Periodenende und berücksichtigt sämtliche Bewegungen der Vermögenswerte und Schulden, sofern diese dem Level 3 innerhalb der Berichtsperiode zugeordnet waren bzw. sind.

Überleitungsrechnung Aktiv

(Mio. €)	Ergebniswirksame Bestandsveränderung		Mengenmäßige Bestandsveränderung		Mengenmäßige Bestandsveränderung		Transfers		Umbuchung/ Umkate- gorisierung	Wechselkurs- änderungen	31. Dezember 2025	Ergebnis von Vermögens- werten, die zum 31. Dezember 2025 im Bestand waren	
	1. Januar 2025	Erfolgs- wirksames Ergebnis (GuV)	OCI-Rücklage	Käufe	Verkäufe	Emissionen	Settlements	Aus Stufe 3					In Stufe 3
2025													
Bilanzposition/Kategorie/Instrumentenart													
Forderungen an Kunden													
davon FVPL Sonstige	133	3	-	2	-	-	-25	-	-	1	-11	103	3
Handelsaktiva													
davon FVPL Handel	30	3	-	-	-20	-	-7	-	-	-	-3	3	2
Finanzanlagen													
davon FVOCI-verpflichtend	452	1	-1	204	-229	-	-	-175	-	-	-5	247	-
davon FVPL Sonstige	67	-6	-	16	-	-	-1	-	-	-	-1	75	-6
Gesamt	682	1 ¹⁾	-1	222	-249	-	-33	-175	-	1	-20	428	-1

¹⁾ Von dem erfolgswirksamen GuV-Ergebnis entfallen -2 Mio. € auf das Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten, -1 Mio. € auf das Finanzanlageergebnis und 4 Mio. € auf das Zinsergebnis.

Überleitungsrechnung Aktiv

(Mio. €)	Ergebniswirksame Bestandsveränderung		Mengenmäßige Bestandsveränderung		Mengenmäßige Bestandsveränderung		Transfers		Umbuchung/ Umkate- gorisierung	Wechselkurs- änderungen	31. Dezember 2024	Ergebnis von Vermögens- werten, die zum 31. Dezember 2024 im Bestand waren	
	1. Januar 2024	Erfolgs- wirksames Ergebnis (GuV)	OCI-Rücklage	Käufe	Verkäufe	Emissionen	Settlements	Aus Stufe 3					In Stufe 3
2024													
Bilanzposition/Kategorie/Instrumentenart													
Forderungen an Kunden													
davon FVPL Sonstige	136	11	-	-	-8	-	-12	-	-	-	6	133	3
Handelsaktiva													
davon FVPL Handel	3	-1	-	29	-	-	-	-1	-	-	-	30	-1
Finanzanlagen													
davon FVOCI-verpflichtend	515	-	3	-	-5	105	-184	-63	76	-	5	452	-
davon FVPL Sonstige	92	6	-	-	-30	-	-1	-	-	-	-	67	6
Gesamt	746	16 ¹⁾	3	29	-43	105	-197	-64	76	-	11	682	8

¹⁾ Von dem erfolgswirksamen GuV-Ergebnis entfallen 12 Mio. € auf das Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten und 4 Mio. € auf das Zinsergebnis.

Überleitungsrechnung Passiv

(Mio. €)	Ergebniswirksame Bestandsveränderung		Mengenmäßige Bestandsveränderung		Mengenmäßige Bestandsveränderung		Transfers			Umbuchung/ Umkate- gorisierung	Wechselkurs- änderungen	31. Dezember 2025	Ergebnis von Vermögens- werten, die zum 31. Dezember 2025 im Bestand waren
	1. Januar 2025	Erfolgs- wirksames Ergebnis (GuV)	Erfolgs- neutrales Ergebnis	Käufe	Verkäufe	Neu- geschäft	Settlements	Aus Stufe 3	In Stufe 3				
2025													
Bilanzposition/Kategorie/Instrumentenart													
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten													
davon FVPL-designiert	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden													
davon FVPL-designiert	70	5	-	-	-	-	-11	-	-	-	-	64	5
Verbriefte Verbindlichkeiten													
davon FVPL-designiert	10	-	-	-	-1	-	-	-	-	-	-	9	-
Handelsspassiva													
davon FVPL Handel	3	-1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-1
Gesamt	87	4 ¹⁾	-	-	-1	-	-11	-	-	-	-	79	4

¹⁾ Von dem erfolgswirksamen GuV-Ergebnis entfallen 2 Mio.€ auf das Zinsergebnis und 2 Mio. € auf das Ergebnis aus FVPL-kategorisierten Finanzinstrumenten.

Überleitungsrechnung Passiv

(Mio. €)	Ergebniswirksame Bestandsveränderung		Mengenmäßige Bestandsveränderung		Mengenmäßige Bestandsveränderung		Transfers			Umbuchung/ Umkate- gorisierung	Wechselkurs- änderungen	31. Dezember 2024	Ergebnis von Vermögens- werten, die zum 31. Dezember 2024 im Bestand waren
	1. Januar 2024	Erfolgs- wirksames Ergebnis (GuV)	Erfolgs- neutrales Ergebnis	Käufe	Verkäufe	Neu- geschäft	Settlements	Aus Stufe 3	In Stufe 3				
2024													
Bilanzposition/Kategorie/Instrumentenart													
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten													
davon FVPL-designiert	3	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden													
davon FVPL-designiert	72	-	-	-	-	-	-2	-	-	-	-	70	-
Verbriefte Verbindlichkeiten													
davon FVPL-designiert	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10	-
Handelsspassiva													
davon FVPL Handel	4	-1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-1
Gesamt	89	-	-	-	-	-	-2	-	-	-	-	87	-

II. Angaben zu signifikanten nicht beobachtbaren Parametern**QUANTITATIVE ANGABEN ZU SIGNIFIKANTEN NICHT BEOBACHTBAREN PARAMETERN**

Die folgende Übersicht enthält quantitative Angaben zu signifikanten nicht beobachtbaren Parametern.

Fair Value

(Mio. €) 2025		Ver- mögens- werte	Verbind- lichkeiten	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne
Forderungen an Kunden	FVPL Sonstige	103		DCF-Verfahren	Spread Kredite (bps)	709–1793
					Spread Anleihen (bps)	44–107,30
Handelsaktiva/ Handelsspassiva	FVPL Handel	3	2	Options- preismodell	Swaptionvolatilität (bps)	21,78–69,80
					Cap/Floor Volatilität (bps)	22,10–214,60
				DCF-Verfahren	Spread Anleihen (bps)	44–107,30
Finanzanlagen	FVPL Sonstige	75		Preis	Preis (bps)	1–99
				DCF-Verfahren	Spread Anleihen (bps)	44–107,30
	FVOCI- verpflichtend	247		Preis	Preis (bps)	1–99
				DCF-Verfahren	Spread Anleihen (bps)	44–107,30
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FVPL- designiert		4	Options- preismodell	Swaptionvolatilität (bps)	21,78–69,80
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	FVPL- designiert		64	Options- preismodell	Swaptionvolatilität (bps)	21,78–69,80
Verbriefte Verbindlichkeiten	FVPL- designiert		9	Options- preismodell	Swaptionvolatilität (bps)	21,78–69,80
Gesamt		428	79			

Fair Value

(Mio. €) 2024		Ver- mögens- werte	Verbind- lichkeiten	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne
Forderungen an Kunden	FVPL Sonstige	133		DCF-Verfahren	Spread Loans	450–1.649 bps
					Spread Bonds	0–315 bps
Handelsaktiva/ Handelsspassiva	FVPL Handel	30	3	DCF-Verfahren	Spread Loans	450–1.649 bps
				Options- preismodell	Swaption- volatilität	11,55 %–16,31 %
Finanzanlagen	FVPL Sonstige	67		Preis	Preis	1–99 bps
				DCF-Verfahren	Spread Bonds	0–315 bps
	FVOCI- verpflichtend	452		Preis	Preis	1–99 bps
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FVPL- designiert		4	Options- preismodell	Swaption- volatilität	11,55 %–16,31 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	FVPL- designiert		70	Options- preismodell	Swaption- volatilität	11,55 %–16,31 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	FVPL- designiert		10	Options- preismodell	Swaption- volatilität	11,55 %–16,31 %
Gesamt		682	87			

Die für Derivate genannten Spannen für Korrelationen und Volatilitäten decken Derivate mit verschiedenen Arten von Referenzwerten, Tenoren und Ausübungspreisen ab.

Die Übersicht berücksichtigt auch Finanzinstrumente, deren Wertveränderung aus den nicht am Markt beobachtbaren Parametern aufgrund ökonomischer Sicherungsbeziehungen (auf Mikroebene) keine GuV-Wirkung entfaltet. Wertänderungen, die auf den jeweils relevanten Parameter zurückzuführen sind, werden für diese Finanzinstrumente durch Wertänderungen von Sicherungsderivaten kompensiert.

SENSITIVITÄTEN DER FAIR VALUES IN ABHÄNGIGKEIT VON NICHT BEOBACHTBAREN PARAMETERN

Nachfolgend wird beschrieben, wie sich Fair Values von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen signifikanter nicht beobachtbarer Parameter ändern können.

KORRELATIONEN

Korrelationen können bei der Bewertung von Derivaten einen wesentlichen nicht beobachtbaren Parameter darstellen. Sie sind ein Maß für die Abhängigkeit von Wertänderungen zwischen zwei Referenzwerten. Die Korrelation stellt einen wesentlichen Parameter bei der modellbasierten Ermittlung des Fair Values von Derivaten mit mehr als einem Referenzwert (Underlying) dar. Finanzinstrumente dieser Art sind beispielsweise Derivate mit mehreren Währungen (FX-basket-Derivate) oder mehreren Aktien als Referenzwerten (Equity-basket-Derivate). Währungskorrelationen beschreiben den Zusammenhang zwischen der Wertentwicklung mehrerer Währungen. Aktienkorrelationen drücken den Zusammenhang zwischen den Renditen verschiedener Aktien aus. Ein hoher Korrelationsgrad bedeutet, dass ein enger Zusammenhang zwischen den Wertentwicklungen der jeweiligen Referenzwerte besteht.

Änderungen von Korrelationen können sich in Abhängigkeit von der Art des Derivats positiv oder negativ auf den Fair Value auswirken. Zum Beispiel führt bei einem „Best of Two“-Derivat ein Anstieg der Korrelation zwischen den beiden Referenzwerten dazu, dass der Fair Value des Derivats aus der Perspektive des Käufers sinkt.

VOLATILITÄTEN

Volatilitäten können bei der Bewertung von Optionen ebenfalls einen wesentlichen nicht beobachtbaren Parameter darstellen. Sie drücken aus, wie stark der Referenzwert im Zeitablauf schwankt. Die Höhe der

Volatilitäten hängt von der Art des Referenzwerts, seinem Tenor und dem für die Option vereinbarten Ausübungspreis ab.

Der Fair Value von Optionen erhöht sich typischerweise, wenn die Volatilität steigt. Die Sensitivität des Fair Values von Optionen bei Änderungen der Volatilität ist unterschiedlich ausgeprägt. Beispielsweise ist die Sensitivität auf den Fair Value bei Änderungen der Volatilität vergleichsweise hoch, wenn sich der Preis des Referenzwerts nahe am vereinbarten Ausübungspreis befindet (at-the-money). Die Sensitivität bei Volatilitätsänderungen ist demgegenüber geringer, wenn der Preis des Referenzwerts weit vom Ausübungspreis entfernt ist (far-out-of-the-money oder far-in-the-money).

PREIS

Preise können bei der Bewertung von Finanzinstrumenten einen wesentlichen nicht beobachtbaren Parameter darstellen. Bei diesen Preisen handelt es sich dann um Preisbildungsinformationen Dritter im Sinne des IFRS 13.93(d) Satz 4, wobei die Bank zur Bemessung des beizulegenden Zeitwerts des jeweiligen Finanzinstruments keine quantitativen, nicht beobachtbaren Inputfaktoren erzeugt. Weitergehende quantitative Angaben zu diesen Inputfaktoren sind aus diesem Grund nicht notwendig. Der Fair Value erhöht sich, wenn der Preis sich erhöht, und er sinkt, wenn der Preis sich verringert.

Wechselwirkungen zwischen nicht beobachtbaren Parametern

Zwischen nicht beobachtbaren Parametern können grundsätzlich Wechselwirkungen bestehen. Sofern bei der Ermittlung des Fair Values mehrere nicht beobachtbare Parameter verwendet werden, kann durch die zum Ansatz gebrachte Ausprägung für einen der relevanten nicht beobachtbaren Parameter die Spanne der möglichen Ausprägungen für einen anderen nicht beobachtbaren Parameter eingeschränkt oder ausgeweitet werden.

Effekte nicht beobachtbarer Parameter

Wenn in die Bewertung eines Finanzinstruments nicht beobachtbare Parameter einfließen, ist der ermittelte Fair Value zwar gemäß einer Ermessensentscheidung der Bank der beste Schätzwert, aber insoweit subjektiv, als auch alternative Möglichkeiten für die Parameterwahl vorliegen können, die nicht durch beobachtbare Marktdaten widerlegt werden können. Für viele der berücksichtigten Finanzinstrumente (zum Beispiel Derivate) sind die nicht beobachtbaren Parameter nur eine Teilmenge der für die Bewertung insgesamt erforderlichen Parameter. Die verbleibenden Parameter sind beobachtbare Parameter.

Eine alternative Parameterwahl für die nicht beobachtbaren Parameter gemäß den äußeren Werten einer möglichen Spannweite hätte bestimmte Effekte auf die Fair Values der betroffenen Finanzinstrumente gehabt. Die vorteilhaften und unvorteilhaften Fair-Value-Änderungen sind durch Neuberechnung der Fair Values aufgrund möglicher alternativer Werte zu den relevanten nicht beobachtbaren Parametern ermittelt worden.

Dabei wurden die Zinsvolatilitäten um +/-5 %, alle Korrelationen um +/-20 % (gecappt bei +/-100 %), Preisparameter um +/-2 % und Spreads um +/-50 bp geändert. Hierdurch hätte sich dann in Summe ein positiver/negativer Effekt auf die Fair Values der betroffenen Finanzinstrumente in Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr (korrigiert): 16 Mio. €) ergeben. Dieser entfällt in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr (korrigiert): 6 Mio. €) als Ertrag/Aufwand auf die GuV und in Höhe von 5 Mio. € auf die Neubewertungsrücklage (Vorjahr (korrigiert): 10 Mio. € GuV).

III. Day One Profit and Loss

Die Day-One-Profit-and-Loss-Reserve entwickelte sich wie folgt:

(Mio. €)	2025	2024
Bestand zum 1. Januar	4	4
Erfolgsneutrale Zuführungen		-
Erfolgswirksame Auflösungen	2	-
Bestand zum 31. Dezember	2	4

Die Day-One-Profit-and-Loss-Reserve entfällt ausschließlich auf Finanzinstrumente der Kategorie FVPL Handel.

48. Saldierung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden saldiert und als Nettobetrag in der Bilanz ausgewiesen, wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Rechtsanspruch darauf besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und die Absicht besteht, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Realisierung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

Nachfolgend sind sowohl die bilanzierten Finanzinstrumente dargestellt, die zum Bilanzstichtag saldiert wurden, als auch Finanzinstrumente, die einer rechtlich durchsetzbaren Globalverrechnungsvereinbarung unterliegen, unabhängig davon, ob die betreffenden Finanzinstrumente in der Bilanz tatsächlich saldiert wurden. In der Hamburg Commercial Bank gebräuchliche Rahmenverträge sind Rahmenverträge für Wertpapierpensionsgeschäfte sowie für OTC-Geschäfte (ISDA-Master-Agreements) und der Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte (DRV). Diese sehen eine Verrechnung der gegenseitigen Ansprüche und Verpflichtungen nur im Fall der auf bestimmten Ereignissen beruhenden Kündigung sämtlicher Einzelgeschäfte unter einem Rahmenvertrag vor und berechtigen daher nicht zu einer Saldierung der bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Für bestimmte OTC-Derivate hat die Hamburg Commercial Bank Clearing-Vereinbarungen mit Brokern abgeschlossen, die ihr den Zugang zu zentralen Gegenparteien (Clearingstellen) ermöglichen. Die vertraglichen Regelungen beinhalten für diese Geschäfte einen jederzeit durchsetzbaren Rechtsanspruch zur Verrechnung der finanziellen Vermögenswerte und der finanziellen Verbindlichkeiten und führen somit in Übereinstimmung mit IAS 32.42 zu einer bilanziellen Saldierung der positiven und negativen Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente und der in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden enthaltenen gestellten und erhaltenen Barsicherheiten.

Darüber hinaus werden aufgrund von Nettingvereinbarungen tatsächlich genettete Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden aus echten Wertpapierpensionsgeschäften gezeigt.

Finanzielle Vermögenswerte

(Mio. €) 2025	Brutto- buchwert	Bruttobuch- betrag aus Saldierung	Nettobetrag	Bruttobetrag, Saldierungs- kriterien nicht erfüllt	Erhaltene Sicherheiten	Nettobetrag nach Sicherheiten
Forderungen an Kreditinstitute	180	6	174	-	80	94
Forderungen an Kunden	5	-	5	-	5	-
Derivate	345	208	137	25	18	94

Von dem in der Bilanz ausgewiesenen Nettobetrag der Derivate entfallen 0 Mio. € auf Positive Marktwerte der Hedge-Derivate und 137 Mio. € auf Handelsaktiva.

Finanzielle Verbindlichkeiten

(Mio. €) 2025	Brutto- buchwert	Bruttobuch- betrag aus Saldierung	Nettobetrag	Bruttobetrag, Saldierungs- kriterien nicht erfüllt	Gestellte Sicherheiten	Nettobetrag nach Sicherheiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	939	107	832	-	29	803
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	-	-	-	-
Derivate	236	107	129	25	75	29

Von dem in der Bilanz ausgewiesenen Nettobetrag der Derivate entfallen 39 Mio. € auf Negative Marktwerte der Hedge-Derivate und 90 Mio. € auf Handelspassiva.

Finanzielle Vermögenswerte

(Mio. €) 2024	Brutto- buchwert	Bruttobuch- betrag aus Saldierung	Nettobetrag	Bruttobetrag, Saldierungs- kriterien nicht erfüllt	Erhaltene Sicherheiten	Nettobetrag nach Sicherheiten
Forderungen an Kreditinstitute	432	24	408	-	258	150
Forderungen an Kunden	11	-	11	-	11	-
Derivate	540	376	164	33	11	120

Von dem in der Bilanz ausgewiesenen Nettobetrag der Derivate entfallen 0 Mio. € auf Positive Marktwerte der Hedge-Derivate und 164 Mio. € auf Handelsaktiva.

Finanzielle Verbindlichkeiten

(Mio. €) 2024	Brutto- buchwert	Bruttobuch- betrag aus Saldierung	Nettobetrag	Bruttobetrag, Saldierungs- kriterien nicht erfüllt	Gestellte Sicherheiten	Nettobetrag nach Sicherheiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.888	152	1.736	-	53	1.683
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	-	-	-	-
Derivate	596	248	348	33	228	87

Von dem in der Bilanz ausgewiesenen Nettobetrag der Derivate entfallen 58 Mio. € auf Negative Marktwerte der Hedge-Derivate und 290 Mio. € auf Handelspassiva.

49. Kreditrisikoanalyse finanzieller Vermögenswerte**I. Kreditqualität**

Die folgende Tabelle beinhaltet Informationen zur Kreditqualität aller von der Bank gehaltenen Finanzinstrumente. Dabei stellt die folgende Tabelle die Kreditrisiko-Exposures dar, indem die Bruttobuchwerte der finanziellen Vermögenswerte und Nominale der außerbilanziellen Geschäfte nach der Kreditrisikostufe aufgliedert und den Ratingklassen zugeordnet werden. Basis ist hier die DSGVO-Masterskala, die in allen Ratingverfahren gleichermaßen verwendet wird.

Kreditqualität

(Mio. €) 2025	1(AAA) bis 1(AA+)	1(AA) bis 1(A-)	2 bis 5	6 bis 9	10 bis 12	13 bis 15	16 bis 18	Gesamt
Finanzinstrumente ohne signifikant verschlechterte Kreditqualität (12-Monats-ECL)								
Barreserve								
davon AC Vermögenswerte	2.424	-	-	-	-	-	-	2.424
davon FVOCI-verpflichtend	13	25	-	-	-	-	-	38
Forderungen an Kreditinstitute								
davon AC Vermögenswerte	101	415	1	24	-	-	-	541
davon FVOCI-verpflichtend	2	-	-	-	-	-	-	2
Forderungen an Kunden								
davon AC Vermögenswerte	181	2.010	5.850	5.047	623	59	-	13.770
davon FVOCI-verpflichtend	317	45	-	-	-	-	-	362
Finanzanlagen								
davon AC Vermögenswerte	-	43	41	30	-	-	-	114
davon FVOCI-verpflichtend	2.603	4.531	265	53	-	-	-	7.452
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen								
davon AC Vermögenswerte	-	-	48	-	-	-	-	48
Sonstige Aktiva								
davon AC Vermögenswerte	-	41	-	-	-	-	-	41
Ohne Haltekategorie								
Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften	-	19	-	-	-	-	-	19
Eventualverbindlichkeiten	48	283	241	147	12	-	-	731
Unwiderrufliche Kreditzusagen	86	697	1.769	1.290	148	9	-	3.999
Finanzinstrumente mit signifikant verschlechterter Kreditqualität (LECL Stufe 2)								
Forderungen an Kunden								
davon AC Vermögenswerte	-	-	200	812	872	285	-	2.169
Ohne Haltekategorie								
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-	25	20	2	-	47
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-	-	28	85	101	28	-	242
Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)								
Forderungen an Kunden								
davon AC Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	581	581
Ohne Haltekategorie								
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-	-	-	-	12	12
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-	-	-	-	-	-	32	32
Gesamt	5.775	8.109	8.443	7.513	1.776	383	625	32.624

Den vereinfachten Ansatz nach IFRS 9.5.5.15 wendet die Bank nicht an, sodass die Angabe nach IFRS 7.35 M(b)(iii) nicht relevant ist.

Kreditqualität

(Mio. €) 2024	1(AAA) bis 1(AA+)	1(AA) bis 1(A-)	2 bis 5	6 bis 9	10 bis 12	13 bis 15	16 bis 18	Gesamt
Finanzinstrumente ohne signifikant verschlechterte Kreditqualität (12-Monats-ECL)								
Barreserve								
davon AC Vermögenswerte	3.085	-	-	-	-	-	-	3.085
Forderungen an Kreditinstitute								
davon AC Vermögenswerte	62	626	5	16	-	-	-	709
davon FVOCI-verpflichtend	5	-	-	-	-	-	-	5
Forderungen an Kunden								
davon AC Vermögenswerte	188	2.588	6.772	6.539	335	233	-	16.655
davon FVOCI-verpflichtend	326	45	-	-	-	-	-	371
Finanzanlagen								
davon AC Vermögenswerte	-	63	69	-	-	-	-	132
davon FVOCI-verpflichtend	1.951	5.474	534	58	-	-	-	8.017
Sonstige Aktiva								
davon AC Vermögenswerte	-	58	-	-	-	-	-	58
Ohne Haltekategorie								
Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften	-	26	-	-	-	-	-	26
Eventualverbindlichkeiten	27	229	217	155	2	-	-	630
Unwiderrufliche Kreditzusagen	22	1.190	1.513	1.334	113	22	-	4.194
Finanzinstrumente mit signifikant verschlechterter Kreditqualität (LECL Stufe 2)								
Forderungen an Kunden								
davon AC Vermögenswerte	-	11	136	1.239	681	630	-	2.697
Finanzanlagen								
Ohne Haltekategorie								
Eventualverbindlichkeiten	-	-	6	21	28	7	-	62
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-	-	11	135	98	22	-	266
Beeinträchtigte Bonität (LECL Stufe 3)								
Forderungen an Kunden								
davon AC Vermögenswerte	-	-	-	-	-	22	648	670
Ohne Haltekategorie								
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-	-	-	-	22	22
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-	-	-	-	-	-	18	18
Gesamt	5.666	10.310	9.263	9.497	1.257	936	688	37.617

II. Kreditrisiko-Exposure

Das Kreditrisiko-Exposure entspricht zum Bilanzstichtag mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, wie in Note 45 dargestellt, sowie den Nominalen der außerbilanziellen Verpflichtungen gemäß Note 53.

Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das Kreditrisiko-Exposure dem Buchwert unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen gemäß Note 22. Das maximale Ausfallrisiko der als erfolgswirksam zum Fair Value (FVPL) bilanzierten Kredite oder Forderungen ist nicht durch zugehörige Kreditderivate gemindert.

Sicherheiten sowie sonstige risikomindernde Vereinbarungen sind in diesen Beträgen nicht berücksichtigt.

III. Erhaltene Sicherheiten**A) DAS AUSFALLRISIKO MINIMIERENDE SICHERHEITENWERTE FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE, DIE NICHT DEM WERTMINDERUNGSVORGEHEN UNTERLIEGEN**

Die folgenden Angaben quantifizieren das Ausmaß, zu dem gehaltene Sicherheiten und andere Kreditbesicherungen das maximale Ausfallrisiko von Finanzinstrumenten vermindern, die nicht dem Wertminderungsverfahren gemäß IFRS 9 unterliegen. Für jede Klasse von Finanzinstrumenten ist der das Ausfallrisiko reduzierende Wert der Sicherheit je Sicherheitenart angegeben.

Der Wert der erhaltenen Sicherheit richtet sich, soweit ermittelbar, nach dem objektiven Marktwert. Die Beständigkeit des Werts einer Sicherheit wird dadurch sichergestellt, dass diese nur bis zur Höhe der jeweiligen sicherheitenspezifischen Erlösquote als risikomindernd anerkannt wird.

Die folgende Tabelle zeigt für jede Klasse von Finanzinstrumenten den jeweiligen Buchwert sowie den Wert der das Ausfallrisiko reduzierenden Sicherheit.

Finanzielle Vermögenswerte und deren Sicherheiten

(Mio. €)	Wert der erhaltenen Sicherheit			
	Buchwert	Grund- und Registerpfandrechte	Bürgschaften und Garantien	Sonstige Sicherheiten
2025				
FVPL-designiert				
Finanzanlagen	39	-	-	-
FVPL Sonstige				
Forderungen an Kunden	103	2	-	-
Finanzanlagen	251	-	-	-
FVPL Handel				
Handelsaktiva	151	3	1	48
Ohne Haltekategorie				
Gesamt Aktiva	544	5	1	48

Finanzielle Vermögenswerte und deren Sicherheiten

(Mio. €)		Wert der erhaltenen Sicherheit		
2024	Buchwert	Grund- und Register- pfandrechte	Bürgschaften und Garantien	Sonstige Sicherheiten
FVPL-designiert				
Finanzanlagen	38	-	-	-
FVPL Sonstige				
Forderungen an Kunden	134	-	-	-
Finanzanlagen	338	-	-	-
FVPL Handel				
Handelsaktiva	225	34	2	21
Gesamt Aktiva	735	34	2	21

B) WERTGEMINDERTE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND DEREN SICHERHEITEN

Die folgende Übersicht zeigt das Volumen und die Konzentration der von der Hamburg Commercial Bank zur Verminderung des Ausfallrisikos eingesetzten gehaltenen Sicherheiten und sonstige Kreditbesicherungen für wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte.

(Mio. €)		Wert der erhaltenen Sicherheit		
2025	Buchwert	Grund- und Register- pfandrechte	Bürgschaften und Garantien	Sonstige Sicherheiten
AC Vermögenswerte				
Forderungen an Kunden	581	178	1	83
Ohne Haltekatgorie				
Eventualverbindlichkeiten	12	1	4	-
Unwiderrufliche Kreditzusagen	32	17	-	-
Gesamt Aktiva	625	196	5	83

(Mio. €)		Wert der erhaltenen Sicherheit		
2024	Buchwert	Grund- und Register- pfandrechte	Bürgschaften und Garantien	Sonstige Sicherheiten
AC Vermögenswerte				
Forderungen an Kunden	670	390	1	65
Ohne Haltekatgorie				
Eventualverbindlichkeiten	22	-	2	9
Unwiderrufliche Kreditzusagen	18	-	-	-
Gesamt Aktiva	710	390	3	74

Für Forderungen an Kunden in Höhe von 44 Mio. € (31. Dezember 2024: 1 Mio. €) sind aufgrund der vorhandenen Sicherheiten trotz Ausfalls keine Wertberichtigungen gebildet worden.

Sicherheiten stellen ein zentrales Instrument zur Steuerung von Ausfallrisiken dar. Sie fließen als risikomindernd in die wesentlichen Verfahren zur Steuerung und Überwachung von Ausfallrisiken ein. Die Methoden und Prozesse für die Bewertung und Verwaltung von Sicherheiten sind in der Sicherheitenrichtlinie der Hamburg Commercial Bank festgelegt.

Der Wert der erhaltenen Sicherheit richtet sich, soweit ermittelbar, nach dem objektiven Marktwert. Die Beständigkeit des Werts einer Sicherheit wird dadurch sichergestellt, dass diese nur bis zur Höhe der jeweiligen sicherheitenspezifischen Erlösquote als risikomindernd anerkannt wird. Nur im Sicherheitenkatalog aufgeführte Sicherheiten werden als werthaltige Sicherheiten aufgenommen. Bei Zugang erfolgt die Wertermittlung von als Sicherheiten anerkannten Mobilien und Immobilien durch marktunabhängige Gutachter:innen. Die Werthaltigkeit und Verwertungsmöglichkeiten werden in Abhängigkeit von der Sicherheitenart in festgelegtem Turnus regelmäßig, bei starken Marktschwankungen auch häufiger überprüft.

Sicherheitenwerte werden überwiegend von inländischen Sicherungsgebern gegeben. Die Bonität der Sicherungsgeber bewegt sich hierbei hauptsächlich in den Ratingklassen 1(AAA) bis 1(A-).

Angaben zu den Risikokonzentrationen bei den gegebenen Sicherheiten finden sich im Risikobericht unter dem Kapitel zum Ausfallrisiko.

C) DAVON ERHALTENE SICHERHEITEN, FÜR DIE AUCH OHNE ZAHLUNGSVERZUG KEINE VERFÜGUNGSG- UND VERWERTUNGSBESCHRÄNKUNGEN BESTEHEN

Die Hamburg Commercial Bank hat von Kontrahenten Barsicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von insgesamt 23 Mio. € (31. Dezember 2024: 22 Mio. €) erhalten. Die erhaltenen Sicherheiten entfallen auf außerbörsliche derivative und strukturierte Geschäfte.

Erhaltene Sicherheiten wurden nicht weiterveräußert oder verpfändet. Es bestehen keine Verfügungs- und Verwertungsbeschränkungen. Die Hamburg Commercial Bank ist verpflichtet, die weiterveräußerten und verpfändeten Sicherheiten in voller Höhe an die Sicherheitengeber zurückzugeben.

Die Hamburg Commercial Bank tätigt Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte sowie Triparty-Repogeschäfte auf Basis standardisierter Rahmenverträge mit ausgewählten Kontrahenten. Es gelten dieselben Bedingungen und Besicherungsmodalitäten wie bei übertragenen Sicherheiten.

D) SONSTIGE ERHALTENE SICHERHEITEN

Im Berichtszeitraum wurden, wie im Vorjahr, keine Vermögenswerte aus der Verwertung von Sicherheiten aktiviert.

IV. Abgeschriebene Vermögenswerte, die noch einer Vollstreckungsmaßnahme unterliegen

In der laufenden Berichtsperiode wurden finanzielle Vermögenswerte, die noch einer Vollstreckungsmaßnahme unterliegen, mit dem vertragsrechtlich ausstehenden Betrag von 105 Mio. € (31. Dezember 2024: 289 Mio. €) abgeschrieben.

50. Restrukturierte bzw. modifizierte Kredite

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von Krediten und Kreditzusagen angegeben, die restrukturiert bzw. deren Vertragsbedingungen modifiziert wurden, um den Schuldner trotz finanzieller Schwierigkeiten in die Lage zu versetzen, den Kapitaleinsatz weiterhin bzw. wieder leisten zu können.

Forbearance-Exposure

(Mio. €)	Ratingklasse 1–15	Ratingklasse 16–18	Gesamt
2025			
Forderungen an Kunden	587	451	1.038
Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen	38	32	70
Summe	625	483	1.108

Forbearance-Exposure

(Mio. €) 2024	Ratingklasse 1–15	Ratingklasse 16–18	Gesamt
Forderungen an Kunden	389	537	926
Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen	57	17	74
Summe	446	554	1.000

Auf das hier dargestellte Forderungsvolumen, das mit Forbearance-Maßnahmen belegt ist, wurde für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Bestände bereits in Höhe von 154 Mio. € Risikovorsorge gebildet (Vorjahr: 183 Mio. €).

51. Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten**I. Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten**

Die Hamburg Commercial Bank unterhält Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten im Sinne eines Interests nach IFRS 12, wenn die Hamburg Commercial Bank variablen Rückflüssen auf Basis von Eigenkapital, Fremdkapital, Derivaten, Garantien oder Ähnlichem ausgesetzt ist.

Bei diesen nicht konsolidierten strukturierten Einheiten handelt es sich um ABS-Investments, Verbriefungs- und Refinanzierungsvehikel, Investmentfonds und sonstige strukturierte Einheiten.

Zu insgesamt 86 nicht konsolidierten strukturierten Einheiten (Vorjahr: 115) unterhält die Hamburg Commercial Bank eine Geschäftsbeziehung im Sinne eines Interests. Der Bestandsrückgang von rund 25 % gegenüber dem Vorjahr ist mehrheitlich auf das Auslaufen von Investments in Collateralized Loan Obligations (CLOs) zurückzuführen. Die folgende Tabelle stellt die kumulierten Bilanzsummen der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten dar, mit denen die Hamburg Commercial Bank eine Geschäftsbeziehung im Sinne eines Interests unterhält:

Angaben zur Größe nicht konsolidierter strukturierter Einheiten

	Anzahl		Bilanzsumme (Mio. €)	
	2025	2024	2025	2024
ABS-Investments	33	59	11.844	14.795
Investmentfonds	9	9	12.139	5.131
Verbriefungs- und Refinanzierungsvehikel	22	23	4.727	10.249
Sonstige	22	24	24.502	21.173
Gesamt	86	115	53.212	51.348

Refinanzierungs- und Verbriefungsvehikel refinanzieren ihre Vermögenswerte u. a. über Wertpapiere, SSDs (Promissory Notes) oder Refinanzierungslinien. Diese Gesellschaften betreiben den (revolvierenden) Ankauf und zum Teil die Verbriefung von Darlehens-, Handels- und Leasingforderungen einschließlich der Refinanzierung mit Investoren. Sie finanzieren sich im Wesentlichen durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen (und Schuldscheinen) sowie über Darlehen und Nachrangdarlehen. Des Weiteren bestehen 33 Einheiten im Zusammenhang mit ABS-Investments. ABS-Strukturen finanzieren sich durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen. Zudem sind Investitionen in den ABS-Strukturen mit Sicherheiten hinterlegt. Diese Gesellschaften betreiben den Ankauf und die Verbriefung von Darlehensforderungen einschließlich der Refinanzierung durch Investoren.

Die Geschäftszwecke von Investmentfonds sind im Wesentlichen die Finanzierung von Anlagegütern, Beteiligungen an nicht börsengehandelten Unternehmen und Anteilen an Immobiliensondervermögen. Wesentliche Aktivitäten dieser Investmentfonds sind Research-Tätigkeiten zur Marktanalyse, Investitions- und Desinvestitionsentscheidungen zur Portfolioanpassung sowie das Einwerben von Investoren. Investmentfonds

finanzieren sich über die Ausgabe von Eigenkapital- und Fremdkapitaltiteln. Bei den Investmentfonds handelt es sich um fremd aufgelegte Fonds, denen die Hamburg Commercial Bank im Wesentlichen Kredite gewährt hat.

Der Geschäftszweck der sonstigen strukturierten Einheiten besteht in der Finanzierung von Firmenübernahmen in verschiedenen Wirtschaftssektoren bzw. von direkten Investments in Kreditportfolios mit festgelegten Anlagerichtlinien. Die Refinanzierung der Vehikel erfolgt in der Regel über langfristige, vorrangig besicherte Kredite, bei denen die Bank als Konsorte beteiligt ist.

II. Risiken aus Interests an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Die folgenden Informationen zu Risiken beziehen sich, neben der aktuellen Berichtsperiode, auch auf Risiken, die sich aus Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in früheren Berichtsperioden ergeben.

Die Risiken aus nicht konsolidierten strukturierten Einheiten werden in Form des maximal möglichen Verlusts, der aus diesen Geschäftsbeziehungen auf Basis eines Interests im Sinne des IFRS 12 entstehen kann, dargestellt. Die Hamburg Commercial Bank weist als maximal möglichen Verlust die Buchwerte der Geschäfte aus. Bei unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten entspricht der Buchwert dem Nennwert. Kreditderivate gegenüber nicht konsolidierten strukturierten Einheiten liegen zum Bilanzstichtag nicht vor.

Die folgenden Tabellen zeigen die IFRS-Bruttobuchwerte von Engagements mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten zum 31. Dezember 2025 und zum Vorjahresstichtag, gegliedert nach Bilanzpositionen.

Art der Geschäftsbeziehung

(Mio. €) 2025	Investment- fonds	ABS	Verbriefungs- und Refinan- zierungs- vehikel	Sonstige strukturierte Einheiten	Gesamt
Forderungen an Kunden	240	-	553	541	1.334
Finanzanlagen	-	745	113	-	858
Summe Aktiva	240	745	666	541	2.192
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13	-	2	-	15
Summe Passiva	13	-	2	-	15

Art der Geschäftsbeziehung

(Mio. €) 2024	Investment- fonds	ABS	Verbriefungs- und Refinan- zierungs- vehikel	Sonstige strukturierte Einheiten	Gesamt
Forderungen an Kunden	225	-	760	758	1.743
Finanzanlagen	-	1.057	103	-	1.160
Summe Aktiva	225	1.057	863	758	2.903
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	-	3	19	24
Summe Passiva	2	-	3	19	24

In den o. a. Tabellen sind Kredite, Schuldverschreibungen, Einlagen sowie Derivate gegenüber nicht konsolidierten strukturierten Einheiten enthalten.

Darüber hinaus bestehen maximal mögliche Verluste aus unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 502 Mio. € (Vorjahr: 672 Mio. €), von denen 100 Mio. € aus Investmentfonds (Vorjahr: 5 Mio. €), 0 Mio. € aus ABS-Investments (Vorjahr: 0 Mio. €), 371 Mio. € aus Verbriefungs- und Refinanzierungsvehikeln (Vorjahr: 570 Mio. €) und 31 Mio. € aus Sonstigen strukturierten Einheiten (Vorjahr: 97 Mio. €) resultieren.

Über den maximal möglichen Verlust hinausgehende Risiken aus Geschäftsbeziehungen auf Basis eines Interests im Sinne des IFRS 12.B26 zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten, wie zum Beispiel Vertragsbedingungen, nach denen die Hamburg Commercial Bank finanzielle Unterstützung gewähren müsste, Liquiditätsvereinbarungen, gewährte Garantien oder von der Hamburg Commercial Bank gewährte Unterstützungen bei Schwierigkeiten der Refinanzierung von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten, liegen nicht vor.

Die Hamburg Commercial Bank hat ferner keine Verlustübernahmevereinbarungen mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten getroffen. Aus Geschäftsbeziehungen mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten auf Basis eines Interests im Sinne des IFRS 12 wurden im Wesentlichen Zinserträge für die Gewährung von Krediten sowie Provisionserträge generiert.

III. Sponsoring

Sponsorenbeziehungen im Sinne des IFRS 12 liegen bei der Hamburg Commercial Bank vor, wenn die Hamburg Commercial Bank variablen Rückflüssen ausgesetzt ist, jedoch keine Geschäftsbeziehung im Sinne eines Interests nach IFRS 12 vorliegt. Die Hamburg Commercial Bank ist Sponsor, wenn sie an der Gründung der nicht konsolidierten strukturierten Einheit beteiligt war, wenn sie Hauptprofiteur der Einheit oder wesentlicher Sicherheitennehmer ist, wenn die Hamburg Commercial Bank implizite Garantien stellt oder wenn der Name der Hamburg Commercial Bank Bestandteil des Namens der strukturierten Einheit oder der von ihr emittierten Produkte ist.

Gegenwärtig liegt keine Sponsorenbeziehung im genannten Sinne vor.

IV. Gewährung von Unterstützung

Die Hamburg Commercial Bank hat in der laufenden Berichtsperiode keine nicht konsolidierte strukturierte Einheit finanziell oder anderweitig unterstützt, ohne dazu vertraglich verpflichtet zu sein. Die Hamburg Commercial Bank hat zudem nicht die Absicht, einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit finanzielle Unterstützung zu gewähren bzw. bei der Beschaffung finanzieller Unterstützung durch Dritte zu helfen.

52. Nicht substanziiell modifizierte Finanzinstrumente

Im Rahmen von Modifikationen wird zwischen substanziiellen und nicht substanziiellen Modifikationen unterschieden.

In der folgenden Übersicht werden die fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Risikovorsorge vor Anpassung sowie Nettoergebnisse aller in der Berichtsperiode nicht substanziiell modifizierter Finanzinstrumente der Stufen 2 und 3 gezeigt. Die Gewinne oder Verluste aus der Modifikation beruhen auf der Änderung des Bruttobuchwerts des Finanzinstruments infolge der Modifikation.

Aktiva

(Mio. €)	Fortgeführte Anschaffungskosten für in der Berichtsperiode modifizierte Finanzinstrumente der Stufe 2, 3 vor Modifikation		Gewinne oder Verluste aus der Modifikation in Stufe 2, 3 und POCI der Berichtsperiode	
	2025	2024	2025	2024
AC				
Forderungen an Kunden	106	87	-2	-
Summe	106	87	-2	-

53. Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen**Eventualverbindlichkeiten**

(Mio. €)	2025	2024
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		
Kreditbürgschaften	20	18
Akkreditive	180	133
Sonstige Bürgschaften	590	562
Gesamt	790	713

Kreditzusagen

(Mio. €)	2025	2024
Kreditzusagen für		
Buchkredite an Kreditinstitute	21	19
Buchkredite an Kunden	4.036	4.316
Avalkredite	204	101
Sonstige	12	42
Gesamt	4.273	4.478

Informationen zu übertragenen Sicherheiten werden in Note 54 dargestellt.

Zusätzlich zu den in der Tabelle dargestellten Werten bestehen weitere Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsstreitigkeiten. Der Zugang resultiert aus wenigen, im Berichtsjahr neu hinzugekommenen Rechtsstreitigkeiten aus dem Kreditgeschäft der Bank in Höhe von 91 Mio. € (Vorjahr: 69 Mio. €).

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich ist, und um die Höhe der möglichen Zahlungsverpflichtungen zu schätzen, berücksichtigt die Hamburg Commercial Bank eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand der einzelnen Verfahren, (vorläufige) Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung der Hamburg Commercial Bank und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie der Bank bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche sowie die Gutachten und Einschätzungen von bankinternen wie -externen Rechtsberater:innen und anderen Fachleuten.

Zu den bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich der Risiken aus Rechtsstreitigkeiten wird zusätzlich auf die Note Rückstellungen sowie die Ausführungen im Risikobericht des zusammengefassten Lageberichts verwiesen.

Sonstige Angaben

54. Bericht über das Derivategeschäft

Zur effizienten Risikoabsicherung, zur Ausnutzung von Marktchancen sowie zur Abdeckung der speziellen Finanzierungsbedürfnisse der Kund:innen werden in erheblichem Umfang derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Das Derivategeschäft betreibt die Hamburg Commercial Bank überwiegend mit Kreditinstituten mit Sitz in einem OECD-Land.

Die Darstellung der positiven und negativen Marktwerte erfolgt auf Basis der Nettowerte nach bilanzieller Saldierung gemäß IAS 32.42.

I. Darstellung der Volumina

Derivate Geschäfte mit Zinsrisiken

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Zinsswaps	9.373	13.190	99	130	19	32
Swaption						
Verkäufe	90	42	-	-	3	3
Caps, Floors	3.330	3.828	3	11	2	4
Sonstige Zinstermingeschäfte	38	45	-	7	1	8
Gesamt	12.831	17.105	102	148	25	47

Derivate Geschäfte mit Zins- und Währungsrisiken

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Zinsswaps	1.645	2.252	11	-	-	94
Gesamt	1.645	2.252	11	-	-	94

Derivate Geschäfte mit Währungsrisiken

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Devisentermingeschäfte	4.252	5.913	27	37	36	122
Gesamt	4.252	5.913	27	37	36	122

Kreditderivate

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Sicherungsnehmerposition	-	296	-	-	-	-
Gesamt	-	296	-	-	-	-

Derivate Geschäfte mit strukturierten Produkten

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Zinsswaps	473	608	11	11	39	41
Gesamt	473	608	11	11	39	41

Derivate Geschäfte im Fair Value Hedge Accounting

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	14.766	14.630	-	-	39	58
Gesamt	14.766	14.630	-	-	39	58

II. Kontrahentengliederung**Kontrahentengliederung**

(Mio. €)	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Banken in der OECD	28.743	34.906	42	46	99	301
Banken außerhalb der OECD	-	-	-	-	-	-
Nichtbanken ¹⁾	5.165	5.840	107	148	38	60
Öffentliche Stellen	59	59	2	2	1	2
Gesamt	33.967	40.805	151	196	138	363

¹⁾ Inklusive Börsenkontrakten.**III. Fristengliederung****Fristengliederung**

(Mio. €)	Positive Marktwerte Derivate		Positive Marktwerte Derivate aus Fair Value Hedge		Negative Marktwerte Derivate		Negative Marktwerte Derivate aus Fair Value Hedge	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Restlaufzeit								
bis 3 Monate	25	7	-	-	31	33	-	-
3 Monate bis 1 Jahr	9	3	-	-	6	87	-	-
1 Jahr bis 5 Jahre	25	64	-	-	31	158	-	-
über 5 Jahre	92	122	-	-	31	27	39	58
Gesamt	151	196	-	-	99	305	39	58

55. Angaben zu übertragenen Sicherheiten sowie Transfers von finanziellen Vermögenswerten unter Rückbehalt von Rechten und/oder Pflichten

I. Übertragene Sicherheiten

Die Hamburg Commercial Bank hat zum 31. Dezember 2025 Vermögenswerte, welche die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IFRS 9 nicht erfüllen, als Sicherheiten übertragen. Die als Sicherheit übertragenen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzern-Bilanz ausgewiesen, da die Zins-, Bonitäts- und sonstigen wesentlichen Risiken sowie die Chancen aus Wertzuwachs und Zinsertrag unverändert bei der Hamburg Commercial Bank liegen.

In der folgenden Tabelle werden im Wesentlichen Sicherheiten gezeigt, die für die Besicherung außerbörslicher derivativer Geschäfte sowie für die Besicherung von Mittelaufnahmen bei Notenbanken und anderen Kreditinstituten genutzt werden. Angaben zu Wertpapierpensionsgeschäften sind weiter unten separat dargestellt.

Buchwerte übertragener Sicherheiten

(Mio. €)	2025	2024
Forderungen	1.482	2.282
Forderungen an Kreditinstitute	223	458
Forderungen an Kunden	1.259	1.824
Handelsaktiva/Finanzanlagen	65	64
Gesamt	1.547	2.346

Die Besicherung von Geldmarktkrediten erfolgt im Wesentlichen durch Verpfändung und Übertragung von Wertpapieren in das Pfanddepot der Europäischen Zentralbank. Eine zwischenzeitliche Weiterveräußerung oder eine weitere Verpfändung ist nicht möglich.

Auf Basis von Reporahmenverträgen schließt die Hamburg Commercial Bank zudem national wie international Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die damit verbundenen Verbindlichkeiten werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Kunden bilanziert. Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte werden hinsichtlich der Besicherung durch eine Bewertung der Geschäfte täglich überwacht. Entsteht eine Unterdeckung, kann der Kontrahent von der Hamburg Commercial Bank verlangen, eine zusätzliche Sicherheit zur Erhöhung der Deckungssumme zu leisten. Hat die Hamburg Commercial Bank eine Sicherheit geleistet und verändert sich die Marktlage derart, dass eine Überdeckung entsteht, so ist sie berechtigt, vom Kontrahenten eine Sicherheitenfreigabe zu verlangen. Die geleisteten Sicherheiten (Collaterals) unterliegen der Vollrechtsübertragung, das heißt, der Sicherungsnehmer kann damit grundsätzlich wie ein Eigentümer verfahren und insbesondere Verfügungen in Form von Übereignungen oder Verpfändungen tätigen. Bei einer Wertpapiersicherheit müssen Wertpapiere gleicher Art und Güte („dieselbe Gattung“) belastungsfrei zurückgeliefert bzw. geliefert werden. Eine Rückgabe der gestellten Sicherheiten in Form liquider Mittel ist bei Stellung von Wertpapiersicherheiten nicht zulässig.

Bei Triparty-Repogeschäften sind zwischen der Hamburg Commercial Bank und dem Geschäftspartner die obigen Bedingungen und Besicherungsmodalitäten analog anzuwenden. Die Ausführung der Geschäfte erfolgt hingegen über einen Triparty-Agenten.

Wertpapiere, die im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften als Sicherheit übertragen wurden

(Mio. €)	2025	2024
Buchwert der in Pension gegebenen Wertpapiere	602	1.307
Fair Value der in Pension gegebenen Wertpapiere	602	1.307
Buchwert der besicherten Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	808	1.237
Fair Value der besicherten Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	808	1.235
Nettoposition aus den Fair Values der Wertpapiere und Verbindlichkeiten	-206	72

II. Transfers finanzieller Vermögenswerte unter Rückbehalt von Rechten und/oder Pflichten

Die Hamburg Commercial Bank hat derzeit keine finanziellen Vermögenswerte unter Rückbehalt von Rechten und/oder Pflichten transferiert.

56. Treuhandgeschäft

Nachstehende Tabelle zeigt das Volumen der Treuhandgeschäfte, die nicht in der Bilanz ausgewiesen sind:

Treuhandgeschäft

(Mio. €)	2025	2024
Forderungen an Kunden	19	20
Treuhandvermögen	19	20
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19	20
Treuhandverbindlichkeiten	19	20

57. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Hamburg Commercial Bank unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Hierzu gehören die Fonds und Accounts unter dem Management von Cerberus Capital Management, L.P. sowie von J.C. Flowers & Co. LLC, unter deren maßgeblichem Einfluss die Bank steht.

Darüber hinaus bestehen geschäftliche Beziehungen zu beherrschten, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörigen sowie von diesem Personenkreis beherrschten Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen ausschließlich die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Hamburg Commercial Bank AG.

Die Bank unterhält Pensionspläne für Mitarbeiter:innen, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Es handelt sich dabei u. a. um Kredite, Tages- und Termingelder, Derivate und Wertpapiergeschäfte.

I. Unternehmen, unter deren maßgeblichem Einfluss das Unternehmen steht

Nachfolgend sind die Geschäfte mit Unternehmen, unter deren maßgeblichem Einfluss die Bank steht, ausgewiesen:

Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss – Aktiva

(Mio. €)	2025	2024
Forderungen an Kunden	59	82
Gesamt	59	82

Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss – GuV

(Mio. €)	2025	2024
Zinsüberschuss	4	7
Gesamt	4	7

II. Tochterunternehmen

Nachfolgend sind die Geschäfte mit Tochterunternehmen ausgewiesen:

Tochterunternehmen – Aktiva

(Mio. €)	2025	2024
Forderungen an Kunden	80	-
Risikovorsorge	-11	-
Gesamt	69	-

Tochterunternehmen – Passiva

(Mio. €)	2025	2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	-
Rückstellungen	3	-
Gesamt	5	-

Tochterunternehmen – GuV

(Mio. €)	2025	2024
Zinsüberschuss	1	-
Risikovorsorge	-8	-
Gesamt	-7	-

In der Vorjahresperiode lagen keine wesentlichen Geschäfte mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen vor.

III. Assoziierte Unternehmen

In der Berichts- sowie in der Vorjahresperiode lagen keine wesentlichen Geschäfte mit assoziierten Unternehmen vor.

IV. Gemeinschaftsunternehmen

Nachfolgend sind die Geschäfte mit Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen:

Gemeinschaftsunternehmen – Aktiva

(Mio. €)	2025	2024
Forderungen an Kunden	1	2
Gesamt	1	2

Gemeinschaftsunternehmen – Passiva

(Mio. €)	2025	2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	2
Gesamt	2	2

Gemeinschaftsunternehmen – GuV

(Mio. €)	2025	2024
Ergebnis aus FVPL kategorisierten-Finanzinstrumenten	-1	-
Gesamt	-1	-

V. Weitere nahestehende Personen und Unternehmen

Zum Bilanzstichtag bestanden zu den Personen in Schlüsselpositionen der Hamburg Commercial Bank AG und deren nahen Angehörigen sowie mit den von diesen Personen beherrschten Unternehmen keine wesentlichen Geschäfte.

VI. Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen

Die Hamburg Commercial Bank richtet sich bei der Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen nach der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV). Die fixe Vergütung des Vorstands beinhaltet neben dem Jahresfestgehalt einen Beitrag zur Altersversorgung in Höhe von bis zu 20 % des Jahresfestgehalts, sonstige Nebenleistungen sowie angemessene Sachbezüge.

LANGFRISTIGES VARIABLES VERGÜTUNGSPROGRAMM EINSCHLIESSLICH ANTEILSBASIERTER VERGÜTUNG

Zusätzlich erhält jedes Mitglied des Vorstands eine erfolgsabhängige variable Vergütung. Im Rahmen dieser erhalten die Vorstandsmitglieder 50 % ihres jährlichen Bonus für die vereinbarten Leistungsjahre in bar (Cash Bonus) und 50 % in Form von Aktien (Share Bonus) an der Hamburg Commercial Bank AG.

Die für den Share Bonus (wie auch für den Cash Bonus) maßgeblichen Jahresziele und deren Gewichtungen sollen vom Aufsichtsrat der Bank auf der Grundlage von vereinbarten Zielvorgaben (KPI) spätestens innerhalb der ersten drei Monate des jeweiligen Leistungsjahres festgelegt werden und umfassen Ziele, die sich auf den Gesamterfolg der Bank oder Gruppe, den Erfolg des Vorstandsressorts sowie individuelle Erfolgsziele beziehen. Nach Ablauf des jeweiligen Leistungsjahres ermittelt der Aufsichtsrat die Zielerreichung der Jahresziele sowie unter Berücksichtigung der mehrjährigen Bemessungsgrundlage der variablen Vergütung den Gesamtziel-erreichungsgrad und die daraus resultierende Höhe des Cash Bonus und des Share Bonus in Euro für das jeweilige Leistungsjahr. Zudem legt der Aufsichtsrat anhand einer unabhängigen Bewertung fest, zu welchem Kurs der Share Bonus in Euro in Aktien an der Hamburg Commercial Bank AG umgewandelt wird. Die Übertragung der Aktien erfolgt (wie die Auszahlung des Cash Bonus) zu 40 % im Folgejahr des jeweiligen

Leistungsjahrs, während 60 % einer Zurückbehaltungsfrist (deferral period) von in der Regel fünf, bei neuen Vorstandsmitgliedern aber bis zu sieben Jahren unterliegen, während der die Auszahlung der zurückbehaltenen Komponente jährlich in gleichen anteiligen Tranchen erfolgt. Während der Zurückbehaltung erfolgt eine Rückschauprüfung durch den Aufsichtsrat, weiterhin unterliegen variable Vergütungsbestandteile bis zwei Jahre nach Auszahlung der letzten Tranche einem Rückforderungsvorbehalt (Clawback). Vor der Gewährung des zurückbehaltenen Teils des Cash Bonus sowie der Aktien aus dem Share Bonus besteht kein Anspruch und keine Anwartschaft der Anspruchsberechtigten auf die noch nicht übertragenen Anteile des Cash Bonus und des Share Bonus. Die noch nicht übertragenen Anteile werden nicht verzinst und die zurückbehaltenen Anteile des Share Bonus beinhalten auch kein Dividendenbezugsrecht. Sämtliche im Rahmen des Share Bonus übertragenden Aktien unterliegen einer Haltefrist von einem Jahr ab Übertragung.

Für die Leistungsjahre 2019 bis 2024 hat die Hamburg Commercial Bank AG mit ihren Aktionär:innen einen Übertragungsvertrag (Fulfillment and Contribution Agreement) geschlossen. Im Rahmen dieses Vertrags haben sich die Aktionär:innen dazu verpflichtet, die Verpflichtung der Bank gegenüber den Anspruchsberechtigten zur Übertragung der Aktien im Rahmen des Share Bonus für die oben genannten Leistungsjahre schuldfrei und ohne Gegenleistung zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2025 wurden im Rahmen des Share Bonus Programms insgesamt 451.617 Aktien (Vorjahr: 385.509 Aktien) an die Anspruchsberechtigten übertragen. Bis zum 31. Dezember 2025 sind im Rahmen des Share Bonus Programms insgesamt 1.801.135 Aktien übertragen worden (bis zum 31. Dezember 2024: 1.349.518 Aktien).

Der Share Bonus stellt eine anteilsbasierte Vergütung mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten dar und wird in Übereinstimmung mit IFRS 2 bilanziert. Die erfolgsabhängige variable Vergütung im Rahmen des Share Bonus stellt nach IFRS 2 eine erhaltene Dienstleistung dar, die als Personalaufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wird. Nach IFRS 2.7 wird die Gegenleistung für die Dienstleistung im Eigenkapital erfasst. Bei der Hamburg Commercial Bank erfolgt die Erfassung im Posten „Kapitalrücklage“.

Zum 31. Dezember 2025 enthält die Kapitalrücklage in Höhe von 27 Mio. € Beträge aus anteilsbasierter Vergütung (Erhöhung um 4 Mio. € im Geschäftsjahr 2025). Darin enthalten ist ein Betrag in Höhe von 15 Mio. €, der auf die durch die Aktionär:innen bereits übertragenen Aktien entfällt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen:

Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen

(Tsd. €)	Vorstand		Aufsichtsrat		Gesamt	
	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Kurzfristig fällige Leistungen	12.838	16.316	4.540	4.503	17.378	20.819
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	11.177	1.954	-	-	11.177	1.954
Andere langfristig fällige Leistungen	4.044	3.312	-	-	4.044	3.312
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	716	927	-	-	716	927
Anteilsbasierte Vergütung	4.044	3.312	-	-	4.044	3.312
Gesamtvergütung	32.819	25.821	4.540	4.503	37.359	30.324

VII. Ergänzende Angaben nach § 315e HGB

Die Hamburg Commercial Bank ist verpflichtet, in ihrem Konzernabschluss ergänzende Angaben nach § 315e HGB vorzunehmen. Im Vergleich zu den Angaben nach IFRS ist folgende Abweichung zu beachten: In den Gesamtbezügen der aktiven Vorstände sind Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht einbezogen, soweit sie nicht Vergütungen für Tätigkeiten vor Beendigung des Organverhältnisses darstellen. Diese Bezüge werden stattdessen in den Gesamtbezügen früherer Vorstände ausgewiesen.

Organbezüge

(Tsd. €)	2025	2024
Gesamtbezüge aktiver Organmitglieder		
Vorstand	21.642	23.867
Aufsichtsrat	4.540	4.503
Gesamt	26.182	28.370
Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener		
Vorstand	13.871	4.507

Zum 31. Dezember 2025 wurden für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene insgesamt 41.473 Tsd. € (Vorjahr: 37.977 Tsd. €) an Pensionsverpflichtungen zurückgestellt.

Zum 31. Dezember 2025 wie auch zum Berichtsstichtag des Vorjahres bestanden sowohl gegenüber Vorstandsmitgliedern als auch gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrats keine Vorschüsse, Kredite oder sonstige Haftungsverhältnisse.

VIII. Offenlegung der Aufsichtsratsvergütung

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit in einem Geschäftsjahr eine Vergütung, die ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung geleistet wird. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung der Hamburg Commercial Bank AG wird die jährliche Gesamtvergütung in vier gleichen Raten nach Ablauf jedes Quartals ausgezahlt.

Das Vergütungssystem für die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex. Das geltende Vergütungssystem wurde am 30. Mai 2024 im Rahmen einer ordentlichen Hauptversammlung der Hamburg Commercial Bank AG verabschiedet und stellt sich wie folgt dar:

Vergütungssystem

(€)	Vergütung ab 30. Mai 2024	Vergütung bis 30. Mai 2024
Aufsichtsratsmitglied	200.000	200.000
zusätzlich (kumulativ)		
Aufsichtsratsvorsitz	450.000	450.000
Vorsitz eines Ausschusses	225.000	200.000
Mitglied eines Ausschusses	15.000	15.000

Der erste vom Aufsichtsrat nach der Hauptversammlung am 30. Mai 2024 gewählte Aufsichtsratsvorsitzende, der nur für einen begrenzten Zeitraum im Jahr 2024 als Aufsichtsratsvorsitzender fungierte, erhielt eine zusätzliche monatliche Vergütung in Höhe von 60.000 € für jeden Monat, in dem er im Jahr 2024 den Vorsitz im Aufsichtsrat innehatte.

Die maximale Vergütung beträgt 850 Tsd. €. Die Vergütung erfolgt pro rata temporis nach der Mitgliedschaft in den Gremien.

Die Vergütung für die Aufsichtsratsaktivität im Geschäftsjahr 2025 beträgt 4.540 Tsd. €. Für den Anfang 2026 ausgezahlten Anteil der Aufsichtsratsvergütung für das Geschäftsjahr 2025 (viertes Quartal) wurde zum 31. Dezember 2025 eine Rückstellung in Höhe von 1.135 Tsd. € gebildet. Die Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025 verteilt sich wie folgt:

Mitglieder des Aufsichtsrats

(€)	Fixe Vergütung		Gesamt	
	2025	2024	2025	2024
Mitglieder des Aufsichtsrats				
Paulus de Wilt, Vorsitz ab 1. Januar 2025 (stellv. Vorsitz vom 30. Mai 2024 bis 31. Dezember 2024)	850.000	488.970	850.000	488.970
Chad Leat (Vorsitz vom 30. Mai 2024 bis 31. Dezember 2024)	440.000	850.000	440.000	850.000
Juan Rodríguez Inciarte (bis 30. Mai 2024), Vorsitz bis 30. Mai 2024	-	352.610	-	352.610
Stefan Schlatermund, stellv. Vorsitz ab 1. Januar 2025	215.000	215.591	215.000	215.591
Olaf Behm, stellv. Vorsitz bis 30. Mai 2024	215.000	215.591	215.000	215.591
Oliver Dircks (bis 30. Mai 2024)	-	89.190	-	89.190
Bert Ehlers (bis 30. Mai 2024)	-	89.190	-	89.190
Simone Graf (bis 30. Mai 2024)	-	89.190	-	89.190
Manuel González Cid ¹⁾	230.000	-	230.000	-
Frederick Haddad	215.000	215.591	215.000	215.591
Klaus Heinemann	455.000	445.879	455.000	445.879
Manuel Lagares Gómez-Abascal ¹⁾	200.000	-	200.000	-
Sylvie Matherat (ab 30. Mai 2024)	215.000	126.401	215.000	126.401
Maren Tina Matthies (ab 30. Mai 2024)	215.000	126.401	215.000	126.401
Rieka Meetz-Schawaller (bis 30. Mai 2024)	-	89.190	-	89.190
Lennart Ramberg (ab 30. Mai 2024)	215.000	126.401	215.000	126.401
Sally Rocker (ab 30. Mai 2024) ²⁾	-	-	-	-
Dr. Ilinca Rosetti	200.000	200.549	200.000	200.549
Astrid Sahm (ab 30. Mai 2024)	215.000	126.401	215.000	126.401
Mag. Friedrich Spandl	215.000	215.591	215.000	215.591
Katrin Waechter (ab 30. Mai 2024)	215.000	126.401	215.000	126.401
Mark Werner	230.000	224.409	230.000	224.409
Stephan Wilcke (bis 30. Mai 2024)	-	89.190	-	89.190
Peter Yordán ²⁾	-	-	-	-
Gesamt³⁾	4.540.000	4.502.733	4.540.000	4.502.733

¹⁾ Verzicht auf Aufsichtsratsvergütung für 2024.

²⁾ Verzicht auf Aufsichtsratsvergütung für 2024 und 2025.

³⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Beratungs- und Vermittlungsleistungen sowie andere persönliche Leistungen für die Bank wurden durch die Mitglieder des Aufsichtsrats auch im Jahr 2025 nicht erbracht. Entsprechend wurden keine zusätzlichen Vergütungen gewährt.

58. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die im Folgenden genannten Geschäfte beinhalten Zahlungsverpflichtungen aus nicht bilanzierungsfähigen schwebenden Verträgen oder Dauerschuldverhältnissen sowie sonstige finanzielle Verpflichtungen, die sich wesentlich auf die künftige Finanzlage der Hamburg Commercial Bank auswirken können.

Aus Serviceverträgen für IT-Dienstleistungen ergeben sich Verpflichtungen in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €). Aus langfristigen Leasingverträgen über zukünftig betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude bestehen Verpflichtungen in Höhe von 77 Mio. €.

Des Weiteren besteht gemeinsam mit den anderen ehemaligen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese eine Haftung im Rahmen der früheren Trägerfunktion. Diese gilt für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, unabhängig von ihrer Laufzeit.

Über die genannten Verpflichtungen hinaus existieren keine wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

59. Liste des Anteilsbesitzes

Die nachfolgenden Angaben basieren auf handelsrechtlichen Vorschriften.

In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der Bank von mehr als 50 %

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
1	BINNENALSTER-Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg ²⁾	100,00	100,00	EUR	843.373,72	156.116,18
2	Elbe CA Holdings, LLC, Wilmington, USA ^{1), 3) 5)}	100,00	100,00		-	-
3	Elbe CA Subsidiary, SCSp, Luxemburg, Luxemburg ^{1), 3), 5)}	100,00	100,00		-	-
4	GmbH Altstadt Grundstücksgesellschaft, Hamburg ^{1), 2), 5)}	89,90	89,90	EUR	138.695,43	-37.116,18
5	HCOB Auffang- und Holdinggesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg	100,00	100,00	EUR	3.248.500,89	-17.175,25
6	HCOB Finance (Guernsey) Limited, St. Peter Port, Guernsey	100,00	100,00	EUR	229.543,00	-30.130,00
7	HCOB Residual Value Ltd., Hamilton, Bermuda	100,00	100,00	USD	4.571.288,00	111.299,00
8	HCOB Securities S.A., Senningerberg, Luxemburg	100,00	100,00	EUR	4.622.973,77	1.715.508,81
9	Klarphos, S.à.r.l., Findel, Luxemburg	100,00	100,00	EUR	3.192.699,89	-845.004,97

In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der Bank von 50 % oder weniger

– davon Tochterunternehmen aufgrund vertraglicher Rechte

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
10	Apollo Alster Lending Fund (LUX) SCSp, Luxemburg, Luxemburg ⁵⁾	0,00	0,00	USD	460.884.103,00	25.598.778,00
11	Bain Capital Credit Schanze Unlevered Direct Lending Fund SCSp, Senningerberg, Luxemburg ⁵⁾	0,00	0,00	USD	156.723.155,00	10.173.592,00
12	BSP Michel Unlevered Direct Lending Fund SCSp, Luxemburg, Luxemburg ⁵⁾	0,00	0,00	USD	91.415.780,00	5.360.404,00
13	HPS Elbe Unlevered Direct Lending Fund, SCSp, Luxemburg, Luxemburg ⁵⁾	0,00	0,00	USD	350.778.028,00	13.756.394,00
14	Pemberton Volkspark Unlevered Direct Lending Fund SCSp, Luxemburg, Luxemburg ⁵⁾	0,00	0,00	EUR	68.717.971,19	-2.294.418,92

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der Bank von mehr als 50 %

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
15	Bu Wi Beteiligungsholding GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	30.435,82	-1.115,89
16	PERIMEDES GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	36.359,82	17.088,19

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der Bank von 50 % oder weniger

– davon Tochterunternehmen aufgrund vertraglicher Rechte

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
17	KORYFEUM GmbH, Luxemburg, Luxemburg	0,00	0,00	EUR	79.786.533,49	71.888,00

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
18	Infrastructure Holding S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg ⁴⁾	0,00	0,00	EUR	12.500,00	0,00

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
19	Global Format GmbH & Co. KG, München	28,57	28,57	EUR	2.236.069,23	152.742,29
20	HGA New Office Campus-Kronberg GmbH & Co. KG, Hamburg	44,72	44,56	EUR	9.926.244,28	-290.107,14

Beteiligungen

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
21	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,33	1,33	EUR	300.921.103,15	13.200.000,00
22	GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main	15,77	15,77	EUR	2.682.718,53	-67.288,78
23	GLB-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	15,80	15,80	EUR	67.548,40	1.973,25
24	Hamburgische Grundbesitz und Anlage GmbH & Co. Objekte Hamburg und Potsdam KG, Hamburg	5,15	5,16	EUR	3.720.499,45	187.958,24
25	HGA Objekt Stuttgart GmbH & Co. KG, Hamburg	7,25	7,26	EUR	8.752.259,64	514.580,81
26	HGA Objekte Hamburg und Hannover GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	5,09	EUR	7.204.531,99	637.015,01
27	Next Commerce Accelerator Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg	9,90	9,90	EUR	789.240,75	93.513,73
28	RSU GmbH & Co KG, München	13,60	13,60	EUR	12.236.921,52	1.376.211,67

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
29	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T. SCRL), La Hulpe, Belgien	0,02	0,02	EUR	871.200.000,00	132.900.000,00
30	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	7,69	7,69	EUR	4.557.263,23	21.400,84
31	Vofü-Fonds I Hamburgische Grundbesitz und Anlage GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	5,09	EUR	537.487,91	-1.240,01

¹⁾ Mittelbar gehalten.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Keine Jahresabschlussdaten vorhanden.

⁴⁾ Es liegen nur Daten zum 31. Dezember 2022 vor.

⁵⁾ Strukturierte Einheit.

Devisenkurse für 1 Euro zum 31. Dezember 2025

Land	WKZ	Kurs
USA	USD	1,1750

60. Weitere Angaben nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften

I. Grundlagen

Gemäß den Bestimmungen des § 315e Abs. 1 HGB ist die Hamburg Commercial Bank AG mit Sitz in Hamburg (Nummer HRB 87366 Handelsregister Hamburg) verpflichtet, neben den IFRS ergänzende Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuchs im Rahmen der Erstellung und der Offenlegung des Konzernabschlusses zu beachten. Der vollständige Konzernabschluss nach IFRS kann unter www.hcob-bank.de angefordert werden. Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes findet sich in Note 59.

II. Anzahl der Arbeitnehmenden

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeitenden ist auf Grundlage der jeweiligen Stände zum Quartalsende und nach Köpfen über alle im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Gesellschaften berechnet:

Anzahl der Mitarbeitenden

	2025		2024	
	männlich	weiblich	Gesamt	Gesamt
Vollzeitbeschäftigte	562	222	784	799
Teilzeitbeschäftigte	23	142	165	164
Gesamt	585	364	949	963
Auszubildende	14	6	20	23

III. Corporate Governance Kodex

Die Hamburg Commercial Bank AG unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat als nicht börsennotiertes Unternehmen auf freiwilliger Basis die Regeln des Kodex anerkannt. Vorstand und Aufsichtsrat der Hamburg Commercial Bank AG haben eine Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG abgegeben und erklären, dass den von der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ erarbeiteten Empfehlungen mit den angegebenen Einschränkungen entsprochen wurde und bis zur Abgabe der

Folgeerklärung entsprochen wird. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Hamburg Commercial Bank AG veröffentlicht. Die Entsprechenserklärung ist nicht Bestandteil des Konzernanhangs.

IV. Honorare und Tätigkeiten des Abschlussprüfers

Tätigkeiten des Abschlussprüfers

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 der Hamburg Commercial Bank geprüft. Zudem erfolgten im Wesentlichen die prüferische Durchsicht der Konzernnachhaltigkeitserklärung zum 31. Dezember 2025, die Prüfung nach § 84 WPHG, die Erteilung eines Comfort Letter nach IDW PS 910 sowie in geringem Umfang bestimmte Leistungen für andere Prüfungs- und Bestätigungsleistungen. Darüber hinaus wurden Schulungsmaßnahmen durchgeführt.

(Mio. €)	2025	2024
Abschlussprüfungen PwC GmbH	3	3
Gesamt	3	3

Daneben wurden sonstige Leistungen und andere Bestätigungsleistungen von der PwC GmbH und dem PwC Netzwerk von unter 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) erbracht.

V. Mandate in Aufsichtsgremien

Zum Abschlussstichtag bestanden ebenso wie im Vorjahr keine Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften bzw. Kreditinstituten, die von Mitgliedern des Vorstands wahrgenommen wurden.

61. Namen und Mandate der Organmitglieder**I. Der Aufsichtsrat des Hamburg Commercial Bank Konzerns**

Name	Funktion	Hauptberufliche Tätigkeit	Zeitraum	
			von	bis
Chad Leat, New York		Financial Advisor	01.01.	31.12.
Paulus de Wilt, Breukelen	Vorsitzender	Former CEO NIBC Holding / Bank N.V.	01.01.	31.12.
Olaf Behm, Hamburg		Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG	01.01.	31.12.
Manuel González Cid, Madrid		Senior-Advisor Cerberus Global Investment Advisors, LLC	01.01.	31.12.
Frederick S. Haddad, Rumson		Partner bei FLGC, LLC	01.01.	31.12.
Klaus Heinemann, Palma		Geschäftsführer HH Kapital B.V.	01.01.	31.12.
Manuel Lagares Gómez-Absacal, Madrid		Senior Advisor Cerberus Global Investment Advisors, LLC	01.01.	31.12.
Sylvie Matherat, Mailand		Senior Advisor and Non-Executive director	01.01.	31.12.
Maren Tina Matthies, Hamburg		Mitarbeiterin der Hamburg Commercial Bank AG	01.01.	31.12.
Lennart Ramberg, Kiel		Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG	01.01.	31.12.
Sally Rocker, New York		Managing Director and General Counsel J.C. Flowers & Co., LLC	01.01.	31.12.
Dr. Ilinca Rosetti, London		Operating Partner J.C. Flowers & Co. UK LLP	01.01.	31.12.
Astrid Sahm, Lübeck		Mitarbeiterin der Hamburg Commercial Bank AG	01.01.	31.12.
Stefan Schlatermund, Hamburg	Stellvertretender Vorsitzender	Mitarbeiter der Hamburg Commercial Bank AG	01.01.	31.12.
Mag. Friedrich Spandl, Wien		BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG	01.01.	31.12.
Katrin Wächter, Hamburg		Mitarbeiterin der Hamburg Commercial Bank AG	01.01.	31.12.
Mark Werner, Darien		Financial Advisor	01.01.	31.12.
Peter Yordán, London		Managing Director J.C. Flowers & Co. UK LLP	01.01.	31.12.

II. Ausschüsse

2025			Zeitraum	
Ausschuss	Name	Funktion	von	bis
Risikoausschuss	Chad Leat, New York	Vorsitzender	01.01.	31.12.
	Frederick S. Haddad, Rumson		01.01.	31.12.
	Astrid Sahm, Lübeck		01.01.	31.12.
	Stefan Schlatermund, Hamburg		01.01.	31.12.
	Mag. Friedrich Spandl, Wien		01.01.	31.12.
	Mark Werner, Darien		01.01.	31.12.
	Peter Yordán, London		01.01.	31.12.
Prüfungsausschuss	Klaus Heinemann, Palma	Vorsitzender	01.01.	31.12.
	Olaf Behm, Hamburg		01.01.	31.12.
	Manuel González Cid, Madrid		01.01.	31.12.
	Lennart Ramberg, Kiel		01.01.	31.12.
	Sally Rocker, New York		01.01.	31.12.
Nominierungsausschuss	Paulus de Wilt, Breukelen	Vorsitzender	01.01.	31.12.
	Manuel González Cid, Madrid		01.01.	31.12.
	Katrin Waechter, Hamburg		01.01.	31.12.
	Peter Yordán, London		01.01.	31.12.
Vergütungskontrollausschuss	Paulus de Wilt, Breukelen	Vorsitzender	01.01.	31.12.
	Klaus Heinemann, Palma		01.01.	31.12.
	Sylvie Matherat, Mailand		01.01.	31.12.
	Maren Tina Matthies, Hamburg		01.01.	31.12.
	Mark Werner, Darien		01.01.	31.12.

III. Die Mitglieder des Vorstands des Hamburg Commercial Bank Konzerns

2025			Zeitraum	
Name	Jahrgang	Funktion	von	bis
Luc Popelier	1964	Chief Executive Officer (CEO)	01.01.	31.12.
Marc Ziegner	1975	Chief Financial Officer (CFO)	01.01.	31.12.
Jens Thiele	1980	Chief Commercial Officer (CCO)	01.10.	31.12.
Reinout van Riel	1970	Management Board member	14.11.	31.12.
Christopher Brody	1968	Chief Investment Officer (CIO)	01.01.	31.12.
Ulrik Lackschewitz	1968	Chief Risk Officer (CRO)	01.01.	31.12.
		Deputy CEO	01.01.	31.12.

Anlage zum Konzernabschluss

Country by Country Reporting 2025

Grundlagen

Die Anforderungen zur länderspezifischen Berichterstattung, dem sogenannten Country by Country Reporting aus Art. 89 der EU-Richtlinie 2013/36/EU (Capital Requirement Directive, CRD IV), sind in § 26a Abs. 1 KWG in deutsches Recht umgesetzt worden.

Offenlegung in der Hamburg Commercial Bank

Das Country by Country Reporting der Hamburg Commercial Bank umfasst die erforderlichen Angaben für alle zu diesem Stichtag im Rahmen einer Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften. Im Berichtsjahr entkonsolidierte Gesellschaften sind in den dargestellten Größen nicht enthalten. Die geografische Zuordnung erfolgt auf Basis des juristischen Sitzes der Gesellschaft. Niederlassungen werden wie eigenständige Gesellschaften ausgewiesen. Repräsentanzen sind nicht aufgeführt. Alle rechnungslegungsbezogenen Angaben basieren auf der Rechnungslegung nach IFRS.

Die geforderte Umsatzgröße definiert die Hamburg Commercial Bank in diesem Bericht als Summe aus Gesamtertrag wie in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt und sonstigem betrieblichem Ertrag (Bruttoangaben vor Konsolidierung). Im sonstigen betrieblichen Ertrag weisen insbesondere die einbezogenen Nicht-Banken-Gesellschaften ihre Umsatzgrößen aus.

Der in diesem Bericht veröffentlichte Gewinn oder Verlust vor Steuern entspricht dem Ergebnis vor Steuern der einzelnen dargestellten Einheiten. Auch die Steuerposition entspricht der IFRS-Definition in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Angabe zur Anzahl der Mitarbeiter:innen entspricht der handelsrechtlichen Regelung des § 267 Abs. 5 HGB für die zum Stichtag noch in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.

Die Angabe zur Art der Tätigkeit der relevanten Gesellschaften erfolgt nach Inkrafttreten der CRR in Anlehnung an die in Art. 4 Abs.1 CRR verwendeten Definitionen.

Die zum 31. Dezember 2025 auszuweisende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Konzernergebnis nach Steuern) und Bilanzsumme, beträgt 0,58 %.

Berichterstattung Länderspezifische Angaben zu Umsatzerlösen, Erträgen und Steuern sowie Mitarbeiter:innenzahlen

(Mio. €/Anzahl) 2025	Umsatzerlöse	Gewinn/Verlust vor Steuern	Steuern auf Gewinn oder Verlust (+) Aufwand/ (-) Ertrag	Mitarbeiter:innen
EU				
Deutschland	683	199	-95	913
Luxemburg	110	37	-33	40
Griechenland	4	-	-	12
Drittstaaten				
Großbritannien	31	-	-1	25
Bermudas	1	-	-	-

Art der Tätigkeit und geografische Lage der Niederlassungen und vollkonsolidierten Tochtergesellschaften

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Ort	Land	Art der Tätigkeit
1	Hamburg Commercial Bank AG	Hamburg, Kiel	Deutschland	Kreditinstitut
2	Hamburg Commercial Bank AG, Niederlassung Luxemburg	Luxemburg	Luxemburg	Kreditinstitut
3	Hamburg Commercial Bank AG, Niederlassung Piräus	Athen	Griechenland	Kreditinstitut
4	Hamburg Commercial Bank AG, Niederlassung London	London	Großbritannien	Kreditinstitut
5	Apollo Alster Lending Fund (LUX) SCSp	Luxemburg	Luxemburg	Sonstiges Unternehmen
6	Bain Capital Credit Schanze Unlevered Direct Lending Fund SCSp	Luxemburg	Luxemburg	Sonstiges Unternehmen
7	BINNENALSTER-Beteiligungsgesellschaft mbH	Hamburg	Deutschland	Finanzinstitut
8	BSP Michel Unlevered Direct Lending Fund SCSp	Luxemburg	Luxemburg	Sonstiges Unternehmen
9	GmbH Altstadt Grundstücksgesellschaft	Mainz	Deutschland	Sonstiges Unternehmen
10	HCOB Auffang- und Holdinggesellschaft mbH & Co. KG	Hamburg	Deutschland	Finanzinstitut
11	HCOB Finance (Guernsey) Limited	St. Peter Port	Guernsey	Finanzinstitut
12	HPS Elbe Unlevered Direct Lending Fund, SCSp	Luxemburg	Luxemburg	Sonstiges Unternehmen
13	Klarphos S.à.r.l	Findel	Luxemburg	Finanzinstitut
14	HCOB Residual Value Ltd.	Hamilton	Bermudas	Versicherungsunternehmen
15	HCOB Securities S.A.	Luxemburg	Luxemburg	Sonstiges Unternehmen
16	Pemberton Volkspark Unlevered Direct Lending Fund SCSp	Luxemburg	Luxemburg	Sonstiges Unternehmen

Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der Vorstand der Hamburg Commercial Bank hat den Konzernabschluss am 3. März 2026 aufgestellt und zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Hamburg, den 3. März 2026

Luc Popelier

Marc Ziegner

Jens Thiele

Reinout van Riel

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2025, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Konzernanhang, einschließlich wesentlicher Informationen zu den Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Hamburg Commercial Bank AG, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen IFRS Accounting Standards (im Folgenden „IFRS Accounting Standards“), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2

Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- ① Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft
- ② Abbildung von Rechtsstreitigkeiten
- ③ Latente Steuern

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ① Sachverhalt und Problemstellung
- ② Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ③ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

① Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft

- ① Im Konzernabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Kreditforderungen in Höhe von € 17.004 Mio ausgewiesen. Die gebildete Risikovorsorge zum 31. Dezember 2025 ist in einem eigenen Posten ausgewiesen und beläuft sich auf € 275 Mio.

Die Bank ermittelt die Risikovorsorge nach den Vorschriften des IFRS 9 anhand eines 3-Stufen-Modells auf Basis der Expected-Credit-Loss Systematik. Für Finanzinstrumente der Stufe 1 und 2 kommen dabei mathematisch-statistische Verfahren zum Einsatz, für Finanzinstrumente der Stufe 3 erfolgt die Ermittlung der erwarteten Kreditverluste auf Basis von Schätzungen der künftigen Zahlungsströme auf Ebene des einzelnen Finanzinstruments. Die Bemessung des Expected-Credit-Loss wird insbesondere durch die Struktur und Qualität der Kreditportfolien, gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren und die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle unter anderem auch vor dem Hintergrund der makroökonomischen Rahmenbedingungen und den damit verbundenen Auswirkungen auf das Kreditgeschäft bestimmt. Zudem haben die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der daraus resultierenden Stufenzuordnung, bestimmter Parameter wie z.B. dem Kreditbetrag bei Ausfall, der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustquote zum Zeitpunkt des Ausfalls sowie – bei Fällen der Stufe 3 – die Einschätzungen der künftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung vorhandener Sicherheiten eine wesentliche Bedeutung. Im Rahmen von sogenannten Model Overlays werden zusätzliche bewertungsrelevante Risikofaktoren berücksichtigt, die die nicht in den Modellen berücksichtigten Erwartungen der gesetzlichen Vertreter widerspiegeln. Die Ermittlung der Risikovorsorge ist zum einen betragsmäßig für die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns von hoher Bedeutung und zum anderen mit erheblichen Ermessensspielräumen in den Schätzungen der gesetzlichen Vertreter verbunden, unter anderem auch vor dem Hintergrund der erwarteten Auswirkungen der aktuellen makroökonomischen Rahmenbedingungen auf das Kundenkreditgeschäft. Die Schätzung der vorgenannten Parameter sowie die Berücksichtigung von zukunftsgerichteten makroökonomischen Informationen haben einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe der Risikovorsorge. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Ausgestaltung des relevanten internen Kontrollsystems der Gesellschaft beurteilt und darauf aufbauend die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Dabei haben wir die Geschäftsorganisation, die IT-Systeme und die relevanten Bewertungsmodelle berücksichtigt. Die

Bewertung der Kundenforderungen, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, haben wir zudem auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen der Gesellschaft bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Bei Objektsicherheiten, für die uns die Gesellschaft Wertgutachten vorgelegt hat, haben wir uns ein Verständnis über die zugrunde liegenden Ausgangsdaten, die angewandten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Ferner haben wir zur Beurteilung der gebildeten Risikovorsorge die von der Gesellschaft angewandten Berechnungsmethoden sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Parameter gewürdigt. Mit Unterstützung unserer finanzmathematischen Spezialisten haben wir die verwendeten Modelle zur Ermittlung der Risikovorsorge auf Geeignetheit und ihre sachgerechte Anwendung untersucht.

Die Berücksichtigung weiterer bewertungsrelevanter Risikofaktoren haben wir auf Basis der gegenwärtigen wirtschaftlichen Unsicherheiten auf Angemessenheit beurteilt. Wir haben dabei insbesondere auch die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der Auswirkungen der aktuellen makroökonomischen Rahmenbedingungen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer und die Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt und deren Berücksichtigung bei der Bewertung der Kundenforderungen nachvollzogen. Die Notwendigkeit der Bildung von Model Overlays haben wir hinterfragt und deren betragsmäßige Ermittlung nachvollzogen. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Vertretbarkeit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Kreditportfolios von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Kontrollen der Gesellschaft überzeugen.

- ③ Die Angaben der Gesellschaft zur Risikovorsorge sind im Konzernanhang im Abschnitt 4 "Schätzungen und Ermessensentscheidungen des Managements" sowie im Abschnitt 5 "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" (unter 5.I.D) und in den Abschnitten 12 und 22 "Risikovorsorge" enthalten. Darüber hinaus enthält der Konzernlagebericht im Wirtschaftsbericht (Ertragslage) sowie der Risikobericht des Konzernlageberichts entsprechende Angaben.

② Abbildung von Rechtsstreitigkeiten

- ① Im Konzernabschluss werden Rückstellungen in Höhe von € 328 Mio ausgewiesen. Davon betreffen € 132 Mio Rückstellungen für Prozessrisiken und Kosten für gerichtliche und außergerichtliche Verfahren. Für ungewisse Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet, sofern die Ansatzkriterien des IAS 37 erfüllt sind. Die Rückstellungshöhe bemisst sich nach der bestmöglichen Schätzung. Für den Ansatz und die Bewertung dieser Rückstellungen sind die Wahrscheinlichkeit sowie die Höhe von erwarteten zukünftigen Zahlungsmittelabflüssen zur Erfüllung der zugrundeliegenden Verpflichtungen von der Gesellschaft zu schätzen. Die vorzunehmende Beurteilung der Prozessrisiken und die Einschätzung, ob aufgrund derer die Passivierung einer Rückstellung zur Abdeckung des Risikos erforderlich ist, und gegebenenfalls in welcher Höhe, ist dabei in hohem Maße durch die Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter geprägt. Grundlage für die Beurteilung der gesetzlichen Vertreter sind Einschätzungen der Rechtslage durch die internen und externen Rechtsanwälte der Bank. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der betragsmäßigen Bedeutung der Streitwerte sowie der zugrundeliegenden Annahmen und Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem den von der Bank eingerichteten Prozess, der die Erfassung, die Risikoeinschätzung sowie die bilanzielle Abbildung eines Rechtsstreits regelt, beurteilt. Diese Beurteilung umfasste, unter Einbeziehung interner Juristen, auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den wesentlichen Rechtsrisiken. Unsere Beurteilung berücksichtigte die im Rahmen unserer regelmäßigen Gespräche mit der Rechtsabteilung der Bank erlangten Erkenntnisse sowie die uns schriftlich zur Verfügung gestellten Einschätzungen zum jeweiligen Verfahrensausgang. Darüber hinaus wurden externe Rechtsanwaltsbestätigungen und Rechtsgutachten zum Bilanzstichtag eingeholt, die die von der Bank getroffenen Risikoeinschätzungen stützen. Aus unserer Sicht sind die für die Ermittlung der Rückstellungen zugrundeliegenden Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter insgesamt geeignet, um den Ansatz und die Bewertung der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sachgerecht vorzunehmen.

- ③ Der Ansatz und die Bewertung der Rückstellungen wird im Konzernanhang im Abschnitt 4 "Schätzungen und Ermessensentscheidungen des Managements" sowie in Abschnitt 5 "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" erläutert. Darüber hinaus werden die Rückstellungen für Prozessrisiken und -kosten im Konzernanhang im Abschnitt 36 "Rückstellungen" erläutert. Zu Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsstreitigkeiten sind in Abschnitt 53 „Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen“ Erläuterungen abgegeben worden. Zudem enthält der Risikobericht des Konzernlageberichts weitergehende Erläuterungen zu den Rechtsrisiken.

③ Latente Steuern

- ① Im Konzernabschluss der Gesellschaft werden nach Saldierungen aktive latente Steuern in Höhe von € 393 Mio ausgewiesen. Vor Saldierung mit passiven latenten Steuern ergeben sich aktive latente Steuern in Höhe von € 490 Mio. Die Bilanzierung erfolgte in dem Umfang, in dem es nach den Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter wahrscheinlich ist, dass in absehbarer Zukunft zu versteuernde Ergebnisse anfallen, durch die die abzugsfähigen temporären Differenzen und noch nicht genutzten steuerlichen Verluste genutzt werden können. Dazu werden, soweit nicht ausreichend passive latente Steuern vorhanden sind, Prognosen über die künftigen steuerlichen Ergebnisse ermittelt, die sich aus der verabschiedeten Planungsrechnung ergeben. Insgesamt wurden auf noch nicht genutzte steuerliche Verluste in Höhe von € 2.730 Mio keine aktiven latenten Steuern angesetzt, da eine steuerliche Nutzung aus der Verrechnung mit steuerlichen Gewinnen nicht wahrscheinlich ist.

Aus unserer Sicht war die Bilanzierung latenter Steuern im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, da sie in hohem Maße von Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter abhängig und daher mit Unsicherheiten behaftet ist.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die internen Prozesse und Kontrollen zur Erfassung von Steuersachverhalten und das methodische Vorgehen zur Ermittlung, Bilanzierung und Bewertung der latenten Steuern beurteilt. Weiterhin haben wir die Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf abzugsfähige temporäre Differenzen und noch nicht genutzte steuerliche Verluste auf Basis unternehmensinterner Prognosen über die zukünftige Ertragsituation der Gesellschaft beurteilt und die Angemessenheit der zugrunde liegenden Einschätzungen und Annahmen gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
- ③ Die Angaben der Gesellschaft zu den aktiven latenten Steuern und steuerlichen Verlustvorträgen sind im Konzernanhang im Abschnitt 5 "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" und im Abschnitt 30 "Latente Steueransprüche" enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Konzernlageberichts:

- die in Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)“ des Konzernlageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)
- die in Abschnitt „Nachhaltigkeitserklärung“ des Konzernlageberichts enthaltene nichtfinanzielle Erklärung zur Erfüllung der §§ 289b bis 289e HGB und der §§ 315b bis 315c HGB

Die sonstigen Informationen umfassen zudem alle übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses, des geprüften Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zu den inhaltlich geprüften Konzernlageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS Accounting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS Accounting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Teilbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen

Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der Datei HCOB_AG_KA+KLB_ESEF-2025-12-31-1-de.xbri enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Konzernabschluss und zum beigefügten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten Datei enthaltenen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) und des International Standard on Assurance Engagements 3000 (Revised) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers des Konzernabschlusses für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätsmanagementsystem des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB und für die Auszeichnung des Konzernabschlusses nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers des Konzernabschlusses für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d.h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Konzernabschlusses und des geprüften Konzernlageberichts ermöglichen.
- beurteilen wir, ob die Auszeichnung der ESEF-Unterlagen mit Inline XBRL-Technologie (iXBRL) nach Maßgabe der Artikel 4 und 6 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der am Abschlussstichtag geltenden Fassung eine angemessene und vollständige maschinenlesbare XBRL-Kopie der XHTML-Wiedergabe ermöglicht.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 29. April 2025 als Abschlussprüfer des Konzernabschlusses gewählt. Wir wurden am 30. Oktober 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2018 als Abschlussprüfer des Konzernabschlusses der Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

HINWEIS AUF EINEN SONSTIGEN SACHVERHALT - VERWENDUNG DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Konzernabschluss und dem geprüften Konzernlagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Konzernabschluss und Konzernlagebericht – auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Konzernabschlusses und des geprüften Konzernlageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der „Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB“ und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Lutz Meyer.

Prüfungsvermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über eine betriebswirtschaftliche Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit in Bezug auf die Konzernnachhaltigkeitserklärung

An die Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg

Prüfungsurteil

Wir haben die im Abschnitt "Nachhaltigkeitserklärung" des Konzernlageberichts, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, enthaltene Konzernnachhaltigkeitserklärung der Hamburg Commercial Bank AG, Hamburg, (im Folgenden die „Gesellschaft“) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 (im Folgenden die "Konzernnachhaltigkeitserklärung") einer betriebswirtschaftlichen Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit unterzogen. Die Konzernnachhaltigkeitserklärung wurde zur Erfüllung der Anforderungen der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) und des Artikels 8 der Verordnung (EU) 2020/852 sowie der §§ 289b bis 289e HGB und der §§ 315b bis 315c HGB an eine zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung aufgestellt.

Auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungshandlungen und der erlangten Prüfungsnachweise sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Auffassung veranlassen, dass die beigefügte Konzernnachhaltigkeitserklärung nicht in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit den Anforderungen der CSRD und des Artikels 8 der Verordnung (EU) 2020/852, des § 315c iVm. §§ 289c bis 289e HGB an eine zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung sowie mit den von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft dargestellten konkretisierenden Kriterien aufgestellt ist. Dieses Prüfungsurteil schließt ein, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die uns zu der Auffassung veranlassen,

- dass die beigefügte Konzernnachhaltigkeitserklärung nicht in allen wesentlichen Belangen den Europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS) entspricht, einschließlich dass der vom Unternehmen durchgeführte Prozess zur Identifizierung von Informationen, die in die Konzernnachhaltigkeitserklärung aufzunehmen sind (die Wesentlichkeitsanalyse), nicht in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit der im Abschnitt "IRO-1 Beschreibung des Verfahrens zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen" der Konzernnachhaltigkeitserklärung aufgeführten Beschreibung steht, bzw.
- dass die im Abschnitt "Angaben nach Art. 8 der Verordnung (EU) 2020/852 (Taxonomie-Verordnung)" der Konzernnachhaltigkeitserklärung enthaltenen Angaben nicht in allen wesentlichen Belangen Artikel 8 der Verordnung (EU) 2020/852 entsprechen.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des vom International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) herausgegebenen International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised): Assurance Engagements Other Than Audits or Reviews of Historical Financial Information durchgeführt.

Bei einer Prüfung zur Erlangung einer begrenzten Sicherheit unterscheiden sich die durchgeführten Prüfungshandlungen im Vergleich zu einer Prüfung zur Erlangung einer hinreichenden Sicherheit in Art und zeitlicher Einteilung und sind weniger umfangreich. Folglich ist der erlangte Grad an Prüfungssicherheit erheblich niedriger als die Prüfungssicherheit, die bei Durchführung einer Prüfung mit hinreichender Prüfungssicherheit erlangt worden wäre.

Unsere Verantwortung nach ISAE 3000 (Revised) ist im Abschnitt „Verantwortung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung der Konzernnachhaltigkeitserklärung“ weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätsmanagementsystem des vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) herausgegebenen IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Konzernnachhaltigkeitserklärung

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung der Konzernnachhaltigkeitserklärung in Übereinstimmung mit den Anforderungen der CSRD sowie den einschlägigen deutschen gesetzlichen und weiteren europäischen Vorschriften sowie mit den von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft dargestellten konkretisierenden Kriterien und für die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung der internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung einer Konzernnachhaltigkeitserklärung in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften zu ermöglichen, die frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Konzernnachhaltigkeitserklärung) oder Irrtümern ist.

Diese Verantwortung der gesetzlichen Vertreter umfasst die Einrichtung und Aufrechterhaltung des Prozesses der Wesentlichkeitsanalyse, die Auswahl und Anwendung angemessener Methoden zur Aufstellung der Konzernnachhaltigkeitserklärung sowie das Treffen von Annahmen und die Vornahme von Schätzungen und die Ermittlung von zukunftsorientierten Informationen zu einzelnen nachhaltigkeitsbezogenen Angaben.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Aufstellung der Konzernnachhaltigkeitserklärung.

Inhärente Grenzen bei der Aufstellung der Konzernnachhaltigkeitserklärung

Die CSRD sowie die einschlägigen deutschen gesetzlichen und weiteren europäischen Vorschriften enthalten Formulierungen und Begriffe, die erheblichen Auslegungsunsicherheiten unterliegen und für die noch keine maßgebenden umfassenden Interpretationen veröffentlicht wurden. Demzufolge haben die gesetzlichen Vertreter im Abschnitt "BP-1 Allgemeine Grundlagen für die Erstellung der Nachhaltigkeitserklärung" der Konzernnachhaltigkeitserklärung ihre Auslegungen solcher Formulierungen und Begriffe angegeben. Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Vertretbarkeit dieser Auslegungen. Da solche Formulierungen und Begriffe unterschiedlich durch Regulatoren oder Gerichte ausgelegt werden können, ist die Gesetzmäßigkeit von Messungen oder Beurteilungen der Nachhaltigkeitssachverhalte auf Basis dieser Auslegungen unsicher.

Diese inhärenten Grenzen betreffen auch die Prüfung der Konzernnachhaltigkeitserklärung.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung der Konzernnachhaltigkeitserklärung

Unsere Zielsetzung ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Prüfungsurteil mit begrenzter Sicherheit darüber abzugeben, ob uns Sachverhalte bekannt geworden sind, die uns zu der Auffassung veranlassen, dass die Konzernnachhaltigkeitserklärung nicht in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit der CSRD sowie den einschlägigen deutschen gesetzlichen und weiteren europäischen Vorschriften sowie den von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft dargestellten konkretisierenden Kriterien aufgestellt worden ist sowie einen Prüfungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zur Konzernnachhaltigkeitserklärung beinhaltet.

Im Rahmen einer Prüfung zur Erlangung einer begrenzten Sicherheit gemäß ISAE 3000 (Revised) üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- erlangen wir ein Verständnis über den für die Aufstellung der Konzernnachhaltigkeitserklärung angewandten Prozess, einschließlich des vom Unternehmen durchgeführten Prozesses der Wesentlichkeitsanalyse zur Identifizierung der zu berichtenden Angaben in der Konzernnachhaltigkeitserklärung.
- identifizieren wir Angaben, bei denen die Entstehung einer wesentlichen falschen Darstellung aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern wahrscheinlich ist, planen und führen Prüfungshandlungen durch, um diese Angaben zu adressieren und eine das Prüfungsurteil unterstützende begrenzte Prüfungssicherheit zu erlangen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können. Außerdem ist das Risiko, eine wesentliche falsche Darstellung in Informationen aus der Wertschöpfungskette nicht aufzudecken, die aus Quellen stammen, die nicht unter der Kontrolle des Unternehmens stehen (Informationen aus der Wertschöpfungskette), in der Regel höher als das Risiko, eine wesentliche Falschdarstellung in Informationen nicht aufzudecken, die aus Quellen stammen, die unter der Kontrolle des Unternehmens stehen, da sowohl die gesetzlichen Vertreter des Unternehmens als auch wir als Prüfer in der Regel Beschränkungen beim direkten Zugang zu den Quellen von Informationen aus der Wertschöpfungskette unterliegen.
- würdigen wir die zukunftsorientierten Informationen, einschließlich der Angemessenheit der zugrunde liegenden Annahmen. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Informationen abweichen.

Zusammenfassung der vom Wirtschaftsprüfer durchgeführten Tätigkeiten

Eine Prüfung zur Erlangung einer begrenzten Sicherheit beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Nachweisen über die Nachhaltigkeitsinformationen. Art, zeitliche Einteilung und Umfang der ausgewählten Prüfungshandlungen liegen in unserem pflichtgemäßen Ermessen.

Bei der Durchführung unserer Prüfung mit begrenzter Sicherheit haben wir unter anderem:

- die Eignung der von den gesetzlichen Vertretern in der Konzernnachhaltigkeitserklärung dargestellten Kriterien insgesamt beurteilt.
- die gesetzlichen Vertreter und relevante Mitarbeiter befragt, die in die Aufstellung der Konzernnachhaltigkeitserklärung einbezogen wurden, über den Aufstellungsprozess, einschließlich des vom Unternehmen durchgeführten Prozesses der Wesentlichkeitsanalyse zur Identifizierung der zu berichtenden Angaben in der Konzernnachhaltigkeitserklärung, sowie über die auf diesen Prozess bezogenen internen Kontrollen.
- die von den gesetzlichen Vertretern angewandten Methoden zur Aufstellung der Konzernnachhaltigkeitserklärung beurteilt.
- die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern angegebenen geschätzten Werte und der damit zusammenhängenden Erläuterungen beurteilt. Wenn die gesetzlichen Vertreter in Übereinstimmung mit den ESRS die zu berichtenden Informationen über die Wertschöpfungskette für einen Fall schätzen, in dem die gesetzlichen Vertreter nicht in der Lage sind, die Informationen aus der Wertschöpfungskette trotz angemessener Anstrengungen einzuholen, ist unsere Prüfung darauf begrenzt zu beurteilen, ob die gesetzlichen Vertreter diese Schätzungen in Übereinstimmung mit den ESRS vorgenommen haben, und die Vertretbarkeit dieser Schätzungen zu beurteilen, aber nicht Informationen über die Wertschöpfungskette zu ermitteln, die die gesetzlichen Vertreter nicht einholen konnten.
- analytische Prüfungshandlungen und Befragungen zu ausgewählten Informationen in der Konzernnachhaltigkeitserklärung durchgeführt.
- die Darstellung der Informationen in der Konzernnachhaltigkeitserklärung gewürdigt.
- den Prozess zur Identifikation der taxonomiefähigen und taxonomiekonformen Wirtschaftsaktivitäten und der entsprechenden Angaben in der Konzernnachhaltigkeitserklärung gewürdigt.

Verwendungsbeschränkung für den Vermerk

Wir weisen darauf hin, dass die Prüfung für Zwecke der Gesellschaft durchgeführt wurde und der Vermerk nur zur Information der Gesellschaft über das Ergebnis der Prüfung bestimmt ist. Somit ist der Vermerk nicht dazu bestimmt, dass Dritte hierauf gestützt (Vermögens-)Entscheidungen treffen. Unsere Verantwortung besteht allein der Gesellschaft gegenüber. Dritten gegenüber übernehmen wir dagegen keine Verantwortung, Sorgfaltspflicht oder Haftung.

Hamburg, den 5. März 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lutz Meyer

Nicolle Pietsch

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüferin

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Hamburg Commercial Bank Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Hamburg Commercial Bank Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Hamburg Commercial Bank Konzerns beschrieben sind.

Hamburg, den 3. März 2026

Luc Popelier

Marc Ziegner

Jens Thiele

Reinout van Riel

Kontakt

Hamburg Commercial Bank AG

Gerhart-Hauptmann-Platz 50
20095 Hamburg

Telefon 040 3333-0
info@hcob-bank.com
www.hcob-bank.com

Investor Relations

Telefon 040 3333-11500/-25421
investor-relations@hcob-bank.com

Presse- & Öffentlichkeitsarbeit

Telefon 040 3333-11130
presse@hcob-bank.com

Impressum

Design

HCOB Marketing

Produktion

HCOB Marketing

Fotos

Thies Rätzke, Sven Wied

Hinweis

Wenn bei bestimmten Begriffen, die sich auf Personengruppen beziehen, teilweise nur die männliche Form genannt wird, so ist dies nicht geschlechterspezifisch gemeint, sondern geschieht ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit.

Dieser Geschäftsbericht wurde am 19. März 2026 veröffentlicht und steht im Internet unter www.hcob-bank.com zum Download zur Verfügung. Der Geschäftsbericht erscheint auch in englischer Sprache.

Vorbehalt der Zukunftsaussagen

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese Aussagen basieren auf unseren Einschätzungen und Annahmen sowie auf Schlussfolgerungen aus uns zum jetzigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen aus Quellen, die wir als zuverlässig erachten. Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten sämtliche Informationen, die nicht lediglich historische Fakten wiedergeben, einschließlich Informationen, die sich auf mögliche oder erwartete zukünftige Wachstumsaussichten und zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen beziehen.

Solche zukunftsgerichteten Aussagen stützen sich auf eine Reihe von Annahmen, die sich auf zukünftige Ereignisse beziehen, und hängen ab von Ungewissheiten, Risiken und anderen Faktoren, von denen eine Vielzahl außerhalb der Möglichkeit unserer Einflussnahme steht. Entsprechend können tatsächliche Ereignisse erheblich von den zuvor getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Angesichts dessen sollten Sie sich niemals in unangemessener Weise auf zukunftsgerichtete Aussagen verlassen. Wir können keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Aussagen oder das tatsächliche Eintreten der hier gemachten Vorhersagen übernehmen. Des Weiteren übernehmen wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Information. Darüber hinaus stellt die in diesem Geschäftsbericht enthaltene Information insbesondere kein Angebot zum Kauf oder Verkauf für jedwede Art von Wertpapieren der Hamburg Commercial Bank AG dar.

Über die Hamburg Commercial Bank

Die Hamburg Commercial Bank AG (HCOB) ist eine private Geschäftsbank mit Sitz in Hamburg, die auf individuelle Finanzierungs- und Investitionslösungen für deutsche und europäische Unternehmen spezialisiert ist. Sie verfügt zudem über eine starke Position in der auf Deutschland ausgerichteten Immobilienfinanzierung, ist ein etablierter Projektfinanzierer in Europa und ein verlässlicher Partner der Schifffahrtsindustrie. Effiziente und sichere Zahlungsverkehrs-Services sowie innovative Lösungen für den Außenhandel ergänzen das Leistungsangebot. Die Bank orientiert sich an etablierten ESG-Kriterien und ist an mehreren Standorten in Deutschland sowie in Amsterdam, London, Luxemburg und Piräus vertreten. Unter der Marke „Hamburg Direct Bank“ bietet die HCOB Tages- und Festgeldanlagen für Privatkunden an. Weitere Informationen unter www.hcob-bank.com.





Hamburg
Commercial
Bank

